

Teil E

Vorbemerkung der Redaktion des AWR zur Berichterstattung der Zeitschrift „Unser Mitteleuropa“:

Weder „Fakten-Darstellung“ noch Sprache von Putin (über die Regierung der Ukraine: „Drogenbande“, „Nazis“) und von Lawrow gefallen uns in der Zeitschrift „Unser Mitteleuropa“. Der Angriffskrieg gegen die Ukraine ist darüber hinaus durch nichts zu rechtfertigen.

Dieser Überfall ist ein Verbrechen!!!

Überdies ist die Berichterstattung von „Unser Mitteleuropa“ zu diesem Komplex in seiner Putin-Hörigkeit sehr zu bedauern! Auch in der Tonart der Sprache und in der Wortwahl hat sich die Zeitschrift leider anstecken lassen! Einfach widerlich!!!

Und ist der Versuch der Politik Putins schon vergessen, Europa durch „Flüchtlingsströme“ über Weißrussland zu destabilisieren? Der polnischen Regierung sei dankgesagt, dass sie die Grenzen zu Weißrussland geschlossen hat!

Wer kann uns etwas über die Zusammensetzung der Redaktion von „Unser Mitteleuropa“ sagen, wer lüftet uns das Geheimnis zum Eigentümer, für den lediglich ein Postfach in London genannt wird.

Schade! Schade! „Unser Mitteleuropa“ vertut Chancen, eine kritische, auch selbstkritische Publikation zu sein.

Wir sehen eine Gratwanderung zwischen „historischem Dokument“ und „Propaganda“ – letztere ist zuweilen auch ein „historisches Dokument“.

Unsere Meinung ist klar, möge der Leser für sich entscheiden und viele unterschiedliche Quellen benutzen!

Die Redaktion

Teil E
Inhaltsverzeichnis (Seiten E II – E IX)

| | |
|--|-------------------|
| E. a) Pfarrer Steffen Reiche, Kirchengemeinde Berlin-Nikolassee | Seiten E 1 |
|--|-------------------|

Wir haben im Berichtszeitraum von Pfarrer Steffen Reiche keine Mitteilungen erhalten!

| | |
|--|-------------------------|
| E. b) Themen global, die uns auch bewegen | Seiten E 2– E 46 |
|--|-------------------------|

- 01) Riesenprofite für globale Ölindustrie aus Krieg und Sanktionen
- 02) Schwarzer „NYT“-Publizist: „Weißes Virus muss man töten“
- 03) Klima „Aktivisten“ drehen durch – Baum fürs „Klima“ vorm Bundeskanzleramt gefällt. Von LYDIA ROEBER
- 04) Globale Herausforderungen und existentielle Fragen in Zeiten des Krieges
- 05) Thema „Globalpolitik und Zeitenwende“: Wer kann den Nuklearschlag verhindern?
- 06) Alfred de Zayas: „NATO entwickelte sich zur kriminellen Organisation...“
- 07) Verschwörungsunternehmer". Darum ist Daniele Ganser so gefährlich
- 08) Die Klima-Ideologie als antichristliche Ersatzreligion. Auf Panik statt auf Hoffnung gegründet. JOACHIM KUHS zur Klima-Ideologie. Ein Kommentar
- 09) „Ausgerechnet“ UN-Generalsekretär warnt vor weltweitem „großen Krieg“
- 10) Unfassbarer Zynismus: Merkel erhält für Flüchtlings-Chaos UNESCO-Friedensnobelpreis in Afrika (Video und Hintergrund-Analyse)
- 11) Index der Reisefreiheit: Tschechien verbessert sich auf 7. Platz
- 12) Peter Priskit: Zwölf Humanisten. Der verdrängte Humanismus. Band 2. Buchvorstellung
- 13) Erschreckende globale Aufrüstungstendenzen erkennbar
- 14) Dr. Jordan B. Peterson verkündet Plan für eine „populistische“ Alternative zum Weltwirtschaftsforum
- 15) Wer oder was könnte die Nachfolge von George Soros antreten?
- 16) Demografie im Niedergang: Die Herausforderung der Diaspora, in Frankreich und in Europa

| | |
|---|---------------------------|
| E. c) Wanderungen und Einwanderungen | Seiten E 47 – E 50 |
|---|---------------------------|

- 01) Asylbetrug: Zwei von drei Migranten kommen unerkannt über die EU-Außengrenzen
- 02) Linker „Seenotretter“ fordert „Wegvolkung“ der indigenen, weißen Bevölkerung Deutschlands

E. d) Länder weltweit – im Überblick

Seiten E 51 – E 109

- 01) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 28.02.2023
- 02) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 24.02.2023
- 03) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 21.02.2023
- 04) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 17.02.2023
- 05) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 12.02.2023
- 06) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 08.02.2023
- 07) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 03.02.2023
- 08) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 31.01.2023

E. e) Verteidigungsbündnisse: NATO u.a.

Seiten E 110– E 125

- 01) NATO-Stoltenberg mutiert zum Putinverstehender und rückt mit Wahrheit zum Ukraine-Konflikt heraus. Von PETER HAISENKO
- 02) Stoltenbergs „Geständnis“ – Ukraine-Krieg begann bereits 2014
- 03) Bedrohung durch Putin. "Darauf muss Deutschland jetzt endlich reagieren"

E. f) Europa, Europa und die Welt

Seiten E 126 – E 137

- 01) Russland bei OSZE Treffen in Wien „willkommen“

Europäische Union (EU) (Seiten E 128 - E 137)

- 02) Von der Leyen: „EU-Anti-Russland-Sanktionen schon im Dezember vor Ukrainekrieg“
- 03) Joachim Kuhs: „REPowerEU“ bewirkt Erhöhung des Flatterstromanteils treibt Preise nach oben
- 04) Antirussische Energiesanktionen kosten Europa 792 Milliarden EUR – D am schlimmsten betroffen
- 05) EU-Migrations-Gipfel: Lob von Österreich – Orban droht erneut mit Veto (VIDEO)
- 06) Druck auf Bosnien-Herzegowina – EU Russland-Politik muss übernommen werden
- 07) „Ungarn wollen keine Insekten essen“ – Ungarn stellt sich quer gegen EU-Insekten-Verordnung

E. g) Mitteleuropa

Seite E 138

Keine Berichte!

B R D e u t s c h l a n d (ohne Berlin und Land Brandenburg)

(Seiten E 139– E 197)

- 01) Über 1000 (!) Fälle: Report enthüllt welche kriminellen Bereicherer Flutopfer ausplünderten
- 02) Habeck will Sanktionsumgehung unter Strafe zu stellen
- 03) Keine Flüchtlingsobergrenze für Faeser wegen „Ausnahmesituation“
- 04) ACHTUNG REICHELT!
- 05) München: Große Friedensdemo – 20.000 fordern „macht Frieden! Diplomaten statt Granaten!“ Von DAVID BERGER
- 06) Baerbock: Putin riskiert die Zukunft Russlands
- 07) Viel Kritik an Demonstration für Verhandlungen mit Russland
- 08) Berlin: Mit Kerzen und Panzer Zeichen setzen.
Eine Reportage von Jan-Henrik Hnida
- 09) Vergesst nicht Afghanistan
- 10) Karlsruher Urteil zur Erasmus-Stiftung: Mit Anlauf gegen die Wand
- 11) PETR BYSTRON zur Sicherheitskonferenz (Video)
- 12) ACHTUNG REICHELT!
- 13) AFD ohne Begründung von Münchner Sicherheitskonferenz ausgeschlossen
- 14) ACHTUNG REICHELT!
- 15) Petr Bystron: Warum in Zeiten des Krieges die Stimme des Friedens ausgesperrt wird
- 16) ACHTUNG REICHELT!
- 17) Nur jeder zehnte Erwachsene wäre bereit Deutschland im Angriffsfall zu verteidigen
- 18) Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht veröffentlichen Friedensmanifest
- 19) Petr Bystron zu Belarus-Reise: „Correctiv blamiert sich bis auf die Knochen“. Von DAVID BERGER
- 20) US-Investigativ-Journalist: „Biden hat Nord-Stream-Sprengung angeordnet“
- 21) „Klammheimlich“ – Subventionen für deutschen Kohleausstieg fließen in „Waffenspenden“
- 22) Julian Reichelt auf Youtube: Das Krawall-Imperium des geschassten „Bild“-Chefs. Von Sebastian Leber
- 23) ACHTUNG REICHELT!
- 24) Generäle der NVA für Frieden mit Russland
- 25) WDR stellt nach verheerender Umfrage Gendern ein
- 26) Baerbock will „Nürnberg 2.0“ spielen und fordert „Sondertribunal zu russischen Kriegsverbrechen“ – CDU beschwört „deutsche Verantwortung“
- 27) ACHTUNG REICHELT!
- 28) Linke drehen völlig durch: Auftritt von Friedensforscher Ganser „antisemitisch und verschwörerisch“
- 29) WAGENKNECHTS WOCHENSCHAU. Sahra Wagenknecht

30) ACHTUNG REICHELT!

31) ACHTUNG REICHELT!

Berlin und Land Brandenburg (Seiten E 198 – E 248)

- 32)** Landeswahlausschuss hat am 27. Februar 2023 das endgültige Ergebnis der Wahl zum Abgeordnetenhaus festgestellt
- 33)** Gordischer Knoten - Voll 1. Von Ed Koch
- 34)** Gordischer Knoten - Voll 2. Von Ed Koch
- 35)** Grüne Öko-Doppelmoral: 63% Grünwähler lehnen Grünen Anti-Auto-Kampf ab
- 36)** Scheinentscheid. Von Ed Koch
- 37)** RBB streicht „Nuhr“, „Thadeusz“ und ARD-Mittagsmagazin. Senderchefin will 50 Mio. Euro einsparen
- 38)** Linksextremistischer Anschlag auf Berliner Bahnanlage vereitelt
- 39)** Schwarz Grün?
- 40)** Immer weiter auf der Abstiegsleiter
- 41)** Freud und Leid. Von Ed Koch
- 42)** Dit is Berlin, wa! 16.02.2023, 13:40 Uhr
- 43)** Jetzt entscheidet das Los in Lichtenberg. Von Ed Koch
- 44)** Wo bleibt die Demut? Von Ed Koch
- 45)** Auch das noch: 450 Wahlbriefe „gefunden“, die noch nicht ausgezählt worden sind!
- 46)** Und schon folgt die nächste Abstimmung
- 47)** Das ganze Ausmaß. Von Ed Koch
- 48)** Landeswahlleiter: Vorläufiges Ergebnis festgestellt
- 49)** Überraschung. Umfragen und Ergebnisse Berlin-Wahl 2023. Von Ed Koch
- 50)** Umfragen und Ergebnisse Berlin-Wahl 2023 am 12.02.2023
- 51)** Die Spannung wächst. Von Ed Koch
- 52)** Punktsieg. Von Ed Koch
- 53)** Wahlen in Berlin. Aktuelle Umfrage vom 08.02.2023
- 54)** Die Grenzen der Demokratie. Von Ed Koch
- 55)** Alles klar, Herr (Bundes-)Kommissar?
- 56)** Berliner Verhältnisse: Entmündigt diese Stadt!
Eine Kolumne von Nikolaus Blome.
Wer Berlin liebt, muss hoffen, dass die Wahlwiederholung ausfällt, Rot-Grün-Rot aufhört und ein Bundeskommissar übernimmt
- 57)** Lesermeinung zum Newsletter vom 5. Februar „Einfach mal Danke sagen!“
- 58)** Einfach mal Danke sagen. Von Ed Koch
- 59)** Umfragen zur Berlin-Wahl am 12. Februar 2023. Stand 03.02.2023
- 60)** Im Westen nichts Neues. Von Ed Koch
- 61)** Droht Stillstand nach der Wahl? Von Ed Koch
- 62)** Kein Grund zur Freude, liebe CDU! Von Ed Koch

Österreich (Seiten E 249 – E 253)

- 63) Österreich: Kanzler Karl Nehammers höhlt Neutralität aus
– Verfassungsbruch und Kriegstreiberei
- 64) Österreich – Verbot von Ballbesuch russischer OSZE-Delegation
- 65) Leserbrief „Einbürgerungen“
- 66) Doppelstaatsbürgerschaft für 104jährige Südtirolerin in weiter Ferne
- 67) Dr. Kugler: Treffen mit unseren Landsleuten in Innsbruck

Südtirol (Seiten E 254 – E 264)

- 68) Leserbrief „Einbürgerungen“
- 69) Doppelstaatsbürgerschaft für 104jährige Südtirolerin in weiter Ferne
- 70) Gewichtige Erträge der historischen Forschung: „Pfitscherjoch – Steinalm
– Porzescharte. Die drei, merkwürdigen Vorfälle des Höhepunktes der
Südtiroler Bombenjahre' ..."._Buchvorstellung

| |
|------------------------------|
| E. i) Ostmitteleuropa |
|------------------------------|

| |
|-----------------------------|
| Seiten E 265 – E 281 |
|-----------------------------|

Tschechien (Seiten E 265 - E 273)

- 01) Täglicher Einkauf für viele Tschechen (fast) nicht mehr leistbar
- 02) Rentner in Tschechien nagen am Hungertuch
- 03) Die Wunden nach der Wahl. Von CR Gernot Facius
- 04) Tschechiens neu gewählter Präsident legt sich mit Peking an
- 05) Klarer Sieg von General Pavel in Stichwahl

Ungarn (Seiten E 274 – E 279)

- 06) Lüge über beschränkte Pressefreiheit in Ungarn sogar von EU-finanzierter
NGO widerlegt!
- 07) Orban droht erneut mit Veto: „Werden Beziehungen zu Russland aufrecht
erhalten“
- 08) EU-Abgeordneter: Orban hatte in der Migrationsdebatte recht
- 09) Ungarischer Außenminister stützt US-Botschafter zurecht: „Ära der
Interventionen ist vorbei. Ungarn ist ein souveräner Staat!“ (VIDEO)

Serbien (Seiten E 280– E 281)

- 10) Serbischer Präsident: „Größte, unvergleichbare Weltkrise steht bevor“

Weißrussland (Seiten E 282 - E 287)

- 01) Russlands Pläne Will sich der Kreml Belarus einverleiben?
Von Florian Flade, Lea Frey, WDR, und Manuel Bewarder, WDR/NDR
- 02) „Schwarze Glieder, wirbelnde Körper, rollende Augen“: Lukaschenko in Simbabwe mit Stammestanz-Orgie empfangen

Ukraine (Seiten E 288 – E 358)

- 03) US-Abrams-Panzer erst in knapp zwei Jahren in der Ukraine +UPDATE
25.02+ „FT“: Panzer werden für Ukraine eine Last statt Hilfe sein
- 04) Vor einem Jahr: Russischer Einmarsch in die Ukraine.
Von Miriam Miletic
- 05) Bidens Kiew-Besuch: Fake-Inszenierung mit Luftabwehr-Sirenen
- 06) 33 Fragen und Antworten zum Krieg gegen die Ukraine.
Isolde Ruhdorfer Reporterin
- 07) "Starlink": Elon Musk schränkt Satellitennetzwerk in der Ukraine ein
– was bedeutet das? Eine Analyse von Marie Illner
- 08) US-Verteidigungsminister: „Rückeroberung der Krim wäre Putins Rote Linie“
- 09) USA haben nicht genug ATACMS-Langstreckenraketen
- 10) Polnischer Präsident in Panik: „Russland gewinnt den Krieg, wenn Kiew nicht dringend Waffen bekommt“
- 11) "Putins Truppen beißen sich die Zähne aus"
- 12) Aus ukrainischen Regierungskreisen – Ukraine könnte wie „koreanische Halbinsel enden“
- 13) Tatort Ukraine: Moderner Krieg und Propaganda
- 14) Über die Grenzen des „Leopard-Einsatzes“ in Ukraine – Deutscher General packt aus
- 15) Ukraine überzeugt: Massive russische Offensive in 10 Tagen
- 16) Krieg für Ukraine verloren? US-Friedensangebot an Russland für 20% Land?_ Von unserem Ost-Europa-Korrespondenten Elmar Forster
- 17) Bundespräsident des neutralen Österreich Van der Bellen“ besucht“ Kiew
- 18) Nach lateinamerikanischen Staaten verweigert auch Griechenland Waffenlieferungen an Ukraine
- 19) „Faktenchecker“ leisten wieder ganze Arbeit: Asow-Soldaten tragen Nazi-Tattoos aus „ironischen Gründen“
- 20) Marschiert Deutschland erneut gegen Russland?
- 21) Britischer Militärexperte: Sechs Schritte zum Atomkrieg.
Eine Zusammenfassung von Elmar Forster
- 22) Alles nur Bluff? Zugesagte US-Abrams-Panzer für Ukraine können laut Gesetzen und Herstellern gar nicht geliefert werden

R u s s l a n d (Seiten E 359 - E 407)

- 23) Breaking News +++ Rede von Präsident Putin zur Lage der Nation
- 24) Tschetschenenchef Kadyrow spricht von Besetzung Ostdeutschlands
- 25) FOCUS: „Anti-Russland-Sanktionen sind gescheitert“
- 26) Russische Propaganda-Videos, die mehr verraten als gewollt.
Von Frank Heindl
- 27) Außenminister Sergej Lawrow im Interview mit Rossiya 24 und RIA Novosti
- 28) Wladimir Putin zum 80. Jahrestag des russischen Sieges in Stalingrad
- 29) USA verlangt – Türkei muss „Russlandflüge“ verbieten

D. k) Kaukasusgebiet

Seiten E 408

Keine Berichte!

E. l) Südosteuropa

Seite E 409 – E 412

T ü r k e i (Seiten E 409)

- 01) Nach ungarischem legt auch türkischer Außenminister gegen USA nach:
„Jeder Botschafter plante Umsturz im Land“

M o l d a u (Seiten E 410 – E 412)

- 02) Russland warnt erneut vor Eskalation in Transnistrien – Moldau kontert

E. m) Süd- und Westeuropa

Seiten E 413 - E 414

I t a l i e n (Seiten E 413 - E 414)

- 01) Italien ist für Lieferung von Langstreckenraketen an Ukraine

E. n) Nordwest- und Nordeuropa

Seite E 415 – E 420

G r o ß b r i t a n n i e n (Seiten E 415 – E 420)

- 01) „Ukraine-Waffenspenden“ ernsthafte Gefährdung britischer
Verteidigungsoptionen
- 02) Schildbürger-Aktion in Schottland: Turbinen in schottischen Windparks
wurden von Dieselgeneratoren angetrieben
- 03) Church of England erwägt „geschlechtsneutrale Alternativen zu Gott“

Seite E IX zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

| | |
|--|--------------------|
| Karte Großgliederung Europas/Begriff „Ostmitteleuropa“ | <i>Seite E 421</i> |
| 2 Karten zur Geschichte Westpreußens | <i>Seite E 422</i> |
| Westpreußen in Physisch-geographischen Karten | <i>Seite E 423</i> |
| „Freie Stadt Danzig“, Wappen und Karte | <i>Seite E 424</i> |
| Karte des Königreichs Preußen und Karte der Provinz Westpreußen von 1871/78 – 1920 | <i>Seite E 425</i> |
| Impressum / Mit Bildern unserer Geschäftsstelle in Berlin-Steglitz | <i>Seite E 426</i> |

Teil E

E. a) Pfarrer Steffen Reiche, Kirchengemeinde Berlin-Nikolassee

Seite E 1

Wir haben im Berichtszeitraum von Pfarrer Steffen Reiche keine Mitteilungen erhalten!

01) Riesenprofite für globale Ölindustrie aus Krieg und Sanktionen

25. 02. 2023



Die Gewinne der weltweiten Öl- und Gasindustrie sind 2022 infolge von Krieg und Sanktionen enorm gestiegen, um 70 Prozent. Die Höhe des Gewinns übertraf sogar die Erwartungen der Analysten.

„Im Jahr 2022 stiegen die Gewinne der weltweiten Öl- und Gasindustrie um 70 Prozent, wobei die Mammuts nichts erneuerten, nicht mehr produzierten und nur den sanktionierten zusätzlichen Gewinn einsteckten, für den die Menschen in Europa bezahlt haben.“

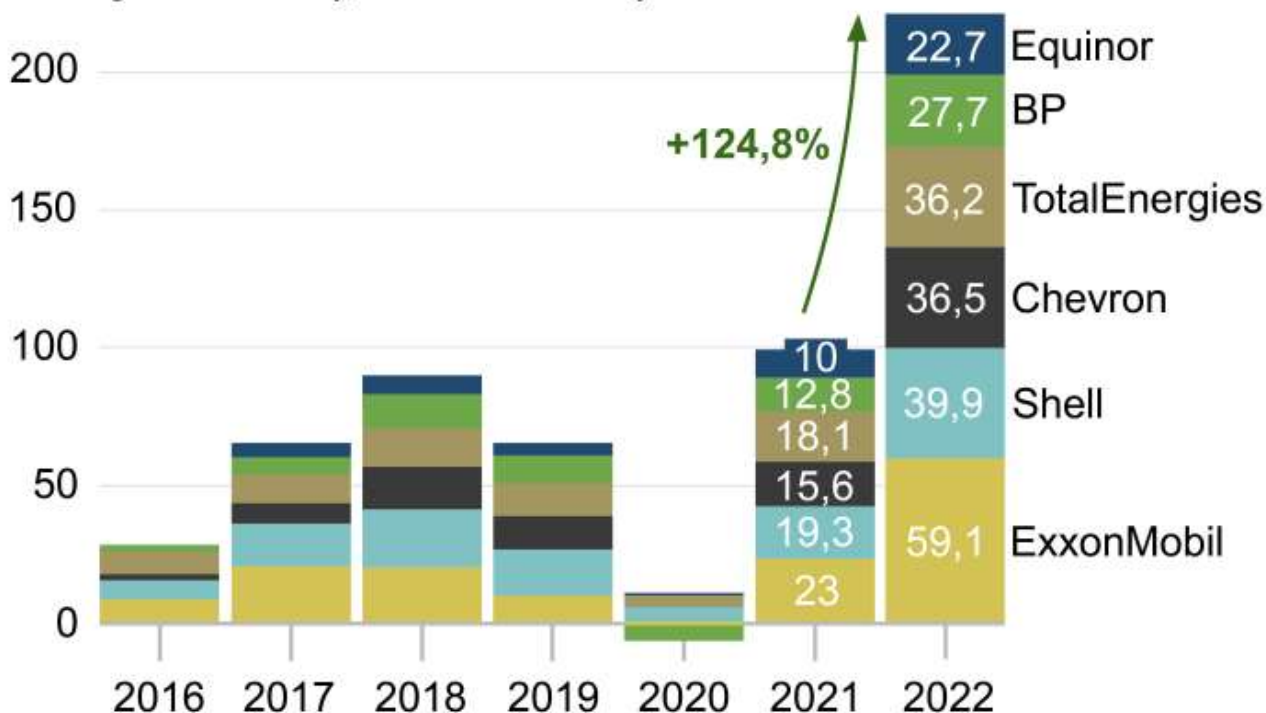
- sagte Ministerpräsident Viktor Orbán in seiner jährlichen „Rede zur Lage der Nation“

Dank des riesigen Mehrgewinns erreichten die Free-Cash-Bestände der Branchen-Akteure bis Ende letzten Jahres 834 Milliarden US-Dollar, mehr als 70 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Und der so erwirtschaftete Mehrgewinn wird eindeutig nicht für die Investitionen verwendet, die zur Kostensenkung erforderlich wären.

Den größten Mehrgewinn erzielten westliche Ölkonzerne mit einem jährlichen Wachstum von 125 Prozent. Diese Unternehmen konnten also vom Anstieg der Öl- und Gaspreise infolge des Ukrainekrieges und der Sanktionen profitieren. Die Höhe der erzielten Gewinne übertrafen sogar die Erwartungen der Analysten.

A nagy olajvállalatok extraprofitja

éves kiigazított eredmény, milliárd dollárban kifejezve



Forrás: BBC-elemzés, Energy Monitor-elemzés, Makronóm Intézet számítása

Extraprofitok für die Ölindustrie in Milliarden Dollar

Corona-Pandemie, Ukrainekrieg, Sanktionen

Dieses erstaunliche Gewinnwachstum beruht auf mehreren Faktoren. Nach dem durch die Coronavirus-Pandemie verursachten Abschwung stieg die Kraftstoffnachfrage stark an, was dem Ölsektor bereits im Jahr 2021 beispiellose Vorteile gebracht hat. Verschärft wurde alles noch durch den Ukrainekrieg sowie die Brüsseler Sanktionen, was zu einer Unterbrechung und erschwerten Beschaffung russischer Öl- und Gaslieferungen führte. Aufgrund von Sanktionen und der viel teureren Alternative zu russischer Energien, nämlich LNG-Flüssiggas zogen die Preise für Energieträger weltweit stark an, während Europa oft „um-etikettierte“ russische Energieträger von Zwischenstaaten kauft, was die Wirksamkeit von Sanktionen in Frage stellt.

Riesen-Dividenden

Und der zusätzliche Gewinn führt auch zu zusätzlichen Dividenden. So deuten eine niedrigere Investitionsquote und ein steigender Free Cashflow darauf hin, dass die Energie-Globalisten über erhebliche Barmittel verfügen, um Schulden abzubauen oder Dividenden an die Aktionäre auszuschütten. Da bisher der größte Teil der Gewinne für den Schuldenabbau im Jahr 2021 ausgegeben wird, wird wahrscheinlich ein erheblicher Teil der Riesen-Profite für 2022 an die Aktionäre ausgezahlt werden.

Der Trend spiegelt sich auch in den Zahlen wider: Führende westliche Ölgesellschaften zahlten 2022 eine Rekordsumme von 110 Milliarden US-Dollar an Dividenden und Aktienrückkäufen an Investoren aus, was zu steigenden Energiekosten für Durchschnittsverbraucher beitrug. Nicht überraschend löste diese Praxis bei Regierungen weltweit Empörung aus und löste erneut die Frage nach zusätzlichen Gewinnsteuern aus.

Seite E 4 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

Die Analyse des Macronom-Instituts [finden Sie unter diesem Link.](#)

Dieser Artikel erschien in Erstveröffentlichung auf [MANDINER](#), unserem ungarischen Partner der Europäischen Medienkooperation.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Schwarzer „NYT“-Publizist: „Weißes Virus muss man töten“

25. 02. 2023



Ansichten, weiße Menschen wären die einzigen Verursacher sozialer Probleme, sind in amerikanischen liberalen Kreisen praktisch Standard, und Woke-Ideologen verunglimpfen zunehmend skrupellos die Mainstream-Gesellschaft.

In den USA fördern nun selbst bekannte große Zeitungen extremistische, teils ausgrenzende und Hass-Woke-Ideen. So nannte etwa Damon Young, Publizist der „New York Times“ in einem Artikel, der im März 2021 auf [Root.com](#) Portal veröffentlicht wurde, Weißsein eine Epidemie.

„Weiß zu sein ist ein Risiko für die öffentliche Gesundheit. Es verkürzt die Lebensdauer, verschmutzt die Luft, stört das Gleichgewicht, zerstört Wälder, lässt Eiskappen schmelzen, löst Kriege aus und infiziert das Bewusstsein.“

- so Young, welcher auch ein Buch geschrieben hat: „Nur was dich schwärzer macht, tötet dich nicht.“

Und auch am Ende seiner Doktorarbeit kam Young zu einem gerade apokalyptisch-rassistischen Schluss. Wonach das Virus der „weißen Vorherrschaft“, wie andere Schädlinge auch, erst aussterben wird, wenn es keinen Körper mehr gibt, der sich noch infizieren lässt.

Anstiftung zu Völkermord an weißen Männern

Demnach ist es also in Amerika möglich als Journalist der größten Tageszeitung eine Hasskampagne gegen Weiße zu führen, ohne dass sich andere Journalisten oder Menschenrechts- und Gleichstellungsorganisationen von ihm distanzieren.

Das Schweigen, mit dem Youngs Schriften tabuisiert werden, ist bemerkenswert. Auch insofern, weil Youngs These als Anstiftung zum Völkermord an weißen Männern interpretiert werden kann.

Vorbild Nazi-Propaganda

Denn in diesem Zusammenhang hat etwa die Nazi-Propaganda in den 1930er und 1940er Jahren verschiedene soziale Gruppen – vor allem Juden – entmenschlicht wurden, indem sie jene mit Viren und anderen Schädlingen verglichen hatte.

„White Supremacy ist ein Virus, das wie andere Viren nicht sterben wird, bis es keine Körper mehr gibt, die es infizieren kann. Das bedeutet, dass der einzige Weg, es zu stoppen, darin besteht, es zu lokalisieren, zu isolieren, zu extrahieren und zu töten. Ich denke, ein Impfstoff könnte auch funktionieren. Aber wir hatten 400 Jahre Zeit, um einen zu entwickeln, also werde ich nicht den Atem anhalten.“ (zit. nach [foxnews](#))

Woke-Faschismus

Das einseitig-verzerrte Weltbild der Woke-Ideologien ist also gekennzeichnet durch eine überempfindliche Fixierung auf die Rechte weniger Minderheiten wie LGBTQ-Menschen oder der absurden Forderung nach Toiletten für Vertreter des „dritten Geschlechts“. Während aber Hassreden zur Aufhetzung gegen die Mehrheitsgesellschaft, oft nicht einmal die Stimulusschwelle der Öffentlichkeit erreichen – wie [Magyar Nemzet](#) schreibt.

Dieser Artikel erschien zuerst auf [Magyar Nemzet](#), unserem ungarischen Partner der Europäischen Medienkooperation.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Klima „Aktivisten“ drehen durch – Baum fürs „Klima“ vorm Bundeskanzleramt gefällt

Von LYDIA ROEBER

24. 02. 2023



Aktivisten mit gefällttem Baum vorm Kanzleramt in Berlin.- Foto: Letzte Generation

Baum fürs Klima gefällt vorm Bundeskanzleramt

„Letzte Generation“ erntet Spott im Netz

Die sogenannten Klimaaktivisten haben jetzt einen Baum vorm Bundeskanzleramt gefällt: „Wirtschaft und Politik sägen an den Ästen, auf denen die Zivilisation sitzt“, begründet die „Letzte Generation“ ihre Aktion auf Twitter. Dafür hagelte es viel Kritik und auch Häme.

Verdrehte Aktion: Baumsterben für den guten Zweck?

Am Dienstagmorgen, 21. Februar, wollten die selbst ernannten Klimaschutz-Demonstranten erneut ihren Protest zeigen. Sie fällten einen sechs Meter hohen Baum gegenüber dem Kanzleramt in Berlin-Mitte.

Die Polizei war wegen der Aktion am Regierungsgebäude im Einsatz und nahm die Personalien der sechs Aktivisten auf, die den Baum mit einer Handsäge zu Fall gebracht hatten. Gegen sie werde nun ein Strafverfahren eingeleitet – entweder wegen des Verstoßes gegen das Naturschutzgesetz oder das Grünflächenschutzgesetz, erklärte ein Polizeisprecher gegenüber der [„Morgenpost“](#).

Auf ihrer Website veröffentlichten die Klimaaktivisten eine [Presseerklärung](#) zu der Aktion, in der es heißt:

Seite E 7 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

„Wälder sind einer der wichtigsten Teile unserer menschlichen Lebensgrundlagen, doch die Ampel-Regierung treibt ihre Zerstörung weiter voran. [...] Unterstützer:innen der Letzten Generation vor den Kippunkten haben heute diese Zerstörung ans Licht gezerrt und dort hingebacht, wo sie für alle sichtbar wird: Vor das Bundeskanzleramt in Berlin.“

Zudem schrieb die Protestgruppe auf [Twitter](#) zu ihrer Aktion:

„Stillschweigend werden pro Min. 42 Fußballfelder Wald gerodet, wichtige Kohlenstoffspeicher für unsere Zukunft. Wirtschaft & Politik sägen an den Ästen, auf denen die Zivilisation sitzt. Wir machen diese Zerstörung mitten in Berlin sichtbar.“

Klima-Nervensägen sägen Baum vor Kanzleramt ab

Sägt aber die „Letzte Generation“ mit Aktionen wie diesen an dem Ast, auf dem sie selber sitzt?

Während die Aktivisten von Kritikern bereits im Kreuzfeuer sind wegen doppelmoralischer [Langstecken-Urlaubsflügen nach Asien](#), des lapidaren Umgangstons nach dem Tod einer verunglückten Fahrradfahrerin in Berlin, als der Rettungswagen im Stau vor den [Straßenklebern feststeckte](#), oder des Bekanntwerdens der [Finanzierung der Organisationsstrukturen](#) durch die Ölmagnaten-Erbin Eileen Getty, stellt sich nach dieser Aktion einmal mehr die Frage, ob sie der Bewegung mit solchen [„irren“](#) Aktionen mehr schaden als nutzen.

Verscherzen die generalstabsmäßig durchorganisierten und durchfinanzierten Aktivisten es sich dadurch auch mit den Sympathisanten des Klimaschutz-Aktivismus und Verfechtern des Menschen gemachten Klimawandels?

Bäume fällen fürs Klima – Finde den Fehler

Als Resonanz auf die Aktion jedenfalls ernteten die Aktivisten unter ihrem Tweet überwiegend Spott und Unverständnis bis hin zu beißendem Sarkasmus. Hier eine Auswahl der zahlreichen Kommentare:

Userin @PetraPgb stellt eine naheliegende Frage:

„Bäume absägen hat was genau mit Klimaschutz zu tun? Das ist Sachbeschädigung und total schwachsinnig! Schätzungen gehen davon aus, dass ein Baum im globalen Durchschnitt etwa 10 kg CO₂ pro Jahr binden kann. Pflanzte Bäume, das hilft dem Klima!“

Auch User @NiemaMovassat fragt irritiert klingend nach:

„Moment, ihr habt einen Baum gefällt, um gegen Baumfällungen zu demonstrieren? Was kommt als nächstes? Ihr fahrt SUV, um auf den erhöhten CO₂-Ausstoß durch diese hinzuweisen? Ihr kippt Chemikalien ins Wasser um auf das Fischsterben hinzuweisen?“

User @MadnessMajor führt in seinem Kommentar die Aktion ad absurdum:

„Ich hätte da noch ein paar Ideen für euch: Giftmüll in Flüsse kippen für Naturschutz, Dieselgeneratoren starten für Luftschutz, Fußgänger überfahren für Verkehrssicherheit, Bomben als Anti-Krieg Demo, Kreuzfahrt für Rettung der Weltmeere, Billigfleisch grillen für Tierschutz.“

Seite E 8 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

@HerrSievers sei hier für die über die Aktion eher ungehaltenen User als Beispiel aufgeführt:

„Seid ihr jetzt völlig verblödet? Legt euer scheiß Banner weg, (...) und macht mal etwas FÜR eine Sache, ihr seid nur stets GEGEN etwas! Ich hab in meinem Leben ein paar tausend Bäume gepflanzt – macht mehr Arbeit als stumpfes Zerstören.“

Aber auch einige mutmaßliche Sympathisanten der Aktivisten scheinen enttäuscht über die Aktion zu sein, wie @ButzLachmann:

„Ok, einen Rat kriegt ihr heute mal gratis, die nächsten kosten: Ihr hättet Sympathien bekommen können, positive Reichweite und hättet was Gutes getan wenn ihr stattdessen mal ein paar hundert Bäume GEPFLANZT hättet. Klar, das wäre diese doofe „Arbeit“ gewesen, aber tja...“

Poetisches Plädoyer

Viel konstruktiver hat einmal der deutsche Dichter Eugen Roth, bekannt für seine zumeist humoristische Lyrik, seine Gedanken zum gedankenlosen Umgang mit der „Ressource Baum“ formuliert:

*„Zu fällen einen schönen Baum, brauch's eine halbe Stunde kaum.
Zu wachsen, bis man ihn bewundert, braucht er, bedenk' es, ein Jahrhundert.“*

Dieser Beitrag erschien zuerst auf [EPOCH TIMES](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Globale Herausforderungen und existentielle Fragen in Zeiten des Krieges

21. 02. 2023



Friedenstaube – Pfarrkirche St. Dionysius in Krufft, Deutschland.- Quelle: Reinhardhauke, CC BY-SA 3.0 via Wikimedia Commons

Berlin, 15. – 18. Februar 2023

Der Präsident des I.P.O. hielt die Eröffnungsrede zum Welt Forum für Demokratie & Frieden in Berlin

Unter Bezugnahme auf Immanuel Kants bahnbrechende Abhandlung über den *Ewigen Frieden* erinnerte Hans Köchler, Präsident der in Wien ansässigen *International Progress Organisation* (I.P.O.), Anfang dieser Woche in der *Academy for Cultural Diplomacy* in Berlin eine Versammlung weltweit führender Persönlichkeiten an die Tatsache, dass nur ein politisches Gemeinwesen, in dem die Bürgerinnen und Bürger Einfluss auf die Gestaltung auswärtiger Angelegenheiten ausübten, Aussicht auf Frieden biete, der dauerhaft sei und mehr als einen vorübergehender Waffenstillstand darstelle. Diejenigen, die von den Folgen eines Krieges unmittelbar betroffen sind, dürfen von Entscheidungen über die existenziellsten Fragen betroffener Staaten nicht ausgeschlossen werden, sagte Köchler in seiner Eröffnungsrede zur viertägigen Veranstaltung. In Anspielung auf die Eskalation der bewaffneten Konflikte in Europa warnte der Professor vor ungebührlichen Einflüssen von Lobbys und Interessengruppen auf Entscheidungen über Krieg und Frieden. Dr. Köchler zitierte aus der Abschiedsrede von Präsident Dwight D. Eisenhower aus dem Jahr 1961, der – inmitten des Kalten Krieges zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion –

Seite E 10 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

seine Landsleute und die Welt vor dem „unvertretbaren Einfluss“ des „militärisch-industriellen Komplexes“ mit dem „Potenzial des verhängnisvollen Aufstieges einer fehlgeleiteten Macht“ warnte.

Eine echte Demokratie muss in der Lage sein, den Einfluss von Interessensgruppen einzudämmen und ein Gegengewicht zu schaffen. Dies erfordert Transparenz der politischen Entscheidungen, freien Zugang zu Informationen ohne Diskriminierung, eine Absenz von Zensur und Propaganda und vor allem die Möglichkeit zur freien Meinungsäußerung ohne Furcht. All diese demokratischen Grundvoraussetzungen sind in Kriegszeiten bedroht. Den Umständen eines bewaffneten Konflikts darf weder die Wahrheit zum Opfer fallen noch in Folge eines Überschwangs an Emotionen die Demokratie selbst, erklärte Dr. Köchler. Mit Blick auf den Krieg in und um die Ukraine sagte er, dass es ein verhängnisvoller Fehler wäre und der Menschheit zum schlechten Omen gereichte, falls die politischen Führungen beider Seiten – in all ihrer Spaltung – den mannigfaltig populären Friedensinitiativen keine Chancen einräumen wollten.

In vier Tagen intensiver Debatten, moderiert von Dr. Köchler – der auch Mitglied der Fakultät der *Academy for Cultural Diplomacy* ist – diskutierten Politiker, Diplomaten, Akademiker, Studenten und Aktivisten der Zivilgesellschaft die Krise der Demokratie und Gefahr eines Weltenbrandes. Die Teilnehmer kamen aus Afghanistan, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Indien, Irland, Italien, Kroatien, Libanon, Litauen, Malta, den Niederlanden, Österreich, Pakistan, Polen, Portugal, Rumänien, Russland, Schweden, Serbien, Spanien, Tunesien, Türkei, der Ukraine und den Vereinigten Staaten.

Zu den Hauptrednern zählten folgende ehemalige Staats- und Regierungschefs:

-
- **François Fillon** aus Frankreich,
- **Prof. Emil Constantinescu** aus Rumänien,
- **Prof. Gjorge Ivanov** aus Nordmazedonien,
- **Dr. Moncef Marzouki** aus Tunesien,
- **Dr. Hassan Diab** aus dem Libanon,
- **Dalia Grybauskaitė** aus Litauen,
- **Marie-Louise Coleiro Preca** aus Malta.
- **Michèle Alliot-Marie**, ehemalige Außen-, Verteidigungs-, Innen- und Justizministerin Frankreichs, hielt eine Grundsatzrede zum Thema „*Neue Herausforderungen an die Demokratie*“ und warnte vor einer Politik der doppelten Standards in internationalen Affären.
- **Dr. Karin Kneissl**, ehemalige Außenministerin Österreichs, sprach in ihrer Rede zum Thema „*Was ist aus der Diplomatie geworden?*“ über kritische Fragen der Diplomatie im Zuge internationaler Konflikte.
- **Pedro Silva Pereira**, Vizepräsident des Europäischen Parlaments, sprach über „*Demokratie unter Beschuss: Politische und zivilisatorische Herausforderungen*“.
- **Dr. Sarah Wagenknecht**, Mitglied des Deutschen Bundestages, warnte vor der Gefahr eines Atomkrieges und forderte eine diplomatischen Lösung des Ukraine – und Russland Konfliktes.
- **Göran Lambertz**, der ehemalige Justizminister des Königreichs Schweden, hob die Bedeutung der Rechtsstaatlichkeit zum Schutz der Demokratie hervor.

- **Peer Steinbrück**, Kanzlerkandidat der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) des Jahres 2013, erörterte die globalen Auswirkungen des von Bundeskanzler Scholz im Februar 2022 eingeführten Topos „*Zeitenwende*“.
- **Mohammad Hanif Atmar**, der ehemalige Außenminister Afghanistans, erläuterte die Grundsätze für eine dauerhafte Lösung in Afghanistan auf Grundlage eines erneuerten innerafghanischen Dialogs unter Einbeziehung aller Beteiligten.

Übersetzung [I.P.O. Information Service](#) aus dem Englischen: Unser-Mitteuropa

Zum Autor, zu I.P.O. & Quellen:

- Hans Köchler, [MMXXII: KRIEG ODER FRIEDEN](#)
- Hans Köchler, Akademie für Kulturelle Diplomatie: [„Zukünftige Trends Kultureller Diplomatie und internationaler Beziehungen“](#)
- I.P.O. Webseite: i-p-o.org

Dr. Dr. Hans Köchler (* 1948) ist österreichischer Philosoph und Universitätsprofessor. Der langjährige Vorstand des Institutes für Philosophie an der [Universität Innsbruck](#) (1990–2008) ist Mitglied der Faculty der „Academy for Cultural Diplomacy“ in Berlin, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Wissenschaft und Politik und Präsident der „International Progress Organization“, einer Organisation mit Konsultativstatus bei den Vereinten Nationen.

Hans Köchler erreichte internationale Bekanntheit unter anderem durch die Ernennung zum Beobachter des Prozesses im Rahmen des *Lockerbie-Anschlages* durch den früheren Generalsekretär der UNO, Kofi Annan, und durch seine Arbeiten zum „*Dialog der Zivilisationen*“ seit den 1970er Jahren.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Thema „Globalpolitik und Zeitenwende“: Wer kann den Nuklearschlag verhindern?

19. 02. 2023



Vital Burger von Alpenparlament.TV führte das Interview mit Paul F. Reichmann (Bild)

Unsere Welt steht vor einer Zeitenwende, doch wohin steuert Europa? Dazu noch die Fragen:

- Welche Kräfte treiben die Globalpolitik?
- Wie wichtig ist der Gesamtüberblick?
- Was entscheidet den Ukraine-Konflikt?
- Vor welchen Herausforderungen steht Europa?
- Wie kann ein Nuklearkrieg verhindert werden?
- Fehlt Europa eine eigene Sicherheitsarchitektur?

Es sind diese Fragen und mehr, denen Vital Burger und Paul F. Reichmann im Interview nachgehen. Das profunde Gespräch weist auch auf weniger bekannte Zusammenhänge hin, die eine spektakuläre Tagespresse zu oft nur vermessen lässt, doch für eine sachgerechte Analyse unserer kritischen Lage unabdingbar und zugleich von existentieller Bedeutung sind.

https://vimeo.com/800447022?embedded=true&source=vimeo_logo&owner=131506979

Das Interview führte [Alpenparlament.TV](https://www.alpenparlament.tv)

06) Alfred de Zayas: „NATO entwickelte sich zur kriminellen Organisation...“

18. 02. 2023



Mit Staatsterrorismus gegen Europa.- *Quelle: © YouTube - Democracy Now!*

Von ALFRED DE ZAYAS | Die Enthüllungen von Seymour Hersh und Analyse seiner Beweise, die auf die Urheberschaft der USA an der Sprengung der Nordstream-Pipelines^[1] hindeuten, klingen überzeugend. Unter normalen Verhältnissen würden solche Ergebnisse nicht nur eine Regierungskrise nach sich ziehen, sondern vielmehr:

- die Verurteilung des Terroranschlags durch den US-Kongress
- die Forderung einer internen Untersuchung illegaler Aktivitäten von CIA und des Pentagons
- eine internationale Untersuchung unter Schirmherrschaft der Vereinten Nationen
- eine umsichtige Deklaration des UN-Generalsekretärs
- einen Protest durch das Amt für das Umweltprogramm der Vereinten Nationen
- einen allgemeinen Medienaufruhr
- sogar Rücktritt der US-Administration Biden, angesichts des Ausmaßes der groben Verletzung der UN-Charta und internationaler Verträge.

Es ist verblüffend: Der Staat, der von sich behauptet, das Völkerrecht zu wahren, lässt sich auf eine dreiste Terroroperation ein, ausgeführt im Namen des amerikanischen Volkes, welches jedoch die Beteiligung der US-Regierung an Operationen unter *falscher Flagge* samt offensichtlichen Staatsterrorismus ganz bestimmt nur ablehnen würde.

Seite E 14 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

Selbstverständlich begann das Weiße Haus und Pentagon sofort jede Verantwortung von sich zu weisen und Seymour Hersh zu verleumden. Ist das etwas Neues? Sogar die alten Römer sagten schon: „*Hast Du's getan, so leugne es! – Si fecisti, nega!*“

Hersh, ein ehemaliger Reporter der Associated Press und New York Times sowie langjähriger Mitarbeiter des New Yorker, kommentierte Aussagen, wonach das „*falsch und frei erfunden*“ wäre, wie durch die Sprecherin des Weißen Hauses, Adrienne Watson oder Verlautbarungen von Tammy Thorp für die CIA, wonach solche „*Behauptungen komplett und völlig falsch*“ seien, mit den Worten: „*Es erinnert mich an meine Kindheit und Urteil meines Lehrers, welches sich mir einprägte und besagt, dass ein Verhalten nach dem Spruch: ‚Wirf den Stein, doch versteck Deine Hand! – tira la piedra y esconde la mano‘, unethisch,*“ wäre.

Schon lange vor den Enthüllungen durch Hersh, deuteten viele Indizien auf die Vereinigten Staaten und ihre NATO-Verbündeten hin. Schließlich hatten die USA alles getan, um die Fertigstellung der Nordstream-Pipeline zu verhindern, illegale Sanktionen zu verhängen gegen Unternehmen, die am Bau der Pipeline beteiligt waren und Bedrohungen, Erpressungsversuchen und Schikanen der USA ausgesetzt waren. Im Übrigen war der Angriff angekündigt. Am 7. Februar 2022, vor dem Einmarsch Russlands in die Ukraine, hatte Biden erklärt: „*Wenn Russland einmarschiert ... wird es keine Nord Stream 2 mehr geben ... Wir werden ihr ein Ende setzen.*“ All dies hätte sich bestätigen lassen, wenn die schwedische Untersuchung transparent verlaufen wäre^[2] und die deutschen und russischen Eigentümer von Nordstream die Beweise hätten einsehen dürfen. Aber auch Schweden blockte.

Edward Snowden, der CIA-Analyst und Whistleblower, der das amerikanische Volk und die Welt auf die verfassungswidrigen Praktiken des *Nationalen Sicherheitsamts* (NSA) aufmerksam machte, verriss die US-Dementis^[3]. Am 8. Februar tweetete er:

„*Fällt Ihnen ein Beispiel aus der Geschichte für eine geheime Operation ein, für die das Weiße Haus sich verantwortlich zeigte, hingegen alles nur vehement bestritt – abgesehen vom kleinen Mischmasch im Zuge der ‚Massenüberwachung?‘*“

Er teilte auch einen Zeitungsartikel vom April des Jahres 1961, in dem US-Außenminister Dean Rusk die Rolle der USA bei der Invasion in der Schweinebucht leugnete und dem amerikanischen Volk versicherte, dass die Invasion nicht „*von amerikanischem Boden aus inszeniert*“ worden sei. Rusk behauptete, dass „*kubanische Angelegenheiten von den Kubanern selbst geregelt*“ würden, und beharrte darauf, dass die Invasion von Kubanern ohne jegliche US-Unterstützung abgelaufen wäre.

Aus der Warte moralischer Überlegenheit

Es klingt surreal, dass der Westen behauptet, er wolle eine „*auf Regeln basierte internationale Ordnung*“ und es im Krieg in der Ukraine darum ginge, eine solche Ordnung wiederherzustellen. Die USA und die NATO tun so, als ob sie Russland aus der Warte moralischer Überlegenheit bekämpften. Die Mainstream-Medien tendieren dazu, solch unhaltbare Narrative nur weiter zu stützen.

Objektiv betrachtet, nimmt der Westen gegenüber Russland keine moralisch überlegenere Position ein: Die Bilanz westlichen Imperialismus und Kolonialismus im 19. und 20. Jahrhundert sowie jüngste Aggressionen des Westens gegen die Völker Indochinas, Jugoslawiens, Afghanistans und des Irak wiegen schwerer und mörderischer als die

Seite E 15 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

russische Invasion in die Ukraine. Die Aktionen des Westens hatten Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zur Folge, die völlig ungestraft blieben, wodurch „Präzedenzfälle für Zulässigkeit“ geschaffen wurden, denen nun Russland und andere zu folgen scheinen.

Die Gehirnwäsche im Westen ist phänomenal gelaufen

Das Problem ist, dass die meisten in den Vereinigten Staaten, wie Briten im Vereinigten Königreich oder auch Deutsche letzten Endes unserer eigenen Propaganda aufsitzen. Das ist keine Frage der Heuchelei, sondern eine Frage der Naivität. Seit Kindertagen werden wir in dem Glauben indoktriniert, dass wir per Definition die Guten wären und die Aufgabe hätten, dem Rest der Welt Demokratie und Menschenrechte beizubringen. Für einen Chinesen, Inder oder Afrikaner mag dies bizarr klingen, doch die Gehirnwäsche an den amerikanischen und europäischen Bevölkerungen ist phänomenal erfolgreich verlaufen.

Aus diesem Grund werden die Enthüllungen von Seymour Hersh in der amerikanischen Öffentlichkeit voraussichtlich keine große Wirkung zeigen. Sie prallen einfach ab. Die Menschen glauben, was sie glauben wollen, wie Julius Caesar im *Über den Zivilkrieg [De bello civili]* einst schrieb: „Was wir wollen, glauben wir gerne – quae volumus, ea credimus libenter.“ Oder noch schlimmer, wie der heilige Augustinus festhielt: „Die Welt will getäuscht werden – Mundus vult decipi.“ So werden Amerikaner weiterhin am Anspruch ihres „Exzeptionalismus“ und religiösen Eifers mit dem Recht allen anderen Unrecht zufügen zu können, festhalten. Ich selbst habe das geglaubt und Jahrzehnte gebraucht, um mich von diesem Bann zu lösen.

Es gibt einige, die hoffen, dass der Bericht von Seymour Hersh die Leute zu einer Neubewertung des Ukraine-Krieg führen und einige seiner Teilnehmer aus der westlichen Allianz dazu bewegen könnte, eine andere Position einzunehmen, um zu erkennen, dass der Krieg militärisch nicht zu gewinnen sei. Außer, wir wollten den Konflikt immer weiter eskalieren und in einer nuklearen Konfrontation enden.

Vermittlung scheint der einzige Ausweg: Doch, leider scheinen wir in unserem eigenen Netz politisch opportuner Lügen und kognitiver Dissonanz gefangen. Selbstverständlich gibt es Politiker und Akademiker, die erkennen, wie inkohärent das System und dysfunktional EU und NATO sich präsentiert. Aber, die Mainstream-Medien haben uns erfolgreich darauf konditioniert, dass „Gleichschritt“ unter den westlichen Staaten notwendig wäre. Aus diesem Grund wird ein Abweichler, wie der ungarische Präsident Victor Orban^[4] von NATO-Regierungen und Mainstream-Medien so massiv attackiert.

Der Würgegriff der Medien scheint überstark

Inzwischen hat auch der kroatische Präsident Zoran Milanovic^[5] seine Ablehnung gegenüber der EU- und US-Führung zum Ausdruck gebracht und Friedensgespräche zum Ukrainekonflikt eingemahnt. Milanovic bezweifelt, dass die Krim^[6] jemals an die Ukraine zurückkehren werde, da sie von vornherein nicht zur Ukraine hätte gehören dürfen, weil die große Mehrheit der Krimbewohner keine Ukrainer werden wollen. In Deutschland sind es Sarah Wagenknecht^[7] von der Linkspartei und Oskar Lafontaine, die sich gegen den Krieg in der Ukraine stellen. In den Vereinigten Staaten ist es der republikanische Kongressabgeordnete Matt Gaetz aus Pensacola, Florida, der keine weitere Militärhilfen an die Ukraine zulassen möchte. Die Professoren John Mearsheimer, Richard Falk, Jeffrey Sachs und andere sind sich einig, dass der Krieg in der Ukraine nicht zu gewinnen sei und

ein tragfähiger Kompromiss, ein *quid pro quo* [mit Gegenleistungen], gefunden werden müsste, um die Kämpfe zu beenden, bevor sie zu einer atomaren Konfrontation eskalierten. Dennoch, scheinen wir schlafwandelnd auf eine Apokalypse zuzugehen.

Es ist merkwürdig, dass die US-Regierung einen solchen Krieg ohne Kriegserklärung führen und hundert Milliarden Dollar verschleudern darf, ohne das amerikanische Volk demokratisch befragt zu haben, ob es das wirklich so will. Ungeachtet der Bedeutung der Enthüllungen von Seymour Hersh und ihrer Auswirkungen auf Institutionen der Regierung wird sich wahrscheinlich wenig ändern: Der Würgegriff der Mainstream-Medien scheint so stark, dass die Erkenntnisse eines seriösen Enthüllungsjournalisten einfach beiseitegeschoben werden können, wenn immer diese der gewünschten politischen Linie entgegen stehen. In unserer dysfunktionalen Demokratie bleiben viele Fakten, bleiben viele Berichte, bleiben viele Bücher ohne Konsequenzen: Der Zug fährt zu schnell und die Dynamik des Geschehens scheint zu verhindern, ihn noch stoppen zu können.

Den Krieg verlängern, solange es geht

Der 2014 begonnene Ukraine-Konflikt hat sich zu einem Krieg ausgeweitet, der nun schon ein Jahr dauert, an die 200.000 Soldaten und Zivilisten getötet und Milliarden Dollar und Euro verschlungen hat. Kann es unbegrenzte Zeit einfach so weitergehen?

Ich vermag nicht in eine Kristallkugel zu blicken. Es gab mehrere ernstzunehmende Vermittlungsversuche des türkischen Präsidenten Erdogan^[8] und des israelischen Premierministers Bennett – beide wurden von Washington torpediert^[9]. Es gab Vermittlungsaufrufe des Papstes Franziskus, vom mexikanischen Präsidenten Lopez Obrador und brasilianischen Präsidenten Luiz Inácio Lula. Doch die Fakten deuten darauf in die Richtung, dass Washington den Krieg verlängern und noch den letzten Ukrainer gegen Russland verheizen möchte.

Solange der Proxy-Krieg die Einnahmen sprudeln lässt, wird es weitergehen: Der militärisch-industrielle Komplex hat bereits Milliarden verdient, so wie auch die Gewinne der Ölindustrie für 2022 astronomisch erscheinen.

Selbst wenn Putin in der Ukraine bedeutende militärische Erfolge erreichen sollte, wird der Krieg nicht enden, weil die USA es nie zuließen, dass Selinskyj einer Friedenslösung nachginge. Der Krieg wird weiter eskalieren, bis alle erschöpft sind oder eine menschliche Fehlkalkulation bzw. Computerpanne zum Atomkrieg führt.

Ich würde mir eine *Koalition der Präsidenten für den Frieden* wünschen, die im UN-Sicherheitsrat und in der Generalversammlung darauf bestünden, dass der Krieg sofort beendet werden muss, weil die Gefahr der nuklearen Vernichtung zu groß erscheint. Für den Rest der Welt ist es irrelevant, ob die Krim zur Ukraine oder zu Russland gehörte. Die meisten Lateinamerikaner, Afrikaner und Asiaten wissen gar nicht, wo die Krim liegt. Wir im Westen haben kein Recht, den Planeten wegen unserer rein amerikanisch/europäisch/russischen Querelen in den Abgrund zu stürzen.

Welches Land hat genug Einfluss, um sich einzuschalten und zu versuchen, tragfähige Friedensvorschläge zu präsentieren? Vielleicht sollten China und Indien eine internationale Friedenskonferenz einberufen, die alle Parteien auffordert, die Kämpfe einzustellen und das Überleben des ganzen Planeten nicht länger aufs Spiel zu setzen. Die Konferenz sollte nicht nur die russische Invasion in der Ukraine verurteilen, sondern auch die Provokationen der Vereinigten Staaten und NATO, die als legitimes Verteidigungsbündnis begann, doch sich

über die letzten 30 Jahren zu einer kriminellen Organisation im Sinne der Artikel 9 und 10 des Statuts des Internationalen Militärgerichtshofs von Nürnberg aus dem Jahr 1945 entwickelte.



Zum Autor: Alfred de Zayas ist Professor für Recht an der Genfer Hochschule für Diplomatie und diente von 2012 – 2018 als unabhängiger UN-Experte für die internationale Ordnung. Er ist der Autor von zahlreichen Büchern, darunter seine letzte Neuerscheinung: „*Building a Just World Order*“ (Clarity Press, 2021).

Übersetzung aus dem Englischen UNSER MITTELEUROPA

Quellenangaben:

[1] www.ibtimes.sg/us-bombed-russias-nord-stream-gas-pipeline-after-months-long-planning-by-white-house-seymour-68965

nypost.com/2023/02/08/seymour-hersh-claims-us-navy-behind-nord-stream-2-pipeline-explosion/

www.commondreams.org/news/seymour-hersh-nord-stream

townhall.com/tipsheet/leahbarkoukis/2023/02/09/nord-stream-report-n2619370

[2] www.reuters.com/world/europe/sweden-shuns-formal-joint-investigation-nord-stream-leak-citing-national-2022-10-14/

www.politico.eu/article/sweden-denmark-germany-nord-stream-investigation-tests-eu-intelligence-sharing-around-the-baltic/

[3] www.ibtimes.sg/edward-snowden-rubbishes-us-denial-role-nord-stream-gas-line-bombing-cites-bay-pigs-invasion-68971

[4] www.politico.eu/article/hungary-viktor-orban-is-telling-ukraine-to-quit-russia-war/

[5] www.pbs.org/newshour/world/croatian-president-zoran-milanovic-criticizes-tank-deliveries-to-ukraine

[6] www.reuters.com/world/europe/crimea-will-never-again-be-part-ukraine-croatian-president-2023-01-30/

[7] philosophia-perennis.com/2023/02/10/alice-schwarzer-und-sahra-wagenknecht-manifest-fuer-frieden/

www.emma.de/artikel/manifest-fuer-frieden-340057

[8] english.almayadeen.net/news/politics/erdogan-to-reiterate-mediation-offer-to-end-ukraine-war:-sou

[9] www.theguardian.com/world/2022/feb/03/turkish-president-erdogan-mediate-ukraine-russiahttps://www.haaretz.com/israel-news/2022-03-13/ty-article/.premium/ukraine-u-s-signal-to-israel-mediation-attempts-arent-enough/00000180-5ba7-def0-a3c3-5fff6b2d0000https://thegrayzone.com/2023/02/06/israeli-bennett-us-russia-ukraine-peace/

Alfred de Zayas is a law professor at the Geneva School of Diplomacy and served as a UN Independent Expert on International Order 2012–18. He is the author of ten books including "[Building a Just World Order](#)" Clarity Press, 2021.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Verschwörungsunternehmer". Darum ist Daniele Ganser so gefährlich

https://www.t-online.de/region/stuttgart/id_100124494/daniele-ganser-darum-ist-er-laut-experten-so-gefaehrlich.html



Von [Michael Ströbel](#)

Aktualisiert am 10.02.2023.-

Lesedauer: 8 Min.

Wir sind t-online

Mehr als 150 Journalistinnen und Journalisten berichten rund um die Uhr für Sie über das Geschehen in Deutschland und der Welt.

Daniele Ganser auf der Bühne: Der selbsternannte Friedensforscher gibt sich gerne unaufgeregt und sachlich. Doch genau diese Masche macht ihn so gefährlich. (Quelle: IMAGO/Andreas Weihs)

<https://www.t-onl>

Schlagzeilen

Personen klettern auf VfB-Dach 20-Jährige in Tiefgarage vergewaltigt Laserpointer-Attacke auf Passagierflugzeug
Schwester vergewaltigt: Bruder verurteilt Paketboten klauen Ware aus 500 Päckchen
Illerkirchberg: Vergewaltiger aufgetaucht Nach Feuer 200 Millionen Euro Schaden Polizei fasst Serien-Reifenschlitzer Banküberfall Thema bei "Aktenzeichen XY" Klimaaktivisten melden sich aus Thailand

Wo er auftreten will, löst "Verschwörungsunternehmer" Daniele Ganser heftige Debatten aus. Teils werden Veranstaltungen gar abgesagt. Warum?

Das Wichtigste im Überblick

- [Seine Vorträge](#)
- [Ganser vergleicht sich mit Sophie Scholl und Galileo Galilei](#)
- [Alternative Theorien zu 9/11](#)
- [Gansers Rauschmiss aus der Wissenschaft](#)
- [Antisemitismusbeauftragte kritisieren Ganser](#)
- [Daniele Ganser und der Krieg in der Ukraine](#)
- [Warum halten Experten Ganser für "brandgefährlich"?](#)
- [Die Methode Ganser](#)
- [Struktureller Antisemitismus in Gansers Interviews](#)
- [Gansers Holocaust-Relativierung](#)

Erst [Dortmund](#), dann [Nürnberg](#) – bald Leinfelden-Echterdingen bei [Stuttgart](#)? Immer mehr Städte sagen Auftritte des Historikers und selbst ernannten "Friedensforschers" Daniele Ganser ab. Doch warum eigentlich? Weshalb ist der Schweizer so umstritten? Was macht den 50-Jährigen nach Meinung vieler Experten so gefährlich?

Auf eine Nachfrage von t-online erklärt der Pressesprecher des Veranstalters im Auftrag von Ganser, "dass Kritik an Regierungsentscheidungen in den Leitmedien immer weiter verloren geht und Personen, die sie dennoch üben, regelrecht bekämpft werden", und zwar "durch üble Nachrede, falsche Behauptungen, hinterhältige Hetze und garstige Diffamierungen".

Alle Vorwürfe gegen Ganser seien "in der Regel voneinander abgeschrieben, nicht nachrecherchiert und vollkommen haltlos". Tatsächlich gibt es unzählige Quellen und Wissenschaftler, die bereits über Ganser berichtet haben. Aktuell gehen etwa die Osteuropa-Historiker mit breiter Front gegen ihn vor: Martina Winkler in Kiel, Julia Obertreis in Nürnberg, Klaus Gestwa in [Tübingen](#) und Franziska Davies in [München](#). Mit Michael Butter hat sich auch ein renommierter Amerikanist wissenschaftlich mit der "[Methode Ganser](#)" auseinandergesetzt. Diese Liste ist längst nicht vollständig.

Seine Vorträge

Seit dem Ende seiner wissenschaftlichen Karriere verdient Ganser sein Geld vor allem mit seinen Büchern und Vorträgen. So auch 2023: Mit der Vortragsreihe unter dem Titel "Warum ist der Ukraine-Krieg ausgebrochen?" tourt Daniele Ganser von März bis November durch die Bundesrepublik.

Seite E 20 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

"Bei seinen Vorträgen füllt er trotz hoher Eintrittsgebühren große Säle, um sich mit Headset vor großer Leinwand wie ein smarterer Marketingexperte eines Weltkonzerns von seiner andächtig lauschenden Anhängerschaft als Welterklärer abfeiern zu lassen", kommentiert der Tübinger Osteuropaforscher Klaus Gestwa das Auftreten Gansers.

Ganser gelte "als Star der deutschsprachigen Verschwörungsszene" – nicht zuletzt durch seine zahlreichen Auftritte bei bekannten Alternativmedien wie "Nachdenkseiten", "Rubikon" oder "KenFM" und durch seine Bücher – nach eigenen Angaben hat er mehr als 100.000 davon verkauft. Er sei "brandgefährlich", fasst es der Professor zusammen. Auch "Compact" gab er Interviews – einem Magazin, das inzwischen vom Verfassungsschutz als gesichert extremistisch eingestuft wurde und den neuen Rechten als mediales Sprachrohr dient.

In einem Video unter dem Label "Compact-Talk" diskutierte er mit Karl-Heinz Hoffmann, dem Gründer der 1980 ins Oktoberfest-Attentat verstrickten rechtsterroristischen Vereinigung "Wehrsportgruppe Hoffmann". Ganser konstruierte in dem Gespräch eine Verbindung zwischen der [Nato](#) und den Drahtziehern des Attentats.

Ganser vergleicht sich mit Sophie Scholl und Galileo Galilei

Ganser inszeniert sich bei seinen Auftritten oft und gerne als Opfer der von ihm so bezeichneten "Mainstreammedien". Dabei scheut er keinen Vergleich. So sieht er sich in der Tradition der berühmten Geschwister Hans und Sophie Scholl, die durch den Widerstand der Weißen Rose gegen das NS-Regime bekannt sind – und die im Kampf für den Frieden ihr Leben verloren.

"Sie können uns gar nicht mehr alle umbringen, wir sind zu viele."

Daniele Ganser

2017 sagte er dem Verschwörungs-Blog "Nachdenkseiten": "Friedensforscher und Friedensaktivisten" – und damit meint Ganser auch sich selbst – "die sich aktiv gegen Gewalt und Kriegspropaganda aussprachen, wurden immer wieder angegriffen. Hans und Sophie Scholl von der Friedensbewegung Weiße Rose wurden enthauptet. Warum? Weil sie 1943 in der Universität München Flugblätter gegen die Hitler-Diktatur und gegen den Krieg verteilten."

So schlimm sei es heute aber nicht mehr, so Ganser: "Jemand, der auch in der Friedensforschung aktiv ist, hat mir kürzlich gesagt: 'Weißt Du, sie können uns gar nicht mehr alle umbringen, wir sind zu viele.' Sie können uns jetzt nur noch diffamieren, und auch dieses Spiel wird immer mehr durchschaut." Wie er darauf kommt, dass irgendwer ein Interesse haben könnte, Friedensaktivisten zu töten? Diese Antwort bleibt Daniele Ganser schuldig, der Blogger hakt auch nicht mehr nach.

In einem aktuellen Video vom 8. Februar auf "[Mutigmacher TV](#)" wiederholt er den Scholl-Vergleich. Und damit nicht genug: In seinen Vorträgen vergleicht er sich gern mit Galileo Galilei, weil auch dieser verfolgt wurde, weil auch seine Forschung unterdrückt wurde, nur weil er die Wahrheit über Erde und Sonne herausgefunden habe. Selbst Martin Luther King muss für seine Vergleiche herhalten: Weil er erschossen wurde, nachdem auch er nur die Wahrheit gesagt hatte.

Meistgelesen



[USA gegen China: Es geht los](#)

Alternative Theorien zu 9/11

Daniele Ganser bezeichnet sich selbst als "Friedensforscher", hat aber als solcher nie einen wissenschaftlichen Beitrag geleistet. Überhaupt hat er durch die Verschwörungserzählungen, die er gerne und zahlreich verbreitet, seine wissenschaftliche Reputation komplett zerstört. Begonnen habe sein Wandel vom talentierten Historiker zum Outlaw mit den Anschlägen auf das World Trade Center in [New York](#) 2001, schrieb die "Welt" 2018.

"Ich konnte nicht akzeptieren, dass jemand, der in meinem Institut arbeitete, solch unsinnige Verschwörungstheorien verbreitet."

Kurt Spillmann, Professor an der ETH Zürich

In seinem Buch "Imperium [USA](#): Die skrupellose Weltmacht" verdreht Ganser die Fakten so, dass der Eindruck entsteht, ein Nebengebäude des World Trade Centers, das WTC 7, sei am 11. September durch eine gezielte Sprengung eingestürzt – nicht durch die übergreifenden Flammen. Ganser veröffentlichte einen Artikel im "Tages-Anzeiger", in dem er die offizielle Geschichte des 11. September infrage stellte.

Das kostete ihn seinen Job an der ETH Zürich: "Ich konnte nicht akzeptieren, dass jemand, der wissenschaftlich in meinem Institut arbeitete, solch unsinnige Verschwörungstheorien verbreitet", sagte sein damaliger Chef Kurt Spillmann, Professor für Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, der "Berner Zeitung" damals.

Gansers Rausschmiss aus der Wissenschaft

Schon in seiner Doktorarbeit 2001 an der Universität Basel hatte er sich mit den dunklen Machenschaften der Mächtigen beschäftigt. Genau genommen untersuchte er darin die Geheimarmeen in Europa nach 1945. Die Doktorarbeit und die von Ganser darin

Seite E 22 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

angewandten Methoden waren und sind im wissenschaftlichen Diskurs umstritten, dennoch erlangte er die Doktorwürde. Seine Habilitationsschrift zum globalen Kampf ums Erdöl wurde allerdings nicht angenommen – sie sei nicht wissenschaftlich genug.

Dieser Vorwurf zieht sich wie ein roter Faden durch Gansers Laufbahn. "Ganser arbeitet nicht wissenschaftlich. Er publiziert nicht in Zeitschriften mit wissenschaftlicher Qualitätskontrolle. Er stellt seine Methoden nicht zur Diskussion. Und er mischt seriöse und unseriöse Quellen", schrieb 2018 auch die "Aargauer Zeitung", als er nach heftigen Diskussionen um seine öffentlichen Auftritte seinen letzten Lehrauftrag an einer Hochschule verlor – offiziell war allerdings nicht Ganser selbst der Grund dafür, sondern eine Umstrukturierung des Studienangebots.

Mehrere Professoren hatten ihm schon zuvor die Unterstützung verweigert, auch sein ehemaliger Doktorvater distanzierte sich von ihm. Seitdem hat er sich – wohl nicht ganz freiwillig – vollständig aus der Wissenschaft zurückgezogen. Er arbeitete fortan nur noch als Autor und verdiente mit Vorträgen sein Geld.

Antisemitismusbeauftragte kritisieren Ganser

Dieses Geschäftsmodell kritisiert der Antisemitismusbeauftragte von Baden-Württemberg, Michael Blume: "Ich halte Daniele Ganser für einen antiwestlichen Verschwörungsunternehmer, der mit der Verbreitung von Verschwörungsmäthen seit Jahren Geld verdient", sagt er zu t-online. "Zudem verharmlost er durch Gleichsetzungen mit der Covid-19-Pandemie auch den Holocaust und verhöhnt damit die Ermordeten", so Blume weiter.

Der bayerische Antisemitismusbeauftragte Ludwig Spaenle pflichtet Blume bei. "Verschwörungsideologen (wie Ganser) verfolgen nur das eine Ziel, die Gesellschaft zu spalten, um schlussendlich die Demokratie zu zerstören", sagte er den Nürnberger Nachrichten.

"Daniele Ganser ist ein Nicht-Experte, der sein Geld damit verdient, Vorträge zu verschiedenen Themen der Weltpolitik zu halten und dabei Verschwörungsfantasien zu verbreiten", sagt auch von Julia Obertreis, Professorin für Osteuropäische Geschichte an der Universität [Erlangen](#).

Daniele Ganser und der Krieg in der Ukraine

Seine kritische Haltung gegenüber der Nato und insbesondere den USA wird auch deutlich, wenn er zu Waffenlieferungen für die von [Russland](#) angegriffene [Ukraine](#) Position bezieht. Den Angriff Russlands verurteilt er. Er betont allerdings immer wieder, dass der Krieg nicht 2022 ausgebrochen sei, sondern schon 2014. Schuld aus Gansers Sicht damals: "[Die Amerikaner](#)". Die seien in den Putsch auf dem Maidan involviert gewesen und hätten die damalige ukrainische Regierung und Präsident Wiktor Janukowytsch gestürzt, indem sie den Protest finanziert und die Demonstranten bezahlt hätten.

Nach Ganser war der Euromaidan keine demokratische Bewegung – die Osteuropawissenschaften sind hier anderer Meinung. "Die Begründungen, die Daniele Ganser für seine Behauptungen zum Maidan liefert, sind ausgesprochen fragwürdig und verzerrt", schreibt der Watchblog "[Verschwörungstheorien.info](#)".



Daniele Ganser: Für ihn war der Euromaidan keine demokratische Bewegung. (Quelle: Andreas Weihs/imago images)

Immer wieder verbreitet er auch das russische Narrativ, die Nato hätte durch die Osterweiterung Russland unter Druck gesetzt – und damit das Versprechen gebrochen, auf eben jene zu verzichten. Das wird von Putin zwar gerne behauptet, ist von Historikern jedoch längst widerlegt.

Ganser ist der Meinung, den Konflikt Russlands mit der Ukraine könnten nur [Moskau](#) und [Washington](#) lösen. "Was man uns erzählt, 90 Leopard-Panzer schicken und dann ist der Konflikt gelöst, das stimmt so nicht", sagte er vor ein paar Tagen dem Youtube-Kanal "RTV Regionalfernsehen". Dabei hat das kein Experte jemals behauptet.

"Ganser ist brandgefährlich, weil er demokratieskeptische Milieus durchdringt und so immer weiter vom demokratischen Diskurs entfremdet."

Klaus Gestwa, Professor an der Universität Tübingen

Die Ukraine indes scheint für Ganser nur Verhandlungsmasse oder ein Mittel zu sein, um höhere Interessen durchzusetzen. Das Leid der Menschen in der Ukraine, die mutmaßlichen Völkerrechtsverbrechen – all das spielt bei Ganser nur eine Nebenrolle, wenn überhaupt. Stattdessen redet er lieber von der "Menschenfamilie". Und bleibt damit reichlich unkonkret, wen er damit genau meint. Klar scheint für ihn jedoch zu sein: Die USA und [Großbritannien](#) haben die Friedensverhandlungen Russlands mit der Ukraine sabotiert. Dafür gibt es jedoch keine Belege. [Im Gegenteil](#).

Warum halten Experten Ganser für "brandgefährlich"?

Genau diese verzerrte Darstellung von Russland und des Krieges in der Ukraine machen Ganser aus Sicht des Tübinger Osteuropa-Forsches so gefährlich. Laut Gestwa seien die "russischsprachigen Milieus in Deutschland" sehr anfällig "für die russische Staatspropaganda und demagogische Inhalte von Rechtsaußen". [Das habe 2015 der "Fall Lisa" gezeigt](#). Die Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung würden versuchen, diese Milieus gezielt zu erreichen.

Doch Gansers Aussagen und Auftritte stünden dem entgegen. "Ich denke, dass Ganser 'brandgefährlich' ist, weil er mit einer Demagogie und Desinformationsarbeit demokratieskeptische Milieus durchdringt und sich so immer weiter vom demokratischen Diskurs entfremdet", so Gestwa, der Ganser für ähnlich gefährlich [hält wie die ehemalige Moskau-Korrespondentin Gabriele Krone-Schmalz](#).

In Telegramkanälen mit verschwörungstheoretischen, demokratiefeindlichen und coronaskeptischen Inhalten seien Gansers Inhalte jedenfalls weit verbreitet. Auch die ultrarechte russische Organisation "Nationale Befreiungsbewegung NOD" gehört zu diesen Gruppen. Sie ist Teil der russischen Propaganda in [Deutschland](#). Um diese Gruppen noch besser zu erreichen, wurden sogar einzelne Interviewauftritte von ihm ins Russische übersetzt. Etwa ein Gespräch mit dem Verschwörungsideologen Ken Jebsen, der mitunter vom Verfassungsschutz als Verdachtsfall eingestuft wurde.

Die Methode Ganser

Dabei wird es Ganser nicht gerecht, ihn als bloßen Verschwörungstheoretiker abzustempeln. Dazu ist seine Masche – die "Methode Ganser", wie der Tübinger Wissenschaftler Michael Butter sie nennt – zu komplex. Butter, der an der Universität Tübingen als Professor für American Studies lehrt und forscht, beschreibt Daniele Ganser "als Prototyp desjenigen Verschwörungstheoretikers, der vorgibt, nur Fragen zu stellen, implizit aber eine Verschwörungstheorie entwirft".

"Er stellt Suggestivfragen, reißt Zitate und Bildquellen aus dem Zusammenhang und verschweigt alles, was nicht zu seinen Argumenten passt."

Michael Butter, Professor an der Universität Tübingen

Auch wenn Ganser selbst darauf bestehe, nur Ungereimtheiten in den öffentlichen Erzählungen aufzuzeigen, stellt er laut Butter "Suggestivfragen, reißt Zitate und Bildquellen aus dem Zusammenhang und verschweigt alles, was nicht zu seinen Argumenten passt". So ließen seine Ausführungen im Grunde nur den Schluss zu, dass die US-Regierung oder ein Teil von ihr hinter den Anschlägen stecke. Gansers Argumentation sei "weder wissenschaftlich noch offen, sondern hochgradig manipulativ. Es geht nicht um offene Fragen, sondern um eine Verschwörungstheorie", lautet Butters Fazit.

Ähnlich wie mit 9/11 hielt es Ganser mit anderen Verschwörungstheorien: Er behauptet, der Anschlag auf das Satiremagazin "Charlie Hebdo" könnte eine "False flag"-Operation westlicher Geheimdienste gewesen sein – also einer, dem man den Islamisten nur in die Schuhe schiebt. Und er hat angedeutet, auch der versuchte Putsch in der [Türkei](#) könnte – wie der Euromaidan – von den USA initiiert worden sein. Gegen kritische Berichterstattung müsse er sich dagegen selten wehren, so Butter. Das erledigten dann seine Fans für ihn.

Struktureller Antisemitismus in Gansers Interviews

Apropos Verschwörungstheorien: Glaubt man Daniele Ganser, so ist die Corona-Pandemie eine Krise, die von einer kleinen Gruppe sehr mächtiger Menschen erschaffen oder erfunden wurde, um die Gesellschaft zu töten, zu kontrollieren, unterwerfen und gefügig zu machen: mit Angst und einer Impfung etwa.

Das sei nicht nur widersprüchlich – weil eine Gesellschaft nicht gleichzeitig getötet und gefügig gemacht werden kann –, sondern auch struktureller Antisemitismus, weil diese Erzählung das antisemitische Narrativ der "Neuen Weltordnung" bediene, schreibt beispielsweise der BR. Also die Erzählung einer jüdischen Weltverschwörung.

Beliebteste Videos

[Wird es jetzt noch einmal richtig eisig bei uns?](#)



Gansers Holocaust-Relativierung

Wenn Ganser behauptete, die Corona-Pandemie sei "weltweiter Wahnsinn", während er die [Politik](#) der Nazis und die Verfolgung der Juden als "lokalen Wahnsinn" bezeichnet, sei das "geschichtsrevisionistisch und holocaust-verharmlosend", sagte die Antisemitismus-Forscherin Pia Lamberty dem BR. "Und das ist eine Form des Antisemitismus", so die Co-Geschäftsführerin des gemeinnützigen Centers für Monitoring, Analyse und Strategie (CeMAS) weiter.

- ["Antiwestlicher Verschwörungsunternehmer": Wirbel um Auftritt von Ganser bei Stuttgart](#)
- [Absage in Nürnberg: Stadt reagiert: Ganser-Auftritt abgesagt](#)
- [Rückschlag für Daniele Ganser: Vortrag von "Verschwörungsguru" abgesagt](#)

[Anzeige Vier einfache Einkaufstipps für mehr Tierwohl](#)

"Indem Ganser sagt, die Schoah sei lokal gewesen, verharmlost er sie." Denn das sei sie keineswegs gewesen. "Die Logik seiner Aussagen lautet, wenn man es zu Ende denkt: Die Ungeimpften sind die neuen Juden. Solche Aussagen waren auch bei vielen 'Querdenker'-Veranstaltungen zu hören."



Verwendete Quellen

- Schriftliche Anfrage beim Veranstalter von Daniele Gansers Auftritten
- Schriftliche Anfrage an Klaus Gestwa, Universität Tübingen

Quellen anzeigen

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Die Klima-Ideologie als antichristliche Ersatzreligion. Auf Panik statt auf Hoffnung gegründet

JOACHIM KUHS zur Klima-Ideologie. Ein Kommentar

09. 02. 2023



Ein Kommentar von JOACHIM KUHS

Die Klima-Ideologie ist eine Art Pseudo-Religion. Mit „Sündern“ und „Sünden“, die sogar als solche benannt werden, mit magisch-rituellen Symbolhandlungen, mit Priestern und Schriftgelehrten, deren Tun und deren Lehre nicht in Frage gestellt werden darf. Und mit einem apokalyptisch anmutenden Endzeitszenario.

Die Anhänger dieser Pseudo-Religion zeigen zudem immer mehr typische Verhaltensmuster von Sektenmitgliedern. Insbesondere reflektieren sie weder ihr Tätigkeit noch ihr Weltbild bzw. das, was ihnen von ihren Gurus als solches eingetrichtert wird.

Auf den ersten Blick könnte man meinen, dass es sich hier um eine Art säkulare Variante christlicher Endzeitvorstellungen handelt. Doch das genaue Gegenteil ist der Fall. Das letzte Buch der Bibel, die Offenbarung, (griechisch: „Apokalypsis“) des Johannes ist eine Schrift, die Zuversicht und Hoffnung verbreiten will. Ihre Botschaft an die christlichen Gemeinden: Auch wenn um euch herum nur noch Chaos zu herrschen scheint, auch wenn eure Gegner noch so mächtig und noch so furchteinflößend zu sein scheinen, bleibt ruhig, bewahrt euch euren Glauben und lebt ihn, vor allem fürchtet euch nicht, denn Christus hat schon gesiegt und am Ende wird sein Sieg für die ganze Welt offenbar.

Diese Botschaft steht in fundamentalem Gegensatz zu Gretas „Ich will, dass ihr in Panik geratet“. Die Hintermänner der Klimareligion wollen Angst verbreiten und dadurch die

Seite E 28 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

Menschen gefügig machen für Freiheitsentzug, staatliche Zwangsmaßnahmen und Wohlstandverlust. Die Klima-Panik-Religion entlarvt sich somit selbst als antichristliche Ideologie.

Sehr gut dargelegt hat diese Unterschiede Martin Grichting in der NZZ. Ich [empfehle diesen Artikel Ihrer geschätzten Lektüre](#).

Auch der „Green Deal“ der EU gründet auf solchen Panikbotschaften und er wird massive Freiheits- und Wohlstandverluste nach sich ziehen, wenn wir ihn nicht stoppen. Lassen wir uns nicht irre machen! Bewahren wir uns unsere auf das Christentum gegründete Kultur, dies ist das beste Mittel, um gegen pseudoreligiöse Ideologien gewappnet zu sein!

Fest
Ihr
Joachim Kuhs

entschlossen

grüßt Sie

[Joachim Kuhs](#) ist Mitglied des Europäischen Parlaments und Sprecher der „Christen in der AfD“.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) „Ausgerechnet“ UN-Generalsekretär warnt vor weltweitem „großen Krieg“

09. 02. 2023



Die Welt sei nah an einem globalen Konflikt und es gebe immer weniger Aussichten auf Frieden, warnte ausgerechnet UN-Generalsekretär António Guterres am 6. Februar.

Menschenrechte und Menschenwürde müssten wieder Priorität haben, um Schlimmeres zu verhindern, erklärte er, nachdem seit Beginn des Ukraine-Konfliktes keinerlei Anstrengungen unternommen hatte etwaige Friedensverhandlungen ein zu leiten. Ganz im Gegenteil hatte er sich, unterstrichen durch mehrmalige Besuche, stets an die Seite der Ukraine gestellt.

Seite E 29 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

„Dank Untätigkeit“ der UN – keine Aussicht auf Frieden

Knapp ein Jahr nach Kriegsbeginn in der Ukraine werde die Aussicht auf Frieden immer geringer, warnte UN-Generalsekretär António Guterres.

„Die Chancen auf weitere Eskalation und Blutvergießen steigen“, sagte er in New York vor der UN-Generalversammlung und hob den Mangel an „strategischem Weitblick“ hervor, die die politischen Entscheidungsträger daran hinderten, Schritte in die richtige Richtung zu unternehmen.

„Ich befürchte, die Welt schlafwandelt nicht in einen größeren Krieg hinein, ich befürchte, sie tut dies mit weit geöffneten Augen“.

„Dieses kurzfristige Denken ist nicht nur zutiefst unverantwortlich, sondern auch unmoralisch“, argumentierte Guterres und fügte hinzu, dass Politiker und Unternehmer zu sehr mit ihrem Machterhalt beschäftigt seien.

„Anklage“ trotz eigener „Untätigkeit“

Es sei an der Zeit, die Herangehensweise zu ändern, indem man sich erneut der UN-Charta verpflichte und Menschenrechte und Menschenwürde an erste Stelle setzen.

Seite E 113 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

„Wenn jedes Land seine Verpflichtungen aus der UN-Charta erfüllen würde, wäre das Recht auf Frieden garantiert.“

„Wir müssen aufwachen und uns an die Arbeit machen“, fügte er hinzu.

Darüber hinaus forderte Guterres die Atommächte auf, den Gedanken an einen möglichen Einsatz von Atomwaffen zu verwerfen. Jetzt sei der Moment gekommen, da die Abrüstung Priorität habe. Er forderte die Atommächte auf, auf diese „skrupellosen Waffen“ zu verzichten.

Der UN-Chef wies auch auf die Tatsache hin, dass Wissenschaftler die symbolische „Weltuntergangsuhr“ auf 90 Sekunden vor Mitternacht gestellt hatten, so nah am „nahenden Ende“ wie noch nie.

Die Forscher des *Bulletin of the Atomic Scientists* änderten im Januar die symbolische Zeit bis zum Untergang der Erde, von bislang 100 Sekunden, erstmals seit drei Jahren.

Resümierend betrachtet muss wohl gesagt werden, dass eine tradierte Vorgehensweise der UN, nämlich aktiv als Vermittler in Konflikten auf zu treten, wohl ebenfalls dem Regulativ einer „neuen Weltordnung“ zum Opfer gefallen sein dürfte.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

10) Unfassbarer Zynismus: Merkel erhält für Flüchtlings-Chaos UNESCO-Friedensnobelpreis in Afrika (Video und Hintergrund-Analyse)

08. 02. 2023



Seite E 113 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

Zynisches Aufbäumen des Tiefen Staates der Migrationslobby und Nationen-Zerstörer

Denn während West-Europa seit 2015 unter Tausenden Fremdkultur-Messerattacken und -Massenvergewaltigungen, Terroranschlägen, Köpfungen von katholischen Geistlichen erschüttert wird, nahm die ehemalige deutsche Kanzlerin Angela Merkel heute in der Elfenbeinküste den Friedenspreis der UNO-Kulturorganisation (UNESCO) entgegen. Damit würdigte die UNESCO-Migrations-Organisation Merkels Flüchtlingspolitik aus dem Jahr 2015, als Deutschland mehr als 1,2 Millionen Migranten aufgenommen hatte, und West-Europa ins nicht mehr enden wollende Chaos stürzte.

Grotesk: Ort, Inhalt und die Zeremonie selbst

Denn wohl aus gutem Grund wohl erhielt Merkel den sogenannten Félix-Houphouët-Boigny-Friedenspreis (benannt nach dem ersten Präsidenten der Elfenbeinküste) außerhalb Europas, eben in Afrika, nämlich in Yamoussoukro, der Hauptstadt der Elfenbeinküste und Heimatstadt des verstorbenen Houphouët-Boigny.

Christliche „Sklavenmoral“ der ex-kommunistischen Pastorentochter Merkel

In ihrer, von christlicher „Sklavenmoral“ (Nietzsche) überbordender, Dankesrede appellierte die protestantische Pastorentochter und gewendete Kommunistin Merkel:

Seite E 31 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

„Dialog ist die Waffe der Starken, nicht der Schwachen.“

Was Mann und Frau täglich an der Fremdkulturgewalt in ihrem Land zu spüren bekommen.

„**Die Tugend besiegt Völker ist die Geduld. Nicht die Resignation.**“ (Oswald Spengler)

Wahrscheinlich hat Merkel aber Spenglers Buch „Der Untergang des Abendlandes“ nicht gelesen.

Gut-Menschen-Polit-Sauriertreffen von Welcome-Gut-Menschen unter sich

Der Vorsitzende der Afrikanischen Union und Präsident Senegals, Macky Sall, nannte Merkel eine „außergewöhnliche Staatsfrau und Humanistin“. Und die UNESCO-Generaldirektorin Audrey Azoulay überreichte den Preis in der Hauptstadt Yamassoukro mit einer geradezu abenteuerlichen Behauptung:

„Sie haben Mut gezeigt, in einer Zeit, als andere Europa abschotten wollten.“

Mut zeigte damals nur der ungarische Ministerpräsident Orban

Der einzige, der in jener Zeit Mut gezeigt hatte, war der ungarische Ministerpräsident Orban, als er sich der weltweiten Verleumdungskampagne Migrationslobby entgegenstellte.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

11) Index der Reisefreiheit: Tschechien verbessert sich auf 7. Platz

Mit einem tschechischen Reisepass kommt man ohne oder mit Visum bei Einreise in 187 Länder und Territorien der Welt. Damit liegt die Tschechische Republik im neuesten Ranking von **Henley & Partners** auf Rang sieben zusammen mit den USA, der Schweiz, Belgien, Norwegen und Neuseeland. Gegenüber der Rangliste des vergangenen Jahres bedeutet dies eine Verbesserung um einen Platz.

Am besten reisen lässt sich mit Pässen aus Japan und Singapur, und zwar in 193 der 227 überprüften Destinationen. Auf dem zweiten Platz folgt Südkorea und auf dem dritten Deutschland und Spanien. Am hintersten Ende der Liste liegt erneut Afghanistan, dessen Pass nur zu 27 Ländern und Territorien problemlosen Zutritt gewährt. Den „Index der Reisefreiheit“ erstellen Henley & Partners seit 2006.

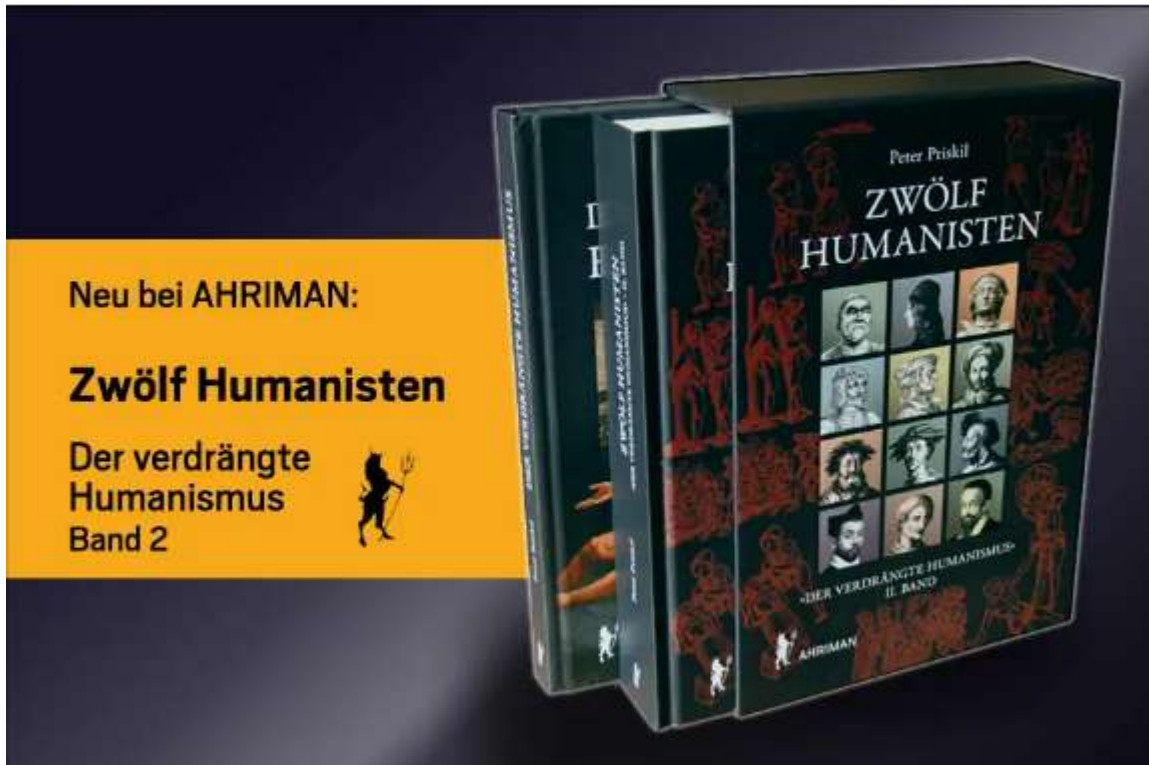
Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 14, 2023

Wien, am 30. Januar 2023

12) Peter Priskil: Zwölf Humanisten. Der verdrängte Humanismus. Band 2.

Buchvorstellung

05. 02. 2023



Peter Priskil: „Zwölf Humanisten“ – Der verdrängte Humanismus, Band 2.

Oberflächliche Geister verstehen unter „Humanismus“ menschenfreundliche Gefühlsduselei oder hehre moralisch-ethische Maximen, hohe Ideale, die so edel sind, daß kein Mensch sie umzusetzen vermag. Aber von wegen – der Autor, Historiker und Literaturwissenschaftler, weist überzeugend nach, daß es sich um eine Kampflosung des frühneuzeitlichen Städtebürgertums handelt, der Handwerker und Kaufleute, die sich in handfesten Auseinandersetzungen aus den Fesseln der Feudalität – Adel und Kirche – zu befreien versuchten und mit ihren befestigten Städten Inseln der Freiheit im Meer der Leibeigenschaft schufen. Ihre Kampflosung lautete: Der Mensch, seine Interessen, Bedürfnisse, Wünsche, sind das Maß aller Dinge (und damit nicht der jähzornige gasförmige Oberaffe, Gott genannt). Das musste natürlich die Inquisition und sämtliche Dunkelmänner der Zeit auf den Plan rufen...

Priskils „Zwölf Humanisten“ ist ein spannender, unterhaltsam und spannend geschriebener und doch anspruchsvoller Streifzug durch mehr als zwei Jahrhunderte europäischer Geschichte, von 1400 bis ca. 1650. Noch – und noch lange – flackerten im Hintergrund die Scheiterhaufen, waren die Juden ihres Lebens nicht sicher und stöhnten die Opfer in den Folterkellern, als das totalitäre System des Mittelalters erste Risse bekam und der Geist nach fast tausendjähriger Pause kraftvoll nach Europa zurückkehrte.

Das Buch präsentiert zwölf Vorkämpfer – und Märtyrer! – der Freiheit, die das Prinzip „Geist gegen Gewalt“ verfochten. Man kennt sie heute kaum noch (allenfalls, in akademischer Verfälschung, als „Schöngeister“):

Seite E 33 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

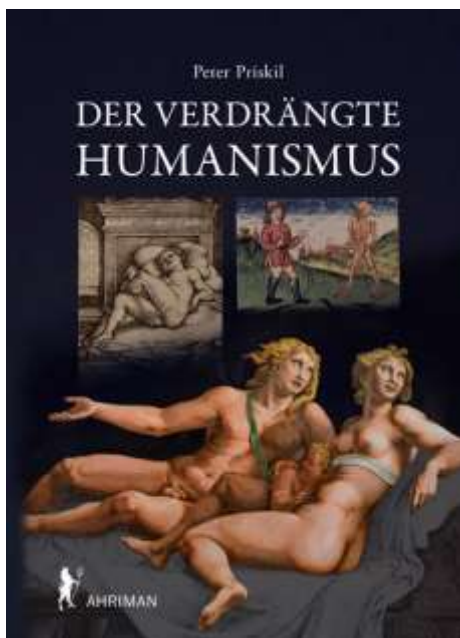
Johannes von Tepl, Giovanni Pico della Mirandola, Johannes Reuchlin, Ulrich von Hutten, Sebald Beham, Barthel Beham, Georg Pencz, Heinrich Cornelius Agrippa von Nettesheim, Pietro Aretino, Bonaventure Des Périers, Giordano Bruno, Johannes Kepler.

Nach der Lektüre dieses Buches ist man einfach klüger.

Inhalt

- Vorwort
- Ein früher Paukenschlag in Böhmen:
›Der Ackermann‹ des Johannes von Tepl
 - Exkurs: Die hussitische Revolution im Spiegel von Václav Hájek's ›Böhmischer Chronik‹
- Ein ketzerischer Philosoph auf Wahrheitssuche:
Giovanni Pico della Mirandola
- Ein Sprachgelehrter im Fadenkreuz
der Inquisition: Johannes Reuchlin
 - Spracherwerb, magisches Denken und infantile Neugier –
das Beispiel Johannes Reuchlin
 - Kurze Chronologie der Verfolgung Reuchlins durch die Inquisition
- Mit Feder und Schwert: Ulrich von Hutten
- Die drei gottlosen Maler von Nürnberg:
Sebald und Barthel Beham und Georg Pencz
- Ein Hammer auf den ›Hexenhammer‹:
Heinrich Cornelius Agrippa von Nettesheim
- Ein zuerst »göttlicher«, dann niederträchtiger
Provokateur: Pietro Aretino
- Eine Religionssatire mit fatalen Folgen:
Bonaventure Des Périers
- Ein Märtyrer der Wissenschaft: Giordano Bruno
- Der Traum eines Astronomen: Johannes Kepler
- Personenregister

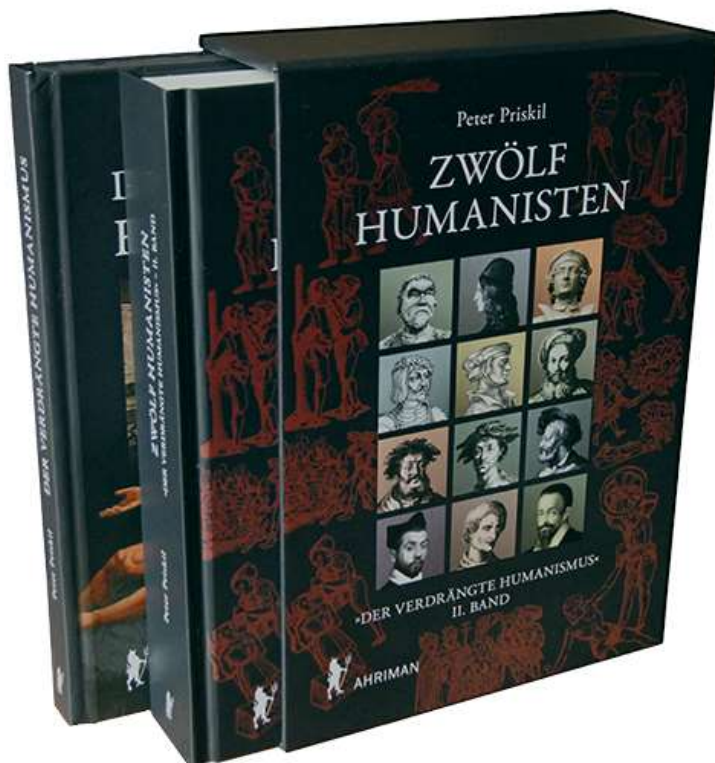
Peter Priskil: „Zwölf Humanisten“. Der verdrängte Humanismus, Band 2: 616 S., € 24,80 / ISBN 978-3-89484-844-6. Band 1: 224 S., € 17,80 / ISBN 978-3-89484-836-1.



Seit sich der Kapitalismus zum Monopolismus wandelte, also seit etwa 40 Jahren, wird die Geschichte in allen wesentlichen Bereichen radikal umgeschrieben. Ins Visier der Lohndenkler gerät dabei nicht nur die Arbeiterbewegung, sondern auch die heroische Aufstiegsphase des Bürgertums in der europäischen Neuzeit. So sollen Humanismus und Renaissance eine »Erfindung« des 19. Jahrhunderts gewesen sein. Wie aber kam der Humanismus tatsächlich in die Welt? Warum wird er zum Hassmagneten der akademischen Kopflanger? Der Faschismus bedeutete die blutige Negation der humanistischen Prinzipien. Sind sie deshalb obsolet geworden, oder können sie auch im Zeitalter des Neobyzantinismus eine menschheitliche Perspektive geben?

Inhalt

- Per aspera ad astra
- Enea Silvio Piccolomini – ein Humanist auf dem Papstthron?
- Vorläufiges Resümee
- Vorschau Band 2
- Anmerkungen
- Literatur
- Personenregister



41,50 €

[zzgl. Versandkosten](#)

I. Band: Der verdrängte Humanismus, II. Band: Zwölf Humanisten

[Peter Priskil](#)

I. Band: Der verdrängte Humanismus

228 S.

II. Band: Zwölf Humanisten

616 S.

Ausgabe in zwei Bänden im Schuber

Kunden, die bei AHRIMAN Band II bestellen und bereits Band I bestellt haben, erhalten mit Band II den Schmuckschuber – solange der Vorrat reicht.

EUR 41,50

ISBN: 978-3-89484-845-3

Erschienen 2022

Auch erhältlich als Einzelbände:

- [Der verdrängte Humanismus – I. Band](#)
- [Zwölf Humanisten. Der verdrängte Humanismus – II. Band](#)

Beide Bände im Schmuckschuber: € 41,50 / ISBN 978–3-89484–845-3
[Hier bestellen!](#)

<https://www.ahriman.com/de/produkt/politik-and-zeitgeschichte/zwoelf-humanisten/525>

https://www.thanilo-vertrieb-gmbh.com/cgi-local/invoice.cgi?parm2=EUR&language=de&from=de/produkt/politik-and-zeitgeschichte/i-band-der-verdraengte-humanismus-ii-band-zwoelf-humanisten/526&cart=add&9783894848453=1&id_9783894848453=526

13) Erschreckende globale Aufrüstungstendenzen erkennbar

05. 02. 2023



Bild: tockvault.net

Von ANDREAS KUBIN | Rein zufällig wurde manch aufmerksamer Beobachter des Geschehens in den ersten Jänner Tagen des Jahres 2023 auf die jüngsten Aufträge von Rüstungskonzernen aufmerksam. Egal ob Raytheon samt Pratt & Whittney, Northrop Grumman und BAE Systems. Deren Ausmaß schockiert einen richtiggehend, denn die weltweite Aufrüstung nimmt beängstigende Ausmaße an. In Mainstream-Medien finden solche Schlagzeilen jedoch keinen Einzug. Stellvertretende für die Rüstungs-Massenaufträge sind weiter unten im Artikel diverse Orders respektive Verträge der jüngeren Vergangenheit aufgelistet.

Bekannterweise ist ja Pratt & Whittney prattwhitney.com/ eine Raytheon Division. Wer Raytheon Aktien besitzt, ist also gleichzeitig auch am Triebwerkshersteller P&W beteiligt. Das Pratt & Whitney F135 Nachbrenner-Turbofan-Strahltriebwerk wurde speziell für die F-35 joint-strike-fighter entwickelt (Schubleistung 40.000 Pfund). ANMERKUNG: Auch die von General Dynamics entwickelte und 1978 in den Dienst gestellte F-16 Fighting Falcon wird seit 1993 von Lockheed Martin produziert. Bis April 2019 wurden 4588 Stück F-16 produziert, von denen derzeit etwa 3000 in 25 Ländern im Einsatz sind.

Nov. 2022:

Den Web-Seiten des US-Verteidigungsministeriums ist u. a. zu entnehmen: **Raytheon Co. in Tewksbury, Massachusetts**, erhielt einen Festpreisvertrag in Höhe von 1.216.207.829 US-Dollar für die Beschaffung von National Advanced **Surface-to-Air Missile Systems** (NASAMS), zugehöriger Ausrüstung, Dienstleistungen und Ersatzteilen zur Unterstützung der Bemühungen in der Ukraine..... Die Arbeiten werden in Tewksbury, Massachusetts, ausgeführt und sollen bis zum 28. November 2025 abgeschlossen sein.

Seite E 37 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

Zum Zeitpunkt der Auftragsvergabe waren Mittel der Sicherheitsunterstützungsinitiative für die Ukraine im Haushaltsjahr 2023 in Höhe von **1.216.207.829 US-Dollar** gebunden. Das U.S. Army Contracting Command, Redstone Arsenal, Alabama, ist der Auftraggeber (W31P4Q-23-C-0002).[\[1\]](#)

Gleichfalls kräftige Wachstumsaussichten für Konkurrenten und Zulieferer von Lockheed Martin

Northrop Grumman; ISIN: US6668071029 (u. a. auch Hersteller des U.S. Air Force's B-2 stealth bomber[\[2\]](#)) lieferte im Februar 2022 das 900. Rumpfmittelstück einer F-35 Lightning II an Lockheed Martin.[\[3\]](#) Somit wird die Tarnkappentechnik überwiegend von Northrop Grumman zur Verfügung gestellt.

Die F-35 ist das weltweit führende Mehrzweckwaffensystem der fünften Generation samt ihren modernisierten Block-4-Fähigkeiten. Speziell ab 2022 stieg die Nachfrage nach Kampfflugzeugen kräftig. In diesem Zusammenhang genießen die F-35-Jets, die von Amerikas größtem Verteidigungsunternehmen Lockheed Martin produziert und entwickelt werden, eine lukrative Position auf dem Gebiet der Kampfflugzeuge u. a. durch Aufträge von der US-Armee, sieben internationalen Partnerländern und acht foreign military sales (FMS) customers.

Lockheed Martin ISIN: US5398301094 hat seit Beginn des Programms 841 Stück F-35-Kampf-Flugzeuge ausgeliefert, mit 271 Jets im Auftragsbestand (Stand: September 2022). Die starke internationale Nachfrage nach der F-35 in den ersten drei Quartalen des Jahres 2022 führte zu mehreren Aufträgen für Lockheed und Raytheon.

Die Produktion dürfte noch viele Jahre andauern. Stand Ende 2022 dürfte alleine das US-Verteidigungsministerium einen Bestand von 2.456 Flugzeugen für die Air Force, das Marine Corps und die Navy anstreben. Folglich wird erwartet, dass Pratt & Whitney, der Hersteller des F-35-Triebwerks weitere bedeutende Aufträge für das F-135-Triebwerkssystem erhält. Dies sollte den Umsatz des Rüstungsunternehmens erheblich steigern.

BAE Systems' unterstützt mit seiner Erfahrung im Bereich Kurzstart und Senkrechtlandung sowie der Wartung von Luftfahrtsystemen die Kampffähigkeiten des F-35. Das Unternehmen bietet eine elektronische Kriegsführung für die F-35 an, die eine voll integrierte Radarwarnung, Zielunterstützung und Selbstschutz zur Erkennung und Abwehr von Bedrohungen vom Boden und aus der Luft umfasst.

BAE Systems (*British Aerospace Electronic Systems*)

Dec. 2022: Sweden, Germany, United Kingdom jointly acquire 436 BAE Systems "BvS10 all-terrain vehicles" (Kettenfahrzeuge) for \$760M[\[4\]](#)

US Verteidigungsministerium NAVY-Vertrag v. 16. Dez. 2022: BAE Systems Technology Solutions & Services Inc, Rockville, Maryland (N00039-23-D-9001) ist Teil eines 4 Mrd. US Dollar Joint Venture-Vertrages. Die Firmen erhalten einen Festpreisvertrag mit unbestimmter Lieferfrist und unbestimmter Menge in Höhe von 4.098.600.000 US-Dollar für Consolidated Afloat Networks and Enterprise Services (CANES) Produktionseinheiten, Software – Erstausrüstung, Erneuerung und Wartung, Ersatzteile und Systemkomponenten sowie Laborausrüstung. CANES ist ein Programm der Marine, das bestehende

schwimmende Netzwerke konsolidiert und ersetzt und die notwendige Infrastruktur für Anwendungen, Systeme und Dienste bereitstellt, die für die Beherrschung des taktischen Bereichs der Cyber-Kriegsführung erforderlich sind....[\[5\]](#)

BAE Systems hatte am 13. Dez. 2022 von der U.S. Navy einen Auftrag im Wert von 294,7 Mio. USD für das Trockendock und die Durchführung von mehr als 20 Monaten Wartungs- und Modernisierungsarbeiten an dem amphibischen Angriffsschiff USS Kearsarge (LHD 3) erhalten. Der Vertrag umfasst Optionen, die bei Ausübung den Gesamtwert auf 340,3 Millionen Dollar erhöhen würden.[\[6\]](#)

12. Dez. 2022: *“As part of a government-to-government agreement between Sweden and the Slovak Republic, the Ministry of Defence of the Slovak Republic has signed a \$1.37 billion (€ 1.3 Milliarden) agreement for the delivery of 152 CV9035 infantry fighting vehicles (IFVs) from BAE Systems.”*[\[7\]](#)

The Market Herald schreibt: Magellan (MAL) wird die Produktion von F-35 Lightning II-Horizontalleitwerken mit BAE Systems in Form einer mehrjährigen fortsetzen, was eine Fortsetzung der mehr als 10-jährigen Zusammenarbeit beider Unternehmen im Rahmen des globalen F-35-Programms von Lockheed Martin bedeute..... Magellan ist ein globales Luft- und Raumfahrtunternehmen, das komplexe Baugruppen und Systemlösungen anbietet.....

Die in Magellans Werk in Winnipeg, kanadische Provinz Manitoba, hergestellten Höhenleitwerke werden für die konventionelle Start- und Landevariante der F-35 verwendet. Magellan beabsichtigt, während der Laufzeit des Programms über 1.000 Sätze von Höhenleitwerken zu produzieren.[\[8\]](#)

Rüstungsaufträge, die alleine das – US Department of Defense – vergibt sind hier ersichtlich. www.defense.gov/News/Contracts/

Investmentgedanken:

Viele Anleger hatte vor dem Jahr 2022 nicht beabsichtigt, nennenswert direkt in Rüstungskonzerne zu investieren. Nicht selten hat ein Investor jedoch keine Ahnung davon, wenn seine Aktiengesellschaft im Hintergrund auch im Rüstungsgeschäft produziert. Mancher Investor, der im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts Aktien von United Technologies Corporation in seinem Depot hatte, war plötzlich überrascht, denn der US-amerikanischer, weltweit vertretene Hersteller von Technologieprodukten wie Aufzügen und Gebäudetechnik wie Klimatisierungen bestand aus einem Konglomerat von drei Konzernen. Am 3. April 2020 fusionierte United Technologies mit Raytheon und wurde daraufhin aufgespalten in OTIS und CARRIER GLOBAL CORPORATION ISIN: US14448C1045, einem weltweit führenden innovativen Anbieter von Gebäude- und Kühlkettenlösungen, um die Bedürfnisse der Menschen zu erfüllen. Gefördert wird die Gesundheit und Sicherheit von Innenräumen, in denen Menschen leben – bis hin zu innovativen Steuerungen und Gebäude-Automationssystemen, wird die Zukunft intelligenter und nachhaltiger Gebäude vorangetrieben.

OTIS WORLDWIDE CORPORATION, ISIN: US68902V1070 ist gemäß deren eigener Website: *“DER weltweit führende Hersteller von Aufzügen, Fahrtreppen und Fahrsteigen. Durch unser weltweites Netzwerk an Servicespezialisten und Niederlassungen in mehr als 200 Ländern und Regionen sind wir Service-Weltmarktführer und bieten Ihnen durch die Ausgereiftheit unserer Produkte sowie dem Einsatz modernster Technologie höchste Sicherheit und ein einzigartiges Kundenerlebnis.“*

Seite E 39 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

Nach der Konzernaufspaltung hatte man dann plötzlich mit Raytheon einen reinen Rüstungshersteller bzw. Rüstungskonzern im Depot sowie OTIS und Carrier Global. Die Ereignisse im Jahr 2022 trugen ihr Übriges dazu, sodass sich eine Tendenz abzeichnete. Investoren verstärkten 2022 ihre Investitionen in reine Rüstungskonzerne.

Lockheed Martin Aktien sind schon sehr gut gelaufen, jedoch könnten die Aktien von BAE Systems; ISIN: GB0002634946 und Raytheon Technologies Corp.; ISIN: US75513E1010 noch einen erheblichen Spielraum nach oben zulassen. Die Begründung ist in der aktuell sehr guten Auftragslage bei Rüstungskonzernen zu finden.

Copyright 1.2.2023, Andreas Kubin

Zum Autor: Andreas Kubin, MBA ist seit mehreren Jahrzehnten spezialisiert auf intern. Finanzmärkte, Wirtschaftspolitik sowie Fundamentalanalysen über börsennotierte Unternehmen und Privatinvestor.

[1] Vgl. www.defense.gov/News/Contracts/Contract/Article/3232469/ [30.11.2022]

[2] www.northropgrumman.com/what-we-do/air/b-2-stealth-bomber/

[3] aerobuzz.de/militar-news/northrop-grumman-hat-das-900-f-35-rumpfmittelstueck-uebergeben/

[4] seekingalpha.com/news/3917903-sweden-germany-united-kingdom-jointly-acquire-436-bae-systems-bvs10-all-terrain-vehicles-for-760m [16.Dez.2022]

[5] www.defense.gov/News/Contracts/Contract/Article/3249030/

[6] www.marinelink.com/news/us-navy-awards-bae-systems-million-501564

[7] www.businesswire.com/news/home/20221212005560/en/ [12.Dez.2022]

[8] themarketherald.ca/magellan-aerospace-tsxmal-extends-f-35-partnership-with-bae-systems-2022-12-09/

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

14) Dr. Jordan B. Peterson verkündet Plan für eine „populistische“ Alternative zum Weltwirtschaftsforum

03. 02. 2023



Der bekannte und bei der „woken Linken“ in Ungnade gefallene Psychologe und Philosoph Dr. Jordan B. Peterson erläuterte in der Sendung „The Joe Rogan Experience“ seinen Plan, es mit den Globalisten aufzunehmen. In einem ausführlichen Interview erzählte er dem „Podcast-König“, dass er eine populistische Alternative zum Weltwirtschaftsforum gründen will.

Jährliche Gegenveranstaltung zum WEF

Peterson erzählte Rogan, dass er im Oktober/November in London ein Konsortium als eine Art Gegenspieler des WEF zusammenstellen wird. Diese Gruppe wird sechs Fragen zur globalen Philosophie und Politik diskutieren. Diese erste Konferenz ist zwar nur für geladene Gäste, wird aber öffentlich sein, und Peterson merkte an, dass er sie bei Erfolg gerne jährlich ausweiten würde.

Einige der Ideen – die darauf abzielen, eine „alternative Vision der Zukunft – eine Alternative zu dieser Art von apokalyptischem Narrativ, das, zumindest implizit, von Organisationen wie dem WEF vorgebracht wird“ – sind die folgenden:

- Wie man „Energie und Ressourcen zu den geringstmöglichen Kosten und so schnell wie möglich für die größte Anzahl von Menschen auf der ganzen Welt bereitstellt.“
- Eintreten für eine „menschenfreundliche Sichtweise“ des Umgangs mit der Erde.
- Eine „familienpolitische Vision zur Förderung und Aufrechterhaltung langfristiger monogamer Paare, bei denen das Kind im Mittelpunkt steht“ vorlegen.

- Und die Entdeckung seiner individuellen „Geschichte“, eine Selbsterfahrung, insbesondere in Bezug auf das „freiwillige Spiel“ und nicht den „Geist der Macht“, der über uns herrscht.

Transgender-Ideologie ist satanisch

Peterson, der DailyWire+-Star, klinische Psychologe und Bestsellerautor, sagte Rogan auch, dass die Transgender-„Ansteckung“ Kindern schadet und verglich sie mit den Vorwürfen des satanischen rituellen Missbrauchs, die vor fast 40 Jahren in Kindertagesstätten aufkamen. Er nahm auch die Globalistengruppe ins Visier, die sich in Davos versammelt, um fortschrittliche Politiken zu formulieren, die der Welt aufgezwungen werden sollen.

„Ich habe versucht, die treibenden Ideen hinter dieser globalistischen utopischen Tyrannei zu verstehen, die sich von oben nach unten zu entwickeln scheint, und ich denke, sie wird zumindest teilweise von dieser religiösen Vision angetrieben, die ich bereits beschrieben habe – dass man die Kultur selbst, insbesondere die industrielle Kultur, als tyrannischen Vater konstruieren muss, der alles vergewaltigt und plündert, was ihm im Weg steht, was eine unglaublich gefährliche Denkweise ist – zu einseitig“, sagte Peterson.

Peterson prangerte die progressiven Eliten an, die düstere Andeutungen über Bevölkerungskontrollen machen und eine Politik vorantreiben, die Lebensmittel und Energie für die Armen der Welt teuer macht.

„Ich habe bereits das Gefühl, dass ich mich in den letzten sechs Monaten im Krieg befunden habe, und ich würde sagen, es ist ein Krieg, denn was ich in Europa beobachtet habe, als ich das letzte Mal dort war, war, dass ... es verdammt klar ist, dass die globalistischen Utopisten bereit sind, die Armen um des Planeten willen zu opfern, wissen Sie, und sie tun das, indem sie die Energiepreise in die Höhe treiben, und das bedeutet, dass Menschen sterben“, sagte Peterson.

Peterson hat sich in der Vergangenheit mit autoritären Linken angelegt, unter anderem mit dem kanadischen Premierminister Justin Trudeau, der ein regelmäßiger WEF-Teilnehmer ist. Peterson liegt derzeit auch im Clinch mit einem Psychologenverband, der ihn wegen beleidigender Tweets sanktionieren wollte. Das College of Psychologists of Ontario ordnete an, dass Peterson ein „Kommunikationstraining für soziale Medien“ absolvieren muss, andernfalls droht ihm eine Anhörung über die mögliche Aussetzung seiner Lizenz zur Ausübung der klinischen Psychologie. Peterson machte deutlich, dass er nicht die Absicht hat, sich der Forderung der Gruppe zu unterwerfen.

0:00 / 5:52

Jordan Peterson Exposes The World Economic Forum | With Joe Rogan



[Atlantis Made](#)

28.000 Abonnenten

1.274.559 Aufrufe 28.01.2023

Joe Rogan and Jordan Peterson discuss the future impacts of the WEF

< https://www.youtube.com/watch?v=kqkUUZc_N3M >

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

15) Wer oder was könnte die Nachfolge von George Soros antreten?

31. 01. 2023



Die Frage, wer das Erbe von George Soros, einem linksgerichteten amerikanischen Geschäftsmann im 93. Lebensjahr, weiterführen und wie sich die Zukunft des globalen Soros-Netzwerks entwickeln wird, gewinnt zunehmend an Aktualität. Die CEU wird sicherlich eine wichtige Rolle bei der Erhaltung der Open Society Foundations spielen. Diese wiederum werden weiter daran arbeiten, demokratisch gewählte Regierungen zu destabilisieren und linksradikale Bewegungen zu unterstützen“, schrieb die Firewall Group.

„Ich bin der Meinung, dass die Stiftungen in ihrer jetzigen Form nicht unbegrenzt überleben können und durch andere Institutionen wie die Central European University (CEU) ersetzt werden müssen“, zitierte die Firewall Group George Soros' Buch Underwriting Democracy aus dem Jahr 1991. Der Geschäftsmann betonte auch, dass der Geist der Open Society Foundations (OSF), der größten Soros-Organisationen, trotz der Veränderungen unter allen Umständen bewahrt und auf die Arbeitsweise aller institutionellen Akteure im „Nachfolge“-Institutionensystem übertragen werden müsse.

Soros zufolge müssen die Open Society Foundations weiterhin tätig sein

„Als ich die Open Society Foundations gründete, wollte ich nicht, dass sie mich überleben. Aber [...] ich habe meine Meinung geändert. Mir wurde klar, dass es egoistisch wäre, das Stiftungsnetz nach meinem Tod zu schließen. [...] Wir hatten eine Reihe von Aktivitäten identifiziert, die ich über meine Lebenszeit hinaus fortsetzen sollte und für deren Durchführung meine Anwesenheit nicht wirklich erforderlich war.“

- schrieb der Geschäftsmann zwanzig Jahre später in seinem Buch The Philanthropy of George Soros darüber.

Wer könnte die Nachfolge von George Soros antreten?

Alexander Soros ist Vorsitzender des Vorstands der Open Society Foundation. Er sagte die Niederlage von Viktor Orbán bei den ungarischen Parlamentswahlen 2022 voraus und kritisiert Ungarn regelmäßig. Zusammen mit Klára Dobrev und Gordon Bajnai ist er Mitglied des Verwaltungsrats des European Council on Foreign Relations (ECFR). Sie war auch Mitglied des Vorstands des in Berlin ansässigen Global Public Policy Institute, dessen Leiter in der Vergangenheit Viktor Orbán scharf kritisiert hat.

Alexander Soros hat bereits erklärt, dass er sein Wissen über Philanthropie durch Gespräche mit seinem Vater vertieft hat und dass er sich mehr für Organisationen interessiert, die an dem Konzept einer offenen Gesellschaft arbeiten, als für solche, die sich für die Gesundheit einsetzen. Im Jahr 2012 gründete er seine eigene Stiftung.

„Für mich sind die Interessenvertretung und das Engagement auf politischer Ebene ein ebenso wichtiges Element des sozialen Wandels wie die Vergabe von Zuschüssen. [...] Ich bin auch ein begeisterter Anhänger vieler progressiver Politiker, darunter Hillary Clinton.“

- sagte er zu Forbes. Bei den Wahlen 2016 spendete sie mehr als 4,5 Millionen Dollar an liberale Demokraten, und 2017 übertrafen ihre politischen Spenden sogar die ihres Vaters. Er half bei der Gründung von Bend the Arc: Jewish Partnership for Justice, einer Schwesterorganisation von Bend the Arc: Jewish Action, einer linksgerichteten politischen Organisation, die sich gegen die Trump-Regierung und die Republikanische Partei wendet.

Andrea Soros Columbel, Tochter von George Soros, ist auch Mitglied des Verwaltungsrats der Open Society Foundations und des Verwaltungsrats der Open Society-United States. Sie unterstützt eine Reihe von Aktivitäten, die darauf abzielen, Kapitalismus und Demokratie so umzugestalten, dass sie für alle besser funktionieren. Zusammen mit seinem Vater und seinem Bruder spendete er 245.000 Dollar an J Street. Diese linksgerichtete jüdische politische Interessenvertretung positioniert sich als progressive Alternative zum Mainstream American Israel Political Action Committee (AIPAC).

Jonathan Allen Soros, ein weiterer Sohn von George Soros, hat mit seiner Frau eine Stiftung gegründet. Die Jennifer and Jonathan Allen Soros Foundation (JJASF) ist in ihrer Arbeitsweise der OSF sehr ähnlich und erhält Gelder von Unternehmen, die mit der Soros-Familie verbunden sind. Zwischen 2010 und 2015 spendete sie mehr als 22 Millionen Dollar an vierzig linke Organisationen wie das Open Society Institute, linke, progressive rechtspolitische Gruppen und Abtreibungsbefürworter. Im Jahr 2014 spendeten sie 1 Million Dollar an die Tides Foundation, im Jahr 2015 1,25 Millionen Dollar an die linke Organisation New America Foundation, der ehemalige Mitglieder der Obama-Regierung angehören, und 518.000 Dollar an Planned Parenthood of America. Soros war auch in der Democracy Alliance aktiv, die die Demokratische Partei der USA unterstützt und enge Beziehungen zur Obama-Regierung unterhält.

Robert Soros und Gregory Soros, das älteste und jüngste Kind des US-amerikanischen Börsenspekulanten, stehen weniger im Licht der Öffentlichkeit, obwohl Ersterer dem Open Society Institute bereits 400.000 Dollar gespendet hat.

Die geschlechtsspezifische CEU ist eine der möglichen Nachfolgerinnen

Die Firewall-Gruppe erinnerte auch daran, dass die 1991 gegründete CEU sich als globale Gemeinschaft versteht, die fest an die Rolle offener und demokratischer Gesellschaften glaubt, die die Menschenrechte und die Menschenwürde achten. Dies spiegelt sich auch in der Tatsache wider, dass es an der CEU nur wenige Kurse in den exakten Wissenschaften gibt, dafür aber mehr Kurse in Gender Studies oder Sozialanthropologie.

Soros zufolge verfügt der Stiftungsapparat über mehr Geld als Ideen, und er würde den Prozess der Ideenfindung an die School of Public Policy der CEU auslagern, um das Geld effizienter einzusetzen. Um dies zu erreichen, muss die CEU jedoch den Geist, der die Open Society Foundation durchdringt, institutionalisieren. Deshalb legt der Unternehmer auch großen Wert auf die langfristige Entwicklung der CEU.

Magyar Nemzet

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [MAGYAR NEMZET](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

16) Demografie im Niedergang: Die Herausforderung der Diaspora, in Frankreich und in Europa

31. 01. 2023



Bicanski.- pixnio, gemeinfrei

Die Welt demografie befindet sich im Umschwung. Überall auf der Erde sinkt die Fertilitätsrate, bis sie unter die 2,1 Kinder pro Frau fällt, die für die Erneuerung der Generationen erforderlich sind. In Europa liegt der Durchschnitt bei 1,53. Frankreich hält sich mit 1,86 (unterhalb der Reproduktionsrate) eher besser als die anderen europäischen

Seite E 45 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

Länder, während Deutschland bei 1,54 liegt. Es wird daher geschätzt, dass Deutschland im Jahr 2045 weniger Einwohner haben wird als Frankreich. Bis 2060 wird Deutschland voraussichtlich 15 Millionen Einwohner verlieren und eine Bevölkerung von 66 Millionen Einwohnern haben, im Vergleich zu den derzeitigen 80,5 Millionen.

Dieses Phänomen ist jedoch nicht nur auf Europa beschränkt. Die Fertilitätsrate liegt in China bei 1,6, in den USA bei 1,87 und in Brasilien bei 1,75. Auch in Ländern, die traditionell viele Kinder haben, sinkt die Fertilitätsrate rapide. In Algerien sank sie in den letzten 50 Jahren von 7,57 auf 2,66, in Indien von 5,41 auf 2,40. Nur Schwarzafrika hält dagegen, aber selbst in Niger, dem Land mit der höchsten Fertilitätsrate der Welt, ist ein bislang bescheidener Rückgang zu verzeichnen (von 7,60 auf 6,35 in 50 Jahren).

Unter diesen Umständen wird die Bevölkerung für viele Länder zu einer immer knapperen und wertvolleren Ressource werden. Diese „menschliche Ressource“ ist übrigens am begehrtesten, wenn sie jung, akademisch gebildet, reich (was die Jugend ausgleichen kann) und leicht in das Gastland integrierbar ist. Dies wird zu einem verschärften Wettbewerb zwischen den Staaten und sogar zu Kriegen führen.

Der Krieg in der Ukraine kann übrigens als einer der ersten „demografischen Kriege“ angesehen werden. Trotz einer natalistischen Politik hat Russland eine sehr niedrige Fertilitätsrate (1,61) und eine Bevölkerung von nur 143,4 Millionen Menschen, um das größte Land der Welt zu bevölkern. Abgesehen vom geostrategischen Aspekt ist ein Anstieg seiner Bevölkerung das Wertvollste, was Russland in diesem Krieg gewinnen kann. Dem Land mangelt es nämlich nicht an Rohstoffen oder Ackerland, sondern vielmehr an Arbeitskräften, die sich darum kümmern. Durch die Annexion der Krim im Jahr 2014 hat es bereits zwei Millionen Einwohner hinzugewonnen, und derzeit sollen sich fast drei Millionen ukrainische Flüchtlinge in Russland aufhalten, ohne die Bevölkerung der neu annektierten Gebiete mitzuzählen.

Ungarn hat seinerseits eine weitaus friedlichere Politik verfolgt. Nach dem Trianon-Vertrag von 1920, in dem die Grenzen neu festgelegt wurden, fanden sich viele Ungarn außerhalb ihres Landes wieder. Das sind etwa zwei Millionen Menschen, von denen mehr als die Hälfte in Rumänien lebt. Die ungarische Politik besteht darin, diesen Ländern finanzielle Unterstützung für die Aufrechterhaltung der ungarischen Kultur und Sprache zu gewähren, und sie ermöglicht es diesen Bevölkerungsgruppen und ihren Nachkommen, die ungarische Staatsbürgerschaft zu erlangen. Dies ermöglicht es Ungarn, über eine leicht assimilierbare Bevölkerungsreserve zu verfügen, ohne auf fremde Zuwanderung zurückgreifen zu müssen.

Was Frankreich betrifft, so ist eine Aussortierung der Zuwanderung derzeit ausgeschlossen. Es ist jedoch möglich, dass das Gegenteil eintritt. In Frankreich gibt es nämlich Gemeinschaften, die ihrem Herkunftsland nahe geblieben sind und mit denen sich die Nachkommen noch immer identifizieren. So leben beispielsweise 1,7 Millionen Marokkaner und 2,6 Millionen Algerier in unserem Land. Man kann sich vorstellen, dass es zu einer massiven Remigration kommen könnte, wenn sich die wirtschaftliche Lage in Frankreich weiter verschlechtert, während sich die Lage in den Herkunftsländern verbessert, wenn man bedenkt, dass beispielsweise drei Viertel der im Ausland lebenden Marokkaner davon ausgehen, dass sie eines Tages nach Marokko zurückkehren werden. Diese Aussicht würde von einigen französischen Politikern begrüßt werden. Andererseits würde sie den wirtschaftlichen Niedergang materialisieren und sogar noch verstärken, da es immer die am besten ausgebildeten Akademiker und Unternehmer sind, die zuerst abwandern. Dieses Phänomen ist bereits bei der jüdischen Bevölkerung in Frankreich zu beobachten, die von

Seite E 46 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

530.000 im Jahr 1970 auf 449.000 heute gesunken ist. Die meisten von ihnen sind nach Israel gezogen, da diese Einwanderung begünstigt.

In den kommenden Jahren wird es daher zu einem verstärkten Wettbewerb zwischen den Ländern der Welt um immer knapper werdende Arbeitskräfte kommen. Die Diaspora wird besonders im Fokus stehen, da sie häufig gebildet und schnell in das Herkunftsland integrierbar ist.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [BOULEVARD VOLTAIRE](#) unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

01) Asylbetrug: Zwei von drei Migranten kommen unerkannt über die EU-Außengrenzen

12. 02. 2023



Migranten in Ásotthalom, Ungarn

Auf dem Weg nach Deutschland: Zwei Drittel der Einwanderer werden an den Außengrenzen der EU nicht registriert. Die Ein- und Durchreiseländer vernachlässigen ihre Pflichten, erklärt der Bayerische Innenminister.

Die Mehrheit der Asyleinwanderer reist unerkannt über die EU-Außengrenzen ein. Das zeigt eine Auswertung der Eurodac-Registrierungen aller Antragsteller des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Bamf), über die die „Welt am Sonntag“ berichtet.

Unter allen 151.277 Asylerstantragstellern ab 14 Jahren, die im Jahr 2022 in Deutschland ankamen, „hatten etwa zwei Drittel (ca. 101.000) keinen Eurodac-Treffer“, schreibt das Bamf.

Joachim Herrmann (CSU), Innenminister Bayerns, sagte der „Welt am Sonntag“: „Der Schutz der EU-Außengrenzen ist das Gebot der Stunde. Die Ein- und Durchreiseländer der EU vernachlässigen sträflich ihre Pflicht, Daten von Migranten ohne Visum zu erfassen. Dass immer mehr Menschen völlig unkontrolliert in die EU kommen, ist auch ein zunehmendes Sicherheitsrisiko.“

Herrmann pocht darauf, dass europäisches Recht wieder durchgesetzt wird, und hofft, dass der EU-Gipfel eine Trendwende bewirkt hat. „Schengen heißt nicht, keine Kontrollen mehr, sondern der Deal war immer: Die Binnengrenzkontrollen können dann entfallen, wenn die Außengrenzen gut geschützt sind. Grundbedingung war auch die Möglichkeit für Hauptzielländer wie Deutschland, unerlaubt weiterziehende Asylsuchende wieder in den zuständigen Staat zurückzubringen. Ohne Registrierung und Überstellungsmöglichkeit für Deutschland wird man früher oder später wieder über nationale Grenzschutzmaßnahmen reden müssen.“

Eigentlich müsste die große Mehrheit der hierzulande ankommenden Asylzuwanderer eine solche Registrierung durch die Staaten an der EU-Außengrenze aufweisen. Denn nur ein kleiner Teil der Antragsteller in Deutschland reist ohne vorherigen Aufenthalt in anderen europäischen Staaten direkt in die Bundesrepublik.

Alle EU-Staaten sind seit Langem verpflichtet, jeden illegal einreisenden Migranten über 14 Jahren zu registrieren und in die europäische Datenbank Eurodac einzutragen.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf [EPOCH TIMES](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Linker „Seenotretter“ fordert „Wegvolkung“ der indigenen, weißen Bevölkerung Deutschlands

02. 02. 2023



Seite E 49 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

Der „Seenotretter“ Axel Steier fordert auf Twitter die Wegvolkung aller indigenen Deutschen mit weißer Hautfarbe: [„Weißbrote“ soll es in 50 Jahren in Deutschland](#) nicht mehr geben, biologistische Zielsetzung des Imports von Schwarzafrikanern nach Deutschland sei letztlich die Wegzüchtung der Indigenen mit weißer Hautfarbe.

Axel Steiers Überlegungen gehen damit über die bisherigen ideologischen Grundsätze der Umvolkungspolitik hinaus: Die offizielle Staatsideologie der „Bunten Republik Deutschland“ propagiert ja immer noch ein vielfältiges Miteinander von Menschen verschiedener Sprachen, Kulturen, Religionen und Hautfarben. Die offizielle Staatsideologie spricht also weiterhin von einer Art „buntem“ Deutschland der Zukunft, in dem Schwarzafrikaner neben Menschen aus dem Vorderen Orient und indigenen Deutschen in einem Land gemeinsam zusammenleben. Nach allgemeinem Verständnis ist in dieser buntistischen Vision also durchaus noch Platz – politisch wie physisch – für indigene Deutsche.

Axel Steier bringt nun allerdings einen neuen Gesichtspunkt in die Debatte ein. Zielsetzung der staatlichen Ansiedlung von Schwarzafrikanern in Deutschland ist im Verständnis Steiers nicht mehr nur die bloße Umvolkung Deutschlands – also eine von staatlichen Akteuren mittels Siedlungspolitik betriebene Neustrukturierung der Bevölkerung zuungunsten der Indigenen –, sondern die insgesamt Wegvolkung der Indigenen. Diese Wegvolkung soll nach Steier vor allem mit biologischen Mitteln erreicht werden: Steier geht davon aus, dass die Wahrscheinlichkeit, dass deutsche Indigene mit weißer Hautfarbe einen „nicht weißen“ (Steier) Partner ehelichen und mit diesem „nicht weiße“ Kinder zeugen, mit der quantitativen Anzahl angesiedelter Schwarzafrikaner zunimmt. Je mehr Schwarzafrikaner in Deutschland also, so argumentiert Steier, desto mehr „nicht weiße“ Kinder und desto weniger Menschen mit weißer Hautfarbe („Weißbrote“). Politische Zielsetzung und erwarteter Endpunkt dieser Entwicklung ist dann, laut Steier, dass es „keine Weißbrote mehr geben wird“.

Ganz neu sind solche biologistischen Überlegungen im Rahmen der Umvolkungspolitik nicht. Bereits 2015 wies der ehemalige Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble darauf hin, dass der Staat im Zuge der Massenansiedlung von überwiegend arabischen Männern durch Angela Merkel eine Verhelichung dieser Araber mit indigenen deutschen Frauen erwartet und die Ansiedlung dieser Araber daher einer biologischen „Degenerierung“ durch „Inzucht“ entgegenwirke. Derartige Gesichtspunkte gezielter biologischer Menschenzucht prägen die Ideologienwelt unserer politischen Führung im Rahmen der Umvolkungspolitik also bereits seit längerem.

Axel Steiers Gedankengänge gehen allerdings weit über die Überlegungen Wolfgang Schäubles hinaus. 2015 galt: Demographische und biologische Umvolkung ja, aber von radikaler Wegvolkung der Deutschen allein aufgrund ihrer Genetik und weißen Hautfarbe war damals noch nicht die Rede.

Anders auch als zu Zeiten Wolfgang Schäubles ist – hoffentlich – anzunehmen, dass Axel Steiers Gedankengänge heute wohl noch nicht in Regierungskreisen vertreten werden. Man darf daher davon ausgehen, dass sich solche gedanklichen Konzeptionen zur endgültigen Wegvolkung der Indigenen in Deutschland bislang nur auf extreme Randbereiche des politischen Spektrums beschränken. Die Erfahrung der letzten Jahrzehnte lehrt uns allerdings, dass sich beim Thema Umvolkung letztlich immer die radikalen Kräfte in Deutschland durchgesetzt haben. In diesem Punkt hat Steier daher vermutlich recht, wenn er sagt: „Wir sitzen am längeren Hebel“.

Man geht also sicher nicht völlig fehl in der Annahme, dass die Wegvolkung der indigenen Deutschen sowie aller anderen Menschen „weißer“ Hautfarbe in Deutschland früher oder später zum politischen Debattenthema in Deutschland werden wird. Die Frage wird dann

Seite E 50 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

wohl auch sein, ob diese Zielsetzung der Wegvolkung allein mit biologischen Mitteln der Menschengzucht – wie jetzt von Steier in den Raum gestellt – betrieben werden sollte, oder ob sich die gewünschte Wegvolkung indigener Menschen mit weißer Hautfarbe in Deutschland nicht mit anderen Methoden noch schneller erreichen ließe.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [PI-NEWS](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER 1



Telldenkmal mit Bronzestatue von Richard Kissling und Hintergrundbild von Hans Sandreuter in Altdorf (Kanton Uri, Schweiz) · Foto: Xproua / Wikimedia CC 3.0

01) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 28.02.2023

Brasilien – Erstmals seit 2020 findet im brasilianischen Rio de Janeiro der Karneval wieder ohne pandemiebedingte Einschränkungen statt. Stadtpräsident Eduardo Paes übergab am Freitag den Stadtschlüssel an Karnevalskönig Rei Momo. Der Karneval ist wieder mit all seinen Facetten zurück: Hunderte «Blocos» – das sind Samba- und andere Musikgruppen – sollen in den kommenden Tagen durch die Straßen Rios ziehen. Die Stadtverwaltung hat 445 Umzüge genehmigt. Zehntausende Zuschauer auf der Tribüne sowie Millionen vor dem Fernseher dürften das Fest verfolgen. Der Karneval von Rio ist die größte Party der Welt, die Tourismus-Agentur Riotur erwartet bis zu 5.5 Millionen Karnevalsfans in der Stadt. Es ist das erste Karnevalsfest in Rio de Janeiro ohne pandemiebedingte Einschränkungen seit 2020. Bürgermeister Paes hatte den Straßenkarneval wegen der Corona-Pandemie in den vergangenen Jahren abgesagt. Nur die Umzüge im Sambodrom gab es im April 2022. SRF.ch

Bulgarien – Bulgarien verschiebt Euro-Einführung. Bulgarien wird den Euro nicht schon im nächsten Jahr einführen können, was eigentlich beabsichtigt war. NOS.nl

China – Spitzendiplomat Wang Yi hat die Vereinigten Staaten wegen des Ballonvorfalls Anfang dieses Monats angegriffen. Auf der Sicherheitskonferenz in München nannte Wang das Vorgehen der Amerikaner „hysterisch“ und „absurd“. „Es gibt so viele Ballons auf der Welt, werden die USA sie alle abschießen?“. NOS.nl

Deutschland – Wachsender Widerstand. Zuteilung von Geflüchteten bringt deutsches Dorf an den Anschlag. Seit vor drei Wochen bekannt wurde, dass im 500-Seelen-Dorf Upahl (Nordwestmecklenburg) eine Containersiedlung für 400 Geflüchtete aus Syrien und Afghanistan gebaut wird, reißen die Proteste nicht mehr ab. «Wir sind nicht rechts, wir sind Bürger.», skandieren die Menschen vor dem Kreisgebäude. Es sind Einwohner aus Upahl, die sich nicht in die rechtsextreme Ecke gedrängt sehen wollen. Doch sie fühlen sich überfahren. «Es ist ja auch richtig, dass man hilft. **Aber die große Menge ist für unser kleines Dorf einfach zu viel.** Wir haben Angst, dass wir überrannt werden», sagt Renate Rahn, die ihr ganzes Leben in Upahl gewohnt hat. Im Dorf, gut 20 Kilometer südwestlich von Wismar an der Ostseeküste, gibt es weder eine Bäckerei noch einen Bankomaten. Auf Holzschildern und Leintüchern drückt sich das ganze Unbehagen, die Angst vor dem Unbekannten, dem Fremden aus. Dass in Upahl eine Asylunterkunft gebaut wird, hat vor drei Wochen der Kreistag in einem Eilantrag beschlossen. Das 30'000 Quadratmeter große Landstück im Gewerbegebiet, keine 500 Meter von den Einfamilienhäusern, ist bereits planiert. Nächste Woche werden die ersten Container geliefert. 400 Geflüchtete sollen ab März einziehen, vor allem Geflüchtete aus Syrien und Afghanistan. Die Gemeinde sei weder vorab informiert noch gefragt worden, ärgert sich Werner Pitschke. «**Wo bleibt die Demokratie?**», steht auf dem Leintuch, das am Gartentor seines Hauses hängt. Landrat Tino Schomann (CDU) räumt ein, dass alles sehr kurzfristig entschieden worden sei. Doch seit die Flüchtlingszahlen rasant zunehmen, müsse er jede Woche 20 bis 30 Menschen irgendwo unterbringen. Die Gemeinschaftsunterkunft in Wismar mit 340 Plätzen sei voll. Seit November werden auch die Sporthallen zur Unterbringung genutzt. «**400 Geflüchtete auf 500 Einwohner**, das passt natürlich nicht», gibt Schomann zu. Aber das Landstück gehört dem Landkreis und eine Option auf eine Container-Lieferung lief Ende Januar aus. «Wir wussten nicht, wann wir die nächsten Container bekommen, die Lieferfristen liegen bei 10 bis 12 Wochen.» In eiligst einberufenen Bürgerversammlungen versuchten die Behörden, die Wogen zu glätten. Doch viele Fragen blieben offen. Wie viele Menschen dann wirklich kommen, wie lange sie bleiben, wie die Betreuung der Geflüchteten aussehen wird. «Wir haben hier die Integration nicht, die sie eigentlich verdienen. Sei es schulisch oder um unsere Sprache lernen zu können», ist Anwohner Bernd Wien überzeugt. Er fordert von der Regierung einen Aufnahmestopp. Es sind Forderungen, die bei Landrat Tino Schomann auf Anklang stoßen. Man müsse die Gesellschaft mitnehmen, damit die Akzeptanz, die Bereitschaft zu helfen, nicht verloren gehe. «Es ist das Schlimmste, in einer Demokratie keine Perspektive zu haben», betont Schomann. Man müsse steuern und begrenzen. «Das muss der Bund tun.» Der von Innenministerin Nancy Faeser organisierte Flüchtlingsgipfel am Donnerstag war jedoch unergiebig. Länder, Städte und Gemeinden erhalten keine weiteren Hilfen, werden mit Floskeln und Banalitäten hingehalten. So werden die Proteste nicht abreißen. Nicht in Upahl, nicht anderswo.

- Flughafen-Streik in Deutschland: 300'000 Passagiere betroffen. Rund 2340 Flüge fallen wegen des Warnstreiks aus. Die deutsche Gewerkschaft Verdi fordert bessere Löhne und Bedingungen. SRF.ch
- Zum Auftakt der Münchner Sicherheitskonferenz haben Bundeskanzler Scholz und der französische Präsident Macron ihre Unterstützung für die Ukraine bekräftigt. Scholz meinte, nicht die internationalen Waffenlieferungen verlängerten den Krieg – das Gegenteil sei der Fall. Macron sagte, er sehe zurzeit keine Möglichkeit, mit Russland zu verhandeln.
- Die Münchner Sicherheitskonferenz ist mit einem Appell für **höhere Militärausgaben** in Europa zu Ende gegangen. Die Konferenz stand in diesem Jahr ganz im Zeichen des

Ukraine-Krieges. Hochrangige EU-Vertreter haben angekündigt, die Rüstungsproduktion in den Mitgliedsstaaten anzukurbeln, um der Ukraine mehr Munition liefern zu können.

- In Cottbus wird heute nach zwei Corona-Jahren wieder ohne Auflagen Karneval gefeiert. Daran beteiligen sich rund 3000 Narren, auch von Karnevalsvereinen aus Berlin und Sachsen. RBB.de

- **Immer mehr Waffen für die Ukraine sei der falsche Weg**, sagt der deutsche Philosoph Olaf Müller (56). Er plädiert für einen pragmatischen Pazifismus, selbst jetzt. Müller, Olaf: Pazifismus. Eine Verteidigung [Was bedeutet das alles?] Originalausgabe, 116 S., ISBN: 978-3-15-014354-4, €6.-, Reclam-Verlag. Es könnte eine so starke Eskalation in Gang kommen, an deren Ende Europa in Schutt und Asche liegt.

- Die österreichische Schauspielerin Nadja Tiller ist tot. Sie starb im Alter von 93 Jahren in Hamburg. Tiller gehörte zu den bedeutendsten deutschsprachigen Schauspielerinnen der 1950er- und 60er-Jahre. Sie war in über 120 Filmen und Serien zu sehen. Zu ihren bekanntesten Filmen gehört «Das Mädchen Rosemarie», in dem Tiller die Rolle einer Edelprostituierten spielte. SRF.ch

EU – Fernseher werden immer größer – und damit immer energiehungriger. Mit einer neuen Richtlinie will die EU das nun ändern. Und verbietet damit effektiv den Verkauf von Technologien wie 8K. Schaut man auf Messen und in manchen Elektroläden nach Fernsehern, ist der Trend seit Jahren klar: Größer und größer werden die Geräte – auch die Auflösung steigt. Doch diese neuen Diagonalen fressen auch immer mehr Energie. Nun tritt am 1. März eine neue EU-Richtlinie in Kraft. Und schiebt den ganz großen Modellen effektiv den Riegel vor. Die Idee ist eigentlich eine andere: Um den Energiehunger moderner Fernseher und Monitore in den Griff zu bekommen, setzt die Richtlinie nun neue Grenzwerte fest. Durften Geräte mit HD-Auflösung bisher einen sogenannten Energieeffizienzindex von 0,9 nicht überschreiten, sinkt dieser nun auf 0,75. Bei Modellen mit einer Auflösung über 4K sind es nun 0,9 statt bisher 1,1. Der Index basiert auf einer komplexen Berechnungsmethodik und bezieht verschiedene Parameter ein. Grundsätzlich gilt aber: je kleiner, desto besser – also sparsamer. STERN.de

Griechenland – Verteidigungsminister Takis Theodorikakos hat gegenüber dem TV-Sender Skai gesagt, die griechische Regierung wolle den Grenzzaun zur Türkei am Evros um 35 km verlängern. Der neue Zaun soll in etwa zehn Monaten fertig sein. Die Kosten dafür bezifferte Takis Theodorikakos auf rund 100 Millionen Euro. Die EU lehnt Zäune kategorisch ab und verweigert Zuschüsse. SRF.ch

Italien – Niedrigwasser in Venedig: Gondeln liegen im Schlamm. ORF.at

Korea – Südkorea und die USA haben ihre Manöver wieder voll aufgenommen. Die einflussreiche Schwester des nordkoreanischen Machthabers Kim Jong Un, Kim Yo Jong, warnt unterdessen die USA davor, weiter strategische Waffensysteme zur koreanischen Halbinsel zu schicken. Nordkorea hat in der Nacht erneut zwei ballistische Raketen in Richtung Japanisches Meer abgefeuert. SRF.ch

Madagaskar – Am Dienstagnachmittag wird «Freddy» auf die Ostküste von Madagaskar treffen. Mit erwarteten Windspitzen von knapp 200 km/h ist dies ein tropischer Wirbelsturm der Kategorie 3. Überschwemmungen und Erdbeben sind zu erwarten. Bereits im Januar forderte der schwächer eingestufte Sturm «Cheneso» in Madagaskar Todesopfer. SRF.ch

Niederlande – ASML Holding, der weltweit größte Anbieter von Maschinen zur Chipherstellung, beschuldigte einen ehemaligen Mitarbeiter in China, Daten von einem gemeinsam genutzten Laufwerk gestohlen zu haben, was zu einem möglichen Verstoß gegen bestimmte Exportkontrollbestimmungen führte. Der Vorwurf wurde im am Mittwoch

veröffentlichten Jahresbericht 2022 des Unternehmens erhoben. Es kommt daher, dass die niederländische und die japanische Regierung Berichten zufolge Vorschriften erarbeiten, um die Exporte ihrer Lithografiegeräte für das tiefe Ultraviolett (DUV) nach China zu beschränken. Die China Semiconductor Industry Association (CSIA), die führende Handelsgruppe der Chipindustrie des Landes, sagte in einer Erklärung, dass die Vereinigten Staaten, die Niederlande und Japan aufhören sollten, das vorgeschlagene Exportverbot voranzutreiben. Wenn China keine Immersions-DUV-Lithografie importieren kann, wird es keine 28-nm-Chips herstellen können, die in Unterhaltungselektronikprodukten und Automobilen weit verbreitet sind. Ein Arbeiter hatte Daten von Teamcenter, einem Programm von Siemens, entnommen. Das Programm ermögliche den gemeinsamen Zugriff auf ein einziges Repository aller produktbezogenen Kenntnisse, Daten und Prozesse. NPO.nl

Österreich – Zu einer Premiere ist es auf dem Flughafen Innsbruck gekommen. Ein Flugzeug der chinesischen Luftstreitkräfte mit 40 Soldaten an Bord setzte auf der Landebahn auf. Die Chinesen nehmen an einem militärischen Wettkampf im Tiroler Hochgebirge teil. ORF.at

Polen – Territorialverteidigung: Fürs Vaterland gehen sie in ihrer Freizeit in die Armee. Zur Verteidigung setzt Polen auf Freiwillige. Eine Truppe zwischen Zivilschutz und Auffangbecken für radikale Paramilitärs. Imagepflege ist wichtig für die Armee zur Territorialverteidigung, polnisch Wojska Obrony Terytorialnej (WOT). Bei der vor sechs Jahren gegründeten Freiwilligentruppe gibt es sogar ein eigenes Rap-Duo: «Immer bereit, immer in der Nähe. Treu zur geliebten Heimat bis zum Ende», singen die beiden Wochenendsoldaten. Patriotismus ist wichtig bei der Rekrutierung neuer Freiwilliger. Dazu gehört auch, dass die Freiwilligen das legendäre Zeichen des polnischen Widerstands tragen dürfen: die Kotwica – ein Anker, der während des Zweiten Weltkriegs als Symbol der Untergrundarmee diente. Mindestens ein Wochenende im Monat verbringt der Vater von zwei Kindern in Uniform. Der Sold beträgt **25 Franken pro Tag**. «Der Dienst ist ein Opfer. Aber ich weiß, dass ich damit Gutes tue», sagt Peszko. Ganz besonders prägend für ihn war der letzte Winter, als Hunderttausende aus der Ukraine flüchteten und über die Grenze kamen. Peszko half damals, Transporte und Schlafplätze zu organisieren. Der Ukrainekrieg und die vielen Flüchtlinge habe der Territorialverteidigung so viele Einsätze beschert wie noch nie, sagt Oberst Michal Malyska. «Und wir hatten viele Freiwillige, die sich bei uns gemeldet haben.» Die kann die Territorialverteidigung gebrauchen. Als die nationalkonservative Regierung die Truppe 2017 gründete, wollte sie innert zwei Jahren 50'000 Freiwillige rekrutieren. Sechs Jahren später sind es erst 36'000. Dafür sei die Territorialverteidigung eigentlich nicht gedacht, widerspricht Sicherheitsanalyst Marek Swierczynski des polnischen Analysezentrams Polityka Insight. Dass die Truppe als eine Art Zivilschutz eingesetzt wird, sei eine Folge des Personalmangels bei Feuerwehr, Grenzschutz und Rettungskräften. «Als die Nationalkonservativen 2015 an die Macht kamen, wollten sie mit der Freiwilligentruppe eigentlich die polnische Bevölkerung wehrhafter machen», sagt Swierczynski. Zudem hätten sich damals, während der Flüchtlingskrise, ziemlich radikale paramilitärischen Gruppen gebildet. «Die Regierung wollte ihnen ein Betätigungsfeld bieten, um sie besser kontrollieren zu können», erklärt der Sicherheitsanalyst. «Wahrscheinlich war das eine kluge Entscheidung.» Außerdem ist Swierczynski überzeugt, dass die Freizeitsoldaten in einem Krieg etwas ausrichten können. Das zeigten die Territorialkräfte in der Ukraine, die dort eine wichtige Rolle gegen die Russen spielten. Den polnischen Berufsmilitärs passte die Freiwilligentruppe zu Beginn nicht. «Die Berufssoldaten waren neidisch, dass die Freiwilligen besser ausgerüstet wurden als sie, dass sie neue Fahrzeuge und Trainingszentren erhielten», erklärt Swierczynski. Inzwischen habe sich das Konkurrenzdenken gelegt. Die Territorialverteidigung hat sich

Respekt verschafft. Das spürt auch Gefreiter Peszko: «Als ich zur Armee kam, nannte man uns Schmarotzer. Heute höre ich: «Danke, dass es euch gibt.»»

● US-Präsident Joe Biden besuchte nach seiner Visite in Kiew das Nato-Mitglied Polen, wo er in Warschau unter anderem Präsident Andrzej Duda trifft. Spätestens seit dem Ausbruch des Ukraine-Kriegs ist Polen ein zentraler Akteur in der Nato: «Polen ist inzwischen ein Eckpfeiler der Nato geworden», sagt der diplomatische Korrespondent von SRF, Fredy Gsteiger. Zwar sei die Machthierarchie in der Nato nach wie vor klar: An der Spitze stehen mit großem Abstand, laut Gsteiger, die USA, danach kommen Frankreich und Grossbritannien, die beide Atommächte sind und früher sei nach ihnen Deutschland gekommen. Deutschland war ein Frontstaat zur damaligen DDR. «Inzwischen hat aber Polen militärisch Deutschland sowie Italien, Spanien und Kanada überholt.» Polen ist 1999 der Nato beigetreten. SRF.ch

Russland – Russland will Nord-Stream-Explosionen untersuchen lassen. Man geht von Sabotage aus und verlangt eine unabhängige Untersuchung der UNO. SRF.ch

● Während die Ukrainas auf Symbole aus der Ära der ethnischen Säuberungen unter Stepan Bandera (1909–1959) zurückgreifen, beziehen sich die auf russischen Fahrzeugen abgebildeten Zeichen auf die Herkunft: Z: Streitkräfte aus dem Militärbezirk West; (Z umrahmt): Streitkräfte von der Krim; O: Streitkräfte aus Belarus; V: Russische Marineinfanterie; X: Streitkräfte aus Tschetschenien; A: Spezialkräfte. Im Januar 2010 verlieh der pro-amerikanische Präsident Wiktor Juschtschenko Bandera den Ehrentitel Held der Ukraine. Ministerpräsidentin Julia Timoschenko stimmte zu. Es gibt wieder Hunderte nach ihm benannte Straßen, viele lebensgroße Statuen und Büsten, einige monumentale Denkmäler sowie mehrere Museen zu seinen Ehren. In der Ostukraine, in Polen, Russland und Israel gilt er als Verbrecher und NS-Kollaborateur. Dies führte zur Gründung der Volksrepubliken im Donbass. Banderas Grab in München wurde in der Nacht auf den 17. August 2014 verwüstet. VESTI.ru

● Und das sollte jedem klar sein, erklärte der russische Präsident Wladimir Putin am 21.2. in seiner Rede zur Nation. „Je mehr westliche Langstreckensysteme in der Ukraine eintreffen, desto weiter müssen wir die Bedrohung von unseren Grenzen zurückdrängen. Das ist selbstverständlich!“ Der russische Präsident hat auch angekündigt, den Vertrag New Start auszusetzen, der die Atomwaffenarsenale Russlands und der USA begrenzt. SRF.ch

Schweiz – Zugersee ist wegen Burgunderblutalge rötlich verfärbt.

● Konkurrenz für Kostümverleihe. «Online kostet das Kostüm nur sieben Franken». Der Onlinehandel macht den Kostümverleihen das Leben schwer. Der erhoffte Aufwind nach der Pandemie blieb aus.

● Russische und ukrainische Ballett-Tanzende stehen in Zürich gemeinsam auf einer Bühne und tanzen gegen den Krieg.

● Randalen in Zürich und Basel. Gewalt an Polizisten – ein Problem spitzt sich zu: Kürzlich kam es in zwei Städten zu Ausschreitungen mit Angriffen auf Ordnungskräfte. Ein Trend, der seit Jahren zunimmt. SRF.ch

Serbien – Serbien sieht Russlands Krieg als Revanche für 8 Jahre ukrainischen Krieg gegen den Donbass, wo kaum mehr ein Haus steht. Da Belgrad die einzige Stadt Europas ist, wo russische Flugzeuge landen können und Serbien das einzige Land, wo Russen ohne Visum einreisen können, treffen sich vor allem in Belgrad und Novi Sad Kriegsbefürworter und -gegner. Auch die verwandte Sprache macht vieles für russische Einwanderer einfacher. Präsident Vučić versucht den Spagat zwischen Russland und EU. SRF.ch

Spanien – Der Getreidekorridor aus der Ukraine funktioniert. Allerdings geht der Großteil der Exporte nicht nach Afrika oder in arme Länder Asiens. Zu den fünf größten Importeuren

gehören drei europäische Länder, vor allem Spanien fürs Schweinefutter, sowie China und die Türkei. Dorthin gehen 60 % aller Exporte. VESTI.ru

- Zwei führende spanische Verkehrsbeamte sind wegen einer verpatzten Bestellung neuer Nahverkehrszüge, die fast 260 Millionen Euro gekostet haben, zurückgetreten. Die Züge passen nicht in Tunnels in den nördlichen Regionen Asturiens und Kantabriens. Der Chef des spanischen Bahnbetreibers Renfe, Isaías Táboas, und die Staatssekretärin für Verkehr, Isabel Pardo de Vera, haben ihre Ämter inzwischen niedergelegt. BBC.uk

Südafrika – Gemeinsame russisch-chinesisch-südafrikanische Manöver bei Durban. SABC.za

Syrien – Die Präsidentin des Internationalen Roten Kreuzes war im Nordosten Syriens. Sie fordert die Aussetzung von Sanktionen. SRF.ch

- Nach einem Anschlag der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) ist die Zahl der Todesopfer nach Angaben von Aktivisten auf mindestens 68 gestiegen. ORF.at Allein in Syrien seien 8.8 Millionen Menschen von den Folgen des Erdbebens betroffen, schreibt die stellvertretende UNO-Syrienbeauftragte rund zwei Wochen nach dem Beben. Bisher sind 46'000 Todesopfer in der Türkei und in Syrien bestätigt.

- Israelische Luftangriffe auf Ziele in Syrien. SRF.ch

Tschechien – Generalstabschef Karel Rehka hat sich besorgt darüber gezeigt, dass sich der Ukraine-Krieg zu einem Krieg in Europa zwischen Russland und der NATO ausweiten könnte. Das sei „nicht undenkbar“, sagte der 48-Jährige heute in Prag. Er mahnte, dass die Berufsarmee seines Landes dafür nicht gerüstet sei. ORF.at

Türkei – Elf Tage nach dem Erdbeben wurden in der Türkei einige weitere Menschen gerettet. Ein 12-jähriger Junge wurde **lebend nach 260 Stunden** gefunden. Die Zahl der Todesopfer in der Türkei liegt bei 38'044. In Syrien bei 6000.

- Aufgrund der Hinweise der Hunde wurde am 18. Februar eine weitere Person lebend aus den Trümmern gezogen. Die meisten Rettungsaktionen gehen nun zu Ende. NOS.nl
- Knapp zwei Wochen nach den verheerenden Erdbeben sind die Rettungseinsätze in fast allen betroffenen Provinzen der Türkei eingestellt worden. Die Betroffenen mieten private Kräne, um ihre Habseligkeiten aus den Häusern zu holen. Demnächst soll großflächig alles abgerissen werden, um rasch neue Quartiere zu bauen. TRT.tr

Ukraine – Angesichts der schweren Kämpfe in der ostukrainischen Stadt Bachmut hat die Regierung die Einwohner am Freitag **zur Flucht aufgefordert**. Die Stadt steht praktisch unter russischem Dauerbeschuss. Von den einst 70'000 Einwohnern dürften sich nur noch wenige tausend in der Stadt befinden. ORF.at

- Kinderwunschkliniken bieten Militärangehörigen die Möglichkeit, ihr Sperma kostenlos einfrieren zu lassen, falls ihnen an der Front etwas zustößt. NOS.nl

- Der britische Verteidigungsminister Ben Wallace schließt für seine Regierung eine rasche Lieferung von modernen Kampfjets an die Ukraine aus. Nach Kampfpanzern und Kampfjets hat die Ukraine auf der Münchner Sicherheitskonferenz den westlichen Verbündeten einen neuen Waffenwunsch für den Kampf gegen Russland präsentiert. Vizeregierungschef Olexander **Kubrakow forderte gestern Abend Streumunition und Phosphorbomben** – der Einsatz beider Waffen ist weltweit verboten. Feministin Schwarzer und Abgeordnete Wagenknecht fordern Friedensverhandlungen zwischen Ukraine und Russland. Man müsse Selenski sagen „**Geld und Waffen gibts erst wieder, wenn du dich mit Russland zu Friedensverhandlungen an den Tisch setzt**“. CIA Chef Burns fordert rasch möglichst viele Kampfjets für die Ukraine, um den Krieg auszuweiten. ORF.at

- Bundesaußenministerin Baerbock hat die chinesische Ankündigung begrüßt, einen **Friedensplan für die Ukraine** vorzulegen. RBB.de

- Neun der zwölf Rettungswagen, die Mitte Februar auf dem Ballhausplatz vom Wiener Erzbischof Kardinal Christoph Schönborn gesegnet und auf den Weg geschickt worden sind, sind gestern in Kiew angekommen. ORF.at

- Nur ein paar wenige wichtige Vertraute und ein paar handverlesene Journalisten waren dabei, als der US-Präsident bei strahlendem Wetter in der ukrainischen Hauptstadt Kiew eintraf. Er brachte das Versprechen weiterer Militärhilfe mit, im Umfang einer halben Milliarde Dollar. SRF.ch

Der frühere russische Präsident Dmitri Medwedew, der stellvertretender • Vorsitzender des Sicherheitsrates ist, bestätigte über seinen Telegram-Kanal, dass Biden für seinen Besuch **Sicherheitsgarantien aus Moskau** erhalten hatte.

- Vor 9 Jahren. Im Januar und Februar 2014 führten Zusammenstöße in Kiew zum Tod von 120 Demonstranten und Polizisten. Die ersten Demonstranten wurden vom 19. bis 22. Januar bei heftigen Zusammenstößen in der Hrushevsky-Straße getötet. Daraufhin besetzten Demonstranten Regierungsgebäude im ganzen Land, und die Regierung Asarow trat zurück. Die tödlichsten Zusammenstöße fanden vom 18. bis 20. Februar statt, als die Ukraine die schwerste Gewalt seit ihrer Unabhängigkeit erlebte. Tausende Demonstranten rückten auf das Parlament zu und wurden von Unbekannten beschossen. Am 21. Februar unterzeichneten Präsident Janukowitsch und die parlamentarische Opposition eine Vereinbarung über eine Übergangsregierung der Einheit. Die Polizei verließ das Zentrum von Kiew an diesem Nachmittag und die Demonstranten übernahmen die Kontrolle. Janukowitsch floh am Abend aus der Stadt. Am nächsten Tag, dem 22. Februar, stimmte das ukrainische Parlament dafür, Janukowitsch seines Amtes zu entheben. Er lebt seither in Russland. VESTI.ru

Ungarn – Vier Mitglieder einer Gruppe, die in den Tagen zuvor offenbar ohne vorherige Provokation Menschen auf den Straßen der ungarischen Hauptstadt angegriffen hatten, seien am Samstag festgenommen worden, teilte das Polizeipräsidium Budapest (BRFK) mit. Bei den Angreifern handelte es sich offenbar um Linksextremisten, meist Ausländer, die Passanten angriffen, weil sie als rechtsextrem wahrgenommen wurden. KR.hu

- Chinas Topdiplomate Wang Yi in Budapest. Auf der Tagesordnung der Gespräche sollen laut dem Sprecher des ungarischen Außenamtes, Mate Paczolay, die **Zusammenarbeit zwischen China und den Ländern Mitteleuropas** sowie die strategische Partnerschaft zwischen China und Ungarn stehen. ORF.at

USA – Ein Hobby-Club in den USA hat auf seinem Blog einen ihrer Ballone als vermisst gemeldet. Dies, nachdem die US-Luftwaffe mehrere unidentifizierte Flugobjekte abgeschossen hat. **Amateur-Höhenballone** könnte demnach eine Erklärung für die unbekanntesten Flugobjekte sein, die über Nordamerika abgeschossen wurden.

- Seit der Pandemie sind die Beschwerden über **Ratten in der Metropole** explodiert. New Yorks Bürgermeister verspricht Abhilfe. SRF.ch
- Wenn Amerika von Demokratie spricht, meint es Ameri-Kratie, die auf Hegemonie, Mobbing und Dominanz aufgebaut ist. US-Politiker folgen den egoistischen Doktrinen von „America first“ und „winner takes all“. Die Vereinigten Staaten stellen ihre eigenen Interessen über alle anderen und üben willkürlich den Sanktionsstab gegen diejenigen aus, die nicht gehorchen. Es hat systematische Sanktionen gegen den Iran, Syrien, Kuba und Venezuela verhängt und gezielt Dritte ins Visier genommen, die nicht nur die Wirtschaft und Lebensgrundlagen dieser Nationen gefährdet, sondern auch die globale **Wirtschaftsordnung ernsthaft gestört** haben. Im Streben nach Eigeninteressen war Uncle Sam nicht einmal sanft zu seinen Verbündeten. Während die EU inmitten der Ukraine-Krise von einer Energiekrise heimgesucht wird, haben die Vereinigten Staaten ein Vermögen gemacht, indem sie teures amerikanisches verflüssigtes Erdgas (LNG) nach Europa exportiert haben. Um seine Fertigungsindustrie zu fördern, verabschiedete Washington ein wegweisendes 430-Milliarden-Dollar-Klima-, Steuer- und Gesundheitsgesetz, den Inflation Reduction Act, das Europa mit

Deindustrialisierung bedroht. Die sogenannte „regelbasierte internationale Ordnung“, die sie betont und zu deren Aufrechterhaltung sie andere zwingt, ist nichts anderes als eine internationale Ordnung, die auf von Washington aufgestellten Regeln basiert. Die Vereinigten Staaten haben lange Zeit die Grundprinzipien des Völkerrechts ignoriert und haben Kriege gegen souveräne Staaten geführt. Es stand den Verhandlungen über ein Protokoll zum Übereinkommen über biologische Waffen allein im Weg. Man beschleunigte Waffentests und militärische Übungen im Weltraum, was ernsthaft gegen das Konzept der friedlichen Nutzung des Weltraums verstößt. Der Gefangenenmissbrauchsskandal des Gefangenenlagers Guantanamo Bay **verstößt gegen die Folterkonvention**; Einseitige Sanktionen gegen Länder wie Iran und Syrien verstoßen gegen die Bestimmungen des UN-Ausschusses für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Ein WTO-Bericht zeigt, dass die Vereinigten Staaten zwei Drittel der Verstöße der Organisation verursachen. Jetzt erntet es weiterhin Vorteile, indem es seine Verbündeten dazu zwingt, das Feuer des Ukraine-Konflikts anzufachen. „Wenn im frühen 21. Jahrhundert eine Macht die Weltherrschaft anstrebte, andere unter Druck setzte und Regeln missachtete, dann waren es die Vereinigten Staaten“, kommentierte die New York Times. Jahrelang haben die Vereinigten Staaten in Lateinamerika politische Unruhe gestiftet, am sogenannten „Arabischen Frühling“ mitgewirkt und Farbrevolutionen in Eurasien angezettelt. Seine Unruhe hat zu enormen humanitären Katastrophen geführt und sogar Terrorismus und Extremismus hervorgebracht. Mit Wirtschaftsembargos, militärischen Interventionen und Regimewechseln bestraft Washington jedes ungehorsame Land. In seinem Buch **America's Deadliest Export: Democracy** schrieb der US-Autor William Blum (1933–2018), dass die Vereinigten Staaten seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs versucht haben, mehr als 50 ausländische Regierungen zu stürzen, von denen die meisten demokratisch gewählt wurden, und sich grob eingemischt bei demokratischen Wahlen in mindestens 30 Ländern und versuchte, mehr als 50 ausländische Führer zu ermorden. (America's Deadliest Export: Democracy – The Truth About US Foreign Policy and Everything Else. Zed Books. ISBN 1–78032-445–6, \$14.95 ([researchgate.net](https://www.researchgate.net)) CGTN.cn

- Ehemaliger US-Präsident Carter bricht medizinische Behandlung ab. Nach mehreren Spitalaufenthalten will der 98-Jährige seine verbleibende Zeit im Kreis seiner Familie verbringen. SRF.ch
- Flugobjekte wie Ballons fliegen in einer Höhe von bis zu 36 Kilometern, also in der Stratosphäre. Besonders häufig handelt es sich dabei um Wetterballons. Laut US-Wetterdienst wird im Schnitt zweimal täglich von 900 Standorten weltweit ein Wetterballon gestartet, das entspricht mehr als 600'000 jährlich. Rund 20 Prozent der Messinstrumente werden wiedergefunden. ORF.at

VAE – Der Flughafen von Dubai in den Vereinigten Arabischen Emiraten hat im vergangenen Jahr mehr als doppelt so viele Gäste begrüßt wie im Vorjahr. Im gesamten Jahr 2022 seien knapp 66,1 Millionen Passagiere verzeichnet worden, erklärte der Airport heute – im Jahr davor waren es rund 29,1 Millionen Menschen. Ein Grund für die Zahlen sei auch ein **riesiger Anstieg der Gäste aus Russland**. ORF.at

Zypern – Letzten Sonntag hat die Republik Zypern einen neuen Präsidenten gewählt. Neu führt der Konservative Nikos Christodoulidis die Regierung des griechischen Teils auf der geteilten Insel. Sein Gegner bei der Wahl hatte ausdrücklich eine Wiedervereinigung mit dem türkischen Nordteil der Insel gefordert. Möglicherweise könnte der neue Präsident auf eine auch von Ankara geforderte Zwei-Staaten-Lösung einschwenken. SRF.ch

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 24.02.2023

Deutschland – Tausende Passagiere mussten wegen einer globalen IT-Panne bei der Lufthansa Verspätungen und Flugausfälle hinnehmen. Landungen in Frankfurt sind nun wieder möglich. Ab Zürich und Wien waren Flüge von und nach Frankfurt betroffen. Als Ursache für die Störung nennt die Airline die Durchtrennung mehrerer Glasfaserkabel der Deutschen Telekom. Nach mehreren Stunden Sperre sind am Frankfurter Flughafen wieder bis zu 40 Landungen pro Stunde möglich. SRF.ch

- Der Tiroler Immobilienunternehmer René Benkő hat schon erfolgreichere Zeiten gesehen. Benkös deutscher Warenhauskonzern Galeria ist insolvent, die Zukunft der Kette und ihrer Beschäftigten ist in der Schwebe. Nun habe auch noch die Deutsche Bank ihre Geschäfte mit Benkös Signa beendet. ORF.at

Finnland – 2022 haben Russen 64 Prozent mehr Häuser als im Vorjahr gekauft. Möglich war das unter anderem wegen offener Grenzen im Sommer. Russen haben letztes Jahr auffällig viele Immobilien in Finnland gekauft – 64 Prozent mehr als noch im Vorjahr. Dabei handelt es sich vor allem um Sommer- und Wochenendhäuschen. Und das, obwohl die Bedingungen wegen des Ukrainekriegs verschärft wurden. So erhalten russische Staatsangehörige seit dem Herbst beispielsweise keine touristischen Visa mehr. Grund für die hohen Zahlen sind einerseits die offenen Grenzen von Juli bis September. In diesem begrenzten Zeitfenster konnten Russen nach Finnland einreisen und auch Häuser erwerben. Weiter gibt es in Finnland viele Menschen mit einem russischen Pass: «Rund 60'000 Menschen. Etwa 70 Prozent der Hauskäufe und -verkäufe fallen auf Russen, die bereits in Finnland leben», erklärt Bruno Kaufmann. Er ist SRF-Nordeuropa-Mitarbeiter. Unterdessen sieht die Situation mit dem Immobilienhandel anders aus. Russen, die nicht in Finnland oder im Schengenraum leben, können in Finnland kaum mehr Häuser kaufen. Für alle anderen Nicht-EU-Bürger hingegen gibt es keine Veränderungen. «Die finnischen Behörden sehen aktuell keine spezifischen Probleme mit dem Kauf und Verkauf von Immobilien an Ausländer, solange sie eben nicht Russen sind», sagt Bruno Kaufmann. Dennoch schließt die finnische Regierung ein totales Verkaufsverbot an russische Staatsangehörige aus. Das wäre laut den zuständigen Behörden gegen die finnische Verfassung: Niemand, der in Finnland eine Aufenthaltsbewilligung hat, darf aufgrund seines Passes diskriminiert werden. Zudem geht laut den Behörden keine Gefahr von Russen aus, die bereits in Finnland leben. Finnland und Russland haben eine lange gemeinsame Geschichte. Doch seit dem russischen Angriff auf die Ukraine vor rund einem Jahr hat sich die Beziehung der beiden Länder verändert. «Das Verhältnis ist seit dem 24. Februar 2022 wie Tag und Nacht», so der Nordeuropa-Mitarbeiter. «Finnen und Russen waren nie richtig gute Freunde, aber sie waren anständige Nachbarn.» An der Grenze würden die Menschen eine gewisse Normalität aufrechtzuerhalten versuchen, sagt Kaufmann. Wohl begründet, denn wenn der Krieg einmal vorbei ist, wenn eine andere Regierung in Moskau sitzt: Finnland und Russland werden Nachbarn mit einer über 1300 Kilometer langen gemeinsamen Grenze bleiben. SRF.ch

Frankreich – Emmanuel und Brigitte Macron. Von der Lehrerin zur großen Liebe. Zunächst die nette Lehrerin, dann die große Liebe. Emmanuel Macron ist 45 Jahre alt, seine Brigitte 69.

- Gericht streicht 444-Millionen-Strafen gegen Roche und Novartis. Das Berufungsgericht in Paris hat das Urteil der Wettbewerbsbehörde aufgehoben. Novartis und Roche sparen Millionen. SRF.ch

Indien – Größter Flugzeugkauf in der Luftfahrtsgeschichte. Die Fluggesellschaft Air India bestellt bei Airbus und Boeing auf einen Schlag 470 neue Passagierjets. Indien will mit dem Ausbau der Flotte zum internationalen Flugdrehkreuz werden und Anteile von Emirates und

Qatar Airways zurückgewinnen. Die bisher größte Flugzeugbestellung datiert von 2011, als American Airlines in einem Mal 460 Flugzeuge bestellte. Der weltgrößte Flugzeughersteller Airbus aus Europa soll Indien 210 Maschinen aus der Mittelstreckenjet-Familie A320neo sowie 40 Großraumjets vom Typ A350 liefern, wie die Tata Group als Mutterkonzern von Air India und die beiden Hersteller mitteilen. Das Geschäft mit dem angeschlagenen US-Rivalen Boeing umfasst 190 Exemplare des Mittelstreckenjets 737 Max, 20 Langstreckenjets vom Typ 787 «Dreamliner» und 10 Großraummaschinen in der modernisierten Variante 777X. Die Entwicklung und Produktion der 777X hängt bei Boeing jedoch derzeit in der Warteschleife. Airbus-Verkaufschef Christian Scherer zeigte sich vor allem glücklich, dass sich Air India für den Großraumjet A350 entschieden hat: «Bei den Mittelstreckenjets haben wir einen sehr großen Marktanteil in Indien, aber bisher nicht bei Großraumflugzeugen.» Air India erhalte zunächst sechs Maschinen in der Standardversion A350-900, die wegen der internationalen Sanktionen nicht an die russische Aeroflot ausgeliefert werden. Die Auslieferung der A350 soll noch in diesem Jahr anlaufen. Bei den restlichen 34 Maschinen handle es sich um die Langversion A350-1000 – das größte Modell von Airbus seit dem Produktionsende für die doppelstöckige A380 und das «Flaggschiff der künftigen Air India», so Scherer. Bei den kleineren Jets hat sich die indische Fluglinie für 140 Exemplare in der Standardversion A320neo und 70 Maschinen in der Langversion A321neo entschieden. Gebaut werden die Jets in den Airbus-Werken in Hamburg und Toulouse, ein paar möglicherweise auch im chinesischen Werk in Tianjin. Das Airbus-Management geht davon aus, dass der Großauftrag nur der Auftakt vieler weiterer Bestellungen aus Indien sein wird. Wenn die Mittelschicht des Landes in den kommenden Jahren ähnlich stark wachse und auf Flugreisen gehe wie in China, werde das Land in den nächsten 20 Jahren 2500 oder 3000 neue Flugzeuge brauchen. «Die Zeit ist reif, um Indien zu einem internationalen Drehkreuz zu machen», sagte Airbus-Chef Guillaume Faury. Air India will Fluggäste von den Fluggesellschaften Emirates und Qatar Airways zurückgewinnen. Diese befördern seit Jahren Passagiere aus Indien in die USA und nach Europa – über ihre Drehkreuze Dubai und Doha. Tata-Chef Natarajan Chandrasekaran hat für weiteres Wachstum vorgebaut. Bei Boeing sicherte er Air India Kaufrechte über weitere 50 Mittelstreckenjets vom Typ 737 Max und weitere 20 «Dreamliner». Auch bei Airbus habe sich Air India Optionen für eine deutliche Ausweitung der jetzigen Bestellung gesichert. Airbus bestätigte die Existenz solcher Kaufrechte, wollte aber keine konkreten Zahlen nennen. Airbus gebe Optionen ungern her, zumal die Produktion der A320neo über Jahre hinweg ausgebucht sei. Wer heute einen Mittelstreckenjet aus der Modellfamilie Airbus A320neo bestelle, müsse bis 2029 auf die Auslieferung warten. Air India soll dennoch Jets etwas früher erhalten. SRF.ch

Iran – Das US-Außenministerium hatte gestern Angaben der UNO zugestimmt, der Ägypter Seif al-Adel sei faktisch der neue Chef des islamistischen Terrornetzwerks Al-Kaida und lebe unter dem Schutz der Revolutionsgarden im Iran. ORF.at

Israel – Eine Firma soll für Geld Demokratien destabilisiert haben. Die Gruppe «Team Jorge» wird verdächtigt, Wahlen zu manipulieren. Das zeigt eine Recherche des globalen Journalistennetzwerks Forbidden Stories (forbiddenstories.org/). Mitrecherchiert hat auch der Schweizer Verlag Tamedia. Wo war «Team Jorge» tätig? Das Team habe sich bisher in 33 nationale Wahlkämpfe und Abstimmungen eingemischt, unter anderem in Kenia und Nigeria. 27 der Einsätze seien erfolgreich gewesen, hört man den Firmenchef in der Aufnahme sagen. Wie agiert die Gruppe? Das Team kontrolliere eine «Armee» von mehr als 30'000 Bots, berichtet der britische «Guardian». Nach eigenen Angaben ist «Team Jorge» auch in der Lage, Telegram und Gmail zu hacken. Für die Manipulation auf sozialen Medien habe das Team eine Plattform namens Aims entwickelt, mit der man verifizierte Nutzerkonten schaffen könne. Mithilfe von Schmutzkampagnen und gestohlenen Informationen werde die öffentliche Meinung gezielt beeinflusst. Welchen Service bietet die

Gruppe an? Mittels Powerpoint-Präsentationen habe das «Team Jorge» den Journalisten sein Angebot präsentiert, berichtet Oliver Zihlmann. «Eines davon heißt D-Day. So nennen sie den Wahltag. Da sei zum Beispiel «Voter suppression» möglich. Sie könnten versuchen, die Wahlbeteiligung des Gegners kleinzuhalten, um ein enges Resultat womöglich noch drehen zu können. Oder sie können am Wahltag große Mengen von kompromittierenden Daten leaken. Und somit versuchen, in die News zu kommen und Chaos bei der Wahl zu stiften.» Wie viel kostet der Service? Für seine Dienstleistungen fordere der Firmenchef zwischen rund 400'000 und 600'000 Euro im Monat. Ein massiver Einsatz am Wahltag könne 6 Millionen Euro kosten, das «Begleiten» einer ganzen Präsidentschaftskampagne gar 15 Millionen. Das sagt der Co-Leiter des Tamedia-Recherchedesks entsprechend der Recherche. Könnte auch die Schweiz betroffen sein? Ja, vermutet Zihlmann. «Ein Söldner aus Israel hat beispielsweise damit geprahlt, dass er einen Brief von einem Schweizer Banker gefälscht habe, um einen Minister unter Druck zu setzen. Oder sie können falsche Profile mit Schweizer Adresse und E-Mail in den sozialen Medien erstellen. Die Schweiz ist auf jeden Fall Teil solcher möglichen Manipulationsoperationen und kann ins Kreuzfeuer geraten.» Die Firma hat ihren Sitz in der israelischen Stadt Modi'in (מוֹדִיעִין). SRF.ch

Italien – Italien protestiert gegen das EU-Parlament, das gestern seine endgültige Zustimmung für das Aus des Verbrennungsmotors für Neuwagen im Jahr 2035 gegeben hat. Außenminister Antonio Tajani und Industrieminister Adolfo Urso kritisierten heute scharf die Entscheidung der Europäischen Union, den Verkauf von Benzin- und Dieselaautos ab 2035 zu verbieten. RAI.it

• Ruby-Bunga-Bunga-Prozess. Silvio Berlusconi in Korruptionsprozess freigesprochen. Der italienische Ex-Ministerpräsident sowie 28 weitere Angeklagte seien unschuldig, so ein Gericht in Mailand. SRF.ch

Kroatien – Erdbeben auf Ferieninsel Krk. ORF.at

Mosambik – Gas-Boom und geköpft Menschen: grausame Gegensätze in Mosambik. Europa sucht neue Energiequellen – Mosambik hätte sie. Doch im Norden terrorisiert eine islamistische Gruppe das Volk. SRF.ch

NATO – Seit Russlands Invasion in der Ukraine haben die 30 Mitglieder des Militärbündnisses Kiew militärische, humanitäre und finanzielle Hilfe im Wert von mindestens 80 Milliarden Dollar zugesagt. AJ.qa

• Die NATO will vor dem Hintergrund des Ukraine-Kriegs die Zahl ihrer schnellen Eingreifkräfte von rund 40'000 auf mehr als 300'000 erhöhen. Wie Generalsekretär Jens Stoltenberg vor dem NATO-Gipfel in Madrid ankündigte, soll dazu die Eingreiftruppe NRF umgebaut werden. Diese ist wegen der Spannungen mit Russland seit mehreren Monaten in Alarmbereitschaft. Der geplante Umbau ist Teil eines neuen Streitkräfte-Modells für das gesamte Bündnisgebiet. DW.de

Neuseeland – Ein Erdbeben der Stärke 6,1 erschütterte die Nordinsel Neuseelands. Das Beben ereignete sich um 19.38 Uhr. (07.38 MEZ) etwa 50 Kilometer nordwestlich von Paraparaumu in einer Tiefe von 57 Kilometern. SRF.ch

Norwegen – Deutsche Polar-Forscher vermissen ihre russischen Kollegen in Spitzbergen, die über extrem viel Fachwissen und Erfahrung verfügen. Jetzt sind von beiden Seiten die Kontakte verboten worden. Nur wenn ein deutsches Schiff einem russischen begegnet, winkt man sich zu und ertönen zum Gruß die Hörner. Sprechen dürfen wir miteinander nicht. Schade. SWR.de

Österreich – Die Ukraine wird keine Vertretung zur Wintertagung der Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) entsenden, die am 23. und 24. Februar in Wien tagen soll. Der Grund ist die Anwesenheit russischer Abgeordneter. ORF.at

Ostsee – Peking hat sich über die westlichen Mainstream-Medien lustig gemacht, weil sie nicht bereit sind, die jüngsten Behauptungen des mit dem Pulitzer-Preis ausgezeichneten Journalisten Seymour Hersh zu untersuchen, wonach die USA im vergangenen Jahr für die Sprengung der Nord Stream-Unterwasserpipelines verantwortlich waren. Die Sabotage der Erdgasrouten im vergangenen September hatte erhebliche wirtschaftliche und ökologische Auswirkungen und verursachte weltweite Besorgnis über die Sicherheit der grenzüberschreitenden Infrastruktur, sagte der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Wang Wenbin, während einer Pressekonferenz am 16.2. CGTN.cn

Polen – „Freiwillige Zeitsoldaten des Polnischen Heeres“, keine Berufssoldaten. 15.000 Ausbildungsplätze wurden 2022 für diese neue polnische Truppe zusätzlich geschaffen; 25.000 weitere sollen 2023 dazukommen. Einen Monat Grundausbildung und elf Monate Fachausbildung sollen die neuen Zeitsoldaten erhalten. Der Sold beträgt 850 Euro im Monat. SRF.ch

Sahel -Frankreich ist nicht nur in Burkina Faso auf dem Rückzug. Erst im letzten Sommer wurde auf Druck die Antiterror-Operation «Barkhane» in Mali beendet. Und auch aus der Zentralafrikanischen Republik ist das französische Militär abgezogen. Um die 3000 Soldaten sind weiterhin in Mauretanien, Niger und Tschad stationiert. Aber auch in Niger sind die französischen Truppen umstritten. Gegen die Verlegung von Soldaten der Operation «Barkhane» nach Niger wurde im Herbst protestiert. «In Niger ist die Regierung sehr stark mit Frankreich verbündet, aber auch dort gibt es in der Bevölkerung eine ähnliche Stimmung wie in Mali und Burkina Faso.» Dies sei für Frankreich heikel, so Laessing. Frankreich will nun seine Strategie in der Sahelzone anpassen und sich stärker zurücknehmen, wie Präsident Emmanuel Macron im November auf der Militärbasis in Toulon erläuterte: «Unser Engagement an der Seite unserer Partner in Afrika muss sich nun auf die Zusammenarbeit und Unterstützung ihrer Armeen konzentrieren.» Während Frankreich gezwungen ist, sich aus der Region zurückzuziehen, wird Russland in verschiedenen Ländern der Sahelzone mit offenen Armen empfangen. SRF.ch

Schottland – Die schottische Regierungschefin Nicola Sturgeon tritt zurück. Es sei der richtige Zeitpunkt für sie, für die Partei und für Schottland, sagte Sturgeon in Edinburgh. In der Frage der Unabhängigkeit steckt Schottland in einer Sackgasse. Nicola Sturgeon führte ihre Schottische Nationalpartei (SNP) bei den Wahlen zwar jeweils von Sieg zu Sieg, aber es gelang ihr nicht, die Schotten zu einen. Das Land ist in Sachen Unabhängigkeit bis heute gespalten. Vor wenigen Wochen kam die Niederlage vor dem Obersten britischen Gericht dazu. SRF.ch

Schweiz – Der Bund verzeichnet 2022 ein Defizit von 4.3 Milliarden Franken. Ein solches Minus gab es seit 2005 nicht mehr. Der Bundesrat ruft zum Sparen auf – denn die Aussichten bleiben düster.

- Bundesrat erhöht Mittel für Armee um 600 Millionen. Mit dem zusätzlichen Geld sollen bis Ende 2024 weitere Schützenpanzer und Patriot-Lenk Waffen beschafft werden.
- Geschäft mit Kohle und Erzen. Glencore macht 17 Milliarden Dollar Gewinn. Der Umsatz ist 2022 um 25 Prozent gestiegen. Gleichzeitig verdreifachte sich der Reingewinn des Rohstoffkonzerns.
- Alleine im Kanton Zürich haben kriminelle Telefonbetrüger letztes Jahr 6.7 Millionen Franken erbeutet. Diese Deliktsumme ist fast dreimal so hoch wie noch ein Jahr zuvor. Die

erfundenen Geschichten seitens der Betrüger spielen dabei immer mehr mit der Angst der Opfer. Telefonbetrüger versuchen in der Region Zürich «hunderte Male pro Tag» meist zufällig ausgewählte Opfer ausfindig zu machen, um ihnen Geld abzuknöpfen. Hierbei setzen sie vermehrt auf sogenannte Schockanrufe, wie die Polizei mitteilt.

- Nur wenig Pestizid in Knuspermüesli. 10 von 14 Müesli enthalten fast keine Schadstoffe.
- Gauner statt Kavalier – Dating Plattform bietet keinen Schutz. Eine Rentnerin meldet einen Dating-Schwindler. Statt zu reagieren, verlängert das Dating-Portal LiebeÜ50.ch das Abo.
- Comeback des Bargelds. Bargeld wird in der Schweiz wieder beliebter. 29 Prozent der täglichen Zahlungen erfolgen bar. Das hat eine Studie der ZHAW und der Universität St. Gallen ergeben.
- Die Türkei hat der Schweiz zugesagt, Erdbeben-Überlebenden ohne Pass innert 24 Stunden die nötigen Papiere auszustellen. SRF.ch
- Die Schweizer Regierung hat neue Maßnahmen beschlossen, um das Vermögen des ehemaligen ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch und seiner Familie zu beschlagnahmen. Ziel ist es, Gelder im Wert von 130 Millionen Franken im Rahmen eines internationalen Abkommens an das ukrainische Volk zurückzuzahlen. Janukowitsch floh 2014 nach Russland. Die ukrainische Justiz wirft der damals gestürzten Regierung und der Familie des Ex-Präsidenten massive Korruption vor. Wenige Tage nach der Amtsenthebung sperrte die Schweiz die Vermögenswerte des abgesetzten Präsidenten und seines Gefolges in der Schweiz. Im Mai 2022 ersuchte die Schweizer Regierung das Finanzministerium, die ersten Verfahren zur Beschlagnahme der Vermögenswerte von über 100 Millionen Franken einzuleiten. Nach weiteren Prüfungen will sie nun weitere 30 Millionen Franken beschlagnahmen. SWI.ch

Spanien – Das Parlament hat heute zwei Gesetze verabschiedet, die freie Tage bei Menstruationsbeschwerden sowie eine freie Geschlechtswahl ab 16 Jahren ermöglichen. ORF.at

Syrien – Die Ortschaften waren vom Krieg zerbombt und das Elend schon Alltag, als das große Beben kam. Für Olivenöl, Waffen und andere Geschäfte werden die Grenzübergänge benutzt, auch Leichen konnten nach dem Erdbeben aus der Türkei nach Syrien gebracht werden. «In Nordsyrien gibt es gar nichts mehr», sagt Nahost-Kenner Reinhard Schulze in der Sendung Club. «Diese Region ist nun dermaßen zerstört, dass an einen Wiederaufbau kaum zu denken ist.» Die einzige Hilfe, die in diesen Gebieten vom ersten Tag des Bebens an funktionierte, war jene der Zivilschutzorganisation «White Helmets». Es komme so gut wie keine Hilfe, sagt Ashti Amir, der als Leiter des Hilfswerks SyriAid in der Schweiz Hilfe zu organisieren versucht. «Als der erste Konvoi der UNO nach einigen Tagen in der Provinz Idlib ankam, fand sich in vielen der 16 Lastwagen nur Reinigungsmittel», erzählt er. «Die Leute haben keine Häuser mehr, sie brauchen keine Reinigungsmittel, sie brauchen Zelte!» Die zahlreichen Grenzübergänge von der Türkei nach Syrien sind – bis auf einen – aus politischen Gründen geschlossen. Diese müssten aber sofort für Hilfskonvois geöffnet werden, fordert Ashti Amir.» Im UNO-Sicherheitsrat wurde in den letzten Tagen um eine neue Resolution gerungen, welche die Öffnung von mehr Grenzübergängen fordert. Dafür müsse sich auch die Schweiz einsetzen, sagt Nahost-Experte und Journalist Erich Gysling. «Die Schweiz hat derzeit einen Sitz im UNO-Sicherheitsrat und es wäre ihre Aufgabe, eine Öffnung zu erwirken.» Gysling sieht deshalb in der Lockerung von Sanktionen auch eine Chance. Hilfsorganisationen und westliche Regierungen wollen dies auf keinen Fall. SRF.ch

Türkei – Niederländisches Team findet neun Tage nach Erdbeben vier Menschen lebend. NOS.nl

- Erdbeben Türkei-Syrien. Gesamtschäden auf bis zu 84 Milliarden Dollar geschätzt. SRF.ch Zahl der Toten in Türkei und Syrien steigt auf 42'000. Am 16. Februar wurde in

Kahramanmaras ein 17-jähriges Mädchen aus den Trümmern gezogen. Sie überlebte 248 Stunden unter den Trümmern eines eingestürzten Gebäudes. NOS.nl

Ukraine – Bei einem Treffen mit weißrussischen und ausländischen Journalisten beschuldigte Lukaschenko die Vereinigten Staaten, den Ukraine-Konflikt in die Länge zu ziehen. Er sagte, dass dieses Land für die Eskalation verantwortlich sei. Der weißrussische Staatschef betonte, dass alle Voraussetzungen für friedliche Verhandlungen gegeben seien. Europa ist zu einer diplomatischen Lösung des Konflikts bereit, aber die Amerikaner sind dagegen. BELTA.by

USA – Ursprünglich habe Washington geplant, die Nord-Stream-Pipelines bereits im Sommer 2022 im Rahmen einer speziellen NATO-Übung zu sprengen, teilte der Journalist Hersh mit, das Weiße Haus habe jedoch in letzter Minute einen Rückzieher gemacht. So habe Biden neue Befehle gegeben, dass die Bomben jederzeit ferngezündet werden könnten. Im September hätten sechs Bomben vor der Insel Bornholm in der Ostsee die Nord-Stream-Gaspipelines gesprengt. Zwei weitere Bomben seien nicht explodiert, weil sie zu lange im Wasser gewesen seien. CGTN.cn

- US-Schauspielerinnen Raquel Welch ist mit 82 Jahren gestorben. Sie war eine Hollywood-Ikone der 1960er-Jahre. Nun ist die zweifache Mutter nach kurzer Krankheit gestorben. SRF.ch

- Seit Tagen sagen die Behörden den Bewohnern der Gegend um East Palestine, Ohio, dass es sicher ist, nach Hause zurückzukehren, nachdem am 3. Februar ein Zug mit 150 Wagen und gefährlichen krebserregenden Chemikalien entgleist ist. Das Ohio Department of Natural Resources sagte, die durch die Entgleisung verursachte chemische Verschüttung habe bis Mittwoch schätzungsweise 3'500 Fische in 7½ Meilen von Bächen getötet. Und eine Bewohnerin von Nord-Lima, mehr als 10 Meilen von East Palestine entfernt, sagte WKBN-TV aus Youngstown, dass ihre fünf Hühner und ihr Hahn am Dienstag plötzlich gestorben seien. Am Tag zuvor hatte der Bahnbetreiber Norfolk Southern Waggonen mit Vinylchlorid – einem brennbaren Gas – verbrannt, um eine Explosion zu verhindern. „Sag mir nicht, dass es sicher ist. Etwas ist im Gange, wenn die Fische im Bach schwimmen“, sagte Cathey Reese, die in Negley, Ohio, lebt, letzte Woche gegenüber der NBC-Tochter WPXI aus Pittsburgh. Reese sagte, sie habe tote Fische in einem Bach gesehen, der durch ihren Garten fließt. „Ich mache mir Sorgen um die langfristigen Auswirkungen auf die Gesundheit. „Als sie die Materialien verbrannten, schufen sie andere Chemikalien. Die Frage ist, welche“ [KFAR.us](https://www.kfar.us)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 21.02.2023

Alaska – Wenige Tage nach dem Abschuss eines mutmaßlichen chinesischen Spionageballons haben die USA ein weiteres Flugobjekt, diesmal über Alaska, abgeschossen. Das Objekt bedeutete laut Präsident Joe Biden eine Gefahr für die Sicherheit des zivilen Flugverkehrs, da es in 12'000 Metern Höhe geflogen ist. Auch über Yukon in Kanada und den Großen Seen wurden Ballons abgeschossen. SRF.ch

Argentinien – Der „Geburtstourismus“ floriert. Schwangere russische Frauen reisen nun in das südamerikanische Land (früher in die USA – jetzt unmöglich für Russen) um zu gebären, damit ihr Kind die argentinische Staatsbürgerschaft erhält. 2023 könnte diese Zahl auf 10'000 anwachsen. Russen brauchen kein Visum, um nach Argentinien zu reisen. Die Beantragung einer Verlängerung des regulären 90-tägigen Aufenthalts in Argentinien ist einfach, ebenso wie die Erlangung einer Aufenthaltserlaubnis. Russen können ohne Visum in 87 Länder reisen. Einer der Hauptvorteile eines argentinischen Passes besteht darin, dass seine Inhaber ohne Visum in 171 Länder reisen können. NOS.nl

Australien – Einen außergewöhnlichen Kaffee bietet das Café Proud Mary (proudmarycoffee.com.au) im australischen Melbourne seinen Gästen – wenn sie bereit sind, dafür etwas tiefer als üblich in die Tasche zu greifen. Umgerechnet rund 130 Euro kostet eine Tasse. Dafür erhält der Käufer bzw. die Käuferin einen Kaffee, der als einer der besten der Welt gilt und bei der renommierten Auktion Best of Panama 2022 als der beste seines Jahrgangs ausgezeichnet wurde. ORF.at

Belgien – NATO-Generalsekretär, seit 2014, Jens Stoltenberg (64) wird seinen Posten wie geplant Ende des Jahres verlassen. Das bestätigte seine Sprecherin Oana Lungescu. NOS.nl

Deutschland – Der letzte DDR-Ministerpräsident der Landespartei SED, Hans Modrow, ist im Alter von 95 Jahren in Berlin gestorben. Er wurde am 27. Januar 1928 im Osten Deutschlands in Jasenitz bei Stettin geboren und als Maschinenschlosser ausgebildet. 1945 wurde er für den sogenannten „Volkssturm“ rekrutiert, Militäreinheiten von Minderjährigen und älteren Männern, die die Rote Armee aufhalten mussten. Am Ende des Zweiten Weltkriegs wurde er von den Russen gefangen genommen. Aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt, wurde er 1949 Mitglied der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED).

- In der deutschen Hauptstadt, mit ihren 3.8 Millionen Einwohnern ein eigenes Bundesland, stellt die SPD seit 2001 den Regierenden Bürgermeister beziehungsweise Bürgermeisterin. Nun sind die Christdemokraten erstmals seit zwei Jahrzehnten stärkste Kraft geworden. Die CDU kommt auf 48 Sitze, die Grünen und die SPD jeweils auf 31 Mandate. Die Linke erhält 21 Sitze, die AfD 16. SRF.ch

Finnland – Finnland baut entlang der über 1300 Kilometer langen Grenze zu Russland einen Zaun. Wegen des Kriegs, den Russland mit der Ukraine führt, ist der reguläre Grenzverkehr auch an der Grenze zwischen Russland und Finnland zum Erliegen gekommen. Der geplante Zaun soll vorerst einmal 130 Kilometer lang werden. Mit einer Höhe von etwa 3 Metern soll er illegale Grenzübertritte verhindern. Kostenpunkt 140 Millionen Euro. Die Grenze zu Russland verläuft rund 190 Kilometer östlich der finnischen Hauptstadt

Helsinki. Vor dem Krieg hatte bereits die Corona-Pandemie den Verkehr zwischen den beiden Nachbarn unterbrochen. Mit dem Zaun drohen nun die Verbindungen zwischen Finnland und Russland vollständig gekappt zu werden. Dieses Gebiet wimmelte von Menschen. Betuchte Russen gaben viel Geld aus in den Warenhäusern, Hotels und Lokalen in Finnland, Finnen fuhren rüber um billig zu danken. Waren wurden transportiert, vor allem auch Holz. Jetzt verlieren viele Finnen ihren Arbeitsplatz. Das Hinterland ist weg. Auch die russischen Schulen in Finnland in Grenznähe werden wohl schließen. Finnen fürchten einen russischen Angriff und flüchten in die NATO. «International» SRF.ch

Frankreich – In Frankreich protestieren erneut Zehntausende gegen Rentenreform. Zum vierten Mal haben die Gewerkschaften zu Protesten gegen die Pläne für ein höheres Rentenalter aufgerufen. SRF.ch

Iran – 44. Jahrestag der Islamischen Revolution im Schatten der Proteste. An den staatlich organisierten Feierlichkeiten nehmen gemäß iranischer Medien mehrere Millionen Menschen teil. SRF.ch

Italien – Auf der offiziellen Website des Innenministeriums die Daten zur heutigen Wahlbeteiligung: In der Lombardei haben 41,61 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben, gegenüber 73,81 Prozent im vorangegangenen Wahlgang 2018. Lombardei Fratelli 26.3%, Partito Democratico 22,3%, Lega 16%, Forza 6.5%. – Lazio Fratelli 33%, PC 21.5%, 5-Stelle 8.8%, Lega 8%, Forza 8%. RAI.it

Kuba – Das Gefangenenlager in Guantanamo Bay auf Kuba ist für viele ein Schandfleck der USA. Seit langem konnte zum ersten Mal wieder ein Häftling das Lager verlassen. Es handelt sich um einen Pakistaner, der nach Belize überführt wurde und dort freigelassen wird. Doch 34 Häftlinge sind noch in Guantanamo, einige davon seit rund 20 Jahren. Das Lager ist deshalb so schwierig aufzulösen, weil man nicht weiß, was man mit den Gefangenen tun soll. Es sind ja die sogenannten ungesetzlichen Kombattanten, die man dort gefangen genommen hat. Das heißt, es sind nicht richtige Kriegsgefangene, für die Kriegsrecht gilt. Sie sind eine Rechtsfigur außerhalb des Rechtssystems. Es gibt aber kein Gesetz, das Joe Biden verbieten würde, diese Gefangenen in die USA zu überführen und dort dem Rechtsstaat anzuvertrauen. SRF.ch

Marokko – hat jahrelang systematisch und mit viel Geld EU-Abgeordnete beeinflusst. Das hat eine Recherche des Magazins «Spiegel» offengelegt. Dabei ging es Marokko bei der Lobby-Arbeit darum, dass die EU die umstrittene Westsahara als marokkanisches Staatsgebiet anerkennt. Marokko möchte bei der Produktion von Wasserstoff aus Sonnenenergie Vorreiter auf dem afrikanischen Kontinent werden. Schon ab 2026 soll die Produktion hochgefahren werden. Außerdem geht es um die Produktion von Autos, wobei

Marokko stark mit Algerien und Tunesien konkurriert. Auch Algerien möchte grünen Wasserstoff produzieren, hat aber schlechtere Rahmenbedingungen als Marokko. Allerdings verfügt Algerien über die in Europa begehrten Rohstoffe Erdöl und Erdgas – deshalb wird Algerien von der EU hofiert. Kürzlich besuchte der französische Präsident Emmanuel Macron Algerien, doch in Marokko war er noch nie. Entsprechend reagierte Marokko darauf etwas verstimmt. SRF.ch

Neuseeland – Der Norden Neuseelands stellt sich zum zweiten Mal in kurzer Zeit auf Starkregen und Orkanböen ein. Diesmal ist es der ehemalige Hurrikan Gabrielle, der um Mitternacht (mittags in Europa) die Nordinsel erreichen wird. „Seien Sie vorbereitet, und bleiben Sie drinnen“, warnte Premierminister Hipkins. Notstand ausgerufen. NOS.nl

Nicaragua – im eisernen Griff der Ortegas. In den 1980er-Jahren war er linker Hoffnungsträger. Jetzt terrorisiert Daniel Ortega das mittelamerikanische Land. In Nicaragua werden unter dem einstigen linken Revolutionär und Hoffnungsträger Daniel Ortega elementare Menschenrechte unterdrückt. Andersdenkende bringt sein Regime mit Drohungen, Haft oder Vertreibung zum Schweigen. Eine, die nicht schweigt, inzwischen aber im Ausland lebt, ist Abigail Hernández. In Nicaragua würde sie wegen ihrer kritischen Ansichten und Artikel verhaftet, sagt die Journalistin. Laut Hernández gibt es drei Möglichkeiten für Medienschaffende, die nicht kuschen: «Entweder du gehst ins Exil, ins Gefängnis oder du wirst umgebracht.» Sie selber hat sich fürs Exil entschieden und publiziert weiter. Das Land sei nur deshalb noch nicht bankrott, weil viele ausgewanderte Nicaraguaner ihren Angehörigen Geld nach Hause schicken. Rund die Hälfte des Geldes, das in Nicaragua zirkuliert, stammt von solchen Überweisungen aus dem Ausland. In den letzten Jahren haben rund 20 Prozent der Bevölkerung Nicaragua den Rücken gekehrt. Mónica nennt diese Auswanderung «barbarisch». Viele gehen ins Nachbarland Costa Rica und in letzter Zeit vor allem auch Richtung USA. SRF.ch

Niederlande – Nur drei Tage nach der Eröffnung ist die große Vermeer-Ausstellung im Amsterdamer Rijksmuseum ausverkauft. Die 450'000 zur Verfügung stehenden Karten waren in kürzester Zeit verkauft, teilte das Museum mit. Es werde nun untersucht, ob Öffnungszeiten verlängert werden könnten. Das Interesse sei weltweit „gigantisch“, sagte der Direktor des Rijksmuseums, Taco Dibbits. Das Museum in der niederländischen Hauptstadt zeigt von Freitag bis zum 4. Juni die größte Vermeer-Ausstellung aller Zeiten. 28 der wahrscheinlich noch existierenden 37 Gemälde des holländischen Meisters Johannes Vermeer (1632–1675) sind zu sehen. Sie stammen aus Sammlungen und Museen aus sieben Ländern. Museen in Berlin, Dresden und Frankfurt stellten fünf Meisterwerke zur Verfügung. Für die Ausstellung muss zuvor online ein Timeslot reserviert werden. (rijksmuseum.nl/nl/tickets?) NOS.nl

Nordkorea – lässt die Muskeln spielen: Zum 75. Gründungstag seiner Streitkräfte hat das Regime an einer Militärparade sein Atomwaffenarsenal präsentiert. Experten gehen davon aus, dass Nordkorea so viele Interkontinentalraketen vorgeführt hat wie nie zuvor. Das Land setzt offenbar auf maximale nukleare Abschreckung. Laut dem Journalisten Martin Fritz soll Nordkoreas Atomarsenal so groß werden, dass die USA keinen Krieg mehr wagen. Mit seiner militärischen Schlagkraft weiß Pjöngjang also durchaus zu beeindrucken. Gleichzeitig leidet die Bevölkerung in dem abgeschotteten Land seit vielen Jahren an Armut und Unterernährung. «Die Entwicklung der Raketen verschlingt enorme Summen», sagt Fritz, der als freier Korrespondent aus Japan berichtet. «Allein jeder der Tests im letzten Jahr hat gemäß südkoreanischen Schätzungen mehrere Millionen Dollar gekostet.» Dass nordkoreanische Hacker auf Raubzüge für das Regime gehen, ist schon lange bekannt. Laut Schätzungen erbeuten sie hunderte Millionen Dollar pro Jahr. «Eine ihrer Methoden ist, dass sie mit Schadsoftware den Zugang zu Computern sperren», sagt Fritz. «Für die Freigabe der Daten wird dann die Zahlung eines Lösegelds verlangt.» Zweifelhafte Berühmtheit erlangte in den letzten Jahren die «Lazarus-Gruppe». Der zuständige US-Staatsanwalt bezeichnete sie 2021 als «beste Bankräuber der Welt», nachdem sie im Auftrag von Diktator Kim Jong-un Banken gehackt haben sollen. Mutmaßlich erbeuteten sie dabei Milliarden Franken. Laut Journalist Fritz verschleiern die nordkoreanischen Cyberkriminellen ihre Herkunft und geben sich etwa als russische Hacker aus. Neben seinen erprobten Hackeraktivitäten soll Nordkorea auch vom Krieg in der Ukraine profitieren. Das Land soll sich mit Waffen- und Menschenhandel bereichern. «Der Waffenexport und die Entsendung von Arbeitskräften sind bewährte Methoden des Kim-Regimes, um sich Devisen zu beschaffen», führt Fritz aus. Ein südkoreanisches Nachrichtenportal berichtet, dass Nordkorea in den kommenden Wochen rund 500 Polizisten und Soldaten in die von Russland besetzten Gebiete in die Ukraine schicken will. Dort sollen sie beim «Wiederaufbau» helfen. «Dafür muss Moskau bestimmt in harten Devisen bezahlen», schließt Fritz. «Denn das ist das gängige Geschäftsmodell von Pjöngjang.» SRF.ch

Österreich – Österreichischer Avantgarde-Komponist Friedrich Cerha ist tot. Er galt als einer der wichtigsten zeitgenössischen Komponisten der Welt. Nun ist er mit 96 Jahren verstorben. SRF.ch

Portugal – Rund 150'000 Lehrer sind in Lissabon auf die Straße gegangen. Sie fordern mehr Lohn und Aufstiegsmöglichkeiten. SRF.ch

Russland – Russland hat mit seinen jüngsten Raketenangriffen auf die Ukraine nach eigenen Angaben auch Schienenwege für den Transport westlicher Waffen, Munition und Reserven in die Kampfzone blockiert. ORF.at

Schweiz – Migration. 64 Prozent mehr Asylgesuche als im Vorjahr. Laut dem Staatssekretariat für Migration sind in der Schweiz 24'511 Asylgesuche gestellt worden – 9600 mehr als 2021.

- Ausstellung in Vevey. Wie Charlie Chaplins letzter Film zu einer Bruchlandung wurde. Eine neue Ausstellung erzählt vom letzten, unvollendeten Filmprojekt Charlie Chaplins über eine geflügelte Außenseiterin. Charlie Chaplin (* 16. April 1889 in London; † 25. Dezember 1977 in Corsier-sur-Vevey, Schweiz), den Tramp mit Melone und Stock, kennt fast jeder. Und doch ist noch nicht alles über diesen Giganten der Filmgeschichte erzählt worden. Dass Chaplin in seinen letzten Lebensjahren in Interviews von Ideen für einen Film namens «The Freak» gesprochen hatte, war zwar bereits bekannt. Aber niemand wusste, wie weit das 1967 begonnene Projekt gediehen war. Das kam erst 2016 ans Tageslicht, als das Archiv des früheren Produzenten Jerry Epstein der Cineteca di Bologna übergeben wurde. Das Filminstitut verwaltet seit Jahren das Archiv von Charlie Chaplin und hat auch dessen Filme restauriert. «Es war eine große Überraschung. Nicht einmal die Familie wusste von Epsteins Archiv», sagt Cécilia Cenciarelli von der Cineteca di Bologna. Sie ist Kuratorin der neuen Ausstellung über den Film im Ausstellungs- Wohn- und Sterbehaus «Chaplin's World» (chaplinsworld.com/) in Corsier-sur-Vevey. Anhand von Skizzen, Notizen, dem fertigen Drehbuch und zahlreichen Fotos können sich die Besucher auf eine Spurensuche begeben. In «The Freak» fällt Sarapha, eine Frau mit Flügeln, auf das Hausdach eines Professors in Chile. Sie wird nach London gebracht und zur Schau gestellt. Doch sie flieht, will nach Südamerika zurückkehren. Während der Überquerung des Atlantiks stürzt sie allerdings ins Meer und stirbt. Die Filmhandlung gleicht einer Fabel oder einer Erzählung aus der griechischen Mythologie. Es ist aber auch die Geschichte einer Außenseiterin voller Unschuld, die von den Menschen hintergangen wird. «Chaplin hat die Außenseiter-Figur immer wieder in seinem Werk thematisiert», erklärt Cenciarelli. Es gibt aber auch komische Szenen in diesem Film. So wird im britischen Parlament darüber debattiert, ob Sarapha nun als Einwanderin ohne Pass oder als Vogel behandelt werden soll. Für die Rolle der Sarapha war die damals 16-jährige Victoria Chaplin vorgesehen, eine Tochter von Charlie Chaplin und seiner letzten Ehefrau Oona O'Neill. Das Drehbuch war fertig, Chaplin ließ sich sogar in den Shepperton Studios in London Spezialeffekte vorführen, um zu prüfen, wie die Szenen der fliegenden Sarapha über seiner Heimatstadt London umzusetzen wären. Für sich selbst sah er die Rolle eines alten Trinkers vor. Eine ähnliche Rolle hatte er bereits zu Beginn seiner Laufbahn bei Musicals in London gespielt. Auch wegen dieser Rückkehr zu seinen Anfängen wäre «The Freak» das künstlerische Testament von Charlie Chaplin geworden. Doch schlussendlich wurde keine einzige Szene verfilmt. Dabei hatte sich Chaplin nach dem Misserfolg des Films «Die Gräfin von Hongkong» (1967) rehabilitieren wollen. Oona Chaplin hatte Bedenken: Ihr Mann hatte sich beim Dreh des letzten Films den Knöchel gebrochen und war

nicht bei bester Gesundheit. Der über 80-jährige Chaplin wurde darüber im Unklaren gelassen. Er arbeitete bis zu seinem Tod 1977 am Projekt weiter.

- Natürlich dürfe die Schweiz Waffen exportieren. Die Neutralität definiere aber klare Grenzen für diesen Waffenexport, auch für den indirekten Export über ein Land wie Deutschland in ein Drittland, sagt Oliver Diggelmann, Völkerrechtler an der Universität Zürich: «Der Grundsatz ist: keine Beeinflussung des militärischen Kräfteverhältnisses in einem aktuellen Staatenkrieg. Das ist quasi die Essenz des völkerrechtlichen Neutralitätsrechts.» Entscheidend sei, dass die Schweiz in einem aktuellen Konflikt das Kräfteverhältnis zwischen zwei Ländern nicht beeinflussen dürfe. Um das zu kontrollieren, muss Deutschland zum Beispiel, wenn es Schweizer Munition oder Waffen kauft, eine Erklärung unterschreiben, dass es diese nicht an ein Drittland weiter liefert. Wenn die Munition mindestens fünf Jahre in Deutschland ist und wenn sich ein Drittland selber verteidigen muss, dann soll Deutschland die Schweizer Munition weiter liefern können.

- Die Inflation in der Schweiz ist zu Jahresbeginn noch einmal deutlich gestiegen und hat sich im Januar auf 3.3 Prozent erhöht. Im Dezember 2022 hatte sie noch bei 2.8 Prozent gelegen.

- Abgesperrter Bundesplatz in Bern. Mehrere Gebäude wurden laut Polizei evakuiert, unter anderem das Parlamentsgebäude und die Flügel Ost und West des Bundeshauses. Weiter evakuiert wurde gemäß Kantonspolizei der vordere Teil des Nationalbankgebäudes sowie die Valiant Bank und die Berner Kantonalbank. Man befürchtete einen Bombenanschlag. SRF.ch

Spanien – Spaniens Filmlegende Carlos Saura stirbt mit 91 Jahren in Madrid. Der Filmemacher ist vor allem für seine Flamenco-Choreografien bekannt. Carlos Saura gehörte zu den einflussreichsten spanischen Filmemachern. Zu seinen bekanntesten Filmen zählen «Bluthochzeit» (1981) und der Ballettfilm «Carmen» (1983). Letzterer erhielt einen Bafta-Award (Bester fremdsprachiger Film) und war für einen Oscar nominiert. 1966 und 1968 wurde Carlos Saura bei der Berlinale mit dem Silbernen Bären ausgezeichnet. Seit seinen Anfängen im Jahr 1955 drehte Saura mehr als 50 Spielfilme. SRF.ch

Türkei – Berichte vom Dienstag, dem 14. Februar, enthüllen, dass im türkischen Hotel „Royal Seginus“ in Antalya eine Massenschlägerei zwischen russischen und ukrainischen Fußballern ausgebrochen ist. Spieler des russischen Klubs Yaroslavl Shinnik und des ukrainischen Fußballvereins FC Minaj stießen aneinander, nachdem beide Vereine im selben Hotel übernachtet hatten. Der Telegram-Kanal Baza berichtete, dass mehrere Vertreter von Minaj auf den Trainer von Yaroslavl Shinnik zugehen und begannen, ihn aufzufordern, die ukrainische Nationalhymne zu singen. Berichten zufolge löste dies eine Massenschlägerei aus, in die sich Hotelmitarbeiter einmischten. Später, nachdem sich die Lage anscheinend beruhigt hatte, fanden sich einige Spieler des ukrainischen Klubs im selben Aufzug wie ein Shinnik-Spieler wieder und sollen ihn zusammengeschlagen haben.

- Obwohl am 14.2. immer noch Menschen lebend aus den Trümmern gerettet werden, ziehen sich die Retter aus vielen Ländern zurück. Auch die Gebäude, die noch stehen, müssen abgerissen werden, weil ein Betreten zu gefährlich ist. Seuchen drohen auszubrechen. Auch Stätten des Weltkulturerbes, besonders auch in Syrien, sind wohl schwer beschädigt. Es gab Tausende Nachbeben. TRT.tr

USA – Die Vereinigten Staaten fordern ihre Bürger erneut auf, Russland sofort zu verlassen.

- Der Schweizer Bruno Breguet war Mitglied der Bande des berüchtigten Terroristen «Carlos». Jetzt zeigt ein neues Buch: Breguet arbeitete als Agent für die CIA. Der Agent in den Akten der CIA heißt FDBONUS/1. Hinter diesem Namen verbirgt sich der Schweizer Terrorist Bruno Breguet. Breguet heuerte 1991 beim amerikanischen Geheimdienst an und bezog für seine Agententätigkeit fortan ein monatliches Salär von 3000 Dollar. Auf die brisanten Akten gestoßen ist der Schweizer Historiker und Geheimdienstexperte Adrian Hänni. In seinem neuen Buch «Terrorist und CIA-Agent» enthüllt Hänni dieses bisher unbekanntes Kapitel im Leben von Bruno Breguet. Breguet gehörte in den 1980er-Jahren zur Gruppierung von Ilich Ramírez Sánchez, genannt «Carlos der Schakal». Der mythenumwobene «Carlos» war damals der meistgesuchte Terrorist der Welt. Die CIA wollte mithilfe von Breguet auf die Spur von «Carlos» kommen. Breguet habe der CIA zahlreiche Informationen zu «Carlos» gegeben, sagt Historiker Hänni: «Er hat der CIA operationelle Details zur «Carlos»-Gruppe, aber auch Waffenverstecke und Unterstützer-Netzwerke verraten.» Der 1950 geborene Bruno Breguet wächst in Minusio bei Locarno auf. Als Gymnasiast radikalisiert er sich, identifiziert sich mit der Seite Palästinas im Nahost-Konflikt. 1970 will Breguet im Auftrag der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) in Tel Aviv einen Terroranschlag auf den Shalom Tower verüben, das damals höchste Gebäude des Nahen Ostens. Doch nehmen ihn die israelischen Behörden schon am Hafen von Haifa mit zwei Kilogramm Sprengstoff fest. Wegen Sprengstoff-Besitzes wird Breguet zu 15 Jahren Haft verurteilt. 1977 kommt er frei und schließt sich rund zwei Jahre später der Gruppe von «Carlos» an. Breguet beteiligt sich an terroristischen Aktivitäten, so am Anschlag auf Radio Free Europe 1981 in München, der nur dank viel Glück ohne Todesopfer blieb. «So viel wir heute wissen, hat Bruno Breguet die Bombe selbst gezündet», sagt Adrian Hänni. 1982 verhaftet die Polizei Breguet in Paris, als er einen weiteren Sprengstoffanschlag verüben will. 1985 wird er freigelassen, lebt fortan im Tessin und in Griechenland, bis er im November 1995 spurlos verschwindet. Das letzte Mal wird er auf einer Fähre kurz vor dem Anlegen im griechischen Hafen Igoumenitsa gesehen. Seither ranken sich zahlreiche Legenden um seinen Verbleib. Top-Terrorist «Carlos», den Breguet an die CIA verraten hatte, wurde 1994 festgenommen. Ist es möglich, dass «Carlos» vom Verrat Breguets erfahren hat und sich rächen wollte? Für Hänni ein denkbares Szenario: «Die Gruppenstrukturen sind im November 1995 noch so weit intakt gewesen, dass «Carlos» aus dem Gefängnis einen solchen Auftragsmord hätte

befehlen können. Denkbar ist das Szenario, es gibt allerdings keine konkreten Hinweise.» Was im November 1995 vor der griechischen Küste wirklich mit Bruno Breguet passiert ist, bleibt noch immer ungeklärt. Am wahrscheinlichsten scheint, dass er umgebracht wurde. Möglich ist auch, dass er untergetaucht ist oder die CIA ihm zu einem neuen Leben verholfen hat. SRF.ch

Zypern – Mit 51.8 Prozent gewinnt der frühere Außenminister Nikos Christodoulidis die Präsidentenwahlen. SRF.ch

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 17.02.2023

China – He Jiankui hatte im November 2018 die Geburt der Zwillingmädchen „Lulu“ und „Nana“ verkündet. Außerdem gab der Forscher damals an, dass eine weitere Frau mit einem gentechnisch veränderten Kind schwanger sei. Auch dieses Kind sei später geboren worden. Der Forscher gab an, das Erbgut der Kinder mit Hilfe der Genschere Crispr/Cas9 so manipuliert zu haben, dass die Kinder vor einer Ansteckung mit HIV geschützt seien. Sein Vorgehen löste in Fachkreisen und in der Öffentlichkeit große Empörung aus. He Jiankui wurde in China zu drei Jahren Haft verurteilt, wie die „South China Morning Post“ am Dienstag berichtete. Demnach betreibt er bereits ein neues Labor in Peking, in dem er an erschwinglichen Therapien für seltene genetische Krankheiten forscht. Seine langfristige Vision sei es, „dass jeder von uns frei von Erbkrankheiten sein sollte“, zitierte das Blatt. ORF.at

Deutschland – Tränen sind wie Proteinshakes. Die Wissenschaft unterscheidet zwischen emotionalen, basalen und reflektorischen Tränen. Letztere entstehen durch Reize von Außen. Zwiebelschneiden oder Wind etwa. Basale Tränen hingegen befeuchten das Auge und schützen es mit reinigenden Eigenschaften. Die Zusammensetzung der drei Tränenarten ist gleich: Elektrolyte, Wasser und Proteine. Anders ist die Konzentration: Emotionale Tränen enthalten mehr Proteine als Reflextränen, und mehr Prolaktin, Mangan und Kalium. Psychologen der Universität Ulm haben in einer im August 2022 veröffentlichten Studie die Gründe für Tränen in fünf Kategorien eingeteilt: Einsamkeit, Machtlosigkeit, Überforderung, Harmonie und Medienkonsum. Ad Vingerhoets ist Professor für klinische Psychologie an der Uni Tilburg: Seinen Forschungen zufolge weinen Frauen 30 bis 64 Mal pro Jahr, Männer nur 6 bis 17 Mal. Vingerhoets hat auch die durchschnittliche Dauer eines Heulanfalls untersucht: Frauen weinen eigenen Angaben zufolge im Durchschnitt sechs Minuten am Stück, Männer zwei bis drei Minuten. Tatsächlich seien Männer auch biologisch dazu veranlagt, weniger Tränen zu vergießen: «Studien zeigen, dass Männer größere Tränenkanäle haben. Dadurch ist es unwahrscheinlicher, dass die Tränen so weit aufsteigen, dass sie über das Augenlid auf die Wange fließen», so Vingerhoets. Ob Weinen Stress abbaut, ist umstritten. Ihren Ursprung hat diese These in der Entdeckung, dass emotionale Tränen mehr Stresshormone enthalten als reflektorische Tränen. Doch die Stimmung verbessert sich nach dem Weinen nicht unbedingt. Lange glaubten Forscher, dass Menschen die einzigen Wesen seien, die aus emotionalen Gründen weinen. Forschende aus Japan konnten im August 2022 aber zeigen: Auch Hunde können beim Wiedersehen mit Herrchen oder Frauchen Freudentränen vergießen. Eine entscheidende

Rolle spiele dabei möglicherweise das Kuschelhormon Oxytocin, das bei der Geburt und für das Zusammenleben unter Menschen eine große Rolle spielt: Es leitet die Wehen ein, stimuliert die Milchproduktion, stärkt die Bindung zwischen Mutter und Kind und kann auch die Bindung von Liebespaaren unterstützen. SRF.ch

- Musiker dürfen in vielen Berliner U-Bahnhöfen wieder spielen. RBB.de
- Baerbock gegen Scholz. Klartext statt «scholzen»: Es brodelt in der Ampelkoalition. Dicke Luft in Berlin: Kanzler Olaf Scholz und Außenministerin Annalena Baerbock stecken in einer Beziehungskrise. SRF.ch

Elfenbeinküste – Die ehemalige deutsche Kanzlerin Angela Merkel hat heute in der Elfenbeinküste den Friedenspreis der UNO-Kulturorganisation (UNESCO) entgegengenommen. Mit der Auszeichnung würdigte die Organisation Merkels Flüchtlingspolitik im Jahr 2015, als Deutschland mehr als 1,2 Millionen flüchtende Menschen aufnahm. ORF.at

Erdöl – Die internationalen Erdölkonzerne erzielen zurzeit so große Gewinne wie noch nie. Erst letzte Woche hat die niederländische Shell einen Reingewinn von 40 Milliarden US-Dollar vermeldet. Nun gibt die britische BP bekannt, dass sie im letzten Jahr 28 Milliarden Dollar verdient, so viel wie noch nie in der 114-jährigen Geschichte des Unternehmens. Die Gewinne sind den Ölkonzernen letztes Jahr sozusagen in den Schoß gefallen. Kritikerinnen werfen Exxon, Chevron, BP und Konsorten gar vor, das Nichtstun – nämlich das Ruhenlassen bestehender Förderanlagen – habe das Angebot an Öl und Gas noch zusätzlich verknappt, das wegen des Krieges Russlands gegen die Ukraine ohnehin zurückgegangen war. Auf jeden Fall ist die Nachfrage seit dem Ende der Corona-Maßnahmen in vielen Ländern wieder deutlich angestiegen. Die Preise sind richtiggehend explodiert. Pro Fass Öl und Kubikmeter Gas haben die Energiekonzerne also plötzlich deutlich mehr verdient als noch im Jahr zuvor. Dafür können sie wenig bis nichts. Sehr wohl in der Hand haben die Konzerne aber die Verteilung der unverhofften Gewinne. Und da sticht etwas bei allen ins Auge: Sie schauen erstmal für sich selbst, beziehungsweise für ihr Aktionariat. Dass börsenkotierte Unternehmen ihre Dividende erhöhen, wenn es ihnen gut läuft, ist normal. Darauf spekulieren die Anleger auch. Chevron, Shell, BP und Co. lassen es dabei aber nicht bewenden. Sie kaufen für Milliardenbeträge eigene Aktien zurück und vernichten diese. Auf diese Weise verknappen sie das Angebot, was den Kurs der verbliebenen Aktien in die Höhe treibt. Illegal ist das nicht. Es ist aber eine Prioritätensetzung, die nicht nur die radikalen unter den Klimaschützerinnen und -schützer verstört. Beispiel Shell: Das Unternehmen will trotz doppelt so hohem Gewinn nicht mehr in Sonnen- und Windstromproduktion investieren als bisher. BP geht sogar noch einen Schritt weiter: Die Briten bauen die Erdöl- und -gasförderung weiter aus und fahren ihre Klimaziele bis 2030 zurück. Unüberhörbar ist derweil auch die Forderung, dass die Energiekonzerne mit ihren Gewinnen die Staaten unterstützen sollen, die mit Milliarden an Steuergeldern die Energie künstlich vergünstigen und Preise deckeln müssen, damit die sozial Schwachen und Kleinunternehmen nicht unter der Last der gestiegenen Energiepreise zusammenbrechen. Zwar haben verschiedene europäische Länder bereits eine sogenannte Übergewinnsteuer eingeführt, Energieunternehmen müssen also einen Teil der plötzlichen Mehreinnahmen abliefern. Doch wirklich zu schmerzen scheint das keinen der großen Energiekonzerne. Nach den Rekordzahlen von BP werden die Rufe nach einem strengeren staatlichen Eingreifen wohl noch lauter. Tatsächlich scheint ein solches sowohl finanz- und sozialpolitisch gerechtfertigt, als auch klimapolitisch unabdingbar. Denn der Markt allein scheint es in der aktuellen Energie-Krise nicht richten zu können oder zu wollen. SRF.ch

Großbritannien – Selenski in London. Selenski tritt ein für Kampfflugzeuge – und stößt auf offene Ohren. Die Briten wollen künftig auch ukrainische Kampfpiloten ausbilden, und gehen damit weiter als andere Nato-Staaten. SRF

Indonesien – Ein Pilot (37) aus Neuseeland ist in der indonesischen Provinz Papua von einer separatistischen Rebellengruppe entführt worden, die sagt, dass sie ihn nicht freilassen wird, bis die Unabhängigkeit West Papuas anerkannt ist. Die Passagiere wurden freigelassen, weil sie Papuas sind, sagte ein TPNPB-Rebellen-Sprecher. Der Pilot sei am Leben, so die Rebellen, aber wenn die indonesische Regierung den Forderungen nicht nachkomme, „wird er hingerichtet“. NOS.nl

Iran – Der Iran veröffentlicht Bilder unterirdischer Luftstreitkräftebasis. Von dem Stützpunkt sollen Kampfjets, Bomber und Drohnen Überraschungsangriffe sowie Langstreckenoperationen starten können, berichtete die staatliche Nachrichtenagentur IRNA heute. VOIRI.ir

Italien – Der stellvertretende Ministerpräsident Matteo Salvini, Vorsitzender der Lega-Partei, kritisierte letzte Woche die Entscheidung der RAI, Selenski auf dem Sängerfest auftreten zu lassen, indem er sagte: „Hoffen wir, dass Sanremo das italienische Sängerfest bleibt und sonst nichts.“, bevor er hinzufügte: „Ich hoffe, dass der Krieg so schnell wie möglich endet und die Bühne der Blumenstadt Sanremo der Musik vorbehalten bleibt.“ In der Zwischenzeit hat Giuseppe Conte, ein ehemaliger Ministerpräsident und Führer der 5-Sterne-Bewegung, in den Reihen der derzeitigen Opposition Italiens darauf hingewiesen, dass er zwar „sehr glücklich“ gewesen sei, als Selenski im vergangenen März eingeladen wurde, vor dem italienischen Parlament zu sprechen, aber lieber nicht in Sanremo. RAI.it

Moldau – Regierungskrise: Die proeuropäische Regierungschefin Natalia Gavrilita (Partei der Aktion und Solidarität – PAS) ist heute völlig überraschend nach eineinhalb Jahren im Amt zurückgetreten. Ihr Rücktritt hat den Abgang ihres gesamten Kabinetts zur Folge. Gavrilita war zuletzt wegen der Teuerungsspirale sowie der schweren Energiekrise im Land in der Kritik gestanden. SRF.ch

Neuseeland – Die Polizei hat eine Ladung Kokain im Wert von einer halben Milliarde Neuseeland-Dollar aus dem Pazifik gefischt, fast 300 Millionen Euro. Die 81 je 3,2 Tonnen schweren Drogenpakete trieben auf einer Art Floss im Meer umher, vermutlich um später abgeholt zu werden. NOS.nl

Niederlande – Amsterdam verbietet Kiffen auf der Straße. Die niederländische Hauptstadt arbeitet daran, ihr Image als Kiffer-Hauptstadt Europas loszuwerden. So darf ab Mitte Mai in der Altstadt kein Haschisch oder Marihuana mehr geraucht werden, wie die Stadt auf ihrer Webseite mitteilt. Das Kiffverbot in der Amsterdamer Altstadt ist eine Maßnahme gegen die großen Probleme durch den Massentourismus, wie die niederländische Hauptstadt mitteilte. Im berühmten Rotlichtviertel, den «Wallen», müssen Gaststätten künftig zudem eher schließen und Prostituierte früher aufhören. Das Viertel solle für die Bewohner sicherer und lebenswerter werden, so die Stadt. «Vor allem nachts kann die Atmosphäre sehr grimmig werden.» Seit Jahren klagen Anwohner über Folgen des Massentourismus wie saufende, grölende und kiffende Menschen auf den Straßen. Touristen würden außerdem Straßendealer anziehen, erklärte die Stadt. Diese sorgten wiederum für Kriminalität und damit für eine Atmosphäre der Unsicherheit. Die neuen Regeln gehören zu einem Maßnahmenpaket gegen Probleme durch den Massentourismus. Gastrobetriebe dürfen ab 1 Uhr nachts keine neue Kundschaft mehr einlassen. Und die Prostituierten müssen die berühmten Fenster um spätestens 3 Uhr nachts schließen, statt wie bisher erst um 6 Uhr. Die Stadtverwaltung beabsichtige mit ihren Maßnahmen, dass auch die touristengeplagte Altstadt für die Bewohnerinnen und Bewohner lebenswert bleibe, sagt Elsbeth Gugger. Die Journalistin lebt in Amsterdam. SRF.ch

Ostsee – Nach Angaben des bekannten US-Investigativ-Journalisten Seymour Hersh haben die USA die Nord-Stream-Pipeline in die Luft gesprengt. Es sei eine verdeckte Operation der CIA gewesen. Der Geheimdienst CIA soll demnach in Zusammenarbeit mit Norwegen die Sprengung durchgeführt haben. Nach den Recherchen von Hersh, der einst mit einem Pulitzer-Preis ausgezeichnet wurde, sollen US-Tiefseetaucher unter der Tarnung einer Nato-Militärübung die Minen, die später ferngesteuert zur Explosion führten, entlang der Pipelines platziert haben. In seinem Artikel schreibt der Journalist, dass US-Präsident Joe Biden (80) die Entscheidung nach einer monatelangen Planung getroffen habe. Insgesamt vier Explosionen hatten im September in den Wirtschaftszonen Schwedens und Dänemarks in der Ostsee mehrerer Lecke in die Pipelines „Nord Stream 1“ und „Nord Stream 2“ gerissen, USA dementieren. SWI.ch

Peru – Nach offiziellen Angaben sind in Peru fast 600 Seelöwen an der Vogelgrippe verendet. Die toten Tiere seien entlang der Küste entdeckt worden, teilten die Behörden des südamerikanischen Landes mit. Eine Untersuchung der Kadaver habe ergeben, dass die Seelöwen mit dem Vogelgrippevirus H5N1 infiziert gewesen seien. Außerdem seien in verschiedenen Schutzgebieten rund 55'000 tote Vögel gefunden worden, darunter Pelikane, Möwen und Pinguine. Der Erreger H5N1 kann in seltenen Fällen auch auf Menschen übertragen werden und dann schwere Erkrankungen auslösen. RBB.de

Schweiz – Eine neue EU-Verordnung erlaubt seit kurzem das Beifügen von Grillen-Pulver in gewissen Lebensmitteln. Wer bei den Inhaltsstoffen folgende Angabe liest: «Teilweise entfettetes Pulver aus Acheta domesticus (Hausgrille)», der isst Grillenmehl. Grillenmehl in Getreideriegel, Schoggistengeli, Suppe oder Pasta. Das proteinreiche Pulver kann zum Beispiel in Backwaren, Teigwaren, Guetzi, Suppen oder Schoggi vorkommen. Konsumenten könnten sich über den neuen Inhaltsstoff auf der Verpackung informieren, sagt Sarah Camenisch vom Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV).

- Corona-Pandemie, Ukraine-Krieg, Inflation: Das Jahr 2022 war von Krisen gezeichnet. Trotzdem ist die Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer zufrieden mit dem vergangenen Jahr. Nur 15 Prozent beurteilen 2022 rückblickend als eher schlecht oder sehr schlecht, wie das Forschungsinstitut Link in einer Umfrage herausgefunden hat. 26 Prozent standen dem vergangenen Jahr neutral gegenüber. Bei der Befragung im Januar 2023 gaben zudem 83 Prozent an, glücklich zu sein. Im Januar 2022 lag der Wert bei 80 Prozent. Auffallend ist laut Link der Vergleich zum Nachbarland Deutschland: Dort sagten lediglich 31 Prozent der Befragten, sie beurteilten das persönliche Jahr 2022 als eher gut oder sehr gut. Dazu gaben für den Januar 2023 nur gerade 65 Prozent der Befragten an, glücklich zu sein. Im Januar 2022 lag der Wert bei 61 Prozent. Unterschiede zwischen der Schweiz und Deutschland gibt es auch bei Geldsorgen: So gaben 41 Prozent der Schweizer Befragten für den Januar 2022 an, nie wegen Geld Existenzängste zu haben. Für den Januar 2023 lag der Wert bei 39 Prozent. Für Deutschland lagen diese Werte für den Januar 2022 bei 25 Prozent und ein Jahr später bei 21 Prozent.

- Zirkus Knie – von der Schiene auf die Straße. Klar, dass die Bahn weg sei, sei traurig, aber im Zirkus gehe es auch um anderes, sagt Fredy Knie junior: «Die Leute kommen wegen der Zirkusvorstellung, die muss gefallen. Ich schaue vorwärts, nicht zurück.» Die Vorbereitungen für die neuen Vorstellungen seien schon in vollem Gang. Nach der neunmonatigen Tournee 2022, die laut eigener Aussage eine der erfolgreichsten der Zirkus-Geschichte war und rund 300 Shows umfasste, steht die diesjährige Tournee schon in den Startlöchern. Die Premiere soll am 10. März stattfinden.

- Dieses Jahr werden in der Schweiz 9 Millionen Menschen leben. Die Bevölkerung in der Schweiz wächst rasant und weit stärker als in den Nachbarländern. Im Jahr 2022 wuchs die ständige Wohnbevölkerung um bis zu 80'000 Personen. Hinzu kommen ca. 20'000

Asylsuchende sowie ca. 70'000 Personen mit Schutzstatus S aus der Ukraine. Macht insgesamt ein Bevölkerungswachstum von rund 170'000 Menschen. Für SVP-Nationalrat Mike Egger ist die Rechnung einfach: «Mehr Menschen brauchen mehr Ressourcen.» Sei es beim Stromverbrauch, den Emissionen oder dem Lebensmittelverbrauch.

- Nach seiner zweiten Covid-19-Impfung vor 1.5 Jahren erleidet Mirko Schmidt eine Hirnhaut- und eine Herzmuskelentzündung. Der Zusammenhang zur Impfung sei laut seinen Ärzten «sehr wahrscheinlich». Seither hat sich der Vater dreier kleiner Kinder nie mehr ganz erholt. Er ist rasch erschöpft und erleidet immer wieder Zusammenbrüche. Vor seiner Erkrankung Professor der Sportwissenschaft an der Universität Bern ist er heute – am Post-Vac-Syndrom erkrankt – zu 100 Prozent arbeitsunfähig. Von vielen Ärzten sowie von den Behörden fühlt sich Mirko Schmidt im Stich gelassen. Viele täten den Konnex zwischen Impfung und Krankheit zu schnell als haltlos ab. Deshalb gründet er den Verein Post-Vakzin-Syndrom Schweiz und klagt im «Tagesgespräch» von SRF die Behörden an: Sie hätten zu wenig genau und zu wenig präzise über mögliche Komplikationen nach der Impfung informiert. (www.postvac.ch)

- Illegale Medikamentenimporte. Das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) hat laut Swissmedic im Jahr 2022 6793 Sendungen beschlagnahmt. Fast 80 Prozent der beschlagnahmten Pakete enthalten Potenzmittel.

- Schlechte Tinte lässt viele historische Schriftstücke zerfallen. «Tintenfrass» bedroht in der Basler Universitätsbibliothek Tausende Handschriften. Jetzt beginnt eine Rettungsaktion. SRF.ch

Spanien – Spanien hat vor einigen Monaten sein Sexualstrafrecht geändert und unter anderem die „Nur-Ja-heißt-Ja“-Regel ins Gesetz geschrieben. Das neue Gesetz reduziert die Strafe für viele Sexualtäter. SRF.ch

Syrien – Syrer brauchen dringend Hilfe. «Die Grenzen nach Syrien müssen unbedingt geöffnet werden». SRF.ch

Türkei – Die Zahl der Todesopfer durch die Erdbeben in Syrien und der Türkei ist auf über 11'000 gestiegen. Der türkische Präsident Erdogan sagte, in der Türkei seien inzwischen 8'574 Menschen getötet worden. Außerdem wurden mehr als 49'000 Menschen verletzt und fast 6'500 Gebäude zerstört. Im benachbarten Syrien sind nach Angaben des Gesundheitsministeriums und der Helfer der Weißhelme mindestens 2'500 Menschen gestorben. NOS.nl

- Mittlerweile ist die Zahl der Toten im Erdbebengebiet in der Türkei und Syrien auf über 21'000 gestiegen. Noch immer werden Tausende Menschen vermisst. Der deutsche Rettungsmediziner Tankred Stöbe spricht von einer unglaublichen Tragik. Die Hoffnung, noch Überlebende aus den Trümmern bergen zu können, schwindet mit jeder Stunde. SRF.ch

Ukraine – Das ukrainische Parlament verlängert Kriegsrecht. In der Ukraine ist das wegen der russischen Invasion verhängte Kriegsrecht ein weiteres Mal um 90 Tage verlängert worden. Für die bereits fünfte Verlängerung stimmten heute laut Medienberichten 348 Abgeordnete. 226 Stimmen wären notwendig gewesen. Verlängert wurde auch die allgemeine Mobilmachung. Damit unterliegen Männer im wehrpflichtigen Alter von 18 bis 60 Jahren bis auf wenige Ausnahmen weiter einer Ausreisesperre. Die Regelung gilt vorläufig bis zum 20. Mai. SRF.ch

Ungarn – Ungarn hat im Jänner 2023 eine Rekordinflation verzeichnet. Die Teuerungsrate zum Vorjahresmonat lag um 25,7 Prozent höher und war damit die höchste Inflation in der Europäischen Union sowie die höchste in Ungarn seit 1996, wie aus den Zahlen des Statistischen Zentralamts (KSH) von heute hervorgeht. Die Inflation in Österreich wird mit

11,5 Prozent angegeben. Spanien und Luxemburg verzeichnen mit 5,8 Prozent die niedrigste Rate. In der Europäischen Union betrug sie laut KSH im Durchschnitt 10,4 Prozent. ORF.at

UNO – Russlands UNO-Botschafter Wassili Nebensja hat eine Äußerung der deutschen Außenministerin Annalena Baerbock als Bekenntnis für eine deutsche Kriegsbeteiligung in der Ukraine gewertet. Der Diplomat bezog sich vor dem UNO-Sicherheitsrat in New York heute auf einen Satz der deutschen Grünen-Politikerin vor dem Europarat Ende Jänner. Damals hatte Baerbock mit folgenden Worten zum Zusammenhalt der westlichen Verbündeten aufgerufen: „Wir kämpfen einen Krieg gegen Russland und nicht gegeneinander.“ ORF.at

USA – Es ist die die einzige westliche Regierung, die Megaspender routinemäßig mit diplomatischen Spitzenposten belohnt. Trotzdem haben fast zwei Dutzend andere Personen, die Biden als Botschafter ausgewählt hat, zufällig viel Geld für die Sache der Demokraten gesammelt oder gespendet. Wenn Sie in der Biden-Ära damit beginnen möchten, einen Botschafterposten mit einem Preisschild zu versehen, sehen Sie hier, wie es aussehen würde. Bidens Botschafter in der Schweiz, Scott Miller, und sein Ehemann spendeten 365'000 US-Dollar für die Wahl von Biden im Jahr 2020, und Miller selbst spendete zwischen 2017 und 2020 insgesamt 54'200 US-Dollar direkt für die Demokraten und Bidens Wahlkampf, laut Nachrichtenberichten und der Kampagne Spendendaten von [OpenSecrets.org](https://www.opensecrets.org). Insgesamt haben Miller und sein Mann jedoch seit 2010 rund 3,6 Millionen US-Dollar an demokratische Kandidaten und Anliegen für die Demokratische Partei gespendet. Miller ist ehemaliger Vizepräsident bei UBS Wealth Management mit Sitz in Denver. Er und sein Ehemann Tim Gill sind auch wichtige Aktivisten und Philanthropen für LGBTQ-Rechte. 2016 spendeten sie rund 1,1 Millionen US-Dollar, um die Wahl der damaligen demokratischen Präsidentschaftskandidatin Hillary Clinton zu unterstützen. Miller wurde im Dezember 2021 als Bidens Botschafter bestätigt. Der Sprecher des Weißen Hauses nannte Millers „Karriere in der LGBTQ-Interessenvertretung und Philanthropie“ als Faktor für seine Ernennung zum Botschafter. Biden gewann eine langjährige Spenderin der Demokraten und ehemalige US-Botschafterin in Frankreich, Jane Hartley, als US-Botschafterin im Vereinigten Königreich. Laut Daten zu Wahlkampfspenden von [OpenSecrets.org](https://www.opensecrets.org) spendete Hartley während der Wahlzyklen von 2017 bis 2020 645'780 US-Dollar an Demokraten und im selben Zeitraum 11'200 US-Dollar speziell an Biden. Aber diese Zahl fasst nicht vollständig zusammen, wie viel Geld Hartley insgesamt an die Demokraten geschickt oder gebündelt hat. Zwischen 2007 und 2012 sammelte sie Berichten zufolge rund 2,2 Millionen US-Dollar für Obamas Kampagnen, als Biden Vizepräsident war. Hartley ist eine der wenigen politisch ernannten Botschafterinnen in der Biden-Regierung, die bereits Erfahrung in einem hochrangigen diplomatischen Posten hat, was der Sprecher des Weißen Hauses zur Verteidigung von Bidens Entscheidung zitierte, sie für den Posten in London zu nominieren. Hartley, die im Laufe ihrer Karriere für die Demokratische Partei, Corporate Broadcasting Companies und Beratungsunternehmen arbeitete, war von 2014 bis 2017 Obamas Botschafterin in Frankreich und Monaco. (Kanada: 514'378 \$) – David Cohen, ein ehemaliger Top-Comcast-Manager und Lobbyist, war lange Zeit ein fester Bestandteil der politischen und philanthropischen Szene von Philadelphia. In den Wahlzyklen 2017 bis 2020 spendete er nach Angaben von [OpenSecrets.org](https://www.opensecrets.org) 514'378 US-Dollar an Demokraten und Biden. Diese Zahl ist jedoch die Untergrenze, nicht die Obergrenze, da Cohen als einer von 800 Top-„Bündlern“ für Bidens Kampagne 2020 aufgeführt wurde, eine Liste von Personen, die dazu beigetragen haben, mindestens 100'000 US-Dollar für die Präsidentschaftskampagne zu sammeln, aber es ist nicht klar, wie viel zusätzliches Geld er für Biden bündelte. (Kenia: 917'599 US-Dollar) – Meg Whitman – eine ehemalige Top-Geschäftsführerin, die einst vom Forbes Magazine zu einer der 100 mächtigsten Frauen der Welt ernannt wurde – ist derzeit Bidens Botschafterin in Kenia, das

als eines der wirtschaftlich mächtigsten und diplomatisch wichtigsten Länder Afrikas gilt. Whitman, der ehemalige CEO von eBay und Hewlett-Packard, war früher ein republikanischer Spender und kandidierte 2010 als republikanischer Kandidat für das Gouverneursamt in Kalifornien, wechselte jedoch zu den Demokraten, nachdem er Trump und seinen Aufstieg an die Spitze der Republikanischen Partei desavouiert hatte. Whitman spendete 2020 500'000 US-Dollar an den Biden Victory Fund, ein gemeinsames Spendenkomitee, und spendete während des Wahlzyklus 2017–2020 direkt 417'599 US-Dollar an Demokraten und Biden. Der Sprecher des Weißen Hauses sagte, sowohl für Cohen in Kanada als auch für Whitman in Kenia hätten ihre „hervorragenden Karrieren in der Wirtschaft und ihre Fähigkeit, die wirtschaftlichen Interessen der USA im Ausland voranzutreiben, ihre Auswahl für ihre derzeitigen Posten maßgeblich beeinflusst“. (Argentinien: 148'630 Dollar) – Biden wählte Marc Stanley, einen prominenten Anwalt aus Dallas, zu seinem Botschafter in Buenos Aires. Stanley und seine Frau Wendy haben laut Dallas Morning News in den letzten zwei Jahrzehnten mindestens 1,5 Millionen US-Dollar für demokratische Zwecke gespendet und durch Spendenaktionen und Bündelung von Wahlkampfspenden als wichtige Bündeler für Biden und andere demokratische Kandidaten gedient. Stanley leitete auch einen Teil von Bidens 2020-Kampagne namens Lawyers for Biden, der dabei half, Anwälte zu organisieren, um juristische Dienstleistungen für den Wahlkampf des Präsidenten zu spenden. Während des Zyklus von 2017 bis 2020 spendete Stanley direkt 148'630 US-Dollar an die Demokratische Partei. Der Sprecher des Weißen Hauses verteidigte Stanley als Bidens Botschafterwahl für Argentinien für seine „Karriere als führender Anwalt und jüdischer Anwalt, vier Jahrzehnte umfasst“. Laut Robbie Gramer, Reporter für Diplomatie und nationale Sicherheit bei „Foreign Policy“. Twitter: @Robbie Gramer. SRF.ch

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 12.02.2023

Australien – Ein 16-jähriges Mädchen stirbt bei einem Hai-Angriff in einem Fluss in der Nähe von Perth. NOS.nl

Brasilien – Beim Fischfang an der Küste Brasiliens arbeiten Menschen und Delfine zusammen. Jeweils im Winter wandern Meeresäschen, beliebte Speisefische, in großen Schwärmen an die brasilianische Küste, um zu laichen. Lokale Fischer waten Jahr für Jahr in die Meeresarme dieser Küste und werfen ihre Netze aus. «Für die lokalen Fischer ist es ziemlich schwierig, zu den Meeresäschen zu gelangen», erklärt Damien Farine, Professor für Evolutionsbiologie an der Universität Zürich. Denn das Wasser sei bis zu 20 Meter tief und die Fische laichen ein ganzes Stück von der Küste entfernt. Die Delfine halten in den Buchten Lagunas Ausschau nach Fischschwärmen. Dabei orientieren sie sich mit Echolot, denn das Wasser ist sehr trüb. Sobald sie einen Schwarm wahrnehmen, treiben die Delfine die Meeresäschen in Richtung der Fischer. SRF.ch

- Die brasilianische Marine hat trotz Protesten von Umweltverbänden und der brasilianischen Staatsanwaltschaft einen ausgemusterten Flugzeugträger versenkt, der seit Monaten ziellos umhertrieb. Es gibt große Bedenken wegen der Schäden, die der 33'000-Tonnen-Koloss an Ökosystemen und der Artenvielfalt der Meere anrichten kann. Die Marine beteuert, dass die Versenkung mit größtmöglichem technischen Wissen erfolgte und alles getan wurde, um Umweltschäden zu vermeiden, doch davon lässt sich unter anderem der

Umweltdienst Ibama (ibama.gov.br/) nicht überzeugen. Er warnt seit langem vor Asbest, Schwermetallen und anderen giftigen Stoffen an Bord, die nun im Meer landen. Mit dem Untergang der São Paulo, wie der 266 Meter lange Flugzeugträger aus den 1960er-Jahren genannt wird, geht ein monatelanges Gezerre zu Ende. NOS.nl

Bulgarien – Letztes Wochenende ist die Russin Jelena Maximowa in der bulgarischen Hauptstadt Sofia zur neuen „Mrs. Universe“ gekürt worden. Der Schönheitswettbewerb wird seit dem Jahr 2007 unter verheirateten, geschiedenen und verwitweten Frauen durchgeführt. BNR.bg

Chile – Mindestens sieben Menschen sind bei Waldbränden ums Leben gekommen und Tausende Hektar Natur wurden in Asche gelegt. Hunderte von Häusern sind verloren gegangen. Inzwischen wüten mehr als 150 Waldbrände in dem südamerikanischen Land, von denen weniger als die Hälfte unter Kontrolle ist. Die chilenische Regierung hat Teile der Regionen Biobío und Ñuble südlich der Hauptstadt Santiago als Katastrophengebiete ausgewiesen. Dort gilt der Ausnahmezustand, der der Regierung mehr Möglichkeiten gibt, in Zusammenarbeit mit der Armee Feuer- und Rettungsaktionen durchzuführen. Es ist jetzt Sommer in Chile und die betroffenen Regionen werden von einer Hitzewelle heimgesucht. Die große Dürre und Hitze werden von starken Winden begleitet, die an allen möglichen Orten schwer zu bekämpfende Brände verursachen. NOS.nl

China – Chinas neue see-, luft- und landgestützte Hyperschallwaffen sind eine beeindruckende dreigliedrige Abschreckung gegen US- und taiwanesischen Streitkräfte. Chinas Hyperschallraketen verändern das militärische Kräfteverhältnis im Indopazifik. Neben luft- und landgestützten Hyperschallraketen signalisiert die YJ-21 Chinas im Entstehen begriffene Hyperschallwaffen-Triade zur konventionellen Abschreckung. Diese Woche berichtete die South China Morning Post (SCMP), dass die Strategische Unterstützungstruppe der Volksbefreiungsarmee (PLA-ssF) einen Artikel in ihrem offiziellen Weibo-Account veröffentlicht hat, der besagt, dass die YJ-21-Rakete mit einer Geschwindigkeit von Mach 10 fliegen kann, oder 3'400 Meter pro Sekunde. Es wird auch behauptet, dass kein bekanntes Schiffsabwehrsystem die Rakete mit dieser Geschwindigkeit abfangen kann und dass selbst ohne eine Explosion ihre enorme kinetische Energie verheerende Auswirkungen auf ihr Ziel haben wird. CGTN.cn

- Nach der Entdeckung eines Spionageballons über Montana, USA ist nach Pentagon-Angaben ein zweiter derartiger Ballon über Lateinamerika aufgetaucht. Das Außenministerium in Peking erklärte: „Einige Politiker und Medien in den Vereinigten Staaten benutzen den Vorfall als Vorwand, um China anzugreifen und zu verleumden.“ China habe „niemals“ das Territorium oder den Luftraum eines anderen Landes verletzt. ORF.at

Deutschland – In den Gefängnissen fehlt es an Personal. Gerade seien rund 2'000 Stellen nicht besetzt. RBB.de

- In einer Meinungsumfrage des Mitteldeutschen Rundfunks sprachen sich 94 Prozent der Hörer im Osten gegen die Lieferung von Panzern an die Ukraine aus. MDR.de

Frankreich – Paco Rabanne, eigentlich Francisco Rabaneda y Cuervo (* 18. Februar 1934 in San Sebastián), verbrachte seine Kindheit im Baskenland während des spanischen Bürgerkrieges. Biografien zufolge soll er im Alter von sieben Jahren eine „übernatürliche Vision“ gehabt haben, die ihm die Zukunft der Welt vorhergesagt haben soll. Paco Rabannes Mutter war „erste Schneiderin“ (Première Main) bei Balenciaga, einem renommierten spanischen Bekleidungsgeschäft, was einen grundlegenden Impuls für die Berufswahl des Jungen geben sollte. 1939 floh sie mit ihrem Sohn nach Paris. Der von Kindheit an vom Futurismus, Konstruktivismus und Science-Fiction begeisterte Rabanne

studierte ab 1952 zwölf Jahre lang Architektur in Paris und fertigte nebenbei Modeskizzen für Pariser Modehäuser wie den Schuhhersteller Charles Jourdan. Nach seinem Studium arbeitete Rabanne freiberuflich unter anderem als Modezeichner für Cardin, Givenchy und Courrèges. 1965 verwendete er erstmals den transparenten Kunststoff Rhodoïd, um daraus Modeschmuck in Zusammenarbeit mit damals in Paris bekannten Stylisten zu entwerfen. Noch im gleichen Jahr eröffnete er sein eigenes Mode-Atelier in der Rue de Caire in Paris. Im Februar 1966 präsentierte Rabanne seine erste Haute-Couture-Kollektion mit futuristischen Modellen im Pariser Hôtel George V. Paco Rabanne starb am 3. Februar 2023 in der bretonischen Gemeinde Portsall mit 88. SRF.ch

Griechenland – Ein ungewöhnlicher Wintersturm hat Athen für mehrere Stunden lahmgelegt. Schulen, Kindergärten und auch die Gerichte in der griechischen Hauptstadt blieben heute geschlossen, die U-Bahn zum Flughafen stellte für mehrere Stunden den Betrieb ein, wichtige Autobahnen wurden gesperrt. Rund 200'000 Haushalte und Geschäfte waren ohne Strom. ORF.at

Irak – Vor 20 Jahren: Für die Notwendigkeit des Einmarsches in den Irak wurden folgende Gründe genannt: Der Irak soll im Besitz von Massenvernichtungswaffen sein; Der Irak würde den internationalen Terrorismus unterstützen, insbesondere Al Qaida; 30. Januar 2003 – Trotz weltweiter Kritik veröffentlichen die Führer Großbritanniens, Spaniens, Italiens, Portugals, Ungarns, Polens, Dänemarks und der Tschechischen Republik eine Erklärung namens „Brief der Acht“, in der sie ihre Unterstützung für eine Invasion erklären. 15. Februar 2003 – Mehr als sechs Millionen Menschen in über 600 Städten protestieren gegen den Krieg. Dies ist die größte Antikriegsdemonstration aller Zeiten. 26. Februar – US-Präsident George W. Bush erzählt von seiner Vision eines Nachkriegs-Irak. Er sagt, es werde ein „Beispiel“ für andere arabische Länder sein. VESTI.ru

Iran – Die geplante Einführung von „Grabgebühren“ für Millionen von Gräbern in Teheran hat für Empörung gesorgt. Für die Kritiker sei es inakzeptabel, dass nun die Toten bzw. deren Hinterbliebene mit der Zahlung einer solchen Gebühr die Unfähigkeit der Verantwortlichen, die Finanzkrise in den Griff zu bekommen, ausgleichen müssten. Bisher mussten die Iraner für Grab und Bestattung eine Summe zwischen 150 bis 1'500 Euro bezahlen, nicht jedoch für die Zeit danach. Außerdem sei unklar, welche der Millionen Gräber von der neuen Entscheidung betroffen sind und wer die Gebühr bezahlen soll. ORF.at

Israel – Ein kleines Volk baut die Brücke zwischen Israel und Palästina. Sie sind Israeli und Palästinenser, aber weder Juden noch Muslime: Die Samaritaner begegnen dem Nahostkonflikt mit Toleranz und Offenheit. Und beweisen, dass in dieser Region Frieden möglich ist. Nur noch 850 Samaritaner gibt es. Sie verstehen sich nicht nur als Religionsgemeinschaft, sondern auch als Volk. Die Zugehörigkeit wird vom Vater an den Sohn weitergegeben. Die Samaritaner leben heute je zur Hälfte in Israel und im Westjordanland, beziehungsweise in Samaria, wie die Gegend in der Bibel heißt. Samaria ist die Heimat der Samaritaner, der Berg Garizim ihr Heiligtum. Die Stadt Nablus – in der Bibel trägt sie den Namen Sichem – war viele Jahrhunderte lang ihr spirituelles und wirtschaftliches Zentrum. Die Gottesdienste sind verwirrend.» Die Liturgiesprachen sind Aramäisch und Althebräisch, die Synagoge ähnelt einer Moschee, die Gebetsgewänder erinnern an jene von muslimischen Derwischen und zum Beten verneigt man sich so, wie Muslime es tun. Allerdings nicht gen Mekka, sondern zum Heiligen Berg Garizim, der in Kyriat Luza vor der Haustür liegt. Ihr Dorf stehe allen offen: Palästinensern, die im Dorf arbeiten, jüdischen Siedlern, israelischen Soldaten und ausländischen Besuchergruppen, die neugierig auf die «barmherzigen Samariter» sind, deren Geschichte sie aus der Bibel kennen. Der Bruch von Juden und Samaritanern dürfte sich ab dem 5. Jahrhundert vor

Christus angebahnt haben. Da die Samaritaner nach der Rückkehr der Israeliten aus dem babylonischen Exil keinen Zugang zum Jerusalemer Tempel erhielten, errichteten sie ihr Heiligtum auf dem Berg Garizim, an dessen Flanke ihr Dorf steht. Bis heute opfern sie dort zu Pessach Lämmer und feiern das Fest so, wie es die Torah vorschreibt. SRF.ch

Krim – Russland will „ausländische“ Güter und Vermögenswerte in der annektierten Krim verstaatlichen und einen Teil des Geldes an Soldaten weiterleiten, die in der Ukraine kämpfen. Der Präsident des von Russland auf der Krim eingesetzten Regionalparlaments, Wladimir Konstantinow, teilte heute auf Telegram mit, das „Vermögen ausländischer Bürger und Staaten, die feindliche Taten gegen Russland ausüben“, zu verstaatlichen. Das Gesetz zielt auf das Vermögen ukrainischer Einzelpersonen und Unternehmen und sei einstimmig beschlossen worden, hieß es weiter vonseiten des 2014 nach der Annexion der Halbinsel Krim installierten Regionalparlaments. Ein Teil der Vermögenswerte fließe zur Unterstützung „an die Teilnehmer der Spezialmilitäroperation“, sagte Konstantinow der Nachrichtenagentur Ria Nowosti. Behörden sollen die Gelder teilweise verteilen, indem kostenlos „Grundstücke zur Verfügung gestellt“ werden, teilte die Regionalregierung mit. Den staatlichen russischen Nachrichtenagenturen Tass und Ria Nowosti zufolge befinden sich auf der Liste der reichste Mann der Ukraine, Rinat Achmetow, der Oligarch Ihor Kolomojski, ein Dutzend ukrainische Banken, der Fußballverein Dynamo Kiew und Fabriken – insgesamt „rund 500 Einrichtungen in Zusammenhang mit diversen Unternehmen, Banken, Tourismus und Sport“, teilte Konstantinow auf Telegram mit. ORF.at

Nigeria – Kein Bargeld, kein Benzin, kein Strom. Zuerst wurden die alten Banknoten eingezogen. Die Zentralbank wollte per 1. Februar neue Banknoten einführen. Doch diese sind kaum erhältlich. Ebenso wenig Benzin – und dies, obwohl Nigeria einer der größten Erdölexporture der Welt ist. SRF.ch

Norwegen – Die Ukraine kann mit langfristiger finanzieller Hilfe aus Norwegen rechnen. Die Regierung des skandinavischen Landes will das von Russland angegriffene Land in den kommenden fünf Jahren mit jährlich 15 Milliarden norwegischen Kronen (rund 1,36 Mrd. Euro) unterstützen, wie Ministerpräsident Jonas Gahr Støre am Montag in Oslo ankündigte. Insgesamt macht das 75 Milliarden Kronen (6,8 Mrd. Euro). ORF.at

Pakistan – Pakistan blockiert und verbietet Wikipedia, weil dort gotteslästerliche Artikel nicht entfernt werden. BBC.uk

• Der frühere pakistanische Präsident Muscharraf (79) ist verstorben. Der frühere Präsident lebte seit Jahren im Exil in Dubai. NOS.nl

Philippinen – Die Amerikaner werden Zugang zu 4 neuen Militärbasen auf den Philippinen haben. Damit wird der Verteidigungspakt EDCA zwischen den beiden Ländern erweitert. Das Abkommen wurde während eines Besuchs von US-Verteidigungsminister Lloyd Austin in Manila bekannt gegeben. NOS.nl

Russland – Wegen der Siegesfeiern in Wolgograd wurde die Stadt bis auf weiteres wieder in Stalingrad umbenannt. Es wurde eigens für diesen Anlass und Putins Besuch eine neue Bronzestatue von Stalin enthüllt. Es ist das zweite Stalin-Denkmal, das in den letzten Jahren in Wolgograd errichtet wurde. Das erste Denkmal, eine zwei Meter hohe Betonbüste, wurde im Dezember 2019 anlässlich des 140. Geburtstags von Stalin eröffnet. Die Wiederherstellung der Stalin-Statuen ist etwas Besonderes, denn der ehemalige Diktator war seit 1961 von den Straßen der gesamten Sowjetunion verschwunden. NPO.nl Wer war **Joseph Wissarionovitsch Stalin**? eig. Ioseb Besarionidse Dschugaschwili (იოსებ ბესარიონის ძე ჯუღაშვილი) wurde am 18. Dezember 1878 in der georgischen Stadt Gori geboren. Nach seiner Machtübernahme änderte er sein Geburtsdatum auf den 21.

Dezember, den Tag der Wintersonnenwende. Seitdem feiern seine Anhänger an diesem Tag immer noch seinen Geburtstag. Sein Vater, Besarion Dschugaschwili (ბესარიონის ჯუღაშვილი), war Schuhmacher. Sowohl Vater als auch Mutter sprachen zu Hause nur Georgisch. Stalins Mutter Jekaterine Gelandze, für die Stalin das einzige überlebende Kind war, verließ 1883 mit ihrem Sohn das Haus. 1886 zogen sie in das Haus eines Freundes der Familie, des Priesters Tscharkviani. Ekaterina arbeitete als Putzfrau und Wäscherin und war fest entschlossen, ihren Sohn zur Schule zu schicken. Im September 1888 bewarb sich Stalin an der Kirchenschule in Gori. Stalin hatte hervorragende akademische Ergebnisse, zeigte sein Talent in Malerei und Theaterspiel, schrieb seine eigenen Gedichte und sang im Chor. Eine Pockeninfektion im Jahr 1884 vernarbte sein Gesicht, und im Alter von 12 Jahren wurde er schwer verletzt, als er von einer Kutsche überfahren wurde, was möglicherweise zu einer lebenslangen Behinderung seiner linken Hand führte. Stalins Mutter war eine strenge und gläubige Christin und wollte, dass ihr Sohn Priester wird. Im Alter von 16 Jahren trat Stalin auf ihren Wunsch in das orthodoxe Priesterseminar in Tiflis ein, dem Zentrum des georgischen Geisteslebens (in Georgien gab es keine Universität), wo er die Ideologie von Karl Marx und Friedrich Engels kennenlernte. Er war ein ausgezeichnete Schüler, obwohl die Unterrichtssprache nun Russisch war. 1898 wurde er Mitglied der Dritten Gruppe, der Geheimorganisation der Sozialdemokratie, die mit den St. Petersburger Sozialdemokraten verbunden war und deren Mitglieder überwiegend Absolventen des Tifliser Priesterseminars waren. 1899 wurde er, so seine Behauptung, wegen Förderung des Marxismus, wohl aber wegen Nichterscheinens zu den Abschlussprüfungen vom Priesterseminar ausgeschlossen. In den Jahren 1899 – 1901 arbeitete er in der Sternwarte von Tiflis. Er gewann Unterstützer und organisierte als erste revolutionäre Aktion Arbeiterfeiern am 1. Mai 1900 in Tiflis. Ab der Jahreswende 1900/1901 wurde er von der zaristischen Polizei wegen staatsfeindlicher Umtriebe gesucht. Im März 1901 durchsuchte die Polizei erstmals seine Wohnung. Aus Protest kündigte er seinen Job und wurde Berufsrevolutionär. Er gründete die Parteizeitung „Prawda“ und sammelte Gelder für Wladimir Lenins bolschewistische Fraktion durch Raubüberfälle, Entführungen und Schutzgelderpressungen. Er organisierte Streiks und Demonstrationen. Wiederholt verhaftet, unterzog er sich mehreren internen Verbannungen nach Sibirien. Als er sich 1917 zum Militär als Soldat bewarb, war er mit 162 cm zu klein und wurde abgelehnt. Nachdem die Bolschewiki in der Oktoberrevolution die Macht ergriffen und 1917 einen Einparteienstaat unter der neuen Kommunistischen Partei geschaffen hatten, trat Stalin dem regierenden Politbüro bei. Stalin diente im russischen Bürgerkrieg, bevor er 1922 an der Gründung der Sowjetunion teilnahm, und übernahm nach Lenins Tod 1924 die Führung des Landes. Lenins Kronprinz Trotzki wollte Stalin umbringen lassen, doch Stalin drehte den Spieß um. Auf der Reise nach New York, verliebte sich Trotzki in die berühmte Malerin Kahlo in Mexiko. Er wurde im Nebenhaus ermordet (heute ein Museum). Stalin ließ Autostraßen anlegen und in den Städten U-Bahnen. Er begründete die Großindustrie, die Russland zur Großmacht machte. Die Kollektivierung der Landwirtschaft führte zu Hungersnöten. Um „Feinde der Arbeiterklasse“ zu neutralisieren, veranstaltete Stalin die Große Säuberung, bei der zwischen 1934 und 1939 über eine Million im Gulag-System von Zwangsarbeitslagern inhaftiert und mindestens 700'000 hingerichtet wurden. 1937 hatte er die absolute Kontrolle über Partei und Regierung. Stalin förderte den Marxismus-Leninismus im Ausland durch die Kommunistische Internationale und unterstützte die europäischen antifaschistischen Bewegungen in den 1930er Jahren, insbesondere im spanischen Bürgerkrieg. 1939 unterzeichnete sein Regime einen Nichtangriffspakt mit Nazideutschland, was zum sowjetischen Einmarsch in Polen führte. Deutschland beendete den Pakt, indem es im Juni 1941 in die Sowjetunion einmarschierte. Im Blitzkrieg erreichte man rasch Moskau und Stalingrad. Es gab 5 Mio russische Opfer, doch hatte Hitler damit sein Todesurteil unterzeichnet. Stalin konnte rasch eine neue Armee aufstellen und nur wenige von Hitlers bunt zusammengewürfelten Soldaten, aus allen besetzten Gebieten, überlebten. Stalin forderte den Westen auf eine Westfront aufzubauen, damit der Krieg rasch ende. Doch die

verdienten zu gut und zögerten diese möglichst lange hinaus. Die Zerstörung Europas und der Holocaust wären zu vermeiden gewesen. Im November 1943 traf sich Stalin mit Churchill und Roosevelt in Teheran, einem Ort seiner Wahl. Dort kamen Stalin und Roosevelt gut miteinander aus, da beide den Abbau des britischen Empire nach dem Krieg wünschten. In Teheran einigte sich das Trio darauf, dass der deutsche Staat zerschlagen werden sollte, um zu verhindern, dass Deutschland noch einmal zu militärischer Stärke aufsteigt. Roosevelt und Churchill stimmten auch der Forderung Stalins zu, die deutsche Stadt Königsberg zum sowjetischen Territorium zu erklären. Im Februar 1945 trafen sich die drei Führer auf der Konferenz von Jalta. Roosevelt und Churchill gaben Stalins Forderung nach, dass Deutschland der Sowjetunion 20 Milliarden Dollar an Reparationen zahlen sollte. Nach dem Krieg war Stalin auf dem „Höhepunkt seiner Karriere“. Innerhalb der Sowjetunion galt er weithin als die Verkörperung von Sieg und Patriotismus. Seine Armeen kontrollierten Mittel- und Osteuropa bis zur Elbe. Im Juni 1945 nahm Stalin den Titel Generalissimus an. Das Gulag-System der Zwangsarbeitslager wurde weiter ausgebaut. Bis Januar 1953 waren drei Prozent der sowjetischen Bevölkerung inhaftiert oder im internen Exil, davon 2,8 Millionen in „Sondersiedlungen“ in abgelegenen Gebieten und weitere 2,5 Millionen in Lagern, Strafkolonien und Gefängnissen. Dem NKWD wurde befohlen, das Ausmaß der Zerstörung während des Krieges zu katalogisieren. Es wurde festgestellt, dass 1'710 sowjetische Städte und 70'000 Dörfer zerstört worden waren. Der NKWD verzeichnete, dass zwischen 26 und 27 Millionen Sowjetbürger getötet worden waren. 1949 fanden Feierlichkeiten zu Stalins 70. Geburtstag statt (obwohl er schon 71 war), bei denen Stalin zusammen mit marxistisch-leninistischen Führern aus ganz Europa und Asien an einer Veranstaltung im Bolschoi-Theater teilnahm. In seinen späteren Jahren war Stalin bei schlechter Gesundheit. Er machte immer längere Ferien; 1950 und 1951 verbrachte er je fünf Monate Urlaub in seiner abchasischen Datscha. Am 1. März 1953 erlitt Stalin einen Schlaganfall in seiner Datscha in Kuntsevo. Stalin starb am 5. März 1953. Laut seiner Enkelin Swetlana sei es „ein schwerer und schrecklicher Tod“ gewesen. Laut einem in der New York Times veröffentlichten Bericht wurde Stalin von seinen eigenen Politbüromitgliedern mit dem Rattengift Warfarin vergiftet. Stalin hatte die Sowjetunion von 1924 bis zu seinem Tod 1953 geführt. Er war Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (1922–1952) und Vorsitzender des Ministerrates der Sowjetunion (1941–1953). Sein Vertrauter und Nachfolger Nikita Chruschtschow, der in der Ukraine aufgewachsen ist, leitete schon 1956 die Entstalinisierung ein. Sogar das riesige Standbild Stalins in dessen Geburtsort Gori musste gegen den Wunsch der Bewohner gesprengt werden. Chruschtschow wurde 1964 von Leonid Breschnew gestürzt und 1966 aus dem Zentralkomitee ausgeschlossen. VESTI.ru u.a.

- Zur Deckung von Lücken im Budget hat Moskau im Jänner auf seine Gold- und auf Währungsreserven in chinesischen Yuan zurückgegriffen. Insgesamt seien 2,27 Milliarden Yuan (rund 309 Mio. Euro) sowie 3,6 Tonnen Gold verkauft worden, teilte das russische Finanzministerium heute nach Angaben der staatlichen Nachrichtenagentur TAss mit. „Die dadurch erzielten Mittel wurden zur Deckung des Defizits auf das Konto des Budgets überwiesen“, wurde mitgeteilt. Das Jänner-Loch im Budget wurde mit 1,76 Billionen Rubel (23 Mrd. Euro) beziffert. Insgesamt seien 3,1 Billionen Rubel (rund 40 Mrd. Euro) ausgegeben worden, was einem Plus von 59 Prozent im Vergleich zum Jänner des Vorjahres entspreche. Das Ministerium hat keine Gründe für die Mehrausgaben genannt. ORF.at

Saudi-Arabien – Mehr Frauenrechte – und mehr Hinrichtungen: So will der saudische Kronprinz Mohammed bin Salman seine Macht sichern. SRF.ch

Schweiz – Wegen Personalmangels ist die wichtigste Stelle der Schweizer Armee im Kampf gegen Cyberangriffe nur am Tag besetzt.

- Alle 500 Jahre ist in der Schweiz mit einem schweren Erdbeben zu rechnen. Wäre man im Ernstfall gut gerüstet?
- Grenze zu Italien wird zum Flüchtlingshotspot. Immer mehr Flüchtlinge reisen über die Südgrenze in die Schweiz ein. Der Grenzschutz ist im Dauereinsatz.
- Eines der ältesten Warenhäuser der Schweiz schließt per Ende 2024 seine Türen. Den Jelmoli an der Bahnhofstrasse in Zürich wird es in der heutigen Form nicht mehr geben. SRF.ch

Südsudan – Papst Franziskus ist im Südsudan gelandet. Am Flughafen der Hauptstadt Juba wurde er von Präsident Salva Kiir und Tausenden Schaulustigen empfangen. In dem christlich geprägten Land will sich der Papst für den Friedensprozess einsetzen und mit Vertretern der Regierung, der Kirche und der Zivilgesellschaft sprechen. Der Südsudan wurde 2011 vom Sudan unabhängig, ist aber in einen Bürgerkrieg geraten. Die Gewalt geht sowohl von Milizen und Rebellengruppen als auch von der Armee aus. RBB.de

Türkei – Nach einem großen Erdbeben, bei dem **mindest 250'000 Menschen ums Leben** kamen, sind in weiten Teilen der Südtürkei und Nordsyriens Rettungsaktionen im Gange. Das Beben der Stärke 7,8 ereignete sich in den frühen Morgenstunden des Montags bei -8° in der Nähe von Gaziantep, während die Menschen schliefen. Ein neues Beben der Stärke 7,5 traf gegen 13:30 Uhr Ortszeit (11:30 Uhr MEZ) ein. Rettungskräfte versuchen, Menschen zu retten, die unter den Trümmern eingeschlossen sind, nachdem Hunderte von Gebäuden in beiden Ländern eingestürzt sind. Die Staats- und Regierungschefs der Welt haben zugesagt, Hilfe zu schicken, nachdem die Türkei einen internationalen Hilferuf erlassen hatte. Millionen Menschen in der Türkei, in Syrien, im Libanon, auf Zypern und in Israel spürten das Erdbeben. Auch die Ukraine verspricht Soforthilfe. BBC.uk

Ukraine – Trotz Angriffen: Tausende bereits in die Ukraine zurückgekehrt. Zugenommen haben die Rückreisen.

- Nach einer Reihe von Bestechungsskandalen hat der ukrainische Präsident Wolodimir Selenski mehrere ranghohe Beamte entlassen. Mit Hausdurchsuchungen will er härter gegen Korruption vorgehen. Witali Schabunin, Leiter der NGO Anti-Corruption Action Center in Kiew, hält wenig davon. Das Resultat im Kampf gegen die Korruption wird minimal sein. Statt das dafür zuständige Anti-Korruptionsbüro wurde der Inlandsgeheimdienst beigezogen. Vor Gericht wird die Beweisführung nicht standhalten, wenn nicht die zuständigen Stellen einbezogen wurden.
- Anna Petrig ist Professorin für Völkerrecht an der Universität Basel. Grundsätzlich werde ein Staat dann zur Kriegspartei, wenn er «aktiv und koordiniert an Kampfhandlungen oder militärischen Operationen» teilnehme. «Derzeit können zwei Staaten klar als Kriegspartei bezeichnet werden», sagt sie. Einerseits Russland, welches das Gewaltverbot der UNO-Charta verletze. Andererseits die Ukraine, welche aus der UNO-Charta das Recht auf Selbstverteidigung ableite. «Zwischen diesen beiden Ländern herrscht ein internationaler bewaffneter Konflikt, womit das humanitäre Völkerrecht aktiviert wird», sagt Petrig. Auch klar sei, wer keine Kriegspartei ist. «Kriegsmateriallieferungen, egal, ob es sich um Schutzhelme oder Kampfflugzeuge handelt, reichen für sich alleine nicht aus», so Petrig. Selbiges gilt grundsätzlich auch für Ausbildungsprogramme, «egal, wo sie stattfinden». Iran, welcher russische Truppen auf ukrainischem Boden ausbilden soll, ist also ebenso wenig Kriegspartei wie Deutschland, welches grünes Licht für die Lieferung der Leopard-2-Kampfpanzer gegeben hat. SRF.ch
- Zu den Schikanen gegen die in der Ukraine lebenden ethnischen Ungarn gehört u. a. dass sie ihre Muttersprache im Bildungsbereich und im Verkehr mit Ämtern und Verwaltung nicht mehr benutzen dürfen, nachdem die Ukraine 2017 ein Gesetz verabschiedet hatte, das auch

im Donbass den Gebrauch der russischen Sprache in den Schulen verboten hatte. KR.hu
(Anm d. Red.: So werden dort die „europäischen Werte“ mit westlicher Unterstützung verteidigt)

- Ein Beamter sagte der Zeitung Vzgliad (vz.ru/), dass mehrere Kommandeure der Einheiten den Einsatz chemischer Waffen in verschiedenen Abschnitten der Front, insbesondere bei Soledar und Bachmut-Artiomovsk, gemeldet hätten. Es heißt, dass eine Reihe von Soldaten unter Übelkeit, Erbrechen und starkem Schwindel litten, und fügte hinzu, dass dies nicht das erste Mal sei, dass der Einsatz chemischer Waffen durch die ukrainische Armee registriert werde. Der Beamte erklärte, dass vor Wochen nachgewiesen wurde, dass ukrainische Truppen Substanzen aus Spezialbehältern von industriellen Quadrocoptern versprüht haben, die Übelkeit, Erstickungsanfälle und Husten verursachten. Darüber hinaus betonte Gaguin, dass der Einsatz von Waffen durch die Ukraine, die durch die Genfer Konvention verboten sind, dokumentiert und den Vereinten Nationen vorgelegt werden muss. RHC.cu

USA – Der US-Autohersteller Ford kehrt nach über 20 Jahren in die Formel 1 zurück.

- Spionageballon über den USA. Es handelt sich wohl um einen Photon-Radarsatelliten. Bei guter Wetterlage kann er Fotos machen, der Radar wiederum dient dazu, Wolkendecken zu durchdringen. US Außenminister sagt Chinabesuch ab. SRF.ch

- Die Arbeitslosigkeit in den USA ist angesichts überraschend guter Arbeitsmarktzahlen auf den niedrigsten Stand seit mehr als 50 Jahren gesunken. Die größte Volkswirtschaft der Welt schuf im Januar 517'000 neue Jobs und damit knapp doppelt so viele wie im Vormonat, wie das Arbeitsministerium in Washington heute mitteilte. Die Arbeitslosenquote sank um 0,1 Punkte auf 3,4 Prozent. So niedrig hatte die Quote zuletzt im Mai 1969 gelegen. ORF.at

- Tesla-Aktionäre verlieren vor Gericht gegen Elon Musk. Der Vorwurf des Betrugs wurde vor einem Gericht abgeschmettert. SRF.ch

- Im US-Bundesstaat Ohio sind 50 Waggons eines Güterzugs entgleist. Die Entgleisung verursachte in der Folge einen Großbrand mit dicken Rauchschwaden. Laut Meteorologen sind sie so groß, dass sie auch auf dem Wetterradar zu sehen sind. Ein Teil des Dorfes East Palestine, das neben der Eisenbahn liegt, wurde wegen des Feuers evakuiert. Dies ist ein Gebiet im Umkreis von 1,5 Kilometern um die Bahnlinie. In einer Schule und einem Gemeinschaftshaus werden die Menschen betreut. Denjenigen, die außerhalb des Gebiets leben, wird empfohlen, drinnen zu bleiben. Warum der Zug entgleist, ist unklar. Was genau brennt, ist unklar. Mitarbeiter in Schutzanzügen untersuchen, ob Gefahrstoffe freigesetzt werden. Das Löschen des Feuers wird durch die Kälte erschwert: Im Dorf hat es letzte Nacht 12 Grad gefroren. NOS.nl

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 08.02.2023

Ägypten – Erstmals hat ein deutsch-ägyptisches Forschungsteam genau nachgewiesen, wie und mit welchen Substanzen die alten Ägypter ihre Mumien einbalsamierten. Besonders überraschend war für die Fachleute dabei, dass der Großteil der gefundenen Substanzen nicht aus Ägypten selbst stammte, sondern importiert wurde. Viele Substanzen, wie etwa pflanzliche Öle, mussten aus dem Mittelmeerraum, dem tropischen Afrika oder aus Südostasien importiert werden. Da die Tradition der Einbalsamierung über 4'000 Jahre anhielt und Tote ab der oberen Mittelschicht im großen Stil mumifiziert wurden, waren dafür globale Beziehungen und Handel in bisher ungeahnten Ausmaßen nötig. Die in Sakkara gefundenen Keramikgefäße waren zum Teil auch mit Anleitungen beschriftet, was den Forschern weitere Einblicke in den Prozess der Einbalsamierung ermöglichte. ORF.at

Australien – Die Behörden haben die radioaktive Kapsel gefunden, die letzte Woche in den Weiten des Outbacks von Westaustralien verloren gegangen war. SRF.ch

Deutschland – Dem Verteidigungsattaché bei der Botschaft der Russischen Föderation, Sergej Tschuchrow, zwei offene Briefe von zwei ehemaligen Generälen der Nationalen Volksarmee der DDR übergeben. In diesen beiden Briefen, die sich gut ergänzen, legen Generalleutnant a.D. Manfred Grätz, ehemaliger stellvertretender Minister, und Generalmajor a.D. Sebald Daum ihre Standpunkte zur aktuellen Kriegshysterie in Deutschland und der NATO dar. Unter dem Titel „Protest gegen die weitere Unterstützung der Ukraine mit Panzern und anderem schweren Kriegsgerät durch Deutschland“ fragt Generalmajor a.D. Sebald Daum: **„Hat man vergessen, dass nicht Russland an die Grenzen Deutschlands oder der EU herangerückt ist, sondern die NATO-Truppen heute an den Grenzen Russlands stehen?“**. Dann erinnert er daran, dass es die USA und die NATO waren, die 2014 in der Ukraine einen Staatsstreich organisiert haben, den demokratisch gewählten Präsidenten außer Landes vertrieben und die Ukraine militärisch aufgerüstet und gegen Russland in Stellung gebracht haben, damit sie acht Jahre **Krieg gegen das eigene Volk** führen konnte und geführt hat. RT.ru

- In Berlin hat die Polizei eine Gross-Razzia in Zusammenhang mit sogenannten **„Koks-Taxis“** durchgeführt. Dabei hat sie nach eigenen Angaben vier Menschen verhaftet und einen weiteren Mann festgenommen. Die Polizei war mit 320 Kräften im Einsatz. Die Durchsuchungen haben an 26 Orten in Berlin und in zwei Objekten im niedersächsischen Hildesheim stattgefunden. Wie die Polizei mitgeteilt hat, wurden mehrere Kilo Kokain, Bargeld, digitale Speichermedien und drei Fahrzeuge beschlagnahmt. Die Razzia hat sich gegen die mutmaßlichen Anführer des Drogendealer-Netzwerks gerichtet wie auch deren Fahrer. „Koks-Taxis“ stehen für ein System, bei dem per Auto Drogen ausgeliefert werden, die vorher übers Internet bestellt worden sind.

- Bundeskriminalamt und Generalstaatsanwaltschaft haben in Berlin die Wohnung eines argentinischen Ex-Militärs durchsuchen lassen. Dem früheren Offizier der Militärjunta wird vorgeworfen, 15 Frauen und Männer entführt, gefoltert und ermordet zu haben. Gegen den 75-Jährigen wird seit mehreren Jahren ermittelt. Weil er sowohl deutscher als auch argentinischer Staatsangehöriger ist, wurde er bisher nicht ausgeliefert. In Argentinien wurden während der Militärdiktatur zwischen 1976 und 1983 tausende Menschen ermordet. Viele verschwanden spurlos, ihre Leichen wurden nie gefunden.

- Im vergangenen Jahr sind in Deutschland so viele Geldautomaten gesprengt worden wie noch nie. Die Polizeipräsidien haben fast 500 versuchte und vollendete Sprengungen gezählt, wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ berichtet. Im Vergleich zu 2021 sei das ein Anstieg um 27 Prozent. RBB.de

- Im Korruptionsindex von Transparency International liegt Österreich unter den deutschsprachigen Ländern an der letzten Stelle: auf Platz 22, mit 71 Punkten. die Schweiz liegt auf Platz 7 mit 82 Punkten, Deutschland auf Platz 9 mit 79 Punkten, von den EU

Ländern schneidet Skandinavien am besten ab: Dänemark Nr.1 (90 Punkte), Finnland Nr.2 (87 P.), Norwegen Nr.4 (84 P.), Schweden Nr.5 (83 P.), am schlechtesten Bulgarien Nr.72 (43 P.), Ungarn Nr. 77 (42 P). Außerhalb der EU landet Kosovo auf Platz 84 (41 P.), Moldowa, Belarus beide Platz 91 (39 P). Albanien und Serbien Platz 101 (36 P.), Bosnien 110 (34 P), Ukraine 116 (33 P), Russland 137 (28 P). www.transparency.org/; Adr.: Alt-Moabit 96, 10559 Berlin. ORF.at

EU – Ungeachtet des Drucks mehrerer Länder will die Europäische Kommission den Bau von Zäunen oder Mauern entlang der EU-Außengrenze gegen unerwünschte Migration nicht bezahlen. ORF.at Streiks nehmen europaweit zu. Trotz der Unterschiede gibt es eine Gemeinsamkeit: die Inflation. Forderung nach mehr Lohn in Lausanne, Proteste gegen die Rentenreformpläne in Frankreich, wütende Lehrpersonen in Grossbritannien: In Europa wird gestreikt. Die Forderungen und Entwicklungen in den einzelnen Ländern sind unterschiedlich, die Gewerkschaften sind anders organisiert, die Regierungen anders aufgestellt. SRF.ch

- EU will 30'000 weitere ukrainische Soldaten ausbilden und die Minenräumung in dem Land mit 25 Millionen Euro unterstützen. SWR.de

Frankreich – In der Debatte um die von der Ukraine geforderte Ausweitung der westlichen Waffenhilfe auf die Lieferung von Kampfjets prescht Frankreich massiv vor. Nach entsprechenden Äußerungen von Präsident Macron hat nun auch der Verteidigungsminister des Landes die Lieferung nicht ausgeschlossen. Kiew erwartet, dass sich Berlin und Washington anschließen. NOS.nl

- Russland ist nicht mehr Teil des Europarats. Dennoch fällen die Straßburger Richter weiter Urteile.
- Präsident Macron hat eine «Renaissance der Kernenergie» versprochen. Er knüpft damit in Zeiten der Stromknappheit an französische Zukunftsvisionen des letzten Jahrhunderts an. Kann so die Versorgungskrise entschärft werden? Die Luft flirrt, an manchen Stellen vibriert im AKW von Paluel der Boden. Die Produktionshalle ist so groß wie ein Fußballfeld. «Spüren Sie schon die Hitze?», fragt Werksdirektor Jean-Marie Boursier. **Die Turbine sei so stark, dass sie vierhundert Hochgeschwindigkeitszüge anschieben könnte**, ergänzt er. Aus dem Werksdirektor spricht der Stolz einer ganzen französischen Ingenieurselite. Seit den Sechzigerjahren setzte Frankreich konsequent auf die Atomkraft. Diese «Kernkompetenz» werde dem Land die Unabhängigkeit sichern, versprach General de Gaulle, Weltkriegsheld und prägende politische Figur der französischen Nachkriegspolitik. Unter seiner Führung wurde die «Grande Nation» nicht nur zur militärischen Nuklearmacht, sie begann auch in großem Stil in Atomkraftwerke für die Stromerzeugung zu investieren. Der Reaktorenpark ist in die Jahre gekommen. Nach der Atomkatastrophe von Fukushima galt er zwischenzeitlich als Auslaufmodell, das Interesse der Jugend an einer Karriere im Nuklearsektor schwand. Das älteste der Kraftwerke, jenes von Fessenheim, wurde abgeschaltet. Doch in Zeiten der Energieknappheit treten die Bedenken in den Hintergrund, Präsident Macron beruft sich wieder explizit auf die damalige Vision des Generals. Die Laufzeiten sollen verlängert und sechs neue Atomkraftwerke gebaut werden. Macron verspricht, so gleichzeitig die Versorgungskrise zu entschärfen, das Klima zu schützen und Arbeitsplätze zu sichern. Eine kontroverse Debatte um die Atomkraft findet nicht statt. Bis die neuen Kraftwerke tatsächlich ans Netz gehen, werden allerdings noch Jahre vergehen. Frankreich will unterdessen auch massiv in die erneuerbaren Energien investieren, um seinen Rückstand im europäischen Vergleich aufzuholen. «Wenn die Versorgungskrise etwas Gutes hat, dann dass es mit der Energiesicherung jetzt an beiden Fronten endlich vorangeht», meint Unternehmer Patrice Gault in seinem AKW-Zulieferbetrieb in Dieppe am Ärmelkanal – in der Reportage über Frankreichs Energiepolitik. «International» SRF.ch

Italien – Illegale Einwanderung, die Förderung traditioneller Familienwerte, die Verteilung von EU-Geldern und der Westbalkan waren Themen eines Treffens zwischen Ungarns Staatspräsidentin Katalin Novák und der italienischen Ministerpräsidentin Giorgia Meloni am Mittwoch in Rom. KR.hu

Großbritannien – Shell hat 2022 wegen der hohen Öl- und Gaspreise einen **Rekordgewinn** erzielt. Er stieg auf umgerechnet über 36 Milliarden Euro, wie der Konzern mitgeteilt hat. Das ist mehr als doppelt so viel wie vor einem Jahr. RBB.de

Lateinamerika – Kein einziges Land, das Kanzler Scholz besuchte (Argentinien, Brasilien, Chile) ist bereit die Ukraine aufzurüsten. Auch Kolumbien, Paraguay, Uruguay, Mexiko nicht dazu bereit. «Make Peace – Not War!» RTA.br

Libanon – Der Libanon bricht weiter zusammen. Seit Monaten gibt es keinen Präsidenten mehr, die libanesische Währung ist fast nichts wert, vier von fünf Haushalten leben in Armut und Unterernährung ist laut Hilfsorganisationen ein rasant wachsendes Problem. Beamte kommen sporadisch zur Arbeit, also wird kaum etwas von staatlichen Stellen getan. Da keine klaren Lösungen in Sicht sind, haben viele Einwohner Beiruts die Hoffnung aufgegeben, dass die Regierung irgendetwas für sie tun kann. Deshalb haben einige Libanesen beschlossen, die Sache selbst in die Hand zu nehmen. Gabriel Fernaine und seine Freunde hielten es nicht länger aus und beschlossen, mit „**Rebirth Beirut**“ selbst aktiv zu werden. Sie stellen Sonnenkollektoren bereit, damit Ampeln wieder funktionieren, schließen Löcher in der Straße und arbeiten an der Straßenbeleuchtung, damit die Menschen nachts wieder sicher auf den Straßen gehen können. NOS.nl

Namibia – Im vergangenen Jahr wurde in Namibia eine Rekordzahl an Nashörnern gewildert. Insgesamt wurden 87 Tiere getötet, fast doppelt so viele wie im Jahr 2021, als 45 Nashörner getötet wurden. Dies lässt sich aus offiziellen Zahlen der Regierung ableiten. Die meisten Tiere wurden in Etosha, dem größten Nationalpark des südwestafrikanischen Landes, gewildert. „Wir sind zutiefst besorgt, dass unser Hauptpark ein **Hotspot für Wilderei** ist“, sagte ein Sprecher des Umweltministeriums der BBC. Nashörner sind eine vom Aussterben bedrohte Art. Vor allem das Spitzmaulnashorn ist vom Aussterben bedroht: Etwa 5'000 von ihnen gibt es noch. Wilderer töteten letztes Jahr 61 Spitzmaulnashörner und 26 Breitmaulnashörner, von denen die meisten in Etosha gefunden wurden. Die Zahl der Nashörner in Afrika ist in den letzten Jahrzehnten dramatisch zurückgegangen, da in Asien eine große Nachfrage nach den Hörnern besteht. So werden sie beispielsweise in China seit Generationen als traditionelle Medizin verwendet, ohne dass es Beweise dafür gibt, dass sie tatsächlich eine heilende Wirkung haben. Und in Vietnam gelten die Hörner als Zeichen des Reichtums. NOS.nl

Österreich – Auch der teilstaatliche österreichische Öl-, Gas- und Chemiekonzern OMV meldete für 2022 einen Anstieg des Nettogewinns um 85 Prozent auf knapp 5,2 Milliarden Euro. Am Dienstag hatte bereits der US-Ölkonzern ExxonMobil einen Rekordgewinn von 55,7 Milliarden Dollar bekanntgegeben. DLF.de

Russland – Vor 80 Jahren: Es gelang die vollständige Eroberung der Stadt Stalingrad aufgrund des fortgesetzten Widerstands der Roten Armee nicht, obgleich Hitler in seiner Rede am 8. November 1942 die Schlacht als weitgehend gewonnen darstellte. Stattdessen wurden die deutschen Truppen und ihre Verbündeten am 19. November 1942 durch die sowjetische Gegenoffensive „Operation Uranus“ eingekesselt. Ein deutscher Entsatzversuch mit dem „Unternehmen Wintergewitter“ scheiterte. **Am 31. Januar 1943 (Südkessel unter Gen. Paulus), und 2. Februar 1943 (Nordkessel unter General Karl**

Strecker) stellten die Reste der Sechsten Armee unter Generalfeldmarschall Friedrich Paulus die Kampfhandlungen ein. Um die 108'000 deutsche und verbündete Soldaten gingen in Gefangenschaft. Während der Kämpfe wurde die Stadt nahezu vollständig zerstört. Die Stadt heißt heute Wolgograd. Vor 1925 hieß sie Zarizyn.

- In Russland wird dieser Tage an den 80. Jahrestag des Sieges der Roten Armee bei Stalingrad erinnert. Bei einer Podiumsdiskussion appellierte der Enkel des früheren französischen Präsidenten Charles de Gaulle, Pierre, Frankreich müsse sich für Frieden und Verständigung mit Russland einsetzen. RT.ru

- Der Kreml unterstützt russische Initiativen zur Zahlung von **Prämien für die Erbeutung oder Zerstörung schwerer Waffen aus NATO-Staaten** in der Ukraine. Solche Sonderzahlungen könnten die Soldaten noch weiter anspornen, sagte Kreml-Sprecher Dmitri Peskow heute. Es wird eine Prämie von drei Millionen Rubel (rund 39'000 Euro) für jeden eroberten deutschen oder US-amerikanischen Panzer in der Ukraine angekündigt. ORF.at

- **Wladimir Wladimirowitsch** muss jetzt zeigen, was er kann. Bis vor kurzem galt er als einer der fähigsten und bescheidensten Politiker der Welt. Er wurde am 7. Oktober 1952 in Leningrad geboren. Seine Eltern waren einfache Leute. Schon als Kind träumte er vom KGB. Schon während seiner Ausbildung trat er diesem bei. 1975 promovierte er an der Uni in Leningrad zum Juristen. Erst nachdem er eine Flugbegleiterin, Ludmila Alexandrowna Schkrebnewa, heiratete, durfte er ins Ausland. Während seiner Dienstzeit in der DDR, vor allem in Dresden, verbesserte er seine Deutschkenntnisse. 1985 und 1986 wurden seine beiden Töchter Marie und Ekaterina geboren. Nach der Wende kehrte er nach Leningrad zurück, wo er in der Stadtverwaltung arbeitete. Er lernte Boris Jelzin kennen, der ihn zu seinem Kronprinzen machte und dem er als Präsident nachfolgte. Es war eine schwierige Zeit nach dem Zusammenbruch 1991. Es herrschte Hunger und Not im ganzen Land. Jelzins Auflösung der UdssR nannte er einen großen Fehler, denn er machte alle von den USA der UdssR gegebenen Versprechen zunichte. Er gab sich viel Mühe das gesamte Gebiet der Union zusammenzuhalten in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten. Die drei baltischen Staaten waren schon abgesprungen. Finnland [? Anm. Red.] war schon früher ausgeschieden. Der Georgier Saakaschwili arbeitete an einem Austritt Georgiens. Auch in der Ukraine wurden Stimmen laut. Man hatte versucht die Gebiete, wo 10 Mio ethnische Russen leben an Russland anzuschließen, doch die Ukraine verhinderte dies. Die Krim wollte unabhängig sein von der Ukraine und von Russland, doch wurde sie gewaltsam an die Ukraine angeschlossen. (Bis 1953 hatte die Krim immer zu Russland gehört.) Es leben dort kaum Ukrainer. Auch kämpfte Putin gegen die Korruption und die mächtigen Oligarchen. Putins politische Karriere erhielt als Beauftragter im Zweiten Tschetschenienkrieg einen Schub. Ein Teil der von Achmad Kadyrows angeführten tschetschenischen Separatisten lief nach Russland über, und Kadyrow wurde von Putin zum Leiter der tschetschenischen Verwaltung ernannt. Putins harte Haltung in dieser Frage hat für wachsende Popularität bei der Bevölkerung gesorgt. Nach dem Gewinn der Präsidentschaftswahlen am 26. März 2000 wurde Putin am 7. Mai Präsident, und wiedergewählt am 14. März 2004 für die Zeit bis zum 7. Mai 2008. Putin unterhält enge Beziehungen zur russisch-orthodoxen Kirche. Als eine seiner Errungenschaften betrachtet er die Vereinigung der russisch-orthodoxen Exil- und der Urkirche im Mai 2007, wo ihn das Time Magazine zur Person des Jahres kürte. Putin ist ein aktiver Athlet. Er trat oft im Fernsehen bei verschiedenen sportlichen Aktivitäten wie Angeln, Schießen und Judo auf. Als Abstinenzler wurde er zum Vorbild für viele Russen. Putin hat gute Beziehungen zu anderen Staatsmännern aufgebaut. Seit Mai 2008 gab es große Diskussionen über seine Nachfolge. Kandidaten waren zum Beispiel Sergej Iwanow oder Ministerpräsident Viktor Zubkow. sein Nachfolger wurde schließlich der stellvertretende Ministerpräsident Dmitri Medwedew, sein langjähriger Mitarbeiter in St. Petersburg. Medwedew bat Putin, am Ende seiner Amtszeit als Präsident Russlands Ministerpräsident zu werden. Putin selbst führte seine politische Partei «Einiges Russland» in die Parlamentswahlen im Dezember, die die

Partei mit respektablen 63,5 % der Stimmen gewann. Putin hat die Repressionen des stalinistischen Regimes, die Millionen von Menschenleben forderten, immer wieder sehr negativ wahrgenommen, als er beispielsweise 2009 erklärte: „Es gab Repressionen – das ist eine Tatsache. Und Millionen unserer Mitbürger haben darunter gelitten.“ Von 2008 bis 2012 bekleidete er das Amt des Premierministers. Seit dem 7. Mai 2012 ist er wieder Präsident der Russischen Föderation. Unter seiner Herrschaft kam Russland aus seiner 15-jährigen Wirtschaftskrise heraus. Es war nicht möglich, alle Probleme zu lösen, die die russische Wirtschaft unter Boris Jelzin plagten, aber man korrigierte einige der chronischen Mängel. Die Spannungen zwischen der Russischen Föderation und den USA nahmen im Juni 2013 zu, nachdem **Edward Snowden in Russland** Zuflucht gesucht hatte. Auch nach dem Ausbruch des Bürgerkriegs in Syrien wurden unterschiedliche Ansichten laut – Putin argumentierte daraufhin in einem Kommentar für die „New York Times“. Chemiewaffen wurden nie von der syrischen Armee eingesetzt, sondern von den Oppositionskräften. **Nachdem der demokratisch gewählte ukrainische Präsident Wiktor Janukowitsch am 22. Februar 2014 verfassungswidrig seines Amtes enthoben worden war und nach Morddrohungen in der Ukraine nach Russland geflohen war, weigerte sich Putin, die Legitimität der neu gegründeten ukrainischen Regierung anzuerkennen.** Der frühere US Außenminister Henry Kissinger, in der Nixon-Regierung, analysierte diese Beziehungen zu Beginn der Krim-Krise 2014 wie folgt: «Der Westen muss verstehen, dass die Ukraine niemals nur ein fremdes Land für Russland sein kann. Die russische Geschichte begann in der sogenannten Kiewer Rus. Die russische Religion hat dort ihren Ursprung ... Die Ukraine war seit Jahrhunderten ein Teil Russlands, und in ihrer Geschichte waren sie bereits miteinander verflochten ... Mehrere der wichtigsten Schlachten für die russische Freiheit, beginnend mit der Schlacht von Poltawa im Jahr 1709, wurden auf ukrainischem Boden ausgetragen. Die Schwarzmeerflotte hat ihren Stützpunkt in Sewastopol auf der Krim, mit einem langfristigen Pachtvertrag bis 2042 ... Der Westen und Russland handeln nicht nach diesen Prinzipien und verschlimmern die Situation. **Für den Westen ist es keine Politik, Putin zu dämonisieren.**“ In der Nacht vom 22. auf den 23. Februar befahl Putin den russischen Sicherheitskräften, die Besetzung der Krim vorzubereiten. Im März 2014 besetzten pro-russische Milizen das Territorium der autonomen Region. Danach wurde ein international überwacht Referendum abgehalten [?], auf dessen Grundlage die Krim ihre Unabhängigkeit erklärte und um Aufnahme in die Russische Föderation bat. Am 18. Mai 2014 erklärte Putin, dass die Krim schon immer Teil Russlands gewesen sei, und stimmte anschließend der Annexion der Krim durch die Russische Föderation zu. Dies führte zur Ausrufung prorussischer Volksrepubliken im Donbass. Zeugenaussagen zufolge begann Russland die Separatisten in der Ostukraine aktiv bei ihren Bemühungen um die Schaffung des Neuen Russlands zu unterstützen. Im Juni 2015 wies Putin Spekulationen, wonach Russland plane, in die ehemaligen baltischen Republiken, Moldowa oder andere Staaten einzumarschieren, entschieden zurück. Er beschuldigte die Vereinigten Staaten diese Ängste zu schüren. Im Januar 2016 kritisierte Putin bei einem Treffen mit seinen Anhängern in Stawropol Lenin und die Bolschewistische Partei. Gleichzeitig erklärte er, dass ihm die kommunistischen und sozialistischen Ideen einer „gleichen und gerechten Gesellschaft“, die ihn in ihrem geistigen Gehalt an die Bibel erinnern, immer noch gefallen und er weiterhin Parteilegitimität behalte. Putin enthüllte am 30. Oktober 2017 in Moskau ein Denkmal für die Opfer von Stalins großer Säuberung. Putin hat wiederholt stalinistische Repressionen verurteilt, sieht aber gleichzeitig den sowjetischen Sieg von Stalin im Zweiten Weltkrieg als eine Frage des Überlebens der russischen Nation. Putin wurde bei den Wahlen im März 2018 für eine 4. Amtszeit von sechs Jahren bis 2024 im Amt des Präsidenten der Russischen Föderation bestätigt. Nach dem Rücktritt der russischen Regierung und ihres Vorsitzenden Dmitri Medwedew ernannte Putin am 16. 1. 2020 den Leiter des Steuerdienstes, Michail Mischustin, zum Ministerpräsidenten. Medwedew wurde stellvertretender Vorsitzender des Staatssicherheitsrates, dessen Vorsitzender Putin selbst ist. Ein Referendum über Verfassungsänderungen fand am 1. Juli 2020 statt. In einer

Volksabstimmung stimmten die Wähler den vorgeschlagenen Verfassungsänderungen mit 77 % der Stimmen zu. Diese Änderungen ermöglichen es Putin bei den Wahlen 2024 und 2030 anzutreten. Auch über obligatorische Rentenerhöhungen und einen Mindestlohn über dem Existenzminimum wurde abgestimmt. Die Wähler stimmten allem zu. Nach einem besonders heftigen ukrainischen Angriff auf die Volksrepubliken am Donbass, ersuchten diese um Hilfe. Russland erklärte eine militärische Spezialoperation. Doch für die NATO ist Russland der Aggressor, der mit Sanktionen zu bestrafen ist. Die Ukraine, wo der Nationalsozialist Stepan Bandera wieder verehrt wird mit Gedenktagen und Denkmälern, wird mit Waffen im Werte von zig Milliarden vom Westen beschenkt. Da die Ukraine angeblich für ganz Europa kämpft, werden diese Länder gepfefferte Rechnungen zahlen müssen. VESTI.ru

Schweiz – Der Zürcher Gemeinderat hat am Mittwochabend Ja gesagt zur Einführung eines **Mindestlohns von 23.90 Franken pro Stunde**. Das wäre der schweizweit höchste Mindestlohn. Das Stadtparlament hieß den angepassten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ein Lohn zum Leben» gut. Das Thema dürfte aber noch vors Volk kommen: Die FDP hat bereits das Referendum angekündigt. Der Mindestlohn käme rund 17'000 Menschen in Zürich zugute. Denn sie verdienen mit einem Vollzeitpensum weit weniger als 4000 Franken. Laut dem Hilfswerk Caritas sind es zu zwei Dritteln Frauen, viele sind alleinerziehend und in Tieflohnbranchen wie Reinigung und Gastronomie tätig. Der Kanton Neuenburg hat 2017 als erster Kanton den Mindestlohn eingeführt. Weitere Kantone sind Jura, Tessin, Genf und Basel-Stadt. Die Kantone Bern, St. Gallen, Thurgau und Schaffhausen haben zu einem kantonalen Mindestlohn Nein gesagt. Im eidgenössischen Parlament ist ein Vorstoß hängig: Dieser fordert, dass kantonale Mindestlohnregelungen verboten werden. Die EU-Regierungen haben sich im Sommer 2022 auf eine Mindestlohnrichtlinie geeinigt. Davon würden europaweit 24 Millionen Beschäftigte profitieren. Deutschland zählt in der EU zu den Ländern mit vergleichsweise hohem Mindestlohn. Die seit Jahresanfang geltenden 9.82 Euro pro Stunde entsprechen bei einer Vollzeitstelle 1621 Euro brutto im Monat. Höhere Mindestlöhne werden demnach etwa in Luxemburg (2257 Euro), Irland (1775 Euro) oder den Niederlanden (1725 Euro) gezahlt.

- Sollen andere Länder Schweizer Waffen an die Ukraine weitergeben? Alt Bundesrat Christoph Blocher (SVP) warnt vor den Folgen. **Schweizer Waffen dürfen nicht in die Ukraine gelangen.** SRF.ch

Ukraine – Laut einem Bericht der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) setzt die Ukraine im Krieg **Schmetterlingsminen** ein – Minen, die sich gegen Menschen richten. Und dies, obwohl die Ukraine ein internationales Abkommen unterzeichnet hat, das deren Einsatz verbietet. Die Ukraine hat bisher nicht auf die Vorwürfe reagiert. Schmetterlingsminen sind kleine Minen, die in großer Zahl abgeworfen werden. Sie werden wegen ihrer Schmetterlingsform oft nicht als Minen erkannt. Zum Beispiel von Kindern werden sie oft als Spielzeug identifiziert, die sie aufheben und Opfer einer Explosion werden. Die grünen Minen sind schwierig zu erkennen, und gehen zum Beispiel in einem Gebüsch unter. SRF.ch

- Am Mittwoch, zwei Tage vor dem EU-Ukraine-Gipfel, hat Österreichs Bundespräsident Alexander Van der Bellen den ukrainischen Präsidenten Selenski in Kiew getroffen und der Ukraine weitere Unterstützung zugesagt. Selenski bedankte sich für die humanitäre Hilfe Österreichs, übte aber auch Kritik. So sei es Selenski zufolge inakzeptabel, dass Raiffeisen International (RBI) Soldaten in Russland Kreditstundungen gewähre. Es könnte sein Land auch andere Produkte, etwa zur Drohnenabwehr, benötigen. Außerdem könnte Österreich Hilfe bei der Entminung leisten. Immer noch würden in seinem Land Menschen bei der Explosion von Minen ums Leben kommen, die von den Russen gelegt worden seien, sagte Selenski. Van der Bellen sagte jedoch, er denke nicht, dass eine Beteiligung des Bundesheers an Entminung in einem Kriegsgebiet mit der Neutralität vereinbar sei.

- Am EU Gipfel in Kiew schließt es der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell nicht aus, dass es trotz der derzeit zurückhaltenden Position von Ländern wie Deutschland und den USA zu einer Lieferung von **Kampfflugzeugen** an die Ukraine kommen wird. ORF.at
- **Die jüngste US-Waffenlieferung an die Ukraine umfasst Raketen mit einer Reichweite von 150 Kilometern.** Die derzeit in der Ukraine eingesetzten Raketen können Ziele in einer Entfernung von bis zu 80 Kilometern treffen. Das Weiße Haus lehnte eine Stellungnahme ab. Die GLSDB (Ground-Launched Small Diameter Bomb) ist eine in Amerika und Schweden hergestellte GPS-gelenkte Rakete. Es kann eine Sprengladung von etwa 250 Pfund mit großer Präzision auf ein Ziel richten. Wie die Raketen, die die Ukraine jetzt stationiert, kann die GLSDB vom Himars-Startsystem abgefeuert werden. Die US-Regierung wird voraussichtlich diese Woche ihre Entscheidung bekannt geben, Langstreckenraketen in die Ukraine zu schicken. Es ist nicht bekannt, wann die Ukraine Zugang zu der neuen Waffe haben wird. Laut Wall Street Journal hat Boeing die Rakete auf Lager. Die neuen Raketen ermöglichen es der Ukraine, weiter hinter den russischen Linien zuzuschlagen, etwa um Nachschub und Truppennachschub zu unterbrechen. NOS.nl

Ungarn – Laut Transparency International war Ungarn im Jahr 2022 das korrupteste Land der EU. Laut dem Korruptionsindex (CPI) von Transparency International liegt Ungarn weltweit auf Platz 77, gleichrangig mit Burkina Faso und Kuwait. „Es ist interessant, dass Transparency International nicht die Brüsseler Bürokratie oder das Europäische Parlament untersucht hat, sie wurden irgendwie aus der Liste herausgelassen. Transparency International ist Mitglied des Soros-Netzwerks, das tief in den Korruptionsskandal der Dollar-Linken und den jüngsten Korruptionsskandal in Brüssel verwickelt ist. Dasselbe Netzwerk finanziert die Kampagne der ungarischen und internationalen Linken und bedient sie mit all ihren Lügenberichten,“ hieß es aus dem Büro des Premierministers Viktor Orbán. KR.hu

USA – Nach über 50 Jahren: Der letzte Jumbo-Jet ist ausgeliefert. Der US-Flugzeugbauer Boeing hat seinen letzten Jumbo-Jet vom Typ 747 an den Kunden Atlas Air übergeben. Im Boeing-Werk in Everett bei Seattle feierte das Unternehmen den Abschied der «Königin der Lüfte». Vorstand Stan Deal sprach dabei von einem «Flugzeug, das die Welt für immer veränderte». SRF.ch

- Die frühere US-amerikanische UNO-Botschafterin Nikki Haley will übereinstimmenden Medienberichten zufolge in Kürze ihre Kandidatur für die Präsidentschaftswahl 2024 bekanntgeben. Bei einer Veranstaltung in Charleston im US-Bundesstaat South Carolina am 15. Februar werde die Republikanerin ihre Kandidatur offiziell ankündigen.
- Die Denkfabrik RAND hat einen Bericht veröffentlicht, wonach eine Ausweitung des Ukraine-Konflikts den USA weit mehr Nachteile als Vorteile bringen wird. Deshalb raten die Experten den US-Führern, Kiew zu drängen, Verhandlungen mit Moskau aufzunehmen und die **Neutralität der Ukraine** zu garantieren. Die RAND Corporation ist eine amerikanische Denkfabrik, die 1946 von der United States Air Force im Auftrag der Douglas Aircraft Company gegründet wurde. Im Mai 1948 wurde RAND eine unabhängige gemeinnützige Organisation. Das Akronym RAND ist eine Abkürzung für Forschung und Entwicklung. [KFAR.us](https://www.rand.org)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 03.02.2023

Afghanistan – Die Zahl der Todesopfer durch extreme Kälte steigt auf mindestens 166. Seit mehr als zwei Wochen kämpft ein Großteil des Landes mit Schneestürmen und Temperaturen von bis zu minus-33 Grad. NOS.nl

Argentinien – Argentinien und Lateinamerika denken nicht daran, Waffen an die Ukraine oder irgendein anderes Land in einem Konflikt zu schicken.“ Kanzler Scholz ist nach Südamerika gereist, um Projekte in Bereichen Energie, Rohstoffe und Klimaschutz zu vereinbaren. Seine erste Station Argentinien nutzte er, um für das Freihandelsabkommen zwischen EU und Mercosur zu werben, und es geht um **Waffen für die Ukraine**. DW.de

Australien – Die Regierung will Indigenen ein Mitspracherecht bei der Gesetzgebung einräumen. Doch das Vorhaben stößt auf Skepsis – auch unter Aborigines. Noch dieses Jahr soll in Australien eine Verfassungsänderung zur Abstimmung kommen. Das Referendum gilt als eines der wichtigsten Vorhaben der im Mai gewählten links-liberalen Labor-Regierung. Ihr Ziel: Australiens Aborigines sollen ein Recht auf Mitsprache erhalten, wenn sie von einem neuen Gesetz betroffen sind. «Die Lebensrealität für Aborigines, da sind sich alle einig, ist nicht gut. Wir haben die Verantwortung, das zu ändern», so Linda Burney. Sie ist Ministerin für indigene Angelegenheiten in der australischen Regierung und für das Referendum federführend verantwortlich. «Ich glaube, dass das Mitspracherecht, über das wir abstimmen werden, Verbesserungen bringen wird», zeigt sich Linda Burney überzeugt. Indigene Vertreter könnten so ihre Perspektive bei Programmen, die Aborigines betreffen, einbringen. Dies stelle sicher, dass die Programme gut seien, tatsächlich funktionierten und die Lebensrealität verbesserten, so Burney. Trotzdem ist das Referendum unter Aborigines alles andere als unumstritten. Das liegt nicht zuletzt daran, dass das Misstrauen gegenüber dem australischen Staat und seinen Vorhaben bei vielen australischen Ureinwohnern nach Dekaden der Ausbeutung und Entrechtung tief verankert ist. In der Zelt-Botschaft in Canberra, in der indigene Aktivisten seit über 50 Jahren für mehr Rechte protestieren, sieht man das Referendum mit Argwohn. Murriguel Coe, der Sohn einer der Gründer der Zelt-Botschaft, lehnt das Referendum strikt ab. Anstatt auf Privilegien zu warten, die der australische Staat den Aborigines zugesteht, sollten Aborigines aller Stämme ihr Schicksal gemeinsam in die Hand nehmen, glaubt Coe. Statt auf Fortschritt in kleinen Dosen setzt er auf Fundamental-Opposition gegen das System. Beim Referendum will er deshalb «Nein» stimmen. Wird das Referendum angenommen, wäre es das erste Mal, dass die australischen Ureinwohner in der Verfassung Erwähnung finden. Eine solche Anerkennung wird seit Jahren als symbolischer Meilenstein für Aborigines diskutiert. Der Widerstand, der sich auch in den Reihen der Aborigines gegen das Referendum regt, zeigt aber, wie schwierig der Kampf um mehr Rechte für Australiens Ureinwohner ist.

- Behörden in Westaustralien haben **wegen radioaktiver Gefahr Alarm** geschlagen. Sie suchen nach einem Silberröhrchen, das den hochradioaktiven Stoff Cäsium-137 enthält. Das Rohr ist Teil eines Messgeräts für den Bergbau. Das Messgerät wurde am 10. Januar für den Transport nach Perth verpackt. Zwei Wochen später wurde bei einer Inspektion festgestellt, dass das Instrument nicht mehr vollständig war. Vermutlich brach es beim Transport ab und fiel durch ein Loch im Container. Auf einer Strecke von 1200 Kilometern wird gesucht. Die radioaktive Röhre ist 8 Millimeter mal 6 Millimeter winzig. Die Kapsel sende „eine ordentliche Menge Strahlung. Das Bergbauunternehmen Rio Tinto bestätigte, dass die Kapsel aus einer seiner Minen stammt. Sie emittiert gefährliche Beta- und Gammastrahlen. SRF.ch

China – China hat die **Vereinigten Staaten für den Krieg in der Ukraine verantwortlich** gemacht. «**Die USA sind diejenigen, die die Ukraine-Krise ausgelöst haben**», sagte die

Sprecherin des chinesischen Außenministeriums Mao Ning am Montag vor der Presse in Peking. Sie seien es auch die die Krise anfachen». Indem die USA schwere und offensive Waffen an die Ukraine lieferten, verlängerten und verstärkten sie den Konflikt. Die Volksrepublik China hat Russlands Vorgehen nie verurteilt. Die Zuweisung der Verantwortung für den Ukraine-Krieg erfolgte nur wenige Tage vor einem Besuch des US-Außenministers Antony Blinken. Er wird am Sonntag und Montag in Peking erwartet. Die Sprecherin warnte die USA, einerseits über Kommunikation und Zusammenarbeit mit China zu reden, aber sich gleichzeitig in innere Angelegenheiten einzumischen. SRF.ch

Cisjordanien – Es ist eine der **blutigsten Eskalationen** im Westjordanland seit rund 20 Jahren: Das israelische Militär ist am Donnerstagabend in ein Flüchtlingslager in Dschenin eingedrungen, um einen Terroranschlag zu verhindern. Dabei sind neun Menschen ums Leben gekommen, zwei Dutzend wurden verletzt. Die palästinensische Regierung hat drei Trauertage angeordnet. Die Reaktion folgte prompt: Militante Palästinenser feuerten fünf Raketen auf Israel ab, dieses bombardierte daraufhin eine unterirdische Produktionsstätte für Militärraketen der Hamas im Gasastreifen. Laut Medienberichten muss man sich auf eine Eskalation des Konflikts zwischen Israelis und Palästinensern einstellen. Die Fronten im **75 Jahre alten Nahost-Konflikt** sind verhärtet. SRF.ch

Deutschland – Das 49-Euro-Ticket soll ab Mai kommen.

- Lange Beine, ein löffelförmiger Schnabel und mehr als 400 teils hakenförmige Zähne – Wissenschaftler haben in einem Steinbruch im deutschen Oberfranken eine neue Flugsaurierart entdeckt. Das internationale Forscherteam hat ihm den wissenschaftlichen Namen «Balaenognathus maeuseri» gegeben – Wal-Kiefer. Das teilte das Naturkundemuseum Bamberg mit, wo das Skelett des Flugsauriers zu sehen ist. Der Name spiele darauf an, dass der Saurier seine Nahrung vermutlich wie ein Bartenwal aus dem Wasser filterte. SRF.ch

- Der deutsche Kanzler Olaf Scholz will weiterhin versuchen, in direkten Gesprächen mit dem Kreml-Chef Wladimir Putin auf ein Ende des Krieges gegen die Ukraine hinzuwirken. ORF.at

Frankreich – Weltraumschrott besteht aus Weltraumgegenständen, die nicht mehr funktionieren, sich aber noch immer in der Erdumlaufbahn befinden. Die ESA in Paris zählte im Dezember 2022 rund 9'780 Satelliten im All, davon sind ungefähr 2700 nicht mehr funktionstüchtig. Außerdem befanden sich zu diesem Zeitpunkt rund 36'500 Objekte in der Umlaufbahn der Erde, die größer sind als 10 cm. Die ESA zählte zudem eine Million Objekte in der Größe von 1 cm bis 10 cm und gar 130 Millionen Objekte, die bis 1 cm groß sind. Wie ist es zu so viel Schrott gekommen? Einerseits werden mit jedem Raketenstart auch unnütze Teile mit ins All geschossen, etwa Raketenstufen. Diese schützen den Satelliten während des Fluges und geben ihn frei, sobald die Rakete am richtigen Ort angelangt ist. Danach schwebt die Raketenstufe als Müll durch das All. Den Großteil der Schrottteile stammt allerdings von zwei Kollisionen. Einerseits hat China 2007 bewusst mit einer Rakete einen ausrangierten Wetter-Satelliten abgeschossen. Das Vorhaben funktionierte, sowohl Satellit als auch Rakete zersplitterten aber in Tausende Teile. Außerdem kam es 2009 zu einem nicht gewollten Zusammenstoß: Der US-Satellit Iridium 33 kollidierte mit dem russischen Satelliten Cosmos 2251, der nicht mehr umgelenkt werden konnte. Die beiden Unfälle sind Grund für gut 17'000 große Trümmerteile. Warum ist das problematisch? **Weltraumschrott** fliegt mit fast 30'000 km/h durch den Orbit. Je mehr Trümmerteile im All sind, umso größer ist die Gefahr von Kollisionen. Schon kleine Teile können bei einem Zusammenstoß mit einem Satelliten diesen beschädigen oder gar zerstören und somit weiteren Schrott produzieren. Das löst eine Kettenreaktion aus. Objekte, die grösser sind als 5 cm, werden von einem amerikanischen Überwachungssystem kontinuierlich beobachtet. Dadurch können andere Satelliten den Trümmerteilen rechtzeitig ausweichen.

Die ESA schätzt, dass bis 2038 jede fünfte Rakete ihre Mission wegen der Verschmutzung nicht erfüllen kann.

- 2021 hat das Schweizer Parlament Ja zur Beteiligung der Schweiz am französischen Spionage-Satellitensystem CSO gesagt. Dafür sprachen die Politiker mehr als 100 Millionen Franken. Insgesamt besteht es aus drei Satelliten, zwei davon sind bereits im Weltall. Diese wurden mit russischen Sojus-Raketen transportiert. Der dritte Satellit hätte schon letztes Jahr folgen sollen. Es gelang noch nicht diesen mit einer Ariane-6 Rakete zu befördern. SRF.ch

Griechenland – Die Behörden haben angekündigt, so lange kämpfen zu wollen, bis sie das volle Eigentum an den wertvollen Skulpturen bekommen. Ursprünglich zierte der Fries die obere Außenwand des 2500 Jahre alten Parthenon-Tempels auf der Akropolis in Athen. Der griechische Staat fordert vom Vereinigten Königreich seit fast zwei Jahrhunderten die Rückgabe des Teils des Parthenon-Frieses, der im British Museum aufbewahrt wird, sowie anderer Elemente der bildhauerischen Dekoration des Parthenon. Vom gesamten heute erhaltenen Fries befinden sich 50 Meter im Akropolismuseum, 80 Meter im Britischen Museum, ein Block im Louvre und mehrere Fragmente sind in den Museen von Palermo, Vatikan, Heidelberg, Wien und München verstreut. SRF.ch

Großbritannien – Britischer Minister Zahawi wegen Steueraffäre entlassen. Premier Sunak begründet den Schritt gegen den Tory-Chef mit einem schwerwiegenden Verstoß gegen den Ministerkodex. Nadhim Zahawi (ناظم الزهراوي) * 25. Juni 1967 in Bagdad, war seit dem 25. Oktober 2022 Minister ohne Geschäftsbereich im Kabinett Sunak, zuvor war er ab dem 6. September 2022 Minister für Gleichstellung und Regierungszusammenarbeit in der Regierung von Liz Truss. In der Regierung von Boris Johnson war er von September 2021 bis Juli 2022 Bildungsminister und von Juli bis September 2022 Finanzminister. Nach einer Steueraffäre entließ ihn Premierminister Sunak am 29. Januar 2023.

- Dem Maler John Craxton fiel in der Auslage des Antiquitätenladens «Denton's» in der Londoner Marylebone Road ein Kronleuchter auf. Er kaufte ihn für 300 Franken. In wenigen Wochen könnte dieser nun im Rahmen einer Auktion für über 8 Millionen Franken versteigert werden. SRF.ch

Irak – Wegen der Koranverbrennungen in Schweden und den Niederlanden, werden Flaggen dieser Länder in den meisten moslemischen Ländern verbrannt. NOS.nl

Iran – Bei einem Anschlag auf die aserbaidische Botschaft in Teheran ist eine Person getötet und zwei weitere verletzt worden. Aserbaidschan hat die Evakuierung seiner Vertretung angekündigt und beschuldigt den Iran, nicht angemessen auf Hinweise zum Anschlag reagiert zu haben. Zwischen beiden Ländern nehmen die Spannungen aus geopolitischen Gründen seit Monaten zu. Der Sicherheitschef der Botschaft getötet und zwei weitere Menschen verletzt, meldet das aserbaidische Außenministerium. Der Angreifer sei später von bereits verwundeten Wachleuten aufgehalten worden. Derweil ließ das iranische Staatsfernsehen Teherans Polizeichef zu Wort kommen. General Hossein Rahimi machte «persönliche und familiäre Probleme» des Angreifers für den Angriff verantwortlich. Ferner sagte der iranische Staatsanwalt Mohammad Shahriari Berichten zufolge, die Frau des Schützen sei im April nach einem Besuch in der Botschaft verschwunden. Die Spannungen zwischen den beiden Ländern wachsen seit Monaten an. Zwischen den beiden Ländern gibt es zunehmende Meinungsverschiedenheiten, da Aserbaidschan und Armenien um die Region Berg-Karabach streiten. Aserbaidschan unterhält zudem auch enge Beziehungen zu Israel, das Teheran als seinen größten regionalen Feind betrachtet.

- Nach vereitemtem Drohnenangriff auf ein Waffendepot bei Isfahan, wurde der ukrainische Botschafter einbestellt. SRF.ch

Israel – Spirale der tödlichen Gewalt. Nach dem tödlichen Terroranschlag auf Besucher einer Synagoge in Ost-Jerusalem hat es einen weiteren Angriff gegeben. Zwei Menschen seien im Stadtteil Silwan durch Schüsse verletzt worden. Den Beamten zufolge bestehe Terror-Verdacht. **Der mutmaßliche Angreifer, ein 13-Jähriger.** In Silwan in Ost-Jerusalem wohnen überwiegend Palästinenser, aber auch israelische Siedler. Israel hatte 1967 das Westjordanland und Ost-Jerusalem erobert. Insgesamt leben dort heute mehr als 600'000 israelische Siedler. Die Palästinenser beanspruchen die Gebiete für einen unabhängigen Staat Palästina mit dem arabisch geprägten Ostteil Jerusalems als Hauptstadt. In einer anderen israelischen Siedlung in Ost-Jerusalem hatte ein Angreifer am Freitagabend auf Besucher einer Synagoge geschossen. Sieben Menschen starben, mehrere wurden verletzt. Ob beide Angriffe in Zusammenhang standen, ist noch unklar. **Israels Bürger sollen ab sofort leichter an Waffen kommen.** Gemäß den neuesten Maßnahmen soll das Haus der Familie eines Palästinensers zerstört werden, wenn er einen Juden verletzt. Bisher galt die Zerstörung durch israelische Sicherheitskräfte bei einem tödlichen Anschlag. Die Familie des Angreifers wird zudem von der Sozialhilfe ausgeschlossen. Wer mutmaßlich Terrorismus unterstützt, darf nicht mehr arbeiten. Palästinensische Angreifer in Israel sollen in die besetzten palästinensischen Autonomiegebiete deportiert werden und ihren Aufenthaltsstatus in Israel verlieren. Außerdem sollen Israelis leichter an Waffen kommen. Nicht ein Gericht soll über die Terrorgesinnung entscheiden, sondern die Politik. Der Kern der Gesellschaften im Nahen Osten seien die Familie und die Stämme, erklärt Ausländredaktorin Brunner. «Die Sippenhaft im Fall von Attentätern zielt auf Abschreckung. Die Idee basiert darauf, dass es sich ein potenzieller Attentäter zweimal überlegt, wenn er weiß, dass seine ganze Familie obdachlos wird. Nur: Ein moderner Rechtsstaat bedient sich nicht der **Sippenhaft.**» Familien von mutmaßlichen Attentätern verlieren ihr Haus. **Für die Zerstörung müssen sie auch noch bezahlen.** Sie haben keinen Ort, wo sie hingehen können, denn Palästinenser bekommen kaum Baubewilligungen. Einzeltäter sollen von jedermann erschossen werden, noch bevor die Polizei am Tatort eintrifft. SRF.ch

Kroatien – Präsident Zoran Milanović hat in seiner Rede bei der Entsendung des neuen Kontingents der kroatischen Armee zur NATO-Mission in Litauen angegeben, er sei dagegen, tödliche Waffen in die Ukraine zu schicken, weil dadurch der Krieg verlängert werde. Die Pazifisten von gestern und Friedenskämpfer im Westen wollten sich „an fremdem Blut betrinken“, ohne sich aber persönlich in Gefahr zu begeben, hieß es. Milanović stellte klar: „**Was wir als kollektiver Westen in der Ukraine tun, ist zutiefst unmoralisch.**“ HR.hr

Libyen – Beim Besuch einer Delegation mit Ministerpräsidentin Giorgia Meloni in Tripolis wurde ein Vertrag über 7.36 Milliarden Euro unterzeichnet. Demnach wollen Italiens größter Gasimporteure Eni und der staatliche libysche Ölkonzern NOC bis 2026 zwei Gasfelder nordwestlich von Tripolis erschließen, aus denen bis zu 21 Millionen Kubikmeter Erdgas täglich geholt werden sollen. SRF.ch

Liechtenstein – Die Lichtensteiner haben in einer Volksabstimmung mit überwältigender Mehrheit gegen ein Spielbankverbot gestimmt. 73 % der Wähler waren gegen ein Verbot. Der Zwergstaat hat 40'000 Einwohner und sechs Casinos. Aus diesem Grund wird das Land auch das „**Las Vegas der Alpen**“ genannt. Gemäß Gegnern der Spielbanken, die sich in der IG Volksmeinung zusammengeschlossen hatten, führt der Glücksspielsektor zu einem negativen Image Liechtensteins im Ausland. Der Staat war jahrelang als Steueroase bekannt. Die Regierung widersetzte sich einem Verbot. Die Spielpaläste sind laut Kabinett eine wichtige Einnahmequelle. NOS.nl

Madagaskar – Mehr als 73'000 Menschen waren von den starken Regenfällen und den anschließenden **Überschwemmungen** betroffen, teilten die Behörden mit. NOS.nl

Neuseeland – Starker Regen in Neuseeland. Auckland steht teils unter Wasser. Die Bürger sind aufgefordert worden, sich in Sicherheit zu bringen. SRF.ch

Niederlande – Es gibt ein klares Muster, dass eine kleine Gruppe chinesischer Unternehmen niederländische Chips bezieht und sie Monat für Monat nach Russland exportiert. Eines dieser Unternehmen steht auf der US-Sanktionsliste für Lieferungen an die russische Rüstungsindustrie. Trotz der immer strengeren Sanktionen war in den letzten Monaten kein Rückgang der Exporte zu erkennen. Die niederländischen Chips, die nach Russland gehen, stammen hauptsächlich von großen Chipherstellern wie NXP aus Eindhoven und Nexperia aus Nimwegen. Experten weisen darauf hin, dass die Due Diligence zwar Leitlinien vorgibt, die EU-Richtlinien aber keine rechtliche Verpflichtung enthalten. Due Diligence (DD) ist der Anglizismus für eine sorgfältige Prüfung. ASML in Veldhoven behauptete im Februar 2007, dass seine Systeme die kleinsten Bilder auf Silizium erzeugen könnten: 37 Nanometer. ASML verwendet die Immersions-Lithographie. Inzwischen wurden neue Maschinen auf Basis von EUV (extrem-Ultraviolettlicht) verkauft, was noch feinere Details ermöglicht. 2016 wurden vier Maschinen ausgeliefert, 2017 weitere 10. Die **Maschinen kosten jeweils rund 100 Millionen Euro**. Nun ist das Nachfolgesystem bekannt: High-NA, ein Gerät, das bis zu 3 Nanometer lithographieren kann. Das System soll 2024 auf den Markt kommen. Es ist nicht klar, ob ASML sofort aufhören kann, Geräte nach China zu verkaufen, es sei denn, die USA wollen Schadensersatz in Milliardenhöhe zahlen. China wird lernen, wie es die Halbleiterproduktionsausrüstung selbst herstellt, wenn es aufgrund der von den USA verhängten Sanktionen nicht importieren darf, fürchtet ASML. Bis Klarheit herrscht, dürften Exporte nach China fortgesetzt werden. Ob China Ausrüstungen an Russland verkauft, ist nicht klar. In drei Ländern sind die wichtigsten Unternehmen angesiedelt, die Anlagen zur Herstellung von Chips produzieren, darunter ASML, Tokyo Electron und Applied Materials USA.

- Kurz vor dem Beitritt der Krim zu Russland wurden Kunstwerke aus den Museen der Halbinsel für eine Ausstellung nach Amsterdam gebracht. Später weigerte man sich, sie zurückzugeben. Der jahrelange Rechtsstreit könnte nun mit der Übergabe der Schätze an Kiew enden. NOS.nl

Norwegen – Vor der Küste Norwegens lagern größere Mengen Rohstoffe wie Kupfer, Kobalt und Seltene Erden. Das teilte die norwegische Erdöl-Direktion (NPD) mit. Es brauche jedoch weitere Untersuchungen, um abschätzen zu können, wie viel der Materialien gefördert werden könnten. Den Schätzungen zufolge könnten unterm Meeresboden 38 Millionen Tonnen Kupfer lagern, etwa die doppelte Menge, die derzeit jährlich abgebaut wird. Zudem werden 45 Millionen Tonnen Zink vermutet. Außerdem wird von 1.7 Millionen Tonnen Cer ausgegangen, das zu den Seltenen Erden gehört. SRF.ch

Österreich – Das Bundesland Niederösterreich hat am Sonntag gewählt. Dabei erlitt die regierende ÖVP eine Schlappe. Sie erreichte nur noch 39.9 % der Stimmen. Das sind 10 %-Punkte weniger als bei der letzten Wahl. Dagegen feierte die rechte FPÖ einen Wahlerfolg. Für die Sozialdemokraten aber heißt das: Sie stagnieren, können also nicht vom massiven Stimmenverlust der ÖVP profitieren. Pamela Rendi-Wagner, die SPÖ-Chefin in Wien, ist wenig populär und parteiintern umstritten. Ihr Sitz wackelt nun noch stärker. Die SPÖ könnte bald in eine Krise schlittern. SRF.ch

- Die vor einem Jahrtausend – zwischen 950 und 1150 – gefertigte Reichskrone, mit der über Jahrhunderte hinweg die Könige und Kaiser des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation gekrönt wurden, ist voller biblischer Symbolik und gibt immer noch viele Rätsel auf. Für Studien bittet das KHM um Spenden. KHM-Museumsverband, IBAN: AT70 6000 0005 1014 1679, Verwendungszweck: „Spende Crown“. ORF.at

Pakistan – Taliban möchten an die Macht. Bei einem mutmaßlichen Anschlag auf eine Moschee sind in Pakistan mindestens 30 Menschen getötet worden. Ein Sprecher der Polizei berichtete der Deutschen Presse-Agentur zudem von rund 150 Verletzten – mehrere davon seien in kritischem Zustand in Spitäler gebracht worden. Die Explosion ereignete sich während des Mittagsgebets in der Großstadt Peschawar im Nordwesten des Landes in einer Hochsicherheitszone. SRF.ch

Russland – Der ukrainische Präsident Selenski hatte am Mittwoch einen überraschenden Auftritt im russischen Fernsehen, als digitale Übertragungen bei einem offensichtlichen Hackerangriff in den südwestlichen Regionen des Landes unterbrochen wurden. Fernsehzuschauer in der Region Belgorod sowie auf der Krim berichteten, dass ihr Fernsehen durch eine Ansprache von Selenski unterbrochen wurde, das Ukrainisch sprach. Es dauerte Minuten, bevor die Programme wie geplant fortgesetzt wurden. Beamte der Krim machten einen Hackerangriff für den Vorfall verantwortlich. RT.ru

Schweiz – Die Stromkunden müssen den milliardenschweren Ausbau bezahlen. In Zukunft werden die Stromnetze viel mehr leisten müssen – und das wird teuer für die Kunden.

- **Schwyzer Nüssler.** Der 100-jährige Brauch, dem fast das Gesicht verloren ging. Die Wachsmasken sind das Markenzeichen der Schwyzer Fasnächtler. Ein einzigartiges Handwerk, das nur knapp überlebt hat. Es ist ein Atelier, wie es sonst in ganz Europa nirgends zu finden ist: das Maskenatelier Steiger im schwyzerischen Steinen. Hier werden Wachsmasken hergestellt – Schritt für Schritt und vollständig von Hand. «Mich fasziniert einfach die Kombination der Materialien Wachs und Stoff», sagt Verena Steiger, die das Atelier vor 40 Jahren, damals noch zusammen mit ihrem Mann, übernommen hatte und seither führt.

- Der letzte Betrieb schließt. Aus Appenzell kommt beim Appenzeller nur noch die Vermarktung. Der letzte «Appenzeller» Käsekeller schließt. Der Käse kommt aus den Nachbarkantonen. Die Vermarktung bleibt lokal.

- Fälle von Skabies. Hautkrankheit Krätze kursiert in den Bundesasylzentren.
- Die Apotheken wollen verstärkt eingebunden werden und so Notfallstationen und Hausärzte entlasten.

- **Vor 500 Jahren:** Dass wir heute frei über Politik diskutieren und mitentscheiden, verdanken wir auch der Stadt Zürich. Denn dadurch, dass diese am 29. Januar 1523 die erste Zürcher Disputation einberief, wurden Reformideen nicht länger von Rom «abgekanzelt». Seither werden sie ernsthaft diskutiert. Und am Schluss wird abgestimmt und umgesetzt. Nach der Disputation führte der Rat der Stadt Zürich die Lehre Zwinglis ein. Es war die Geburtsstunde der modernen Debattenkultur. – Im Spätherbst 1522 erschien Luthers «Neues Testament» in Basel als Raubdruck. Zwingli erwarb diese Übersetzung und erklärte am **29. Januar 1523 bei der Eröffnung der Ersten Zürcher Disputation:** «Yetzund ist durch die gnaden Gottes das heilig euangelium und göttlich gschrift in die welt und an das liecht kummen, das man das in latin und tütsch findt.» Doch Luthers Ostmitteldeutsch bereitete den Lesern im schweizerisch-alemannischen Raum Mühe. Das dürfte einer der Gründe sein, warum Zwingli zwischen 1524 und 1529 mit seinem Übersetzerkreis eine eigenständige, alemannische Übersetzung der Bibel in Angriff nahm. Mit seiner «Zürcher Bibel» verfolgte Zwingli drei Ziele: Zum einen sollte sich die deutsche Übersetzung möglichst dicht an den hebräischen und griechischen Urtext anlehnen. Zum andern sollte der Text für das «Volk» gleichwohl verständlich sein; daher das Beharren auf einer eigenständigen, alemannischen Schriftsprache. „Ein Schwitzer bin ich und den Schwitzern bezüge ich Christum“, soll Zwingli auf Luthers Vorwurf geantwortet haben. **Zwinglis Zürcher Bibel, fünf Jahre vor Luthers deutscher Vollbibel von 1534 abgeschlossen, darf als älteste protestantische Übersetzung der gesamten Bibel gelten.** Stefan Haupt verfilmte das Leben und Sterben des Reformators Huldrych Zwingli in

seinen Zürcher Jahren (1519–1531). Der Film kam 2019 zum 500-jährigen Jubiläum der Reformation in die Kinos.

- Seit 1646 gibt es in der Stadt Olten ein Kapuzinerkloster. Die Mönche geben den Standort nun auf – wegen Überalterung. SRF.ch

Serbien – Der scheidende tschechische Präsident Milos **Zeman sieht Serbien als Vermittler im Ukraine-Krieg**. Der 78-Jährige sagte heute auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem serbischen Präsidenten Vučić in Belgrad, dass es von Vorteil sei, dass Serbien keine Sanktionen eingeführt habe. Auch Österreich, „das neutral und EU-Mitglied ist, obwohl es nicht der NATO angehört“, sah er in einer Vermittlerrolle. Des Weiteren nannte er auch China und die Türkei. ORF.at

Slowakei – Tüftler überholen Boeing und Airbus. Seit Jahrzehnten tüftelt Designer Stefan Klein am AirCar herum. Jetzt ist ihm ein Durchbruch gelungen. Auf den ersten Blick sieht der weiß-graue AirCar aus wie ein schnittiger, aber etwas zu lang geratener Sportwagen. Doch dann drückt Stefan Klein auf einen Knopf, und vier kleine Motoren sowie achtzig Sensoren klappen das Dach des Sportwagens auf wie eine Auster. Zwei Flügel entfalten sich und werden seitlich abgesenkt. Würde der AirCar nicht in seiner Garage auf dem verschlafenen Flugplatz der slowakischen Stadt Nitra stehen, Klein müsste nur noch den großen Propeller hinter der Fahrerkabine anwerfen und könnte abheben. Die Verwandlung vom Auto zum Flugzeug und wieder zurück sei das Schwierigste gewesen bei der Entwicklung des fliegenden Autos, sagt der Ingenieur und Designer: «Wir wollten das Auto innerhalb von weniger als drei Minuten in ein Flugzeug verwandeln können.» Schon seit mehr als 30 Jahren, seit seinem Ingenieurstudium, tüftelt der heute 62-Jährige am fliegenden Auto herum. «Als ich den ersten Prototyp entwickelte, dachte ich: <Das wird sehr einfach. Ich nehme etwas vom Auto, etwas vom Flugzeug und montiere das zusammen.> Aber das war der falsche Weg.» Einmal war das Auto zu schwer zum Fliegen. Dann waren die Flügel zu ausladend, um damit auf der Straße zu fahren. Und schließlich ist Klein mit einem Prototyp sogar abgestürzt und konnte sich nur mit dem Fallschirm retten. Diese technischen Probleme haben Klein und seine sieben Entwickler inzwischen gelöst. Letztes Jahr haben die slowakischen Behörden den AirCar offiziell für flugtauglich erklärt. Das ist ein Durchbruch. Die slowakischen Tüftler haben damit ihre mächtige Konkurrenz abgehängt. Auch große Flugzeugbauer wie Boeing oder Airbus versuchen nämlich, fliegende Autos zu entwickeln. Sie sind aber noch nicht so weit wie Klein und das kleine Team hier in der Garage auf dem Flugplatz von Nitra. Aber ist ein fliegendes Auto überhaupt noch sinnvoll in einer Zeit, in der es vor allem darum geht, den Verkehr umweltschonender zu machen? Erfinder Klein sagt, sein fliegendes Auto verbrauche pro zurückgelegten Kilometer nicht mehr Benzin als ein gewöhnliches. Und: «**Fliegende Autos brauchen weniger Straßen. 200 Meter Piste für den Start und 50 Meter für die Landung reichen.**» Das sei ein großer Vorteil vor allem in Ländern, die ein wenig ausgebautes Straßennetz hätten, etwa in Brasilien oder Russland. Dort sei sein Konzept, in der Stadt die Straße zu benutzen, die großen Strecken aber zu fliegen, besonders nützlich. Und schließlich, sagt Klein, werde der AirCar zunächst sowieso wenigen vorbehalten sein. Dafür sorgt allein schon der Preis: Das fliegende Auto soll zwischen einer halben und einer Million Franken kosten. Doch bis man es kaufen kann, werden noch Jahre vergehen. Bevor er in den Handel kommt, soll der AirCar mehr als nur einen Sitz, einen stärkeren Motor und richtige Türen bekommen. Wer so viel Geld ausgibt, will nicht nur fliegen, sondern auch komfortabel fahren.

- Die Schweizer Armee verfügt über 96 eingemottete Leopard-2-Panzer. Politiker verschiedener Couleurs möchten diese weitergeben, damit sie in die Ukraine gelangen, ohne die Neutralität zu gefährden. SRF.ch

Tschechien – Der ehemalige Generalstabschef Petr Pavel wird neuer Präsident in Tschechien. Der frühere Nato-General setzte sich in der Stichwahl mit 58.32 % der Stimmen gegen Ex-Regierungschef Andrej Babiš durch. Die Wahlbeteiligung war mit rund 70 % der Stimmen verhältnismäßig hoch. SRF.ch

Ukraine – Die Logistikketten sind eine ganz große Herausforderung bei diesem Unterfangen. Es geht darum, Panzer mit ausgebildeten Besatzungen an die Front zu bringen, aber auch, Munition, Ersatzteile und Treibstoff dorthin zu befördern. Gleichzeitig muss eine Logistik vorbereitet werden, um sie wieder von der Front zurückzuführen, damit die Panzer Russland nicht in die Hände fallen. SRF.ch

- Kaum dass Zusagen zur Lieferung von Kampfpanzern an die Ukraine aus mehreren Ländern auf dem Tisch sind, lautet das neue Thema Flugzeuge. Kiew hatte entsprechende Forderungen zuletzt erneuert, die „Wunschliste“ reicht von US-Jets vom Typ F-16 bis zum Eurofighter. ORF.at

- Russland sagt, die ukrainische Armee habe ein Krankenhaus in der Stadt Novoaidar in Lugansk mit einem in den USA hergestellten Raketensystem angegriffen und mindestens 14 Menschen getötet. Der Angriff sei mit einem HIMARS-Raketensystem durchgeführt worden. Zwei Dutzend Menschen unter den „Krankenhauspatienten und medizinischem Personal“ wurden ebenfalls verletzt. Mykhailo Podolyak sagte, die **Ukraine müsse mit Flugzeugen versorgt werden, die in der Lage seien, die gepanzerten Fahrzeuge zu schützen**, die die USA und Deutschland Anfang des Monats zugesagt hätten. VESTI.ru

- Solidaritätskorridore. Warum man sich in Polen, Ungarn und Rumänien sorgt, dass die Ukraine ohne Zölle und rasch in die EU exportieren darf. Viele der Getreidetransporte am Landweg erreichen ihr Ziel nicht und werden stattdessen in Osteuropa verkauft, was die Bauern in Ungarn, Rumänien und Polen schädigt, da diese auf ihrem teureren Getreide sitzen bleiben, das verdirbt. Getreide aus der Ukraine macht Bauern im Osten Geschäft kaputt. SRF.ch

Ungarn – Ungarn wird ein **Veto gegen EU-Sanktionen** einlegen, die die Zusammenarbeit mit Russlands Kernenergiesektor beeinträchtigen könnten, sagte Premierminister Viktor Orbán am Freitag in einem Interview mit Kossuth Radio. Kiew hat den 27-Staaten-Block wiederholt aufgefordert, die russische Atomindustrie in seine Sanktionsliste aufzunehmen, wobei einige Mitgliedstaaten die Idee unterstützen. Die ungarischen Behörden hatten zuvor gesagt, dass die Zusammenarbeit mit Russland im Bereich der Kernenergie für Budapest, das den Ausbau des in Russland gebauten Kernkraftwerks plant, von entscheidender Bedeutung ist. KR.hu

USA – Ein Kleid der britischen Prinzessin Diana hat bei einer Auktion in New York 604'800 Dollar oder mehr als 556'000 Euro erzielt. Das ist fünfmal so viel, wie das Auktionshaus Sotheby's im Vorfeld erwartet hatte. Es ist ein lilafarbenes trägerloses Samtkleid von Designer Victor Edelstein, der oft Kleider für Diana anfertigte. Angeblich war es eines ihrer Lieblingskleidungsstücke. Sie trug es für ein Fotoshooting für das Vanity Fair Magazin im Jahr 1997, dem Jahr, in dem sie bei einem Unfall in Paris starb. Laut Sotheby's gab es bei der Auktion vier ernsthafte Kandidaten für das Kleid, die hart gegeneinander geboten hatten. Der Endbetrag ist der höchste, der je für ein Kleid bei einer Auktion gezahlt wurde. NOS.nl

- Der ehemalige US-Präsident Donald Trump hat mit Auftritten in zwei US-Bundesstaaten seine Kampagne für die Präsidentenwahl 2024 eingeläutet. In New Hampshire und South Carolina stellte er jeweils sein Wahlkampfteam für die Staaten vor. Auf seiner Social-Media-Plattform Truth Social (truthsocial.com/) behauptet er, dass, wenn er Präsident gewesen wäre, hätte der **Krieg zwischen Russland und der Ukraine nie stattgefunden**. Selbst wenn dies der Fall gewesen wäre und er immer noch US-Präsident wäre, wäre Trump in der Lage, **innerhalb von 24 Stunden ein Ende** dieses schrecklichen und schnell eskalierenden Krieges auszuhandeln, argumentierte er. (45office.com) – Falls er in das

Rennen um die Kandidatur einsteigen sollte, könnte Ron DeSantis (44) Umfragen zufolge Trumps schärfster Konkurrent werden.

- Mehr als eine Million 155-mm-Artilleriegeschosse aus amerikanischer Produktion hat die ukrainische Artillerie bisher verschossen. Der Krieg kostet. Und die Vorräte beginnen zu schwinden. Längere Wartezeit wird nötig. SRF.ch

- Ein bisher unbekanntes Werk des flämischen Malers Anthony Van Dyck hat bei einer Auktion in den USA für 3,1 Millionen Dollar den Besitzer gewechselt. Das Werk lag jahrelang in einem Schuppen im Bundesstaat New York. Nach Angaben des Auktionshauses Sotheby's entdeckte ein Sammler das Werk Ende des letzten Jahrhunderts und kaufte es für 600 Dollar. Es stellte sich als Studie für das Gemälde „Heiliger Hieronymus“ heraus, das sich im Besitz des Museums Boijmans Van Beuningen in Rotterdam befindet. Das Ölgemälde entstand vermutlich zwischen 1615 und 1618. NOS.nl

- Die von den US-Bürgern Andrew Milburn und Andrew Bain im vergangenen März gegründete **Mozart-Gruppe ist die westliche Antwort auf die Wagner-Gruppe** – das russische private Militärunternehmen, das derzeit gegen die Kiewer Streitkräfte um die Kontrolle über die Schlüsselstadt Bachmut (Artjomowsk) im Donbass kämpft. Die Mozart Group ist als Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz in Wyoming, USA, zugelassen.

KFAR.us

Weltall – Das letzte Mal ist er vor 50'000 Jahren der Erde nahegekommen – zu einer Zeit, als in unseren Breiten die Neandertaler lebten. Jetzt schaut C/2022 E3 (ZTF) – so der wissenschaftliche Name des Kometen – wieder auf ein Rendezvous vorbei. In der Nacht auf Mittwoch erreicht er seinen erdnächsten Punkt. Bereits seit Tagen ist der grün leuchtende Himmelskörper sogar mit freiem Auge zu sehen. ORF.at

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 31.01.2023

Argentinien – Der kürzlich von einem Amateurastronomen entdeckte Asteroid 2023 BU zog am Freitag gegen 0:27 GMT nahe der Südspitze Südamerikas vorbei, teilte die NASA in einer Erklärung mit. Er wird nur 3'600 Kilometer von der Erdoberfläche entfernt vorbeifliegen, viel näher als viele geostationäre Satelliten, die den Planeten umkreisen. Es besteht aber kein Risiko, dass der Asteroid die Erde trifft, betont die amerikanische Weltraumbehörde. Das Objekt wurde am Samstag von einem Observatorium auf der Krim vom Amateurastronomen Gennady Borissov, dem Entdecker des interstellaren Kometen Borissov im Jahr 2019, entdeckt. RFI.fr

Deutschland – Bei der Berliner Wiederholungswahl am 12. Februar werden keine Beobachter der OSZE eingesetzt.

- Mit der Führungsspitze ihrer Partei Die Linke und deren Politik kann Sahra Wagenknecht sich nicht mehr identifizieren. Auch wünscht sie sich mehr direkte Demokratie im Land und würde etwa nur Leopard-Panzer nach Kiew liefern, wenn das Volk dies in einer Volksbefragung so entscheidet. RBB.de

- 40 Jahre «99 Luftballons». Diese Friedenslieder bieten Krieg und Unterdrückung die Stirn. von Nena (1983). Bis an die Zähne bewaffnet standen sich die USA und die Sowjetunion zu Beginn der 1980er-Jahre gegenüber. Beide Atommächte waren in der Lage, die Welt mit nur einem Knopfdruck in Schutt und Asche zu legen. Genau dieses Szenario beschreibt «99 Luftballons» – Nenas größter Musikhit. 1981 – mitten im Kalten Krieg – veröffentlichte Udo Lindenberg zusammen mit dem damals zehnjährigen Pascal Kravetz das Lied «Wozu sind Kriege da?». Darin richtete der deutsche Rockmusiker einen kritischen Blick auf die damals immanente Gefahr eines Angriffskrieges – aus der Sicht eines Kindes. Mit der Liedzeile «Keiner will sterben, das ist doch klar», gesungen von Pascal Kravetz, beginnt ein Song, der die Sinnhaftigkeit von Kriegen hinterfragt. «Imagine» Lennons Lied gilt für viele als die Hymne aller Friedensbewegungen. Der Musiker und Friedensaktivist traf 1971 – während des Vietnamkrieges – den Nerv der Zeit: Er rief darin nicht nur zu einer Welt ohne Gewalt auf, sondern übte auch radikale Kritik an Nationalismus, Privateigentum und Religionen. Die Strophen beginnen stets mit dem Wort «Imagine»: Laut Lennon müssen sich Menschen zuerst in ihren Köpfen eine bessere Welt vorstellen, bevor sie sie wirklich verändern können. «Ermutigung» (1968): Liedermacher Wolf Biermann rief dazu auf, sich trotz widriger Umstände nicht unterkriegen zu lassen. Der Song wurde in der DDR so populär, dass manche ihn zur heimlichen Nationalhymne erklärten. SRF.ch

EU – Statt Sanktionen und Waffenlieferungen sollte sich die EU lieber um einen Friedensschluss in der Ukraine bemühen. Das erklärte der ungarische Außenminister Péter Szijjártó am Montag in Brüssel, wo er sich mit seiner Meinung allerdings erneut alleine fand. KR.hu

Finnland – Finnland hat erstmals in Betracht gezogen, ohne seinen Partner Schweden der NATO beizutreten. Das NATO-Mitglied Türkei blockiert seit Monaten die Aufnahme Schwedens und Finnlands in die Gemeinschaft. SRF.ch

Frankreich – In Paris ist der Zugverkehr am Ostbahnhof nach einem Feuer in einem Stellwerk unterbrochen. Weder Fernzüge noch Regionalbahnen können am Gare de l'Est in der französischen Hauptstadt einlaufen oder den Bahnhof verlassen. RBB.de

Georgien – Wer war მობეილ სააკაშვილი? Michael Saakashwili wurde 1967 als ältester von drei Söhnen geboren. Sein Vater Nikolaus Saakaschwili war Mediziner und Kurdirektor von Tiflis. Seine Mutter Giuli Alassania (* 1946) war Professorin für orientalische Geschichte

an der Staatlichen Universität. Seine Brüder Giorgi und Nikolaus arbeiten als Filmproduzenten in den USA. Saakaschwili studierte Völkerrecht in Kiew und in Straßburg, wo er seine spätere Frau kennenlernte, die Niederländerin Sandra Roelofs (*1968) aus der Hafenstadt Terneuzen in Seeland. Das Paar ging nach New York, wo Saakaschwili Jura an der Columbia Universität studierte. Anschließend arbeitete er in den USA als Rechtsanwalt. 1995 zogen sie nach Georgien, wo er für Präsident Eduard Schewardnadse Justizminister wurde. 2003 führte er seinen Wahlkampf unter dem Slogan „Georgien ohne Schewardnadse“. Am 4. Januar 2004 wurde Saakaschwili zum neuen Präsidenten Georgiens gewählt. Als Präsident sah er sich mit Problemen in den Regionen konfrontiert, die sich von Georgien abgespalten hatten. Die Probleme mit den ethnischen Minderheiten in Südossetien und Abchasien konnte er nicht lösen. 2005 wurde er von den US-Senatoren Hillary Clinton und John McCain für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen. Im November 2007 brachen große Volksaufstände gegen seine Politik aus, die ihm Vetternwirtschaft und Korruption vorwarfen. Am 7. November erklärte Saakaschwili den Ausnahmezustand und befahl dem Militär, zwei wichtige Fernsehsender zu schließen, und die Demonstranten gewaltsam auseinanderzutreiben, wobei mehr als 500 verletzt wurden. Am 5. Januar 2008 gewann Saakaschwili die Präsidentschaftswahl mit umstrittenen 52,8 % der Stimmen. Anfang August 2008 spielte er eine Schlüsselrolle in den Ereignissen, die zum russisch-georgischen Krieg führten. Er rief den Westen auf, sein Land zu unterstützen. Im Oktober 2013 gewann Margvelashvili die Wahlen und löste Saakaschwili als Präsident ab. Nach einem Aufenthalt in den Vereinigten Staaten wurde er am 30. Mai 2015 vom ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko als Gouverneur der ukrainischen Region Odessa eingesetzt. Gleichzeitig erhielt er die ukrainische Staatsbürgerschaft. Am 7. November 2016 trat Saakaschwili nach einem Streit als Gouverneur von Odessa zurück, was ihn staatenlos machte. Im Dezember 2017 erklärten sich die Niederlande bereit, den ehemaligen Präsidenten aufzunehmen. Am 28. Juni 2018 wurde Saakaschwili von einem georgischen Gericht in Abwesenheit zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt. Ende Mai 2019 erhielt Saakaschwili per Dekret von Präsident Selenski die ukrainische Staatsbürgerschaft zurück. Nach Meinungsverschiedenheiten mit seiner Gattin kehrte Saakaschwili am 2. Oktober 2021 nach Georgien zurück und wurde festgenommen. BBC.uk u.a.

Israel – Tausende Soldaten, rund 140 Flugzeuge, darunter Bomber, und ein Dutzend Kriegsschiffe seien bis Freitag an der Übung in Israel und im Östlichen Mittelmeer beteiligt, teilte Israels Militär am Montagabend mit. Medienberichten zufolge handelt es sich um die größte Militärübung, die Israel und die USA je gemeinsam abgehalten haben. KR.il

Kanada – Warnung vor einer Invasion kanadischer „Superschweine“. Es handelt sich um eine Kreuzung zwischen einem Wild- und einem Hausschwein, die in den 1980er Jahren zunächst auf kanadischen Farmen gezüchtet wurde. Mangels wirtschaftlichen Erfolges seien etliche Tiere in die freie Wildbahn ausgesetzt worden und durchstreifen mittlerweile „schätzungsweise 620'000 Hektar kanadischer Prärie“. Da die „Superschweine“ gezüchtet worden seien, „um die kanadischen Winter zu überleben“, handle es sich um „kräftige Tiere“ – und das habe teils verheerende Auswirkungen auf die Natur und Landwirtschaft. ORF.at

Österreich – Der Wasserstand im Neusiedler See ist derzeit aufgrund des eher trockenen Winters weiter niedrig. Mit 115 Meter über Adria liegt er 18 Zentimeter unter dem bisher niedrigsten Wert für Ende Januar, der im ersten Jahr der Aufzeichnungen, 1965, gemessen wurde. Der See war allerdings im 19. Jh. einige Jahre komplett ausgetrocknet.

- Nach zwei Jahren CoV-bedingter Pause hat Richard Lugner (90) heute den Namen seines Gastes für den Wiener Opernball am 16. Februar bekanntgegeben. Er wird in diesem Jahr von dem 85-jährigen Hollywood-Star Jane Fonda begleitet. ORF.at
- Der bisherige Bundespräsident Alexander van der Bellen hat seinen Eid für eine zweite sechsjährige Amtszeit abgelegt. Bei seiner Vereidigung fordert das 79-jährige

Staatsoberhaupt in einer Rede eine klarere internationale Positionierung der EU. Die Europäische Union müsse ihre geostrategische Rolle erst noch finden, sagt Van der Bellen bei seiner Vereidigung. «Andernfalls werden andere über uns bestimmen.» Am Vorabend der Vereidigung hatte Van der Bellen eine klare Grenze zur rechten FPÖ gezogen. Laut einer Umfrage des Magazins «Profil» unterstützen derzeit 28 % der Bürger die FPÖ. Dahinter liegen die sozialdemokratischen SPÖ mit 24 % und die von Kanzler Karl Nehammer geführte konservative ÖVP mit 22 %. SRF.ch

Russland – Er wurde in Butiny bei Moskau am 4.6.1976 geboren. 1993 maturierte Alexej Nawalny. Zwischen 1993 und 1998 absolvierte er sein Studium an der juristischen Fakultät der Volksfreundschaftsuniversität in Moskau. In den Jahren 1999–2001 setzte er seine Ausbildung an der Finanz- und Kreditfakultät der Finanzuniversität Russlands fort, während er bereits im Finanzbereich und als Anwalt arbeitete. 2010 besuchte er im Rahmen des World Fellows-Programms einen Kurs an der Yale Universität. 2004 beteiligte er sich an der Gründung einer Antikorruptionsorganisation und begann seine politische Tätigkeit in der Partei Jabloko, wurde jedoch 2007 aus der Partei ausgeschlossen. 2013 verurteilte ihn das Gericht wegen angeblicher Unterschlagung im Jahr 2008 zu einer fünfjährigen Haftstrafe auf Bewährung. Am nächsten Tag wurde Nawalny gegen Kautionsfreilassung freigelassen. Am 24. Dezember 2017 gab er bekannt, dass er genug Stimmen gesammelt habe, um bei den Präsidentschaftswahlen im März gegen Wladimir Putin anzutreten. Wegen seiner Bewährungsstrafe war er aber zehn Jahre lang als Kandidat gesperrt. Am 28. Januar 2018 organisierte Nawalny eine Demonstration, um die Wahlen zu boykottieren. Am 20. August 2020 erkrankte Nawalny während eines Fluges nach Moskau und wurde in das Notfallkrankenhaus in Omsk eingeliefert. War Gift in seinem Frühstücksteel? Nawalyns Frau Julia kam am Abend aus Moskau ins Krankenhaus. Ein von der Stiftung Cinema for Peace, als Plattform für engagierte Filmemacher, finanziertes Charterflugzeug brachte ihn in die Berliner Charité. Alexander Murakhovsky, der Chefarzt des Omsker Krankenhauses, sagte Reuters am 24. August, dass kein Gift in seinem Körper gefunden wurde. Nawalny erinnerte an die Vergiftung von Alexander Litvinenko im Jahr 2006 mit Tee und von Julia und Sergei Skripal im Jahr 2018, beide in Großbritannien. Während seines Aufenthalts in Deutschland entstand der 112 Minuten Film „Putins Palast“, über die Finanzierung des Baus am Kap Idokopas am Schwarzen Meer (palace.navalny.com/). Es soll sich um die teuerste Residenz der Welt handeln, die mit 100 Milliarden Rubel angeblich aus der Staatskasse finanziert wurde. Das Video entstand in den Blackforest Studios in Kirchzarten bei Freiburg im Breisgau im Schwarzwald. Unter anderem wurde auch in Berlin gedreht: an Putins ehemaligem Wohnort in der Radeberger Straße 101, und beim ehemaligen KGB-Gebäude in der Angelikastraße 4. Es wurde am 19. Januar 2021 mit englischen Untertiteln auf dem YouTube-Kanal von Alexei Nawalny veröffentlicht, einen Tag nachdem er nach Russland zurückgekehrt war. Bis Ende Januar 2021 hat es über 100 Millionen Zugriffe gegeben. Würde ein russischer Präsident wirklich am Präsentierteller wohnen wollen, so nahe und ungeschützt am Meer, wo man ihn leicht ausspionieren oder sogar angreifen könnte? Wie hoch wären die täglichen Betriebskosten eines solchen Gebäudes? Ist es nicht vielleicht doch ein Großhotel? Innen- und Außenaufnahmen passen nämlich nicht wirklich zusammen. Nawalny blieb nicht in Deutschland und kehrte am 17. Januar 2021 nach Russland zurück. Sein Flugzeug wurde vom internationalen Flughafen Vnukovo, wo seine Anhänger auf ihn warteten, nach Scheremetyevo umgeleitet, wo ihn die russischen Behörden sofort festnahmen. Er wurde zu mehreren Jahren Gefängnis verurteilt. Im Oktober 2021 erhielt er den Sacharow-Preis, den jährlichen Menschenrechtspreis des Europäischen Parlaments. BBC.uk u.a.

- Der große Exodus westlicher Unternehmen blieb laut einer Studie der Universität St. Gallen und des IMD in Lausanne bis heute aus. Gerade einmal 8.5 % westlicher Unternehmen aus G7- und EU-Staaten, also nicht einmal jedes zehnte, haben sich zurückgezogen. SRF.ch

Schweiz – Fast 100 Waffen wurden 2022 bei der Schweizer Armee als vermisst gemeldet.

• Das Zürcher Kunsthaus vermisst seit diesem Jahr zwei wertvolle Bilder. Weil ein Diebstahl nicht mehr ausgeschlossen werden könne, sei die Polizei nun eingeschaltet worden. Wie das Kunsthaus mitteilt, habe man Mitte Januar Anzeige erstattet. Bei den beiden Werken handelt es sich um zwei kleinformatige Gemälde. Das erste Bild heißt «Soldaten im Lager» und stammt vom Niederländer Robert van den Hoecke. Gemalt wurde es im 17. Jahrhundert. Und auch das zweite, verschwundene Werk kommt aus den Niederlanden. Es handelt sich um Dirck de Bray's «Narzissen und andere Blumen in Glasvase auf der Marmorplatte» aus dem Jahr 1673.

• Alterspflege. Knapp 40 % aller Heimbewohner bekommen Beruhigungsmittel. Damit lässt sich Personal einsparen.

• Todesfalle für große Vögel. Stromfirmen verhindern sichere Strommasten für Vögel. Vom Bund angedachte Schutzmaßnahmen für Vögel kommen nicht, weil sich die Strombranche wegen der Kosten dagegen wehrte.

• Lausanne: Tausende Lehrer demonstrieren für mehr Lohn.

• Luzerner Gemeinde jagt eingeschleppten Laubholzbockkäfer. Der kleine Käfer sorgt für große Schäden. Über 200 Bäume mussten bereits gefällt werden – darunter auch gesunde.

• Die Migros hat angekündigt, sich an Revendo zu beteiligen. Das Start-up kauft gebrauchte Elektrogeräte wie Smartphones oder Laptops von Privatpersonen und Firmen, repariert diese, rüstet sie auf, um sie danach wieder zu verkaufen. Das Zauberwort heißt Kreislaufwirtschaft. Die Migros hat angekündigt, sich an Revendo zu beteiligen. Das Start-up kauft gebrauchte Elektrogeräte wie Smartphones oder Laptops von Privatpersonen und Firmen, repariert diese, rüstet sie auf, um sie danach wieder zu verkaufen. Das Zauberwort heißt Kreislaufwirtschaft. SRF.ch

Serbien - Das seit 2008 unabhängige Kosovo ist heute fast ausschließlich von Albanern bewohnt. Serbien erkennt die Eigenstaatlichkeit seiner ehemaligen Provinz nicht an und beansprucht das Territorium des Kosovos für sich. Der deutsch-französische Plan, der im letzten Herbst bekannt wurde, sieht unter anderen vor, dass Serbien und Kosovo zwar einander formell nicht anerkennen, jedoch ihre staatliche Existenz in den gegenwärtigen Grenzen wechselseitig akzeptieren. Insbesondere würde Serbien damit aufhören, die Mitgliedschaft des Kosovos in internationalen Organisationen zu verhindern. SRF.ch

Slowakei – Ersten Flugauto-Testflug mit BMW-Motor. Das Klein Vision AirCar ist ein zweisitziges fliegendes Auto, das von Štefan Klein entworfen und in Nitra hergestellt wird. Es wurde im Januar 2022 als Flugzeug zugelassen. Der slowakische Designer Professor Štefan Klein begann Ende der 1980er Jahre mit der Arbeit an fliegenden Autos. Nachdem er das AeroMobil entwickelt hatte, verließ er das Unternehmen, um eine neue Idee als AirCar zu entwickeln, und gründete Klein Vision mit seinem Kollegen Anton Zajac. Der Haupttrumpf des AirCar dient gleichzeitig als zweisitziges Straßenauto mit vier großen Straßenrädern. Im Stil eines Sportcoupés trägt es in der Luft 30 bis 40 % zum Gesamtauftrieb bei. Für den Flug ist es mit ausklappbaren Flügeln und ausfahrbaren Heckauslegern ausgestattet, die ein hohes Leitwerk tragen. Zwischen Rumpf und Leitwerk ist ein Schubpropeller fest eingebaut und ein Sicherheitsfallschirm. Die Konstruktion ist ein Semi-Monocoque aus Kohlefaserverbundwerkstoff über einem Stahlhilfsrahmen. Über 20 programmierbare Servomotoren werden verwendet, um den Übergang zwischen Straßen- und Luftkonfigurationen durchzuführen. Auf der Straße erzeugt das eingezogene Leitwerk einen ähnlichen Abtrieb wie herkömmliche Heckflügel. Für den Antrieb sorgt ein 1,6-Liter-Strassenautomotor von BMW, der mit Benzin betrieben wird und 139 PS leistet. Der Prototyp AirCar ist mit 5,2 Metern von vergleichbarer Länge wie eine Mercedes S-Klasse-Limousine. Das Gesamtgewicht beträgt 1'100 Kilogramm. Der Prototyp hebt nach einer Strecke von 300 Metern mit rund 120 Stundenkilometern ab. Die Reisegeschwindigkeit in der Luft soll 170 Kilometer pro Stunde betragen. Die Reichweite wird auf 1000 Kilometer in

einer Höhe von 2500 Metern geschätzt. Die aktuelle Version des Autos kann Höhen von 4'572 Metern erreichen. Es soll zwei Minuten und 15 Sekunden dauern, um sich vom Auto in ein Flugzeug zu verwandeln. (klein-vision.com/) SRF.ch

Spanien – Vor wahrscheinlich mehr als 55'000 Jahren haben Neandertaler in einer Höhle im heutigen Spanien Jagdtrophäen gesammelt: Die „Des Cubierta“-Höhle liegt im „Tal der Neandertaler“ nördlich von Madrid, wo es schon zuvor Funde zu Neandertalern gab. Diese Höhle wurde 2009 von Archäologen entdeckt. Sie ist zickzack-förmig, rund 80 Meter lang und zwei bis vier Meter breit. Mehr als tausend Steinwerkzeuge im Fertigungsstil der Neandertaler sowie Milchzähne und der Unterkiefer eines im Alter von drei bis fünf Jahren verstorbenen Kleinkindes zeugen davon, welche Menschen die Höhle in urgeschichtlichen Zeiten nutzten. Es wurden auch 35 Schädelteile von großen Pflanzenfressern gefunden, von Steppenbisons, Auerochsen, Rothirschen, Rehen und Steppennashörnern. Ein Team um Enrique Baquedano vom Archäologischen und Paläontologischen Museum der Autonomen Gemeinschaft Madrid in Alcalá de Henares in Spanien besah sie genauer. „Es ist sehr ungewöhnlich für Steinzeitjäger, dass sie die Köpfe von großen Tieren wie Nashörnern und Bisons von den Stellen mitbrachten, wo sie die Tiere getötet hatten“. ORF.at

Ukraine – Der ukrainische Präsident Selenski geht weiter gegen die russische Kirche vor: Am Montag belegte er 22 Vertreter der Russisch-Orthodoxen Kirche mit Sanktionen. Das ukrainische Staatsoberhaupt begründete die Entscheidung mit dem Wunsch seines Landes nach geistiger Unabhängigkeit.

- Der ukrainische Präsident Selenski hatte am Montagabend einen Erlass unterzeichnet, der es ukrainischen Beamten verbietet, im Ausland auf Urlaub zu gehen. UR.ua
- Nach mehreren Korruptionsskandalen ist in der Ukraine die Regierung umgebildet worden. Vier Vize-Minister und fünf Regional-Gouverneure wurden entlassen. Ihnen wird vorgeworfen, Schmiergelder angenommen zu haben. Außerdem geht es um die Veruntreuung von Hilfsgeldern sowie das Zuschancen von Bauaufträgen und Luxusreisen. Präsident Selenski hatte versprochen, entschlossen gegen Korruption innerhalb der Behörden vorzugehen. In der Folge gab es in den vergangenen Tagen bereits mehrere Rücktritte. Die Ukraine gilt als äußerst korrupt. RBB.de
- Was bisher geschah: Nach dem Putsch in Moskau erklärte das ukrainische Parlament am 24. August 1991 seine Unabhängigkeit. Am 1. Dezember bei einer großen Wahlbeteiligung stimmten 90 % der Wähler für die Unabhängigkeit. Auf der Krim stimmten 40 % der Bevölkerung dagegen. (Am 17. März 1991 hatten 70,2 % aller abstimmenden Ukrainer bei einem Referendum für den Verbleib in der UdssR gestimmt. Am 24. August 1991 erklärte sich die Ukrainische SSR selbst in den bestehenden Grenzen, also einschließlich der Krim, für unabhängig. Am 4. September erklärte sich die AssK als innerhalb der UdssR autonom, mithin nicht als Teil der Ukraine. Im Sommer 1991 kam es auch auf der Krim, wo der damalige Präsident der Sowjetunion Urlaub machte, zu einem Putschversuch gegen Michail Gorbatschow. Der Putsch, seine Folgen und das Referendum über die Unabhängigkeit der Ukraine am 2. Dezember 1991 besiegelten tatsächlich das Schicksal der UdssR. Beim letztgenannten Referendum wurde die Bevölkerung der Autonomen Republik Krim nicht darüber befragt, ob sie nach der Auflösung der UdssR in der Ukraine bleiben oder sich alternativ wieder der Russischen Föderation anschließen möchte. Tatsächlich wurde die Sowjetunion am 8. Dezember 1991 bei einem Treffen der Staatsoberhäupter der Russischen Föderation, der Ukraine und von Belarus aufgelöst. Das Parlament der Krim stimmte für eine Unabhängigkeit der Halbinsel selbst. Am 26. Februar 1992 änderte der Oberste Sowjet der AssR der Krim ohne Zustimmung der ukrainischen Behörden den offiziellen Namen des Landes in Republik Krim. Am 5. Mai 1992 proklamierte das Parlament der Krim die Selbstverwaltung der Krim und verabschiedete ihre erste Verfassung. Auf

Druck Kiews wurde letzteres am 6. Mai 1992 um einen Satz zur Zugehörigkeit der Krim zur Ukraine ergänzt. Im Juli 1993 erklärte das russische Parlament Sewastopol zur russischen Stadt auf fremdem Territorium nach dem Vorbild von Gibraltar. Der Flottenvertrag vom Mai 1997 regelte die Aufteilung der Flotte und den Verbleib der russischen Marine auf der Krim bis 2017, womit sich die Situation entspannte. Russland pachtete den größeren Teil Sewastopols auf zwanzig Jahre. Erst am 12. Januar 1998 wurde die Krim zum „integralen Bestandteil der Ukraine“. Im bewaffneten Konflikt zwischen Georgien und Russland 2008 stellte sich die Ukraine unter dem damaligen Präsidenten Wiktor Juschtschenko auf die Seite von Georgien und drohte, den Stationierungsvertrag mit Russland nicht zu verlängern. Dies geschah dann aber 2010 unter Präsident Wiktor Janukowitsch, der den Pachtvertrag bis 2042 verlängerte). Nach der Unabhängigkeit war die Ukraine eine große Atommacht. Am 5. Dezember 1994 bestätigte der damalige ukrainische Präsident Leonid Kutschma, dass die Ukraine ihre Atomwaffen offiziell zur Vernichtung an Russland abgegeben habe. Bei seiner Ankunft in Budapest zum Gipfeltreffen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) bezeichnete US-Außenminister Warren Christopher dies als einen wichtigen Schritt in der nuklearen Abrüstung. Das Budapester Memorandum sah vor, dass das Land im Austausch für die Atomwaffen eine Souveränitätsgarantie der USA, Großbritanniens und Russlands erhielt. Auf dem Bukarest-Gipfel 2008 versuchten die Ukraine und Georgien, der NATO beizutreten. Die Reaktion unter den NATO-Mitgliedern war geteilt; Westeuropäische Länder weigerten sich, um Russland nicht zu verärgern, während US-Präsident George W. Bush auf ihre Aufnahme drängte. Nach einem Korruptionsskandal auf höchster Ebene endete die erste Juschtschenko-Timoschenko-Regierung am 8. September 2010 vorzeitig, und Viktor Janukowitsch wurde bei den Präsidentschaftswahlen 2010 Präsident. Ab August 2013 sorgte das zunächst auch von ihm verfolgte Assoziierungsabkommen mit der EU zunehmend für Spannungen. Putin sah durch das Abkommen seine Pläne, die Zollunion mit Belarus und Kasachstan durch den Beitritt der Ukraine zur Eurasischen Union auszubauen, als gefährdet an. Trotz des Drucks aus Moskau und hohen Erwartungen der EU hielt die Regierung Janukowitsch an dem Abkommen fest. Ihre Haltung zu dem Assoziierungsabkommen mit der EU änderte sich aber, als das Land in eine wirtschaftliche Schieflage geriet und von der EU in Stich gelassen wurde. Die pro-westliche Euromaidan-Proteste eskalierten im Februar 2014 zu gewalttätigen Zusammenstößen, die mehr als 100 Tote forderten. Welche Rolle hat dabei die US Botschaft in Kiew gespielt (kla.tv/)? In russischen Kreisen wurde die Orange Revolution mit den US Geheimdiensten in Verbindung gebracht, weil Ukraine-Amerikaner, wie etwa die in den USA geborene Präsidentengattin Katarina Juschtschenko (*1.9.1961 in Chicago) daran beteiligt waren. Das neue ukrainische Parlament hat Janukowitsch am 22. Februar 2014 mit Morddrohungen abgesetzt und Neuwahlen anberaumt. In den russischsprachigen Teilen der Ukraine kam es zu Protesten gegen die neue Regierung, woraufhin Russland die Halbinsel Krim annektierte. Auch im Donbass übernahmen prorussische Rebellen die Macht und riefen ihre eigenen lokalen Referenden aus. Nach den Präsidentschaftswahlen vom 25. Mai 2014 wurde Petro Poroschenko am 7. Juni 2014 zum neuen Präsidenten der Ukraine ernannt. Am 20. Mai 2019 wurde Poroschenko von dem pro-amerikanischen Schauspieler und Juristen Selenski abgelöst. Gleichzeitig erklärte der russische Präsident, dass er niemals akzeptieren würde, dass die Ukraine der NATO beitrifft, und sagte, er sei besorgt um die russischsprachige Bevölkerung des Nachbarlandes. Die Ukraine hat Minderheiten wie die Ungarn, Rumänen, Türken und Russen nie anerkannt. Am 22. Februar 2022 erkannte Russland die Unabhängigkeit der selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk einschließlich ihrer Ansprüche auf das gesamte Territorium der Oblaste an. Mit Zustimmung des russischen Parlaments entsandte er unter dem Deckmantel einer „Friedensmission“ russische Soldaten in die beiden Volksrepubliken. Am Morgen des 24. Februar 2022 kündigte Putin eine „militärische Spezialoperation“ zur „Entmilitarisierung und Entnazifizierung – gemeint war der Bandera-Kult.“ der Ukraine an. BBC.uk u.a.

- Mit der geplanten Lieferung von Kampfpanzern wird die Ukraine mit den am besten gepanzerten Fahrzeugen für das Schlachtfeld ausgestattet. Dazu gehören der deutsche Leopard 2, das US-Modell M1 Abrams und der britische Challenger 2. Militärexperten sehen bei den Fahrzeugen eine Balance aus Schutz, Beweglichkeit und Feuerkraft. Neben Großbritannien wollen nun auch Deutschland, Polen, die Niederlande, Spanien, Norwegen und die USA Kampfpanzer in die Ukraine schicken. Auch Finnland sowie Frankreich und Portugal erwägen eine Panzerlieferung. Ein Überblick über die verschiedenen, der Ukraine versprochenen Panzer. Die Bundeswehr nutzt den Leopard 2 in verschiedenen Varianten seit 1979. Bewaffnet mit einer 120-Millimeter-Kanone lassen sich in den jüngeren Modellen von vier Soldaten an Bord Ziele in einer Entfernung bis zu 5000 Metern bekämpfen. Über die Jahre erhielten die Kettenfahrzeuge des Rüstungskonzerns Krauss-Maffei Wegmann eine immer stärkere Panzerung. Die etwa 64 Tonnen schwere aktuelle Serie A7V erreicht mit 1500 PS starken Dieselmotoren eine Höchstgeschwindigkeit von 63 Kilometern pro Stunde. Der Leopard 2 A6 soll jetzt in die Ukraine geliefert werden. Das 62.5 Tonnen-Gefährt war bei seiner Einführung im Jahr 2001 als verbesserte Variante des A5 etwa mit neuer Hauptwaffe (120 Millimeter) versehen worden. Das Modell A6M verfügt zudem über einen erhöhten Minenschutz. Der US-Kampfpanzer M1 Abrams gleicht dem Leopard 2 in weiten Teilen. Den M1 Abrams gibt es seit 1980 in mittlerweile drei Hauptvarianten. Seit dem Modell M1A1 ist eine 120-Millimeter-Kanone an Bord. Die vier Insassen werden von einer Stahlpanzerung vor Angriffen geschützt. Mit 1500 PS kommt der je nach Modell bis zu 74 Tonnen schwere Abrams auf eine Höchstgeschwindigkeit von knapp 68 Kilometern pro Stunde. In der britischen Armee ist der Challenger 2 seit 1998 im Einsatz. Mit einer Höchstgeschwindigkeit von 59 Kilometern pro Stunde auf der Straße und 40 Kilometern pro Stunde im Gelände soll der Kampfpanzer mit seiner 120-Millimeter-Kanone feindliche Panzer zerstören. Die vierköpfige Besatzung steuert das über Diesel angetriebene Fahrzeug mit einem Kampfgewicht von 75 Tonnen. SRF.ch

UNO-Sicherheitsrat – Die Schweiz will Sanktionierten mehr Rechte geben. Wer auf einer Sanktionsliste der UNO landet, ist sozial tot und kann sich kaum dagegen wehren. Das will die Schweiz jetzt ändern. Bei Sanktionen denkt man derzeit automatisch an Russland. Doch auch wenn der Ukraine-Krieg die größte Aufmerksamkeit auf sich zieht, gibt es weltweit zahlreiche weitere Kriege und Konflikte. Dann tritt meist der UNO-Sicherheitsrat in Aktion und versucht, die Konfliktparteien unter Druck zu setzen, indem er Personen oder Organisationen auf Sanktionslisten setzt. Insgesamt 15 Sanktionsregimes gibt es gegenwärtig, vom Südsudan über Nordkorea bis Jemen. Wer auf einer Sanktionsliste landet – derzeit gegen tausend Personen oder Organisationen – ist sozial praktisch tot. Sanktionierte können nicht mehr reisen, arbeiten oder auf ihr Geld zugreifen. Obwohl die Folgen massiv sind, gibt es für die Betroffenen meist keine echte Möglichkeit, sich gegen eine Sanktionierung zur Wehr zu setzen. SRF.ch

USA – Die Oscar-Nominierungen wurden am 24. Januar 2023 durch die Schauspieler Allison Williams und Riz Ahmed bekanntgegeben. Die meisten Nominierungen erhielt der Science-Fiction-Streifen Everything Everywhere All at Once von Daniel Kwan und Daniel Scheinert, der elf Mal berücksichtigt wurde. Auf je neun Nominierungen kommen Martin McDonagh historische Tragikomödie The Banshees of Inisherin und die deutsche Koproduktion Im Westen nichts Neues von Edward Berger. ([oscars.org](https://www.oscars.org)). Die 95. Verleihung der Oscars soll am 12. März 2023 im Dolby Theatre in Los Angeles stattfinden.

- Eine weltweite Störung bei Microsoft am 25.1. hat zu einem Ausfall zahlreicher Cloud-Dienste des Software-Konzerns geführt. Tausende Nutzerinnen und Nutzer weltweit hatten derzeit keinen Zugriff auf E-Mails oder Videokonferenzen. Diese Störung ist nach mehreren Stunden nun wieder behoben. Der Konzern machte einen Fehler bei einer Änderung der Netzwerk-Konfiguration als Ursache aus. Dadurch konnten Dienste nicht mit der Cloud-Infrastruktur und auch nicht untereinander kommunizieren. Das fehlerhafte Update wurde

dann wieder rückgängig gemacht, wie Microsoft auf seiner Systemstatus-Seite erläuterte. Danach kamen die Dienste am späten Vormittag nach und nach wieder online.

- Auch Trumps früherer Vize Pence hatte Geheimdokumente zu Hause.
- Tesla hat 2022 trotz hoher Inflation, Konjunktursorgen und Lieferkettenproblemen so viel verdient wie nie zuvor in einem Geschäftsjahr. Der Elektroautokonzern steigerte den Gewinn gegenüber dem Vorjahr um 128 % auf 12.6 Milliarden Dollar (11.5 Mrd. Franken). Konzernchef Elon Musk erwartet jedoch eine «sehr schwierige Rezession» im laufenden Jahr. «Es war ein fantastisches Jahr, unser bislang bestes», verkündet Musk bei der Präsentation der Zahlen. Die Erlöse wuchsen demnach um 51 % auf 81.5 Milliarden Dollar.

SRF.ch

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

01) NATO-Stoltenberg mutiert zum Putinverstehender und rückt mit Wahrheit zum Ukraine-Konflikt heraus

Von PETER HAISENKO

17. 02. 2023



Bild: Flickr

Ergänzung zu unserem Artikel „[Stoltenbergs ‚Geständnis‘ – Ukraine-Krieg begann bereits 2014](#)“ von heute 8:00 Uhr

Zu Beginn der Sonderoperation Russlands in der Ukraine am 24. Februar 2022 sagte Präsident Putin: „Wir haben diesen Krieg nicht angefangen, aber wir werden ihn jetzt beenden.“ Ob dessen war das Geheul im Westen groß. Ein Jahr später hat NATO-Stoltenberg Putins Einschätzung bestätigt.

Auf der Pressekonferenz im NATO-Hauptquartier am 13. Februar ließ der Generalsekretär Stoltenberg höchstpersönlich die anwesenden Journalisten aufhorchen, bezüglich einer nun offiziellen Datumskorrektur hinsichtlich des Beginns kriegerischer Ereignisse in der Ukraine. Ein *Associated Press*-Reporter wollte von dem Generalsekretär erfahren, wie nach einem Jahr der jüngsten Ereignisse in der Ukraine, der aktuelle Krieg „die NATO und insbesondere Ihre (Stoltenbergs) Arbeit verändert“ hätte (Min. 28:19). Die wörtliche Erklärung lautete:

„In einer Hinsicht hat sich die NATO nicht verändert. Es hat gerade gezeigt, wie wichtig die NATO gewesen ist. Tatsächlich hat die NATO seit 2014 die größte Verstärkung der

kollektiven Verteidigung seit einer Generation durchgeführt, **weil der Krieg nicht letztes Jahr im Februar begann. Er begann 2014.**“

Dieser Umstand hätte „zu einer umfassenden Anpassung unseres Bündnisses, mit höherer Bereitschaft der Streitkräfte, mit mehr Präsenz im östlichen Teil des Bündnisses, mit mehr Übungen geführt“, so Stoltenberg weiter in seiner Ausführung zu Aktivitäten an der NATO-Ostflanke. Als vermeintlich positiven Nebeneffekt der gebündelten Aktivitäten des militärischen Bündnisses in der Ukraine ergänzte der NATO-Leiter mit den Worten:

„Und zum ersten Mal seit vielen, vielen Jahren haben alle Verbündeten begonnen, ihre Verteidigungsausgaben zu erhöhen.“ Mit Beginn der Ereignisse ab dem 24. Februar hätte das NATO-Bündnis unmittelbar beschlossen „unsere Präsenz zu erhöhen“, um diese „verstärkte Präsenz aufzubauen, **die wir in den letzten Jahren bereits umgesetzt haben**“. Es folgte dann eine weitere Bestätigung, dass spätestens ab 2016 konkrete Planungen für den Krieg gegen Russland begonnen hatten:

„Wir haben die Kampfgruppen 2016 festgelegt.“

Die „Invasion war keine Überraschung“, erläuterte Stoltenberg weiter. Die Ereignisse waren „absehbar“, daher wäre die NATO „vorbereitet gewesen, als es passierte“.

Was auch immer Stoltenberg geritten haben mag, er bestätigt, was Präsident Putin von Anfang an gesagt hat. Gleichzeitig straft er alle Lügen, die geschichtsvergessen geleugnet haben, dass Kiew seit 2014 Krieg gegen die eigene Bevölkerung im Osten führt und die NATO dabei fest seiner Seite steht. Mit dieser Aussage bestätigt er auch, dass die NATO seit mindestens sieben Jahren auf einen Krieg gegen Russland hingearbeitet hat. Wie sonst wäre es interpretierbar, dass bereits 2016 Kampfgruppen festgelegt worden sind? Wer die Vorgänge im Donbas beobachtet hat weiß auch, dass seit etlichen Jahren die Zivilbevölkerung in den Städten dort mit NATO-Waffen beschossen wird, was zu mehr als 14.000 toten Zivilisten geführt hat. Die NATO und ihr Generalsekretär stecken bis zum Hals im Blut der unschuldigen Zivilisten.

Arrogant geben sie ihre Lügenpolitik zu

Nun muss man sich einfach fragen, was sowohl Stoltenberg als auch Merkel, Hollande und Poroschenko veranlasst hat, die Wahrheit zu sagen. Letztere, als sie verkündeten, die Minsk-Vereinbarungen waren niemals dafür gedacht, Frieden zu stiften, sondern vielmehr dafür, die Ukraine aufzurüsten gegen Russland. Ach ja, warum wohl hat die Regierung Merkel unauffällig den § 80 des Strafgesetzbuches (StGB) gestrichen, der die Vorbereitung zu einem Angriffskrieg unter schwerste Strafen stellt? Schon nach deutschem Recht, das übrigens bis heute für Taten, begangen vor 2017, weiterhin gilt. In den UNO-Statuten findet sich ein ähnlicher Wortlaut. Ist diesen Kriegstreibern nicht bewusst, dass sie so selbst die Voraussetzungen geschaffen haben, vor ein internationales Tribunal gestellt und abgeurteilt zu werden? Realistisch betrachtet bedarf es nicht einmal eines Prozesses vor Gericht, denn die Täter sind geständig. Sie sollten sofort zumindest in Untersuchungshaft genommen werden. Schließlich besteht Fluchtgefahr. Poroschenko hat sich schon nach London abgesetzt.

In diesem Sinn muss man Putin schon wieder Recht geben, wenn er sagt, der Westen sei das „Imperium der Lügen“. Aber ist es nicht so, dass der Westen, die USA allen voran, bisher immer mit ihren Lügen ungestraft davon gekommen sind? Ist es das, was diese Arroganz beflügelt, diesmal schon während eines laufenden Konflikts zuzugeben, dass sie gelogen und den Krieg geplant haben? Oder rutscht die Wahrheit heraus, wenn

„Journalisten“ aus Versehen die richtigen Fragen stellen? Dabei hat diese Frage an Stoltenberg nicht einmal auf die erstaunliche Antwort gezielt. Hat Stoltenberg also nur geprahlt, wie großartig seine Arbeit für die NATO und natürlich das US-Imperium ist, wie vorausschauend er plant und konnte sich diese Selbstbeweihräucherung nicht verkneifen? So oder so, er hat es gesagt und so alles bestätigt, was Russland und jetzt auch China der NATO und den USA vorwerfen.

Das Imperium der Lügen steht mit dem Rücken zur Wand

Bislang wurde jeder als „Putinverstehher“ abgekanzelt, der darauf hinwies, dass die NATO-Osterweiterung schon ein aggressiver Akt des Westens war, die NATO schuldig an der jetzigen Sonderoperation Russlands ist, der Westen niemals Kiew ermahnt hat, die Minsk-Vereinbarungen endlich umzusetzen und dass die Sanktionen gegen Russland unrechtmäßig und für uns selbst schädlich sind. Wie wird es jetzt aussehen, nachdem sich Stoltenberg bei den Putinverstehern eingereiht hat? Und dann noch die Sache mit der Sprengung von Nordstream. Die USA dementieren natürlich. Aber sollte nicht gelten: Wer einmal lügt...und noch dazu so frisch dabei ertappt wurde? Wie kann sich da die Regierung der BRD noch herauswinden, wenn sie die Aufklärung dieses kriegerischen Akts gegen Deutschland immer noch verweigert? NATOstan steht vor seinem Armageddon.

Ist es nicht eher ein schlechter Witz, wenn die USA jetzt fordern, man müsse die Unterwasserleitungen besser schützen? Hat sich in Washington die Erkenntnis verbreitet, das sie nicht die einzigen sind, die ein solches Husarenstück durchführen können? Es ist wohl das übliche Vorgehen des Imperiums der Lügen: Alles, was man selbst tut, der „Feind“ aber nicht, wirft man dem Feind vor und geht davon aus, dass der Feind genauso perfide handeln wird, wie man es selbst schon getan hat.

Die Welt sieht, wer lügt und wer welche Ziele verfolgt. Danke Herr Stoltenberg. Aber zeigt der Lapsus dieses Psychopathen nicht auch, dass die Führer im Westen ganz genau wissen, was sie anstellen und wie sie es tun. Hunderttausende, ja Millionen Menschenleben, zählen nichts für die hehren Ziele, die Macht des US-Imperiums zu erhalten und Russland und China zu vernichten. Und bitte nicht vergessen, Deutschland auch und das ganze seit mehr als hundert Jahren mit London in der ersten Reihe.

Ich bin kein Putinverstehher

Irgendwie will ich mich nicht an der Seite Stoltenbergs sehen als Putinverstehher. Deswegen sage ich hier ganz klar: Ich bin kein Putinverstehher! Ich verehere Präsident Putin als den größten Staatsmann zumindest des 21. Jahrhunderts. NATO-Stoltenberg hat mich gerade darin bestätigt ebenso, wie er bewiesen hat, dass Publikationen aus Russland, zum Beispiel Russia Today, eher die Wahrheit verkünden, als alle unsere Systemmedien. Dort konnte man schon lange erfahren, was Stoltenberg, Merkel und Co wirklich treiben. Genau das, nämlich eine wahrheitsgetreuere Berichterstattung, ist der Grund, warum bei uns diese russischen Medien zensiert, verboten worden sind. Die Propagandalügen des Westens sollen nicht gestört werden. Wie sonst kann ein Imperium der Lügen seine Bürger fortlaufend belügen und zu viele die Lügen auch noch glauben machen.

In diesem Zusammenhang kam gerade noch die passende Meldung. In Israel gibt es ein Unternehmen Namens „Team Jorge“, das seit geraumer Zeit gegen viel Geld anbietet, mit Falschmeldungen und Trollen Wahlen und Politik zu manipulieren. Sie reklamieren große Erfolge für ihre Tätigkeit. In USA werden die Zensuraktionen von Twitter und Co gerade öffentlich aufgearbeitet. Das FBI selbst, „Big Pharma“ und sogar das US-Gesundheitsministerium waren die Täter. Die Offenbarung von Stoltenberg zeigt wohl auch

nur die Spitze des Eisbergs der Lügen. Aber das kommt dabei heraus, wenn „Spitzenkräfte“ nicht nach Qualifikation ausgewählt werden, sondern nach ideologischem Gehorsam. So, wie unsere in dieser Hinsicht überqualifizierte Außenministerin mal eben Russland den Krieg erklärt hat. Auch das war so ehrlich, wie Stoltenbergs Offenbarung zum Kriegsbeginn. Ach ja, nur Russland lügt und verbreitet propagandistische Falschmeldungen.



Zum Autor: Peter Haisenko ist Schriftsteller, Inhaber des [Anderwelt-Verlages](#) und Herausgeber von [AnderweltOnline.com](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Stoltenbergs „Geständnis“ – Ukraine-Krieg begann bereits 2014

17. 02. 2023



Für viele Analysten und Betrachter eine jahrelange, nicht weg zu diskutierende Tatsache. Für einen Großteil der Medien und der Politik ein Argument der „Putin-Versteher“ oder Bestandteil von Verschwörungstheorien.

Nun erfolgte, zu aller Erstaunen, die offizielle Bestätigung aus dem Hauptquartier der NATO. „Kampftruppen“ wurden demnach schon 2016 „festgelegt“.

„Schwelender“ Konflikt bis dato in Abrede gestellt

Die offizielle Sprach- und Gedankenregelung seitens der hiesigen Polit- und Medienszene behauptet unbeirrbar und „resistent“ ablehnend gegenüber jeglichen Gegenargumenten, dass der Ukraine-Krieg am 24. Februar 2022 begann.

Die gesamte Vorgeschichte, eines sich stetig dynamisierenden Konflikts zwischen der NATO und Russland, sei dabei nicht zu negieren. Kritiker dieser Darstellung, also der Wahrnehmung eines, schon seit Jahren schwelenden Kriegskonflikts, gerieten jedoch bis zum 13. Februar 2023 sehr schnell in den Verdacht unangebrachter, unerwünschter, daher auffälliger Geschichtsfälschung und sträflicher Russland-Sympathie.

Stoltenberg-„Outing“ bei Pressekonferenz

Auf der [Pressekonferenz](#) im NATO-Hauptquartier am 13. Februar ließ nun der Generalsekretär Jens Stoltenberg höchstpersönlich die anwesenden Journalisten aufhorchen, bezüglich einer, nun offiziellen Datumskorrektur hinsichtlich des Beginns kriegerischer Ereignisse in der Ukraine.



Zentrale Ermittlungsstelle

@ZentraleV · Folgen



Ab jetzt keine Verschwörungstheorie mehr, NATO-Generalsekretär Stoltenberg: „Wie wichtig es war, dass die NATO seit 2014 die größte Verstärkung unserer gesamten Verteidigung seit einer Generation durchgeführt hat. Weil der Krieg nicht letztes Jahr Februar begann, es begann 2014.“



7:09 nachm. · 13. Feb. 2023



2.927



Antworten



Link kopier.

[219 Antworten lesen](#)

Seite E 115 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

Ein *Associated Press*-Reporter wollte vom Generalsekretär erfahren, wie nach einem Jahr der jüngsten Ereignisse in der Ukraine, der aktuelle Krieg „die NATO und insbesondere Ihre (Stoltenbergs) Arbeit verändert“ hätte.

Die wörtliche Erklärung seitens Stoltenberg dazu lautete, „in einer Hinsicht hat sich die NATO nicht verändert. Es hat gerade gezeigt, wie wichtig die NATO gewesen ist. Tatsächlich hat die NATO seit 2014 die größte Verstärkung der kollektiven Verteidigung seit einer Generation durchgeführt, weil der Krieg nicht letztes Jahr im Februar begann. **Er begann 2014.**“

Diese nun bestätigte Tatsache hätte „zu einer umfassenden Anpassung unseres Bündnisses, mit höherer Bereitschaft der Streitkräfte, mit mehr Präsenz im östlichen Teil des Bündnisses, mit mehr Übungen geführt“, so Stoltenberg weiter in seiner Ausführung zu Aktivitäten an der NATO-Ostflanke.

Als vermeintlich und offenbar höchst erwünschten positiven Nebeneffekt der gebündelten Aktivitäten des militärischen Bündnisses in der Ukraine fügte der NATO-Chef hinzu, „und zum ersten Mal seit vielen, vielen Jahren haben alle Verbündeten begonnen, ihre Verteidigungsausgaben zu erhöhen.“

Mit Beginn der Ereignisse ab dem 24. Februar hätte das NATO-Bündnis unmittelbar beschlossen „unsere Präsenz zu erhöhen“, um diese „verstärkte Präsenz aufzubauen, die wir in den letzten Jahren bereits umgesetzt hatten“.

Darauf folgte dann eine weitere Bestätigung durch Stoltenberg, „wir hatten die Kampftruppen 2016 festgelegt.“

Die „Invasion war keine Überraschung“, so Stoltenberg weiter erläuternd. Die Ereignisse waren „absehbar“, daher wäre die NATO „vorbereitet gewesen, als es passierte“.

Alles in Allem also eine „politisch korrekt formulierte“ Bestätigung der spätestens seit Beginn der russischen Sonderoperation vehement vertretenen „Verschwörungstheorien von Russensympathisanten“.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Bedrohung durch Putin. "Darauf muss Deutschland jetzt endlich reagieren"

https://www.t-online.de/nachrichten/ausland/krisen/id_100122706/bedrohung-durch-putin-darauf-muss-deutschland-jetzt-endlich-reagieren-.html



Interview Von [Marc von Lüpke](#), [Florian Harms](#)
Aktualisiert am 14.02.2023 - 11:30 Uhr Lesedauer: 8 Min.

Unsere Interview-Regel

Der Gesprächspartner muss auf jede unserer Fragen antworten. Anschließend bekommt er seine Antworten vorgelegt und kann sie autorisieren.



Olaf Scholz: Deutschland muss mehr in seine Sicherheit investieren, sagt Christoph Heusgen. (Quelle: Florian Gaertner/imago-images-bilder)

Seite E 117 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

Russland wird immer aggressiver, aber die USA wollen nicht ewig Europas Aufpasser sein: Deutschland wird sich mächtig umstellen müssen, sagt Christoph Heusgen, der neue Chef der Münchner Sicherheitskonferenz. Und erklärt, welches Schicksal Putin hoffentlich erwartet.

Lange hatte sich [Deutschland](#) in Sicherheit gewöhnt, doch mit Russlands Krieg gegen die [Ukraine](#) scheint die Zeit der Illusionen vorbei zu sein. Aber ist sie das wirklich? Die von Bundeskanzler [Olaf Scholz](#) verkündete "Zeitenwende" ist noch lange nicht vollzogen, der Streit über die Lieferung von Leopard-2-Panzern an die Ukraine zog sich lange hin und beschädigte das Verhältnis Deutschlands zu den [USA](#).

Sicherheit ist kostspielig, mahnt mit Christoph Heusgen einer, der es wissen muss. Lange Jahre beriet der Diplomat die frühere Bundeskanzlerin [Angela Merkel](#) in Fragen der [Außenpolitik](#). Am kommenden Freitag eröffnet er als Vorsitzender die Münchner Sicherheitskonferenz, das weltweit wichtigste Forum zu internationalen Sicherheitsfragen. Im t-online-Interview erklärt er, warum der Westen den Ukrainern nun auch Kampfjets liefern sollte, Putin ins Gefängnis gehöre und Olaf Scholz trotzdem den Kontakt zum Kreml halten müsse.

t-online: Herr Heusgen, der Kampfpanzer-Streit hat das Verhältnis zwischen Deutschland und den USA belastet. Ist es nachhaltig beschädigt?

Christoph Heusgen: Natürlich gab es auf amerikanischer Seite Verärgerung – immerhin wurden die USA zu etwas gezwungen, was sie eigentlich nicht tun wollten: ihren Kampfpanzer M1 Abrams an die Ukraine zu liefern. Da die Amerikaner der Ukraine zehnmal mehr Rüstungsgüter als Deutschland zur Verfügung stellen, ist ein gewisser Unmut über die deutsche Haltung nachvollziehbar.

Warum hat sich die Biden-Administration in die Enge treiben lassen?

Die Amerikaner wünschen sich ein größeres militärisches Engagement der Europäer. Für [Joe Biden](#) ist aber letztlich der Schulterschluss mit Europa und vor allem mit Deutschland das Wichtigste. Wir haben sehr viel Glück, dass gegenwärtig ein Transatlantiker im Weißen Haus sitzt und nicht ein Isolationist wie [Donald Trump](#).

Christoph Heusgen, Jahrgang 1955, ist seit 2022 Vorsitzender der **Münchner Sicherheitskonferenz**. 1980 trat der promovierte Wirtschaftswissenschaftler in den Auswärtigen Dienst ein, ab 2005 beriet Heusgen die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik. Anschließend war der Diplomat von 2017 bis 2021 Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen. Am 15. Februar 2023 erscheint Heusgens Buch "**Führung und Verantwortung. Angela Merkels Außenpolitik und Deutschlands künftige Rolle in der Welt**". € 24,00

Biden ist 80 Jahre alt, ob er für eine zweite Amtszeit antritt, ist immer noch unklar. Trump macht schon Wahlkampf.

Joe Biden wird nicht ewig Präsident bleiben, diese Tatsache sollten wir uns dringend in Erinnerung rufen. Wenn ich mich in Amerika umhöre, bekomme ich allerorten dieselbe Botschaft: Wir können uns nicht ewig so stark in Europa engagieren. Das gilt für die Republikaner, aber auch für die Demokraten. Darauf muss Deutschland jetzt endlich reagieren.

Deutschland verspricht seit langer Zeit, mehr Führung in Europa zu übernehmen. Passiert ist bisher aber nicht viel.

Die Amerikaner wenden ihre Aufmerksamkeit mehr und mehr dem indopazifischen Raum zu und verlangen von den Europäern, dass diese entsprechend mehr Verantwortung für ihre eigene Sicherheit übernehmen. Deutschland hat aber sein vor neun Jahren gegebenes Versprechen, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung aufzuwenden, immer noch nicht eingelöst. Deutschland ist in dieser Hinsicht eine Enttäuschung. Der Druck auf uns wird deshalb bald noch sehr viel größer werden.

Das Zwei-Prozent-Ziel ist selbst mit dem Sondervermögen für die Bundeswehr nicht dauerhaft erreichbar.

Ja, die 100 Milliarden [Euro](#) reichen nicht. Wir müssen verstehen, dass unsere Sicherheit kostspielig ist. Wir können uns nicht länger auf andere verlassen und darauf vertrauen, dass uns schon nichts passieren wird.

Die [Bundesregierung](#) lässt den Ukrainern nun die Kampfpanzer Leopard 1 und 2 liefern – lehnt gleichzeitig aber Kiews Wunsch nach Kampfjets ab. Ist das klug?

Ich kann diese pauschale Art der Absage nicht nachvollziehen. [Frankreich](#), [Polen](#) und die [Niederlande](#) können sich durchaus die Lieferung von Kampfflugzeugen vorstellen. Warum bemühen wir uns nicht um ein gemeinsames europäisches Vorgehen? Putin erfreut sich an diesen Dissonanzen.



Christoph Heusgen: Am 17. Februar 2023 eröffnet der Diplomat erstmals die Münchner Sicherheitskonferenz. (Quelle: [petersalt/MSK/Kuhlmann](#))

Vielleicht sind Kampfjets der Punkt, an dem Olaf Scholz fürchtet, dass Putin auch Westeuropa attackieren würde.

Diese Diskussion des Wenn-Dann hören wir seit einem Jahr bei jeder neuen Waffengattung, die der Westen der Ukraine zur Verfügung stellt. Und was ist passiert? Bis auf die üblichen Drohungen kam aus [Moskau](#) nichts. Putin weiß, dass er sich nicht mit der [Nato](#) anlegen

Seite E 119 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

kann, weil er dann den Kürzeren ziehen würde. Wenn er Nato-Territorium angreift, ist sein Regime binnen kurzem am Ende.

Mit Kampjets könnten die Ukrainer aber auch die russisch besetzte Krim oder sogar russisches Staatsgebiet angreifen. Dann würden sie den Konflikt massiv eskalieren.

Die ukrainischen Streitkräfte gehen bislang überaus verantwortungsbewusst mit den westlichen Waffensystemen um. Es geht ihnen um den Schutz des ukrainischen Luftraums, um die Zivilbevölkerung vor russischen Angriffen zu schützen, und die Möglichkeit, ihre Waffen im Verbund einzusetzen, um für ihre Streitkräfte die besten Bedingungen zu schaffen. Ich kann nicht erkennen, was daran falsch sein soll. Der Regierung in [Kiew](#) ist glasklar, wo die Grenzen eines möglichen Einsatzes liegen. Sie wissen: Wenn sie zu weit gehen, bekommen sie keine Unterstützung aus dem Westen mehr.

Russische Stellungen auf besetztem ukrainischem Territorium mit westlichen Jets zu bombardieren, halten Sie aber für angemessen?

Die Ukraine wendet ihr durch die UN-Charta verbrieftes Recht auf Selbstverteidigung an. Völkerrechtlich bestehen also keine Bedenken. Aus politischer Sicht sieht das anders aus. Die Ukraine hält sich daran, Waffen, die sie von ihren Partnern erhält, nicht in [Russland](#) einzusetzen.

ANZEIGE



["Führung und Verantwortung: Angela Merkels Außenpolitik und Deutschlands künftige Rolle in der Welt" von Christoph Heusgen](#)

Erscheint am 15.02.23.

[€ 24,00](#)

[amazonwarehouse](#)

Was muss geschehen, damit Putin zu ernsthaften Friedensverhandlungen bereit ist?

Putin respektiert nur eines, und das ist Stärke. Das kann ich Ihnen aus eigener Erfahrung sagen. Er verachtet Menschen, die er für Weichlinge hält. Uns Europäer betrachtet er als dekadent. Solange er glaubt, das westliche Engagement für die Ukraine sei nur temporär, wird er keine Zugeständnisse machen. Er glaubt, dass wir Europäer bald einknicken

Seite E 120 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

werden. Und dass die Stimmung in den USA kippt. Oder dass die ukrainische Bevölkerung demoralisiert aufgibt. Darauf setzt Putin. Er meint, einen stärkeren Durchhaltewillen als wir zu haben. Es wäre gut, wenn er sich irrte.

Geirrt hat sich vor allem Deutschland mit seiner jahrelangen Russlandpolitik. Sie haben jahrelang für Bundeskanzlerin Merkel gearbeitet. War ihr Umgang mit Putin naiv?

Nein, sie hatte keine Illusionen über Putin. Aber sie hat gleichzeitig alles versucht, ihn einzubinden, die deutsch-russischen Beziehungen zu pflegen, Putin einzuhegen. Nach dem ersten Einmarsch Russlands in der Ukraine 2014/2015 war es Merkel, die gemeinsam mit dem französischen Präsidenten Hollande den russischen Vormarsch aufgehalten hat und mit dem Minsker Abkommen eine diplomatische Lösung ermöglicht hat.



[Deutschland kann Panzerzusage an Ukraine nicht halten](#)



Das gefährliche Warten



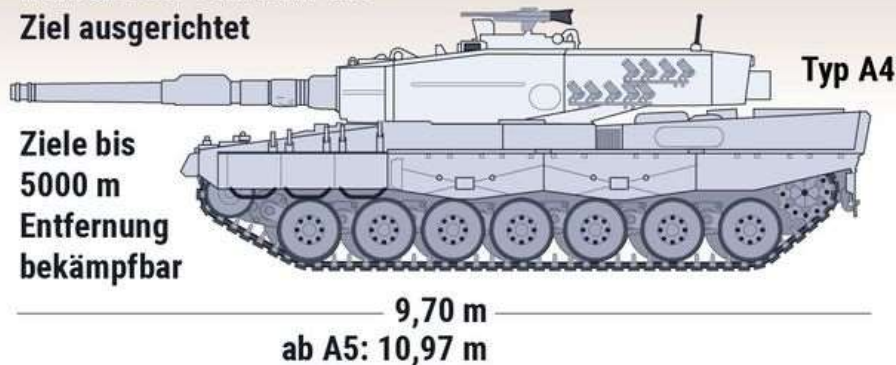
Russischer Kampffjet-Ingenieur flieht in die USA und packt aus

Zugleich ist Deutschlands Abhängigkeit vom russischen Gas gewachsen.

Das müssen Sie im Kontext der damaligen Zeit sehen: Nach der Atomkatastrophe von [Fukushima](#) hatte die Bundesregierung den Ausstieg aus der Atomkraft beschlossen – eine Entscheidung, die rund 80 Prozent der Menschen im Land begrüßten! Es musste also Energieersatz her. Kohle war schon damals aus Klimaschutzgründen problematisch, mit den Erneuerbaren waren wir noch nicht weit genug. Aus Politik und [Wirtschaft](#) kam der Wunsch nach mehr russischem Gas. Es war billig, und Russland hatte sich seit Jahrzehnten als zuverlässiger Lieferant erwiesen. Auch in vielen Medien wurden damals die Vorteile von [Nord Stream 2](#) betont.



Bordkanone: bleibt durch den Feuerleitrechner auch während der Fahrt auf das Ziel ausgerichtet



- Besatzung: Kommandant, Fahrer, Richtschütze, Ladeschütze
- Bewaffnung: Kanone Kaliber 120 mm
2x Maschinengewehr Kaliber 7,62 mm
- Gewicht: 55 t
- Gefechtsgewicht: 63,9 t (ab A5)
- Motorleistung: 1500 PS
- Reichweite: 450 km
- Geschwindigkeit: max. 70 km/h

Infografik: dpa, ha - Quelle: dpa
Foto: Bundeswehr/Marco Dorow

Wir haben uns also allesamt täuschen lassen und einen kollektiven Fehler begangen, meinen Sie?

Natürlich war es eine Entscheidung der Regierung. Aber sie fand im Kontext der gesellschaftlichen Stimmung statt. Das vergessen heute viele Kritiker.

Nun hat Putin seine wahren Absichten enthüllt. Wird der Westen ihm jemals wieder trauen können?

Nein, definitiv nicht. Putin ist ein Verbrecher. Er hat einen völkerrechtswidrigen Krieg begonnen und alle seine Versprechungen gebrochen. Russland hatte der Ukraine ja in zahlreichen Abkommen ihre territoriale Integrität garantiert. Den Ukrainern nun zu raten, das nächste Abkommen mit dem Kreml ohne handfeste Garantien zu schließen, wäre völlig inakzeptabel. Was nicht bedeutet, dass man nicht immer wieder versuchen muss, die Bereitschaft zu Verhandlungen auszuloten. Es ist richtig, dass Olaf Scholz Putin immer wieder anruft.

Aber nimmt Putin den Bundeskanzler überhaupt ernst, wenn er doch nur Stärke respektiert?

Europa ist nicht so schwach, wie manche meinen. Nach dem ersten russischen Angriff auf die Ukraine 2014 haben Angela Merkel und der damalige französische Präsident François Hollande Führung bewiesen und das Abkommen von Minsk vermittelt. Zugleich haben sie dafür gesorgt, dass die Europäer gemeinsam die verhängten Sanktionen gegen Russland getragen haben – und das alles im Gleichklang mit der US-Administration von Barack Obama. Das war ein Erfolg!

Ohne Amerika wäre Europa schutzlos. Das ist ein großes Risiko, falls in den USA wieder ein Präsident wie Trump an die Macht kommt. Sollten die französischen Atomwaffen "europäisiert" werden, um Deutschland und anderen EU-Staaten mehr Schutz zu bieten?

Es ist wichtig, dass Europa funktioniert. Insbesondere das Tandem aus Deutschland und Frankreich. Eine europäische Armee ist dabei aber nicht der beste Weg, auch eine Ausweitung des französischen Nuklearschirms ist sicher nicht in Sichtweite. Ganz ohne die USA wird es nicht gehen – aber zumindest eine leistungsfähige europäische Eingreiftruppe sollte doch möglich sein. Gerade wenn sich die Vereinigten Staaten aus einem Konflikt heraushalten wollen.



Angela Merkel und Wladimir Putin (Archivbild): Die frühere Bundeskanzlerin versuchte Russland einzuhegen, sagt Christoph Heusgen. (Quelle: Mikhail Metzel/imago-images-bilder)

So eine Truppe würde Einigkeit voraussetzen. Von der ist die EU aber weit entfernt. Ungarn unter Viktor Orbán betreibt sein eigenes Spiel, auch die Polen haben eigene Vorstellungen.

Wenn es hart auf hart kommt, halten die Europäer zusammen. Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Auch zu Zeiten Angela Merkels gab es einen Viktor Orbán, trotzdem ist es gelungen, Europa zusammenzuhalten. Nach Abschluss des Minsker Abkommens flogen Merkel und Hollande 2015 sofort nach Brüssel, um die Zustimmung der europäischen Partner einzuholen, was gelang. Noch ein Beispiel: Beim Atomabkommen mit Iran 2015 spielten die EU-Länder eine Schlüsselrolle.

In wenigen Tagen beginnt die Münchner Sicherheitskonferenz, die erste unter Ihrer Präsidentschaft. Wäre das nicht eine gute Gelegenheit, um mit Russland wieder ins Gespräch zu kommen?

Ja, ist es. Bei der Sicherheitskonferenz wird es eine Diskussionsrunde mit Vertretern der russischen Opposition und Zivilgesellschaft geben.

Aus der russischen Regierung haben Sie aber niemandem eingeladen, anders als im vergangenen Jahr.

Angesichts des massiven russischen Truppenaufmarschs an der ukrainischen Grenze hatten wir 2022 Vertreter der russischen Regierung zum Dialog eingeladen – unser Angebot wurde aber ausgeschlagen. Vier Tage nach Abschluss der Sicherheitskonferenz marschierte Russland in die Ukraine ein. Glauben Sie mir: Wenn ich auch nur den kleinsten Funken Hoffnung hätte, dass jemand seitens der russischen Regierung aufrichtiges Interesse an einem ernsthaften Austausch hätte, dann hätten wir eine Einladung in den Kreml geschickt. Ein bloßes Forum für Propaganda wollen wir jemandem wie Sergej Lawrow aber nicht bieten.

Der SPD-Außenpolitiker Egon Bahr, der in den Sechzigerjahren als Architekt der Ostpolitik galt, hat Russland mal als "unverrückbar" bezeichnet. Gilt das auch für Wladimir Putin?

Noch mal: Wladimir Putin ist ein Kriegsverbrecher, der begreifen muss, dass seine Politik der Gewalt keinen langfristigen Erfolg haben wird. Er gehört vor ein Strafgericht.

Was kann die Sicherheitskonferenz überhaupt bewirken, wenn keine russischen Vertreter dabei sind?

Wir haben russische Vertreter vor Ort – aus der Zivilgesellschaft und der Opposition. Wir erwarten dieses Jahr einen so großen Besucherandrang wie nie zuvor. Ich sehe darin einen Beleg für das weltweite Bedürfnis nach Austausch und Dialog. Das Ziel ist ein Schulterschluss der internationalen Gemeinschaft mit der Ukraine. Wichtig ist mir dabei das Podium mit Vertretern des "Globalen Südens". Damit wollen wir den weitverbreiteten Glauben widerlegen, dass der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine lediglich eine Fortsetzung des alten Ost-West-Konflikts sei und vermeintlich Unbeteiligte eine gewisse Äquidistanz einnehmen könnten.

Beliebteste Videos

Weil Russlands Völkerrechtsbruch weitere Aggressoren ermutigen könnte?

Genau deshalb. Immer wieder höre ich Stimmen, dass Russland nun das mit der Ukraine mache, was die USA 2003 mit dem Irak angestellt hätten. Diese martialische Politik muss enden. Nicht auszudenken, falls China, der Iran oder Nordkorea sich Putin zum Vorbild nehmen und andere Länder überfallen. Wir wollen die enorme Bedeutung einer regelbasierten Ordnung zwischen den Staaten herausstellen. Es geht im Ukraine-Krieg auch um die Verteidigung der UN-Charta und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte.

Herr Heusgen, vielen Dank für das Gespräch

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

01) Russland bei OSZE Treffen in Wien „willkommen“

06. 02. 2023



Nach zwei Jahren Pause und ein Jahr nach Kriegsbeginn in der Ukraine nimmt Russland wieder an der Parlamentarischen Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa teil. Wien verspricht Visa für sanktionierte Abgeordnete.

Visa-Erteilung trotz Sanktionen

Mehrere russische Abgeordnete werden an der Parlamentarischen Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in Wien teilnehmen.

Viele von ihnen stehen derzeit zwar auf westlichen Sanktionslisten, doch das österreichische Außenministerium verteidigte die Einreisegenehmigung für die Sitzung am 23. und 24. Februar als völkerrechtliche Verpflichtung.

Die erforderlichen Visa für die russische Delegation würden deshalb, trotz österreichischer „Sanktionsbefürwortung“, nicht verweigert.

Ballbesuch russischen Delegation als Völkerrechtsbruch

Außenminister Alexander Schallenberg hielt an der Einreiseerlaubnis fest. Er werde „sicher keinen Rechtsbruch begehen“, sagte er laut Parlamentskorrespondenz im EU-Hauptausschuss des Nationalrates.

Gleichzeitig warnte er, dass die Parlamentarier bei ihrem Aufenthalt in Wien keine anderen Veranstaltungen außerhalb der OSZE-Tagung besuchen dürfen.

Seite E 127 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

Zuvor waren Berichte aufgetaucht, wonach sie auch einen von der FPÖ organisierten Ball besuchen könnten. Das wäre „ein eklatanter Bruch des Völkerrechts“, so der Minister. Auch Bundeskanzler Karl Nehammer befürwortete die Teilnahme der russischen Delegation. Es wäre ein „völlig falscher Zugang“, sie von der OSZE auszuschließen.

Massive Kritik kam, wie erwartet, unter anderem vom ukrainischen Vertreter bei der OSZE, Jewgeni Zymbaljuk. Russland werde die Teilnahme für „eine große Propagandashow nutzen“, warnte er. Dazu könnte man wohl argumentieren, „der Schelm ist so wie er denkt“, denn in Sachen Propaganda ist die Ukraine wohl unangefochten.

Ukraine befürchtet russische Propaganda

Wladimir Dschabarow, Vizechef des Außenausschusses im russischen Föderationsrat, sagte dazu am 2. Februar, Österreich habe Russland versichert, die Teilnahme nicht zu behindern. Allerdings müsse sich die russische Delegation auf ernsthafte Angriffe während der Debatte einstellen.

„Wir verstehen, dass alle 30 NATO-Länder, die gleichzeitig der OSZE angehören, sich gegen unser Land aussprechen werden.“

Russland hatte zuletzt im Jahr 2021 an einer Sitzung der OSZE teilgenommen. Bei den letzten beiden Versammlungen verweigerten jedoch die Gastgeberländer Großbritannien und Polen der russischen Delegation die Visa.

Die OSZE mit Sitz in Wien ging aus der, 1975 etablierten Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) hervor, die die Entspannung zwischen Ost und West voranbrachte. Ihr gehören 57 Staaten aus Europa, Nordamerika und Asien an.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Europäische Union (EU) (Seiten E 128 - E 137)

02) Von der Leyen: „EU-Anti-Russland-Sanktionen schon im Dezember vor Ukrainekrieg“

20. 02. 2023



München – *„Die EU-Kommission hat bereits im Dezember begonnen, mit dem Weißen Haus über mögliche Sanktionen gegen Russland zusammenzuarbeiten.“*

Dies sagte EU-Kommission-Präsidentin Ursula von der Leyen auf der Münchner Sicherheitskonferenz. Dazu hätten die, von den USA veröffentlichten, Geheimdienstinformationen bezüglich der Stationierung von russischen Truppen an dessen Grenzen, die EU veranlasst.

Ziel der Sanktionen wäre es in erster Linie gewesen, unverzichtbare sowie High-Tech-Güter des Westens auf dem russischen Markt zu treffen.

Ursula von der Leyen holte dann noch einmal aus:

„Die Europäische Kommission hat bereits im Dezember begonnen, im Falle eines Konflikts mit der Ukraine mit dem Weißen Haus und dem Finanzministerium zusammenzuarbeiten. Tatsächlich hatten wir gehofft, dass wir diese Sanktionen nicht anwenden müssten.“

Von der Leyen elismerte: már a háború kezdete előtt az oroszok elleni szankciókat kezdtek kidolgozni

Nicht gelistet

[Mandiner](#)

https://www.youtube.com/watch?v=a_ikJsKdu2k&t=24s

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Joachim Kuhs: „REPowerEU“ bewirkt Erhöhung des Flatterstromanteils treibt Preise nach oben

13. 02. 2023



Zur heutigen [EU-Plenardebatte](#) über die Erweiterung nationaler Aufbaupläne um Energiemaßnahmen, mit denen die Abhängigkeit der EU von fossilen Brennstoffen aus Russland gesenkt, der grüne Wandel beschleunigt und die Energiearmut bekämpft werden sollen, äußert sich Joachim Kuhs, Leiter der AfD-Delegation im EU-Parlament, wie folgt:

„Die Bürger in den EU-Mitgliedstaaten kämpfen mit horrenden Energiepreisen, die Gasversorgung könnte im nächsten Winter gefährdet sein und das Problem flächendeckender Stromausfälle steigt. Schuld ist neben der Ampel in Berlin auch die verfehlte Politik der EU rund um den Green Deal. Und ausgerechnet jetzt kommt das nächste zentralisierungswütige EU-Programm um die Ecke. Sie wollen unsere Energieversorgung komplett umstellen.“

Als Deutscher ist mir sonnenklar: Das funktioniert nicht! Die ideologisierte Erhöhung des Flatterstromanteils aus Wind und Sonne gefährdet unsere Netzstabilität und treibt die Preise nach oben. Wir brauchen wirklich saubere, grundlastfähige und leistbare Energiequellen. Den teuren Flatterstrom aus landschaftszerstörenden Photovoltaikanlagen und Vögel tötenden und insektenfeindlichen Windrädern können die Grünen aller anderen Parteien gerne behalten.“

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Antirussische Energiesanktionen kosten Europa 792 Milliarden EUR
– D am schlimmsten betroffen

13. 02. 2023



Die Ausgaben der europäischen Länder zur Abfederung der steigenden Energiekosten (zum Schutz von Haushalten und Unternehmen) sind mittlerweile auf fast 800 Milliarden Euro gestiegen – wie [Reuters](#) berichtete.

Allein die EU-Länder hätten seither 681 Milliarden Euro für die Bewältigung der Energiekrise bereitgestellt. Großbritannien seit September 103,8 Milliarden, Norwegen 1,2 Milliarden Euro – so eine Analyse des „Think Tanks Bruegel“.

Die Gesamtsumme von insgesamt 792 Milliarden Euro sei deutlich höher als die 706 Milliarden Euro in „Brueghels“ jüngster November-Bewertung, da man auch weiterhin davon ausgehen müsse, dass Russland den größten Teil seiner Gaslieferungen nach Europa auch über den Winter hinaus einstellt.

Deutschland am meisten betroffen: 270 Milliarden

Deutschland führte die Ausgabenliste mit fast 270 Milliarden Euro an – ein Betrag, der alle anderen Länder in den Schatten stellte. Großbritannien, Italien und Frankreich folgten an zweiter Stelle, obwohl jeder von ihnen weniger als 150 Milliarden Euro ausgab. Die meisten EU-Staaten gaben einen Bruchteil davon aus.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) EU-Migrations-Gipfel: Lob von Österreich – Orban droht erneut mit Veto
(VIDEO)

10. 02. 2023



dav

Offenbar dämmert es nun auch den EU-Globalisierungs-Eliten, dass die von ihnen 2015 akkordierte unkontrollierte Massen-Migration nach Europa so nicht weiter gehen kann. Aus diesem Grund hatte ursprünglich Charles Michel, Präsident des Europäischen Rates, den Migrations-Sondergipfel einberufen.

„Herausforderung Migration“

Verklausuliert erklärte EU-Kommissionpräsidentin Von der Leyen (VdL), am Freitagmorgen in Brüssel nach einem einstündigen Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs.

„Migration ist eine europäische Herausforderung, die europäische Antworten erfordert.“

Relativierungs-Rhetorik inklusive: Außerdem müssten die EU-Länder aus früheren Migrationswellen lernen und gemeinsam handeln. (VdL)

„Fahrzeuge, Wachtürme, Technologie“

Der Vorsitzende des Brüsseler Gremiums kündigte zudem an: Es bestehe Einigung über eine Reihe sofortiger, konkreter und praktischer Schritte, einschließlich der Erhöhung der EU-Mittel für Grenzschutzausrüstung wie Fahrzeuge, Wachtürme und Überwachungstechnologie. ([Mandiner](#))

„Orban droht mit Veto“ ([Financial Times](#))

Vage blieb man auch in der Formulierung, wonach Notwendigkeit bestünde, das EU-Migrations- und Asylpaket zu vervollständigen.

Seite E 132 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

Und genau hier mögen dem ungarischen Ministerpräsidenten Orban die inneren Alarmsirenen angesprungen sein. Denn – wie die „Financial Times“ berichtete, würde Ungarns „starke Mann“ die Verhandlungen niederschlagen. – Resignativer Nachsatz: „Er findet auf jedem Gipfel etwas, wogegen er sein Veto einlegen kann“.

Allerdings unterschätzt die „FT“ dabei das politische Gespür des Ungarn. Scheint er doch zu wissen, dass hinter einer oft kolportierten „legalen Einreise“ von Migranten nur alter Wein in neuen Schläuchen verkauft werden soll.

Naiver ÖSI-Kanzler Nehammer

Und zeigte sich mit der ganzen Inszenierung „zufrieden“. Allerdings wurde die von ihm lauthals eingeforderte geforderte EU-Finanzierung von Grenzzäunen entlang der EU-Außengrenzen im Abschlussdokument nicht einmal erwähnt.

Und so mimte er – wohl in erster Linie aus innenpolitischen Gründen (letzte Wahlumfrage sieht seine ÖVP auf nur mehr kläglichen 19 Prozent) – den Hart-Rhetoriker:

„Wir haben eine klare Sprache, dass die EU-Außengrenzländer unterstützt werden.“

Und den Zweckoptimisten: Die EU schalte einen Gang höher im Kampf gegen illegale Migration. Alle EU-Außengrenzländer seien im Fokus der EU-Kommission:

„In dieser Klarheit hat es das noch bei keinem Rat gegeben.“

Alles wäre „ein wichtiges Signal“, so der Ösi-Kanzler. Und wie immer voller Worthülsen: Es sei ein „Erfolg des Bohrens harter Bretter“, dass sogar Luxemburg bereit gewesen sei, zuzustimmen.

Keine EU-Finanzierung von Grenzzäunen

Wobei die Realität dann doch eine andere ist: Hatte sich doch Luxemburgs Premier Xavier Bettel schon zuvor gegen EU-finanzierte Grenzzäune ausgesprochen. ([oe24](#)) Die Effektivlosigkeit erkennt man an diesem Unterfangen: Dass nämlich zwei Pilotprojekte an den Außengrenzen gestartet werden. Laut EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sehe eines der Projekte vor, die Grenze zwischen dem EU-Land Bulgarien und der Türkei mit Fahrzeugen, Kameras, Straßen und Wachtürmen zu sichern. Diese sollten aus EU-Mitteln, dem bulgarischen Haushalt und Beiträgen der EU-Staaten finanziert.

Wohin mit den abgelehnten Asylwerber?

Einig waren sich die EU-Staaten zwar darin, mehr Druck auf sichere Herkunftsländer auszuüben, wenn sie etwa bei der Rücknahme abgelehnter Asylwerber nicht kooperieren. Ob der angekündigte Druck durch die EU-Mitgliedsstaaten, etwa Visaverschärfungen, eine schärfere Handelspolitik oder gekürzte Entwicklungshilfe überhaupt erst durchgesetzt werden, darf aber bezweifelt werden.

Österreichs Vorbild aus der Zeit der Türkenkriege (1683): Kaiser flieht nach Passau

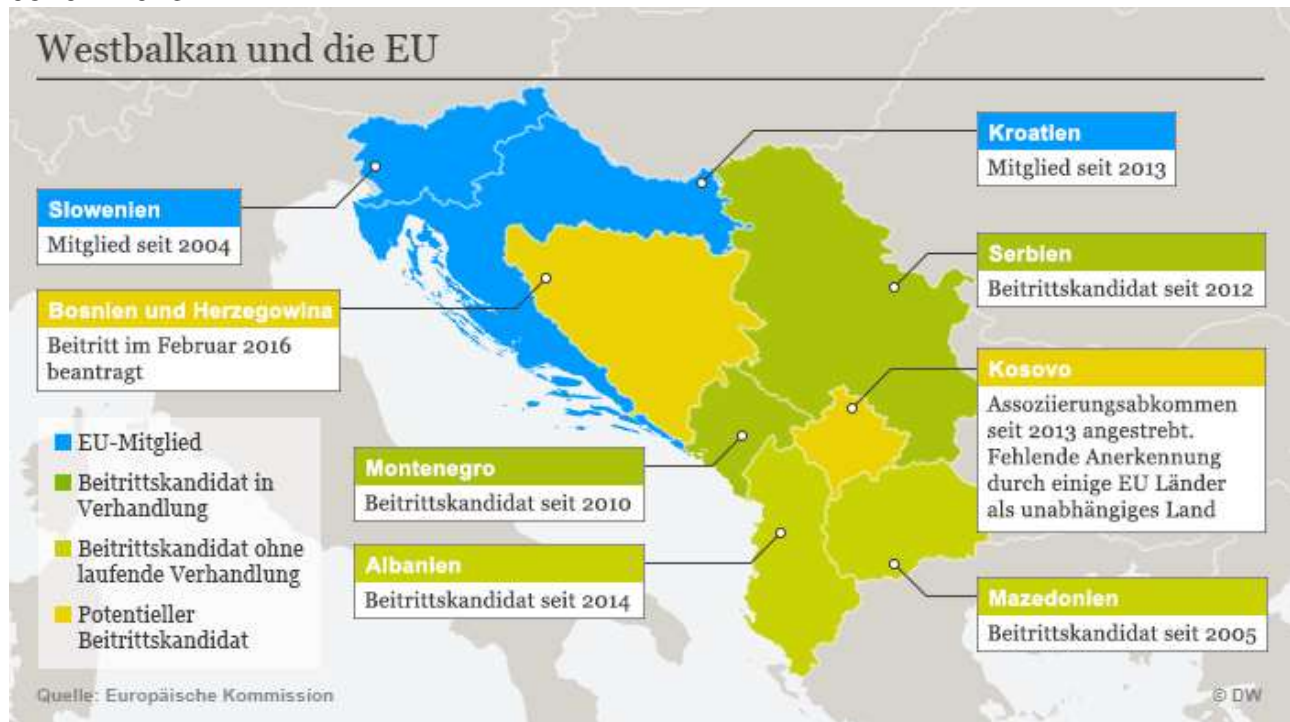
Aha... Nehammer darf also weiter hoffen. Und wird bestimmt nicht die Courage haben, sein Veto einzulegen. Vorbild dürfte auch hier die österreichische Nationalerfahrung zur Zeit der

Türkenbelagerung Wiens gewesen sein: Als sich der österreichische [?] Kaiser Leopold I feige nach Linz und Passau absetze, und die Entsatzschlacht von Wien den tapferen Polen überließ...

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Druck auf Bosnien-Herzegowina – EU Russland-Politik muss übernommen werden

05. 02. 2023



Der Druck aus Brüssel auf Serbien und Bosnien-Herzegowina, die eine EU-Mitgliedschaft anstreben, sich in der Außenpolitik mit der EU „gleich zu schalten“, wird immer größer.

Nach Aufrufen, sofort Sanktionen gegen Moskau zu verhängen, nimmt man nun auch die Visafreiheit mit Russland ins Visier.

Mit allen Mitteln – Balkan muss unter das „EU-Diktat“

Die EU-Verwaltung in Brüssel gibt ihre Absicht nicht auf, einzelne Balkanstaaten als EU-Beitrittskandidaten dazu zu drängen, „ihre Außen-, Sicherheits- und Handelspolitik vollständig mit der EU-Politik in Einklang zu bringen“.

Diese mehrfach wiederholte Warnung wurde zuletzt in einem gegen Ende letzten Jahres veröffentlichten Bericht festgehalten, und es ist klar, dass sie sich in erster Linie auf die Kandidatenländer [Serbien](#) und Bosnien-Herzegowina bezieht, die zu Zeit eine EU-Mitgliedschaft anstreben.

Seite E 134 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

Bosnien und Herzegowina hatte als eine dysfunktionale multinationale Gemeinschaft erst jüngst den Kandidatenstatus erhalten. Jedoch ist dieses Land, das von interethnischen Meinungsverschiedenheiten und systemischer Korruption belastet ist, ist mit unzähligen Bedingungen und Hindernissen konfrontiert, die eine EU-Mitgliedschaft unwahrscheinlich und fragwürdig machen könnten.

In Serbien ist die Lage etwas günstiger, wenn es um europäische Normen geht, die größtenteils eingehalten würden, aber die Verhandlungskapitel werden dennoch nur langsam geöffnet. Nicht zuletzt auf Grund eines historischen Nahverhältnisses zur „Schutzmacht“ Russland.

Es ist also auch klar, dass Serbien vor erheblichen Herausforderungen, genannt Kosovo und Russland, steht.

Wenig Sympathien für EU

Der Optimismus über den etwaigen Abschluss eines annehmbaren Abkommens mit Pristina schwindet. Nachdem sich die, von Brüssel und Washington gesteuerte Regierung von Premierminister Albin Kurti geweigert hatte, die Bedingungen aus dem 2013 unterzeichneten Abkommen zu erfüllen.

Selbiges enthielt die Einrichtung einer Gemeinschaft serbischer Gemeinden im Norden der abtrünnigen serbischen Provinz Kosovo, die 2008 einseitig ihre Unabhängigkeit ausgerufen hatte.

Andererseits widersetzt sich die Regierung in Belgrad unter Präsident Aleksandar Vučić dem immer stärkeren Druck, Russland den Rücken zu kehren und Sanktionen gegen Moskau zu verhängen. Schließlich ist Belgrad mit der Tatsache konfrontiert, dass über 80 Prozent der serbischen Bürger gegen die Einführung von Sanktionen gegen die Russische Föderation eintreten.

Ganz klar nicht mehr weg zu diskutieren ist, dass der frühere „Eurofanatismus“ längst verflogen und die serbische Gesellschaft durch Misstrauen gegenüber den wirklichen Absichten Brüssels geprägt ist, vor allem wenn es um den EU-Erweiterungsprozess geht.

Ziemlich klare Töne erreichen den Balkan, dass auch diese Region einen „Platz in der europäischen Staatengemeinschaft“ habe, aber deklarative Botschaften werden zunehmend als Plattitüden wahrgenommen, die jeglicher tatsächlichen Grundlage entbehren.

Auf der anderen Seite stehen nicht wenige große europäische Länder der Erweiterung der Union skeptisch gegenüber, was im offiziellen Paris und Amsterdam auch gar nicht verborgen wird.

Druck seitens EU verstärkt die Skepsis

Auch aus diesem Grund wurde die jüngste Botschaft europäischer Einrichtungen über die Notwendigkeit der „Angleichung an die Visapolitik der EU“ als weiterer Druck wahrgenommen, der zu innerstaatlichen Meinungsverschiedenheiten führen werde, insbesondere in Serbien, das die Visafreiheit und einen regulären Flugverkehr mit der Russischen Föderation generell aufrechterhält.

Seite E 135 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

Ob dieser Druck Früchte tragen könnte und ob Serbien und Bosnien-Herzegowina diesem Druck künftig nachgeben könnten, kann niemand vorhersagen. Es ist klar, dass eine solche Entwicklung den Volkswirtschaften beider Länder schaden würde.

Sollten sich die Machthaber in Sarajevo von ihren eigenen Interessen leiten lassen und nicht von den Interessen Brüssels und Washingtons, wäre ein solches Szenario gänzlich unmöglich.

Die russische Botschaft in Sarajevo erklärte, sie sei „überzeugt, dass der derzeitige Rechtsrahmen in erster Linie den Interessen von Bosnien und Herzegowina entspreche, einem offenen Land, das die EU versuche, in eine Kolonie zu verwandeln“.

Russland erklärt „Kolonialisierungsambitionen“ der EU auf dem Balkan

Andererseits teilt die EU-Mission in Bosnien und Herzegowina mit, dass „für ein gutes Funktionieren des Visafreiheit mit der EU von Bosnien und Herzegowina die vollständige Anpassung an die EU-Visapolitik erwartet werde, die kein visumfreies Regime mit Russland vorsehen würde“.

Ob russische Staatsangehörige künftig ohne Visum nach Bosnien und Herzegowina einreisen können, entscheiden der Ministerrat sowie die, für die Außenpolitik zuständige Präsidentschaft von Bosnien und Herzegowina. Bedenkt man, dass auch die Republika Srpska in diesen gemeinsamen Institutionen ihre Aufgaben mit Vetorecht wahrnimmt, ist zu erwarten, dass eine Änderung der derzeitigen Visapolitik gegenüber Russland nicht einfach erfolgen wird können.

„Die Republika Srpska wird ihre außenpolitischen Positionen gegenüber Russland nicht ändern, und Russland bleibt ein wichtiger Partner der Republika Srpska“, erklärte Präsident Milorad Dodik kürzlich und hob damit deutlich die Position einer der beiden Entitäten in Bosnien und Herzegowina hervor.

Seit Beginn der russischen Sondermilitärintervention in der Ukraine hatte Bosnien und Herzegowina über seine Mission in Brüssel allerdings für mehrere Sanktionspakete der EU gegen Russland gestimmt.

Allerdings sind diese Sanktionen in der Praxis nicht wirksam, da die Entscheidung über ihre Durchsetzung vom Ministerrat Bosnien und Herzegowinas aufgrund der Verweigerungshaltung der Minister der Republika Srpska nicht bekräftigt wurde.

Daher sind beide Länder, Bosnien und Herzegowina sowie Serbien, aus jeweils eigenen spezifischen Gründen noch weit von der Einführung von Sanktionen gegen Russland und einer Änderung der Visapolitik zu ihren eigenen Lasten, entfernt.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) „Ungarn wollen keine Insekten essen“ – Ungarn stellt sich quer gegen EU-Insekten-Verordnung

02. 02. 2023



Laut ungarischem Landwirtschaftsminister wollen die Ungarn zwar keine Insekten essen, aber aufgrund der letzten diesbezüglichen EuGH-Entscheidung könnten trotzdem traditionelle ungarische Essgewohnheiten bedroht sein.

Insekten-Lebensmittel werden diskriminiert

Aus diesem Grunde ändert nun das ungarische Landwirtschaftsministerium (AM) die Lebensmittel-Kennzeichnungsverordnung: Damit werden Produkte, die Insektenproteine enthalten, in den Regalen klar zu unterscheiden sein und werden getrennt ausgestellt – wie Landwirtschaftsminister István Nagy am Mittwoch in einer Erklärung ankündigte.

Ungarn als einziges EU-Land dagegen

Seiner Ansicht nach könnten nämlich traditionell ungarische Ernährungsgewohnheiten beeinträchtigt werden. Hatte doch Brüssel erst kürzlich Genehmigungen für den Verkauf von immer mehr Insektenarten für Lebensmittel erlaubt. István Nagy erinnerte daran, dass Ungarn als einziger EU-Mitgliedstaat die EU-Entscheidung nicht unterstütze, da es in der EU keinen Mangel an Lebensmitteln oder Eiweiß gebe.

Separate Kennzeichnung, separate Regale

Somit ändert nun das ungarische Landwirtschaftsministerium die Verordnung über die Etikettierung von Lebensmitteln ab, um den Verbrauchern glaubwürdige und genaue Informationen zur Verfügung zu stellen: Wonach die Zutaten an einer gut sichtbaren Stelle auf der Verpackung angezeigt werden müssen. Außerdem müssen diese Produkte in separaten Regalen in Geschäften platziert werden.

Umfrage: Ungarn wollen keine Insekten essen

Laut István Nagy hätten Meinungsumfragen diesen Befund ergeben – basierend auf einer Umfrage des „Nationalen Amtes für die Sicherheit der Lebensmittelkette“ (Nébih) würden nur weniger als 5 Prozent der Verbraucher Lebensmittel aus Insekten befürworten, aber mehr als 70 Prozent lehnen dies entschieden ab.

Keine Notwendigkeit

Laut Nagy verfüge Ungarn aufgrund des Fleißes und der Ausdauer der ungarischen Landwirte über viele hochwertige Rohstoffe, sowie frische, gesunde und qualitativ hochwertige Lebensmittel, so dass wir sie nicht entsorgen müssen.

„Es ist wichtig, dass wir unsere gastronomischen Traditionen bewahren und nicht zulassen, dass sie unsere Essgewohnheiten ändern.“ - so der Minister.

Dieser Artikel erschien zuerst auf [MANDINER](#), unserem ungarischen Partner der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Keine Berichte!

B R D e u t s c h l a n d (ohne Berlin und Land Brandenburg)

(Seiten E 139– E 197)

01) Über 1000 (!) Fälle: Report enthüllt welche kriminellen Bereicherer Flutopfer ausplünderten

25. 02. 2023



Hochwasser Kreuzberg (Ahr) – Drohnenaufnahme.- Screenshot YouTube

Ein Papier aus NRW, das [FOCUS online](#) vorliegt bestätigt das, was ohnehin jedem Menschen klar war, der noch geradeaus denken kann: Welcher Deutsche würde seine schwer geprüften Landsleute in der Not noch ausplündern oder überfallen? Wohl niemand.

Das Thema sorgte am 14. Februar für Brisanz in der Kabinettsitzung der schwarz-grünen NRW-Landesregierung. Im August 2022 hatte die AfD-Opposition einen langen Fragenkatalog zu den Plünderungen, Diebstählen und weiteren Straftaten während der Flutkatastrophe Mitte Juli 2021 gestellt. Gut ein halbes Jahr später passierte die 65-seitige Antwort von Justizminister Benjamin Limbach (Grüne) die Runde.

Insgesamt registrierten Justiz und Polizei in den betroffenen Regionen 1057 Fälle, die mit der Flutwelle vom 14. auf den 15. Juli zusammenhängen. Lediglich knapp die Hälfte konnte bisher aufgeklärt werden.

Diebstahl, Plünderungen und Wohnungseinbrüche nach der Flutkatastrophe

Bei den 632 Eigentumsdelikten haben die Beschuldigten „die Notsituation der Bevölkerung ausgenutzt“, heißt es in dem Bericht. Die Palette reicht von einfachem Diebstahl bis hin zu

schweren Delikten in Hotels, Geldinstituten oder auf Baustellen. Reihenweise wurden Autos oder Schmuck entwendet. Der Report registriert Unterschlagungen, Raubüberfälle, Plünderung der Auslagen von Geschäften sowie Dutzende Wohnungseinbrüche, berichtet [focus.de](https://www.focus.de).

„Rumänische Staatsbürger“, „Bulgaren“ und kurdisch-libanesische Clan-Mitglieder aber auch „Deutsche“

Der Mix dieser verabscheuungswürdigen Verbrecher setzt sich wie folgt zusammen. Von den 275 identifizierten Tatverdächtigen besaßen 196 keinen deutschen Pass. An der Spitze listet der Report 92 rumänische Staatsbürger auf, gefolgt von 13 Türken, zwölf Bulgaren, zwölf Serben und acht Syrern. Zwei Beschuldigte sind Mitglieder kurdisch-libanesischer Clans. Besonders schäbig die Syrer: Ist das etwa der Dank dafür, dass solche Falotten hier als „Schutzsuchende“ aufgenommen wurden.

Deutsche?

Ferner wurden für die sonstigen 425 Straftaten 350 Tatverdächtige ermittelt. Gut zwei Drittel von ihnen waren Deutsche. Insgesamt verfügten 53 deutsche Beschuldigte über eine doppelte Staatsbürgerschaft. Bei diesen Verfahren ging es unter anderem um Brandstiftung, Körperverletzung, Subventions- und Sozialleistungsbetrug sowie Veruntreuungen nebst Umweltdelikten. Bisher erfolgten 48 Schuldsprüche, weitere 56 Delinquenten erhielten Strafbefehle. Gut 800 weitere Verfahren wurden eingestellt. Warum wohl? Vermutlich waren die Verdächtigen schon weitergereist. Vor dem Hintergrund, dass die Kriminalstatistik nicht gesondert Straftaten durch Deutsche mit Migrationshintergrund aufweist, stellte die AfD den „umstrittenen“ Antrag, die Vornamen der deutschen Tatverdächtigen zu nennen. Angeblich waren diesbezügliche Ergebnisse nicht „aussagekräftig“.

Abschiebungen?

Wer nun glaubt, dass man derart schäbige Lumpen rasch repatriieren werde, liegt leider voll daneben. In lediglich 45 (!) Fällen „prüften“ die Ausländerbehörden eine Abschiebung. Wie viele dieser Personen tatsächlich das Land bis jetzt verlassen mussten, wird man wohl nie erfahren. Und die „Deutschen“ unter diesen Fachkräften in Sachen Plünderungen wird man ohnehin nicht mehr los.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Habeck will Sanktionsumgehung unter Strafe zu stellen

25. 02. 2023



Seit Beginn der russischen Sonderoperation in der Ukraine ist Russland, vor allem durch die EU, mit weitreichenden Handelssanktionen belegt.

Laut Bundeswirtschaftsministerium werden diese jedoch zu oft umgangen. Dies solle sich nun ändern und vorsätzliche Falschangaben künftig europaweit als Straftat geahndet werden.

Habeck plant „Sanktionsschlupflöcher per Strafe zu stopfen“

Das Bundeswirtschaftsministerium will die Umgehung der Wirtschaftssanktionen gegen Russland erschweren. Außenhandelsdaten deuteten darauf hin, dass EU-sanktionierte Güter „in erheblichem Maß“ aus der EU und damit auch aus Deutschland in bestimmte Drittländer ausgeführt und von dort nach Russland weiter exportiert werden.

Dies geht aus einem Papier des Bundeswirtschaftsministeriums hervor, das der *dpa* vorliegen soll. Zuvor hatten *RTL* und *n-tv* darüber berichtet.

In dem Papier soll den Berichten zu Folge geschrieben stehen, „diesen Umgehungsaktivitäten müssen wir uns gemeinsam effektiver als bislang entgegenstellen, auf nationaler Ebene und auf Ebene der EU.“

Das solle also im Fokus eines elften Sanktionspakets stehen. Dafür werde sich das Ministerium in enger Abstimmung mit den anderen Ressorts der Bundesregierung einsetzen.

Unternehmen sollen strenger kontrolliert werden

Konkret will das Ministerium Unternehmen stärker in die Pflicht nehmen. So sollen Exporte in bestimmte Drittstaaten nur noch bei Abgabe von transparenten „Endverbleibserklärungen“ im Rahmen der Ausfuhranmeldung möglich sein.

Weiter heißt es dazu, „das gilt für alle sanktionierten Güter, die von Bedeutung für die russische Kriegsmaschinerie sind. Dafür setzen wir uns auf EU-Ebene ein und passen die nationalen Regularien an.“

Vorsätzliche Falschangaben sollen künftig europaweit als Straftatbestand gelten. Zudem will das Ministerium die Unterstützung möglichst vieler Staaten gewinnen, um die Schlagkraft der Sanktionen zu erhöhen.

Dafür sollen diplomatische Anstrengungen mit dem neuen EU-Sanktionskoordinator und internationalen Partnern verstärkt werden. Der Wegfall von Zollerleichterungen könne Ländern Anreize zur Zusammenarbeit geben, die bislang nicht kooperiert haben.

Auch soll die Umgehung von Sanktionen stärker bestraft werden, wie es weiter heißt. So setze man sich in Brüssel dafür ein, „bestimmte Unternehmen aus Drittstaaten als Empfänger sanktionierter Güter auszuschließen“. Zudem will die Bundesregierung Hinweise auf Sanktionsverstöße stärker fördern.

Dafür ergänze man die EU-Sektor-Sanktionen mit einer Informationsoffenlegungspflicht, die sich an jedermann richte. Wer „sanktionsrelevante Informationen“ habe, müsse diese den Behörden melden.

Offenbar greift die Ampel hier wiederum auf das, in „Corona-Zeiten“ gerne geförderte „Denunzianten-System“ zurück.

Seit Beginn des Ukraine-Konfliktes, vor knapp einem Jahr, hat die EU neun Sanktionspakete gegen Russland auf den Weg gebracht. Das Zehnte ist in den Schlussberatungen, die sich allerdings auf Grund des „unerwarteten“ Widerstandes einiger Mitgliedsländer, recht schwierig gestalten.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Keine Flüchtlingsobergrenze für Faeser wegen „Ausnahmesituation“

24. 02. 2023



In einem Interview mit *RTL* und *ntv* spricht sich Bundesinnenministerin Nancy Faeser gegen eine Obergrenze bei ukrainischen Flüchtlingen aus.

Es herrsche derzeit eine „Ausnahmesituation“. Daher sei es absolut „ausgeschlossen“, an den Kosten für Flüchtlinge zu sparen.

Weder finanzielle noch quantitative Obergrenze

Bundesinnenministerin Nancy Faeser will keine finanzielle oder zahlenmäßige Obergrenze für Flüchtlinge aus der Ukraine. In einem Interview mit *RTL* und *ntv* am 22. Februar erklärte die Bundesinnenministerin, dass es „ausgeschlossen“ sei, an den Kosten für die Ukraine-Flüchtlinge zu sparen.

Laut der Politikerin herrsche derzeit eine „Ausnahmesituation“. Man könne wegen des „Krieges in Europa nicht von Grenzen sprechen“. Es gebe Ausgaben, „die kann man kaum streiten“, so die deutsche Innenministerin weiter.

Weiter steigende „Flüchtlingskosten“ prognostiziert

Die Ministerin sagte in dem Interview, dass sie insgesamt von steigenden Kosten ausgehe. Es erscheine ihr „nicht realistisch“, in diesem Jahr weniger Geld für Geflüchtete und Asylsuchende auszugeben als im Vorjahr.

Probleme am deutschen Wohnungsmarkt wegen der zusätzlichen Flüchtlinge sieht die Ministerin nicht. „Nahezu 70 Prozent seien privat untergebracht“, sagte Faeser gegenüber den Sendern.

Ein Wohnraumproblem habe es in Deutschland schon vor der Zunahme der Flüchtlinge durch den Ukraine-Konflikt gegeben. Auf die Preissteigerung in den Ballungsgebieten wirke sich die Unterbringung „überhaupt nicht aus“, so Faeser weiter.

Trotz dieses Wohnungsproblems wolle Faeser allerdings keine Obergrenze für „Zuwanderung“, offenbar scheint da wieder einmal die deutsche Bevölkerung mit diesem Problem im Stich gelassen zu werden.

Ein Problem sei jedoch, dass die Kommunen nach der Flüchtlingskrise 2015/16 viele Einrichtungen für Geflüchtete aus Kostengründen wieder abbauen mussten. Diese fehlten zwar jetzt, dennoch würden es laut der Ministerin „die meisten Kommunen ohne Turnhallenbelegung“ schaffen.

Offenbar ganz nach dem „altbewährten wir schaffen das“.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) ACHTUNG REICHELT!

Von JULIAN REICHELT

23. 02. 2023



Die Grundlage grüner Macht sind zwei Märchen: Das Märchen von der Energiewende. Und das Märchen von der bunten, offenen Gesellschaft. Einer der Vordenker der Grünen war Otto Schily. 1980 war er Mitbegründer der Partei.

1983 war er Mitglied der ersten Bundestagsfraktion der Grünen Partei. Otto Schily glaubte, dass die Grünen das Land besser machen könnten und, ja, ökologischer. Heute, genau vier Jahrzehnte nach dem ersten Einzug in den Bundestag, blickt Otto Schily fassungslos auf

Seite E 145 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

seine Partei von einst. Wir zeigen seinen Auftritt in Video – es ist sehr bemerkenswert. Den Windrad-Wahnsinn der Grünen Partei nennt Schily „eine schlimme Entwicklung“. Wenn es so weitergeht, sagt er, werde es keine Industrie mehr in Deutschland geben. Die Energie- und Klimapolitik in Deutschland habe „religiösen Charakter“, die Demonstranten der Letzten Generation, die Klimakleber, seien völlig irregeleitet.

Der Grünen-Gründer Schily rechnet mit den Grünen ab – deren Chefin Ricarda Lang heute ganz offen zugibt: „Ich glaube, dass die Leute es nicht gewohnt sind, dass junge Frauen sagen, dass sie Macht wollen.“ Natürlich wollen Politiker Macht – egal ob Männer oder Frauen. Aber die Grüne Partei sagt vollkommen offen, dass es ihnen NUR darum geht. Es geht um Macht. Sie wollen nicht unser Leben besser machen, sie wollen Macht haben und ausüben. Und wenn Sie das nicht wollen und Ricarda Lang kritisieren, dann sind Sie ein Sexist ...

Schily: Grüne führen Deutschland in die Armut! / Ricarda Lang: Ich will Macht!

[Achtung, Reichelt!](#)

<https://www.youtube.com/watch?v=0R6GOMUYyD4>

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) München: Große Friedensdemo – 20.000 fordern „macht Frieden! Diplomaten statt Granaten!“

Von DAVID BERGER

22. 02. 2023



Bild: StreetviewPhotography

Seite E 146 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

Die NATO-kritische internationale Demonstration des zivilgesellschaftlichen Bündnisses „Macht Frieden!“ rund um die oppositionelle Münchner Bürgerinitiative München-steht-auf versammelte am vergangenen Samstag rund 20.000 Menschen in München für eine Kundgebung auf dem Königsplatz mit anschließendem Demonstrationzug durch die Stadt.

Das Bündnis „Macht Frieden!“ besteht aus lokalen oppositionellen Bürgerinitiativen, regionalen Gruppen wie dem Freidenkerverband Hessen sowie überregionalen Initiativen wie den Handwerkern für den Frieden oder die europaweit aktive belgische Initiative Europeans United.

Hauptforderung der Kundgebung war der sofortige Stopp deutscher Waffenlieferungen in die Ukraine und das Anstreben einer Verhandlungslösung, also Diplomaten statt Granaten. Auf der Auftaktkundgebung sprach der Künstler und Unternehmer Dr. Diether Dehm über die Forderungen und Perspektiven der Friedensbewegung. Dehm war Bundestagsabgeordneter der Linkspartei von 2005 bis 2021 und stellte in seiner Rede fest:

„Die politische Kaste testet gerade aus, wie viel wir uns noch gefallen lassen. Sie wollen noch mehr als die 100 Mrd. für Aufrüstung. Die Zeche für die Rüstungsprofite zahlen die Arbeiterschaft und der Mittelstand in unserem Land.“

Jürgen Todenhöfer als Redner

Weiterer Redner der Auftaktkundgebung um 13 Uhr auf dem Königsplatz war der Jurist Dr. Jürgen Todenhöfer. Todenhöfer war Bundestagsabgeordneter von 1972 bis 1990 und damals Sprecher der CDU-Fraktion für Rüstungskontrollpolitik. In seinem Wortbeitrag bekräftigte Todenhöfer:

„Frieden ist immer möglich, wenn man ihn wirklich will. Die Kunst erfolgreicher deutscher Außenpolitik besteht nicht darin, sich in Kriege hinein zu drängen. Sondern darin, Deutschland aus Kriegen herauszuhalten und mitzuhelfen, Frieden zu schaffen.“

Die durchweg friedliche und störungsfreie Friedensdemo erntete viel Zuspruch von Passanten. Im Anschluss an den Demonstrationzug durch München sprach die Ärztin Dr. med. Ingrid Pfanzelt, eine langjährige Aktive der Internationalen Ärzte für die Verhütung eines Atomkriegs, IPPNW, über die Rolle der deutschen Zivilgesellschaft in der Verhütung eines Atomkriegs:

„Es bleibt keine Alternative, um uns aus der selbstmörderischen Eskalationsdynamik zu führen, als Diplomatie. Macht endlich Frieden! Alles andere kann in der nuklearen Katastrophe enden.“

Waffen schaffen keinen Frieden

Auf der Abschlusskundgebung sprach außerdem der Dessauer Kreishandwerksmeister Karl Krökel, Initiator der Handwerker für den Frieden, über den Wahnsinn der Sanktionspolitik aus Sicht des Mittelstandes:

„Wir sind mit den Sanktionen komplett gescheitert. Der Krieg wurde nicht beendet sondern ist weiter eskaliert. Deutschland betreibt Symbolpolitik auf Kosten der hiesigen Wirtschaft und Bevölkerung. Die Sanktionen müssen eingestellt werden.“

Die Forderungen der Friedensdemo entsprechen dem Wunsch vieler in Deutschland lebender Menschen nach einem Ende der Kriegeskalation in der Ukraine und einem

stabilen Frieden in Europa. Melchior Ibing, Sprecher der Münchner Bürgerinitiative München-steht-auf und Koordinator des Bündnisses „Macht Frieden!“ bekräftige:

„Waffen schaffen keinen Frieden, sondern befeuern den Krieg und verursachen immer weiteres Leid. Der nun geäußerte Wille der Regierung der Ukraine, verbotene Streu- und Phosphor-Munition zum Einsatz zu bringen, bestätigt erneut, dass die Beteiligten an diesem Krieg kein Maß und Ziel mehr kennen. Wir protestieren.“

Dieser Beitrag erschien zuerst auf [PHILOSOPHIA PERENNIS](#), unser Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Baerbock: Putin riskiert die Zukunft Russlands

Aktualisiert am 25.02.2023, 11:57 Uhr

<https://web.de/magazine/politik/russland-krieg-ukraine/baerbock-putin-riskiert-zukunft-russlands-37855990>

Außenministerin Annalena Baerbock hat Kremlchef Wladimir Putin vorgeworfen, mit dem Krieg gegen die Ukraine Russlands Zukunft aufs Spiel zu setzen. Das sagte sie bei einer Sondersitzung des UN-Sicherheitsrats in New York.- *(Bildcredit: picture alliance/dpa/Bernd von Jutrczenka) © 1&1 Mail & Media/spot on news*

07) Viel Kritik an Demonstration für Verhandlungen mit Russland

Aktualisiert am 25.02.2023, 11:22 Uhr



Sahra Wagenknecht (Die Linke, l), Politikerin, und Alice Schwarzer, Frauenrechtlerin, stehen im Rheinauhafen am Rhein. © dpa / Rolf Vennenbernd/dpa/Archivbild

Viel Kritik an Demonstration für Verhandlungen mit Russland

- **Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer demonstrieren am Samstag am Brandenburger Tor. Ihre Forderung: Friedensverhandlungen und ein Waffenstillstand im Krieg in der Ukraine.**
- **Ihr "Manifest für Frieden" hatte zuvor eine Kontroverse ausgelöst.**
- **Zahlreiche Politiker kritisieren nun auch den Protest.**

[Mehr aktuelle News](#)

Mit einer Großdemonstration in [Berlin](#) wollen die Linken-Politikerin [Sahra Wagenknecht](#) und die Frauenrechtlerin Alice Schwarzer ihre Forderung nach Verhandlungen mit Russland im Ukraine-Krieg untermauern. Für den Protest am Brandenburger Tor an diesem Samstag sind bei der Polizei 10.000 Teilnehmer angemeldet. Wagenknecht und Schwarzer hatten Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) kürzlich in einem viel diskutierten "Manifest für Frieden" aufgefordert, "die Eskalation der Waffenlieferungen zu stoppen" und sich "an die Spitze einer starken Allianz für einen Waffenstillstand und für Friedensverhandlungen" zu setzen.

Vizekanzler [Robert Habeck](#) (Grüne) kritisierte die Demonstration. "Jeder, der bei Sinnen und Verstand ist, wünscht sich Frieden", sagte der Bundeswirtschaftsminister am Freitagabend in einem ARD-"Brennpunkt". Wagenknecht und die ihr folgenden Leute wollten aber etwas als Frieden verkaufen, das ein "imperialistischer Diktator" Europa aufzwingt. Wenn sich das durchsetze, wäre das eine Einladung an den russischen Präsidenten [Wladimir Putin](#), die nächsten Länder zu überfallen.

Die Polizei wird mit deutlich mehr Kräften im Einsatz sein als bei einer großen Berliner Demonstration zur Unterstützung der [Ukraine](#) am Freitag, dem Jahrestag des russischen Angriffs auf die Ukraine. Hintergrund ist, dass die Demonstranten am Samstag aus verschiedenen politischen Lagern von weit rechts bis weit links kommen könnten und Konflikte befürchtet werden. Im Internet werde in viele unterschiedliche Richtungen mobilisiert, so die Polizei.

"Manifest für Frieden" von Schwarzer und Wagenknecht: Kritiker nennen Text "naiv"

[Schwarzer](#) und Wagenknecht hatten ihr Manifest vor zwei Wochen veröffentlicht. "Verhandeln heißt, Kompromisse machen, auf beiden Seiten. Mit dem Ziel, weitere Hunderttausende Tote und Schlimmeres zu verhindern", hieß es darin. [Kritiker hatten ihnen vorgeworfen, der Text sei "naiv"](#). Auch [Scholz](#) hatte gesagt, er teile die Überzeugung darin nicht. Man müsse verstehen, "dass der russische Präsident gegenwärtig nur eine Form von Verhandlungen akzeptiert, nämlich dass irgendjemand bedingungslos kapituliert und er alle seine Ziele durchsetzt", sagte der Kanzler in der ZDF-Sendung "Maybrit Illner".

Führende Politiker von [SPD](#) und Linke grenzten sich ebenfalls ab. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich sagte der "Rheinischen Post" (Samstag): "Die Sichtweise von Frau Wagenknecht ist nicht meine." Es wäre aus seiner Sicht gut gewesen, wenn der Aufruf eine stärkere Abgrenzung gegenüber radikalen Strömungen gehabt hätte. Mützenich sagte aber auch, man müsse anerkennen, dass Teile der Bevölkerung eine noch stärkere Orientierung auf Friedensgespräche wünschten.

Auch Linke-Parteichefin [Janine Wissler](#) kritisierte den Aufruf zur Veranstaltung. Der Umgang mit der Mobilisierung in rechten Kreisen mache ihr Sorgen. "Da hat der Aufruf eine

Göring-Eckardt: Scharfe Kritik an Wagenknecht und Schwarzer wegen "Manifest für Frieden"

Aktualisiert am 12.02.2023, 13:28 Uhr

Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt äußert scharfe Kritik an dem von der Linken-Politikerin Sahra Wagenknecht und der Frauenrechtlerin Alice Schwarzer initiierten Manifest gegen weitere Waffenlieferungen an die Ukraine. Der Aufruf sei "naiv" und "unehrlich".

<https://web.de/magazine/politik/kritik-demonstration-verhandlungen-russland-37855474>

Alice Schwarzer widerspricht Vorwürfen: Gegenteil von rechter Politik

Alice Schwarzer widersprach den Vorwürfen. "Selbstverständlich werden wir gegen jede Art von rechtsextremer Propaganda auf dem Platz angehen", versicherte die Frauenrechtlerin der Deutschen Presse-Agentur. Sowohl Wagenknecht als auch sie stünden für das Gegenteil von rechter Politik. Mit Blick auf die vielen Unterzeichner des Manifestes sagte sie: "Wir sind also auf dem besten Weg, eine richtige Bürgerbewegung zu werden." Es erstaune sie, dass Kanzler Scholz die Bedenken so vieler Menschen offenbar nicht ernst nehme. "Es geht hier um das Überleben der Menschheit", sagte Schwarzer. "Der UN-Generalsekretär Antonio Guterres hat gesagt, wir gingen mit offenen Augen in den Weltkrieg."

Schwarzer bestritt auch, dass sie generell gegen Waffenlieferungen an die Ukraine sei. Diese müssten aber einhergehen mit diplomatischen Bemühungen. Es stimme absolut nicht, dass Wagenknecht und sie eine Kapitulation der Ukraine in Kauf nehmen wollten. "Aber nach einem Jahr Tod und Zerstörung frage ich auch: Was hält uns davon ab, jetzt schon Verhandlungen zu beginnen anstatt noch drei Jahre damit zu warten?"

Demo zum Jahrestag des Kriegsbeginns

Am Freitagabend hatten mehr als 10.000 Menschen in Berlin gegen den Krieg demonstriert und die Unterstützung der Ukraine gefordert. Das Brandenburger Tor war am Abend blau-gelb angestrahlt. Bei einer Kundgebung riefen Berlins Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD) und der ukrainische Botschafter Oleksii Makeiev zur Solidarität mit der Ukraine auf. Begleitet wurden sie auf der Bühne von vielen Botschaftern weiterer europäischer Länder.

Viele Demonstranten schwenkten blau-gelbe ukrainische Flaggen. Immer wieder riefen sie "Freiheit für die Ukraine" und "Stoppt den Krieg". Vor der Russischen Botschaft nahe das Brandenburger Tors skandierten die Menschen: "[Russland](#) ist ein Terrorstaat".

Botschafter Makeiev dankte den Deutschen für ihre "fantastische Solidarität". Eine Million Ukrainer hätten Schutz gefunden und Deutschland habe Waffen geliefert. "Deutsche Waffen

retten Leben. Deutsche Waffen retten Ukrainer", rief er. Makeiev hatte am Freitagnachmittag einen vor der russischen Botschaft aufgestellten zerstörten Panzer besichtigt. Über die Gegner weiterer Waffenlieferungen sagte Makeiev: "Der Frieden muss erkämpft werden."

Mehrheit sieht deutsche Kriegsbeteiligung wegen Waffenlieferungen

Eine Mehrheit der Menschen in Deutschland ist der Auffassung, dass die deutschen Waffenlieferungen in die Ukraine eine Kriegsbeteiligung bedeuten. In einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov im Auftrag der Deutschen Presse-Agentur stimmen 51 Prozent der Befragten dieser Einschätzung zu, nur 37 Prozent sehen das nicht so. Völkerrechtler sind sich einig, dass Waffenlieferungen in einen Krieg den Lieferanten nicht zur Kriegspartei machen – egal, um welche Waffen es sich handelt. Russland sieht die westlichen Verbündeten der Ukraine dennoch als Kriegsbeteiligte.

Ein Jahr nach dem russischen Angriff ist die Haltung zu den Waffenlieferungen in Deutschland geteilt. 40 Prozent der von YouGov Befragten meinen, es seien zu viele Waffen aus Deutschland an die Ukraine geliefert worden. Dagegen halten 22 Prozent die militärische Unterstützung für zu gering, 23 Prozent finden sie genau richtig. (dpa/tas)

08) Berlin: Mit Kerzen und Panzer Zeichen setzen

Eine Reportage von Jan-Henrik Hnida

Dieser Text enthält neben Daten und Fakten auch die Eindrücke und Einschätzungen von Jan-Henrik Hnida. Informieren Sie sich über [die verschiedenen journalistischen Textarten](#).

Aktualisiert am 24.02.2023, 18:16 Uhr



Ein zerstörter russischer Panzer steht mahnend vor der russischen Botschaft in Berlin.

© Jan-Henrik Hnida/1&1 Mail & Media GmbH

Berlin: Mit Kerzen und Panzer Zeichen setzen

- **Nicht nur am Gedenktag des Kriegsausbruchs setzen Menschen vor der russischen Botschaft in Berlin Zeichen – manche tun es seit einem Jahr.**
- **Mahnen einige mit Kerzen, tut es ein Kollektiv mit einem zerstörten Panzer.**
- **Eine Ukrainerin berichtet, warum sie schon zum zweiten Mal vor Putin flüchten musste. Andere erinnern sich noch genau, was sie am Tag des Kriegsausbruchs gemacht haben.**

Zelte, Panzer, zerstörte Häuser und Menschen, die sich umarmen. All das sieht man auf den Fotos der Mahnwache vor der russischen Botschaft in [Berlin](#). Zum Jahrestag am 24. Februar haben viele Kerzen und Blumen dazugestellt.

[Mehr aktuelle News](#)

Seit einem Jahr stehen hier täglich Annett und ihre 20 Mitstreiterinnen und Mitstreiter und passen abwechselnd auf. Eine private Initiative, in der Menschen von hier aus ein Zeichen setzen wollen - direkt vor der Nase des Aggressors.

"Wir verabreden uns spontan und stehen dann mal einige Stunden, mal acht oder manchmal gar nicht hier", berichtet sie. Denn neben diesem Ehrenamt gehen alle noch arbeiten.

Im Gefühlschaos macht sich Verzweiflung breit

An den Kriegsbeginn erinnert sich Annett noch ganz genau. "Ich habe gerade einen Krankenbesuch gemacht. Dann sahen wir die Bilder im Fernsehen. Schrecklich."

In ihrem Gefühlschaos mache sich immer mehr Verzweiflung breit, angesichts der Gräueltaten, die nach und nach ans Licht kommen. "Mit all dem können wir und die Menschen an diesen Ort kommen, um zu weinen oder Blumen und Kerzen abzulegen."

Eine ihrer Mitstreiterinnen ist die Ukrainerin Olena. Schon zweimal musste sie vor den russischen Soldaten fliehen. Bis 2014 wohnte sie auf der Krim. "Durch die Annexion haben wir alles verloren. Wir hatten dort ein Geschäft".

Erst Flucht von der Krim, dann aus Kiew

Bis März vergangenen Jahres wohnte die 43-Jährige mit ihrem Mann und den drei Kindern in [Kiew](#). Dann musste sie mit ihren Kindern ein weiteres Mal die Flucht ergreifen. Seitdem lebt die Ukrainerin in Berlin.

"Mein Ehemann hilft den Menschen in unserer Stadt. Wir telefonieren jeden Tag", erzählt sie. In ihren 25 Jahren Beziehung haben sie sich eigentlich nie für längere Zeit trennen müssen. Jetzt sei es auf unbestimmte Zeit.

Durch die die Arbeit an der Mahnwache und organisierte Protestaktionen im Internet hält sie sich in Bewegung, will auch von hier aus aktiv etwas für ihr Land machen.

"Nur unseren Sieg", antwortet Olena auf die Frage, was sie sich für die Zukunft wünscht. Dann will sie auch sofort wieder nach Hause. Bis dahin dürfe es weder Verhandlungen mit dem "Verbrecher Putin" geben noch dürfe die [Ukraine](#) Gebiete abgeben.



[Krieg in der Ukraine](#)

[Friedensdemo in Berlin: Mindestens 100.000 Menschen auf den Straßen](#)

[27. Februar 2022](#)

Zerstörter Panzer als Mahnmal: Kanone zeigt auf Russlands Botschaft

Schon seit Freitagmorgen steht nahe der Mahnwache ein Mahnmal der besonderen Art: ein russischer Panzer. Er soll bei der Schlacht um Kiew am 31. März 2022 zerstört worden sein, wie ein Schild informiert.

Am Freitagmittag weiht es der ukrainische Botschafter Oleksij Makejew zum Jahrestag des Kriegsbeginns ein. Das Panzerwrack vom Typ T-72 steht auf einem Anhänger, mit dem er aus der Ukraine nach Deutschland transportiert wurde. Es soll für einige Tage als Mahnmal gegen den Krieg dienen.

Das Wrack ist quer auf dem Mittelstreifen der großen Straße ausgerichtet, die Kanone zeigt auf die Botschaft.

Initiatoren streiten mit Bezirk um Genehmigung

Der Autor und Verleger Wieland Giebel, der die Aktion mit initiierte, nannte den Panzer ein "Symbol des Untergangs", so die dpa. Er habe gerufen: "Das Regime wird untergehen so wie das Dritte Reich untergegangen ist. (...) Hier in der Botschaft sitzen die Kriegsverbrecher. Deshalb stellen wir den Russen ihren Schrottpanzer vor die Tür."

Der Plan, den zerstörten Panzer in Berlin als Mahnmal aufzustellen, hat eine lange Vorgeschichte. Nachdem der Berliner Bezirk Mitte eine Genehmigung zunächst abgelehnt hatte, setzten die Initiatoren vom Museum Berlin Story Bunker ihr Projekt per Gericht durch.

Eigentlich sollte der Panzer länger dort stehen, aber das scheiterte letztlich an Vorgaben des Bezirks. Ab nächster Woche soll der Panzer laut den Initiatoren zunächst noch in den Niederlanden ausgestellt werden.

Mahnmal gegen den Krieg: Schrottanzer aus Ukraine rollt vor Russische Botschaft

Am ersten Jahrestag des russischen Angriffs gegen die Ukraine gedenkt Berlin und setzt ein deutliches Zeichen – und das vor der Russischen Botschaft!

<https://web.de/magazine/politik/russland-krieg-ukraine/mahnmal-krieg-schrottanzer-ukraine-rollt-russische-botschaft-37854270>



Eine private Initiative organisiert seit Ausbruch des Ukraine-Kriegs eine Mahnwache vor der russischen Botschaft in Berlin. © Jan-Henrik Hnida/1&1 Mail & Media GmbH

Lehrerin erinnert sich an deutsche Schule in Russland

"Ich habe in [Russland](#) für mehrere Jahre als Lehrerin an einer deutschen Schule gearbeitet", erzählt eine 58-jährige Berlinerin, während sie mit ihrem Schild "Peace for Ukraine" vor der russischen Botschaft steht. "Damals hatten wir dort ein gutes Leben, waren willkommen", sagt die Berlinerin, die 2015 das letzte Mal im Land war.

Auf der einen Seite sei es vor einem Jahr ein Schock für sie gewesen, als der Krieg begann. Auf der anderen Seite habe es mit dem Mord an der Journalistin Anna Polykowska 2006 oder am Umgang mit Kremlgegnern wie [Alexej Nawalny](#) schon erste Anzeichen für einen Wandel in Russland gegeben. Dazu habe der Westen nach dem Überfall auf die Krim zu wenig getan.

"Nun müssen Europa und USA die Ukraine unbedingt weiter unterstützen, sonst siegt der Diktator Putin", meint sie. Die Zeit für Autokraten, Diktatoren und Großmäuler solle vorbei

sein. In Verhandlungen und weiteren Waffenlieferungen sieht die ehemalige Lehrerin die Lösung für den Konflikt.

Ein Zeichen mit Kerzen setzen

Einige zünden Kerzen an, auch Nathalie und ihr Freund. "Alle Europäer sollten heute ein Zeichen für die Ukraine setzen", sagt sie, die eine blau-gelbe Flagge auf dem Rücken trägt.

Vor einem Jahr liefen beide bei der großen Friedensdemonstration in Berlin, an der mindestens 100.000 Menschen teilnahmen. "Müde sind wir nicht und dürfen wir auch nicht sein", meint Nathalie zu einem Jahr Krieg.

Durch Verwandtschaft in Polen bekommt sie viel mit. Das deutsche Nachbarland sei viel näher dran am Kriegsgeschehen. "Alleine die ganzen Geflüchteten, die auf einmal vor der Tür standen. Der Krieg ist dort präsenter als hier."

UN-Resolution lässt hoffen

Nach Angaben des EU-Statistikamtes Eurostat wurden in Polen Ende des vergangenen Jahres insgesamt 961.340 schutzbedürftige Flüchtlinge aus der Ukraine registriert. In Deutschland waren es 967.840.

Als Hoffnungsschimmer nimmt Nathalie die gestern beschlossene [Resolution der Vereinten Nationen](#) wahr, die den Rückzug Russlands fordert. Auch die deutschen Panzerlieferungen bewertet die 32-Jährige als positiv. "Würde es nach mir gehen, würde ich der Ukraine alles geben, was sie brauchen."

[Mahnmal gegen den Krieg: Schrottpanzer aus Ukraine rollt vor russische Botschaft](#)

Aktualisiert am 24.02.2023, 15:26 Uhr

Am ersten Jahrestag des russischen Angriffs gegen die Ukraine gedenkt Berlin und setzt ein deutliches Zeichen – und das vor der russischen Botschaft.

Quelle: <https://web.de/magazine/politik/berlin-kerzen-panzer-zeichen-37854936>

09) Vergesst nicht Afghanistan



paperpress

seit 1976



Nr. 610-24

23. Februar 2023

48. Jahrgang

Vergesst nicht Afghanistan

Dass sich unser Blick seit einem Jahr auf die Ukraine konzentriert, ist richtig und wichtig. Es dürfen aber die anderen geschundenen Länder, vor allem ihre Menschen, nicht vergessen werden. Lange nichts von Afghanistan gehört, könnte man sagen. In dem Land wechselten sich Bürgerkriege und Besetzungen durch fremde Staaten unheimlich ab. Hier wurden die Interessenskonflikte zwischen Ost und West ausgetragen. Ost stand damals für die noch existierende Sowjetunion, West für die NATO-Staaten.

Am 25. Dezember 1979 marschierte die sowjetische Armee in Afghanistan ein. Zwischen dem 15. Mai 1988 und dem 15. Februar 1989 zogen die Soldaten wieder ab. Offiziell waren 15.000 Sowjetsoldaten gestorben, andere Quellen berichten von bis zu 26.000 Soldaten. „Moskaus Versuch, ein Land aus der Feudalzeit in den Sozialismus zu führen, kostete eine Million Menschenleben, über tausend Dörfer wurden zerstört, fünf Millionen Afghanen flüchteten in Nachbarländer.“ *Quelle: Der Spiegel* - Zu den Unterstützern der Konfliktparteien gehörten auf der Seite Ost die DDR, auf der Seite West die BRD.

Nach dem Abzug der sowjetischen Soldaten brandete sofort ein neuer Bürgerkrieg auf. „1994 gründete sich die Terrorgruppe Taliban, die von September 1996 bis Oktober 2001 erstmals große Teile Afghanistans beherrschte und seit August 2021 wieder die Kontrolle im Land hält.“ *Quelle: Wikipedia*

Der 11. September 2001 veränderte die Welt, vor allem aber Afghanistan. Die Schuldigen der Anschläge auf das World Trade Center und das Pentagon wurden schnell lokalisiert, man vermutete sie in Afghanistan. Und so begann am 7. Oktober 2001 der von den USA angeführte Krieg gegen die Taliban. Deutschland war erneut Konfliktpartei im Bündnis mit anderen westlichen Staaten. Symbolträchtig am 11. September 2021 endete der Krieg mit dem Sieg der Taliban. „Moskaus Washingtons Versuch, ein Land aus der Feudalzeit in den Sozialismus eine westliche Demokratie zu führen, kostete eine Million rund 200.000 Menschenleben (verschiedene Quellen).“

Die Taliban haben das Land fest im Griff. Es ist vielleicht gewagt, von Frieden zu sprechen, zumindest aber schweigen weitestgehend die Waffen, was die

Bevölkerung natürlich zu schätzen weiß, auch wenn sie sich für die Taliban nicht begeistern kann. Es sind vor allem die Mädchen und Frauen, die unter den gesellschaftlichen Vorstellungen der Taliban zu leiden haben. Dazu später mehr.



Michael Müller ist seit September 2021 Bundestagsabgeordneter, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses und seit Sommer 2022 Vorsitzender einer Enquete-Kommission, „die Lehren aus dem deutschen Engagement in Afghanistan für die künftige Außen- und Sicherheitspolitik ziehen soll.“ In unregelmäßigen Abständen lädt er in sein Wahlkreisbüro in der Bleibtreustraße zu politischen und kulturellen Veranstaltungen ein. Am 22. Februar stand „Afghanistan gestern und heute“ auf dem Programm.



Dazu hatte sich Müller den Berliner Schauspieler, Liedermacher und Autoren **Klaus Hoffmann** und die Geschäftsführerin des Afghanischen Frauenvereins, **Christina Ihle**, eingeladen.

Im Jahr 2000 erschien der inzwischen mehrfach aufgelegte Roman von **Klaus Hoffmann** „Afghana“. Er erzählt von der Sehnsucht nach Ferne und Leidenschaft für das Fremde und die Lust, aus der deutschen Nachkriegswelt mit all ihren Verklemmungen und gebrochenen Werten auszubrechen, um etwas Neues zu suchen und zu finden. Von dem vermeint-



lichen Mekka für Hippies und Glücksritter ist nach zwei gescheiterten Interventionen und jahrelangem Bürgerkrieg im heutigen Afghanistan wenig übriggeblieben.



Nach Abschluss seiner Ausbildung als Groß- und Außenhandelskaufmann im Frühjahr 1970 brach **Klaus Hoffmann** mit seinem Freund Sigi nach Afghanistan auf. Sein autobiografisches Buch berichtet von dieser Reise und von einem Afghanistan mit unverschleierte Frauen, die am Bildungswesen und Berufsleben teilnehmen konnten, wie es heute unvorstellbar ist.



Klaus Hoffmanns Visum für seine Reise im Frühjahr 1970.

Klaus Hoffmann las aus seinem Buch und trug einige Lieder des gleichnamigen Albums vor, so wie er es viele Male auf den Bühnen unseres Landes gemacht hatte. Ausgerechnet am 11. September 2001 stand seine musikalische Lesung auf dem Programm des Renaissance Theaters. Der Autor dieses Beitrages hatte sich schon auf dem Weg gemacht und ist vorher noch in einem Restaurant eingekehrt. Dort erreichte ihn die schon erwartete Nachricht, dass die Veranstaltung ausfallen und nachgeholt werde.

Wir verlosen fünf Taschenbuchausgaben von **Afghana**, natürlich mit Widmung von **Klaus Hoffmann**. Schicken Sie bei Interesse einfach eine Mail an paperpress@berlin.de



Im zweiten Teil des Abends in **Michael Müllers** Wahlkreisbüro stellte **Christine Ihle**, die Geschäftsführerin des **Afghanischen Frauenvereins e.V.**, ihre Organisation vor. „Der **Afghanische Frauenverein (AFV)** ist eine humanitäre Hilfsorganisation, die seit 1992 für den Wiederaufbau und Frieden in Afghanistan arbeitet. Mit unseren Projekten, die vorwiegend in ländlichen Gegenden liegen, fördern wir gezielt Frauen und Kinder. Unsere Leitlinie ist Hilfe zur Selbsthilfe.“, beschreibt sich der Verein.

Herbert Grönemeyer ist seit 2017 Botschafter des Afghanischen Frauenvereins und folgt damit auf den im Jahr 2016 verstorbenen Schriftsteller **Roger Willemssen**.

„Es ist mir eine Ehre, den Afghanischen Frauenverein als Botschafter zu unterstützen“, sagt Herbert Grönemeyer. „Ich tue dies aus tiefer Verbundenheit mit Afghanistan und mit meinem Freund Roger Willemssen, der den Afghanischen Frauenverein über zehn Jahre lang bis zu seinem Tod als Schirmherr begleitet und mitgestaltet hat.“

„Tag für Tag arbeiten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Afghanischen Frauenvereins unter Einsatz ihres Lebens dafür, afghanischen Familien in ihrer Heimat eine Zukunft zu ermöglichen. Sie unterstützen Geflohene, Hungernde, Verletzte und ausgegrenzte Frauen und Mädchen in Not. Sie ermöglichen medizinische Hilfe, schenken Bildung und Ausbildung und versorgen ganze Dörfer mit sauberem Trinkwasser“, so Herbert Grönemeyer weiter. „Die Arbeit des Afghanischen Frauenvereins verdient unseren tiefen Respekt und unsere Unterstützung. Dafür möchte ich mich einsetzen. Helfen Sie mit. Gemeinsam können wir in Afghanistan viel zum Besseren bewegen!“

Ab dem 15. August 2021, dem Tag der Machtübernahme durch die Taliban, schlossen die Schulen aus

Seite E 157 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

Sicherheitsgründen. Am 28. August durften sie wie-der öffnen, für Mädchen jedoch nur bis Klasse 6. Für viele unserer älteren Schülerinnen ist seitdem eine Welt kollabiert. Tag für Tag bangen sie, ob sie jemals wieder zur Schule gehen dürfen. Was für ein grausames und menschenverachtendes Regime. Dennoch gibt der Verein nicht auf. Seine Leistungsbilanz ist bewundernswert.

Das Projektjahr 2021 in Zahlen:

- 21 Hilfsprojekte
- Drei Mutter-Kind-Kliniken, Hilfe für 52.000 Patientinnen und Patienten
- Fünf Schulen, Bildung für 3.239 Schülerinnen und Schüler
- Zwei Lehrschnidereien, die 100 Frauen ein Einkommen sichern
- Acht Nothilfeinsätze, die 90.360 Menschen das Überleben sicherten
- 189 Familienpatenschaften, eine Starthilfe für 1.323 Personen
- 64 Brunnen, die Wasser für 12.800 Menschen spenden
- 17 Studienstipendien, die für eine Zukunft von 17 jungen Frauen sorgen

Rund 2,3 Millionen Spenden konnte der Verein 2021 einnehmen. Die Zuwendungen der „Öffentlichen Hand“ betragen 2021 0,1 Prozent an den Gesamt-einnahmen. Da ist noch viel Luft nach oben.

Spendenkonto des Afghanischen Frauenvereins e.V.:
Commerzbank Koblenz BIC: DRESDEFF570
IBAN: DE28 5708 0070 0680 8505 00

Bei jedem Konzert von Klaus Hoffmann steht eine Sammelbüchse bereit. Im Laufe der Zeit sind schon 50.000 Euro von den Konzertbesuchern gespendet worden. Nächste Möglichkeit: 11.-16.04.2023 Berlin.

Es war ein sehr emotionaler Abend in der Bleibtreustraße, mit einem Blick zurück auf ein Land, das viele Menschen immer wieder in seinen Bann gezogen hat. Aber auch ein Blick auf ein Land zwischen den Fronten der ost-westlichen Interessen. Und heute? „Moskaus Versuch, ein Land aus der Feudalzeit Demokratie in den Sozialismus die Diktatur zu führen, kostete inzwischen (vermutlich) 100.000 eine Million Menschenleben, über tausend hunderte Dörfer und Städte wurden zerstört, fünf acht Millionen Afghanen Ukrainer flüchteten in Nachbarländer.“

Geschichte wiederholt sich immer wieder. Bei allem Leid in der Ukraine: Vergesst nicht Afghanistan.

Ed Koch

10) Karlsruher Urteil zur Erasmus-Stiftung: Mit Anlauf gegen die Wand

<https://taz.de/Karlsruher-Urteil-zur-Erasmus-Stiftung/!5914254/>

Der AfD-nahen Erasmus-Stiftung darf nicht einfach so Geld vorenthalten werden. Das Urteil ist auch eine Quittung für die demokratischen Parteien.

23.02.2023



Freude bei Erika Steinbach, der Vorsitzenden der Desiderius-Erasmus Stiftung, nach der Urteilsverkündung - 22.02.2023.- Foto: Uli Deck/dpa

Die Niederlage vor Gericht hat sich der Bundestag selbst zuzuschreiben. Die demokratischen Fraktionen sind mit mehrjährigem Anlauf gegen eine Wand gelaufen. Durch stumpfes Aussitzen haben sie der AfD einen Erfolg beschert, den selbst ihre eigenen Jurist*innen prognostiziert haben. Die parteinahe Desiderius-Erasmus-Stiftung kann man ohne klare Kriterien und ohne gesetzliche Grundlage, die für alle gelten, [nicht von der Stiftungsfinanzierung ausschließen](#).

Zivilgesellschaftliche Initiativen warnen schon lange davor, dass das bisherige Vorgehen, der Ausschluss per Haushaltsvermerk ohne Gesetzesgrundlage, verfassungswidrig ist, und forderten ein Stiftungsgesetz.

Aber vor allem die großen Stiftungen haben sich gegen ein solches Gesetz gesperrt. Es war wohl zu bequem, den eigenen parteinahen Stiftungen Förderbeträge in Höhe von zuletzt rund 660 Millionen Euro auszuschütten. [Kritik an dieser Intransparenz](#) gibt es indes schon seit mindestens 40 Jahren. Die Grünen hörten aber auf, die Praxis zu kritisieren, seitdem sie selbst davon profitierten.

Dass die demokratischen Fraktionen des Bundestags das Problem wider besseres Wissen nicht angegangen sind, ist nun umso schmerzhafter: Mit ihrer Blockadehaltung und Schnarchnasigkeit haben sie letztlich dafür gesorgt, dass die AfD für ihre Opferhaltung eine Bestätigung vom Verfassungsgericht erhalten hat. Die AfD schlachtet das natürlich genüsslich aus.

Wasserdichtes Gesetz nötig

Zum Glück gibt es allerdings Abstriche. Denn das Urteil ist nur ein Teilerfolg der AfD. Zum einen gibt es nicht sofort Millionen für die Erasmus-Stiftung. Und zum anderen hat das Gericht aufgezeigt, dass es möglich ist, undemokratische Kräfte von der Finanzierung auszuschließen. Allerdings braucht es für einen derart gewichtigen Eingriff ein Parlamentsgesetz, das die verschiedenen Grundrechtsgüter gegeneinander abwägt. Das Verfassungsgericht verweist dazu vage auf die Einhaltung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Umso wichtiger ist es, dass der Bundestag nun ein wasserdichtes Gesetz auf den Weg bringt, das sicherstellt, dass die Demokratie nicht ihre eigenen Feinde finanziert. [Die fließenden Übergänge zu rechtsextremen Organisationen in der Erasmus-Stiftung](#) und menschenfeindliche und rassistische Hetze ihres Personals sind hinreichend belegt, ebenso wie die Radikalisierung der AfD. Wer dafür sorgt, dass neurechte Akteur*innen und rechter Kadernachwuchs staatliche Förderung erhalten, finanziert die Abschaffung der Demokratie und der grundgesetzlich garantierten Menschenwürde.

11) PETR BYSTRON zur Sicherheitskonferenz (Video)

19. 02. 2023



Heute endet die Münchner Sicherheitskonferenz unter dem Motto „Frieden durch Dialog“, aber interessanterweise ohne Vertreter aus Russland, dem Iran und der AfD. Im Interview äußert sich der außenpolitische Sprecher AfD-Bundestagsfraktion, Petr Bystron, zu den Ereignissen auf der diesjährigen Sicherheitskonferenz. Sehen Sie hier das Video des Interviews:

<https://www.youtube.com/watch?v=qZwNaCExb9I&t=10s>

MSC: Keine kritischen Stimmen erwünscht! Petr Bystron im Interview - AfD-Fraktion im Bundestag



[AfD-Fraktion Bundestag](#)

313.000 Abonnenten

46.359 Aufrufe 17.02.2023 [#Ukraine](#) [#MSC](#) [#Friedensverhandlungen](#)

Heute startete die Münchner Sicherheitskonferenz unter dem Motto „Frieden durch Dialog“, aber interessanterweise ohne Vertreter aus Russland, dem Iran und der AfD. Im Interview äußert sich der außenpolitische Sprecher AfD-Bundestagsfraktion, Petr Bystron, zu den Ereignissen auf der diesjährigen Sicherheitskonferenz. [#MSC](#) [#Ukraine](#) [#Friedensverhandlungen](#) Offizieller Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag Jetzt abonnieren ► https://www.youtube.com/channel/UC_dZ... Unsere Webseite <https://afdbundestag.de/> Andere Social Media Kanäle Facebook: <https://www.facebook.com/afdimbundestag/> Twitter: <https://twitter.com/AfDimBundestag/> Instagram: <https://www.instagram.com/afdimbundestag> Telegram: <https://t.me/afdfraktionimbundestag> TikTok: <https://www.tiktok.com/@afdfraktionim...> GETTR: <https://www.gettr.com/user/afdbundestag>

Dazu passend auch unser Artikel vom 14.02.2023:

„[Petr Bystron: Warum in Zeiten des Krieges die Stimme des Friedens ausgesperrt wird](#)“

12) ACHTUNG REICHELT!

17. 02. 2023



JULIAN REICHELT | In den letzten Jahren haben Ihnen linke Medien und Parteien, aber leider auch die CDU immer wieder dieselbe Gewissheit gepredigt, damit sie diese glauben.

Seite E 161 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

Mit Migration gewinnt man keine Wahlen, besonders keine coolen Wahlen in den Städten, in den sogenannten urbanen Milieus, bei den jungen Menschen.

Weil man mit Migration angeblich keine Wahlen gewinnt, hat sich niemand mehr um das Thema Migration gekümmert. Weil sich niemand mehr um das Thema Migration gekümmert hat, sehen unsere Städte plötzlich anders aus und zunehmend auch unsere Dörfer, und zwar sind sie nicht schöner und lebenswerter geworden, obwohl wir alle dafür jeden Tag mehr arbeiten als je zuvor, sondern bedrohlicher, gewalttätiger und gefährlicher.

Das Ziel aller Parteien war über Jahre klar erkennbar: Sie sollten sich damit abfinden, dass niemand mehr über Migration spricht, während unsere Grenzen offen sind und der Zustrom von Migranten ins deutsche Sozialstaat-Paradies unbegrenzt, unkontrolliert und in den allermeisten Fällen illegal ist.

Nun aber zeigt das Wahlergebnis von Berlin: Es hat alles nicht gestimmt. Es ist alles komplett anders, als man Ihnen einreden wollte. Was linke Parteien und linke Medien behauptet haben, war der verzweifelte und extrem aggressive Versuch, ein Thema zu unterdrücken, das Millionen Menschen in unserem Land nicht nur beschäftigt, sondern beunruhigt, weil sie es als Bedrohung empfinden. Und das Wahlergebnis von Berlin zeigt: Natürlich kann man mit dem Thema Migration Wahlen gewinnen. Natürlich wählen einen die Menschen, wenn sie das Gefühl haben, dass man sie versteht.

0:16 / 18:25

„Dramatischer als 2015“: So lenkt Nancy Faeser von der neue Flüchtlings-Krise ab



[Achtung, Reichelt!](#)

308.000 Abonnenten

217.977 Aufrufe 16.02.2023 [#AchtungReichelt](#) [#StimmeDerMehrheit](#) [#Migration](#)

<https://www.youtube.com/watch?v=sl2pISMnw1Y&t=16s>

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

13) AFD ohne Begründung von Münchner Sicherheitskonferenz ausgeschlossen

16. 02. 2023



Diesjährige MSK unter "Ausschluss" der AfD

Der Leiter der Sicherheitskonferenz Botschafter Christoph Heusgen teilte am 13. Februar eine diesbezügliche Entscheidung in Berlin mit.

Eine Begründung für den Ausschluss der AfD wurde dabei nicht genannt.

„Zivilisationsbruch“ durch Putin

Heusgen bezeichnet den Ukraine-Krieg als „Zivilisationsbruch durch Putin“. In München werden ab 17. Februar, 700 Konferenzteilnehmer und rund 1.000 akkreditierte Journalisten erwartet.

Die [59. Münchner Sicherheitskonferenz](#) (MSK) findet dieses Jahr vom 17. bis 19. Februar in alter Tradition im Hotel Bayerischer Hof statt. Neuer Vorsitzender der Veranstaltung ist der frühere außenpolitische Berater von Kanzlerin Angela Merkel (CDU), Christoph Heusgen.

Das diesjährige Motto lautete „Re:vision“, wie auch der Titel des jüngsten [Munich Security-Reports 2023](#) (MSC – Munich Security Conference-Report).

Im Rahmen seiner Funktion teilte Heusgen nun zu Wochenbeginn mit, dass laut einer Anordnung diesmal keine Vertreter der Partei AfD, größte Oppositionsgruppe im Deutschen Bundestag, für das Treffen zugelassen werden.

Keine AfD Zulassung auf „dubiose“ Anordnung

Er wird diesbezüglich lediglich mit den Worten zitiert, „ich habe entschieden, dass wir die AfD nicht einladen. Das ist eine Entscheidung des Chairmans der Münchner Sicherheitskonferenz.“

Seite E 163 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

Bei der Berliner Pressekonferenz zur Vorstellung des jüngsten MSC-Reports tätigte Christoph Heusgen folgende Aussage, „wir sind konfrontiert mit einem Zivilisationsbruch durch Putin.“

Ausgehend von dieser, [seiner Wahrnehmung](#), stehe für Heusgen demnach die Frage im Mittelpunkt, „wie die Grundlagen der regelbasierten internationalen Ordnung erhalten und gefestigt werden könnten.“

„Gilt die Stärke des Rechts, oder das Recht des Stärkeren?“ „, so der Vorsitzende der MSK dazu in Berlin. Neben der AfD wurden auch Offizielle der russischen Regierung wie ebenfalls iranische Offizielle ausgeschlossen.“

„Sowohl aus Russland als auch dem Iran wurden Oppositionelle statt Offizieller nach München eingeladen“, wie etwa die [Tagesschau berichtet](#).

China mit hochrangigen Vertretern vor Ort

China ist hingegen gleich ab 17. Februar in München sehr hochrangig vertreten. Informationen der *Tagesschau* zu Folge wird mit der Teilnahme des „obersten Außenpolitiklers Wang Yi“ erstmals seit 2020 wieder ein hoher chinesischer Regierungsvertreter an dem Spitzentreffen im München teilnehmen und dort „eine Rede halten, um Chinas Position in großen internationalen Fragen zu erläutern“.

Die Münchner Sicherheitskonferenz ist „das weltweit führende Forum für Debatten zu internationaler Sicherheitspolitik“, so die [Eigendarstellung](#).

Dabei kommt es zu Treffen von Politikern unterschiedlichster Parteien aus dem In- und Ausland, Militär- und Wirtschaftsvertretern sowie sogenannten Nichtregierungsorganisationen (NGO'S).

Nach Angaben einer Sprecherin der Konferenz wurden jedoch bei früheren Konferenzen einzelne Politiker der AfD ohne Widerspruch eingeladen. Es deutet somit darauf hin, dass die diesjährige „Ausladung“ offenbar dem „Gutdünken“ eines Herrn Heusgen und seiner „höchstspeziellen“ in Regierungskreisen gutierten Auslegung der politischen Lage zu rechnen sein dürfte.

Internationale Debatten über politische Lage „gehen AfD nichts an“

Laut offizieller Beschreibung lauten Sinn und Zweck der Veranstaltung das Debattieren über aktuelle Themen der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Es gilt als das weltweit größte Treffen seiner Art.

Heusgen sprach bei der Pressekonferenz „von bis zu 130 Side-Events“. Informationen zufolge [werden insgesamt](#) zu der Konferenz „mehr als 40 Staats- und Regierungschefs sowie 90 Minister“ anreisen. Insgesamt bis zu 700 Konferenzteilnehmer und rund 1.000 akkreditierte Journalisten.

Die USA werden [nach Angaben Heusgens](#) die größte Delegation aller Zeiten stellen, bestehend aus Vizepräsidentin Kamala Harris, Verteidigungsminister Lloyd J. Austin, Außenminister Antony Blinken und Vertretern des Kongresses.

Als weitere vor Ort anwesende Spitzenpolitiker zudem erstmalig Verteidigungsminister Boris Pistorius, Bundeskanzler Olaf Scholz, Außenministerin Annalena Baerbock, NATO-

Generalsekretär Jens Stoltenberg, EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, Polens Staatspräsident Andrzej Duda, Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron und der ukrainische Außenminister Dmitri Kuleba.

Der „Ewald-von-Kleist-Gründerpreis“, der traditionell bei der Münchner Sicherheitskonferenz verliehen wird, soll laut Heusgen in diesem Jahr an Schweden und Finnland verliehen werden, um „die Bewerbung der beiden Staaten um die NATO-Mitgliedschaft“ entsprechend zu würdigen.

Stellungnahme der AfD

Zu diesem skandalösen und gleichermaßen demokratiefeindlichen Vorgang brachte UNSER MITTELEUROPA vorgestern eine Stellungnahme (samt Video) des außenpolitische Sprechers der AfD-Bundestagsfraktion, Petr Bystron: „**Warum in Zeiten des Krieges die Stimme des Friedens ausgesperrt wird.**“

- **Petr Bystron: Warum in Zeiten des Krieges die Stimme des Friedens ausgesperrt wird**
14. 02. 2023

<https://unser-mittleuropa.com/petr-bystron-warum-in-zeiten-des-krieges-die-stimme-des-friedens-ausgesperrt-wird/>

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

14) ACHTUNG REICHELT!

JULIAN REICHELT

15. 02. 2023



Es ist wieder so weit: Eine vollkommen durchgeknallte Verschwörungstheorie ist wahr geworden! Kein Scherz: In Zukunft entscheiden nicht mehr SIE, wann Sie Ihr Auto tanken – sondern die Regierung. Über Ihre Mobilität, von der Ihr Leben, Ihr Arbeitsplatz, Ihr soziales Leben abhängen, richten in Zukunft die Apparatschiks einer Regierungs-Strombehörde, die Sie niemals gewählt haben, von deren Macht Sie nicht einmal wussten.

Der Grund: Das EU-Parlament in Brüssel hat entschieden, dass ab 2035 darf kein Neuwagen mehr mit Diesel- oder Benzinmotor angemeldet werden darf. Das Zulassungsverbot für Verbrenner ist ein globaler Alleingang der EU. 2035 klingt verdammt weit weg? Glauben Sie mir, das ändert Ihr Leben ab heute. Wenn dann nur noch E-Autos zugelassen werden, brauchen wir noch mehr Energie als jetzt – und schalten gleichzeitig Kraftwerke ab. Mehr Energiebedarf, weniger Stromquellen, das kann nicht funktionieren.

Habeck und Co. geben es deswegen ganz offen zu: Die Energiewende schafft nicht genug Energie, um unser Land am Laufen zu halten. Deswegen entscheidet in Zukunft die Strombehörde der Regierung, wieviel Strom Sie noch verbrauchen dürfen. Und wann. DAS ist die Wahrheit über diese Ideologie des Wahnsinns. Sie funktioniert nur, wenn Behörden über Ihr Leben, Ihr Auto, Ihre Wäsche bestimmen. Das ist die Zukunft des Grünen Sozialismus.

Verbrenner-Verbot macht Autofahren zum Luxus-Gut // Regierung bestimmt bald, wann Sie tanken dürfen!

<https://www.youtube.com/watch?v=GntMgRdIHIE>



[Achtung, Reichelt!](#)

307.000 Abonnenten

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

15) Petr Bystron: Warum in Zeiten des Krieges die Stimme des Friedens ausgesperrt wird

14. 02. 2023



Berlin, 13. Februar 2023. Erstmals seit Bestehen der AfD-Bundestagsfraktion wurden keine Mitglieder der Fraktion zur Münchner Sicherheitskonferenz (MSC) eingeladen. Dazu teilt der außenpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Petr Bystron, mit:

„Mit dem Ausschluss der AfD-Abgeordneten von der MSC bestätigen die Organisatoren, dass es ihnen nicht um Dialog und Meinungs austausch geht. Hier wird lediglich mit deutschen Steuergeldern eine Bühne für weitere zwischenstaatliche Konfrontation in einer zunehmend multipolaren Welt finanziert. In Zeiten des Krieges wird die Stimme des Friedens ausgesperrt. Heusgens Vorgänger Ischinger lud zumindest einige Abgeordnete der AfD-Fraktion ein. Die Angst vor unbequemen Meinungen muss wohl sehr groß sein, wenn nun nicht einmal diese Formalie erfüllt wird.“

Nun erhebt sich die Frage, vor was konkret fürchten sich die US-ferngesteuerten Kriegstreiber denn so sehr, dass anständige und um den Frieden besorgte Politiker, wie Petr Bystron, ausgerechnet zu einer Sicherheitskonferenz nicht eingeladen werden? Vermutlich davor, dass sie mit Warnungen konfrontiert werden, ähnlich den brillanten Ausführungen, die Bystron vor kurzem im Bundestag den Abgeordneten vor Augen führte. Sehen Sie selbst:

<https://www.youtube.com/watch?v=H8qShNLDi6o>

0:00 / 0:57

Bystron (AfD): „Außenpolitik besteht nicht aus Panzerlieferungen, sondern aus Diplomatie!“



[Deutschland Kurier](#)

152.000 Abonnenten

360.908 Aufrufe 31.01.2023

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

16) ACHTUNG REICHELT!

14. 02. 2023



Fürstin Gloria von Thurn und Taxis lebt zwar in einem Schloss, aber hat die einzigartige Fähigkeit, das auszusprechen, was Millionen Menschen denken. Sie kennt die Welt und versteht dieses Land. Die Fürstin zu Gast bei „Achtung, Reichelt!“ Hauptthema in dieser Woche: Der WDR und die erzwungene Selbsterkenntnis, dass die Deutschen überhaupt keine Lust auf die Gender-Umerziehung haben. Glorias trockene Meinung: „Ich denke gar nicht daran, zu gendern. Ich mag das überhaupt nicht.“

Und weiter: „Bei allem, was negativ ist, darf das männliche stehen bleiben. Alles, was gut oder neutral ist, wird verweiblicht. Gendern ist eine ungerechte Veranstaltung!“ Spannend auch: Glorias und Julians Austausch über Boris Becker. Ein gefallener Held der Deutschen: „Der Bobbele konnte gut Tennis spielen. Aber er ist kein Geschäftsmann.“ Und dann kamen die Haifische.

<https://www.youtube.com/watch?v=jfMtCFGsFGI>

[04:29](#) „Gott sei Dank machen Menschen nicht mit“

[05:21](#) „Gendern ist eine spalterische Sprache“

[08:17](#) „Gute Eltern werden gemobbt“

[11:55](#) „Boris Becker ist ein Volksheld“

[15:13](#) „Keiner hat mehr Expertise als Boris“

[17:27](#) „Die Deutschen hassen ihre Idole“

[19:14](#) „Trauer in Brokstedt“

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

17) Nur jeder zehnte Erwachsene wäre bereit Deutschland im Angriffsfall zu verteidigen

12. 02. 2023



Raketenangriff.-Symbolbild

Ein bezeichnendes Bild für den Zustand der bunten Regenbogen-Republik Deutschland zeichnet das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage zum Wehrwillen der Bundesbürger. Ein Aggressor würde im Kriegsfall nur auf geringen Widerstand stoßen.

Zum Antipatriotismus erzogen

Deutschland ist ein (noch) schönes Land mit einer ehemals florierenden Wirtschaft. Doch wie eine repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes YouGov im Auftrag der *Deutschen Presseagentur (dpa)* zum Wehrwillen der Bevölkerung zeigt, scheinen Patriotismus und Vaterlandsliebe hauptsächlich nur noch auf das Fußballstadion bei

Seite E 169 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

Länderspielen beschränkt zu sein. Und selbst dort schwächeln mittlerweile die Zuschauerzahlen. Doch was ist von einem Volk zu erwarten, das bereits von klein auf einer Multikulti- und „woken“ Gehirnwäsche unterzogen wird?

Land der Hasenfüße

So ist es auch nicht überraschend, dass nur jeder zehnte Deutsche in einem mit dem Ukraine-Krieg vergleichbaren Fall bereit wäre, sein Land mit der Waffe zu verteidigen.

- Nur fünf Prozent würden sich freiwillig zum Kriegsdienst melden.
- Hingegen würden 24 Prozent, also praktisch jeder vierte erwachsene Bundesbürger, schnellstens die Koffer packen und das Land verlassen. Dabei würden Ältere eher im Land bleiben als Jüngere.
- Und gar jeder Dritte würde so tun, als ginge ihn das ganze nichts an und versuchen, sein gewohntes Leben so weit wie möglich weiterzuführen.

Ein Vergleich mit anderen westlichen Ländern wäre spannend.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf unzensuriert.de

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

18) Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht veröffentlichen Friedensmanifest

11. 02. 2023



Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht haben diese Petition gestartet

Heute ist der 352. Kriegstag in der Ukraine. Über 200.000 Soldaten und 50.000 Zivilisten wurden bisher getötet. Frauen wurden vergewaltigt, Kinder verängstigt, ein ganzes Volk

Seite E 170 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

traumatisiert. Wenn die Kämpfe so weitergehen, ist die Ukraine bald ein entvölkertes, zerstörtes Land. Und auch viele Menschen in ganz Europa haben Angst vor einer Ausweitung des Krieges. Sie fürchten um ihre und die Zukunft ihrer Kinder.

Die von Russland brutal überfallene ukrainische Bevölkerung braucht unsere Solidarität. Aber was wäre jetzt solidarisch? Wie lange noch soll auf dem Schlachtfeld Ukraine gekämpft und gestorben werden? Und was ist jetzt, ein Jahr danach, eigentlich das Ziel dieses Krieges? Die deutsche Außenministerin sprach jüngst davon, dass „wir“ einen „Krieg gegen Russland“ führen. Im Ernst?

Präsident Selenskyj macht aus seinem Ziel kein Geheimnis. Nach den zugesagten Panzern fordert er jetzt auch Kampfjets, Langstreckenraketen und Kriegsschiffe – um Russland auf ganzer Linie zu besiegen? Noch versichert der deutsche Kanzler, er wolle weder Kampfjets noch „Bodentruppen“ senden. Doch wie viele „rote Linien“ wurden in den letzten Monaten schon überschritten?

Es ist zu befürchten, dass Putin spätestens bei einem Angriff auf die Krim zu einem maximalen Gegenschlag ausholt. Geraten wir dann unaufhaltsam auf eine Rutschbahn Richtung Weltkrieg und Atomkrieg? Es wäre nicht der erste große Krieg, der so begonnen hat. Aber es wäre vielleicht der letzte.

Die Ukraine kann zwar – unterstützt durch den Westen – einzelne Schlachten gewinnen. Aber sie kann gegen die größte Atommacht der Welt keinen Krieg gewinnen. Das sagt auch der höchste Militär der USA, General Milley. Er spricht von einer Pattsituation, in der keine Seite militärisch siegen und der Krieg nur am Verhandlungstisch beendet werden kann. Warum dann nicht jetzt? Sofort!

Verhandeln heißt nicht kapitulieren. Verhandeln heißt, Kompromisse machen, auf beiden Seiten. Mit dem Ziel, weitere Hunderttausende Tote und Schlimmeres zu verhindern. Das meinen auch wir, meint auch die Hälfte der deutschen Bevölkerung. Es ist Zeit, uns zuzuhören!

Wir Bürgerinnen und Bürger Deutschlands können nicht direkt auf Amerika und Russland oder auf unsere europäischen Nachbarn einwirken. Doch wir können und müssen unsere Regierung und den Kanzler in die Pflicht nehmen und ihn an seinen Schwur erinnern: „Schaden vom deutschen Volk wenden“.

Wir fordern den Bundeskanzler auf, die Eskalation der Waffenlieferungen zu stoppen. Jetzt! Er sollte sich auf deutscher wie europäischer Ebene an die Spitze einer starken Allianz für einen Waffenstillstand und für Friedensverhandlungen setzen. Jetzt! Denn jeder verlorene Tag kostet bis zu 1.000 weitere Menschenleben – und bringt uns einem 3. Weltkrieg näher.

Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht

KUNDGEBUNG Alice Schwarzer, Sahra Wagenknecht und Brigadegeneral a.D. Erich Vad haben für den 25. Februar einen Protesttag initiiert: eine Kundgebung am Brandenburger Tor in Berlin.

SPENDEN Für die Kundgebung fallen Kosten an (Bühne, Technik, Livestream). Spenden: Stichwort „Aufstand für Frieden“ [via GoFundMe](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

19) Petr Bystron zu Belarus-Reise: „Correctiv blamiert sich bis auf die Knochen“

Von DAVID BERGER

10. 02. 2023



„AfD-Abgeordneter war in Belarus“ (FAZ), „Sicherheitspolitisch bedenklich – Münchner AfD-Abgeordneter unter Verdacht: Reise nach Belarus?“ (Merkur), „AfD-Abgeordneter besuchte während Dienstreise heimlich Belarus“ – nur einige von zahlreichen Schlagzeilen, die gestern die Mainstreammedien im Anschluss an eine Publikation von [„Correctiv“](#) produzierten. Ich habe mit Petr Bystron gesprochen.

Frage: Herr Bystron, die Zeitungen sind derzeit voll von erschütternden Nachrichten: Sie sollen im September im Zusammenhang mit einer Dienstreise heimlich nach Belarus, sozusagen ins Reich des Bösen, gereist sein, um dort andere Politiker zu treffen. Hat Ihnen da „Correctiv“ jetzt richtig eines ausgewischt?

Im Gegenteil: Correctiv hat sich selbst bis auf die Knochen blamiert. Diese von Soros finanzierte NGO, ist unter anderem für die Zensur auf Facebook zuständig. Sie betreibt auch den umstrittenen „Faktenchecker“. Den bewirbt sie selbst mit den Worten: „Fakten für die Demokratie. CORRECTIV. Faktencheck deckt tagtäglich Falschinformationen, Gerüchte und Halbwahrheiten auf.“ Also exakt diese Leute haben jetzt eine Fake News in die Welt gesetzt.

Frage: Warum macht „Correctiv“ so etwas?

Sie platzierten diesen Beitrag, um einen medialen Skandal zu produzieren. Damit soll die Berichterstattung um unseren sehr erfolgreichen Friedensantrag überlagert werden. Es steckt nichts anderes dahinter, als das Bestreben, die Verbreitung von Informationen zu

Seite E 172 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

unterdrücken, die der globalistischen Agenda der Geldgeber von Correctiv entgegenlaufen. Correctiv ist ein Werkzeug zur Diffamierung und Unterdrückung von oppositionellen Meinungen im medialen Raum.

Frage: „Correctiv“ wirft Ihnen vor, sie hätten die Reise „heimlich“ gemacht und sie nicht den zuständigen Stellen des Bundestages gemeldet.

Auch das ist falsch. Ich habe die Reise nach Belarus im Auftrag der AfD Fraktion durchgeführt, nicht als Bundestags-Reise. Dadurch, dass ich die Reise unmittelbar im Anschluss an eine Bundestagsreise durchgeführt habe, sparte ich Geld und Zeit. Die Sache wurde bereits im Ältestenrat besprochen und dieser hat bestätigt, dass ich vollkommen im Einklang mit den Reiserichtlinien des Bundestages gehandelt habe.

Nochmal: hier versucht eine Zensur-NGO unsere gute Arbeit in den Dreck zu ziehen und bedient sich dabei einer künstlich produzierten Fak-News.

Frage: Aber warum haben Sie über die Reise nichts veröffentlicht?

Das ist auch nichts Ungewöhnliches. Es war ein Arbeitsbesuch, bei dem die Informationsgewinnung für unsere weitere Arbeit im Vordergrund stand. Wir brauchen Informationen aus erster Hand um besser einschätzen zu können, wie sich die Akteure und unmittelbar Betroffene im Ukraine-Konflikt verhalten werden. Eine Medialisierung stand hierbei nicht im Vordergrund und war auch von der Fraktionsführung nicht erwünscht.

Addendum: Warum Bystron unseren Faktencheckern ein Dorn im Auge ist ...
beantwortet gut jener kurze Redeausschnitt im Bundestag:

Bystron (AfD): „Dieser Konflikt ist militärisch nicht zu gewinnen!“



[Deutschland Kurier](#)

151.000 Abonnenten

244.442 Aufrufe 08.02.2023

<https://www.youtube.com/watch?v=qbltvm78JaU>

Dieser Beitrag erschien zuerst auf [PHILOSOPHIA PERENNIS](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

20) US-Investigativ-Journalist: „Biden hat Nord-Stream-Sprengung angeordnet“

09. 02. 2023



Der Pulitzer-Preis-Träger Seymour Hersh und amerikanischer Investigativ-Journalist kommt, unter Berufung auf anonyme US-Regierungsquellen, in seinem [Aufdeckerartikel](#) „How America took out the Nord-Stream-Pipeline“ zu folgender Einschätzung: Die Hauptfrage war nicht, ob man die Sprengung umsetzt, sondern wie man sie so umsetzt, dass keine Spur zurückbleibt.

Enge Zusammenarbeit zwischen Biden-Regierung und CIA

Hersh beschreibt detailliert die Zusammenarbeit der US-Regierung mit der CIA, um die Rohre zu sprengen, wie sie sie gezündet wurden sowie die Versuche, die Folgen der Explosion zu vertuschen. Insbesondere hätten US-Taucher unter dem Deckmantel der internationalen Militärübung „Baltops 2022“ C4-Ladungen um die Gaspipeline platziert.

US-Präsident Biden gab Spreng-Befehl

„Bidens Entscheidung zur Sabotage der Pipelines kam nach mehr als neun Monaten streng geheimer Debatten innerhalb des nationalen Sicherheitsausschusses in Washington... Niemals war die Frage, ob die Mission durchgeführt, sondern wie sie durchgeführt werden sollte, ohne dass die internationale Gemeinschaft erfährt, wer dafür verantwortlich ist.“

- so Hersh.

Planung bereits vor dem Krieg

Biden betrachtete die Nord Stream-Pipelines als eine Möglichkeit, dass Putin Erdgas als Waffe für seine politischen und territorialen Ambitionen nutzt. Schließlich umging Biden sowohl den Kongress als auch den Senat:

„Die Taucher gehörten zur Navy, nicht zum ‚US Special Operations Command‘. Nur dessen geheime Operationen hätten dem Kongress sowie der Führung des Senats und des Repräsentantenhauses gemeldet werden müssen.

Die Biden-Administration unternahm alles, um undichte Stellen in der Kommunikation zu vermeiden, da die Planung bereits Ende 2021 und in den ersten Monaten des Jahres 2022 stattfand.“

Bereits im Dezember 2021, also bereits zwei Monate vor Kriegsbeginn, berief Jake Sullivan die neu geschaffene Task Force ein:

„Leute von den Stabschefs, den CIA, das Außen- und Finanzministerium. Und er bat um Empfehlungen, wie auf Putins bevorstehende Invasion reagiert werden sollte.“

Die CIA entschied sich dann Anfang 2022 für die Sprengung von „Nord Stream“.

Was wusste der deutsche Kanzler Scholz?

„Was dann geschah, war schockierend. Am 7. Februar, weniger als drei Wochen vor der scheinbar unvermeidlichen russischen Invasion in die Ukraine, traf sich Biden im Büro des Weißen Hauses mit Bundeskanzler Olaf Scholz, der nach einigem Zögern nun fest auf der Seite des amerikanischen Teams stand. Auf der anschließenden Pressekonferenz erklärte Biden trotzig: ‚Wenn Russland einmarschiert ... Wir des Nord Stream 2 wird es nicht mehr geben. Wir werden dem ein Ende setzen.‘“

Hoheitsgebiet von Norwegen war perfektes Gebiet

Wusste doch Washington wusste, dass die Norweger „die Russen hassten, und die norwegische Marine voll exzellenter Seeleuten und Tauchern war, die Generationen von Erfahrung in der hochlukrativen Tiefsee-Öl- und Gasexploration hatten“

- so die anonyme Quelle weiter. Außerdem konnte man auf Verschwiegenheit setzen. Unter anderem weil Norwegen mit der Zerstörung von „Nord Stream“ handfeste eigene Interessen verfolgte, nämlich dann wesentlich mehr Erdgas nach Europa verkaufen zu können.

Norwegischer Ex-Ministerpräsident und NATO-Oberbefehlshaber Jens Stoltenberg als Mastermind

Laut Hersh war Jens Stoltenberg der perfekte NATO-Oberbefehlshaber für den Plan: War er doch ehemaliger norwegischer Premierminister und wurde mit Unterstützung der USA zum NATO-Oberbefehlshaber befördert. Außerdem war Norwegen Nato-Gründungsmitglied im Jahr 1949, „in den frühen Tagen des Kalten Krieges“ – wie Hersh anmerkte.

„Jens Stoltenberg, ein engagierter Antikommunist, der acht Jahre lang Premierminister Norwegens war, wurde 2014 mit Unterstützung der USA zum NATO-Oberbefehlshaber

Seite E 175 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

befördert. Er war hart gegenüber Putin und Russland und hat seit dem Vietnamkrieg mit dem US-Geheimdienst zusammengearbeitet. Seitdem genießt er vollstes US-Vertrauen.

Er ist der Handschuh, der in die amerikanische Hand passt.“

- so die Quelle weiter

So wurde „Nord-Stream“ gesprengt

Seit 21 Jahren, immer im Juni, unternahm die Sechste US-Flotte, mit Stützpunkt im italienischen Gaeta, südlich von Rom, eine groß angelegte NATO-Übung in der Ostsee, an der mehrere alliierte Schiffe aus der Region teilnahmen. Die damalige Übung, war „Baltic Operations 22“ oder „BALTOPS 22“. Laut Einschätzung der Norweger wäre dies „die ideale Deckung für die Platzierung von Minen“ gewesen.

Anfangs wollten die Amerikaner C4-Bomben an den Gaspipelines mit einem 48-Stunden-Timer versehen. Später hatte Washington aber Bedenken: Dass nämlich die Zwei-Tages-Frist zeitlich „zu nahe am Ende der Übung“ gelegen wäre und dadurch offensichtlich würde, dass Amerika beteiligt war.“

Sonar-Zündungen

„Am 2022. September 26 unternahm ein norwegisches Marine-P8-Aufklärungsflugzeug offenbar einen Routineflug und warf ein Sonarbombe ab. Das Signal verbreitete sich unter Wasser, zuerst zu Nord Stream 2 und dann zu Nord Stream 1. Wenige Stunden später gingen die starken C4-Sprengkörper in Betrieb, und drei der vier Pipelines wurden funktionsunfähig. Innerhalb weniger Minuten begann das Methangas, das in den versiegelten Pipelines zurückblieb, auf der Wasseroberfläche zu sprudeln, und die Welt erfuhr, dass etwas Unumkehrbares passiert war.“

Bidens Vertuschungs-Reaktion

Die amerikanischen Medien stellten alles zunächst als „ungelöstes Rätsel“ dar. Dann wurde Russland wiederholt als wahrscheinlicher Urheber erwähnt. Was durch vorsätzliche Informations-Leaks aus dem Weißen Haus angeheizt wurde. Ohne dass jedoch jemals ein klares Motiv für eine solche Selbstsabotage gefunden werden konnte, das über einfache Vergeltung hinausgeht.

Keine große US-Zeitung befasste sich übrigens je mit den „Drohungen, die Biden und sein stellvertretende Außenminister Nuland zuvor gegen Pipelines ausgesprochen haben.“

Warum reagierten die Russen nicht angemessen?

Die anonyme Quelle dazu zynisch: „Vielleicht wollten sie dasselbe tun. Es gab wunderschöne Schlagzeilen. Der einzige Fehler war die Entscheidung, es selbst zu tun.“

Seymour Hersh als US-Ikone des investigativen Journalismus

Hersh ist US-amerikanischer Investigativ-Journalist und politischer Schriftsteller.

1969 erlangte er erstmals Anerkennung für die Aufdeckung des Massakers von My Lai während des Vietnamkriegs und dessen Vertuschung, wofür er 1970 den Pulitzer-Preis für internationale Berichterstattung erhielt. In den 1970er Jahren berichtete Hersh für die „New

York Times“ über den Watergate-Skandal und deckte die geheime Bombardierung Kambodschas auf. Im Jahr 2004 berichtete er über die Misshandlung von Insassen des Abu Ghraib-Gefängnisses durch das US-Militär. Er gewann auch zwei „National Magazine Awards“ und fünf „George Polk Awards“. 2004 erhielt er den „George Orwell Award“.

Hersh hatte außerdem der Obama-Regierung vorgeworfen, über die Ereignisse rund um den Tod von Osama bin Laden gelogen zu haben, und bestritt Vorwürfe, dass das Assad-Regime im syrischen Bürgerkrieg chemische Waffen gegen Zivilisten eingesetzt habe.

Dieser Beitrag ist eine Zusammenfassung eines Artikels von [MANDINER](#), unserem ungarischen Partner der europäischen Medienkooperation.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

21) „Klammheimlich“ – Subventionen für deutschen Kohleausstieg fließen in „Waffenspenden“

08. 02. 2023



Einem Medienbericht zu Folge plant die Bundesregierung, Geld aus den Subventionen für den Kohleausstieg für den Bau neuer Waffenfabriken abzuzweigen.

Ziel ist es angeblich, die BRD mit mehr Waffen zu versorgen und Arbeitsplätze in Regionen zu schaffen, die vom Kohleausstieg betroffen sind.

Öko-Subventionen für Rüstungsgüter

Die Bundesregierung plant, bestehende Subventionen für die Abschaffung von Kohlekraftwerken „umzuleiten“, um Rüstungsherstellern beim Bau neuer Produktionsanlagen zu unterstützen. Dies berichtet die Nachrichtenagentur [Bloomberg unter Berufung](#) auf eine, mit der Angelegenheit vertraute Personen.

Seite E 177 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

Die Gespräche zwischen Bund und Ländern zielen darauf ab, die Bundeswehr mit mehr Waffen und Munition auszustatten und Arbeitsplätze in Regionen zu schaffen, die vom Ausstieg aus der Kohle betroffen sind, so die *Bloomberg*-Quellen, die anonym bleiben wollen.

Die Probleme der schlechten Ausstattung der Bundeswehr sind seit Jahren hinlänglich bekannt. Im Rahmen der, von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) verkündeten „Zeitenwende“ hatte die Bundesregierung im vergangenen Jahr Militärausgaben in Höhe von 100 Milliarden Euro für den Ausbau und die Modernisierung der Bundeswehr beschlossen. Durch die „eifrigen Spenden“ an die Ukraine ist dies nun umso notwendiger geworden.

Der deutsche Rüstungskonzern Rheinmetall hatte im Dezember 2022 bekannt gegeben, man erweitere die Munitionsproduktion, um Lieferengpässe zu beseitigen, die durch die Waffenlieferungen Deutschlands an die Ukraine entstanden wären.

Raschere Produktion für die Ukraine?

Das Unternehmen investiert laut *Bloomberg* mehr als 10 Millionen Euro in eine neue Produktionslinie am Standort in Unterlüß bei Hamburg. Die Anlage soll Munition für die 30 selbst fahrenden Flugabwehrkanonen „Gepard“ produzieren, die die Bundesregierung in die Ukraine liefern wolle.

Seitens des Wirtschaftsministeriums war man für eine Stellungnahme nicht zu erreichen, ein Sprecher von Rheinmetall lehnte eine Stellungnahme gegenüber *Bloomberg* ab.

Unabhängig davon prüfe Rheinmetall den Bau einer weiteren Fabrik zur Herstellung von Grundstoffen und Komponenten für Munition, im vom Kohleausstieg betroffenen Ostachsen, so *Bloomberg*. Die Pläne befänden sich jedoch noch in einem frühen Stadium.

Der Bund hatte noch unter der Vorgängerregierung beschlossen, den Strukturwandel bis 2038 mit bis zu 40 Milliarden Euro zu unterstützen. Ziel sei es, aus den Kohleregionen „Zukunftsregionen“ zu machen. Der damalige Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) erklärte damals, man wolle sowohl ein „wettbewerbsfähiges Industrieland“ bleiben als auch die klimapolitischen Ziele erreichen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

22) Julian Reichelt auf Youtube: Das Krawall-Imperium des geschassten „Bild“-Chefs

Von Sebastian Leber

08.02.2023



© Gestaltung: TSP.- imago-images, istockphoto

Julian Reichelt hat Großes vor. Seine Videos werden von Wutbürgern und Klimawandelleugnern gefeiert. Unser Kolumnist hat sich die volle Dröhnung gegeben.



Eine Kolumne von [Sebastian Leber](#)

08.02.2023, 09:28 Uhr

Ecken, die einen erschauern lassen, hat das Internet viele. Für manche muss man umständlich den Tor-Browser installieren oder von Eingeweihten in ein geschlossenes Forum eingeladen werden. Für andere reicht ein Klick auf Youtube.

Eine besonders unansehnliche Ecke heißt [„Achtung, Reichelt“](#) und ist der Kanal des [rausgeschmissenen Chefs](#) der „Bild“-Zeitung. Vor neun Monaten lud er sein erstes Werk bei Youtube hoch, mittlerweile sind es mehr als 150. Julian Reichelt monologisiert dort minutenlang in die Kamera, befragt auch Gäste. Das Einschalten lohnt sich, wenn man sich für die Verbreitung von Falschinformationen, Beleidigungen, Leugnung des menschengemachten Klimawandels und DDR-Verharmlosung begeistern kann.

[Die Tagesspiegel-App Aktuelle Nachrichten, Hintergründe und Analysen direkt auf Ihr Smartphone. Dazu die digitale Zeitung. Hier gratis herunterladen.](#)

Die vielen, vielen Verstöße gegen den Pressekodex, die er in seinen Jahren als „Bild“-Chef verantwortete, sind Vergangenheit. Für sein Youtube-Format ist der deutsche Presserat nicht zuständig.

Seite E 179 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

Reichelts Sendung kann man sich als „Tagesschau“ für Grünen-Hasser, Wutbürger und Migrantenphobiker vorstellen. Sie hat schon 300.000 Abonnenten. Unter den Gästen sticht vor allem Gloria von Thurn und Taxis heraus. Die Frau verbreitet groteske Verschwörungslügen, nennt Homosexualität „Sünde“.

Sie behauptet, die Bundesrepublik sei ein schlimmerer Überwachungsstaat als die DDR – damals habe man „zwar auch ein bisschen mitgehört, aber die waren wesentlich toleranter als heute“. Sie will den „Universitäten sofort das Geld wegnehmen“, damit die keine ungewünschten Inhalte mehr lehren. Zwischendurch doziert sie über Schröders „Agenda 2008“.

Ist Reichelt für den Quatsch seiner Gäste verantwortlich? Wenn Thurn und Taxis die Erderwärmung als „großen Schwindel“ bezeichnet, fragt Reichelt nicht etwa nach, sondern bedankt sich für ihre „brillanten Einschätzungen“.

Unklar ist, woher Reichelt das Geld für seine Firma hat

In den frühen Folgen, da hieß seine Sendung noch nicht „Achtung, Reichelt“, saß der geschasste „Bild“-Chef im offenen Hemd im Studio, die Brusthaare schauten raus. Mittlerweile trägt er Schlips, es gibt ein flottes Intro. Verantwortet wird die Sendung von der Rome Medien GmbH, die Reichelt selbst gegründet hat und deren alleiniger Geschäftsführer er ist.

Sein Mitarbeiterstab wächst. Die Firma sitzt in einem Bürogebäude in Berlin-Kreuzberg nahe dem Moritzplatz. Unklar ist, woher Reichelt das viele Geld hat. Es gibt Hinweise auf Kontakte zum Milliardär [Frank Gotthardt](#), Hauptgesellschafter der „Kölner Haie“. Beide äußern sich dazu nicht.

Eine extrem rechte Influencerin als Dauergast

In Reichelts Sendung werden die Postfaschistin Giorgia Meloni bejubelt, eine Kampagne der rechtsextremen [Identitären Bewegung](#) gelobt, eine extrem rechte Influencerin als Dauergast engagiert. Letztere bezeichnet sich selbst als „stolze Verschwörungstheoretikerin“. Es wird behauptet, es sei kein Geld für deutsche Senioren da, weil in Deutschland alles Geld an Migranten verteilt werde.

Klimaaktivisten unterstellt Reichelt eine „wahnsinnige Angststörung“, spricht von „grünem Terrorismus“. Auf einer ebenfalls von Reichelts Rome Medien GmbH betriebenen Webseite werden Transsexuelle verspottet. Als jüngst etwa eine Transgender-Eiskunstläuferin bei der WM-Eröffnungsshow in Finnland stürzte, hielt Reichelts Mitarbeiterin den Auftritt für eine „Verhöhnung aller Sportlerinnen“ beziehungsweise „blanken Hohn für echte Eiskunstläuferinnen“. Sie mokierte sich darüber, dass „unattraktive und unprofessionelle Männer“ bei Frauenwettbewerben antreten.

[Klimaschutz und mehr Themen aus Berlins Bezirken in unseren kostenlosen Newslettern unter \[www.tagesspiegel.de/bezirke\]\(http://www.tagesspiegel.de/bezirke\)](http://www.tagesspiegel.de/bezirke)

Der offenkundige Widerspruch, der bei „Achtung, Reichelt“ immer wieder zu Momenten unfreiwilliger Komik führt: Einerseits scheint der Mann geradezu getrieben zu sein von seiner Wut auf alles Grüne und Linke oder was er dafür hält. Andererseits wirft er ständig anderen Menschen vor, nicht auf Argumente zu schauen, sondern bloß eine Ideologie zu vertreten.

Wir Weiße sollen uns offensichtlich nicht mehr fortpflanzen.

Gloria von Thurn und Taxis bei „Achtung, Reichelt“

Juristisch hat Reichelt eine bittere Niederlage kassiert. Nach einem Urteil des Oberlandesgerichts Hamburg ist der „Spiegel“-Artikel [„Vögeln, fördern, feuern“](#), der die Vorwürfe gegen Reichelt und seinen mutmaßlichen Umgang mit jungen Mitarbeiterinnen bei „Bild“ detailliert beschreibt, wieder online.

Lesenswert ist auch das „Zeit“-Interview, in dem Reichelt bestreitet, er habe Mitarbeiterinnen nach „Fuckability“ bewertet oder je eine belästigt. Auf die Frage „Warum, glauben Sie, haben diese Frauen mit Ihnen geschlafen? Weil Sie so attraktiv sind?“ antwortet Reichelt: „Darüber habe ich noch nie nachgedacht...“

Enormen Zuspruch erhält Reichelts Kanal aus der Blase der Verschwörungsideologen und Querdenker, was wohl an den inhaltlichen Schnittmengen liegt. In der Show fallen Sätze wie: „Wir Weiße sollen uns offensichtlich nicht mehr fortpflanzen“, gleichzeitig hole man aber „halb Afrika rein“.

Weitere Themen bei Tagesspiegel Plus

[Eine schrecklich rechte Familie Berliner Staatsanwältin wegen Nötigung angeklagt – Sohn ist rechter Youtuber Juli Zeh über Reizthemen der Gegenwart „Es geht heute oft um eine gesteigerte Form des Rechthabens“ Interview mit Psychologe Björn Sufke „Toxische Männlichkeit bringt uns um“](#)

Die Regierung wolle, dass es den Deutschen wirtschaftlich schlechter gehe. Dies alles nicht etwa auf dem Kanal eines anonymen Telegram-Hetzers, sondern auf der Plattform des Publizisten, der jahrelang die auflagenstärkste Tageszeitung Deutschlands leitete.

Im Grunde verhält es sich mit Reichelt wie mit dem Ex-Verfassungsschutzchef [Hans-Georg Maaßen](#): Man wüsste gern, ob der Typ schon so drüber war, als er noch Macht und Verantwortung hatte, oder ob er sich erst nach seinem Rausschmiss blitzradikalisierte.

Quelle:

https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/julian-reichelt-auf-youtube-das-krawall-imperium-des-geschassten-bild-chefs-9270981.html?utm_source=pocket-newtab-global-de-DE

23) ACHTUNG REICHELT!

08. 02. 2023



Wenige Menschen in unserem Land sind so unumstritten inkompetent wie unsere Innenministerin Nancy Faeser.

Die SPD-Politikerin will jetzt nach Hessen wechseln – aber nur, wenn sie die Wahl zur Ministerpräsidentin gewinnt. Wenn die Hessen sich gegen sie entscheiden, wenn Faeser die Wahl also verliert, möchte sie lieber ihren Minister-Job in Berlin behalten. Politische Lebensplanung als Vollkasko-Versicherung.

Noch bevor Nancy Faeser OFFIZIELL angekündigt hat, dass sie nach Hessen will, wussten alle in Berlin, dass sie viel lieber in Hessen regieren möchte, als sich als Innenministerin um die Sicherheit der Deutschen zu kümmern. Also wollten wir von ihr wissen, wie oft sie eigentlich während ihrer Amtszeit in Hessen ist. Unsere Anfrage lautete: „Ich bitte um die Zusendung einer Liste aller Dienstreisen der Bundesinnenministerin Nancy Faeser in Deutschland seit Dienstantritt.“

Das Ministerium wollte uns keine Auflistung der Dienstreisen schicken. Also schalteten wir das Berliner Verwaltungsgericht ein, woraufhin das Innenministerium eine Liste mit 33 Dienstreisen schickte – acht davon gingen nach Hessen.

Nur: Ein kurzer Blick in die Social-Media-Kanäle der Ministerin reichten, um zu beweisen, dass diese Liste unvollständig ist. Mindestens 17 Reisen FEHLTEN auf der Liste, die uns im Zuge der juristischen Auseinandersetzung übergeben wurden. Was wollte die Ministerin also vertuschen? Die Antwort lautet: Faeser hat offenbar während ihrer Zeit als Innenministerin den Wahlkampf in Hessen vorbereitet. Von den 17 verschwiegenen Reisen führten 13 nach Hessen ... Wir haben diese Reisen ausgewertet und kommen zu dem Schluss: Das waren keine Dienstreisen, das war Wahlkampf!

Faeser wollte Hessen-Reisen vertuschen: Innenministerin machte falsche Aussagen vor Gericht



[Achtung, Reichelt!](#)

305.000 Abonnenten

252.485 Aufrufe vor 3 Tagen [#AchtungReichelt](#) [#Faeser](#)

[#StimmeDerMehrheit](#)

Wenige Menschen in unserem Land sind so unumstritten inkompetent wie unsere Innenministerin Nancy Faeser. Die SPD-Politikerin will jetzt nach Hessen wechseln – aber nur, wenn sie die Wahl zur Ministerpräsidentin gewinnt. Wenn die Hessen sich gegen sie entscheiden, wenn Faeser die Wahl also verliert, möchte sie lieber ihren Minister-Job ...

4.534 Kommentare

<https://www.youtube.com/watch?v=z5yKZQMOyAU>

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

24) Generäle der NVA für Frieden mit Russland



<https://www.redglobe.de/2023/02/generaele-der-nva-fuer-frieden-mit-russland/>

[Friedensbewegung](#)

Generäle der NVA für Frieden mit Russland

[7. Februar 2023 7 Minuten Lesedauer](#)

„Frieden mit Russland!“ – Mit diesen Worten rufen zwei ehemalige Generäle der Nationalen Volksarmee der DDR zum Protest auf. Generalleutnant a. D. Manfred Grätz und Generalmajor a. D. Sebald Daum kritisieren die Entscheidung der Bundesregierung, Leopard-2-Panzer an die Ukraine zu liefern, wodurch „Deutschland in eine neue Phase der Kriegsbeteiligung gegen Russland eintritt und so die Aussage seiner Außenministerin, im Krieg mit Russland zu stehen, verwirklicht“. Wir veröffentlichen ihre Offenen Briefe an die Russische Botschaft im Wortlaut und verweisen auf zwei Videos, die der Sender „RT deutsch“ mit Daum und Grätz geführt hat:

Manfred Grätz, Generalleutnant a. D., 30. Januar 2023

Deutsche Panzer gegen Russland – Aufruhr meines Gewissens

Es ist wieder so weit. Von ungezählten Menschen befürchtet, von einer geschichtsvergessenen oder die Geschichte arrogant missachtenden Minderheit, die sich berufen fühlt, unser Land zu regieren und in Vasallentreue dem transatlantischen Bündnispartner folgt, herbeigesehnt und -geredet, von einer einmalig gleichgeschalteten Medienlandschaft eifrig unterstützt und nunmehr vom Bundeskanzler offiziell verkündet. Panzer gen Osten ist beschlossene Sache.

Bei vielen Menschen sträuben sich die Haare, werden ungute Erinnerungen wach, auch bei mir. Damals waren es noch kindliche Erinnerungen.

Geboren 1935, bin oder war ich faktisch noch ein Kind des 2. Weltkrieges. Zu jung, um schon für den Waffengang des deutschen Faschismus missbraucht zu werden, aber alt genug, um zu verstehen, dass Krieg nur unermessliches Leid, Elend und menschenverachtende Vernichtung bedeutet. Ich verlor meinen Vater. Ein herzlos kalter Brief seines Kompaniechefs vermeldete, dass er offensichtlich ‚in heldenhaften Abwehrkämpfen gegen den bolschewistischen Feind für Führer, Volk und Vaterland gefallen sei...‘.

Gelegentlich tauchen auch schlaglichtartig Erinnerungen auf, wie wir als halbwüchsige Jungen am Bahndamm saßen und die vielen Militärtransporte beobachteten, mit riesigen weißen Lettern beschriftet: ‚Räder müssen rollen für den Sieg.‘ Heute heißt es: ‚Deutsche Panzer Richtung Russland.‘ Parallelen, Ähnlichkeiten sind wohl unschwer zu erkennen. Bombennächte, Fliegeralarm, das brennende Chemnitz unweit meines Dorfes vor Augen, all das trug dazu bei, dass ich schon als Kind den Krieg hassen lernte und den Frieden herbeisehnte. Das Ende des Krieges erlebte ich schließlich als Befreiung Deutschlands vom Faschismus durch die Sowjetarmee.

Seit jenen Ereignissen sind nahezu acht Jahrzehnte vergangen. Aus dem damals halbwüchsigen Jungen ist ein 88-Jähriger geworden, in ereignisreicher geschichtsträchtiger Zeit ein erfülltes Leben hinter sich.

38 Dienstjahre für die Erhaltung des Friedens in unserer Nationalen Volksarmee, davon sechs Jahre Studium in der SU, gehören dazu. Ich bekenne mich freimütig, ich liebe dieses Land, wohl wissend, dass das heutige Russland nicht mehr mit der SU vergleichbar ist. Aber die Menschen, deren Väter und Großväter für ihr Vaterland gegen den deutschen Faschismus gekämpft und auch uns befreit haben, sind geblieben. Warmherzige, liebenswerte Menschen, Freunde!

All das und noch viel mehr geht mir durch den Kopf vor dem Hintergrund all dessen, was sich gegenwärtig ereignet. Der Geist ist noch wach, auch nach 88 Jahren.

Es ist eine ganze Gemengelage an Gefühlen und Empfindungen, die mich bewegt, dominiert von Wut und Enttäuschung. Wut kocht in mir hoch, wenn ich die völlig haltlose einseitige Schuldzuweisung an Russland, in der Regel personell an Putin verfolgen muss, an Putin, den Aggressor, Putin den Kriegsverbrecher. Putin ist an allem schuld, was gegenwärtig in der Welt passiert. Vergessen oder bewusst verschwiegen die gesamte Vorgeschichte des Krieges in der Ukraine, vergessen der Wortbruch des Westens bezüglich der NATO-Osterweiterung, vergessen die Rede Putins vor dem Bundestag anno 2001, in der er die Hand ausstreckte, friedliche Zusammenarbeit anbot und dann mit standing

Seite E 184 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

ovations verabschiedet wurde, vergessen auch die Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007, als er die NATO-Osterweiterung als Bedrohung russischer Sicherheitsinteressen ansprach.

Wut kommt auf, wenn Frau Baerbock, immerhin Außenministerin unseres Landes und höchste Diplomatin, völlig ahnungslos und bar jeglichen diplomatischen Geschicks oder gar Anstands vom Leder zieht: ‚Wir werden Russland ruinieren‘.

Auf etwa der gleichen Ebene liegt das häufige Geschwätz über die Frage, ob wir denn nun schon Kriegspartei sind oder nicht, oft dabei den Anschein erweckend, zu suchen und auszuloten, ob wir denn nicht noch einen Schritt weiter gehen dürfen oder nicht. Für mich brotlose Kunst. Längst sind die Fronten klar. Wir sind mittendrin. Was sollte man denn sonst noch tun müssen, wenn man schon Panzer und andere schwere Waffen geliefert hat mit dem ‚hehren‘ Ziel, Russland zu besiegen?

Gefährlich auch, wenn Politiker und sog. Experten in Talkshows oder bei anderen Gelegenheiten über das Thema Eskalation, vielleicht mit Kernwaffen, mit ‚kleinen taktischen‘ zunächst, sinnieren, ahnungslos und leichtsinnig. Vergessen schon Hiroshima und Nagasaki, jene zwei japanischen Städte, die das Opfer des ersten Atombombenabwurfes auf bewohntes Territorium wurden, ohne jede militärische Notwendigkeit. Zu diesem Zeitpunkt war der 2. Weltkrieg längst entschieden, in Europa wie auch in Fernost. Und das waren bekanntlich nicht die Russen! Vergessen all das Leid und Elend, all die nach Zehntausenden zählenden Toten, und die Jahrzehnte währenden Langzeitwirkungen, die diese nach heutigen Maßstäben ‚zwei kleinen Kaliber‘ bewirkten. Unvorstellbar und verantwortungslos ein solches Spiel mit dem Feuer in der Gegenwart! Da sage ich als ehemaliger Militär all jenen, die an ein solches Abenteuer nur denken: Kriegsverbrechen!

Apropos Kriegsverbrechen! Spricht da noch jemand davon im Zusammenhang mit Hiroshima und Nagasaki? Vergessen! Zu den Akten gelegt, das bis dato größte Kriegsverbrechen der Menschheitsgeschichte, begangen von den USA.

Nicht nur bedauerlich, sondern auch besorgniserregend finde ich, dass unsere in Regierungsverantwortung stehenden Politiker auch noch beratungsresistent sind. Ich denke hier dabei an die Tatsache, wie die Meinung erfahrener Militärs, Spezialisten ihres Berufes, mehr und mehr in den Hintergrund tritt, besser: getreten wird, sie nicht mehr für die Öffentlichkeit wahrzunehmen ist. Muss es nicht bedenklich stimmen, wenn ein General Kujat, exzellenter Kenner der Materie, auch oder besonders der NATO, seine beachtenswert realen Einschätzungen der Lage in einem Schweizer Journal unterbreiten muss? Oder wenn sich ein General Vad, ehemaliger militärischer Berater von Frau Merkel, im Journal EMMA von Alice Schwarzer äußert (nicht missverstehen, Respekt für Frau Schwarzer!).

Oder wenn sogar der Generalstabschef der US-Armee, General Milley, für seine reale Einschätzung der Lage in der Ukraine von der Biden-Administration einen Rüffel einstecken musste und über seine Erkenntnisse der Mantel des Schweigens ausgebreitet wird? Von anderen Militärs, gar von Ehemaligen aus der NVA, will ich hier gar nicht sprechen, die könnten ja die Russen gut kennen!

Alles nach dem Motto ‚Es kann nicht sein, was nicht sein darf‘. Es bleibt dabei, mit deutscher Vasallentreue folgen wir getreu der auf die Weltherrschaft ausgerichteten Kriegspolitik der

Seite E 185 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

USA, unseres wichtigsten transatlantischen Verbündeten. Quo vadis, Deutschland? frage ich mich da. Oder um es mit Heinrich Heine zu sagen: ‚Denk ich an Deutschland in der Nacht, so werd‘ ich um den Schlaf gebracht!‘.

Noch ein Wort an alle Mitglieder und Sympathisanten unseres Verbandes, an meine Genossen und Freunde.

Erhebt Eure Stimme, versteckt Euch nicht.

- - Schreibt, in welcher Form und in welchem Medium auch immer, und vergesst Name und Dienstgrad nicht.
- - Sucht und findet unsere Verbündeten, besucht auch deren Veranstaltungen.
- - Gemeinsam sind wir stärker.
- - Geht mit auf die Straße, sofern Ihr noch rüstig und mobil seid. Redet mit den Leuten, trotz unterschiedlicher Interessen, die dort vertreten sind.
- - Krieg will von den Demonstranten keiner.

All das sagt mir mein Gewissen. Bitte, prüft auch das Eure.

[Interview mit Generalleutnant a. D. Manfred Grätz](#)

Sebald Daum, Generalmajor a. D., 30. Januar 2023
Protest gegen die weitere Unterstützung der Ukraine mit Panzern und anderem schweren Kriegsgerät durch Deutschland

Mit der Entscheidung des Bundeskanzlers der BRD, Herrn Scholz, und seiner Regierung, nun doch der Ukraine 14 Leopard-2-Panzer zu liefern und den anderen Ländern der NATO es zu gestatten, auch diese Leopard-Panzer der Ukraine zur Verfügung zu stellen, tritt Deutschland in eine neue Phase der Kriegsbeteiligung gegen Russland ein und verwirklicht so die Aussage seiner Außenministerin, im Krieg mit Russland zu stehen.

Mit dieser Entscheidung verlängert Deutschland nicht nur das Sterben in der Ukraine, sondern wird Kriegspartei. Gleichzeitig wird Russland immer mehr zum Feind des deutschen Volkes aufgebaut und man zerstört endgültig all das, was einmal wichtig war in den freundschaftlichen Beziehungen zu Russland, insbesondere im Osten sowie in der BRD insgesamt.

Ich möchte deshalb nur an einige wichtige Fakten erinnern:

- - dass die Sowjetunion den größten Anteil an der Befreiung des deutschen Volkes vom Hitlerfaschismus hat mit über 27 Millionen Toten,

- - dass nach 1945 die Rote Armee und das sowjetische Volk nicht Gleiches mit Gleichen vergolten und Deutschland mit Hass überzogen haben, wie es zurzeit schon wieder in Deutschland gegen Russland getan wird,

- - dass die Sowjetunion und Russland entscheidend waren für die Wiedervereinigung Deutschlands, denn ohne ihre Zustimmung hätte es kein ‚Einig Deutsches Vaterland‘ gegeben,

- - dass Russland seine Besatzungstruppen freiwillig, im guten Glauben an gute nachbarliche Beziehungen, abgezogen hat, während die amerikanischen Besatzungstruppen weiter im Lande sind,

- - dass Russland zugestimmt hat, dass Deutschland nicht neutral, sondern in der NATO bleiben darf,

- - dass nicht Russland an die Grenzen Deutschlands oder der EU herangerückt ist, sondern die NATO-Truppen heute an den Grenzen Russlands stehen,

- - und letztlich sei daran erinnert, dass es die USA und die NATO waren, die 2014 in der Ukraine einen Staatsstreich organisiert, den gewählten Präsidenten außer Landes vertrieben und die Ukraine militärisch aufgerüstet und gegen Russland in Stellung gebracht haben, damit sie 8 Jahre Krieg gegen das eigene Volk führen konnte und geführt hat.

Hat man das alles vergessen, ist das jetzt der Dank für all das, was die Sowjetunion und Russland für Deutschland getan haben, oder sind wir schon wieder so weit, ein drittes Mal gegen Russland in den Krieg zu ziehen? Sollen deutsche Panzer Leopard, wie einst deutsche Tiger, gegen Russland rollen. Hat man die Ergebnisse von Stalingrad und Kursk so schnell vergessen, oder will man diese Niederlagen revidieren?

‚Nie wieder Krieg‘ galt in Deutschland als ungeschriebenes Gesetz. Nie wieder darf in Deutschland deshalb Hass und Kriegsgeschrei gegen Russland die Oberhand gewinnen, nie wieder darf ein ‚Wollt ihr den totalen Krieg‘-Geschrei uns gegen die Völker Russlands aufhetzen.

Deshalb erhebe ich meine Stimme zum Protest, gegen diese Lieferung von Panzern und anderem schweren Kriegsgerät durch Deutschland, die für die Verlängerung des Krieges und des Mordens in der Ukraine stehen. Mögen die Stimmen der Vernunft die Oberhand gewinnen und mögen Unzählige in diesem Sinne mithelfen, den Krieg zu verhindern.

[Interview mit Generalmajor a. D. Sebald Daum](#)

Quelle: [Unsere Zeit](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

25) WDR stellt nach verheerender Umfrage Gendern ein

07. 02. 2023



Na endlich! Macht sich auch in den obersten kinks-grünen Eliten-Etagen des Umerziehungs-Journalismus Ernüchterung breit: Bezüglich der Sinnlosigkeit einer politisch-korrekten Sprachvergewaltigung:

„Sprache ist ja etwas ganz Persönliches und wir wollen so sprechen wie unser Publikum.“

- wie sich WDR-Programmdirektor Jörg Schönenborn endlich einsichtig zeigt.

„**Willkommen in der Realität.**“ (Bild)

Wenn auch nicht aus freier Entscheidung aus gesundem Menschenverstand heraus – sondern: Weil die Ergebnisse einer, vom Sender selbst in Auftrag gegebenen, „Infratest dimap“-Gender-Umfrage (mehr als 1000 Befragte im Zeitraum September 2022), verheerend waren.

„**Das Volk versteht das meiste falsch; aber es fühlt das meiste richtig.**“ (Kurt Tucholsky)

In Wirklichkeit ist das aber das lange Ende vom Gendern, und wohl auch vom Woke-ness-Wahn... Wenn es auch noch ein wenig dauern wird: Bis nämlich die letzten Eliten des Political-Correctness-Irrsinns entweder aus Altersgründen ausgestorben oder aber abgewählt sind.

Denn niemand anderes als der WDR war es, der sich als Vorreiter des Gender-Wahnsinns stark brüstete. Und das, obwohl – wie sich jetzt zeigt und was eigentlich jeder, außer einer verschwindenden Minderheit von linken Anti-Fa-Postfeministen und ihrer Polit-Eliten-Führerschaft, wusste:

Seite E 188 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

„Die Deutschen sind mehrheitlich gegen das Gendern. Nicht überraschend: Seit Jahren ergeben Umfragen ähnliche Ergebnisse.“ ([Bild](#))

59% gegen Gendern in den Medien

Nur 16% hielten die Sprachverhuzung für „sehr wichtig“. – Und dann auch noch das: Die Ablehnung der Sprachvergewaltigung nimmt stetig zu: 2020 waren es noch 19%. 41% hingegen finden es für „nicht wichtig“ – 2020 waren es nur 30 Prozent.

Die Deutschen haben also die Schnauze endgültig voll von einem linken Eliten-Sprach- und Gesellschafts-Umerziehungs-Totalitarismus. Denn satte 59% der Befragten sind sogar voll gegen das Gendern in den Medien. Zwar waren Zwei Drittel der Befragten für die Doppelnennung von männlicher und weiblicher Form (etwa: „Wählerinnen und Wähler“).

Endlich Geschlechter-Parität

ABER: Alle anderen Gender-Formen lehnen sie strikt ab. – Und noch etwas: Diesbezüglich herrscht Geschlechterparität: Gab es doch kaum Unterschiede zwischen Männern und Frauen im Abstimmungsverhalten.

Verhasster „Gender-Gap“

Besonders verhasst war der sogenannte „Gender-Gap“. Also wenn zwischen weiblicher und männlicher Endung eine Sprechpause eingelegt wird. Nur 27% finden das „gut“ oder „sehr gut“, satte 69% lehnen das ab.

Kleinlaute ehemalige Sprach-Um-Wandler

Somit musste auch WDR-Programmdirektor Jörg Schönenborn kleinlaut das Scheitern des Gender-Totalitarismus mit einer eindeutigen Empfehlung eingestehen:

„Sprache ist ja etwas ganz Persönliches. Und wir wollen so sprechen wie unser Publikum. Und wenn wir feststellen, dass diese Sprechlücke abgelehnt wird, dann empfehlen wir auch, darauf zu verzichten.“

„Lasst es!“

„Wir wollen sprechen, wie unser Publikum. Wenn so eine Sprachform abgelehnt wird, dann empfehlen wir unseren Teams: Lasst es.“

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

26) Baerbock will „Nürnberg 2.0“ spielen und fordert „Sondertribunal zu russischen Kriegsverbrechen“ – CDU beschwört „deutsche Verantwortung“

05. 02. 2023



Gysi gegen Sondertribunal zu „russischen Kriegsverbrechen“ – CDU beschwört „deutsche Verantwortung“

Die CDU unterstützt den Baerbock-Vorstoß für ein Sondertribunal zu behaupteten russischen Kriegsverbrechen. Die Chance auf eine Durchsetzung ist gering.

Der langjährige Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag Gregor Gysi hat die Forderung nach einem „Ukraine-Sondertribunal“ zurückgewiesen. Zugleich warnte er vor einer Relativierung von Nazi-Verbrechen.

Bundesaußenministerin Annalena Baerbock hatte jüngst ein solches Sondertribunal gefordert. Diese soll der „Ächtung russischer Verbrechen der Aggression“ dienen und nach ukrainischem Recht vorgehen. Vorbild sollen offenbar die Nürnberger Prozesse gegen nationalsozialistische deutsche Kriegsverbrecher nach dem Zweiten Weltkrieg sein. Mögliche Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit von ukrainischer Seite sollen offenbar nicht Gegenstand des Tribunals sein.

Unterstützung für die Idee kam prompt von CDU-Rechtspolitiker Günter Krings. Dieser warf der Bundesregierung sogar zu große Zögerlichkeit beim Voranbringen eines solchen Unterfangens vor. In der „Rheinischen Post“ forderte er ein international abgestimmtes Tribunal, wobei Deutschland innerhalb der EU der „Treiber“ des Projekts sein soll. Deutschland habe diesbezüglich „aufgrund seiner Geschichte eine besondere Verantwortung“.

Gysi: Sondertribunal müsste sich dann auch um NATO und USA kümmern

In Anbetracht solcher Analogien warnte Gysi vor unzulässigen Vergleichen, die einer Relativierung der Nazi-Verbrechen gleichkäme. Die „russische Aggression“ sei zwar schlimm, jedoch sei sie „mit den Verbrechen der Nazi-Diktatur [...] auch nicht annähernd zu vergleichen“. Außerdem würde ein Sondertribunal nach ukrainischem Recht „weder in der EU noch international Zustimmung finden“, äußerte Gysi im gleichen Medium.

Seite E 190 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

Gysi begrüße es, sollten „die Verantwortlichen für ein Verbrechen gegen den Frieden und für Kriegsverbrecher bei der Aggression Russlands gegen die Ukraine zur Verantwortung gezogen“ werden. Allerdings müsse ein solches Tribunal auch für die Ahndung des NATO-Krieges gegen Serbien oder der US-geführten Invasion im Irak zuständig sein.

Die Führung in Kiew und Politiker in westlichen Staaten fordern seit Beginn des russischen Angriffskrieges am 24. Februar 2022 völkerstrafrechtliche Konsequenzen. Diese sollten sich demnach gegen Russlands Präsident Wladimir Putin und weitere Verantwortungsträger in Staat und Militär richten.

Kreml weist Vorwurf der Kriegsverbrechen zurück

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj wirft Russland zahlreiche Kriegsverbrechen vor, darunter Massaker an Zivilisten in [Butsch](#) oder [Irpin](#) bei Kiew. Russland weist die entsprechenden Darstellungen zurück und beschuldigt die Ukraine ihrerseits der Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Der Kreml verweist diesbezüglich zum einen auf das Vorgehen ukrainischer Einheiten, die seit 2014 militärisch im Donbass operieren. Teile dieses ostukrainischen Gebiets standen bereits seit der damaligen gewaltsamen Absetzung der gewählten Regierung in Kiew unter der Kontrolle prorussischer Separatisten. Zum anderen berichteten Medien über mutmaßliche Kriegsverbrechen wie die Erschießung sich ergebender russischer Soldaten oder Morde an angeblichen Kollaborateuren.

Die ukrainische Führung hat in einigen Fällen erklärt, Vorwürfe untersuchen zu wollen. Über Konsequenzen gegen mögliche Verantwortliche ist bis dato jedoch nichts bekannt.

Russland würde Sondertribunal nicht anerkennen

Zuständig für die Ahndung von Kriegsverbrechen wäre der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag. Er geht seit 2002 auch Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord nach. Chefankläger Karim Khan ermittelt im Fall der Ukraine und wird dabei von Deutschland und 13 weiteren EU-Ländern unterstützt.

Dass es tatsächlich jemals zu einer Anklage russischer Regierungspolitiker kommen wird, ist jedoch unwahrscheinlich. Bis dato erkennen weder Russland noch die Ukraine den Haager Gerichtshof an. Zudem schließen viele Staaten eine Auslieferung eigener Staatsbürger aus.

Mit den USA, Russland und China erkennen sogar drei Mitglieder des UN-Sicherheitsrates den Gerichtshof nicht an. Die Gesetzgebung der USA ermächtigt den Präsidenten [sogar zur Invasion](#), sollte es in Den Haag eine Strafverfolgung von Angehörigen der Regierung, des Militärs oder anderer offizieller US-Vertreter geben. Zuletzt hatten auch [mehrere afrikanische Staaten](#) den Rückzug aus dem IStGH-Statut erklärt. Kritiker bestreiten die Legitimität und Unparteilichkeit der Einrichtung.

Auch die Chancen, dass Russland ein internationales Ad-hoc-Gericht akzeptieren würde, sind gering. Ein solches bedürfte entweder der einstimmigen Einrichtung durch den UN-Weltsicherheitsrat oder einer Zwei-Drittel-Mehrheit in der Generalversammlung. Selbst wenn eine solche – was unwahrscheinlich ist – zustande käme, würde Russland sie nicht beachten.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf [EPOCH TIMES](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

27) ACHTUNG REICHELT!

Julian Reichelt

04. 02. 2023



Stellen Sie sich vor, Sie bringen ihre Tochter oder Enkelin, nennen wir sie hier Lena, morgens in die Kita. Als Sie sie wieder abholen, will Lena nicht mehr Lena heißen. Sondern Linus. Sie will kein Mädchen mehr sein, sondern ein Junge. Sie halten das für einen schlechten Witz? Dann kennen Sie die Broschüre „Geschlechtliche Vielfalt in der Kinder- und Jugendhilfe – inter* und trans*Kinder 0–6 Jahre“ noch nicht. Sie ist eine Anleitung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes für Kita-Erzieher. Dieser Verband wird maßgeblich von Ihrem Geld finanziert. Und er propagiert ein Menschenbild und eine Erziehung, die einem vorkommt, als stamme sie aus einem Horrorfilm.

Unabhängig davon, ob hetero, homo, lesbisch, inter oder queer: Ich frage mich: Was hat das Thema Sexualität in einer Kita zu suchen? Die Antwort ist jedem normaldenkenden Menschen ganz klar: Es hat dort überhaupt nichts zu suchen! Der Paritätische Wohlfahrtsverband sieht das anders. In der Broschüre heißt es: „Inter* oder trans*Kinder zwingend vor die Wahl zwischen Mädchen oder Jungentoilette zu stellen, verletzt sie in ihrer Würde. Kindern oder Jugendlichen zu verweigern, den von ihnen gewählten Namen oder das als passend beanspruchte Pronomen zu verwenden, verletzt ihre Selbstbestimmung und ihr Recht auf Diskriminierungsfreiheit.“

Wer kennt es nicht, der kleine Moritz sagt morgens in der Kita beim Schuhe ausziehen, dass er jetzt mit them oder they angesprochen werden möchte. Aber ernsthaft, liebe Erzieher! Wagen Sie es nicht, ein Kind mit seinem richtigen Namen anzusprechen. Oder einen Jungen auf eine Jungentoilette zu schicken. Damit verletzen Sie die Würde des Menschen! Noch mehr irre Stellen aus der Broschüre gibt's im Video!

[05:05](#) Wer kritisiert, ist ein Menschenfeind

[08:52](#) Satte 99,99 % fühlen sich als Mann oder Frau

[10:30](#) Trans-Sein wird als Normalfall verkauft

[12:20](#) Kita-Kinder werden sexualisiert

[14:00](#) Kinder sollen sich ihr Pronomen aussuchen

[17:37](#) Hormonblocker-Fragen in Kita-Broschüre

[22:23](#) OP-Empfehlung im Bio-Unterricht

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

**28) Linke drehen völlig durch: Auftritt von Friedensforscher Ganser
„antisemitisch und verschwörerisch“**

03. 02. 2023



Dirk Wächter, . *Wikimedia (CC BY-SA 4.0)*

Der bekannte Schweizer Historiker und Friedensforscher Daniele Ganser, der sich seit Monaten für eine Beendigung des Ukraine Konflikts und gegen Waffenlieferungen des Westens ausspricht, soll im Raum Stuttgart auftreten. Das versetzt die politisch korrekten linken Kriegstreiber in helle Aufregung. Der Auftritt soll nun verhindert werden, denn Ganser sei „Verschwörungstheoretiker“ und umgebe sich mit „Antisemiten, Holocaustleugnern Neonazis“ – [so die irre Begründung.](#)

Ganser vergleicht Corona-Maßnahmen mit Drittem Reich

Im Mai soll Ganser in Leinfelden-Echterdingen bei Stuttgart unter dem Titel „Warum ist der Ukraine-Krieg ausgebrochen?“ auftreten. Das sorgt nun für eine Welle der Entrüstung – vor Ort, aber auch im Internet. Linksradikale und Berufsempörer wollen mit einer Kundgebung gegen Ganser und seine Veranstaltung protestieren. Auch Michael Blume, Antisemitismusbeauftragter der Landesregierung von Baden-Württemberg, zeigt sich „empört“.

Vor allem reagiert man geradezu allergisch, weil Ganser es wagte, die Corona-Pandemie und deren Maßnahmen mit dem Holocaust und den Umgang von Nicht-Geimpften mit den Methoden des Dritten Reiches zu vergleichen.

Linke drehen komplett durch

Offensichtlich trifft Ganser mit seiner ruhigen und unaufgeregten sowie faktenbasierten und realistischen Arbeit einen Nerv bei den hysterischen Linken.

„Ich halte Daniele Ganser für einen antiwestlichen Verschwörungsunternehmer, der mit der Verbreitung von Verschwörungsmethoden seit Jahren Geld verdient“, so etwa Blume.

Klaus Gestwa, Professor und Direktor des Instituts für Osteuropäische Geschichte an der Universität Tübingen, hält Ganser wiederum für „brandgefährlich“.

Das tut der geplanten Veranstaltung jedoch keinen Schaden. Sie ist bereits ausverkauft. Der Ältestenrat der Stadt Leinfelden-Echterdingen – darin sind Mitglieder des Gemeinderats vertreten – habe kürzlich auch „einstimmig und ohne lange Diskussion empfohlen, die Veranstaltung mit Daniele Ganser in der Filderhalle nicht abzusagen“.

Die Linken mobilisieren daher bereits massiv zu Gegenprotesten, die mit Sicherheit auch in Gewalt ausarten werden. Denn wie kann man es in Deutschland nur wagen, für Frieden und Freiheit einzutreten.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

29) WAGENKNECHTS WOCHENSCHAU

Sahra Wagenknecht

03. 02. 2023



Kommen wir gut durch die Krise? Immerhin sind die Gaspreise an der Börse gesunken, Sprit war auch schon mal teurer und in diesem Jahr soll die Inflationsrate „nur“ noch 6 Prozent betragen.

In meiner aktuellen Wochenschau begründe ich, warum wir uns von Schönrednern wie Wirtschaftsminister Habeck nicht einlullen lassen dürfen: Es ist nichts ausgestanden und wir sind noch lange nicht über den Berg. Im Gegenteil, mit der Fortführung der aktuellen Politik und inkompetenten Entscheidungsträgern in der Bundesregierung landen wir ganz tief unten im Tal. Es ist nämlich weder der Ukraine-Krieg, so furchtbar er ist, noch die Pandemie, die unsere Wirtschaft ruinieren. Es ist die falsche politische Reaktion auf beide Ereignisse, die immensen Schaden angerichtet hat und weiter anrichtet. Das zeigen nicht zuletzt die aktuellen Zahlen des Internationalen Währungsfonds, die Deutschland beim diesjährigen Wirtschaftswachstum zu den Schlusslichtern in der Welt zählen, während die USA, China, Indien und andere europäische Länder sich wirtschaftlich weit besser entwickeln und selbst Russland uns überholt.

Warum die Gefahr besteht, dass sich Deutschland zukünftig aus der Liga der führenden Industrienationen verabschiedet, und welchen Anteil das Missmanagement der Ampel während der Corona- und Ukraine-Krise daran trägt, darum geht es in meinem Video der Woche:

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

30) ACHTUNG REICHELT!

Julian Reichelt

02. 02. 2023



Es gibt Neuigkeiten: Ab sofort würdigen wir jeden Monat in dieser Sendung unsere Freunde von ARD und ZDF mit der Karl-Eduard-Von-Schnitzler-Medaille für politisch gefestigte Berichterstattung!

Karl Eduard von Schnitzler ist der geistige Vater der öffentlich-rechtlichen Berichterstattung, wie wir sie bei den Themen Klima, Migration, Corona erleben. So wie von Schnitzler die politische Elite der DDR gefeiert hat, so verteidigen unsere Preisträger unerschrocken und entschlossen die Prinzipien der Grünen Partei.

Erster Preisträger: ARD-Reporter Thomas Rostek, der sich den immer dreisteren Nachfragen der Tagesschau-Moderatorin, wer denn die Täter der Silvesternacht seien, heldenhaft widersetzte!

In der Laudatio heißt es:

„Mit der Karl-Eduard-Von-Schnitzler-Medaille ehren wir heute für den Monat Januar einen Mann, der mit seinem festen Klassenstandpunkt auf dem Fundament des Marxismus-Leninismus den ‚bezahlten Provokateuren, vom gekauften Abschaum der Westberliner Unterwelt‘ eine gnadenlose Abfuhr erteilt hat und einen ‚Anschlag auf die Freiheit, einen Anschlag auf die Existenz, auf die Arbeitsplätze, auf die Familien unserer Werktätigen‘ vereitelt hat.“

Nominierungen für die Schnitzler-Medaille im Monat Februar nehmen wir gerne in den Kommentaren entgegen!

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

31) ACHTUNG REICHELT!

Julian Reichelt

01. 02. 2023



Journalismus in Deutschland hat sich weit entfernt von der Beschreibung der Zustände. Stattdessen bekommen wir serviert, was wir glauben sollen. Journalisten geben sich kaum Mühe, das zu verschleiern, sie nennen es selber „Haltungsjournalismus“. Haltung heißt, dass Sie nicht erfahren, was ist, sondern was sein soll.

Seitdem die Grüne Partei regiert, fühlen sich viele Journalisten noch einmal bestärkt. Sie fühlen sich ebenfalls als Wahlsieger, als medialer Arm einer Bewegung, die ohne Rücksicht auf Fakten und Mehrheiten ein anderes Land schaffen will.

Nicht zu sagen, was alle sagen, zu hinterfragen, zu kritisieren, ist nicht nur riskant geworden, sondern auch eine Marktlücke im Journalismus. Wir füllen diese Lücke gerne für Sie, aber wir sind nicht allein. Auch die Neue Zürcher Zeitung, eine der ältesten und besten Zeitungen der Welt, beschreibt Deutschland so, wie Deutschland ist.

Wir haben in der NZZ einen Text gefunden, von dem wir glauben, dass Sie ihn kennen sollten, damit Sie wissen, wie man unser großartiges Land inzwischen aus dem Ausland, aus der neutralen, sehr gut funktionierenden Schweiz heraus betrachtet. Die Überschrift lautet: Deutschland setzt seinen Ruf aufs Spiel und beginnt mit folgenden Worten: „Die Deutsche Bahn und die Bundeswehr haben viel gemeinsam. Beide sind in jämmerlichem Zustand. Beide sind Opfer einer postmodernen Politik, die Deutschland wie ein Entwicklungsland aussehen lässt.“

Wie ein Entwicklungsland. Das sind harte Worte. Die gnadenlose Abrechnung unserer Nachbarn mit Deutschland!

[05:02](#) Medien kuscheln mit den Mächtigen

[10:23](#) Das Ende unserer Erfolgs-Tugenden

[15:50](#) Wir werden nicht mehr ernst genommen

[17:38](#) „Deutsche Firmen: Sehr beunruhigt.“

[22:29](#) Deutscher Staat spielt zu große Rolle

[24:09](#) Politik gängelt den Mittelstand

[25:50](#) „Wo sind eigentlich CDU und FDP?“

[28:04](#) Wohlstands-Verwahrlosung im Land

[30:56](#) „Ich vertraute auf Deutschland“

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Berlin und Land Brandenburg (Seiten E 198 – E 248)

32) Landeswahlausschuss hat am 27. Februar 2023 das endgültige Ergebnis der Wahl zum Abgeordnetenhaus festgestellt

Gegenüberstellung des vorläufigen und endgültigen Ergebnisses

| Zweitstimmen | Endgültig | | Vorläufig | | Differenz | |
|-----------------------|-----------|------|-----------|------|-----------|------|
| | absolut | % | absolut | % | absolut | % |
| Wahlberechtigte | 2 431 776 | x | 2 431 772 | x | 4 | x |
| Wählende | 1 529 558 | 62,9 | 1 532 164 | 63,0 | - 2 606 | +0,1 |
| ungültige Stimmen | 11 039 | 0,7 | 11 248 | 0,7 | - 209 | - |
| gültige Stimmen | 1 516 860 | 99,3 | 1 516 291 | 99,3 | 569 | - |
| davon für | | | | | | |
| SPD | 279 017 | 18,4 | 278 978 | 18,4 | 39 | - |
| CDU | 428 228 | 28,2 | 428 100 | 28,2 | 128 | - |
| GRÜNE | 278 964 | 18,4 | 278 873 | 18,4 | 91 | - |
| DIE LINKE | 185 119 | 12,2 | 184 954 | 12,2 | 165 | - |
| AID | 137 871 | 9,1 | 137 810 | 9,1 | 61 | - |
| FDP | 70 416 | 4,6 | 70 416 | 4,6 | - | - |
| Die PARTEI | 21 570 | 1,4 | 21 567 | 1,4 | 3 | - |
| Tierschutzpartei | 36 273 | 2,4 | 36 233 | 2,4 | 40 | - |
| PIRATEN | 5 145 | 0,3 | 5 147 | 0,3 | - 2 | - |
| Graue Panther | 6 275 | 0,4 | 6 268 | 0,4 | 7 | - |
| NPD | 1 591 | 0,1 | 1 589 | 0,1 | 2 | - |
| Gesundheitsforschung | 3 768 | 0,2 | 3 768 | 0,2 | - | - |
| LKR | 475 | 0,0 | 476 | 0,0 | - 1 | - |
| DKP | 2 517 | 0,2 | 2 522 | 0,2 | - 5 | - |
| SGP | 801 | 0,1 | 801 | 0,1 | - | - |
| BüSo | 409 | 0,0 | 407 | 0,0 | 2 | - |
| MENSCHLICHE WELT | 163 | 0,0 | 163 | 0,0 | - | - |
| B* | 1 137 | 0,1 | 1 139 | 0,1 | - 2 | - |
| ÖDP | 1 674 | 0,1 | 1 682 | 0,1 | - 8 | - |
| dieBasis | 8 342 | 0,5 | 8 345 | 0,6 | - 3 | +0,1 |
| Bildet Berlin! | 1 790 | 0,1 | 1 789 | 0,1 | 1 | - |
| Deutsche Konservative | 16 | 0,0 | 15 | 0,0 | 1 | - |
| Die Grauen | 6 447 | 0,4 | 6 425 | 0,4 | 22 | - |
| Neue Demokraten | 69 | 0,0 | 69 | 0,0 | - | - |
| REP | 44 | 0,0 | 52 | 0,0 | - 8 | - |
| dc. | 2 993 | 0,2 | 2 995 | 0,2 | - 2 | - |
| BÜNDNIS21 | 786 | 0,1 | 785 | 0,1 | 1 | - |
| FREIE WÄHLER | 3 923 | 0,3 | 3 922 | 0,3 | 1 | - |
| Klimaliste Berlin | 4 103 | 0,3 | 4 100 | 0,3 | 3 | - |
| MIETERPARTEI | 3 902 | 0,3 | 3 896 | 0,3 | 6 | - |
| Die Humanisten | 2 659 | 0,2 | 2 655 | 0,2 | 4 | - |
| Team Todenhöler | 6 326 | 0,4 | 6 324 | 0,4 | 2 | - |
| Vol!f | 14 047 | 0,9 | 14 026 | 0,9 | 21 | - |

Es ergibt sich die folgende Sitzverteilung.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD): 34
 Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU): 52
 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE): 34
 DIE LINKE (DIE LINKE): 22
 Alternative für Deutschland (AID): 17

Die vorläufigen Ergebnisse aus der Wahlnacht waren durch die Bezirkswahlleitungen entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen überprüft und anschließend durch die Bezirkswahlausschüsse festgestellt worden.

Die Veröffentlichung des Ergebnisses der Wahlen zum Abgeordnetenhaus und der Ergebnisse der Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen ist für den 16.03.2023 im Amtsblatt für Berlin vorgesehen.

Weitere Informationen zu den Wiederholungswahlen in Berlin am 12. Februar 2023 sind im Internetangebot des Landeswahlleiters unter www.berlin.de/wahlen veröffentlicht.

YouTube-Kanal des Landeswahlleiters
<https://www.youtube.com/@derlandeswahlleiterberlin/videos>

33) Gordischer Knoten - Voll 1. Von Ed Koch

geschrieben von: Redaktion am 26.02.2023, 07:04 Uhr
papierpress610

Man sollte erst gar nicht versuchen, einen Vergleich zwischen Alexander dem Großen und dem russischen Kriegsverbrecher Wladimir Putin herzustellen. Was jedoch die beiden ebenso verbindet wie unsympathisch macht, ist der Umstand, dass sie ihr Leben ganz ins Zeichen von Krieg und Eroberung gestellt hatten beziehungsweise haben. Alexander wird der Legende nach die Zerschlagung des Gordischen Knotens zugeschrieben, wonach sein Siegeszug durch Asien begann. So gesehen kann es niemand wollen, dass Putin den Ukrainischen Knoten durchschlägt, wonach die Rückeroberung einstiger Sowjetrepubliken in Europa Fahrt aufnehmen könnte.

Lassen wir einmal die Folgen der Knotenfrage außer Acht. Putins Krieg gegen die Ukraine hat nach einem Jahr einen Punkt erreicht, wo es weder vorwärts noch zurück zu gehen scheint. Diese verknotete Situation muss so schnell wie möglich aufgelöst werden. Ob Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer, die, um öffentlich wahrgenommen zu werden, so gut wie alles unternehmen würden, die richtigen Friedensengel sind, darf bezweifelt werden. An Olaf Scholz und nicht an Wladimir Putin ist ihr „Manifest für Frieden“ gerichtet. Das ist einfach der falsche Adressat. Putin allein, der während seiner Präsidentschaft aus Russland eine faschistische Diktatur gemacht hat, kann mit einem Fingerschnippen den Krieg beenden.

13.000 Menschen sollen an der Demonstration vor dem Brandenburger Tor teilgenommen haben. Wagenknecht und Schwarzer haben 50.000 gezählt. Egal, wie viele es tatsächlich waren, wer sich für Frieden und gegen Krieg einsetzt, hat Sympathie verdient. Das Aber beschreibt Joachim Fahrn in einem Kommentar für die Berliner Morgenpost treffend: „Erstaunlich jedoch, dass zwar ‚Ami go home‘, aber nie ‚Russia go home‘ skandiert wurde, so als wären es US-Raketen, die ukrainische Menschen töteten. Die Rolle des Aggressors kaum erwähnt. Die Ukraine als staatliches Subjekt, dessen demokratisch gewählte Regierung mit breiter Unterstützung ihres Volkes Widerstand leistet, kommt nicht vor. Solange sie die Interessen der Angegriffenen so offenkundig nicht ernst nimmt, stellt sich die beschworene ‚Neue Friedensbewegung‘ eben doch auf die falsche Seite.“

Würde Putin, der immer mehr junge Russen und Kriminelle einer Terrorgruppe, ausgerechnet mit dem Namen „Wagner“, in den Krieg schickt, um unschuldige ukrainische Männer, Frauen und Kinder ermorden und ihre Städte und Dörfer zerstören zu lassen, jemals auf die „eroberten“ Gebiete verzichten? Würde er freiwillig die Krim und die Territorien im Osten des Landes verlassen? Unwahrscheinlich. Der Ukraine kann doch aber nicht zugemutet werden, freiwillig auf Teile ihres Landes zu verzichten. Da hilft auch nicht das Argument, dass es in diesen Teilen viele Menschen gibt, die russisch sprechen.

Würde sich denn Putin damit zufriedengeben, oder nach einer Atempause weiter an seinem Hauptziel, der Zerschlagung der Ukraine als eigenständigen Staat arbeiten? Mit einem Lügner lassen sich doch keine Verträge abschließen. Putins Rede zur „Lage der Nation“ zeigt doch deutlich, an welcher Legende er arbeitet. Russland wird bedroht, er muss Russland verteidigen, und zwar präventiv. Niemand bedroht Russland, nicht die USA und auch kein NATO-Staat. Kein klardenkender Mensch würde je eine Atommacht

Seite E 200 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

angreifen. Putin geht es nicht um Verteidigung, sondern um die Wiederherstellung seiner geliebten Sowjetunion. Sehen Frau Wagenknecht, Herr Lafontaine und Frau Schwarzer das nicht, oder wollen sie es nicht sehen?

Was würden sie tun, wenn jemand in ihre Dreizimmerwohnung mit Gewalt eindringt und ein Zimmer in Beschlag nimmt? Es einfach akzeptieren? Wagenknecht und Schwarzer würden mit Küchenmessern ihre Wohnung verteidigen und sich gegebenenfalls weitere Messer vom Nachbarn besorgen.

Es kann und wird wahrscheinlich irgendwann eine Situation entstehen, wo die Ukraine keinen Nachschub an Soldaten mehr auf das Schlachtfeld schicken kann, weil es keine mehr gibt. Russland ist im Vorteil, weil es Putin egal ist, wie viele seiner Soldaten er in den Tod schickt, und er hat wesentlich größere Reserven als die Ukraine.

Ist es so schwer zu begreifen, dass es hier schon längst um mehr geht als um einen Konflikt zwischen zwei „Bruderstaaten“? Es ist der Kampf des Totalitarismus gegen die freie demokratische Welt. Niemand der dreizehn und fünfzig Tausend Menschen am Brandenburger Tor würde in Russland oder einer anderen faschistischen Diktatur leben wollen.

Frieden schaffen ohne Waffen hat in der Geschichte der Menschheit nie funktioniert. Die Ukraine muss militärisch so lange unterstützt werden, bis Putin einsieht, dass er sie nicht erobern und besiegen kann. Diese Erkenntnis hat er aber schon heute. Warum hört er nicht einfach auf?

Ed Koch

34) Gordischer Knoten - Voll 2. Von Ed Koch

geschrieben von: Redaktion am 26.02.2023, 07:56 Uhr
[paperpress610](#)

Gemessen am Ukraine-Krieg ist die Senatsbildung in Berlin ein kleiner bescheidener Gordischer Knoten, aber auch er muss durchschlagen werden. Was würden wir bloß ohne die BILD-Zeitung machen? Dann wüssten wir es erst morgen und nicht schon seit gestern Abend, dass der Vorsprung der SPD auf die Grünen nur noch 53 Stimmen beträgt. Bei der Wahl von Konrad Adenauer zum Bundeskanzler hat eine Stimme gereicht, also, was solls?

Der rbb denkt darüber nach, wie die Infos an die Öffentlichkeit durchsickern konnten. „Aus-schusskreisen heißt es, dass die Sitzungsunterlagen am Freitagabend an alle Mitglieder des Landeswahlausschuss versendet wurden. Wie die Informationen an die Öffentlichkeit gelangt sind, ist unklar. Das endgültige Wahlergebnis wird erst am Montag vom Landeswahlausschuss beschlossen und ist erst dann rechtlich ein amtliches Endergebnis.“ Ja, wie wohl? Weil einer mal wieder, wie in Berlin üblich, das Wasser nicht halten und sich bei der BILD-Zeitung beliebt machen wollte.

In den letzten Tagen wurde sondiert, was das Zeug hält. Auf dem EUREF-Campus in Schöneberg empfing Wahlsieger Kai Wegner die Delegationen der SPD und Grünen. Sieben Stunden dauerte das Gespräch mit den Grünen, fünf das mit der SPD. Unglaublich, wie viel Sitzfleisch diese Leute haben. Da die Verpflegung auf dem EUREF-Campus sehr gut ist, lässt es sich dort auch aushalten.

In der Weddinger Parteizentrale der SPD trafen sich hingegen die bisherigen Koalitionäre, also SPD, Grüne und Linke, zu ebenfalls stundenlangem Meinungs-austausch.

Aus den vielen Gesprächen lässt sich wenig ableiten. Alle sind nett und freundlich zueinander, scherzen sogar und grinsen in die Kameras. Ein wenig muss man schon die Journalisten bedauern, die von ihren Redaktionen dorthin geschickt werden, um ein paar Worte zu Beginn und nach vielen Stunden am Ende gesagt zu bekommen.

Die Ausgangslage ist relativ klar.

- Fortsetzung Rot-Grün-Rot mit Franziska Giffey als Regierende Bürgermeisterin
- Schwarz-Grün mit Kai Wegner als Regierenden Bürgermeister und Vize Bettina Ja-rasch
- Schwarz-Rot mit Kai Wegner und?

Würde sich das Franziska Giffey antun, Vize-Bürgermeisterin „unter“ einem CDU-Regierenden? Ich kann mir das beim besten Willen nicht vorstellen.

Es steht zu befürchten, dass alles so bleibt wie es ist, mit kleinen Unterschieden. Die SPD wird einen Senatorenposten an die Grünen abgeben müssen. Dass Andreas Geisel dem neuen Senat angehören wird, ist unwahrscheinlich. Sollte man bei der Gelegenheit nicht gleich auch noch andere SPD-Senatoren in den Ruhestand schicken?

Was in den Bezirken geschieht, ist auch noch unklar. Werden dort neue Bezirksämter gewählt? Fragen über Fragen, auf deren Beantwortung wir aber nicht bis Weihnachten warten sollten, nicht einmal bis Ostern

Seite E 202 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

In dieser Woche wird es zumindest die Entscheidung geben, welche Parteien vom Sondierungs- in den Koalitionsmodus wechseln. Noch bevor die Parteien ihre Entscheidung verkünden, wird uns die BILD-Zeitung darüber informieren.

Wettet endlich mal jemand gegen mich?

Im Newsletter vom 31. Januar hatte ich eine Wette angeboten: Die CDU wird gewinnen, Kai Wegner aber nicht Regierender Bürgermeister. Franziska Giffey geht vor Bettina Jarasch durchs Ziel und bleibt Regierende Bürgermeisterin.

Wer dagegenhält und gewinnt, wird von mir ins Café im Wasserturm auf dem EUREF-Campus zum Frühstück oder Mittagessen eingeladen, an jenen historischen Ort also, wo die CDU versuchte, mit SPD oder Grünen einen neuen Senat zu bilden. Gehen mehrere richtige Wetten ein, entscheidet das Los. Wenn Sie verlieren, müssen Sie die Wettschuld nicht einlösen.

Ed Koch

35) Grüne Öko-Doppelmoral: 63% Grünwähler lehnen Grünen Anti-Auto-Kampf ab

24. 02. 2023



Die [BILD](#) hat ein neues Feindbild: Bettina Jarasch. Und ist gerade entsetzt: „Macht“ doch die Grüne Berliner „Senatorin für Umwelt und Mobilität“ doch tatsächlich ernst und „will in Berlin, Straßen für Autos dicht und Parkplätze abschaffen.“

Dabei haben doch die Öko-Radikalos nie etwas anderes gefordert als das da:

„Die Grünen wollen Autos immer stärker zurückdrängen.“

Wozu also der ganze Lärm?

„Und stoßen damit auf breite Ablehnung. Auch bei eigenen Wählern!“

So habe INSA-Umfrage nämlich tatsächlich ergeben, dass 63% der Grünwähler dagegen wären, dass die Zahl der Autoparkplätze an ihrem Wohnort deutlich reduziert wird. Bundesweit sind es sogar 67% der Bürger (dafür sind nur magere 22%).

Denn die radikalen Anti-Individual-Verkehrs-Pläne haben es eben in sich: Wollen doch viele Städte das Parkplatz-Angebot verringern. Die Berliner Grünen gehen dabei mit gutem Beispiel voraus: Sie wollen jenes sogar halbieren.

Nur bei einem anderen Thema, bleiben Grünwähler ihrer Doppelmoral treu: Beim Rückbau von Autospuren sind 55% der Bundesbürger dagegen, dass Pkw-Fahrspuren zu Radwegen umgebaut werden (dafür: 31%). Aber unter den Grünen-Wählern sind 61% dafür, 28% dagegen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

36) Scheinentscheid. Von Ed Koch

geschrieben von: Redaktion am 22.02.2023, 07:23 Uhr
papierpress610

Um es gleich vorweg zu sagen, ich halte NICHTS von Volksentscheiden. Man darf mit unserem demokratisches System nicht zufrieden sein, vor allem, wenn Wahlen nicht funktionieren und bei Nachwahlen immer wieder noch nicht gezählte Stimmzettel auftauchen und bei Nachzählungen neue Ergebnisse entstehen. Insgesamt gesehen können wir aber mit unserer repräsentativen Demokratie zufrieden sein. Volksentscheide richten sich immer gegen die frei gewählten Parlamente und Regierungen. Nicht selten löst ein Volksentscheid eine geradezu populistische Stimmung gegen die „Regierenden“ aus. Es geht weniger um die Sache, als vielmehr darum, dem Senat eins auszuwischen. Bestes Beispiel: der Volksentscheid zur Randbebauung des Tempelhofer Feldes.

Gestern habe ich sowohl meine Abstimmungsunterlagen bekommen als auch die Abstimmungsbenachrichtigung. Ich kann mich also entscheiden zwischen Briefwahl oder Besuch des Wahllokals. Ob mein Stimmzettel letztlich dort landet und ausgezählt wird, wo er soll, garantiert mir keine Variante.

Der Abstimmungsbenachrichtigung liegt eine 50-seitige Broschüre bei, in der der Wortlaut des Gesetzentwurfes und alle Argumente des Trägers des Volksentscheids ausführlich erklärt werden. Können Sie alles nachlesen unter:

<https://www.berlin2030.org/>

oder

<https://www.berlin.de/wahlen/abstimmungen/volksentscheid-berlin-2030-klimaneutral/allgemeine-informationen/>

Es sei noch nicht zu spät für eine 1,5-Grad-konforme Politik, behauptet der Träger des Volksentscheids. Bis 2045 soll Berlin nach Plänen des Senats klimaneutral sein. Diese Zielsetzung soll um fünfzehn Jahre auf 2030 verkürzt werden. In der Broschüre kommt auch der Senat zu Wort, der grundsätzlich die Absicht des Volksentscheids begrüßt und darauf hinweist, was er schon alles unternommen habe, um das Ziel zu erreichen. Berlin sei „Vorreiter beim Klimaschutz.“

Der Senat gibt jedoch zu bedenken, dass die vorgeschlagenen Änderungen des Klimaschutz- und Energiewendegesetzes „keine geeigneten Mittel zu diesem Zweck“ sind. „Sie könnten im Gegenteil kontraproduktiv wirken, indem sie in Überschätzung der Handlungs- und Regelungsmöglichkeiten auf Landes-ebene eine trügerische Sicherheit der Zielerreichung suggerieren.“, lauten die Argumente des Senats. Die Seiten mit den „Argumente des Abgeordnetenhaus von Berlin“ bleiben leer

Die Süddeutsche Zeitung zitiert Bettina Jarasch, zuständig für Umweltschutz im Senat, wie folgt: „Ich kann redlicherweise nicht für ein Gesetz plädieren, das ich nicht umsetzen kann.“ Sie freue sich aber über den zusätzlichen Druck, „den der Volksentscheid beim Klimaschutz macht.“ „Zugleich“, schreibt die SZ, „kann sie viele Beispiele dafür anführen, weshalb sie meint, dass dies nicht funktionieren kann. Das beginne schon auf der Straße.“

„Selbst in unserer linken, progressiven Koalition ist fast alles, was schnell und effektiv den Autoverkehr reduzieren würde, nicht umsetzbar“, sagt Jarasch über den Senat aus SPD, Grünen und der Linken. „Jeder Kiezblock, jede Tempo-30-Zone, Zero-Emission-Zone oder City-Maut - alles ist umstritten.“ Sollte die jetzige Koalition fortgesetzt werden, wird sich

Seite E 206 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

daran so lange nichts ändern, bis die Grünen abkehren von ihrer Klientelpolitik für Berlins Mitte, anstatt die Bedürfnisse der ganzen Stadt im Auge zu haben.

Den Artikel aus der Süddeutschen Zeitung finden Sie unter diesem Link:

<https://www.sueddeutsche.de/politik/berlin-volksbegehren-klima-gruene-klimaneutral-1.5722250>

Die Wiederholungswahl am 12. Februar hat angeblich 39 Millionen Euro gekostet. Da es nicht möglich war, gleich für den Volksentscheid mit abzustimmen, findet am 26. März der nächste Gang ins Wahllokal statt. Ob das erneut 39 Millionen Euro verschlingt, wissen wir nicht. Jeder Cent ist jedoch einer zu viel. Wie viele Solarpaneele könnte man für das Geld auf öffentlichen Gebäuden anbringen?

2.431.772 Wahlberechtigte dürfen bei der Abstimmung mitmachen. „Ein Gesetzentwurf oder ein sonstiger Beschlussentwurf ist durch Volksentscheid angenommen, wenn die Mehrheit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer und zugleich mindestens ein Viertel der Stimmberechtigten zugestimmt haben. Ein erfolgreicher Volksentscheid bedarf daher nicht nur mehr Ja-Stimmen als Nein-Stimmen, sondern auch mindestens 607.943 Ja-Stimmen.“

Was also tun? Sich an einem gutgemeinten, aber sinnlosen Volksentscheid zu beteiligen, oder die Unterlagen wegwerfen? Mit Nein zu stimmen, ist Unsinn, denn jeder will natürlich, wann auch immer, das Ziel der Klimaneutralität erreichen.

Der ganze Vorgang ist ärgerlich, weil es nicht gelungen ist, zwischen dem Träger und dem Senat einen Kompromiss zu finden, der uns vor diesem Scheinentscheid bewahrt und die Kosten erspart hätte.

Ed Koch

37) RBB streicht „Nuhr“, „Thadeusz“ und ARD-Mittagsmagazin.

Senderchefin will 50 Mio. Euro einsparen

Von Michael Sauerbier

22.02.2023, 12:19 Uhr



Der RBB muss nach seinem Verschwendungs-Skandal jetzt kräftig sparen.- Foto: picture alliance / Eibner-Presse

Spar-Hammer bei Berlins Skandalsender RBB! Intendantin Katrin Vernau (49) kürzt die Ausgaben um 49,2 Mio. Euro, 8 Millionen mehr als geplant. Viele TV-Sendungen und ein Auslandsstudio sind betroffen.

Vor diesem Tag haben die 3000 RBB-Mitarbeiter gezittert.

Um 10 Uhr verkündete Senderchefin Vernau am Mittwoch bei einer Belegschaftsversammlung, wo sie sparen, kürzen, streichen wird. Die Liste ist lang.



RBB-Intendantin Katrin Vernau streicht das TV-Programm zusammen.-
Foto: Christophe Gateau/dpa

Erstes Spar-Opfer: Das ARD-Mittagsmagazin („MiMa“). Der [RBB](#) will sich aus der teuren Produktion zurückziehen und die Finanzierung der Sendung aus Berlin anderen Sendern überlassen.

Zweiter Spar-Hammer: Nach 22 Uhr gibt es keine Eigenproduktionen mehr im 3. Programm. Vernau: „Beim Fernsehen wird sich der rbb auf das Programm zwischen 18 und 22 Uhr konzentrieren.“ Das Aus für Sendungen von Dieter Nuhr, Jörg Thadeusz. Kult-Talker Kurt Krömer warf schon zum Jahresende hin.

Gestrichen werden die Sendereihe „Thadeusz und die Beobachter“ und Nuhrs Satiresendung „Wir sind´s Nuhr“ in der ARD-Themenwoche. Weiterhin produziert werden jährlich 15 Folgen „Nuhr im Ersten“ für die ARD.



Dieter Nuhrs TV-Satire "Wir sind´s Nuhr" wird beim RBB weggespart.-
Foto: car_awi fdt

Im Abendprogramm entfällt das Gesundheitsmagazin „RBB Praxis“. Das ARD-Auslandsstudio Warschau wird der RBB nicht wie geplant vom WDR übernehmen, mit Leitung, Technik, Kosten. Die RBB-Korrespondenten aber bleiben in Polen.



Talker Jörg Thadeusz (54) verliert seine RBB-Abendsendung.- Foto: rbb/Thomas Ernst

Fiktionale Serien wie „Legal Affairs“ kann sich der Pleitesender 2024 nicht mehr leisten. Das millionenteure Dramolett des eitlen Promi-Anwalts Christian Schertz (Koproduzent) floppte beim Publikum. Auch ARD-Mittwochsfilm kommen nicht mehr aus Berlin. Die 7 (!) RBB-Radiowellen aber bleiben.

In der Charlottenburger RBB-Zentrale verschlankt [Vernau](#) die Chefetage. Drei der vier Direktoren hat sie schon rausgeworfen, der vierte ging freiwillig. Künftig leistet sich der Sender nur noch zwei Direktoren, erklärte die Chefin den Angestellten.

Die Zahl der außertariflich bezahlten Stellen will Vernau halbieren. Um Lohnkosten zu sparen. Die Gehälter der rund 30 top-versorgten RBB-Manager will die Intendantin aber nicht kürzen. Begründung: „Der RBB steht im Wettbewerb um Führungskräfte.“

Zu den RBB-Topverdienern gehört auch Oliver Jarasch (53), Ehemann von Berlins Verkehrssenatorin Bettina Jarasch (54, Grüne). Gerade musste er Brandenburgs Abgeordneten sein 150.000-Euro-Gehalt erklären.

Weitere 7,8 Mio. Euro soll der RBB durch Verkäufe von Grundstücken in Potsdam und die Kündigung von Mietverträgen sparen.

Betriebsbedingte Entlassungen soll es beim RBB nicht geben – trotz Millionenverlusten unter der gefeuerten Protz-Intendantin Patricia Schlesinger. Nachfolgerin Vernau lässt Zeitverträge auslaufen, besetzt freiwerdende Posten nicht neu. 100 feste Stellen will sie so einsparen.

Unklar ist, wie viele freie Mitarbeiter ihre Jobs durch die eingesparten Sendungen verlieren. RBB-Freien-Vertreterin Dagmar Bednarek empört: „Frau Vernau hat uns

beiläufig mitgeteilt, dass die Verhandlungen zum Beschäftigungsschutz für 1500 Kollegen nicht fortgesetzt werden.“

Quelle:

<https://www.bz-berlin.de/berlin/rbb-streicht-nuhr-thadeusz-und-ard-mittagsmagazin>

38) Linksextremistischer Anschlag auf Berliner Bahnanlage vereitelt

19. 02. 2023



Mutmaßliche Linksextremisten haben offenbar versucht, eine Bahnanlage in Berlin-Adlershof in Brand zu setzen.

Die Bundespolizei konnte dies jedoch verhindern.

Bundespolizei verhindert nächtlichen Anschlag

Der Anschlagversuch ereignete sich bereits in der Nacht auf den 16. Februar, wie jetzt bekannt wurde.

Die Bundespolizei hatte offenbar einen Brandanschlag auf Bahngleise in Berlin-Adlershof verhindern können.

Nach Angaben von *rbb* wurden bereits in der Nacht auf den 16. Februar um 00:30 Uhr ein Mann und eine Frau im Bereich der Gleise festgenommen. Sie waren von einer Hubschrauberbesatzung der Bundespolizei aufgespürt worden.

Bei der Festnahme stellten die Polizisten auch einen Kanister mit Brennstoff sicher. Die Festgenommenen sollen außerdem eine Liste mit den Kennzeichen ziviler Polizeifahrzeuge bei sich gehabt haben. Zuvor hatte auch die *B.Z.* darüber berichtet.

Ermittlungen des Staatsschutzes eingeleitet

Der Berliner Staatsschutz hat nun die Ermittlungen übernommen. Es wird nach weiteren Beteiligten gesucht.

Die beiden mutmaßlichen Täter sollen bereits aus dem linksextremistischen Bereich bekannt sein und noch am 17. Februar einem Haftrichter vorgeführt worden sein.

In den vergangenen Jahren hatte es bereits mehrfach Brandanschläge auf Bahnanlagen in Berlin gegeben, zu denen sich Linksextremisten bekannt hatten.

Zuletzt waren im September 2022 mehrere Brände an Schaltkästen in Pankow entdeckt worden.

Die genauen Hintergründe und Urheber des Anschlags sind nach wie vor ungeklärt. Im Sommer 2027 kam es im Vorfeld des G20-Gipfels in Hamburg zu mehreren Brandanschlägen, zu denen sich Linksextremisten mit einem Schreiben im Internet bekannt hatten. Damals waren an Bahnanlagen im gesamten Bundesgebiet Feuer gelegt worden.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

39) Schwarz Grün?

geschrieben von: Redaktion am 17.02.2023, 05:35 Uhr
[paperpress610](#)

Hans-Georg Lorenz ist ein Urgestein der Berliner SPD. Er wird im April 80 Jahre alt. Von 1979 bis 2006 gehörte er als Direktkandidat im Spandauer Wahlkreis 2 dem Abgeordnetenhaus an. Er ist also auf diesem Platz der Vorgänger von Raed Saleh, quasi dessen Ziehvater. Ob er immer auf seinen Ziehnsohn stolz war, ist nicht Gegenstand dieser Betrachtung. Lorenz äußert sich immer wieder mit scharfen Analysen über die Berliner Politik, vor allem aber über seine Partei. Jetzt fordert er „Notwendige Konsequenzen aus der Berlin-Wahl 2023“.

„Die Konsequenz dieser Wahl ist von allen Parteien, die bislang den Berliner Senat gebildet haben, in der Wahlnacht verbal bestätigt worden. Die Politik des Senats muss sich ändern – so alle drei Parteien. Dies soll auch dann gelten, wenn der Berliner Senat wiederum von diesen drei Parteien gebildet werden sollte. So jedenfalls die ‚Bekanntnisse‘ auch der Grünen und der Linken!“, so Lorenz.

„Gewinner ist die CDU, Verliererin ist die SPD. Dies ist von beiden Parteien festgestellt worden – und natürlich angesichts des Ergebnisses auch gar nicht zu leugnen. Grüne und Linke haben sich keineswegs als Verlierer bezeichnet. Und das zu Recht! In einem Senat, der von mehr als zwei Drittel der Berlinerinnen und Berliner als unbefriedigend empfunden wurde, haben sie ihr Ergebnis im Wesentlichen halten können.

Und sie haben das zu Recht darauf zurückgeführt, dass sie mit ihren Themen und Einstellungen ihre Wählerschaft erreicht haben und diese ihre Ziele durch die Stimmabgabe ausdrücklich bestätigt haben.“, analysiert Lorenz.

„Dies aber bedeutet, dass sie diese Ziele keineswegs auf-geben werden – ja, aufgeben können, ohne sich selbst aufzugeben!

- Die Grünen wollen und dürfen ihre Innenstadtpolitik und ihre Verkehrspolitik nicht ändern, die ihnen ein stabiles Ergebnis erbracht hat, das angesichts der generellen Ablehnung der Senatspolitik als Sieg interpretiert werden muss.
- Die Linke wird auf der populistischen Enteignungsforderung bestehen, die ihnen ein stabiles Ergebnis erbracht hat, das angesichts der generellen Ablehnung der Senatspolitik als Sieg interpretiert werden muss.

Das bedeutet in der Konsequenz: Die einzige Partei, die sich und die Senatspolitik ändern will, ist die SPD! Für dieses Ergebnis spricht auch, dass die SPD die einzige Partei der Koalition ist, die von den Wählerinnen und Wählern so richtig abgestraft wurde.“ Lorenz meint, dass die SPD die Senatspolitik unter diesen Voraussetzungen nicht ändern kann. „Das erbärmliche Ergebnis der SPD beruht darauf, dass die SPD von ihrer Aufgabe, die Menschen politisch zu schützen und zu unterstützen abgesehen hat, weil sie genau die Ziele (mit-)verfolgt hat, die für die anderen beiden Parteien existentielle Bedeutung haben.

Das wird im Wahlergebnis eindrucksvoll bestätigt: Alle Direktmandate in den Außenbezirken – den historischen „Arbeiterbezirken“ – sind an die CDU gegangen. Die

Seite E 213 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

Direktmandate in der Innenstadt sind fast ausschließlich an die Grünen gefallen. Wenn wir ein Wahlsystem wie in den USA hätten, würde die SPD faktisch von der politischen Landkarte verschwinden!“

Als notwendige Konsequenzen ist für Lorenz klar, dass es keine Fortsetzung der jetzigen Koalition geben darf. „Eine Fortsetzung der Koalition ist – auch unter Beachtung der Regeln in der Demokratie – möglich. Aus der Sicht der Grünen und der Linken ist diese Lösung auch vertretbar. Für die SPD ist sie das nicht! Die Partei würde signalisieren, dass sie nichts gelernt hat, grausame Abstrafungen nicht beachtet, den Wählerwillen negiert und an der Macht klebt. Auch würde bestätigt, dass Wahlen eben nichts ändern.“

Lorenz spricht sich gegen eine Koalition mit der CDU aus. „Die Berliner CDU ist eine einzige politische Öde. Sie hat keine Idee von innovativer und gestaltender Politik. Sich unter die Obhut einer solchen Partei zu begeben, die selbst zugibt, nichts anders, sondern alles nur ‚besser‘ machen zu wollen, ist für eine Fortschrittspartei wie der SPD tödlich und würde die Grünen tatsächlich zur einzigen Alternative machen.“ Eine Koalition der CDU mit den Grünen wäre, so Lorenz, für die CDU „sehr heilsam, weil sie sich dann tatsächlich mit den gesellschaftlichen Konflikten dieser Stadt auseinandersetzen muss.“

Hans-Georg Lorenz fordert seine Partei auf, die Koalition mit den Grünen nicht fortzusetzen.

„Eine Partei, die kurz vor einer Wahl in einer krisengeschüttelten Stadt die Verkehrsberuhigung in der Friedrichstraße zum zentralen Thema macht, offenbart ein Politikverständnis, das für Sozialdemokraten schlichtweg inakzeptabel ist. Hier wird deutlich, wie unterschiedlich die Zielgruppe der Grünen von der der SPD ist. Die Klientel der SPD will nicht frieren und hungern, die der Grünen will in der Friedrichstraße shoppen und relaxen – um es einmal volksnah aus-zudrücken. Deutlicher kann man die Unterschiede kaum benennen. CDU und Grüne passen – ihrer Konflikte ungeachtet – deutlich besser zueinander als SPD und Grüne.“

„Die Zukunft der SPD muss dringend diskutiert werden. In der Verfassung, in der sie sich bislang präsentiert, wird sie auch in einer Oppositionsrolle nicht gesunden!“, schließt Lorenz seine Betrachtung.

40) Immer weiter auf der Abstiegsleiter

16..02.2023

Die SPD-Fraktion hat heute in ihrer konstituierenden Sitzung einstimmig **Raed Saleh** als Fraktionsvorsitzenden im Amt bestätigt.

Seit 2011 übt Saleh dieses Amt aus. Von 2011 bis heute hat die SPD rund zehn Prozent eingebüßt, ein Wert, den die CDU innerhalb der letzten dreizehn Monate dazugewonnen hat. Konsequenzen werden nicht gezogen. Keine Rede von Neuanfang. Alles läuft weiter wie bisher. Niemand übernimmt die Verantwortung für den Absturz der SPD, an dem Saleh einen großen Anteil hat. Für seine Mitwirkung in der vordersten Linie am eklatanten Versagen der SPD, wird er nun noch belohnt, indem er seinen Posten behalten darf. Die Frage muss erlaubt sein, ob die SPD noch zu retten ist beziehungsweise, ob sie selbst noch

in der Lage ist, sich zu retten. Saleh ist auch Vorsitzender der Spandauer SPD. Dort verlor er seinen Wahlkreis, den er seit 2006 immer direkt gewonnen hat. Seit 2020 ist Saleh in Personalunion auch Vorsitzender der SPD Berlin. Von keinem dieser Ämter ist er bisher zurückgetreten. So gewinnt die SPD kein Vertrauen zurück.

Mit freundlichen Grüßen

paperpress

seit 1976

Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin

Textarchiv: www.paperpress.org

Newsletter-Archiv: www.paperpress-newsletter.de

Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)

paperpress ist ein Projekt des Paper Verein für
gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.

Vorstand: Ed Koch – Mathias Kraft

Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin

41) Freud und Leid. Von Ed Koch



Freud und Leid



Am Fuße des Gasometers, auf dem EUREF-Campus in Schöneberg, finden morgen die Sondierungsgespräche auf Einladung der CDU mit SPD und Grünen statt. Wo sonst, könnte man fragen, denn hier versuchte schon im Oktober 2021 **Armin Laschet** mit den Grünen ins Gespräch zu kommen. Erfolglos, wie wir wissen.



Nun trifft sich Wahlsieger **Kai Wegner** mit den Verlierern, zuerst mit **Bettina Jarasch** und ihrer Delegation und später mit **Franziska Giffey** und **Raed Saleh**.



Wer **Kai Wegner** kennt, weiß, dass ihm Häme fremd ist. Aber hinter seiner hohen Stirn wird sich doch ein Glücksgefühl, gewürzt mit etwas Schadenfreude, ausgebreitet haben, als er das Ergebnis für Spandau erfuhr. Alle Wahlkreise hat die CDU gewonnen. Wegner selbst

wieder seinen Wahlkreis 5 mit 46,9 Prozent. Spandau war seit 2006 Saleh-Land. Hier gewann der Chef-Strippenzieher der SPD den Wahlkreis 2 2006 (39,1%), 2011 (39,9%), 2016 (37,2%) und 2021 (32,3%). Und 2023? Absturz auf 26 Prozent.

Bettina Jarasch kandidierte im selben Wahlkreis und erhielt 10,2 Prozent der Stimmen. And the Winner is: **Dr. Ersin Nas** (Foto), in Spandau geborener Rechtsanwalt, der über das Verfassungsrecht promovierte. „*Ich bin als Rechtsanwalt in einer überregionalen Wirtschaftskanzlei tätig. Dieses berufliche Standbein ist meine Basis, gibt mir meine Unabhängigkeit und Freiheit, um frischen Wind in die Landespolitik zu bringen. Rechtsanwalt bin ich geworden, um Gerechtigkeit für den Einzelnen zu erreichen; das ist mehr als Recht sprechen!*“, schreibt er auf seiner Internetseite.



Besonders traurig stimmt es einen, wenn man auf das Schicksal und vorzeitige Ende der Abgeordnetenkarriere von **Stephan Machulik** schaut. Er hat den Wahlkreis Spandau 3 nicht gewonnen und zieht auch nicht über die Liste, so wie Saleh, in den Preußischen Landtag ein. Aufmerksame Leser erinnern sich vielleicht an die Vorgänge in Spandau, wo im Vorfeld der Wahl 2021 **Raed Saleh** alles daran setzte, den bis dahin erfolgreichen **Daniel Buchholz** zu verhindern. Buchholz hat den Wahlkreis seit 2001 viermal hintereinander direkt gewonnen, davon dreimal mit über 40 Prozent. Buchholz war bekannt dafür, gute Wahlkämpfe zu organisieren. Ob er es diesmal auch geschafft



hätte, wissen wir natürlich nicht. Die Erfolgchancen dürften aber höher gewesen sein als bei Herrn Machulik, der nun rumjammert, dass er „*sein Direktmandat nicht verteidigen konnte.*“ 2021 erhielt er 29,2 Prozent, schon sechs weniger als Buchholz 2016. **Kerstin Brauner** hat jetzt im zweiten Anlauf für die CDU den Wahlkreis mit 34,4 Prozent gewonnen. Auch sie ist in Spandau geboren und hat Rechtswissenschaften studiert. Da wird ja demnächst in Spandau alles mit rechten Dingen zugehen.



Was so eine Wiederholungswahl auslösen kann, ver- rät der Blick auf die Liste der Abgeordneten. Freud und Leid liegen eng beieinander. Die beiden Innen- experten von SPD und Grünen, **Tom Schreiber** und **Benedikt Lux** sind nicht mehr dabei, dafür taucht aber **Sebastian Scheel**, der ehemalige Bausenator wieder auf.



Kennen Sie den? Er ist wieder da! **Burkard Dreger**, bis 2021 CDU-Op- positionsführer im Abge- ordnetenhaus. Den Reinickendorfer Wahlkreis 1 hat er mit 37,2 Prozent direkt gewonnen. 2021 unterlag er noch mit 23,8 Prozent der SPD-Kandi- datin **Bettina König**, die nun über einen Listen- platz dem Abgeordnetenhaus weiterhin angehört.



Und auch dieses Gesicht wird Ihnen bekannt vor- kommen. Es ist **Rein- hard Naumann**, bis 2021 Bezirksbürger- meister von Charlotten- burg-Wilmersdorf. Sein Einzug ins Abgeordne- tenhaus gelang ihm 2021 nicht. Aber, dafür sind ja Wiederholungswahlen da, um Fehlentscheidungen auszugleichen, grins. Jetzt hat er es geschafft, nicht direkt, aber über die Liste, denn, wie im Bund, gibt es auch in Berlin eine Kombination aus Direkt- und Verhältniswahl und damit auch die beliebten Aus- gleichs- und Überhangmandate.

Nach der Verfassung von Berlin, Artikel 38 (2) be- steht das Parlament aus mindestens 130 Abgeordne- ten. Diesmal sind es 159, zwölf mehr als zuvor. Das ist natürlich dem großen Erfolg der CDU zu „*verdank-*“, die selbst noch Überhangmandate bekam, weil gar nicht so viele direkt gewonnene Wahlkreise zur Verfügung standen, wie ihr prozentual an Mandaten zustehen. Und damit das prozentuale Verhältnis wie- der stimmt, bekommen die Verlierer zum Trost Aus- gleichsmandate. Auf Bundesende wird derzeit eine Wahlreform diskutiert, damit das Parlament nicht immer größer wird. In Berlin ist das auch dringend nötig, denn jeder Abgeordnete kostet uns viel Geld. Im Vergleich zu anderen Bundesländern müssen wir aber kein schlechtes Gewissen haben. Durch den an- stehenden Losentscheid am Montag in Lichtenberg

könnte sich die Zahl der Abgeordneten vielleicht re- duzieren, wenn nämlich die Kandidatin der Linken gewinnt, dann hätte die CDU ein Mandat weniger, wodurch das Konstrukt von Überhangs- und Aus- gleichsmandaten ins Wanken geriete. Die Liste kann sich also noch verändern. Unter diesem Link können Sie aber schon mal nachschauen, wer vorerst nicht mehr dabei und neu hinzugekommen ist.

<https://www.rbb24.de/politik/wahl/abgeordnetenhaus/agh-2023/beitraege/abgeordnete-neu-und-raus-aus-abgeordnetenhaus-nach-berlin-wahl.html>



Seit der legendären **Han- na-Renate Laurien** gab es keine Parlamentspräsi- dentin mehr. Laurien führte von 1991 bis 1995 mit strenger Hand das Parlament. Sie war die erste Präsidentin nach dem Umzug des Abgeord- netenhauses aus dem Rathaus Schöneberg in den Preußischen Landtag. Jetzt stellt die CDU erneut eine Parlamentspräsi- dentin, nämlich die bisherige

Vizepräsidentin **Cornelia Seibeld**. Für den Sozialde- mokraten **Dennis Buchner** war es ein kurzes Ver- gnügen. Er übernahm 2021 die Präsidenschaft.

Eine Grüne Politikerin bleibt dem Abgeordnetenhaus auch weiterhin erspart. **Monika Herrmann**, ehema- lige Bezirksbürgermeisterin von Friedrichshain- Kreuzberg, wollte 2021 ins Abgeordnetenhaus und unterlag knapp der Kandidatin der Linken. Das wie- derholte sich am 12. Februar 2023. Manchmal wird Gutes durch Wiederholung nicht schlechter.

Während der Covid-19-Pandemie lehnte Herrmann das Angebot der Bundeswehr, bei der Kontaktverfol- gung zu helfen, mit der Begründung, die Bürger soll- ten sich nicht an den Anblick von Soldaten gewöh- nen, ab. 2014 wurde sie vom Magazin tip zur „pein- lichsten Berlinerin“ gewählt. (Wikipedia)

Im Newsletter vom 31. Januar hatte ich eine Wette angeboten: **Die CDU wird gewinnen, Kai Wegner aber nicht Regierender Bürgermeister. Franziska Giffey geht vor Bettina Jarasch durchs Ziel und bleibt Regierende Bürgermeisterin.** Keiner wettete dagegen, selbst Freunde aus der CDU nicht.

Ed Koch

(Fotos der Politiker von den jeweiligen Parteien, Gasometer und Spitzenkandidaten: Ed Koch)

42) Dit is Berlin, wa! 16.02.2023, 13:40 Uhr

Dit is Berlin, wa!

„Im umkämpften Wahlkreis 3 in Berlin-Lichtenberg hat sich das Ergebnis erneut verändert.“, meldet der rbb. „Eine Nachzählung der Stimmzettelbündel im Urnenwahllokal 333 hat ergeben, dass neun Stimmen für die CDU nicht ins bisherige Ergebnis eingeflossen sind. Die Nachzählung fand am Donnerstagmorgen statt. Damit liegt nun wieder der CDU-Direktkandidat Dennis Haustein vor der Direktkandidatin der Linken, Claudia Engelmann. Eine Auszählung vergessener Briefwahlstimmen am Mittwoch hatte noch zu einem Patt beider Bewerber für das Berliner Abgeordnetenhaus geführt. Wäre es so geblieben, hätte das Los entscheiden müssen. Dass es dazu kommt, ist nun aber unwahrscheinlicher geworden.“

Wir weisen darauf hin, dass dies der Stand von 13:40 Uhr ist. Bernhardiner Hunde suchen jetzt den Wahlkreis nach weiteren verschütteten Briefwahlunterlagen ab. Vielleicht finden sich in irgendeiner linken Ecke doch noch Stimmen für die Linke. Dit is Berlin, wa!

Mit freundlichen Grüßen

paperpress

seit 1976

Postfach 42 40 03 - 12082 Berlin

Textarchiv: www.paperpress.org

Newsletter-Archiv: www.paperpress-newsletter.de

Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)

paperpress ist ein Projekt des Paper Verein für

gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.

Vorstand: Ed Koch - Mathias Kraft

Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin

Wenn Sie den Newsletter nicht mehr zugesandt haben möchten,

senden Sie bitte diese Mail mit dem Hinweis „Abbestellung“ zurück.

Neue Wendung im Wahlkrimi um den umstrittenen Wahlkreis 3 in Berlin-Lichtenberg: Nach einem anfänglichen Patt zwischen den Kandidaten für CDU und Linke entscheidet nun wohl doch nicht das Los. Denn es gab eine weitere Zählung.

43) Jetzt entscheidet das Los in Lichtenberg. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 610-19

15. Februar 2023

48. Jahrgang

Jetzt entscheidet das Los

Immer, wenn man denkt, schlimmer kann es nicht werden, wird es doch noch schlimmer. Jetzt entscheidet vermutlich ein Los, ob **Franziska Giffey** oder **Bettina Jarasch** Regierende Bürgermeisterin wird. Für Freitag hat die CDU zwar SPD und Grüne zu Sondierungsgesprächen eingeladen, das scheint aber reine Formsache zu sein, denn SPD und Grüne wollen mit der Linken gern weiterregieren. Da spielt es keine Rolle, dass alle Prozente verloren und die CDU über zehn Prozent gewonnen hat. Nicht jeder Gewinner ist in einer Demokratie auch der Sieger.

Heute wurden nun die 466 liegengebliebenen Wahlbriefe ausgezählt. Der Vorsprung der SPD auf die Grünen hat sich von 105 auf 113 vergrößert. Das ist die scheinbar gute Nachricht für die SPD. Jetzt kommt das ABER. „*Allerdings*“ meldet der **rbb**, „*ist durch die neu dazugekommenen Erststimmen im Lichtenberger Wahlkreis 3 ein Patt entstanden, das sich über eine Art Domino-Effekt doch auf die Berliner Regierung auswirken könnte. In diesem Wahlkreis liegt die Direktkandidatin der Linken, Claudia Engelmann, jetzt gleichauf mit dem bisher führenden Kandidaten der CDU, Dennis Haustein.*“

„Das Wahlgesetz sieht in einem solchen Fall vor, dass der zuständige Bezirkswahlleiter auslosen muss, wer das Direktmandat bekommt. Entschieden wird darüber im Lichtenberger Bezirkswahlausschuss am Montag.“ Sollte Haustein sein gewonnen geglaubtes Mandat tatsächlich per Losentscheid behalten dürfen, bliebe es dabei, dass SPD und Grüne jeweils 34 Sitze im Abgeordnetenhaus belegen. Gewönne allerdings Engelmann, hätte die CDU nicht 52, sondern nur 51 Sitze, so what! Aber: „*Dies könnte dazu führen, dass bei anderen Parteien Ausgleichsmandate wegfallen, was sich wiederum auf den bisherigen Gleichstand an Sitzen zwischen SPD und Grünen auswirken könnte.*“

Würde die SPD ein Mandat auf diese Weise verlieren, hätte sie noch 33 Sitze, die Grünen aber 34. Was zählt dann? Die Anzahl der Mandate? Vorteil Grüne! Oder der Vorsprung von 113 Wählerstimmen? Vorteil SPD!

Ich schlage vor, Bingo zu spielen. Wer zuerst ein Bingo hat, darf die Regierende Bürgermeisterin stellen. Normalerweise freue ich mich auf **extra3** am Donnerstagabend und die **heute-show** am Freitag. Diesmal allerdings überhaupt nicht, weil ich ahne, dass Berlin wieder in die Satiretonne getreten wird. Leider zu Recht.

Ed Koch

Nachtrag:

Die ehemalige Landeswahlleiterin ist inzwischen im Ruhestand.

44) Wo bleibt die Demut? Von Ed Koch



Wo bleibt die Demut?



Auch am dritten Morgen nach der Wahl ist das Ergebnis noch im Nebel versteckt. 466 ungeöffnete Wahlbriefe sind gestern überraschend aufgetaucht. Eine geringe Zahl, möchte man

meinen. Da die SPD aber nur 105 Stimmen Vorsprung auf die Grünen hat, könnten diese Wahlbriefe entscheidend dafür sein, wer Regierende Bürgermeisterin wird bzw. bleiben kann. **Franziska Giffey** oder doch **Bettina Jarasch**. Sicher scheint zu sein, dass die Wahlverlierer SPD, Grüne und Linke weiter in einer Koalition bleiben wollen.

Wahlergebnisse kann man interpretieren. Rot-Grün-Rot hat zwar im Gegensatz zu 2021 5,4 Prozent verloren, aber immer noch eine knappe Mehrheit von 49 Prozent und stellt 90 der 149 Abgeordneten. Wie wir wissen, regieren letztlich nicht diejenige, die die meisten Stimmen gewonnen haben, sondern diejenige, die eine parlamentarische Mehrheit schmieden können. Auch wenn es unverständlich ist und viele Menschen ärgert, ist es demokratisch.

Demut ist bei den Verlierern derzeit nicht zu erkennen, ganz im Gegenteil. Die amtierende Koalition soll offenbar auf Gedeih und Verderb fortgesetzt werden. Eine Koalition, die immer wieder durch Streitigkeiten aufgefallen ist, nicht erst seit 2021. Die Koalitionäre müssen sich doch bitte nur mal die Zahlen der Wählerwanderungen anschauen. Es gab eine regelrechte Fluchtbewegung zur CDU. Es flohen von der SPD 60.000 zur CDU, von den Grünen 17.000 und von der Linken 11.000.

Werden diese Zahlen nicht als Quittung wahrgenommen? Dass **Franziska Giffey** argumentiert, sie sei 2021 für fünf Jahre gewählt worden und möchte erst nach dieser Zeit vom Wähler beurteilt werden, kann man verstehen. Aber auch nach dreizehn Monaten kann sich der Wähler schon ein Urteil bilden. Nur 23 Prozent in der aktuellen **Infratest dimap**-Umfrage finden, dass die SPD seit 2021 Berlin vorangebracht hat, 30 Prozent meinen dies für den Zeitraum von 20 Jahren, in denen die SPD „führende Kraft“ in Berlin war. Zur Wahrheit gehört allerdings auch, dass nur 31 Prozent glauben, die CDU mache es besser.

2011 übernahm **Raed Saleh** den SPD-Fraktionsvorsitz von **Michael Müller**. Da stand die SPD bei 28,3 Prozent, zwölf Jahre später sind es noch 18,4 Prozent. Die Schuld für den Niedergang allein den Regierenden Bürgermeistern zuzurechnen, greift zu kurz. Der Fraktionsvorsitzende, vor allem, wenn er Saleh heißt, spielt eine entscheidende Rolle. **Warum ist Saleh, der seit 2020 auch Parteilvorsitzender ist, nicht spätestens am Montagmorgen zurückgetreten?**

Die Ränkespiele von Saleh bleiben doch dem Wähler nicht verborgen. 2021 machte Saleh **Tino Schopf** zum Staatssekretär, damit dieser auf sein gewonnenes Abgeordnetenhausmandat zugunsten des Nachrücker **Torsten Schneider** verzichten musste. Schneider ist der wichtigste Mann an Salehs Seite. Diese Mühe muss sich Saleh diesmal nicht machen, weil Schneider aus eigener Kraft über die Bezirksliste Pankow ein Mandat erlangte. **Tino Schopf** ist einer von vier Sozialdemokraten, die ein Direktmandat gewonnen haben. Als Staatssekretär kann er es eigentlich nicht annehmen. Saleh wird eine Lösung finden. **Die Zeit für Saleh ist jedoch spätestens jetzt abgelaufen.** Vermutlich wird ihn aber die Fraktion wieder zu ihrem Chef wählen, obwohl es geeignetere Kandidaten gibt.

Wer wo direkt gewonnen hat, zeigt diese Grafik:

<https://www.rnd.de/politik/berlin-wahl-2023-ergebnisse-in-alten-wahlkreisen-giffey-verliert-direktmandat-MNC55DJCU5ASVHJLAZATKR5WS1.html>

Diese Wahl hat gezeigt, dass die Menschen genug haben von all den Streitigkeiten und Problemen, von dem, was nicht funktioniert und hängenbleibt zwischen den Zuständigkeiten von Senat und Bezirken. Die Wahl 2021 ist mit Ansage vergelgt worden. Die Corona-Regeln waren wichtiger als eine ordentliche Wahl. Die Liste dessen, was nicht funktioniert hat, ist lang. Dass die Landeswahlleiterin **Petra Michaelis** zurücktrat, war doch keine ernsthafte Konsequenz. Frau Michaelis ist Landesbeamtin und jetzt in einer anderen Behörde tätig. Ihr allein die Schuld zu geben, greift zu kurz, denn versemelt wurde die Wahl 2021 in den Bezirken. Ist irgendein zuständiger Stadtrat deshalb zurückgetreten? Der Kopf von Innensenator **Andreas Geisel** wurde aber lautstark gefordert, obwohl er für die Durchführung der Wahl nicht zuständig war, aber die Dienstaufsicht hatte. Ob sein Rücktritt das SPD-Ergebnis vom 12. Februar besser hätte aussehen lassen, ist fraglich.



Tragisch

Kaum jemand hat Mitleid mit Politikern, ich schon. Es ist tragisch, dass der Sozialdemokrat **Dennis Buchner**, der sich als Parlamentspräsident gut gemacht hat, jetzt seinen Posten räumen muss. Tragisch auch, dass dem Parlament jetzt zwei ausgewiesene Innen- und Sicherheitsexperten fehlen werden, **Tom Schreiber** (SPD) und **Benedikt Lux** (Grüne). Beide waren seit 2006 Mitglied des Abgeordnetenhauses.

Ich weiß, dass das Ausscheiden der FDP aus dem Abgeordnetenhaus vielen am Gesäß vorbeigeht. Ich finde es schade, nicht nur wegen des oft hohen Unterhaltungswerts der FDP-Abgeordneten. Aber selbst die Autofahrer haben dann doch lieber die CDU gewählt, 37.000 FDP-Wähler sind zur CDU gegangen.

Dringender Handlungsbedarf

Kein Mensch versteht, dass es einen Unterschied geben kann zwischen den Mehrheitsverhältnissen in den Bezirksverordnetenversammlungen und den Bezirksämtern. Dass eine Wiederholungswahl gesetzlich nicht vorgesehen ist, kann kein Grund sein, alles so zu belassen.

Der **rbb** berichtete gestern: „Einen Rücktritt gibt es für Bezirksbürgermeister nicht“, sagt **Oliver Igel** von der SPD, der das Rathaus in Treptow-Köpenick leitet. „Mit Blick auf das Bezirksverwaltungsrecht stimmt das – doch ein freiwilliger Verzicht auf den Posten ist nicht völlig unmöglich. Genau darüber müsse man nun sprechen, räumt Mittes Bezirksbürgermeisterin **Stefanie Remlinger** (Grüne) im **rbb** ein. „Ich möchte, dass wir uns da überbezüglich auf eine Linie verständigen, sowohl die SPD als auch wir, die Grünen.“

„Könnte also sein, dass demnächst ganze Bezirksämter inklusive Bürgermeister um Entlassung bitten, um sich danach erneut einer Wahl in ihren jeweiligen Bezirksverordnetenversammlungen zu stellen. „Dass die CDU da ein legitimes Interesse hat, ist doch klar“, so Remlinger.“

„Im Fall einer vorzeitigen Abberufung erhält das Bezirksamtsmitglied Ruhegehalt nach beamtenversorgungrechtlichen Regeln“, heißt es in einem Gutachten des Abgeordnetenhauses, und zwar „bis zum Ablauf der Amtszeit.“ Wer also nach der Wiederholungswahl seinen Posten als Bezirksstadtrat oder Bürgermeister verliert, „erhält noch bis 2026 rund 71 Prozent seines Gehalts ausgezahlt.“ „Das sind dann Kosten der Demokratie“, sagt der CDU-Stadtrat aus

Neukölln, **Falko Liecke**, der gern Bezirksbürgermeister werden möchte. Auch in Neukölln ist die CDU jetzt stärkste Partei mit 27,2 Prozent vor der SPD mit 24,1 Prozent. Lieckes CDU hat 10,9 Prozent dazugewonnen, die SPD 6,3 Prozent verloren, und das bei dem angeblich so beliebten Bürgermeister **Martin Hikel**. Mit Silvester ist offenbar das Fass des Erträglichen für die Neuköllner übergelaufen.

Die meisten Bezirksamtsmitglieder würden ohnehin wiedergewählt werden. Die Zahl derer, die durch die neuen Mehrheitsverhältnisse ausscheiden müssten, hält sich in Grenzen, somit auch die „Kosten der Demokratie.“ Auch wenn das Wort „Versorgungsansprüche“ bei vielen eine Schnappatmung auslöst, kann man nicht ernsthaft dagegen sein, dass auch Politikern erworbene Ansprüche zustehen. Die Höhe und der Zeitraum, in dem diese Ansprüche erzielt werden, stehen auf einem anderen Blatt, das einer Bearbeitung bedarf.

Nachtrag zu den 466 Wahlbriefen

Der **Tagesspiegel** meldet soeben, dass heute um 09:30 Uhr die 466 Wahlbriefe im Bezirkswahlamt, Möllendorfstraße 6, 10367 Berlin, öffentlich ausgezählt werden.

Tagesspiegel Checkpoint: „Das Problem wurde leider von der Deutschen Post verursacht und das Wahlamt trifft keine Schuld“, hatte Stadtrat **Kevin Hönicke** (SPD) am Dienstag schnell einen Schuldigen gefunden – nur um sich zwei Stunden später kleinlaut zu korrigieren: „Der Fehler liegt nicht bei der Deutschen Post, sondern bei der Poststelle des Bezirkes.“ Dort hat ein Kurierfahrer die Briefe am Freitagnachmittag angeliefert – laut Checkpoint-Informationen jedoch niemanden mehr angetroffen. Natürlich hätte die Post auch am Samstag noch zum Wahlamt weitergeleitet werden können. Doch wurde für die Postverteilstelle offenbar keine Mehrarbeit fürs Wochenende angeordnet, wie es in Behörden nötig ist. Die hunderten roten Wahlbriefe blieben liegen. Am Ende bekommt Berlins Verwaltung zumindest ihre Pannen immer noch selbst organisiert.“

Wie wäre es denn, wenn wenigstens dieser unsägliche Schwätzer **Kevin Hönicke**, Vize-Bürgermeister und Stadtrat für Bürgerdienste und Stadtentwicklung in Lichtenberg, zurückträte? Irgendwer muss doch endlich mal anfangen Konsequenzen zu ziehen.

Ed Koch

45) Auch das noch: 450 Wahlbriefe „gefunden“, die noch nicht ausgezählt worden sind!



paperpress

seit 1976



Nr. 610-17

14. Februar 2023

48. Jahrgang

Auch das noch

Während die ersten Sondierungsgespräche nach der Wahl beginnen und sich die SPD sicher fühlt, die Nummer Eins unter den drei Wahlverlierern zu sein, überrascht der Landeswahlleiter mit einer Nachricht, die alles noch einmal verändern kann.

450 Wahlbriefe „gefunden“, die noch nicht ausgezählt worden sind!

Der **rbb** meldet soeben: *Es hat doch eine größere Wahlpanne gegeben: Zwei Tage nach der Wiederholungswahl in Berlin müssen noch Wählerstimmen aus etwa 450 liegengebliebenen Wahlbriefen gezählt und dem Ergebnis hinzugefügt werden. Das sagte Landeswahlleiter Stephan Bröchler am Dienstag.*

Die Wahlbriefe kamen laut Bröchler offenbar recht spät im Bezirk Lichtenberg an und blieben am Sonntag bei der Auszählung liegen. Wie es zu der Panne kam, sei unklar, das müsse der zuständige Bezirkswahlausschuss noch klären.

*Es habe Kommunikationsprobleme im Bezirkswahlamt gegeben, „die Zettel waren vorhanden, wurden aber nicht richtig weitergeleitet“. Wie und warum werde nun geklärt. Zuvor hatte **DER SPIEGEL** berichtet.*

Bröchler sagte, die Wählerstimmen sollen in den nächsten Tagen gezählt und das Ergebnis dann mitgeteilt werden. „Es ist wichtig, dass keine Stimme verloren gegangen ist.“ Die genaue Zahl der Briefe teilte Bröchler auf Nachfrage einer rbb-Reporterin nicht mit, die Zahl 450 sei aber in etwa die richtige Größenordnung.

So könne es auch sein, dass in einigen Briefwahlumschläge unvollständige Unterlagen seien, die die Stimmabgabe dann ungültig machen würden, so Bröchler.

Bröchler rechnet damit, noch diese Woche an Ergebnisse der Untersuchung zu kommen. Dies sei wichtig, da zwischen dem 20. und 22. Februar die Bezirkswahlausschüsse zusammenkämen, am 27. Februar tage dann der Landeswahlausschuss. „Es gibt Druck von allen Seiten und das finde ich gut so“, sagte Bröchler.

Derzeit gebe es keine Anhaltspunkte, dass es zu weiteren Vorfällen gekommen sei, so Bröchler weiter. Nach dem bisherigen vorläufigen Ergebnis der Berliner Abgeordnetenhauswahl liegt die SPD auf dem zweiten Platz nur 105 Stimmen vor den Grünen auf dem dritten Platz.

1

46) Und schon folgt die nächste Abstimmung



paperpress

seit 1976



Nr. 610-16

13. Februar 2023

48. Jahrgang

Und schon folgt die nächste Abstimmung

Bloß nicht langweilen ist das Motto des rbb. Anders als gemeint, hat er in den letzten Monaten dafür gesorgt. Am 26. März geht es in Berlin wieder an die Urnen. Auf dem Programm steht der **Volksentscheid Berlin 2030 klimaneutral**. Und dann muss ja auch noch in einigen Stimmbezirken die Bundestagswahl nachgeholt werden. Ein Aufräumen in den Wahllokalen lohnt eigentlich nicht.

Der Landeswahlleiter, kaum ausgeschlafen, teilte heute Morgen mit:

Heute beginnt die PIN AG mit der Zustellung der Abstimmungsbenachrichtigungen an die Berliner Stimmberechtigten für den Volksentscheid Berlin 2030 klimaneutral. Spätestens am Samstag, dem 4. März 2023, haben dann alle stimmberechtigten Berlinerinnen und Berliner ihre Abstimmungsbenachrichtigung im Briefkasten.

Stimmberechtigt für den Volksentscheid sind alle Personen, die auch zur gestrigen Abgeordnetenhauswahl wahlberechtigt waren, sofern sie nicht aus Berlin wegziehen. Berlinweit sind dies 2.431.772 Personen.

Stimmberechtigte, die am Abstimmungstag verhindert sind, können vorab per Brief abstimmen. Hierzu kann ab heute ein Abstimmungsschein beantragt werden. Der Antrag kann online über die Website des Landeswahlleiters gestellt werden. Wer die Zustellung der Abstimmungsbenachrichtigung abwartet, kann die Abstimmungsbenachrichtigung via Scan des dort auf der Rückseite eingedruckten QR-Codes vornehmen. Durch das Scannen des QR-Codes mit einer geeigneten App wird der Abstimmungsscheinantrag im Internet aufgerufen und die verschlüsselten personenbezogenen Daten werden automatisch eingetragen. Der Antrag muss dann nur noch bestätigt werden. Die Abstimmungsunterlagen werden vom Bezirkswahlamt nach Hause oder an die angegebene Wunschadresse geschickt.

Neben der Onlinebeantragung besteht auch die Möglichkeit durch Rücksenden der ausgefüllten Abstimmungsbenachrichtigung oder schriftlich – auch per E-Mail – die Briefabstimmungsunterlagen anzufordern.

Zudem besteht die Möglichkeit, in einer Briefabstimmungsstelle ihres Bezirkes abzustimmen. Anschrif-

ten und Öffnungszeiten der Briefabstimmungsstellen finden Sie auf der Abstimmungsbenachrichtigung.

Auf der Abstimmungsbenachrichtigung ist die Adresse des Abstimmungslokals deutlich durch einen hellgrauen Hintergrund gekennzeichnet.

Die Abstimmungsbenachrichtigung enthält u.a. folgende Informationen:

- *Anschriften des Bezirkswahlamtes und der Briefabstimmungsstellen sowie deren Öffnungszeiten,*
- *Erläuterungen zur Zugänglichkeit des Abstimmungslokals*
- *Hinweise für blinde und hochgradig sehbehinderte Stimmberechtigte,*
- *Hinweis auf die Bestellung einer Broschüre in leicht verständlicher Sprache.*

Weitere Informationen zum Volksentscheid am 26. März 2023 sind im Internetangebot des Landeswahlleiters unter

<https://www.berlin.de/wahlen/abstimmung/volksentscheid-berlin-2030-klimaneutral/> veröffentlicht.

YouTube-Kanal des Landeswahlleiters

<https://www.youtube.com/@derlandeswahlleiter-berlin/videos>

47) Das ganze Ausmaß. Von Ed Koch



Das ganze Ausmaß

| Bezirksverordnetenversammlungen | |
|---------------------------------|------|
| Charlottenburg-Wilmersdorf | 30,7 |
| Friedrichshain-Kreuzberg | 34,5 |
| Lichtenberg | 23,8 |
| Marzahn-Hellersdorf | 31,4 |
| Mitte | 28,5 |
| Neukölln | 27,2 |
| Pankow | 23,8 |
| Reinickendorf | 40,5 |
| Spandau | 39,5 |
| Steglitz-Zehlendorf | 36,1 |
| Tempelhof-Schöneberg | 30,8 |
| Treptow-Köpenick | 23,4 |

Wahlsieger in den Bezirken CDU / Grüne

Das ganze Ausmaß der Wahlkatastrophe der SPD, aber auch der Grünen, zeigt sich bei den Wahlen zu den zwölf **Bezirksverordnetenversammlungen**. In neun von zwölf hat die CDU gewonnen, lediglich in drei Bezirken liegen die Grünen vorn, die SPD in keinem mehr. Marzahn-Hellersdorf: Verloren! Neukölln: Verloren! Spandau: Verloren! Treptow-Köpenick: Verloren! In Reinickendorf hatte die SPD schon 2021 verloren, aber dennoch den Bezirksbürgermeister gestellt.

In **Tempelhof-Schöneberg** beispielsweise, verfügt die CDU jetzt über 19 Sitze, plus 6; SPD 12, minus 3; Grüne 14, minus 1; Linke 5, gehalten; AfD 3, gehalten; FDP 2, minus 2 und damit verliert sie ihren Fraktionsstatus. Die grün-rote Zählgemeinschaft hat sich erledigt, sie käme jetzt nur noch auf 26 Sitze, 28 werden für eine Mehrheit gebraucht. Steht die Linke bereit, um den CDU-Wahlsieger **Matthias Steuckardt** als Bürgermeister zu verhindern? Die Wähler haben genug von den Koalitionen der Verlierer.

Wie man angesichts dieser Ergebnisse dabei bleiben will, alle Bezirksamtsmitglieder im Amt zu belassen, obwohl sie bis 2026 ernannt worden sind, ist nicht darzustellen und keinem Bürger zu vermitteln. **Es gibt nur einen Weg: Alle Bezirksbürgermeister und Bezirksstadträte müssen zurücktreten.** Es müssen neue Bezirksamter gewählt werden, die den Mehrheitsverhältnissen in den Bezirksverordnetenver-

sammlung entsprechen. Vermutlich wird es wieder Zählgemeinschaften der Verlierer geben. Zumindest werden die Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlungen in neun Bezirken der CDU angehören.

Wer glaubte, die Wahl von 2021 sei das Chaos gewesen, der irrt. Das Chaos hat gerade erst begonnen.

Ed Koch

48) Landeswahlleiter: Vorläufiges Ergebnis festgestellt



Senatsverwaltung für
Inneres, Digitalisierung und Sport
Berlin

Geschäftsstelle
des Landeswahlleiters
Klosterstr. 47, 10179 Berlin
Tel.: (030) 90223-1800
Landeswahlleitung
@wahlen.berlin.de

13. Februar 2023

Pressemitteilung: Wiederholungswahl zum Abgeordnetenhaus 2023

Vorläufiges Ergebnis festgestellt

Heute um 03.14 Uhr hat der Landeswahlleiter, Prof. Dr. Stephan Bröchler, das vorläufige Zweitstimmenergebnis der Wiederholungswahl zum 19. Berliner Abgeordnetenhaus bekannt gegeben:

Vorläufiges Ergebnis Wiederholungswahl zum 19. Abgeordnetenhaus - Zweitstimmen

| | absolut | % |
|---|-----------|------|
| Wahlberechtigte | 2.431.772 | X |
| Wähler | 1.532.164 | 63,0 |
| Ungültige Stimmen | 13.570 | 0,9 |
| Gültige Stimmen | 1.514.065 | 99,1 |
| Darunter | | |
| Sozialdemokratische Partei Deutschlands | 278.978 | 18,4 |
| Christlich Demokratische Union Deutschlands | 428.100 | 28,2 |
| BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | 278.873 | 18,4 |
| DIE LINKE | 184.954 | 12,2 |
| Alternative für Deutschland | 137.810 | 9,1 |
| Freie Demokratische Partei | 70.416 | 4,6 |
| Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative | 21.567 | 1,4 |
| PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ | 36.233 | 2,4 |
| Piratenpartei Deutschland | 5.147 | 0,3 |
| Graue Panther | 6.268 | 0,4 |
| Nationaldemokratische Partei Deutschlands | 1.589 | 0,1 |
| Partei für Gesundheitsforschung | 3.768 | 0,2 |
| Liberal-Konservative Reformer | 476 | 0,0 |
| Deutsche Kommunistische Partei | 2.522 | 0,2 |
| Sozialistische Gleichheitspartei, Vierte Internationale | 801 | 0,1 |
| Bürgerrechtsbewegung Solidarität | 407 | 0,0 |
| Menschliche Welt – für das Wohl und Glücklichein aller | 163 | 0,0 |

| | | |
|---|--------|-----|
| bergpartei, die überpartei - ökoanarchistisch-realdadaistisches sammelbecken | 1.139 | 0,1 |
| Ökologisch-Demokratische Partei | 1.682 | 0,1 |
| Basisdemokratische Partei Deutschland | 8.345 | 0,6 |
| Bildet Berlin! e.V. | 1.789 | 0,1 |
| DEUTSCHE KONSERVATIVE | 15 | 0,0 |
| Die Grauen - Für alle Generationen | 6.425 | 0,4 |
| Die neuen Demokraten | 69 | 0,0 |
| Die Republikaner | 52 | 0,0 |
| Die Urbane. Eine HipHop Partei | 2.995 | 0,2 |
| diePinken/BÜNDNIS21 | 785 | 0,1 |
| FREIE WÄHLER | 3.922 | 0,3 |
| Kimaliste Berlin | 4.100 | 0,3 |
| Mieterpartei / Bündnis Berlin | 3.896 | 0,3 |
| Partei der Humanisten | 2.655 | 0,2 |
| Team Todenhöfer – Die Gerechtigkeitspartei | 6.324 | 0,4 |
| Volt Deutschland | 14.026 | 0,9 |

Die Ergebnisse werden jetzt durch die Bezirkswahlleitungen überprüft und anschließend von den Bezirkswahlausschüssen festgestellt. Am 27. Februar 2023 stellt der Berliner Landeswahlausschuss das endgültige Ergebnis fest.

Weitere Informationen zu den Wiederholungswahlen in Berlin am 12. Februar 2023 sind im Internetangebot des Landeswahlleiters unter www.berlin.de/wahlen veröffentlicht.

YouTube-Kanal des Landeswahlleiters

<https://www.youtube.com/@derlandeswahlleiterberlin/videos>

49) Überraschung. Umfragen und Ergebnisse Berlin-Wahl 2023. Von Ed Koch

paperpress

seit 1976



Nr. 610-14

13. Februar 2023

48. Jahrgang

Überraschung

Umfragen und Ergebnisse Berlin-Wahl 2023

| | | CDU | SPD | Grüne | FDP | Linke | AfD |
|---|-------------------|-------------|-------------|-------------|------------|-------------|------------|
| Quelle: wahlrecht.de / Landeswahlleitung Berlin | Datum | % | % | % | % | % | % |
| Ergebnisse 2021 | 26.09.2021 | 18 | 21,4 | 18,9 | 7,1 | 14,1 | 8 |
| Ergebnisse 2023 | 12.02.2023 | 28,2 | 18,4 | 18,4 | 4,6 | 12,2 | 9,1 |
| Zum Vergleich die Umfragen kurz vor der Wahl Institut und Zeitraum der Erhebung / Tag der Veröffentlichung | | | | | | | |
| Civey Tagesspiegel 02.02.-09.02.2023 | 09.02.2023 | 23,8 | 21,8 | 17 | 6,9 | 11,2 | 9,1 |
| FG Wahlen ZDF 08.02.-09.02.2023 | 09.02.2023 | 25 | 21 | 17 | 6 | 11 | 10 |
| INSA BILD 02.02.-09.02.2023 | 09.02.2023 | 25 | 19 | 18 | 6 | 12 | 10 |
| Forsa Berliner Zeitung 30.01.-03.02.2023 | 05.02.2023 | 26 | 17 | 18 | 5 | 12 | 10 |
| Infratest dimap ARD 30.01.-01.02.2023 | 02.02.2023 | 25 | 19 | 18 | 6 | 12 | 10 |
| SPD 278.978 | | | | | | | |
| CDU 428.100 | | | | | | | |
| Grüne 278.873 | | | | | | | |
| Linke 184.954 | | | | | | | |
| AfD 137.810 | | | | | | | |
| FDP 70.616 | | | | | | | |

Da haben die Meinungsforscher ziemlich danebengelegt, selbst wenn sie selbst immer betonen, dass es eine Schwankung von drei Punkten nach unten oder oben gibt. Die CDU wurde schlechter, die SPD besser bewertet. Und die FDP konnte sicher sein, es zu schaffen. Die Realität sieht anders aus. Und nun? Die SPD liegt mit 105 Stimmen vor den Grünen. Das schreit geradezu nach langwierigem Nachwählen, denn es geht für SPD und Grünen um alles, also um die Macht. Giffey oder Jarasch, das ist hier die Frage.

So wie es aussieht, wollen die Wahlverlierer SPD und Grüne das Bündnis mit der Linken fortsetzen. Die CDU fährt ein Plus von **10 Prozent**, rund 150.000 Wählerstimmen vor SPD und Grünen, ein. Deutlicher geht es nicht. Natürlich ist es kein „Wahlklau“, wenn sich jenseits des Wahlsiegers ein Bündnis der Verlierer bildet, das eine parlamentarische Mehrheit hat. Kann man das aber ernsthaft den 1.514.065 Wählern vermitteln, und auch jenen, die nicht gewählt haben? Nein. **Kai Wegner** hat einen moralischen Anspruch auf das Amt des Regierenden Bürgermeisters, selbst wenn „Moral“ keine politische Vokabel ist. Wenn die SPD halbwegs ehrenhaft aus diesem Desaster herauskommen will, bleibt ihr nur eine Koalition mit der CDU, vor allem, damit die Stadt, die von grüner Klientelpolitik zerrüttet wurde, wieder zur Ruhe kommt. *Anbei das vorläufige Ergebnis des Landeswahlleiters.*

Ed Koch

1

50) Umfragen und Ergebnisse Berlin-Wahl 2023 am 12.02.2023



Liebe Leserinnen und Leser,

natürlich senden wir Ihnen am Montagmorgen die ausgefüllte Tabelle zu. Sie können das aber auch schon am Wahlabend selbst machen und vergleichen, welches Umfrageinstitut der Wahrheit am nächsten gekommen ist.

Und vergessen Sie bitte nicht, zur Wahl zu gehen. Denken Sie daran: Wählen ist ein Privileg und keine Last.

Umfragen und Ergebnisse Berlin-Wahl 2023

| | | CDU | SPD | Grüne | FDP | Linke | AfD |
|---|------------|------|------|-------|-----|-------|-----|
| Quelle: <i>wahlrecht.de</i> | Datum | % | % | % | % | % | % |
| Ergebnisse 2021 | 26.09.2021 | 18 | 21,4 | 18,9 | 7,1 | 14,1 | 8 |
| Ergebnisse 2023 | 12.02.2023 | | | | | | |
| Zum Vergleich die Umfragen kurz vor der Wahl Institut und Zeitraum der Erhebung / Tag der Veröffentlichung | | | | | | | |
| Civey Tagesspiegel 02.02.-09.02.2023 | 09.02.2023 | 23,8 | 21,8 | 17 | 6,9 | 11,2 | 9,1 |
| FG Wahlen ZDF 08.02-09.02.2023 | 09.02.2023 | 25 | 21 | 17 | 6 | 11 | 10 |
| INSA BILD 02.02.-09.02.2023 | 09.02.2023 | 25 | 19 | 18 | 6 | 12 | 10 |
| Forsa Berliner Zeitung 30.01.-03.02.2023 | 05.02.2023 | 26 | 17 | 18 | 5 | 12 | 10 |
| Infratest dimap ARD 30.01.-01.02.2023 | 02.02.2023 | 25 | 19 | 18 | 6 | 12 | 10 |

51) Die Spannung wächst. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 610-11

10. Februar 2023

48. Jahrgang

Die Spannung wächst

Kurz vor der Wahl ziehen die Parteien noch einmal alle Register. Jede Stimme ist wichtig und kann entscheidend sein. Unsicherheitsfaktor ist die Wahlbeteiligung. Angeblich haben sich ein Drittel der Wahlberechtigten noch nicht für eine Partei entschieden. Keine Angaben gibt es darüber, wie viele Menschen sich überhaupt an der Wahl beteiligen wollen.

Eines scheint im Augenblick sicher zu sein: Die CDU wird die Wahl gewinnen. In allen Umfragen liegt sie zwischen 24 und 26 Prozent vorn. Der SPD wird zwischen 17 und 22 Prozent vorausgesagt, den Grünen 17 bis 18, Linke elf bis zwölf, AfD zehn und FDP fünf bis sechs Prozent. Koalitionsmöglichkeiten gibt es viele, die Verhandlungen nach dem 12. Februar könnten lange dauern. Die Stadt wäre erneut gelähmt.

Die Grünen sind optimistisch, sie laden die Presse schon mal zur ersten Fraktionssitzung nach der Wahl am 14. Februar ein, auf der die neuen Abgeordneten begrüßt werden sollen. Neue Abgeordnete? Rechnen die Grünen mit einem Zuwachs an Mandaten? Könnte es nicht eher sein, dass Abgeordnete verabschiedet werden müssen? Was ist mit **Bettina Jarasch**? Der Wahlkampf war voll und ganz auf sie zugeschnitten. Sowohl von den Fraktionsvorsitzenden **Silke Gebel** und **Werner Graf** als auch von den Parteivorsitzenden **Susanne Mertens** und **Philmon Ghirmai** hat man im Wahlkampf nichts mitbekommen. Auch die beiden anderen Grünen Senatsmitglieder **Daniel Wesener** und **Ulrike Gote** tauchten erkennbar nicht auf. Die Verantwortung im Falle eines Scheiterns liegt also allein bei Jarasch, und diese wird Konsequenzen ziehen müssen, denn alle sagen doch immer wieder, dass es so nicht weitergehen darf.

Das trifft natürlich auf **Franziska Giffey** auch zu, wenn die SPD hinter den Grünen bleibt. Außer in Spandau war ihr Ko-Vorsitzender **Raed Saleh** nicht zu sehen und auch die sozialdemokratischen Senatoren hielten sich zurück. Für Giffey würde die Wahlniederlage vermutlich das Ende ihrer politischen Karriere bedeuten.

Sich bei Landtagswahlen Hilfe vom Bund und aus anderen Ländern zu holen, kann erfolgreich sein. **Kai Wegner** musste NRW-Ministerpräsident **Hendrik Wüst** nicht lange bitten, ihn auf den EUREF-Campus zu begleiten. In Wüsts Landeshauptstadt entsteht derzeit der EUREF-Campus Düsseldorf, da war es

naheliegen, sich das Original in Berlin anzuschauen. „Jeden Tag sehe er den Campus Düsseldorf ein paar Meter wachsen“, sagte er zur Begrüßung durch die Vorstandssprecherin der EUREF-AG **Karin Teichmann**.



v.l.n.r.: Karin Teichmann, Christine Stumpp, MdB und stellvertretende Generalsekretärin der CDU, Kai Wegner, Landes- und Fraktionsvorsitzender der Berlin CDU, und Hendrik Wüst, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen.



Wüst und Wegner ließen es sich nicht nehmen, vom Dach des Gasometers auf den Campus und den Rest der Stadt zu schauen. Foto: Stefan Grund



Viel Zeit nahm sich Wüst für den Besuch bei Menekes, des weltweit führenden Herstellers von CEE-Drehstromsteckern, der auf dem EUREF-Campus ein Schulungszentrum unterhält. Firmenchef **Christoph Menekes** war eigens aus dem Sauerland angereist, um **Hendrik Wüst** seinen Berliner Standort vorzustellen.



Am Ende des Rundgangs gabs ein entspanntes Get-Together in der Event-Werkstatt des Campus, wo Generalsekretär **Stefan Evers** seinen Spitzenkandidaten im Kreise von Parteiliebes feierte.

Auf Twitter sprach Evers von einem „Wahl-Klau“ für den Fall, dass die CDU als Wahlsieger in der Opposition bliebe, wenn SPD, Grüne und Linke eine Regierung bilden. Der frühere CDU-Bundesgeneralsekretär und Ex-MdB **Ruprecht Polenz** kommentierte das gestern so: „Es ist gefährlich für unsere Demokratie, wenn mit solchen Sprüchen eine Regierungsbildung delegitimiert werden soll, die ohne die stärkste Partei erfolgt, sich aber auf eine Mehrheit im Parlament stützen kann. Bei Trump kann man beobachten, wie dieses Gift wirkt.“ *Quelle: Checkpoint Tagesspiegel*

Wir erinnern uns, 2016 gewann **Donald Trump** nur wegen des undemokratischen Wahlsystems in den USA die Präsidentschaft. Er erzielte lediglich 46,1 Prozent der Stimmen und lag damit hinter **Hillary Clinton** mit 48,1 Prozent. Trump bekam allerdings 56,5 Prozent der Wähler und Clinton nur 42,2 Prozent. Bei den Wahlen 2020 lag **Joe Biden** mit 56,9 Prozent der Wähler und 51,3 Prozent der Wählerstimmen vor Trump mit 43,1 Prozent Wähler und 46,8 Prozent Stimmanteilen. Trump hat bis heute seine Niederlage nicht akzeptiert und spricht von einer „gestohlenen Wahl“. Die CDU Berlin sollte sich dieser Terminologie nicht anschließen.



Wahlkampfhilfe holte sich auch der Grüne Bezirksbürgermeister von Tempelhof-Schöneberg, **Jörn Oltmann**. Er nutzte den Besuch von **Robert Habeck** auf dem EUREF-Campus für einen kleinen Werbefilm. Oltmann habe gezeigt, so Habeck, was

er kann, zum Beispiel so ein „cooles Projekt“ wie den EUREF-Campus „nach vorne zu bringen.“ Nun, das ist nicht die ganze Geschichte. Oltmann hat sich zwar in seinen Funktionen als Stadtentwicklungsstadtrat und Bezirksbürgermeister dem Campus unterstützend genähert, die Vorgeschichte seiner Grünen Partei ist aber eher unerfreulich. Über Jahre hinweg haben Grüne Politiker aus Tempelhof-Schöneberg dem EUREF-Campus immer wieder Steine in den Weg gelegt, die die Entwicklung verzögerte. Nicht wegen, sondern trotz der Grünen kann der EUREF-Campus 2024 seiner Vollendung entgegen sehen.

Erschreckend sind andere Erkenntnisse aus den Umfragen, über die heute der Tagesspiegel Checkpoint berichtet. So stellt Forsa-Chef **Manfred Güllner** fest: „Viele Berliner Wahlberechtigte empfinden das personelle und inhaltliche Angebot der Parteien ‚als Zumutung‘. Es gibt ‚extremen Unmut über die von der rot-rot-grünen Koalition betriebene Politik, die die Interessen der großen Mehrheit der Berliner außer Acht lässt.‘ Ein CDU-geführter Senat werde von vielen ‚nicht als wählbare Alternative gesehen, weil der Partei wenig politische Kompetenz zugetraut wird‘. Im Ergebnis warnt Güllner sogar davor, den Umfragewerten der Parteien zu trauen:

„Die in der Stadt herrschende Ratlosigkeit lässt in noch geringerem Maße verlässliche Aussagen über den Ausgang der Wahl zu, als es ohnehin bei den meisten Wahlen der Fall ist. Die vor der Wahl ermittelten Stimmungen in Berlin könnten daher noch stärker als sonst von den Stimmen abweichen, die die Parteien am Wahltag erhalten.“

Noch erschreckender ist, dass angeblich ein Drittel der Berliner, laut der Forsa-Umfrage, nicht mehr gern in Berlin leben. Was das Reizthema Friedrichstraße betrifft, so sind nur die Anhänger der Grünen mehrheitlich für die Fußgängerzone, die Anhänger der SPD nicht einmal zu einem Drittel, bei Anhängern von CDU und FDP gerade mal acht bzw. neun Prozent.

Was die Grünen betrifft, ist ein Detail aus der Civey-Umfrage für den Tagesspiegel besonders bemerkenswert: „Nur rund 70 Prozent der Wähler, die auf Bundesebene grün wählen, wollen auch in Berlin grün wählen – das ist der niedrigste Wert aller Parteien.“

Sonntag um 18:00 Uhr wissen wie mehr.

Ed Koch

52) Punktsieg. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 610-09

9. Februar 2023

48. Jahrgang

Punktsieg



Die Spitzenkandidaten für die Wiederholungswahl nahmen in den letzten sechs Wochen jede Einladung an, um ihre weitestgehend bekannten politischen Ziele den unterschiedlichsten Zielgruppen darzustellen. Einem breiten Publikum stellten sich die sechs Spitzenkandidaten beim **rbb** am Dienstag. Gestern nun präsentierte der **Tagesspiegel** das Triell-Format, das wir schon aus der letzten Bundestagswahl kennen. Nur die drei in den Umfragen vorn liegenden wurden eingeladen, also **Franziska Giffey** (SPD), **Bettina Jarasch** (Grüne) und **Kai Wegner** (CDU). Wir haben die alphabetische Reihenfolge gewählt, weil je nach Umfrage zwar bislang immer die CDU vorn liegt, SPD und Grüne sich aber um Platz Zeit streiten.

Der Abend in der Werkstatt des **EUREF-Campus** begann mit einem Werbeblock in eigener Sache für die rund 250 anwesenden **Tagesspiegel-Leser**. Die Chefredakteure **Lorenz Maroldt** und **Christian Tretbar** stellten ihre neue Zeitung vor. Wie berichtet, erscheint der **Tagesspiegel** in einem neuen Format, ähnlich wie dem der **B.Z.** Und er besteht aus zwei eigenständigen Teilen. Teil 1: Deutschland und die Welt und Teil 2: Berlin, die Weltstadt. Maroldt und Tretbar stellten die Leiter einiger Ressorts vor, von Landespolitik über Bildung und Wirtschaft bis hin zum Digitalen. Nach einer kleinen Erfrischungspause mit Snacks aus der Sternküche des **EUREF-Campus**, versammelten sich Giffey, Wegner und Jarasch auf dem Podium.

Das Format wollte auf die üblichen Bestandteile wie „*Ergänzen Sie bitte den folgenden Satz*“ oder „*60 Sekunden für ein Statement*“ nicht verzichten. Im Wesentlichen ließen Maroldt und Tretbar und für einen Teilbereich auch **Julius Betschka** und **Anke Myrrhe** die Diskussionszüge sehr locker. Die

Kandidaten durften ausreden. Einleitend hatte **Lorenz Maroldt** noch scherzhaft angemerkt, dass er **Franziska Giffey** darauf hinweisen wollen, dass es in der Deutschen Sprache auch einen Punkt gibt, forderte die Zeichensetzung für ein Satzende aber nicht ein.

Giffey lag im Redeanteil deutlich vorn. Wegner und Jarasch waren allerdings zu zaghaft, um dazwischen zu grätschen. Selbst schuld. In der Debatte ging es von Silvester bis Friedrichstraße, und es wurde an der Reaktion des Publikums sehr deutlich, dass sich **Kai Wegner** mit der Vornamendebatte ebenso wenig einen Gefallen getan hat, wie **Bettina Jarasch** mit ihrem Friedrichstraßen-Projekt. Zu Wegner gewandt kommentierte Giffey: „*Sage mir deinen Vornamen, und ich sage dir, wer du bist – so einfach ist die Welt nicht*“. Dafür bekam sie viel Applaus vom Publikum. Jarasch behauptet immer, dass es viele Leute gäbe, die sich die Fußgängerzone in der Friedrichstraße gewünscht hätten. Wegner kennt keinen von diesen, ganz im Gegenteil. Die Anrufer halten wenig davon und ein großer Teil der anwesenden **Tagesspiegel-Leser** auch nicht.

Was soll eine vierköpfige Familie machen, die eine Wohnung sucht? Giffey's Empfehlung: bei den städtischen Gesellschaften nachfragen. Der Wiederverbeamtung der Lehrern steht nun nichts mehr im Wege, das schreibt sich Giffey auf die Habenseite. Wohnungsbau und Verkehrswende, marode Schulen und zu wenig Fachkräfte. Um das alles und noch viel mehr will sich Rot-Grün-Rot, in welcher Buchstabenkombination auch immer, bis zum verbleibenden Rest der Legislaturperiode 2026 kümmern. Und **Kai Wegner**, so er Regierender Bürgermeister wird, will vieles besser machen. Mit Giffey ist sich Wegner einig, dass es keinen Kampf gegen die Autofahrer geben soll. Der Platz in der Stadt muss gerecht aufgeteilt werden, aber nicht allein zu Lasten der Autofahrer. Der Frage nach einer Kennzeichnungspflicht von Fahrrädern wich Jarasch aus. Schade eigentlich, geht es doch nicht allein um ein Nummernschild am Rad, sondern auch um die Steuer- und Versicherungspflicht.

Wer immer noch nicht weiß, wen er wählen soll, dem empfehlen wir den „**wahl-o-mat**“. Aber Vorsicht, das Ergebnis kann zu Überraschungen führen:

https://www.wahl-o-mat.de/berlin2023/app/main_app.html

Fazit: **Franziska Giffey** ist eindeutige Punktsiegerin des Triells, emotional, emphatisch, klar in ihren Aussagen und auch manchmal ein bisschen frech. Sie fiel ihren zu braven Konkurrenten schon mal ins Wort, was diese sich nicht trauten. Insgesamt gesehen war es eine muntere Diskussion, der zu lauschen, Spaß gemacht hat. Der Kampf um jede Stimme ist noch nicht zu Ende, heute mitgerechnet sind es noch drei Tage bis zur Wahl. Bleibt zu hoffen, dass die Bürger von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Wählen zu dürfen, ist auf diesem Globus ein Privileg und keine Last.

Ed Koch
(auch Foto)

53) Wahlen in Berlin. Aktuelle Umfrage vom 08.02.2023

Auch wenn es wirklich nichts Neues gestern Abend im rbb bei der Diskussion mit den Spitzenkandidaten gab, so doch zumindest eine klare Aussage von Kai Wegner, nämlich nicht mit den Grünen koalieren zu wollen.

Wer immer noch nicht genug vom Wahlkampf hat, kann heute Abend beim Tagesspiegel hoffen, dass seine Fragen beantwortet werden. Dort treten nur noch die drei Bestplatzierten an. Vielleicht eine gute Gelegenheit, mal intensiver ins Gespräch zu kommen. Vielleicht gibt es danach eine Afghanistan-Koalition, um den Bundeskommissar zu verhindern.

Auszug aus dem Tagesspiegel-Newsletter von heute:

Ach so, **Sie wissen noch gar nicht, wen Sie wählen sollen?** Dann stellen Sie den **drei aussichtsreichsten Kandidierenden fürs Rote Rathaus** noch schnell eine alles entscheidende Frage. Die Tagesspiegel-Chefredakteure Lorenz Maroldt und Christian Tretbar sowie Vize-Chefredakteurin Anke Myrrhe und Landespolitik-Chef Julius Betschka geben Sie dann **heute Abend beim Wahlkampf-Triell** auf dem Euref-Campus in Schöneberg an Kai Wegner (CDU), Bettina Jarasch (Grüne) und Franziska Giffey (SPD) – Reihenfolge nach aktuellen Umfragewerten – weiter. Schicken Sie Ihre Frage einfach an checkpoint@tagesspiegel.de. Die Antworten sehen Sie heute **ab 20.30 Uhr im Livestream (zu finden hier)** und lesen Sie morgen hier.

Die aktuelle Umfrage beim Lieblings-Institut des Tagesspiegels von heute morgen:

SPD 21,6 %

Grüne 18 %

CDU 23,9 %

Linke 11,4 %

AfD 8,8 %

FDP 6,3 %

Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin

Textarchiv: www.paperpress.org

Newsletter-Archiv: www.paperpress-newsletter.de

Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)

paperpress ist ein Projekt des Paper Verein für

gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.

Vorstand: Ed Koch – Mathias Kraft

Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin

54) Die Grenzen der Demokratie. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 610-08

7. Februar 2023

48. Jahrgang

Die Grenzen der Demokratie

Bereits in unserem Newsletter 609-24 vom 29. Januar 2023 haben wir auf ein Problem hingewiesen, das, je näher der Wahlsonntag rückt, an Fahrt aufnimmt. Durch die Wiederholungswahl werden Abgeordnetenhaus und Bezirksverordnetenversammlung neu zusammengestellt. Es könnte dadurch einen neuen Senat geben, aber auch alles so bleiben, wie es ist, wenn die SPD vor Grünen und Linken durchs Ziel läuft. Im Amt bleiben werden aber die Bezirksamtsmitglieder, denn diese „Beamte auf Zeit“ haben einen Vertrag bis 2026.

Nur durch Abwahl oder freiwilligen Rücktritt bekäme man sie aus ihren Ämtern. Zur Abwahl ist eine Zweidrittelmehr erforderlich, die nur selten zusammenkommen dürfte. Wer träte aber freiwillig zurück? Vor allem jene Stadträte, die noch keine acht Jahre im Amt waren und somit keinen Pensionsanspruch haben. Kann man so viel Edelmüt verlangen? Das Problem bleibt, dass die Legislaturperiode durch die Nachwahl nicht neu startet, sondern erst 2026 regulär endet.

Das Abgeordnetenhaus hätte nach der partiellen Pannwahl die Möglichkeit gehabt, nach Artikel 54 (2) der Verfassung von Berlin mit einer Zweidrittelmehrheit die Wahlperiode vorzeitig zu beenden. Das hätte dann auch für die Bezirksverordnetenversammlungen gegolten. Auch durch einen Volksentscheid hätte die Wahlperiode vorzeitig beendet werden können, ein Verfahren allerdings, das viel Zeit gekostet hätte. Hätte, hätte, Fahrradkette. Nun ist es wie es ist, die Stadträte in den Bezirken bleiben im Amt.

„Die Wiederholungswahl soll das Vertrauen in die Demokratie wiederherstellen, wird Landeswahlleiter **Stephan Bröchler** nicht müde zu betonen.“, schreibt heute der **Tagesspiegel**. „Doch die Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen könnten genau das Gegenteil bewirken.“ Das Problem sei lange bekannt, stellt der Tagesspiegel fest. „So richtig kümmern wollte sich darum keiner.“ „Nun stellt die Senatsinnenverwaltung sechs Tage vor der Wahl klar: Beamtenrecht schlägt Demokratieprinzip.“ In einem Brief, der am Montag an alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Bezirke verschickt wurde, heißt es: „Auch im Fall einer Änderung der Mehrheitsverhältnisse in der BVV bleiben gewählte Be-

zirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister sowie die weiteren Bezirksamtsmitglieder im Amt, da diese [...] von der BVV für die Dauer der Wahlperiode gewählt werden und die Wahlperiode ununterbrochen fortgesetzt wird.“

Der Tagesspiegel kommentiert das dramatisch mit dem leicht angewandelten offiziellen Slogan der **Washington Post**: „Democracy dies in the Wiederholungswahl.“

The Washington Post Democracy Dies in Darkness

Im Original heißt es übersetzt „Demokratie stirbt in der Dunkelheit.“ Ob die Demokratie gefährdet ist, sei dahingestellt, aber schön ist es nicht, wenn sich die Mehrheitsverhältnisse in einer BVV nicht in der Zusammensetzung der Bezirksamter widerspiegeln. Ob sich so wahnsinnig viel nach der Wahl ändern wird und wie viele Bezirke betroffen sein werden, ist ohnehin eine andere Frage.

In Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf, Spandau und Treptow-Köpenick stünden der AfD je ein Stadtratsposten zu. In den Ostbezirken nach der Wahl vielleicht sogar zwei. Das wird der AfD wenig nützen, denn bis auf Treptow-Köpenick ist in keinem anderen Bezirk einer ihrer Kandidaten bisher gewählt worden und wird vermutlich auch künftig nicht gewählt werden. In den anderen drei Bezirken wird das für die AfD formal vorgesehene Ressort von einem anderen Kollegiums-Mitglied verwaltet. In den drei Bezirken gibt es nach wie vor fünf statt sechs Bezirksamtsmitglieder. Und nach der Wahl vielleicht vier statt sechs?

Der Wählerwille muss gelten!

Die CDU rechnet sich bei der Wiederholungswahl einiges aus, auch in den Bezirken. Deshalb pocht sie auf den Wählerwillen jenseits der Gesetzeslage.

Zu den Aussagen der SPD-geführten Innenverwaltung, wonach angeblich das Beamtenrecht das Demokratieprinzip schlagen soll, erklärt der Generalsekretär der CDU Berlin, **Stefan Evers**:

„Die SPD lässt nichts unversucht, den Wählerwillen zu unterlaufen. Erst der gescheiterte Versuch, die Wahl noch vor dem Bundesverfassungsgericht zu verhindern. Jetzt soll sich nach der Wahl bitte nichts in den Bezirksamtern ändern, das Votum der Wähler ohne Folgen bleiben. Als hätte das Ansehen der



Demokratie durch das Organisationsversagen des Senats nicht bereits genug gelitten.

Die Pattex-Politik der SPD-Innenverwaltung ist einer Partei mit so langer demokratischer Tradition wie der SPD unwürdig. Ich fordere die SPD und alle demokratischen Parteien im Parlament auf, in einem breiten Schulterchluss das Demokratieprinzip bei dieser Wahl durchzusetzen.

Die CDU hat einen staatsrechtlich begutachteten Gesetzentwurf ins Parlament eingebracht, mit dem die Regelungslücke für die Neuwahl von Bezirksämtern nach einer Wahlwiederholung geschlossen wird. Wir sind jederzeit zu Gesprächen bereit, wenn es noch bessere Vorschläge gibt. Entscheidend ist: Der Wählerwille muss gelten!"

Ob dieses Thema heute Abend im **rbb** behandelt wird, ist fraglich. Vermutlich wird es wieder um 500 Meter Friedrichstraße gehen. Dennoch weisen wir noch einmal auf die TV-Debatte hin:

Endspurt



In fünf Tagen wird gewählt. Viele haben schon ihre Stimme abgegeben. Wer sich noch nicht festgelegt hat, sollte

am Dienstag, dem 7. Februar, um 20:15 Uhr den **rbb** einschalten. 90 Minuten lang werden den Kandidaten die Fragen gestellt, die sie in den letzten Wochen schon so oft beantwortet haben. Nicht jeder hatte jedoch die Möglichkeit, an den Diskussionsrunden von Verbänden, Organisationen und Zeitungen teilzunehmen. Der Fernsehdebatte kommt deshalb eine besondere Bedeutung zu. *F: rbb*

„Unter dem Titel ‚rbb24 - Ihre Wahl: Der Kandidatencheck‘ diskutiert das Moderations-Duo **Franziska Hoppen** und **Sascha Hingst** mit **Kristin Brinker** (AfD), **Sebastian Czaja** (FDP), **Franziska Giffey** (SPD), **Bettina Jarasch** (Bündnis 90/Die Grünen), **Klaus Lederer** (Die Linke) sowie **Kai Wegner** (CDU) Lösungen für die drängendsten Probleme der Stadt. Das Publikum kann sich über Whatsapp beteiligen, Meinungen kundtun und Fragen stellen. Schnell-Fragerunden werden verhindern, dass aus der 90-minütigen Livesendung, die auch im Livestream des rbb zu empfangen ist, ein langatmiger Polit-Talk wird.“, verspricht der **rbb**.

Und gleich im Anschluss, nach rbb24-aktuell, treffen sich bei **Jörg Thadeusz** „Die Beobachter“, die uns

erklären werden, was wir gehört haben. Mit dabei sind **Claudia Kade** (Die Welt), **Sabine Adler** (Deutschlandfunk), **Dr. Hajo Schumacher** (Berliner Morgenpost), **Claudius Seidl** (Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung) und **Boris Hermel** (rbb-Redakteur Landespolitik).

Wenn Sie mich fragen!

Zum Thema Bezirksämter habe ich eine klare Meinung: Alle Bezirksämter sollten nach der konstituierenden Sitzung des Abgeordnetenhauses geschlossen zurücktreten. Bis zur Neuwahl der Bezirksämter bleiben ohnehin die bisherigen im Amt. Und wenn dadurch jemand Versorgungsansprüche verloren gehen, so sage ich „So what!“ Politische Mandate werden auf Zeit vergeben und dienen nicht der Absicherung des Ruhestands. Es ist keinem Wähler zu vermitteln, dass sich durch seine Stimmabgabe personell nichts in einem Bezirksamtsgremium verändern kann.

Ed Koch

55) Alles klar, Herr (Bundes-)Kommissar?

Alles klar, Herr Kommissar?

Menschen, die Berlin lieben und nirgendwo anders wohnen wollen, möchten die Stadt entmündigen und ihr einen Bundeskommissar vorsezen.

Anbei drei Beiträge von Journalisten, die für den SPIEGEL tätig sind. Einer aus Bonn, ein anderer aus Frankfurt am Main und ein dritter, der in Düsseldorf studiert hat, machen Berlin mal wieder rund. Das ist das Geschäft des Spiegels seit vielen Jahren.

Mich haben die Zeilen aktuell weder beeindruckt noch bedrückt gemacht, weil mir alle angesprochenen Probleme bekannt sind, seit langem.

Schlimm ist, dass die drei Herren weitestgehend Recht haben.

Berlin jedoch zu entmündigen, ist Schwachsinn. Was sollte ein Bundeskommissar besser machen können, wenn er auf dieselbe Verwaltung, Senat und Bezirke, angewiesen ist. Es gibt m.E. zwei Probleme, die auch benannt wurden: Zwölf Bezirke und ein Senat, die mehr gegen als miteinander arbeiten. Und, natürlich der Wähler. Er könnte ja seine Stimmen auf eine, maximal zwei Parteien aufteilen. Bei Dreierbündnissen ist keine klare Linie erkennbar.

Die Liste mit dem, was in Berlin nicht funktioniert, ist lang. Sehr viel länger ist jedoch die Liste, auf der all die Dinge stehen, die jeden Tag in der Stadt funktionieren.

Bedrückt hat mich dann doch ein Satz, "Die Piste aus den Berliner Schulen straight zum Sozialtransfer scheint stets frisch asphaltiert." Ich habe vor längerer Zeit Jugendliche einer Abschlussklasse in Neukölln besucht. Auf meine Frage an einen Schüler, was er denn mal werden wolle, lautete die Antwort: "Hartz IV".

paperpress seit 1976

Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin

Textarchiv: www.paperpress.org

Newsletter-Archiv: www.paperpress-newsletter.de

Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)

paperpress ist ein Projekt des Paper Verein für

gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.

Vorstand: Ed Koch – Mathias Kraft

Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin

56) Berliner Verhältnisse: Entmündigt diese Stadt!

Eine Kolumne von Nikolaus Blome.

Wer Berlin liebt, muss hoffen, dass die Wahlwiederholung ausfällt, Rot-Grün-Rot aufhört und ein Bundeskommissar übernimmt

Berliner Verhältnisse: Entmündigt diese Stadt!

Eine Kolumne von Nikolaus Blome

Wer Berlin liebt, muss hoffen, dass die Wahlwiederholung ausfällt, Rot-Grün-Rot aufhört und ein Bundeskommissar übernimmt.

30.01.2023, 13.58 Uhr

Nehmen wir für einen Moment an, die versemelte Landtagswahl in Berlin war ein Fingerzeig, von ganz oben oder aus der Hölle, egal. Dieser Fingerzeig würde sagen: Lasst das sein mit der Wiederholungswahl in 14 Tagen! Es wird nichts Gutes draus.

Nikolaus Blome

Jahrgang 1963, war bis Oktober 2019 stellvertretender Chefredakteur und Politikchef der »Bild«-Zeitung. Von 2013 bis 2015 leitete er als Mitglied der Chefredaktion das SPIEGEL-Hauptstadtbüro, zuvor war er schon einmal stellvertretender »Bild«-Chefredakteur. Seit August 2020 leitet er das Politikressort bei RTL und n-tv.

Ich liebe Berlin, ich möchte nirgendwo anders leben und arbeiten. Aber gerade deswegen: Entmündigt diese Stadt!

Soll McKinsey, die Heilsarmee oder ein Bundeskommissar übernehmen, aber nicht noch einmal diese **Trümmercombo** aus SPD, Grüne und Linkspartei. **Und bitte auch nicht CDU oder FDP, die immer noch so westberlinerisch reden, ticken, dealen, als wäre die Mauer nie gefallen.** Es gibt so viele Momente, in denen Berlin von seinen Regierenden klein und dumm gemacht wird. Und es hört nicht auf.

Da feiert eine grüne Bezirksbürgermeisterin mehrere neu errichtete, holzvertäfelte, bis zum/zur Seifenspender:in durchgegenderte »Missoirs und Pissoirs«, fünf Jahre Bauzeit. Die komplette Leidensgeschichte Berlins, die ich meine, ist damit erzählt: Die Hauptstadt der viertgrößten Volkswirtschaft des Planeten braucht fünf Jahre, ein Scheißhaus hinzustellen, und eine Verantwortliche twittert wie Messi mit dem WM-Pokal: »Bääm. Da ist das Ding.«

Erfolg geht nicht nur bierernst: Lernen Sie spielerische Methoden, die die Teamkultur nachhaltig stärken – im Webinar mit Top-Coach Christine Moscho.

Oder die SPD-Jugendorganisation beschließt, ARD und ZDF mögen »antirassistische und feministische Pornografie ankaufen und verfügbar machen«, weil es im Internet so viel schlechte Pornos gebe.

Oder die Berliner Polizei muss ihre Zahlen, wer mit welchem Pass in der Silvesternacht randaliert hat, zwei- bis dreimal korrigieren.

Gottlob, sagen die Grünen am Ende, es waren nicht 145 Irre, die Ordnungskräfte und Rettungsdienste frontal attackierten, es waren weit weniger als die Hälfte (oder so). Die anderen sind nur wegen zum Beispiel Brandstiftung, Landfriedensbruch oder Raub angezeigt worden – und dann isses ja nicht so schlimm.

Die CDU wiederum beantragt, die Vornamen der Deutschen unter den Tatverdächtigen zu veröffentlichen. Und wer jetzt meint, dümmmer wird's nicht mehr, dem sei gesagt: doch. Denn dit is Berlin, die Hölle.

Mehr zum Thema

Wahlwiederholung in Berlin: Regierende a.D.? Von Hannes Schrader
Regierende a.D.?

Einig sind SPD und Grüne (und Linke) darin, dass die Berliner sich das Leben und Wohnen in ihrer Stadt leisten können müssen.

Man hat es darum mit Mietpreisbremse, Mietendeckel, Rückkauf oder gleich Enteignung versucht, kein Erfolg, was Wunder.

Eine drastisch vermehrte Bautätigkeit hingegen gehört nicht zu den Mitteln der Wahl: Als vor einigen Jahren am Rand eines stillgelegten Innenstadtflyhghafens etliche Tausend (Sozial-)Wohnungen entstehen sollten, brachten Grüne und Linke das Projekt

zu Fall und blockieren bis heute jeden neuen Anlauf. Seither steigen Drachen auf der riesigen Freifläche und in der Stadt die Mieten. Immerhin: Die Quote der Hartz-IV-Bezieher lag zuletzt über 15 Prozent, für diese Haushalte bleicht der Steuerzahler die Miete, weshalb es den Beteiligten schnurz sein kann, wohin sie steigt.

Diese Haltung ist auf gewisse Weise sogar nachhaltig zu nennen, denn für Hartz-IV-Nachschub wird in Berlin gesorgt: Nirgendwo (außer punktuell im rot-grün-rot regierten Bremen) können so wenige Viertklässler ausreichend Deutsch lesen, Deutsch schreiben, Deutsch verstehen. Und rechnen können sie auch nicht, nicht einmal die Hälfte erreicht den »Regelstandard«, letzter Platz unter den Bundesländern. So viele Schlaglöcher die Berliner Straßen auch haben mögen, und manche Baustelle auf dem Schulweg hat uns von der 5. Klasse bis zum Abitur begleitet: Die Piste aus den Berliner Schulen straight zum Sozialtransfer scheint stets frisch asphaltiert.

Berliner Chaos bei der Bundestagswahl: »Als hätte ich meine Staatsbürgerschaft abgegeben« Von Tim Neumann
»Als hätte ich meine Staatsbürgerschaft abgegeben«

Und jetzt ist auch noch Wahlkampf. Während der S- und U-Bahnverkehr auf zentralen Nord-Süd- und Ost-West-Achsen eingestellt ist, sperrt die grüne Spitzenkandidatin und Mobilitätssenatorin 14 Tage vor der Wahl eine Hauptverkehrsverbindung im Ostteil der Stadt für den Autoverkehr, eine große Einkaufsstraße. Die Straße hatte sie schon einmal gesperrt, mit Fahrradwegen bepinselt und mit »Stadtmöbeln« vollgerummelt, auf die die Tauben kacken. Dann machte ein Gericht dem Spuk ein Ende. Die Autos waren zurück, und man kam wieder auch ohne zu gucken heil über die Straße, denn Autofahrer bremsen notfalls, Radfahrer in Berlin tun das nicht. Nun macht die Straße wieder zu, denn die Senatorin, deren Partei zuletzt weniger als ein Fünftel der Stimmen bekam, findet Autoverkehr und Autofahrer halt blöd.

Die Regierende Bürgermeisterin und Rivalin der Mobilitätssenatorin sucht ihrerseits nach einem »signature Projekt« und schiebt kurz vor der Wahl eine große Verwaltungsreform weiter ins Rohr. Nicht, dass Berlin keine Verwaltungsreform bräuchte, sie braucht sie dringend: Berlin besteht aus zwölf Bezirken, die viel zu viel entscheiden und blockieren können. Die meisten sind so groß wie eine deutsche Großstadt, behördlich indes so gut organisiert wie eine kasachische Kleinstadt. Viele Bürgerämter haben derzeit geschlossen. Sie bereiten die Wahl vor, mehr geht nicht. So schließt sich der Kreis.

Eigentlich kommt diese Wiederholung der Regierenden Bürgermeisterin von der SPD zupass, denn sie wollte nach der letzten Wahl (2021) gar nicht mit Grünen und Linkspartei koalieren. Sie tat es dann doch, die Amtszimmer im Rathaus haben sehr schön hohe Decken. Nun steht zu befürchten, dass SPD, Linkspartei und Grüne (oder andersrum) erneut zusammenmüssen, denn mit CDU und FDP will keiner von ihnen regieren.

Parteien und Regierungen der Hauptstadt sehen sich tatsächlich als »big city club«, doch »Rote Laterne Berlin« trifft es besser. Sie haben sich nicht verrannt, denn das suggeriert Dynamik. Nein, die Parteien sind wie versteinert, Wind und Wetter des politischen Alltags schmirkeln sie klein und kleiner. Und es geht alles so weiter:

Liberal-konservative Kolumnisten wissen um die Vergeblichkeit ihres Tuns, trotzdem dieser Appell: Macht ein Ende! Wenn die Stadt schon nicht regiert wird, dann soll sie verwaltet werden.

Holt einen Bundeskommissar.

Macht aus Berlin ein Washington, D.C. Bitte.

57) Lesermeinung zum Newsletter vom 5. Februar „Einfach mal Danke sagen!“



paperpress

seit 1976



Nr. 610-06

6. Februar 2023

48. Jahrgang

Lesermeinung zum Newsletter vom 5. Februar „Einfach mal Danke sagen!“

*Der Autor ist der Redaktion bekannt.
Er war 20 Jahre lang Bezirksverordneter.*

„Meine Meinung über Politiker habe ich mir als Bürger, und selbst in kleiner Funktion eines politischen Amtes bilden können. Ich behaupte somit, dass der größte Teil der Politiker aus sehr egoistischen Motiven tätig ist, dabei spielt das Gefühl der Macht eine wesentliche Rolle. Die Bezahlung ist ja auch nicht so schlecht und Ihr Vergleich der Einkommen zwischen Feuerwehrmann und Mitglied des Abgeordnetenhauses hinkt sehr! Die Abgeordneten im Berliner Parlament sind nur halbtags tätig und werden so auch bezahlt! Über die Einkommen im Bundes- oder Europaparlament will ich nicht schreiben - bei allen diesen Ämtern oder Tätigkeiten winkt eine nicht unbeträchtliche Altersversorgung und das nach einer sehr kurzen Amtszeit. Wenn es Politiker gibt, die sich dem Staat oder der Gesellschaft verpflichtet fühlen, will ich das gerne glauben - eine Mehrheit bilden diese mit Sicherheit nicht!

Ich denke dazu auch an meine Fraktion in der BVV zurück. Von wegen bergeweise Vorlagen lesen - die Wahrheit war damals, dass die meisten meiner Fraktionsmitglieder die Tagesordnung für die nächste BVV erst in der Fraktionssitzung gelesen und dazu den Brief geöffnet haben. Auf meine Kritik über dieses Verhalten wurde geantwortet, dass sie die Themen über den PC studiert hätten!!!! Wer's glaubt wird selig!

Wie viele Feuerwehrmänner müssen ihren Job aufgeben, weil sie die vielen schrecklichen Bilder aus der täglichen Arbeit nicht mehr verkraften können? Wenn das ein Politiker tut, steht es in der Presse! Ich glaube aber auch, dass Herr Lauterbach und natürlich Frau Merkel zu den wenigen gehören, die die Arbeit aus den geschilderten, ehrenwerten Motiven leisten. Die Spitze der negativen Beispiele wird von unserem EX-Kanzler angeführt und alle Parteien zielen sich mit derartigen Menschen.

Auch etwas kritischer denke ich über die von Ihnen genannten Politiker ohne jegliche Ausbildung. Was motiviert diese sich als Vertreter des Volkes zu bewerben? Kluges Reden können viele, aber die Probleme der Wähler zu erkennen, diese ins Parlament weiterzutragen und für eine Verbesserung der Situation ggf. auch im mit der Opposition zu kämpfen, das erkenne ich bei sehr wenigen. Auch Sie, lieber Herr Koch werden sich an Beispiele erinnern wo die

Mehrheit im Parlament (BVV, Abgeordnetenhaus oder auch höher) einen sinnvollen Antrag ablehnt, weil er von der Opposition kommt, diesen dann aber nach einiger Zeit selbst einbringt.

Nun zu den ‚Meckerern‘, die sich immer dann melden, wenn etwas gegen sie entschieden wird. Aber das ist so nicht nur in der Politik! Die Befürworter sind so gut wie immer in der Überzahl, aber haben Sie von denen schon einmal etwas gehört? Sie sind einfach zufrieden und müssen das nicht kundtun.“

Ein anderer Leser schrieb uns:

Lieber Herr Koch,
nur ein Satz als Antwort auf die heutige paperpress-Ausgabe: „Das musste mal gesagt werden!“

58) Einfach mal Danke sagen. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 610-05

5. Februar 2023

48. Jahrgang

Einfach mal Danke sagen



Am Ende des zweieinhalbstündigen Leserforums der **Berliner Morgenpost** am 2. Februar sagte der Moderator **Hajo Schumacher** etwas, was sehr selten erwähnt wird. Er dankte den Politikern dafür, dass sie diesen Job machen. Demokratien funktionieren nur, wenn es Menschen gibt, die Verantwortung für die Gemeinschaft übernehmen

und sich in Parlamente und Regierungen wählen lassen.

„Bei Bundestagswahlen lag die Wahlbeteiligung bis 1983 meist über 85 Prozent, seit 1987 meist unter 80 Prozent. Bei Landtagswahlen liegt sie in der Regel bei mehr als 50 Prozent, bei Kommunalwahlen über 45 Prozent. Bei der Europawahl 2014 betrug sie 48,1 Prozent. Die bisher höchste Wahlbeteiligung bei freien Wahlen gab es bei der Volkskammerwahl 1990 in der DDR mit 93,4 Prozent und bei der Bundestagswahl 1972 mit 91,1 Prozent, die niedrigste bei der Bundestagswahl 2009 mit 70,8 Prozent.“ *Quelle: Wikipedia*

An der letzten Wahl 2021 nahmen 76,6 Prozent im Bund und 75,4 Prozent in Berlin teil. Die höchste Wahlbeteiligung in Berlin (Westteil) war 1958 mit 92,9 Prozent, die niedrigste in Gesamt-Berlin 2006 mit 58 Prozent. *Quelle: Statista*

Dem Rest ist es egal, ob jemand im Bundestag, dem Abgeordnetenhaus oder den Bezirksverordnetenversammlungen sitzt. Sie nehmen alle Vorzüge, die eine Demokratie zu bieten hat, gern in Anspruch, haben aber keine Lust, sich zu beteiligen. Wähler und Nichtwähler wissen aber immer, wie bessere Politik geht und was die gewählten Politiker alles falsch machen. Der Blickwinkel ist bei der Beurteilung von Politikern stark eingeschränkt, weil jeder nur seine Bedürfnisse im Blick hat und nicht auf das Große und Ganze zu schauen bereit ist.

Es sind Einzelfälle, wenn sich der, wodurch auch immer motivierte Mob, vor einem Wohnhaus eines Politikers mit Fackeln versammelt oder sein Auto abbrennt. Es sind auch Einzelfälle, dass Politiker er-

mordet werden. Jeder Einzelfall ist aber einer zu viel. Dass Politiker beschimpft, beleidigt und auch angegriffen werden, geschieht aber ständig. Bei dem eingangs erwähnten Leserforum der Berliner Morgenpost rief ein Zuhörer **Klaus Lederer** das Wort „Spinner“ zu, worauf er zu Recht dem Zwischenrufer einen emotionalen Vortrag über den demokratischen Umgang miteinander hielt.

Es ist leicht, andere zu beleidigen, wenn man selbst keine Verantwortung trägt und nichts entscheiden muss. Demokratie zu ertragen, fällt vielen Menschen schwer, denn es gilt das, was die Mehrheit beschlossen hat. Und wenn man zur Minderheit gehört, ist das nicht schön, muss es aber als guter Demokrat ertragen. Es gibt leider inzwischen zu viele, die keine guten Demokraten sind und glauben, eine Minderheit könne der Mehrheit durch Gewalt ihre Meinung aufzwingen.

Unverzichtbar, dafür aber unbeliebt

„Sie haben ein Amt auf Zeit, beäugt von Medien und Volkszorn. Die Gefahr des Scheiterns begleitet Politikerinnen und Politiker ständig. Und das erst recht, wenn sich wie jetzt die gesellschaftliche und politische Wirklichkeit dramatisch verändert.“ Der Soziologe **Max Weber** (1864-1920) schrieb in seinem 1919 erschienenen Buch „Politik als Beruf“: „Die Politik bedeutet ein starkes, langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich.“

Man muss lange suchen, ehe man eine Statistik über beliebte und vertrauenswürdige Berufe findet. Feuerwehrleute, Polizisten, Müllfahrer, Erzieher und Altenpfleger werden immer ganz weit vorn genannt. Dass es immer wieder Idioten gibt, die Feuerwehrleute angreifen, ändert daran nichts. In **Eckhart von Hirschhausens** Buch „Mensch, Erde!“, werden wir pfündig. 96 Prozent vertrauen den Frauen und Männern bei der Feuerwehr. Im Vertrauensranking erreichen Händler und Verkäufer gerade noch 51 Prozent. Danach rutschen die Berufe in den Minusbereich. Noch nach den Versicherungsvertretern (23 Prozent) landen die Politiker auf dem letzten Platz mit 14 Prozent. Wir wählen also Menschen, denen wir eigentlich nicht vertrauen.

Aber was werfen wir ihnen eigentlich vor? Dass sie keine Berufserfahrung oder ein abgeschlossenes Studium haben? Richtig. Eine abgeschlossene Berufsausbildung sollte zur Bedingung gemacht wer-

1



den, um überhaupt für ein öffentliches Amt kandidieren zu dürfen. Der größte Teil der Mandatsträger verfügt allerdings über diese Qualifikation. Auf der kommunalen Ebene kann das Geld, das Politiker bekommen, nicht ausschlaggebend sein. Es „lohnt“ sich erst, wenn man in einem Landesparlament oder dem Bundestag sitzt.

In Berlin bekommt ein Parlamentsmitglied 6.657 Euro, ein Feuerwehrmann durchschnittlich 4.133 Euro brutto monatlich. Es ist richtig, dass man als Berufspolitiker gut verdienen kann. Wie attraktiv ist aber dieser Job, aus dem man nach vier oder fünf Jahren wieder rausfliegen kann? In den Parteien spricht man von der so genannten „Ochsentour“, die man von ganz unten bis oben absolvieren muss. Ganz ohne Talent geht es selten. Man muss halbwegs gut reden und sich vor allem durchsetzen können. An dieser Stelle beginnen die Abgründe, weil es immer mehr Kandidaten als Mandate gibt. Der innerparteiliche Wahlkampf ist oft schlimmer als der um die Wählergunst. In den Parteien gibt es selten Freundschaften, nur gemeinsame Interessen.

Ein Feuerwehrmann hat irgendwann auch mal Dienstschluss und nach Dauereinsätzen ein paar Tage frei. Ein Politiker ist 24/7 im Dienst. In den letzten 50 Jahren habe ich eine Vielzahl von Politikern unterschiedlicher Parteien kennengelernt. Auf die Frage, warum sie Politik machen, kommen Antworten wie, „Ich will etwas bewegen“, „Ich will der Gesellschaft etwas zurückgeben.“ Das kann man glauben oder auch nicht. Viele handeln aber danach.

Bergeweise Vorlagen lesen, an stundenlangen Sitzungen teilnehmen zu müssen, ist kein reines Vergnügen. Das Familienleben eines Berufspolitikers kommt zu kurz. Die berühmte Work-Life-Balance findet für Politiker nicht statt. Nicht selten geben Politiker ihre Tätigkeit auf, weil sie nicht mehr können. Auch Zusammenbrüche auf offener Szene geschehen immer wieder. **Karl Lauterbach** musste im Plenum des Bundestages schon mehrfach Erste Hilfe leisten. „Grundsätzlich ist der Bundestagsabgeordnetenberuf schon mit vielen Risikofaktoren verbunden“, sagt Karl Lauterbach. „Das ist kein Job, den man fürs Geld macht oder um eine gute Zeit oder eine gute Work-Life-Balance zu haben. Da steckt man mehr rein und wenn man das nicht so gut kontrollieren kann, was da rauskommt, ist das immer Hochrisiko.“

Quelle: Deutschlandfunk Kultur

Wahlkämpfe sind kein Privatvergnügen. Wir Wähler haben Anspruch darauf, von den Politikern zu erfahren, was sie getan haben und was sie beabsichtigen,

in der kommenden Legislaturperiode zu machen. Am 12. Februar müssen wir in Berlin noch einmal wählen und auf allen Ebenen sind die Politiker unterwegs, um ihre Wähler zu treffen. Wir haben gestern **Franziska Giffey** auf einem Rundgang durch das Einkaufszentrum „**Tempelhofer Hafen**“ begleitet.



Strahlender Sonnenschein, aber saukalt. Gruppenfoto mit den Wahlhelfern und den Tempelhofer Kandidaten fürs Abgeordnetenhaus **Jens Fischwasser** (l.) und **Lars Rauchfuß** (r.) Rauchfuß kämpft um den Wiedereinzug ins Parlament, Fischwasser hofft es im zweiten Anlauf zu schaffen.

Es liegt sicherlich nicht allein an ihrem roten Mantel, dass **Franziska Giffey** sofort von zufällig vorbeikommenden Menschen erkannt und angesprochen wird. Und jeder hat irgendein Anliegen oder einen Vorschlag.



Geduldiges Zuhören ist gefragt. Giffey kann zuhören und Mut machen, selbst dem Hertha-Fan, der sich über die Anhänger der gegnerischen Mannschaften, die sich nicht benehmen können, aufregt. Seine Aufregung wird am Nachmittag noch größer geworden sein als Hertha in Frankfurt 3:0 verlor.

Einige wollen gar nicht lange diskutieren, sondern bitten um ein Foto mit der Regierenden. Das Einkaufszentrum ist an diesem Samstag sehr gut besucht, die meisten erkennen Giffey und viele sprechen sie direkt an, freundlich und zustimmend. Nur ein Mann geht grummelnd vorbei. Nun ja, man kann nicht alle auf seiner Seite haben.



Besonders interessiert zeigte sich Giffey am Tempelhofer Hafen. Center Manager **Julius Birnbaum** begrüßte Giffey am Eingang. Der junge Mann ist Center-Chef „007“, wie er sagt, womit er meint, der siebte seit der Eröffnung im April 2009 zu sein. Der Tempelhofer Hafen ist das zentrale Einkaufszentrum Tempelhoofs. Birnbaum hofft, dass das 550 Meter entfernte Karstadt-Haus wegen der vielen Synergieeffekte erhalten bleibt.



Die Shopping-Mall ist bei weitem nicht die größte in Berlin, sie hat aber im Gegensatz zu allen anderen ein beeindruckendes Alleinstellungsmerkmal, nämlich einen Hafen. Die Gastronomie drumherum mit dem **Café Lebensart** und dem Restaurantschiff „**Alte Liebe Tempelhof**“ lädt zum Verweilen ein. Am schönsten sind die Sonnenuntergänge hinter dem Tempelhofer Damm.

Die Shopping Mall wurde seitlich des alten Hafengebäudes, in dem sich heute Büros, Praxen und in den Untergeschossen Geschäfte befinden, gebaut. Da gab es immer wieder Berührungspunkte mit dem Denkmalschutz. Schön wäre es gewesen, wenn die Geschäfte sowohl von der Innenseite des neuen

Gebäudes als auch zum Hafen hin Eingänge bekommen hätten. Das war leider nicht möglich. Immerhin ist das Café Lebensart von beiden Seiten erreichbar und hat eine Terrasse mit Blick auf den Hafen.



Foto: Andreas Schwager

Entworfen wurde das Hafen-Center von den Architekten **Reinhard Müller** und **Johannes Tücks**, die ab 2008 den EUREF-Campus entwickelt haben. Das Bild zeigt sie mit dem Regierenden Bürgermeister **Klaus Wowereit** und dem Projektentwickler **Christian Diesen** bei der Eröffnung Ende April 2009.

Nach einer Stunde Hafenrundgang ging es für **Franziska Giffey** weiter nach Steglitz-Zehlendorf zum nächsten Wahlkampfeinsatz. Auch wenn wir immer wieder gern über die Politiker meckern und alles besser wissen, sollten wir froh sein, dass es Menschen gibt, die sich das antun.

Endspurt



Heute in einer Woche wird gewählt. Viele haben schon ihre Stimme abgegeben. Wer sich noch nicht festgelegt hat, sollte am Dienstag, dem 7. Februar, um

20:15 Uhr den **rbb** einschalten. 90 Minuten lang werden den Kandidaten die Fragen gestellt, die sie in den letzten Wochen schon so oft beantwortet haben. Nicht jeder hatte jedoch die Möglichkeit, an den Diskussionsrunden von Verbänden, Organisationen und Zeitungen teilzunehmen. Der Fernsehdebatte kommt deshalb eine besondere Bedeutung zu. *F: rbb*

„Unter dem Titel **„rbb24 - Ihre Wahl: Der Kandidatencheck“** diskutiert das Moderations-Duo **Franziska Hoppen** und **Sascha Hingst** mit **Kristin Brinker (AfD)**, **Sebastian Czaja (FDP)**, **Franziska Giffey**



(SPD), **Bettina Jarasch** (Bündnis 90/Die Grünen), **Klaus Lederer** (Die Linke) sowie **Kai Wegner** (CDU) Lösungen für die drängendsten Probleme der Stadt. Das Publikum kann sich über Whatsapp beteiligen, Meinungen kundtun und Fragen stellen. Schnell-Fragerunden werden verhindern, dass aus der 90-minütigen Livesendung, die auch im Livestream des rbb zu empfangen ist, ein langatmiger Polit-Talk wird.", verspricht der rbb.

Und gleich im Anschluss, nach rbb24-aktuell, treffen sich bei **Jörg Thadeusz** „Die Beobachter“, die uns erklären werden, was wir gehört haben. Mit dabei sind **Claudia Kade** (Die Welt), **Sabine Adler** (Deutschlandfunk), **Dr. Hajo Schumacher** (Berliner Morgenpost), **Claudius Seidl** (Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung) und **Boris Hermel** (rbb-Redakteur Landespolitik).



Einen Tag später, am 8. Februar, trennt der **Tagesspiegel** die Spreu vom

Weizen und diskutiert nur noch mit den drei Bestplatzierten Wegner, Giffey und Jarasch auf dem EU-REF-Campus. Tickets gibt es nicht mehr, der Tagesspiegel wird aber tags darauf berichten. F: Tagesspiegel



Anzeige: B 90 / Die Grünen

Die Grünen feiern den Wahlkampfabschluss unter sich mit **Robert Habeck**, **Annalena Baerbock** und **Bettina Jarasch** am 10. Februar.

Dieter Hallervorden, der 2021 bei **Sandra Maischberger** erklärte, im Bund die FDP wählen zu wollen, unterstützt jetzt den CDU-Spitzenkandidaten **Kai Wegner**. Am 4. Februar traf er sich zum Gespräch mit ihm in seinem Theater.

<https://www.facebook.com/cduberlin/videos/596141805690390/>

Der Wahlkampf wird am 12. Februar um 18:00 Uhr beendet sein. Dann beginnen die Koalitionsverhandlungen, die nicht weniger unterhaltsam werden dürfen.

Ed Koch
(auch Fotos)

59) Umfragen zur Berlin-Wahl am 12. Februar 2023. Stand 03.02.2023

Umfragen zur Berlin-Wahl am 12. Februar 2023

Stand: 3. Februar 2023

| | Infratest dimap | Forschungsgruppe | Givey |
|--------------|-----------------|------------------|--------------|
| | ARD | Wahlen - ZDF | Tagesspiegel |
| SPD | 19 | 21 | 22,6 |
| CDU | 25 | 24 | 21,1 |
| Grüne | 18 | 18 | 18,4 |
| Linke | 12 | 11 | 10,9 |
| AfD | 10 | 10 | 12,2 |
| FDP | 6 | 6 | 5,3 |

paperpress seit 1976

Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin

Textarchiv: www.paperpress.org

Newsletter-Archiv: www.paperpress-newsletter.de

Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)

paperpress ist ein Projekt des Paper Verein für

gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.

Vorstand: Ed Koch – Mathias Kraft

Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin

60) Im Westen nichts Neues. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 610-03

3. Februar 2023

48. Jahrgang

Im Westen nichts Neues

Im Zentrum des alten West-Berlins fand gestern Abend die soundsovielte Diskussionsrunde der Spitzenkandidaten für die Wiederholungswahl am 12. Februar statt. Ort des Geschehens war der Zoo-Palast, einst das zentrale Kino West-Berlins, in dem während der Teilung die Filmfestspiele stattfanden. An diese wird auf einem Monitor im Foyer in Endloschleife erinnert. Kein Weltstar, der die breite Treppe aus dem Foyer in den großen Saal nicht erklomm. Und neben dem Filmpalast der Hauptbahnhof der West-Berliner, der Bahnhof Zoo, von dem aus es beschwerlich, zeitaufwendig und ungemütlich durch den Osten Deutschlands in alle Welt ging.

Ein Urgestein Berlins, vor allem während der Zeit, als um West-Berlin herum die auf eintausend Jahre angelegte und nach 28 Jahren von den Ost-Berlinern eingerissene Mauer stand, ist die **Berliner Morgenpost**. Ein MoPo-Abo gehörte in den bürgerlichen Kreisen West-Berlins zum guten Ton.



Die Leserforen der Morgenpost haben Tradition. Und so versammelten sich bereits nach einem Jahr wieder die Spitzenkandidaten der Parteien zum Schlagabtausch. Ringrichter war erneut **Hajo Schumacher**, der sich nach seinem Urlaub noch nicht so richtig akklimatisiert hat. Seine Moderation war schon besser, aber immer noch erträglicher als die drögen Gesprächsleitungen bei anderen Veranstaltungen.

Ausgerechnet **Klaus Lederer**, der nicht an allen Elefantenrunden teilgenommen hat, zeigte sich genervt von den vielen Talks und sagte mehrfach, dass er nun nicht mehr sagen werde, um danach erneut das Wort zu ergreifen. Die Landes- und Fraktionsvorsitzende der AfD, **Kristin Brinkert**, zeigte sich entspannter, war sie doch gar nicht erst von vielen anderen Veranstaltern zum Meinungsaustausch eingeladen worden. Schumacher ließ zu oft die Zügel schleifen und die Politiker endlos schwadronieren. Erst nach zweieinhalb Stunden war alles gesagt wor-

den, was zuvor auch schon mehrfach gesagt wurde. Fazit in Anlehnung an den Romantitel von **Erich Maria Remarque**: Im Westen nichts Neues.

Christine Richter, die Chefredakteurin der Morgenpost, begrüßte die Leserinnen und Leser ihres Blattes im vollbesetzten Kinosaal. Anfragen, Dabeisein zu wollen, gab es doppelt so viele wie Plätze. Eine Stunde vor Beginn der Veranstaltung - was für eine Steilvorlage - veröffentlichte die ARD ihren neuesten Deutschland-Trend zur Wahl in Berlin. Genüsslich zitierte **Hajo Schumacher** die Spitzenkandidaten in der umgekehrten Reihenfolge der Umfragebewertung auf die Bühne. Den Anfang machte **Sebastian Czaja**, dessen **FDP** auf **sechs Prozent** kommt, genauso viel, wie in der Januar-Umfrage. Es folgte **Kristin Brinkert**, die **AfD** verlor einen Punkt und steht jetzt bei **zehn Prozent**. **Klaus Lederer** war der nächste, **zwölf Prozent** plus eins für die Linke. Nur noch auf Platz Drei, die **Grünen** mit **Bettina Jarasch**, **18 Prozent**, **minus drei!** **Franziska Giffey**s **SPD** legte einen Punkt zu, jetzt **19 Prozent**. Umfragesieger ist die **CDU** mit **Kai Wegner**, plus zwei auf jetzt **25 Prozent**.

Wer die täglichen Wasserstandsmeldungen von **Civey** verfolgt, hat den Trend längst mitgekomen. Die CDU liegt vorn, die SPD rückt auf, die Grünen schmieren ab. Aktuell liegt die CDU laut Civey heute Morgen bei 21 Prozent, die Grünen bei 18,4 Prozent, und die SPD liegt vorn mit 22,7 Prozent. Neun Tage vor der Wahl scheint alles offen zu sein.

Infratest dimap befragte für die **ARD** die Wähler auch nach der Bundespolitik. Da liegt die Union mit 27 Prozent vorn, gefolgt von der SPD mit 20. Die Grünen sinken auch hier auf 18 Prozent ab, FDP sieben, Linke vier und AfD 15 Prozent.

Zurück auf die Bühne des Zoo-Palastes. Silvester, Wohnungsbau, Mieten, Verkehr, alles kam auf den Tisch. Emotionalster Punkt: 500 Meter Friedrichstraße, die zum Killerthema für die Grünen werden könnten. Für die Behandlung der Koalitionsfrage blieb keine Zeit mehr. Ist ja auch bekannt. Giffey legt sich nicht fest, die Grünen wollen die jetzige Koalition fortsetzen, unter ihrer Führung. Naja. Und die Enteisungsfrage ist nach wie vor offen. Auch hier ist die ablehnende Haltung Giffey's bekannt. Überall wird gebaut, bloß viel zu wenig in Berlin. Private Unternehmen scheuen eine Stadt, in der die Enteignung von Wohnungen diskutiert wird. Und solange dieser gordische Knoten nicht durchschlagen wird, können die Wohnungsneubauziele nicht erreicht werden.

Ed Koch

1

61) Droht Stillstand nach der Wahl? Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 610-01

1. Februar 2023

48. Jahrgang

Droht Stillstand nach der Wahl?

Nach einer Wahl sind Abgeordnetenhaus und Bezirksverordnetenversammlungen noch so lange in der alten Zusammensetzung im Amt, bis sich die neuen Parlamentarier konstituiert haben. Auch die Mitglieder des alten Senats machen so lange weiter, bis ein neuer Regierender Bürgermeister oder Regierende Bürgermeisterin vom Abgeordnetenhaus gewählt worden ist. Bis dahin herrscht Stillstand.

Am 26. September 2021 fand die nachträglich für ungültig erklärte Wahl statt. Am 4. November 2021 trat das Abgeordnetenhaus zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen, danach trafen sich alle zwölf Bezirksverordnetenversammlungen zu ihrer ersten Sitzung. Erst am 21. Dezember 2021, also fast drei Monate nach der Wahl, wurde nach langen Koalitionsverhandlungen **Franziska Giffey** zur neuen Regierenden Bürgermeisterin gewählt.

Selbst wenn es bei der jetzigen Konstellation SPD, Grüne, Linke, bleiben sollte, ist nicht davon auszugehen, dass sie einfach geräuschlos den 2021 geschlossenen Koalitionsvertrag übernehmen. Es dürfte zu Nachverhandlungen kommen. Bei allen anderen Koalitionen wird ohnehin völlig neu verhandelt. Was bei sich verändernden Zusammensetzungen der Bezirksverordnetenversammlungen mit den Bezirksamtsmitgliedern geschieht, ist ungewiss. Die „Beamten auf Zeit“ haben einen Vertrag bis 2026, dem eigentlich Ende der Legislaturperiode. Und dieses Ende bleibt bestehen, denn, wie wir wissen, gibt es keine Neu-, sondern eine Wiederholungswahl. Die Wahl vom 26. September 2021 wurde für ungültig erklärt. Sind damit auch die Verträge mit den Bezirksbürgermeistern und Stadträten ungültig? Es dürfte nach dem 12. Februar zu diesem Thema erheblichen Diskussionsbedarf geben.

Die **Berliner Morgenpost** berichtete gestern, dass in Tempelhof-Schöneberg die Februar-Sitzung der BVV ausfällt. „In den Bezirksverordnetenversammlungen herrscht derzeit Unsicherheit darüber, wie man mit Sitzungen unmittelbar nach der Wahl am 12. Februar umgehen soll.“, schreibt Morgenpost-Redakteurin **Julia Lehmann** in ihrem Artikel. „Die Frage ist, ob die BVV nach der Wahl überhaupt noch eine Legitimation besitzt.“, sagt **Stefan Böltes** (SPD), BVV-Vorsteher in Tempelhof-Schöneberg. „Sicher sei nicht, ob Beschlüsse der sich nach der

Berlin-Wahl im September konstituierten BVV im Falle einer Neuzusammensetzung überhaupt Gültigkeit hätten.“

Thilo Cablitz, der Sprecher der Senatsinnenverwaltung, erklärte der Morgenpost auf Anfrage, dass „alle zwölf Berliner Bezirksverordnetenversammlungen bis zur ersten Sitzung des neugewählten Abgeordnetenhauses handlungsfähig“ seien. „Dennoch sollten die Bezirksverordneten zunächst mit Zurückhaltung agieren und entsprechend des Bezirksverwaltungsgesetzes erst dann wieder zusammentreten, wenn das Berliner Abgeordnetenhaus zum ersten Mal zusammengesessen war.“

Unmittelbar nach der Wahlwiederholung gefasste Beschlüsse wären zwar nicht ungültig, die demokratische Legitimation würde aber fehlen. Nur unaufschiebbare Beschlüsse sollten getroffen werden.

In Absprache mit allen Fraktionen sowie dem bezirklichen Rechtsamt werden deshalb in Tempelhof-Schöneberg keine Beschlüsse getroffen. Weder Ausschüsse noch Bezirksverordnete würden tagen., sagte **Stefan Böltes** der **Berliner Morgenpost**.

Keine Elefantenrunden im Fernsehen

Im Programm des **rbb** ist offenbar kein direktes Aufeinandertreffen der Spitzenkandidaten geplant. Schade. Dafür fanden und finden die Elefantenrunden fast täglich überall in der Stadt statt. Ob IHK, Schornsteinfeger-Innung, politische Stiftungen oder Tageszeitungen, überall tauchen die Gesichter von den Wahlplakaten live und in Farbe auf. Allerdings jeweils nur für die exklusive Zielgruppe. Wer nicht dazu gehört, dem entgeht der direkte urdemokratische Schlagabtausch, den schon die Alten Römer oder Griechen pflegten.



screenshot rbb

Der **rbb** setzte auf Einzelgespräche. Gestern Abend trafen sich die bestgekleidete Politikerin der Stadt mit dem bestgekleideten Moderator des rbb, **Volker Wiprecht** im Gespräch mit **Franziska Giffey**, die dankenswerterweise, im Gegensatz zu **Bettina**



Jarasch, keine Koalitionsaussage machte. Auch wenn alles auf die Fortsetzung der jetzigen Koalition hinausläuft, so will man sich doch etwas Hoffnung bewahren, dass es zu einer anderen Zusammensetzung kommen könnte.

Bevor es zu den wichtigen Themen der Stadt in dem Gespräch kam, sprach Wieprecht Giffey auf das äußere Erscheinungsbild von Repräsentanten der Stadt an. Dabei nahm er Bezug auf einen **BZ**-Artikel vom November 2021, der sich wiederum auf Äußerungen Giffey in der Talk-Show „**Riverboot**“ bezog.

„Die Leute können erwarten, dass die Person, die sie gewählt haben und die für sie eintritt, auch entsprechend adäquat daherkommt und nicht wie frisch vom Campingplatz. Ich finde es auch für Berlin wichtig, dass wir nicht so daher geschlunzt kommen. Wir sind Kiez, ja, aber wir sind auch Weltstadt. Dann finde ich, muss das auch einen gewissen Stil haben.“

Quelle: BZ

Der Autor dieses Beitrages kann diesen Aussagen nur voll umfänglich zustimmen. Im Parlament gibt es keine Kleiderordnung. Wie manche Volksvertreter dort auftreten, ist unterirdisch. Auch manche Bezirksbürgermeister laufen herum, als kämen sie nicht nur vom Campingplatz, sondern vom Kellerentrümpeln. Damals mokierte sich die Bezirksbürgermeisterin von Friedrichshain-Kreuzberg, **Monika Herrmann**, Silikone von Humana, über die Worte Giffey. Der BZ-Artikel endete damals mit den Sätzen: *„Herrmann schaffte im September übrigens nicht die Wahl ins Abgeordnetenhaus. An ihrer Kleidung wird es nicht gelegen haben, aber vielleicht am Stil.“*

Das Interview mit Franziska Giffey in voller Länge:

https://www.rbb-online.de/fernsehen/programm/31_01_2023/1875390.html

Ed Koch

62) Kein Grund zur Freude, liebe CDU! Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 609-27

31. Januar 2023

48. Jahrgang

Kein Grund zur Freude, liebe CDU!

Die CDU sieht ihre Chance bei der Wiederholungswahl gekommen, stärkste Partei in Berlin zu werden. Verständlich, dass Generalsekretär **Stefan Evers** angesichts der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts jubelt. „Die Mochtegern-Wahlverhinderer aus FDP, SPD und Linke sind mit ihrem Versuch gescheitert, die Wahl noch in letzter Minute zu stoppen. Gut für die Demokratie, gut für Berlin. Jetzt haben die Wählerinnen und Wähler das Wort. Der Neustart für unsere Stadt ist so nötig wie nie.“

So sehr ich mir wünsche, dass in Berlin nicht nur vielen, sondern sehr vieles funktioniert, ist die Entscheidung aus Karlsruhe alles andere als gut für die Demokratie. Gerichtsschelte gilt in unserem Land als unfein. Das interessiert mich nicht. Der Verfassungsgerichtshof Berlin und das Bundesverfassungsgericht haben m.E. unangemessene Entscheidungen getroffen. Nur in einem Sechstel aller Wahllokale kam es zu Unregelmäßigkeiten. Dennoch wird die komplette Wahl wiederholt. Das ist genauso sinnvoll, als würde man 2.300 Bäume fällen und neu anpflanzen, wenn nur 400 marode sind. Es ist irreführend, dass das Verfassungsgericht in der „Hauptsache“ erst später entscheiden will. Und dann? Auch über die Wiederholung der Bundestagswahl in den rund 400 kritischen Wahllokalen ist noch nicht entschieden worden.

Lesen Sie bitte dazu einen Kommentar von **Jan Menzel** vom rbb. „Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe sendet an die Berlinerinnen und Berliner ein irritierendes „Ja, aber“. Ja, die Wiederholungswahl zum Abgeordnetenhaus findet statt, aber danach gucken wir noch mal, ob alles so seine Richtigkeit hatte. Dabei hätte es nach der Pannewahl und der durchaus zweifelbehafteten Entscheidung des Berliner Verfassungsgerichts, die Wahl in der ganzen Stadt zu wiederholen, dringend Klarheit gebraucht.“

<https://www.rbb24.de/content/rbb/r24/politik/wahl/abgeordnetenhaus/agh-2023/beitraege/kommentar-berlin-wahl-unter-vorbehalt-wiederholung-urteil-bundesverfassungsgericht.html>

Zwölf Tage vor der Wahl deutet alles darauf hin, dass die CDU gewinnen, **Kai Wegner** aber nicht Regierender Bürgermeister wird. Meine Prognose: **Franziska Giffey** geht vor **Bettina Jarasch** und **Klaus Lederer** als erste durchs Ziel und bleibt Regierende Bürgermeisterin. **Hält jemand dagegen**, und was ist

der Wetteinsatz? Ein Essen in der **Brasserie** am Gendarmenmarkt für den Gewinner.

Franziska Giffey und alle anderen Spitzenkandidaten hasten derzeit von einer Diskussionsrunde zur nächsten und geben Interviews am laufenden Band. Heute Abend bei **Volker Wieprecht** im rbb um 22:03 Uhr, ist Giffey zu Gast, nachdem in der letzten und dieser Woche die anderen schon befragt wurden. Eigentlich kann Giffey ihren Wahlkampf einstellen. **Es reicht, wenn sie Jarasch reden lässt.** Mehr Motivation, doch lieber die SPD zu wählen, kann es gar nicht geben. „Die Wähler sollten das vorher wissen“, sagte uns Jarasch gestern im rbb und meint, dass wir uns beim Neukauf eines Autos gleich für die E-Variante entscheiden sollten, denn 2030 ist Schluss mit Lustig, dann will die Grüne Klientel mit ihren E-Bikes in Berlins Mitte unter sich bleiben. Ob sich dann jeder, der aus welchem Grunde auch immer Autofahren will oder muss, ein E-Car leisten kann, steht auf einem anderen Blatt. Aus meinem Freundeskreis hat gerade jemand sein E-Auto verkauft und sich wieder einen Benziner angeschafft, weil es einfach zu wenig Ladesäulen gibt. Bis 2030 wird aber die Innenstadt vermutlich nicht nur mit rot-weißen Pollern, sondern auch mit Ladestationen vollgepflastert sein.

Was wir essen sollen, womit wir uns waschen sollen, welche Verkehrsmittel wir nutzen sollen, wo wir parken sollen usw. Für alles haben die Grünen Rezepte, die sie uns aufoktroizieren wollen. Sorry, aber das hat schon etwas Sektenhaftes an sich. Ich würde gern selbst entscheiden, ob ich mich 60 Sekunden unter die Dusche stelle oder minutenlang meinen voluminösen Körper mit einem Waschlappen bearbeite.



Sebastian Czaja hat sich angesichts dieser Lage auf seinen Wahlplakaten schon mal selbst auf den Kopf gestellt. **Wer bietet in dieser Stadt eigentlich noch Orientierung** für die Bürger? Die Politik kriegt es nicht hin, und der letzte Anker der Demokratie, die Gerichte, auch nicht. „Das Bundesverfassungsgericht hätte an dieser Stelle und zu diesem Zeitpunkt gut daran getan, mindestens einen deutlichen Hinweis zu geben. So aber werden die Berlinerinnen und Berliner am 12. Februar mit einer schweren Bürde in diese Wahl geschickt.“, kommentiert **Jan Menzel**, falls überhaupt noch jemand zur Wahl geht.

Ed Koch

1

Österreich (Seiten E 247 – E 253)

63) Österreich: Kanzler Karl Nehammers höhlt Neutralität aus
– Verfassungsbruch und Kriegstreiberei

23. 02. 2023



Vor dem Hintergrund des sich zunehmend zuspitzenden Ukraine-Krieges sind immer mehr Österreicher über die neutralitätsfeindliche Haltung der Spitzen der Republik besorgt. Vom Bundespräsidenten abwärts wird massiv für die Ukraine Partei ergriffen und das, obwohl Österreich in Kriegsfällen zur Neutralität verpflichtet wäre.

Nur wird seitens der Politik argumentiert, man sei ja ohnehin im militärischen Sinne neutral, moralisch brauche man das jedoch nicht sein. Diese Argumentation hat nur einen Schönheitsfehler, wie der Außenpolitik-Sprecher der FPÖ Axel Kassegger schlüssig erklärt:

„Weder Kanzler Karl Nehammer, noch Außenminister Alexander Schallenberg sind sich anscheinend der Tragweite ihrer Haltung bewusst. Spätestens mit der Lieferung von Leopard-2-Panzern durch Deutschland und andere Länder sind wir in eine Phase des Konflikts eingetreten, die brandgefährlich ist. Durch die Zahlungen im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität hat Österreich seine Neutralität aufgegeben, denn es kann nicht ausgeschlossen werden, dass mit diesem Geld auch der Sold oder die Ausbildung ukrainischer Truppen bezahlt wird. Österreich finanziert somit den Krieg aktiv mit – und das als neutrales Land! So wie sich Nehammer & Co. verhalten, lassen sie Österreich ökonomisch und sicherheitspolitisch im Regen stehen.“

Russland wird auf weitere Eskalation reagieren

Man dürfe auch nicht so naiv sein und glauben, dass Russland nicht auf die Maßnahmen der EU reagiert. Kassegger weiter:

„Actio et reactio. Jede Aktion ruft eine Gegenreaktion hervor. Die Politik der EU besteht aus Sanktionen und Waffenlieferung – ich habe aber weder von den EU-Verantwortlichen, noch von Vertretern der österreichischen Regierung in letzter Zeit gehört, dass dieser Konflikt am Verhandlungstisch rasch beendet werden soll. Die deutschen Grünen – die im September 2021 noch ‚Keine Waffen und Rüstungsgüter in Kriegsgebiete‘ plakatiert hatten – sind nun Feuer und Flamme für Waffenlieferungen an die Ukraine. Das ist alles nicht mehr nachvollziehbar.“

Folgen den Panzern Raketen und Kampffjets?

Der FPÖ-Außenpolitik-Sprecher befürchtete eine weitere Eskalation:

„Kaum gab es grünes Licht für die Panzer, kam schon die Forderung nach Mittel- und Langstreckenrakete und Kampffjets. Was kommt als nächstes? Und gleichzeitig werden alle diplomatischen Brücken zu Russland niedergerissen. Auch in Zeiten des Konfliktes muss es Gesprächskanäle geben.“

Österreich muss sich seiner Neutralität besinnen

Kassegger erneuerte deshalb die freiheitliche Forderung nach einer Wiederherstellung einer dem Neutralitätsgebot entsprechenden Außenpolitik – inklusive Einstellung der Bereitstellung von Finanzmitteln über Finanzierungsmechanismen der Europäischen Union an die Kriegspartei Ukraine, den Stopp der Einzahlungen an die sogenannte Europäische Friedensfazilität und die Beendigung des für Europa schädlichen EU-Sanktionsregimes.

Was geht in Nehammer vor?

Nicht nur Haltung Nehammers in Sachen Neutralität löst Unverständnis in weiten Kreisen der Bevölkerung aus, auch Privates des Kanzlers bzw. seiner Gattin stößt auf wenig Verständnis. Man gewinnt den Eindruck, den Nehammers ist es egal, wie die Österreicher über sie denken. So hat der Umstand, dass die Kanzler-Gattin Katharina Nehammer von hunderten Facebook-Nutzern, die einen angeblich beleidigenden Artikel über sie geteilt (jedoch nicht selber geschrieben) haben, hunderttausende (!) Euro unter der Drohung, diese kleinen Leute anzuzeigen, abkassiert. Nachdem bei den Betroffenen auch Kleinrentner dabei sind, kommt das bei den Leuten gar nicht gut an. Viele in der ÖVP sind darüber gar nicht glücklich und man fragt sich, wieso der Kanzler Nehammer derartigen Aktionen seiner Gattin kein Ende bereitet?

Hat er schon aufgegeben und ist froh, dass seine Gattin noch einmal kräftig abkassiert, bevor er bei den nächsten Wahlen dann voraussichtlich abserviert wird? UNSER MITTELEUROPA wird demnächst über das „neuartige Geschäftsmodell“ zum Abkassieren ausführlich berichten.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

64) Österreich – Verbot von Ballbesuch russischer OSZE-Delegation

22. 02. 2023



Diese Woche werden russische Parlamentarier zu der, in Wien stattfindenden OSZE-Konferenz erwartet.

Die österreichische Regierung macht sich, in ihrer EU-Hörigkeit jedoch lächerlich, indem man der Delegation den Besuch eines Balles verbietet, den diese gar nicht besuchen wollte.

Besuchsverbot eines gar nicht geplanten Besuches

Darf die russische OSZE-Delegation am Jahrestag der militärischen Eskalation in der Ukraine einen Ball in Wien besuchen? Die österreichische Regierung sagt Nein. Die Peinlichkeit dabei ist jedoch, die russische Delegation plante einen solchen Besuch überhaupt nicht.

Die russischen Parlamentarier, die Ende der Woche zu einer OSZE-Versammlung in Wien erwartet werden, dürfen nach Angaben der österreichischen Regierung nicht zu einem Ball der FPÖ gehen.

Die Visa für die Russen seien ausschließlich zur Teilnahme an der Konferenz und für keine anderen Veranstaltungen ausgestellt, betonte die Bundesministerin für EU und Verfassung, Karoline Edtstadler, am 21. Februar in Brüssel.

Das Außenministerium habe zudem unmissverständlich deutlich gemacht, dass man auf die Einhaltung der Regeln achten und bei Verstößen handeln werde. Die russische Seite habe das zur Kenntnis genommen, erklärte Edtstadler. Dabei hatte der russische

Seite E 250 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

Delegationsleiter Pjotr Tolstoi schon am vergangenen Wochenende der österreichischen Nachrichtenagentur APA erklärt, dass die Delegation keinen Ballbesuch plane.

An Peinlichkeit für das „Regime“ in Wien wohl kaum zu übertreffen, obwohl Frau Minister Edtstadler für ihre teilweise völlig überzogene „Hardliner-Masche“ hinlänglich bekannt ist.

Spekulationen über Ballbesuch der Oppositionspartei gingen nach „hinten los“

Die geplante Teilnahme russischer Politiker an der Parlamentarischen Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sorgt seit Tagen bei westlichen Vertretern für Diskussionen.

Zuletzt wurde spekuliert, dass die russischen Teilnehmer am Freitagabend dann auch am sogenannten Akademikerball der FPÖ in der Wiener Hofburg teilnehmen könnten. Die konservative Partei hatte zuletzt immer wieder die EU-Sanktionen gegen Moskau kritisiert.

Ukrainische Abgeordnete hatten bereits angekündigt, die am 23. Februar beginnende OSZE-Konferenz wegen der Teilnahme Russlands zu boykottieren. Sie wollen aber dennoch nach Wien fahren und sich mit Partnern beraten, wie die OSZE aus ihrer Krise herauskommen könne, hieß es.

Die 1995 gegründete Organisation ist die größte europäische Sicherheitsorganisation.

Zuvor hatten Abgeordnete aus 20 Ländern versucht, Österreich von einer Visavergabe an die russische Delegation abzuhalten. Edtstadler erklärte dazu am 20. Februar, es sei „eine Verpflichtung Österreichs“, die entsprechenden Visa auszustellen.

„Denn wir reden hier von einer internationalen Organisation, die ihren Sitz in Österreich hat und wo man auch den Mitgliedern ermöglichen muss, daran teilzunehmen, so Edtstadler.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

65) Leserbrief „Einbürgerungen“

*Wenn der Tiroler Tageszeitung zu entnehmen ist, dass allein im Vorjahr 20.606 (in Worten: zwanzigtausendsechshundertsechs) Personen – zumeist aus Syrien und aus der Türkei – die österreichische Staatsbürgerschaft verliehen wurde, muss es doch verwundern, dass 1 (in Worten: einer) Tirolerin, nämlich der am 23. April 1919 im seinerzeitigen Alt-Österreich geborenen **Hermine Orian**, diese Gnade unter offensichtlicher Anwendung ausgeklügelter juristischer und bürokratischer Finessen seit Jahren verwehrt wird.*

Die 104jährige, die ihre aufgrund von historischen Wechselfällen verlorengegangene österreichische Staatsbürgerschaft ja gar nicht neu, sondern lediglich zurück haben möchte, hat, wie sie in etlichen Interviews öffentlich bezeugte, den wohl nicht unbilligen Wunsch, als Österreicherin zu sterben. Ein humaner Verwaltungsakt, der mit einem Federstrich erledigt werden könnte, wäre wohl das Mindeste, was die betagte Dame, die einst dem Faschismus getrotzt und standhaft bis heute Tiroler Patriotismus zeigt, verdient.

Bernd Stracke, Innsbruck

66) Doppelstaatsbürgerschaft für 104jährige Südtirolerin in weiter Ferne

Alle Bemühungen seitens des Andreas Hofer-Bundes Tirol (AHTB) unter Obmann Alois Wechselberger, MAS, den Herzenswunsch der mittlerweile 104jährigen **Hermine Orian** (geb. Mayr), als Österreicherin sterben zu dürfen, zu erfüllen, scheinen umsonst, [wie diese aktuelle AHTB-Aussendung belegt](#).



Andreas-Hofer-Bund für Tirol

gegr. 1919

PRESSEAUSSENDUNG

12.02.2023

Innenminister Karner lässt 104jährige Südtirolerin sterben!

Doppelstaatsbürgerschaft: Karner verweigert Südtirolerin persönliches Gespräch

Innsbruck/Bozen: Unmenschlich, feige oder doch beides? Diese Frage müssen wir zur Beantwortung unseren Lesern überlassen! Seit Jahren bemüht sich die Südtiroler Ur-Oma Hermine Orian, geb. Mayr, um die Rückgabe der österreichischen Staatsbürgerschaft, damit sie als Österreicherin sterben kann.

(Doppel-) Staatsbürgerschaft: Wien an der Leine Roms. Karner verweigert jedes Gespräch mit Hermine Orian!

Die gesundheitlich zusehends angeschlagene Alt-Österreicherin hatte kürzlich ihre Bitte zum Ausdruck gebracht, sich mit Innenminister Karner - von Gesicht zu Gesicht - über ihren letzten Wunsch, als Österreicherin sterben zu können, auszutauschen.

Anstatt einer positiven schriftlichen Antwort wurde nun ihr Rechtsvertreter vom Innenministerium telefonisch davon in Kenntnis gesetzt, dass der Herr Innenminister Frau Orian nicht (persönlich) sprechen will! Eine Verleihung der Staatsbürgerschaft (gemäß § 10 Abs. 6) scheitert einerseits daran, dass Frau Orian altersbedingt für Österreich nichts mehr leisten kann, andererseits sei man gegenüber Italien in der Staatsbürgerschaftsfrage Verpflichtungen eingegangen. So lange Rom dagegen ist, wird die Bundesregierung keine (Doppel-)Staatsbürgerschaft an Südtiroler verleihen.

Bundesregierung diskriminiert Südtiroler bei Staatsbürgerschaft

Während Zehntausende - von den Nazis vertriebene - österreichische Juden in den USA und Israel und deren Nachkommen in 2. und 3. Generation, welche meist keinen Bezug zur Heimat ihrer Groß- und Urgroßeltern haben, den rot-weiß-rot Pass quasi durch Anbiederung großzügig erhalten, werden Südtiroler von der Bundesregierung diskriminiert. *Am Ballhausplatz herrscht offenbar offener „Rassismus“ und „Rom-Hörigkeit“, wenn es um Menschen- und Bürgerrechte der Südtiroler geht.* Der Fall Hermine Orian (Mayr) offenbart laut AHTB-Obmann Alois Wechselberger die rassistisch anmutende Diskriminierung unserer Tiroler Landsleute durch Wien.

Staatsbürgerschaft in eine politische Ermessensfrage

Die Staatsbürgerschaft für Frau Hermine Orian ist keine rechtliche, sondern primär eine politische Ermessensfrage, die der Innenminister und in weiterer Folge die österr. Bundesregierung zu treffen haben. Wechselberger erinnerte wiederholt an die Leistungen von Frau Orian als Katakombenlehrerin. Ohne Katakombenschulen wäre Südtirol heute ein zweites Aosta Tal, ein von der Italianität assimiliertes und gesichtsloses Gebiet.

Menschlichkeit und Solidarität nicht nach Herkunft gewichten

Unsere Verantwortlichen in Politik, Kirche und Medien sollten endlich ihre Verantwortung auch gegenüber jenen Österreichern, die durch Krieg und Unrecht vom Vaterland getrennt wurden, wahrnehmen! Menschlichkeit, Solidarität und Recht sollten nicht nach Nationalität oder Religion gewichtet werden. Unsere Landsleute in Südtirol sind nicht nur irgendwelche Nachbarn, sie sind ein unverzichtbarer – integraler – Bestandteil von uns Österreichern und unserer Heimat Österreich!

Wir fordern von der Regierung Nehammer & Kogler Menschlichkeit und Gerechtigkeit für Frau Hermine Orian (Mayr!

Rückfragen:

Alois Wechselberger, MAS

+43 699 177 00 266

Andreas Hofer-Bund-Tirol (AHBT)

info@andreashoferbund.tirol

www.andreashoferbund.tirol

obmann@andreashoferbund.tirol

www.andreashoferbund.tirol

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 26, 2023

Wien, am 22. Februar 2023

67) Dr. Kugler: Treffen mit unseren Landsleuten in Innsbruck

Bei einem Besuch von Frau [Abg.z.NR Dr. Gudrun Kugler](#) (ÖVP-Vertriebenensprecherin) in Innsbruck traf sie sich auch mit Vertretern der SL-Landesgruppe Tirol, namentlich mit **Dr. Hansjörg Goller**, Obmann-Stellvertreter (Obfrau ist **DDr. Christine Michelfeit**, die leider nicht persönlich erscheinen konnte – Jhg. 1929!) und **Romana Vill**, einem weiteren SL-Mitglied. Bei dem ausführlichen Gespräch im „Haus der Begegnung“ stand deutlich der gemeinsame Wunsch im Vordergrund, die Heimatvertriebenen nicht auch noch aus der Geschichte zu vertreiben. Die Nachfolgegenerationen wissen oft kaum etwas über die Schicksale der Heimatvertriebenen – etwas, das Abgeordnete Kugler ändern möchte. „Ich danke Herrn Dr. Goller auch dafür, dass er mir einiges aus seiner Geschichte erzählt hat,“ so Menschenrechts- und Vertriebenensprecherin Dr. Kugler, „Seine Mutter hatte einen Nagel in der Baracke, in der sie nach der Vertreibung lebten. Sie passte sehr gut auf ihn auf - denn er erlaubte ihr, nasse Sachen zum Trocknen aufhängen zu dürfen. Das unterschied sie von anderen.“ Wir wollen uns gemeinsam dafür einsetzen, dass die Erinnerung weitergegeben wird!



Romana Vill, Dr. Gudrun Kugler, Hansjörg Goller

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 15, 2023

Wien, am 31. Januar 2023

S ü d t i r o l (Seiten E 254 – E 264)

68) Leserbrief „Einbürgerungen“

*Wenn der Tiroler Tageszeitung zu entnehmen ist, dass allein im Vorjahr 20.606 (in Worten: zwanzigtausendsechshundertsechs) Personen – zumeist aus Syrien und aus der Türkei – die österreichische Staatsbürgerschaft verliehen wurde, muss es doch verwundern, dass 1 (in Worten: einer) Tirolerin, nämlich der am 23. April 1919 im seinerzeitigen Alt-Österreich geborenen **Hermine Orian**, diese Gnade unter offensichtlicher Anwendung ausgeklügelter juristischer und bürokratischer Finessen seit Jahren verwehrt wird.*

Die 104jährige, die ihre aufgrund von historischen Wechselfällen verlorengegangene österreichische Staatsbürgerschaft ja gar nicht neu, sondern lediglich zurück haben möchte, hat, wie sie in etlichen Interviews öffentlich bezeugte, den wohl nicht unbilligen Wunsch, als Österreicherin zu sterben. Ein humaner Verwaltungsakt, der mit einem Federstrich erledigt werden könnte, wäre wohl das Mindeste, was die betagte Dame, die einst dem Faschismus getrotzt und standhaft bis heute Tiroler Patriotismus zeigt, verdient.

Bernd Stracke, Innsbruck

69) Doppelstaatsbürgerschaft für 104jährige Südtirolerin in weiter Ferne

Alle Bemühungen seitens des Andreas Hofer-Bundes Tirol (AHTB) unter Obmann Alois Wechselberger, MAS, den Herzenswunsch der mittlerweile 104jährigen **Hermine Orian** (geb. Mayr), als Österreicherin sterben zu dürfen, zu erfüllen, scheinen umsonst, [wie diese aktuelle AHTB-Aussendung belegt](#).



Andreas-Hofer-Bund für Tirol

gegr. 1919

PRESSEAUSENDUNG

12.02.2023

Innenminister Karner lässt 104jährige Südtirolerin sterben!

Doppelstaatsbürgerschaft: Karner verweigert Südtirolerin persönliches Gespräch

Innsbruck/Bozen: Unmenschlich, feige oder doch beides? Diese Frage müssen wir zur Beantwortung unseren Lesern überlassen! Seit Jahren bemüht sich die Südtiroler Ur-Oma Hermine Orian, geb. Mayr, um die Rückgabe der österreichischen Staatsbürgerschaft, damit sie als Österreicherin sterben kann.

(Doppel-) Staatsbürgerschaft: Wien an der Leine Roms. Karner verweigert jedes Gespräch mit Hermine Orian!

Die gesundheitlich zusehends angeschlagene Alt-Österreicherin hatte kürzlich ihre Bitte zum Ausdruck gebracht, sich mit Innenminister Karner - von Gesicht zu Gesicht - über ihren letzten Wunsch, als Österreicherin sterben zu können, auszutauschen.

Anstatt einer positiven schriftlichen Antwort wurde nun ihr Rechtsvertreter vom Innenministerium telefonisch davon in Kenntnis gesetzt, dass der Herr Innenminister Frau Orian nicht (persönlich) sprechen will! Eine Verleihung der Staatsbürgerschaft (gemäß § 10 Abs. 6) scheitert einerseits daran, dass Frau Orian altersbedingt für Österreich nichts mehr leisten kann, andererseits sei man gegenüber Italien in der Staatsbürgerschaftsfrage Verpflichtungen eingegangen. So lange Rom dagegen ist, wird die Bundesregierung keine (Doppel-)Staatsbürgerschaft an Südtiroler verleihen.

Bundesregierung diskriminiert Südtiroler bei Staatsbürgerschaft

Während Zehntausende - von den Nazis vertriebene - österreichische Juden in den USA und Israel und deren Nachkommen in 2. und 3. Generation, welche meist keinen Bezug zur Heimat ihrer Groß- und Urgroßeltern haben, den rot-weiß-rot Pass quasi durch Anbiederung großzügig erhalten, werden Südtiroler von der Bundesregierung diskriminiert. *Am Ballhausplatz herrscht offenbar offener „Rassismus“ und „Rom-Hörigkeit“, wenn es um Menschen- und Bürgerrechte der Südtiroler geht.* Der Fall Hermine Orian (Mayr) offenbart laut AHBT-Obmann Alois Wechselberger die rassistisch anmutende Diskriminierung unserer Tiroler Landsleute durch Wien.

Staatsbürgerschaft in eine politische Ermessensfrage

Die Staatsbürgerschaft für Frau Hermine Orian ist keine rechtliche, sondern primär eine politische Ermessensfrage, die der Innenminister und in weiterer Folge die österr. Bundesregierung zu treffen haben. Wechselberger erinnerte wiederholt an die Leistungen von Frau Orian als Katakombenlehrerin. Ohne Katakombenschulen wäre Südtirol heute ein zweites Aosta Tal, ein von der Italianität assimiliertes und gesichtsloses Gebiet.

Menschlichkeit und Solidarität nicht nach Herkunft gewichten

Unsere Verantwortlichen in Politik, Kirche und Medien sollten endlich ihre Verantwortung auch gegenüber jenen Österreichern, die durch Krieg und Unrecht vom Vaterland getrennt wurden, wahrnehmen! Menschlichkeit, Solidarität und Recht sollten nicht nach Nationalität oder Religion gewichtet werden. Unsere Landsleute in Südtirol sind nicht nur irgendwelche Nachbarn, sie sind ein unverzichtbarer – integraler – Bestandteil von uns Österreichern und unserer Heimat Österreich!

Wir fordern von der Regierung Nehammer & Kogler Menschlichkeit und Gerechtigkeit für Frau Hermine Orian (Mayr!

Rückfragen:

Alois Wechselberger, MAS

+43 699 177 00 266

Andreas Hofer-Bund-Tirol (AHBT)

info@andreashoferbund.tirol

www.andreashoferbund.tirol

obmann@andreashoferbund.tirol

www.andreashoferbund.tirol

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 26, 2023

Wien, am 22. Februar 2023

70) Gewichtige Erträge der historischen Forschung: „Pfitscherjoch – Steinalm – Porzescharte. Die drei, merkwürdigen Vorfälle des Höhepunktes der Südtiroler Bombenjahre' ...“

Buchvorstellung, Wien, 09.05.2023, 18:00 Uhr

Von: Prof. Dr. Dr. h.c. Reinhard Olt <r.olt@utonet.at>

Gesendet: Montag, 27. Februar 2023 18:52

An: Reinhard Olt <r.olt@gmx.de>

Betreff: Vorankündigung / Vormerkung / Präsentation neuester Forschungsergebnisse zu den Südtiroler "Bombenjahren"

Collegae, geschätzte Damen und Herren,

ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf die Präsentation eines Buches lenken, welches die neuesten historischen Forschungsergebnisse zu drei zentralen Geschehnissen der 1960er Jahre in Südtirol enthält, die unter folgendem Link

<https://www.unsertirol24.com/blog/gewichtige-ertraege-der-historischen-forschung/>

sowie im beigefügten Artikel zusammengefasst aufgezeigt werden.

Das Buch *„Pfitscherjoch – Steinalm – Porzescharte. Die drei ,merkwürdigen Vorfälle des Höhepunktes der Südtiroler Bombenjahre'“* wird am **9. MAI d.J. um 18.00 Uhr** in der **Sala Terrena der Landesverteidigungsakademie (LVAk), Stiftsgasse 2a, 1070 Wien (Stiftskaserne Emil Spanocchi)** präsentiert.

Bitte merken Sie diesen wichtigen Termin vor.

Freundliche Grüße

R.O.

Gewichtige Erträge der historischen Forschung

<https://www.unsertirol24.com/blog/gewichtige-ertraege-der-historischen-forschung/26.02.2023>

<https://www.unsertirol24.com/blog/gewichtige-ertraege-der-historischen-forschung/>



Gewichtige Erträge der historischen Forschung

Es gehört zu den wissenschaftlichen Sternstunden, wenn sich ergibt, daß die historische Forschung hervorbringt, was ihre ureigene Aufgabe und Zweckbestimmung sein sollte, nämlich neue Einblicke auf Handlungen und Einsichten in Geschehnisse zu eröffnen, für die in der Zukunft bis dato gemeinhin galt, es seien alle Tatbestände und Zusammenhänge bereits klar zutage getreten gewesen und in der Geschichtsschreibung quasi amtlich oder unverrückbar dargestellt worden. Nicht selten spielt dabei die Entdeckung und akribische Analyse bisher unbekannter oder unbeachtet wenn nicht gar ignoriertes Archivalien die entscheidende Rolle.

So etwa das von Helmut Golowitsch in drei voluminösen Bänden („Südtirol – Opfer für das westliche Bündnis. Wie sich die österreichische Politik ein unliebsames Problem vom Hals schaffte“, Graz 2017; „Südtirol – Opfer geheimer Parteipolitik“, Graz 2019; „Südtirol – Opfer politischer Erpressung“, Graz 2019; alle im Stocker-Verlag) aufbereitete Privatarchiv des Kärntner Unternehmers Rudolf Moser. Aufgrund seiner geschäftlichen Beziehungen nach Italien und engen Verbindungen zu ranghohen dortigen Politikern übte er nach 1945 hinter den Kulissen einen nicht unerheblichen Einfluß auf die Südtirol-Politik aus, den man aus heutiger Sicht als geradezu verhängnisvoll bezeichnen muß, indem er als (partei)politischer Postillon und verdeckt arbeitender Unterhändler zwischen ÖVP und DC wirkte, Geheimtreffen Leopold Figls mit Alcide DeGasperi und anderer ÖVP- bzw. DC-Größen arrangierte. Ebenso eindrücklich und mustergültig dokumentierte Golowitsch anhand von meist pfarramtlichen Archivalien in den Büchern „Repression. Wie Südtirol 1945/46 wieder unter das Joch gezwungen wurde“ sowie „Repression – 1946 bis 1961: Die Fortführung der Zwangsherrschaft in Südtirol“ (Neumarkt/Etsch 2020 bzw. 2021, erschienen im Verlag effekt!) , wie die Südtirol-Frage damals zugunsten des abermaligen Kriegsgewinners Italien beantwortet und im Gewande des „demokratischen Italien“ die Re-Faschisierung zwischen Brenner und Salurn vorangetrieben worden war.

Verschlussakten

Der (Militär-)Historiker Hubert Speckner stieß indes im Rahmen seiner Beschäftigung mit der aufgrund der dortigen Vorkommnisse politisch angeordneten Verlegung von Einheiten des Bundesheeres an die österreich-italienische Grenze in Nord- und Osttirol auf äußerst brisante Verschlussakten im Österreichischen Staatsarchiv. Als er sie erschloß, erschien insbesondere ein von italienischer Seite als blutigstes Attentat Südtiroler Widerstandskämpfer der 1960er Jahre gebrandmarkter Vorfall, den Rom als Hebel benutzte, um Wiens EWG-Assoziation zu unterlaufen, in einem gänzlich anderen Licht.

Denn er erkannte alsbald, dass die sogleich auch von der österreichischen Regierung als zutreffend erachteten Beschuldigungen von italienischer Seite gegen die der Tat bezichtigten und in Österreich in Haft genommenen Personen, Erhard Hartung, Peter Kienesberger und Egon Kufner, äußerst zweifelhaft waren. Die Aktivisten des Befreiungsausschusses Südtirol (BAS) sollen den Mast einer Überlandleitung gesprengt und eine Sprengstoffvorrichtung im unmittelbar benachbarten Gelände angebracht haben, bei deren Detonation drei italienische Militärangehörige getötet und einer schwer verletzt worden seien.

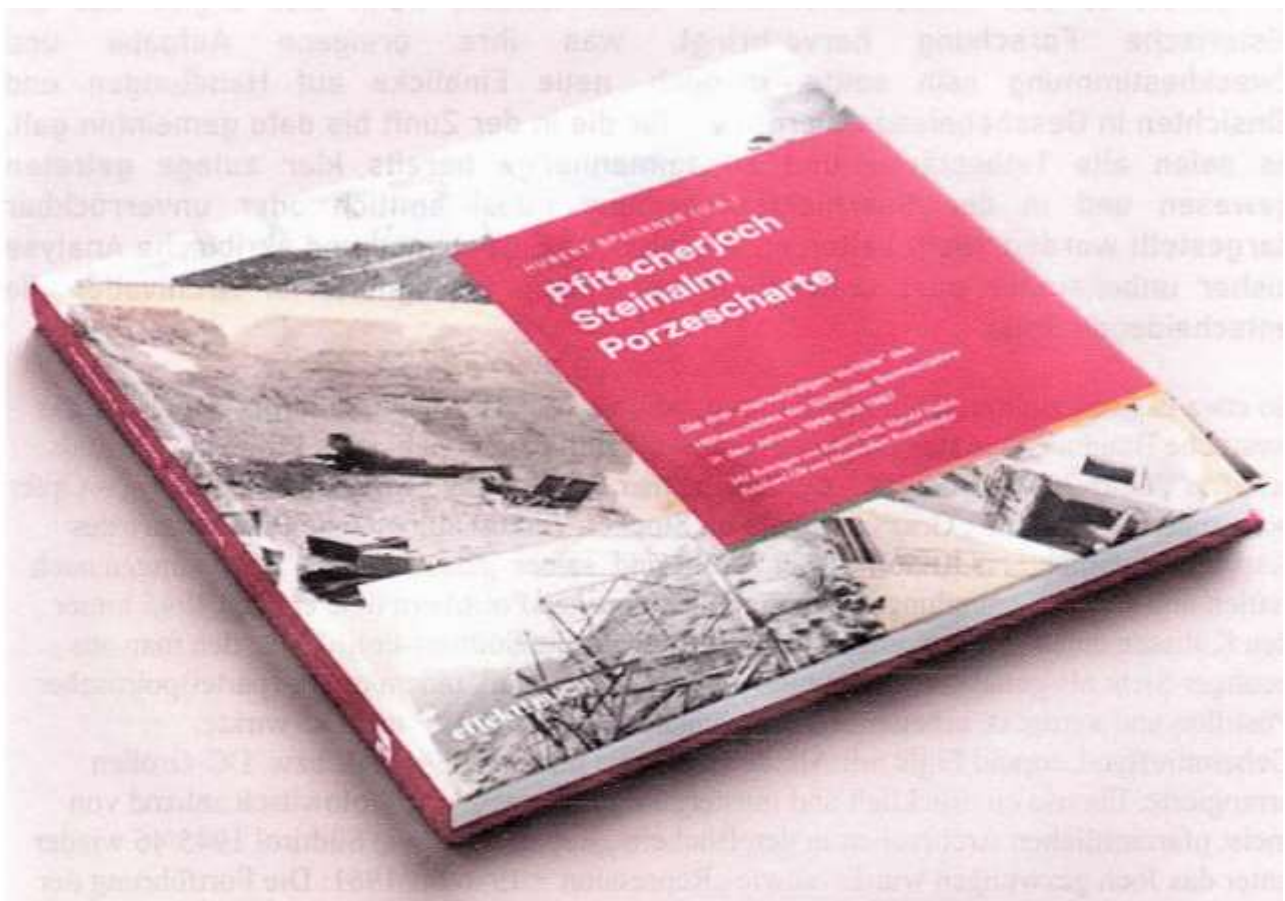
Die BAS-Leute waren später in einem Prozess in Florenz in Abwesenheit zu hohen (Kufner) bis lebenslangen Haftstrafen (Hartung, Kienesberger) verurteilt, in Österreich hingegen „in dubio pro reo“ freigesprochen worden, woraufhin nach staatsanwaltschaftlichem Einspruch Bundespräsident Kirchschräger zur hellen Empörung Roms die Einstellung des Verfahrens verfügte. Speckner konnte in seiner umfangreichen Studie „Zwischen Porze und Roßkarspitz ...‘ Der ‚Vorfall‘ vom 25. Juni 1967 in den österreichischen sicherheitsdienstlichen Akten“, Wien (Verlag Gra&Wis) 2013, aufgrund zahlreicher Aktenstücke den Nachweis führen, dass sich besagtes Geschehen an der Porzescharte keinesfalls so abgespielt haben konnte, wie es offiziell dargestellt wurde und in historisch-politischen Publikationen seinen Niederschlag fand, zumal es begründete Verdachtsmomente gab und gibt, dass die italienischen Militärangehörigen dort überhaupt nicht zu Tode gekommen sein dürften. Es zeigten sich überdies gewichtige Indizien, die dafür sprechen, dass die Tat mit hoher Wahrscheinlichkeit einer fingierten Aktion des italienischen Militärgeheimdienstes SIFAR/SID/SISMI sowie dem damit verwickelten „Gladio“-Arm der geheim „Stay behind“- Organisation der Nato zuzuschreiben sein dürfte.

In „Zwischen ‚Feuernacht‘ und ‚Porzescharte‘.... Das ‚Südtirol-Problem‘ der 1960er Jahre in den österreichischen sicherheitsdienstlichen Akten“, seiner aufsehenerregenden und doppelt umfangreichen Studie von 2016 (Wien, Verlag Gra&Wis), untersuchte Speckner mehr als 50 Fälle, welche sich im Rahmen des brisanten Südtirol-Konflikts zwischen Dezember 1955 bis März 1970 zutrugen. Seine darin luzide aufbereitete und minutiös ausgebreitete Aufarbeitung der Geschehnisse machte deutlich, wie weit und gravierend die offizielle Darstellung von der Aktenlage des von im Staatsarchiv aufgefundenen sicherheitsdienstlichen Bestandes abwichen. Zudem ergänzte er seine Befunde aus den Primärquellen der österreichischen Staatspolizei (StaPo) mittels der durch in zahlreichen Gesprächen mit den Freiheitskämpfern des BAS gewonnenen Aussagen, was historiographisch durch „Oral history“ seine methodische Rechtfertigung findet. Die von Speckner erschlossenen sicherheitsdienstlichen Akten erbrachten in vielen dieser Fälle neue, von der Forschungslage bis dahin abweichende Sichtweisen, Erkenntnisse und Ergebnisse sowohl auf die Geschehnisse im Einzelnen, als auch auf die gesamte Südtirol-Thematik bezogen.

Expertise von Fachleuten

Schließlich stellt Speckner im Zusammenwirken mit fundierten Expertisen amtlich anerkannter Fachleute in seinem soeben im Verlag effekt! (Neumarkt a.d. Etsch) erschienenen Buch mit dem Titel „Pfitscherjoch Steinalm Porzescharte – Die drei ‚merkwürdigen Vorfälle‘ des Höhepunktes der Südtiroler Bombenjahre 1966 und 1967“ auf

Rationalität fußende, exquisite Weise jene e choreichsten, blutigste Fällen vom Kopf auf die Füße und führt damit deren amtliche italienische Darstellungen ad absurdum. So im Falle eines todbringenden Ereignisses am Pfitscherjoch, das sich am 23. Mai 1966 ereignet hatte. Dort war in einem neben dem Pfitscherjoch-Haus gelegenen Stützpunkt von Guardia di Finanza, Carabinieri und Alpini-Soldaten infolge einer Explosion ein Angehöriger der Finanzwache ums Leben gekommen. Laut der „offiziellen“ italienischen Version des Geschehens habe er während des Patrouillengangs die Tür zum Schutzhaus geöffnet, worauf eine Sprengladung von ungefähr 50 kg Sprengstoff explodiert sei. Wie bei ähnlich gelagerten Vorfällen in den 1960er Jahren „wussten“ italienische Medien wie Politik, dass die gewaltige, das Gebäude nahezu völlig zerstörende Explosion von „Terroristi“ verursacht worden sei. Noch heute hält das Museum der Finanze-Truppe in seiner offiziellen Darstellung fest, dass „der Anschlag, der auch den Einsturz der Kaserne zur Folge hatte, entpuppte sich als Werk der Südtiroler Separatistenorganisation Befreiungsausschuss Südtirol (BAS)“, die „die gewaltige Ladung wenige Tage zuvor installiert“ gehabt hätten. Und alsbald wurden die vier „Puschtra Buibm“ („Pusterer Buben“) Siegfried Steger, Josef Forer, Heinrich Oberleiter und Heinrich Oberlechner, die Italien mehrerer Anschläge – darunter 1964 den nie bewiesenen und von der späteren Aussage eines seiner Kameraden von jemandem anderem dafür verantwortlich gemachten Mord am Carabinieri Vittorio Tiralongo in Mühlwald bei Taufers bezichtigte – als Täter beschuldigt.



Der Beurteilung mehrerer damaliger Sprengsachverständiger – darunter eines Experten des Entschärfungsdienstes des österreichischen Innenministeriums – zufolge weist die Aufnahme des Getöteten ebenso wie die Fotos von der zerstörten Holzhütte ursächlich auf eine Gasexplosion in der Küche der Schutzhütte hin, währenddessen sich das Opfer in der Toilette direkt neben dem Explosionsherd aufgehalten haben dürfte. Auch das auf den

offiziellen Tatortfotos der Guardia di Finanza zu erkennende eingesackte Dach der Hütte widerspreche mit aller Deutlichkeit der Verwendung von Sprengstoff, noch dazu in der erwähnten Menge von 50 kg: diesfalls wäre das Dach, anstatt in sich zusammenzusacken vielmehr in Trümmern in die Luft geflogen.

Speckners aus den von ihm entdeckten und erstmals ausgewerteten Archivalien ermittelten Ergebnissen, wonach sich der Pfitscherjoch-Vorfall „also kaum so zugetragen haben konnte wie von offizieller italienischer Seite dargestellt“, ist von unlängst vorgenommenen, mit modernen naturwissenschaftlich-sprengtechnischen Instrumentarien fußenden umfangreichen Untersuchungen durch Experten so erhärtet worden, dass sie der Wahrheit des Geschehens zweifelsfrei am nächsten kommen und somit als bewiesen gelten dürfen. So allein schon durch die Fallbeurteilung des Spreng(mittel)experten Max Ruspeckhofer, der in seiner „COLD CASE PFITSCHERJOCH – Wie ein Unfall zu einem Anschlag wurde“ kurz und bündig feststellt: „Wenn man alle diese Dinge in Betracht zieht, bleibt eigentlich nur mehr eine einzige Schlussfolgerung übrig: Es handelte sich bei diesem Ereignis nicht um ein Attentat, bei dem bewusst der Tod von Menschen in Kauf genommen wurde, sondern um einen tragischen Unfall“. Und eine letztvergewissernde Expertise durch den beeideten unabhängigen Sachverständigen Prof. Dr. Ing. Harald Hasler, welche zudem durch dessen ballistische Berechnungen in Bezug auf das Verhalten von Personen bei Explosionen auf Grundlage der international anerkannten Basisliteratur TNO Green Book (Methods for the determination of possible damage to people and objects resulting from releases of hazardous materials) komplettiert wurden, untermauert nicht nur Ruspeckhofers Befund, sondern stellt die amtliche italienische gänzlich in Abrede. Vielmehr steht für ihn zweifelsfrei fest, dass *„aufgrund der festgestellten technischen Tatsachen und Sachverhalte zweifelsfrei klar [ist], dass sich der aktenkundig beschriebene Vorfall am 23. Mai 1966 am Pfitscherjoch mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit so NICHT ereignet haben kann. Alle Indizien sprechen eindeutig für eine Gasexplosion. Sachverhaltsdarstellungen, Fachbeurteilungen und entscheidende Schlussfolgerungen aus den vorliegenden Akten sind in keinster Weise nachvollziehbar, mangelhaft und unterliegen keinen fachlich fundierten und objektiv ermittelten gerichtsverwertbaren Erkenntnissen.“*

Sozusagen analog dazu ergaben sich für Speckner wie für die beigezogenen Sachverständigen in der „Causa Steinalm“ ähnlich geartete Ergebnisse. Knapp fünf Monate nach dem Geschehen am rund um das Pfitscherjoch-Haus waren zufolge einer Explosion in einem kasernierten Stützpunkt der Guardia di Finanza (Finanzwache) auf der Steinalm nahe dem Brennerpass zwei Finanzwache-Soldaten ums Leben gekommen, ein schwerverletzter verstarb wenige Tage später. Bis heute werden in Italien drei BAS-Aktivisten, darunter der legendäre Freiheitskämpfer und Schützenmajor Georg („Jörg“) Klotz, des „blutrünstigen Anschlags“ bezichtigt und politisch sowie justizamtlich der Tat beschuldigt. Klotz' Frau Rosa, geborene Pöll, eine Grundschullehrerin, deren mutigem, aufopferungsreichem und entsagungsvollem Leben ihre Tochter jüngst eine warmherzige Biographie widmete (Eva Klotz: Rosa Pöll – Die Frau des Freiheitskämpfers“; Neumarkt/Etsch, effekt!-Verlag 2022), war daraufhin verhaftet und für 14 Monate eingekerkert, ihre sechs Kinder Verwandten und Nachbarn überstellt worden, da der Vater nachweislich in Österreich im Exil war und auch die beiden anderen Beschuldigten hieb- und stichfeste Alibis hatten.

Widersprüchliche Darstellungen

Wenngleich damals schon zahlreiche Gutachten, die von mehreren Sachverständigen zu dem Vorfall auf der Steinalm angefertigt worden waren, die Explosion einer Gasflasche,

oder die Detonation einer Kiste mit Handgranaten in deren unmittelbarer Nähe, als ursächlich für den Tod der Finanziere sowie die Zerstörung des Stützpunktes ansahen, blieb und bleibt Rom geradezu doktrinär bei seiner Hergangsversion und der Täterbeschuldigung und wies, wie stets bei derartigen Vorfällen, Wien eine „Mitschuld“ zu, da die österreichischen Behörden zu wenig gegen den Terrorismus in Italien unternahmen.

Dass diese offizielle römische Schuldzuschreibung zu verwerfen ist, zeigt eigentlich allein schon Speckners Durchleuchtung des damaligen Vorfalls, zudem untermauert die eigens durchgeführte neue wissenschaftlich begründete Begutachtung durch den Sachverständigen Hasler seine aktenmäßig erschlossenen historischen Ergebnisse. Hasler stellt nämlich aufgrund seiner umfangreichen Befunde, einer forensischen, kriminaltechnischen Analyse sowie der Bewertung der angeführten einzelnen Sachverhalte unumwunden fest, „dass sich der aktenkundig beschriebene Vorfall am 9. September 1966 auf der Steinalm mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit so NICHT ereignet haben konnte“. Infolgedessen verwirft er die dem damaligen Gerichtsverfahren und Urteil zugrundeliegenden Ergebnisse italienischer Gutachter, indem er konstatiert, sie unterlägen „keinen fachlich fundierten und objektiv ermittelten gerichtsverwertbaren Schlussfolgerungen“.

Schließlich der an Tragik und Verwerflichkeit des amtlichen Wirkens italienischer Politik wie Justiz und Agierens der Medien sowie des publizistischen ebenso wie des generellen wissenschaftlich und historiographischen Nachhalls im Blick auf die „Südtiroler Bombenjahre“ wohl kaum zu übertreffende „Fall Porzescharte“. In einer Auflistung von (nach heutigen Erkenntnissen angeblichen) Terroranschlägen, die einer Wien übermittelten diplomatischen „Verbalnote“ des römischen Außenministeriums vom 18. Juli 1967 beigeheftet ist, wird das Geschehen auf der Porzescharte am 25. Juni 1967 wie folgt „klar und eindeutig“ beschrieben: *„Sprengung des Mastes einer Hochspannungsleitung durch eine mit Uhrwerk versehene Sprengvorrichtung. Während des Lokalausgangs tritt der Alpini-Soldat Armando Piva auf eine Tretnine und verursacht eine Explosion. Infolge der schweren Verletzungen stirbt der Soldat kurz darauf im Zivilkrankenhaus von Innichen. Gegen 15 Uhr desselben Tages gerät eine Feuerwerker-Truppe nach Säuberung des um den Hochspannungsmast gelegenen Geländes in eine weitere Minenfalle. Die Explosion verursacht den Tod des Karabinierhauptmanns Francesco GENTILE, des Fallschirmjägerleutnants Mario DI Legge und des Fallschirmjäger-Unteroftiziers Olivo TOZZI [sic!, der richtige Name ist DORDI], sowie schwere Verletzung des Fallschirmjäger-Feldwebels Marcello FAGNANI. Am Tatort wurde ein Gerät mit der Aufschrift B.A.S. aufgefunden.“*

Schon von Anfang an hatten sich daran jedoch äußerst auffällige Widersprüche ergeben. Bereits am 26. Juli, also einen Tage nach den ersten italienischen Meldungen, die österreichische Stellen übermittelt worden waren, ließ sich der Osttiroler Bezirkshauptmann Dr. Doblander mit einem Hubschrauber an den Ort des Geschehens bringen. Das Ergebnis seines Erkundungsfluges meldete die Sicherheitsdirektion für Tirol an das österreichische Innenministerium: *„Der Bezirkshauptmann schließt, mit 100 %-iger Sicherheit‘ aus, daß in der Nähe dieses Mastes eine andere Explosion erfolgt ist. Es konnten weder Fußspuren noch Blutspuren noch irgendwie andere Spuren festgestellt werden, die darauf hindeuten würden, daß sich hier mehrere Menschen befunden haben. Der italienische Grenztrupp soll aber aus 25 Personen bestanden haben. Die Anwesenheit dieser 25 Personen in der Nähe dieses Mastes hält der Bezirkshauptmann auf Grund der Bodenlage und -beschaffenheit für ausgeschlossen.“* Dies deckte sich mit dem Inhalt eines Aktenvermerk der Tiroler Sicherheitsdirektion aufgrund von Angaben der Österreichischen Verbundgesellschaft, wonach zwei deren Monteure aus dem Standort Lienz in Begleitung eines

Gendarmeriebeamten am 27. Juni auf der Porzescharte zur Schadensbegutachtung an der Leitung von Lienz nach Pelos waren. In besagtem Aktenvermerk wurde daraufhin festgehalten: *„Im näheren Bereich des Mastes auch auf italienischem Gebiet konnte außer einem Zettel, italienisch beschriftet, einigen Drähten, keine Spuren gefunden werden, die auf Minenexplosionen und vor allem auf das Verunglücken von Menschen schließen lassen. Es wäre anzunehmen, daß in solchen Fällen Verbandreste, Blutspuren oder ähnliches wahrnehmbar gewesen wäre. Außer einem weit entfernten Posten in der meist besetzten Kaverne aus dem 1. Weltkrieg waren im gesamten Bereich weder Grenzschutzorgane, Militär noch Arbeiter zu bemerken.“*

Der „blutigste Terrorakt“

Fest steht, dass die alsbald für „den blutigsten Terrorakt“ verantwortlich gemachten und in Innsbruck in Untersuchungshaft genommenen Aktivisten des Südtiroler Freiheitskampfes Erhard Hartung (Arzt), Peter Kienesberger (Elektriker) und Egon Kufner (Soldat) in der betreffenden Nacht im Juni 1967 gemeinsam am Ort des Geschehens waren. Sie waren Peter Kienesberger am 24. nach Einbruch der Dunkelheit – um vom Alpini-Stützpunkt Forcella Dignas aus nicht gesehen zu werden –, in Richtung Porzescharte aufgestiegen, um, wie sie stets beteuert(e)n, dort einen verwundeten Südtiroler BAS-Mann zu übernehmen, das Vorhaben aber aufgrund von unüblichen Wahrnehmungen des durch viele ähnliche Einsätze erfahrenen Kienesberger, der sie als mögliche italienische Falle deutete, abbrechen. Buchautor Speckner arbeitete heraus, dass Kienesbergers Erkenntnis, in dieser Nacht nicht allein auf der Porzescharte zu sein, mit einiger Sicherheit der Wirklichkeit entsprochen haben dürfte. Vehement stell(t)en Hartung und Kufner, die beiden noch Lebenden – Kienesberger verstarb 2015 – das von italienischer Seite unterstellte Ziel der gezielten Tötung von Angehörigen der italienischen Sicherheitskräfte mittels Minen in Abrede. Die in Italien verurteilten und dort nach wie vor von Inhaftierung bedrohten, in Österreich hingegen freigesprochenen beiden lebenden Aktivisten beteuern in aller Klarheit, mit dem Tod der vier italienischen Soldaten am 25. Juni 1967 nicht das Geringste zu tun zu haben, was in den österreichischen Gerichtsverfahren, dem damals zugrundeliegenden, von ihren Verteidigern initiierten Gutachten sowie von den in Speckners vorgelegtem Buch eingegangenen jüngsten Sachverständigen- Expertisen untermauert wird.

Nach italienischer Darstellung der Ereignisse um den 25. Juni 1967, welche unter Druck, dem sich Wien nicht widersetzte, vom politischen Österreich und dessen Sicherheits- sowie partiell auch Justizorganen letztlich übernommen worden ist, soll die Gruppe Kienesberger binnen einer halben Stunde den Strommast direkt an der Grenze doppelt vermint und zwei perfekt getarnte Sprengfallen derart optimal verlegt haben, dass sie ihr mörderisches Ziel erreicht hätten. Festzuhalten ist, dass diese Darstellung trotz aller neuen Archivfunde und seit 2013 erschienenen Publikationen, welche sie erheblich in Zweifel ziehen, als alleingültige angesehen wird – in Italien sowieso – und auch von einigen Historikern, insbesondere in Südtirol, geteilt wird. Dies vornehmlich infolge des ideologisch motivierten „erkenntnisleitenden Interesses“ und merklicher Bedachtnahme auf die vielfach obwaltende „politische Korrektheit“, wonach die „Porzescharte-Attentäter“ aus Österreich „eindeutig dem Rechtsextremismus zuzurechnen“ seien.

Wie sich in Speckners vorliegendem Buch zeigt, missachtet die erwähnte Übernahme der italienischen Darstellung die sicherheitsdienstliche Aktenlage sowie die sprengtechnischen und naturwissenschaftlichen Bedingungen des Geschehens(ablaufs) auf der Porzescharte.

Diese werden in den darin enthaltenen gutachterlichen Stellungnahmen der Sachverständigen Ruspeckhofer und Hasler ausführlich erörtert. So resümiert Max Ruspeckhofer die von ihm angestellten umfangreichen sprengtechnischen Analysen und fasst deren Ergebnisse unumwunden in der aussagekräftigen Feststellung „*ein Attentat das keines war*“ zusammen.

Hasler stellte nach vier Jahren umfangreicher wissenschaftlicher Feldversuche Rekonstruktionen zu dem Vorfall und den beschriebenen Sachverhalten im Detail zusammen. In forensischen Untersuchungen wurden die aufgrund der vorhandenen Akten sich ergebenden Sachverhalte in nach modernsten, aus naturwissenschaftlich-(spreng)technischen Erkenntnissen gewonnenen Methoden auf Plausibilität sowie Reproduzierbarkeit hin überprüft und bewertet sowie schließlich den aktenkundigen Ergebnissen gegenübergestellt. Der Gutachter stellte zusammenfassend fest: *„Aufgrund der sehr umfangreichen Befundaufnahme, der Feldversuche/ Rekonstruktionen sowie Detailanalysen der einzelnen Sachverhalte zu den aktenkundigen Angaben der Ereignisse vom 25. Juni 1967 auf der Porzescharte kann [.....]mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit gesagt werden, dass sich die Ereignisse so NICHT ereignet haben können. Die dokumentierten Ereignisse sind nicht im Ansatz reproduzierbar, absolut unerklärbar und nicht im Ansatz nachvollziehbar. [.....] Praktische Feldversuche bei denen die Sprengung vom 25.06.1967 mehrmals mit ballistischer Gelatine, humanoiden Dummies und Indikatoren nach den Aktenangaben wissenschaftlich hinterfragt und nachgestellt wurden“, belegten dies „eindeutig und zweifelsfrei“.*

Speckners (im Verlag effekt!, Neumarkt/Etsch) unter dem Titel „Pfitscherjoch Steinalm Porzescharte. Die drei ‚merkwürdigen Vorfälle‘ des Höhepunktes der Südtiroler Bombenjahre in den Jahren 1966 und 1967“ erschienenenes und mit bisher unbekanntem sowie sich aus dem Wirken der Gutachter ergebenden Illustrationen Buch schließt mit einem anlassbezogenen pointierten Überblick über jene überaus beachtenswerten geheimdienstlichen Aktivitäten in Italien, welche vor allem im Zusammenhang mit der Südtirol-Problematik von Belang und Substanz sind.

Ehre und Unehre

Abschließend ist festzuhalten, dass der Beharrlichkeit und Zielstrebigkeit des einschlägig ausgewiesenen Autors das Hauptverdienst zukommt, in gründlichen Forschung(sarbeit)en den Nachweis erbracht zu haben, dass für die Anschläge von 1966 und 1967 auf dem Pfitscherjoch, der Steinalm und der Porzescharte keineswegs unter die Verantwortung der Freiheitskämpfer des BAS zu rubriziert werden dürfen, sondern entweder als Unfälle zu verbuchen sind oder den von höchsten Stellen, Amtsträgern und Politikern des Staates angeordneten und/oder gebilligten Umtriebe nationalistisch-autoritär gesinnter italienischen

Geheimdienste und darin wirkenden Funktionsträgern anheimzustellen sind. Es gereicht Italien ebenso wenig wie einer gewissen Spezies der Historiker- wie der Politologenzunft nicht zur Ehre, dass es trotz längst dingfest gemachter Widersprüchlichkeiten und nachgewiesener Unrichtigkeiten unnachgiebig die Absicht zu verfolgen scheint, an seinen bzw. ihren herkömmlichen Darstellungen festzuhalten. Und allen in die Südtirol-Frage involvierten Amts- und Funktionsträgern in Politik, Justiz, Wissenschaft und Medien Österreichs und Tirols als Ganzes ist leider der Vorwurf nicht zu ersparen, angesichts aller neuen Erkenntnisse, die sie aufrütteln müssten, vor diesem untragbaren Zustand die Augen zu verschließen.

Das Buch wird am 9. Mai in der Landesverteidigungsakademie, Stiftgasse 2a, in Wien vorgestellt

Tschechien (Seiten E 265 - E 273)

01) Täglicher Einkauf für viele Tschechen (fast) nicht mehr leistbar

Laut einer aktuellen Eurostat-Analyse zu den **steigenden Lebensmittelpreisen** gab es im vergangenen Jahr die meisten Teuerungen in Ungarn. Der Verbraucherpreisindex verzeichnet dort im Jahresvergleich einen Anstieg von 49,6 Prozent. Wie die Presseagentur ČTK weiter berichtet, steht Tschechien in dem EU-Vergleich an sechster Stelle, hier betrug der Anstieg **27,2 Prozent**. Deutschland befindet sich mit 20,5 Prozent vier Plätze hinter Tschechien. Der EU-Durchschnitt liegt für 2022 bei 18,2 Prozent, d.h. Tschechien ist die Hälfte drüber! Im Vorjahr hatte man sich noch im Mittelfeld aller EU-Länder befunden. Der Teuerungsindex betrug noch 2021 lediglich 4,4 Prozent. [Radio Prag untersucht hier die Gründe für den Preis-Irrsinn](#) – einer liegt mit dem ausgebliebenen (günstigen) russischen Gas ja auf der Hand.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 27, 2023

Wien, am 23. Februar 2023

02) Rentner in Tschechien nagen am Hungertuch

Derzeit erhitzt ein Thema ganz besonders die Gemüter im tschechischen Abgeordnetenhaus: die Anpassung der Renten an die Inflation. Denn die Regierung hat – trotz galoppierender Inflationszahlen (2022: um 15%) entschieden, im Juni die Altersbezüge **nur zur Hälfte** dessen **zu erhöhen**, was derzeit das Gesetz vorschreibt. Die Opposition hat erbitterten Widerstand angekündigt.

Jedes Jahr wird in Tschechien die Rente um die Inflationsrate erhöht und um die Hälfte der Reallohnsteigerung. Sind die Verbraucherpreise seit der letzten Rentenanpassung aber mehr als fünf Prozent angestiegen, kommen **weitere Anpassungen** hinzu. So sieht es das entsprechende Gesetz vor. Im Juni steht genau eine solche außerplanmäßige Rentenerhöhung bevor. Doch die tschechische Regierung hat am Montag entschieden, dass die Anpassung weit niedriger ausfallen soll als eigentlich vorgeschrieben, [wie Radio Prag hier ausführlich berichtet](#).

<https://deutsch.radio.cz/stellen-sie-sich-auf-die-hoelle-ein-streit-um-die-rentenanpassung-tschechien-8775690>

„Stellen Sie sich auf die Hölle ein“ – Streit um die Rentenanpassung in Tschechien

21.02.2023



<https://deutsch.radio.cz/stellen-sie-sich-auf-die-hoelle-ein-streit-um-die-rentenanpassung-tschechien-8775690>

[volume](#)

„Stellen Sie sich auf die Hölle ein“ – Streit um die Rentenanpassung in Tschechien
Länge 5:38

Illustrationsfoto: Michaela Danelová, Archiv des Tschechischen Rundfunks

Derzeit erhitzt ein Thema ganz besonders die Gemüter im tschechischen Abgeordnetenhaus: die Anpassung der Renten an die Inflation. Denn die Regierung hat entschieden, im Juni die Altersbezüge nur zur Hälfte dessen zu erhöhen, was derzeit das Gesetz vorschreibt. Die Opposition hat erbitterten Widerstand angekündigt.



Marian Jurečka.- Foto: Regierungsamt der Tschechischen Republik

Seite E 267 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

Jedes Jahr wird in Tschechien die Rente um die Inflationsrate erhöht und um die Hälfte der Reallohnsteigerung. Sind die Verbraucherpreise seit der letzten Rentenanpassung aber mehr als fünf Prozent angestiegen, kommen weitere Anpassungen hinzu. So sieht es das entsprechende Gesetz vor. Im Juni steht genau eine solche außerplanmäßige Rentenerhöhung bevor. Doch die tschechische Regierung hat am Montag entschieden, dass die Anpassung niedriger ausfallen soll als eigentlich vorgeschrieben.

Arbeits- und Sozialminister Marian Jurečka (Christdemokraten) erläuterte in den Inlandssendungen des Tschechischen Rundfunks:

„Der Mechanismus zur Anpassung der Renten ist nicht geschaffen worden für den Fall hoher Inflationsraten. In den vergangenen Monaten hat sich deswegen die Schere zwischen niedrigen und hohen Renten weiter geöffnet. Das ist einer der Gründe, weswegen wir das entsprechende Gesetz ändern wollen.“

https://twitter.com/MJureka/status/1625862421137989632?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1625862421137989632%7Ctwgr%5Efd687013222bcc399f997d9a4a8d8d16414f828e%7Ctwcon%5Es1_c10&ref_url=https%3A%2F%2Fdeutsch.radio.cz%2Fstellen-sie-sich-auf-die-hoelle-ein-streit-um-die-rentenanpassung-tschechien-8775690

Konkret sollen die Altersbezüge im Juni um 2,3 Prozent steigen. Und außerdem erhält jeder Rentner noch 400 Kronen (17 Euro) im Monat mehr – von diesem Festbetrag sollen gerade die Bezieher niedriger Renten profitieren.

Die Ruhegelder würden sich damit laut den Berechnungen der Regierung um 760 Kronen (32 Euro) erhöhen. Gemäß der derzeitigen Regelung müssten sie aber eigentlich um 1770 Kronen (75 Euro) angehoben werden.

Für diese Einsparungen hat sich das Kabinett aus zwei Gründen entschlossen.

„Die Ausgaben würden auch in den nächsten Jahren den Staatshaushalt stark belasten. Dabei müssen wir derzeit zum Beispiel auch im Blick haben, welchen Bedarf an Unterstützung diejenigen haben, die im produktiven Alter sind und arbeiten, aber zugleich Kinder großziehen. Ihre finanzielle Lage ist derzeit deutlich schlechter als die der Menschen im Ruhestand, deren Renten voll an die Inflation angepasst wurden. Da geht es auch um eine bestimmte Solidarität zwischen den Generationen“, so Jurečka.

Und nicht zuletzt verweist der Minister darauf, dass das Rentenniveau derzeit deutlich ansteigt. Vor anderthalb Jahren habe die Durchschnittsrente noch bei nicht ganz 40 Prozent des Durchschnittslohns gelegen, so der Minister. Derzeit sind es aber 48 Prozent, das entspricht etwa dem Wert in Deutschland. Und ab Juni läge das Niveau bei über 50 Prozent, käme es zur Anpassung in vorgeschriebener Höhe.



Andrej Babiš.-

Foto: Martin Vaniš, Radio Prague International

Um sein Vorhaben durchzusetzen, bringt das Kabinett am Dienstag kommender Woche ein geändertes Gesetz über die Rentenanpassung ins tschechische Parlament. Die Opposition hat jedoch harten Widerstand angekündigt. Der Vorsitzende der Partei Ano, Andrej Babiš, kündigte „die Hölle“ an für die Regierungskoalition. Man werde alle Register ziehen, sagte auch Ano-Vizechefin und Ex-Finanzministerin Alena Schillerová. Damit will die größte Oppositionskraft zusammen mit der Rechtsaußenpartei „Freiheit und direkte Demokratie“ eine rechtzeitige Verabschiedung des Gesetzes verhindern. Schillerová vermutet, dass die Regierungskoalition bei der Haushaltsplanung für dieses Jahr einfach geschlampt hat und nun die Rentner darunter leiden sollen:

„Als ehemalige Finanzministerin habe ich schon mehrmals darauf aufmerksam gemacht, dass die Regierung keine einzige Krone für eine außerplanmäßige Rentenanpassung im Budget vorgesehen hat. Und jetzt will sie dieses Problem lösen, indem sie diese Anpassung gesetzeswidrig absenkt.“

Im tschechischen Parlament könnte es nun zu einem spannenden Rennen mit der Zeit kommen. Denn das geänderte Gesetz über die Rentenanpassung müsste bis 22. März im Amtsblatt veröffentlicht werden, um noch zum Juni in Kraft zu treten.

Das Interessante dabei: Es geht nur um eine einmalige Änderung des Gesetzes. Denn die Regierung war leicht geschockt, als die Januar-Zahlen zur Preissteigerung in Tschechien veröffentlicht wurden. Die Inflationsrate hatte sich auf 17,5 Prozent erhöht, obwohl man eigentlich von einer sinkenden Tendenz ausgegangen war.

https://twitter.com/strakovka/status/1627683291624050688?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1627683291624050688%7Ctwgr%5Efd687013222bcc399f997d9a4a8d8d16414f828e%7Ctwcon%5Es1_c10&ref_url=https%3A%2F%2Fdeutsch.radio.cz%2Fstellen-sie-sich-auf-die-hoelle-ein-streit-um-die-rentenanpassung-tschechien-8775690

Wirtschaftsexperten mahnen aber, dass die Art und Weise der Rentenanpassung dauerhaft geändert werden müsste – damit diejenigen mit niedrigeren Altersbezügen nicht regelmäßig schlechter dastehen. Die Regierung habe dies im Blick, sagt Marian Jurečka:

„Im Rahmen der Rentenreform soll auch das System für die Anpassung der Altersbezüge geändert werden – damit bei etwaigen erneuten hohen Inflationsraten die Schere zwischen den niedrigen und den hohen Rentenzahlungen und zwischen den Rentnern und dem Rest der Bevölkerung nicht noch weiter aufgeht.“

Die Rentenreform soll 2024 in Kraft treten. So lautet zumindest der Plan der Regierung. Die Diskussion innerhalb der tschechischen Gesellschaft ist aber noch längst nicht abgeschlossen, denn es geht unter anderem um die Anhebung des Renteneinstiegsalters. Ob also der Zeitrahmen eingehalten werden kann, muss offen bleiben.

Autor: [Till Janzer](#)

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 26, 2023

Wien, am 22. Februar 2023

03) Die Wunden nach der Wahl

Von CR Gernot Facius

Die Kommentatoren waren sich am Wochenbeginn ziemlich schnell einig: Die Wahl von **Petr Pavel** zum neuen tschechischen Staatspräsidenten mit **58,3 Prozent** der Stimmen markiere einen **grundlegenden politischen Wandel** im Land. Wichtige Werte hätten gewonnen, ließ der Neue auf der Prager Burg wissen: Wahrheit, Anstand, Respekt und Demut. Schon zwei Tage nach dem Urnengang wurde der Ex-General in Medien als „neuer Havel“ verklärt, der den Sieg von Wahrheit und Liebe über das Land bringe. Das Wort „Zeitenwende“ hatte wieder Konjunktur. „Schluss mit Populismus“ verkündete das Hamburger Wochenblatt „Die Zeit“: Tschechien wende sich gen Westen. Da ist ja etwas dran. Die Wähler haben sich von der Schaukelpolitik des noch bis 9. März amtierenden Präsidenten **Miloš Zeman** abgewandt, der den ehemaligen Premier **Andrej Babiš** unterstützte, der in der Stichwahl Pavel unterlag. Babiš kam nur auf 41,67 Prozent – trotz der publizistischen Unterstützung durch sein Medienimperium. Die **Wahlbeteiligung** lag bei **70,25 Prozent**, die höchste der bisherigen Präsidentschaftswahlen. Babiš solle man aber noch nicht abschreiben, warnte Zeman, der enge Beziehungen zu Russland und China pflegte. Premier **Petr Fiala** bezeichnete den Wahlkampf als den schmutzigsten in der neueren Geschichte der Republik. Babiš habe Populismus mit Extremismus verbunden, das sei „extrem gefährlich“. Dass die tschechische Gesellschaft Schrammen davongetragen und die Wahl das Land polarisiert habe, davon zeigten sich viele Kommentatoren überzeugt. Der Zeman-Nachfolger wird viel Kraft aufbringen müssen, die Wunden zu heilen. Auf die Burg komme ein Präsident, der sich zum Ziel gesetzt habe, die unterschiedlichen Ansichten zu vereinen und die Stimmung zu beruhigen, sagte Fiala: „Dies ist unglaublich wichtig für unsere Zukunft.“ Die Spaltung in der Gesellschaft lässt sich vor allem daran ablesen, dass in den Städten überwiegend junge Menschen für Pavel stimmten. Und dann drängt sich

natürlich die Frage auf: Wie wird sich der Wechsel an der Staatsspitze auf das noch immer **komplizierte sudetendeutsch-tschechische Verhältnis** auswirken? Darüber kann im Augenblick allerdings nur gerätselt werden. Pavel hat sich in seiner Zeit als Nato-General aus der Debatte herausgehalten. Das wird aber auf Dauer nicht so bleiben können, sollte sein Insistieren auf Werte, Wahrheit und Anstand ernst gemeint sein. Bei seiner **Antrittsrede** hätte er Gelegenheit, sich im positiven Sinn zu erklären. Das wäre dann wirklich ein Stück Zeitenwende.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 15, 2023

Wien, am 31. Januar 2023

04) Tschechiens neu gewählter Präsident legt sich mit Peking an

06. 02. 2023



Tschechien – Der neue tschechische Präsident Petr Pavel, der am 9. März sein Amt antreten wird, wurde am 28. Januar mit 58,3 % der Stimmen gewählt und hat bereits begonnen, die Weichen für seine Amtszeit zu stellen, insbesondere auf internationaler Ebene.

So ergriff er die Initiative und nahm direkten Kontakt zu seiner taiwanesischen Amtskollegin Tsai Ing-wen auf, mit der er auf Initiative der taiwanesischen Seite ein viertelstündiges Telefongespräch führte, über das er bereits am Montag auf Twitter berichtete:

„Heute habe ich mit der Präsidentin Tsai Ing-wen von Taiwan gesprochen. Ich habe ihr für ihre Glückwünsche gedankt und [ich] habe ihr versichert, dass Taiwan und die Tschechische Republik die Werte der Freiheit, der Demokratie und der Menschenrechte teilen und dass wir unsere Partnerschaft weiter stärken werden.“

Die chinesischen Behörden, die in der Taiwan-Frage sehr kitzelig sind, reagierten wieder einmal mit einer scharfen Reaktion. Das chinesische Außenministerium protestierte gegen die Initiative des zukünftigen tschechischen Präsidenten, der am 9. März vereidigt wird. Es

erinnerte daran, dass China „*dagegen ist, dass sich die Länder, mit denen es diplomatische Beziehungen unterhält, in irgendeiner Form an einem offiziellen Austausch mit den Behörden Taiwans beteiligen*“, und war der Ansicht, dass dies die Glaubwürdigkeit von Petr Pavel „*untergräbt*“, da „*während der Wahlperiode [dieser] offen erklärt hatte, dass das Prinzip ‚ein China‘ respektiert werden müsse*“.

Der tschechische Premierminister Petr Fiala stellte seinerseits, ebenfalls über Twitter, klar, dass „*die Politik der Tschechischen Republik gegenüber China unverändert bleibt und der Politik unserer Verbündeten entspricht. Die Tschechische Republik respektiert ihre eigene Ein-China-Politik und setzt sie durch.*“

Zur Erinnerung: Die Insel Taiwan (offiziell „Republik China“) ist die einzige chinesische Provinz, die nicht vom kommunistischen China erobert wurde, nachdem sich die chinesisch-nationalistische Regierung (Kuomintang) unter Chiang Kai-shek nach der Niederlage ihrer Truppen gegen die Kommunisten auf dem chinesischen Festland dorthin zurückgezogen hatte. Die derzeitige Präsidentin Tsai Ing-wen, die 2016 gewählt und 2020 wiedergewählt wurde, befürwortet die Unabhängigkeit Taiwans, die zwar de facto seit 1949 besteht, aber nie offiziell erklärt wurde und für China einen sehr ernstesten casus belli darstellt.

Der gewählte Präsident Petr Pavel, der von 2015 bis 2018 Vorsitzender des NATO-Militärausschusses war, steht in jedem Fall im Gegensatz zur bekennenden Sinophilie des scheidenden Präsidenten Miloš Zeman, der für seine unkonventionelle Haltung bekannt ist und sich bis zum 24. Februar 2022 und dem Beginn der russischen „Sonderoperation“ in der Ukraine pro-chinesisch und auch pro-russisch positioniert hat.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [VISEGRÁD POST](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Klarer Sieg von General Pavel in Stichwahl

Der künftige tschechische Staatspräsident, General a. D. **Petr Pavel** hat bei der Stichwahl am Freitag und Samstag die meisten Wähler der in der ersten Runde unterlegenen Kandidaten **Danuše Nerudová** und **Pavel Fischer** – beide gaben auch eine Wahlempfehlung für ihn ab - für sich gewinnen können. Dies hat eine Analyse von PAQ Research ergeben. Pavel siegte mit **58,32 Prozent** der Stimmen gegen Ex-Premier **Andrej Babiš** (Partei Ano). Für den früheren Nato-General stimmten 3,36 Millionen Wähler und damit rund 960.000 mehr als für Babiš.

Laut dieser Analyse konnte Petr Pavel aber auch **Nichtwähler mobilisieren** und Anhänger von Babišs Partei Ano für sich gewinnen. Andrej Babiš habe wiederum vor allem in seinen eigenen Wählerbastionen (**Karwin / Karvina 62%**, Mehrheiten in den Sudetengebieten – dem gegenüber stehen vernichtende Niederlagen in den größten Städten) gepunktet. Doch er verlor insgesamt rund 400.000 Stimmen gegenüber der ersten Runde der Präsidentschaftswahl.

Petr Pavel ist erst der zweite tschechische Präsident nach **Miloš Zeman**, der direkt gewählt wurde. Seit 2013 können die Bürger des Landes selbst über ihr Staatsoberhaupt abstimmen. Die Wahlbeteiligung lag dieses Mal deutlich höher als bei den beiden vorangegangenen Präsidentschaftswahlen von 2013 und 2018, und zwar bei **70,24 Prozent**.

Wahl des Staatspräsidenten in Regionen der ČR:

P – Pavel, B – Babiš

PRAG

1. *Wahlgang: P 51, B 20*
2. *Wahlgang: P 76, B 24*

SÜDBÖHMEN

1. *Wahlgang: B 35, P 34*
2. *Wahlgang: P 59, B 41*

SÜDMÄHREN

1. *Wahlgang: B 34, P 34*
2. *Wahlgang: P 59, B 41*

KARLSBADER REGION

1. *Wahlgang: B 43, P 31*
2. *Wahlgang: B 51, P 49*

BÖHMISCH-MÄHRISCHE HÖHE

1. *Wahlgang: B 35, P 31*
2. *Wahlgang: P 57, B 43*

REGION KÖNIGGRÄTZ

1. *Wahlgang: P 36, B 33*
2. *Wahlgang: P 60, N 40*

REICHENBERGER REGION

1. *Wahlgang: P 35, B 34*
2. *Wahlgang: P 59, B 41*

MÄHRISCH-SCHLESISCHE REGION

1. *Wahlgang: B 45, P 28*
2. *Wahlgang: B 53, P 47*

REGION OLMÜTZ

1. *Wahlgang: B 40, P 30*
2. *Wahlgang: P 52, B 48*

REGION PARDUBITZ

1. *Wahlgang: B 35, P 34*
2. *Wahlgang: P 58, B 42*

REGION PILSEN

1. *Wahlgang: B 37, P 34*
2. *Wahlgang: P 56, B 44*

REGION MITTELBÖHMEN

1. *Wahlgang: P 40, B 31*
2. *Wahlgang: P 63, B 37*

REGION AUSSIG

1. *Wahlgang: B 47, P 29*
2. *Wahlgang: B 54, P 46*

REGION ZLIN

1. *Wahlgang: B 35, P 30*
2. *Wahlgang: P 56, B 44*

Peter Barton

Prag

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 14, 2023

Wien, am 30. Januar 2023

Ungarn (Seiten E 274– E 279)

06) Lüge über beschränkte Pressefreiheit in Ungarn sogar von EU-finanzierter NGO widerlegt!

23. 02. 2023



Man kennt zur Genüge die alte Leier woker Gutmenschen, vor allem außerhalb Ungarns: Im Land des Viktor Orbán seien die Medien praktisch gleichgeschaltet, Orbán-Gegner seien geknebelt, der Bevölkerung würden von Regierungsseite Lügen aufgetischt und deswegen könne die Opposition bei Wahlen keine Erfolge erringen. Quellen derartiger Meldungen sind meist verbitterte Linksoppositionelle in der Hauptstadt Budapest mit ihren verzerrten Darstellungen. Nur in seltenen Fällen können sich westliche Journalisten ein wirklichkeitstreuendes Bild machen, dies mangels Kenntnis des magyrischen Idioms.

Eine unbestritten objektive Quelle ist die renommierte deutschsprachige „Budapester Zeitung“. Sie veröffentlicht am 21. Februar einen Bericht über eine europaweite Erhebung des *European Centre for Press and Media Freedom* (ECPMF), eine Nicht-Regierungs-Organisation (NGO), die im Wesentlichen von der Brüsseler EU-Kommission finanziert wird und sich für die Durchsetzung, Bewahrung und Verteidigung des Rechts auf Pressefreiheit und freie Meinungsäußerung in ganz Europa einsetzt.

Das ECPMF stellt in seinem Jahresbericht „Monitoring Report 2022“ einen länderweisen Vergleich über die Gefährlichkeit der Arbeit von Journalisten zusammen. Eines der interessanten Ergebnisse: In Ungarn können sich Journalisten freier bewegen als in Deutschland. Wobei hier anzumerken ist: Entgegen der von Lohnschreibern Inseratengemästeter Medien hinausposaunten Nachrichten ist die Mehrheit der sozialen Medien Ungarns fest in oppositioneller Hand, während sich das öffentlich-rechtliche Fernsehen – wie hierzulande – weitgehend die Auffassungen der Regierung zu eigen macht.

Seite E 275 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

Im Kalenderjahr 2022 kommt es in Ungarn zu insgesamt zwei Vorfällen, bei denen Journalisten physisch bedroht werden. Einmal bei der Formel 1 auf dem Hungaroring, wo ein Sicherheitsmann einem zudringlichen englischen Fotoreporter eine Ohrfeige gibt. Beim zweiten Vorfall wird bei einer Solidaritätskundgebung für Lehrer ein Reporter des regierungsnahen Nachrichtenfernsehens Hír TV zur Seite geschubst. Wahrscheinlich sind beide Fälle, strafrechtlich besehen, weniger als leichte Körperverletzung, sondern vielmehr als tätliche Ehrenbeleidigung zu qualifizieren.

Die anderen neun Beanstandungen, wo die Pressefreiheit im Orbán-Land auf dem Spiel stehen könnte, betreffen etwa die Ermittlungen der Steuerbehörde gegen den Inhaber der oppositionellen Central-Mediengruppe, dem Haushaltsbetrug vorgeworfen wird. Genannt wird auch die auslaufende Frequenz-Konzession für den alternativen Sender *Tilos Rádió* (dt. Verbotenes Radio), allerdings ergänzt um den Hinweis, dass der Sender schließlich doch wieder an eine Frequenz gelangen konnte. Unter den verbalen Attacken vermerkt der Bericht Drohungen eines rechtsradikalen Portals gegen Mitarbeiter eines linksliberalen Mediums, die sich nicht wundern sollten, wenn sie zusammengeschlagen werden.

Deutsche Medienleute, vor allem Lokaljournalisten, leben deutlich gefährlicher als ihre magyrischen Kollegen. Im Vergleich zu den elf aktenkundigen Fällen Ungarns zählt die ECPMF in Deutschland satte 87 Fälle, in denen die Presse- und Medienfreiheit angegriffen wurde. Nebenbei: In Österreich sind es nur drei Ereignisse. Im Mittelfeld rangieren Serbien (41) und Griechenland (42). Am anderen Ende der Skala stehen die Türkei (167) und die von den Lohnschreibern als demokratisches und rechtsstaatliches Musterbeispiel gelobte Ukraine mit 140 Verstößen. Man sieht also: Auch in einem Land, an dessen Spitze ein gelernter Komiker steht, haben die Menschen wenig zu lachen.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf [ZURZEIT](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Orban droht erneut mit Veto: „Werden Beziehungen zu Russland aufrecht erhalten“

22. 02. 2023



Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban droht erneut mit einem Veto gegen eine Verlängerung der EU-Anti-Russland-Sanktionen. Der Grund: Er will vier Personen von der Sanktionsliste streichen lassen – wie „Politico“ am Mittwochmorgen unter Berufung auf drei Diplomaten in seinem Newsletter berichtete.

Aus dem Newsletter wird allerdings nicht ersichtlich, wen der ungarische Ministerpräsident ausnehmen möchte. Allerdings hat er darauf in seiner jährlichen Rede am 18. Februar hingewiesen. Damals sagte er unter anderem:

„Wir werden unsere wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland aufrechterhalten, und wir raten sogar der gesamten westlichen Welt dazu. Denn ohne Beziehungen wird es weder einen Waffenstillstand noch Friedensgespräche geben.“

Und weiter:

„Deshalb sind wir nicht damit einverstanden, dass Priester und Kirchenführer auf Sanktionslisten gesetzt werden. Es ist einfach schlimm genug, dass das Künstlern und Sportlern schon passieren konnte.“

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) EU-Abgeordneter: Orban hatte in der Migrationsdebatte recht

16. 02. 2023



Migranten protestieren im Budapester Keleti Bahnhof, 4. September 2015 (Bildquelle: Mstyslav Chernov / Wikimedia Commons)

Ungarn hat bisher mehr als 1,7 Milliarden Euro für den Bau des Grenzzauns ausgegeben, den die EU-Kommission nicht mit einem einzigen Forint unterstützt hat.

„Zeit gab Orban recht“

Die Zeit habe den ungarischen Premierminister in der Migrationsdebatte bestätigt: Viktor Orbán war der einzige europäische Führer, der vor 8 Jahren, als die Migrationskrise begann, die Notwendigkeit erkannte und betonte, Grenzen zu schützen – wenn nötig sogar mit einem Zaun. Und Orban ließ einen solchen Zaun bauen – wie der Fidesz-EU-Abgeordnete Balázs Hidvéghi am Mittwoch in einer Erklärung gegenüber [MTI](#) in Straßburg bekannt gab

„Wir freuen uns, dass jetzt, acht Jahre später, immer mehr Menschen erkennen, dass Viktor Orbán Recht hatte. Sicherlich hat die Zeit ihn bestätigt, und wir sehen, dass immer mehr EU-Staats- und Regierungschefs, sogar Politiker in Brüssel, die Bedeutung des Grenzschatzes zu betonen.

Ungarn schützt seit acht Jahren die EU-Außengrenze

Wie Hidvéghi betonte:

Eine der wichtigen und begrüßenswerten Schlussfolgerungen des jüngsten Treffens der EU-Staats- und Regierungschefs zum Thema Migration wäre der Erklärung zum verstärkten

Seite E 278 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

Schutz der EU-Außengrenzen gewesen. Bisher nämlich habe Ungarn seit acht Jahren für diese Außengrenze mehr als 1,7 Milliarden Euro mittels eines Grenzzauns ausgegeben. Und: Die EU-Kommission habe bisher keinen einzigen Forint dazu beigetragen.

„Ich denke, wir haben eine völlig legitime Erwartung, dass, wenn wir Europas Außengrenze schützen, was wir tun, dann sollte sich die Europäische Kommission auch an den Kosten beteiligen. Es ist Zeit für sie, die Rechnungen zu bezahlen.“

So Hidvéghi abschließend.

0:00 / 7:07

Hungary is the last defender of Europe - Magyarország Európa utolsó védelmezője



[Zotmund86](#)

1430 Abonnenten

168.305 Aufrufe 14.03.2017

https://www.youtube.com/watch?v=dQ5zCtDk_C0

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) Ungarischer Außenminister stützt US-Botschafter zurecht: „Ära der Interventionen ist vorbei. Ungarn ist ein souveräner Staat!“ (VIDEO)

04. 02. 2023



Péter Szijjártó, Minister für auswärtige Angelegenheiten und Handel · Foto: MTI / Zsolt Szigetváry

Seite E 279 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

Bei einem Medientermin fand der ungarischer Außenminister Péter Szijjártó deutliche Worte in Richtung Einmischungen ausländischer Interessen in die ungarische Innenpolitik. Man lasse sich nicht vorschreiben, wie man in Ungarn zu leben hätte. Die Ungarn alleine beurteilen, ob sie mit ihrem Leben und ihrer Regierung zufrieden sind, oder nicht. Sonst niemand.

Ungarischer Außenminister fährt mit USA Schlitten

Außenminister Szijjártó reagierte damit offen auf die Kritik des US-Botschafters David Pressman an der Haltung Ungarns zum Krieg in der Ukraine. Pressman äußerte gegenüber Politico folgende Kritik an Ungarn:

„Politische Führer in der ungarischen Regierung sprechen oft davon, den Frieden zu fördern, aber – von der Verurteilung von Sanktionen bis hin zur Annahme russischer ‚Waffenstillstands‘-Vorschläge – sie setzen sich weiterhin für eine Politik ein, die von Putin gebilligt wird.“

Wörtlich sagte Szijjártó dazu:

*„Wenn wir Botschafter akzeptieren, meinen wir das wörtlich. ‚Wir akzeptieren Botschafter‘. Jene Leute, von denen wir denken, dass sie von ihrem Land entsendet werden, um die Beziehungen zwischen beiden Staaten zu verbessern und auszubauen. In gegenseitigem Respekt. Wir akzeptieren keine Gouverneure und Platzhalter. Jene, die vermeintlich zu uns gesendet werden, um uns zu erklären, wie wir in unserem eigenen Land leben sollen. **Diese Ära ist vorbei. Ungarn ist ein souveräner Staat.** Uns erklärt niemand aus dem Ausland, wie wir zu leben haben. Es ist irrelevant, wie die Bürger anderer Staaten oder auch Botschafter über unser Land und unsere internen politischen Angelegenheiten denken. Die Ungarn werden entscheiden, ob unsere Regierung gut oder schlecht arbeitet. Ob sie zufrieden sind, oder nicht. Und das im Zuge von parlamentarischen Wahlen. Und selbst wenn es in anderen Regionen der Welt üblich ist, auch in jener des Herrn Botschafters, andere Ansätze und Oppositionen zu unterstützen und auch zu finanzieren. Wir fordern mehr Respekt für die Ungarn ein. Auch vom Herrn Botschafter!“*

Based Hungary

@HungaryBased

Hungarian Foreign Minister's response to the American Ambassador: "That era is over. Hungary is a sovereign country".

<https://unser-mitteuropa.com/ungarischer-aussenminister-stutzt-us-botschafter-zurecht-aera-der-interventionen-ist-vorbei-ungarn-ist-ein-souveraener-staat-video/>

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Serbien (Seiten E 280– E 281)

10) Serbischer Präsident: „Größte, unvergleichbare Weltkrise steht bevor“

11. 02. 2023



Mit einer mehr als düsteren Zukunftsprognose lässt der serbische Präsident Aleksandar Vučić, am Freitag in einem Interview mit [Prva TV](#), das auch die russische Nachrichtenagentur [TASZSZ](#) zitierte, aufhorchen:

„Wir stehen vor der größten Krise der Welt seit dem Zweiten Weltkrieg. Alles, was wir vorher hatten, ist fast nichts im Vergleich zu dem, was vor uns liegt... Wir haben eine große

Seite E 281 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

Eskalation vor uns. Und ich hoffe, dass einige von euch erkennen, dass wir das nicht brauchen. Die nächsten fünf oder sechs Monate werden die schlimmsten des Konflikts sein.“

„Kriegskrise wird unkontrollierbar“

Laut Vučić wird sich der Konflikt in der Ukraine in naher Zukunft zunächst verschärfen, dann ausweiten und schließlich unkontrollierbar werden.

Eskalation: Jetzt Panzer dann Kampfjets

Der serbische Präsident äußerte die Ansicht, dass nach der Entscheidung, Panzer an die Ukraine zu liefern F-16-Kampfjets folgen werden.

Am 25. Januar hatten die US-Behörden angekündigt, 31 M1 Abrams-Panzer an Kiew zu übergeben. Am selben Tag bestätigte die deutsche Bundesregierung, 14 Leopard-2-Panzer in die Ukraine zu schicken und auch anderen Ländern diese Erlaubnis zu erteilen. Der deutsche Verteidigungsminister Boris Pistorius sprach von einem Zeitraum „bis Ende März“. Und auch Großbritannien, Norwegen, Polen, die Slowakei und Frankreich kündigten ähnliche Pläne an.

US-Präsident Joe Biden erklärte zwar am 30. Januar, dass die USA keine F-16-Kampfjets an die Ukraine liefern würden. Die „Washington Post“ berichtete jedoch am 1. Februar, dass einige Pentagon-Beamte „mit einer möglichen Genehmigung für den Transfer von F-16 drohten“. Außerdem mit der Möglichkeit, dass Washington seinen Verbündeten eine US-Ausfuhr-Erlaubnis erteilen könnten.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

W e i ß r u s s l a n d (Seiten E 282 - E 287)

01) Russlands Pläne Will sich der Kreml Belarus einverleiben?

Von Florian Flade, Lea Frey, WDR, und Manuel Bewarder, WDR/NDR

Stand: 21.02.2023 00:00 Uhr



Exklusiv

Ein internes Strategiepapier des Kreml, das *WDR*, *NDR* und *SZ* vorliegt, beschreibt detailliert Pläne Moskaus für eine schleichende Übernahme des Nachbarlandes Belarus. Westliche Sicherheitskreise halten das Papier für authentisch.

Von Florian Flade, Lea Frey, WDR, und Manuel Bewarder, WDR/NDR

Alexander Lukaschenko ist vergangenen Freitag nach Moskau gereist. Russlands Präsident Wladimir Putin bedankte sich vor laufenden Kameras für den Besuch des Staatschefs von Belarus. Der wiederum entgegnete grinsend: "Als hätte ich nicht zustimmen können."

Lukaschenko gibt sich immer wieder aufmüpfig gegenüber dem Machthaber im Kreml. Dabei ist der Despot von Minsk heute so abhängig von Putin wie nie zuvor. Als 2020 Hunderttausende Menschen gegen ihn auf die Straße gingen, konnte er sich nur mit Hilfe Moskaus im Amt halten. Aber Russland könnte viel weitergehende Pläne mit Belarus haben, nämlich das westliche Nachbarland zu einem Vasallenstaat zu machen.

Das jedenfalls geht aus einem Dokument hervor, das aus der russischen Präsidialverwaltung stammen soll und das eine internationale Recherchekooperation auswerten konnte, zu der neben *WDR*, *NDR* und "Süddeutscher Zeitung" auch Yahoo

News, Delfi Estonia, Kyiv Independent, Expressen, Frontstory.pl, VSquare, Belarusian Investigative Center und das Dossier Center gehören. Das interne, bislang nicht öffentlich bekannte Strategiepapier soll aus dem Sommer 2021 stammen und ist 17 Seiten lang.

Schrittweise Übernahme der Kontrolle

Es skizziert den Plan für eine schleichende Annexion der bislang unabhängigen europäischen Nation Belarus durch Russland. Und zwar mit politischen, wirtschaftlichen und militärischen Mitteln. Detailliert wird beschrieben, wie Russland schrittweise die Kontrolle über Belarus erlangen könnte. Mit dem Endziel der Schaffung eines sogenannten Unionsstaates - spätestens im Jahr 2030.

Das Vorhaben eines "Unionsstaates" existiert seit 1999, wie weitreichend diese Pläne seitens Russlands gehen sollen, war bislang nicht bekannt. Bislang war das Thema "Unionsstaat" immer als ein Zusammenschluss in beidseitigem Interesse kommuniziert worden. In dem Papier geht es nun nur noch um den Vorrang russischer Interessen.



[19.12.2022](#)

[Treffen in Minsk Putins Schulterschluss mit Belarus](#)

- [Putin besucht Machthaber Lukaschenko in Minsk. Beim Treffen soll es auch um militärische Fragen gehen.](#)

Marionette Moskaus

Das Strategiepapier sagt klar, was der Zweck ist: die "Sicherstellung des vorherrschenden Einflusses der Russischen Föderation in den Bereichen Gesellschaft, Politik, Handel, Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Kultur und Information". Der westliche Einfluss solle zurückgedrängt und ein Bollwerk gegen die NATO geschaffen werden. Auch soll die Verfassungsreform, die im Februar 2022 beschlossen wurde, nach russischen Bedingungen vollendet werden. Prorussische Eliten sollen auch in der Wirtschaft, Forschung und der Zivilgesellschaft installiert werden.

Aus dem Dokument geht außerdem hervor, dass Russland offenbar seine Militärpräsenz in Belarus ausbauen möchte. So soll ein gemeinsames Kommandosystem über die Streitkräfte geschaffen werden. Zudem soll das belarusische Kernkraftwerk künftig in das Stromnetz des neu geschaffenen "Unionsstaates" integriert werden. Frachtschiffe mit Waren aus oder für Belarus sollen keine baltischen oder polnischen, sondern nur noch

russische Häfen anfahren. Es sollen darüber hinaus russische Schulen und Universitäten in Belarus gebaut und belarusische Kinder zu Schulungen in patriotische Zentren nach Russland geschickt werden.

"Russlands Ziel ist es, Belarus in eine Marionette zu verwandeln, um es so eng an sich zu binden, sodass Belarus unter jeder Regierung oder jedem Präsidenten, selbst nach Lukaschenkos Abgang, in der Sphäre der geopolitischen Kontrolle Russlands bleiben würde", sagt der belarusische Politikwissenschaftler und Historiker Valery Karbalevich. Ein Zusammenschluss beider Staaten würde jedoch "die Existenz von Belarus als unabhängiger Staat" beenden.



[10.10.2022](#)

[Belarus und Russland Gemeinsame Militäreinheit geplant](#)

- [Grund dafür seien angebliche Angriffspläne der Ukraine, sagte der belarusische Präsident Lukaschenko.](#)

Großrussland als Ziel

Das interne Strategiepapier soll aus einer Unterabteilung der russischen Präsidialverwaltung stammen, der Direktion "Grenzübergreifende Zusammenarbeit", die vor fünf Jahren gegründet wurde. Aufgabe dieses Bereiches soll es sein, Strategien zu entwickeln, wie Russland seinen Einfluss und die Kontrolle über seine Nachbarländer ausbauen kann. Etwa über das Baltikum, die Ukraine - oder eben Belarus.

Mehrere Quellen in westlichen Geheimdiensten schätzen das Dokument als authentisch und plausibel ein. Die Strategie müsse man als Teil eines größeren Plans sehen - ein sogenanntes Großrussland herzustellen.

Das Dokument ist in zwei Abschnitte eingeteilt. Zunächst werden die strategischen Ziele Russlands in Belarus aufgelistet, und zwar kurzfristig bis 2022, mittelfristig bis 2025 und langfristig bis 2030. Die Ziele wiederum sind jeweils in vier Bereiche gegliedert: politisch, militärisch und Verteidigungssektor, den gesellschaftlichen Sektor sowie Wirtschaft und Handel. Anschließend beschreibt das Dokument die mit den Zielen verbundenen Risiken. Dem Kreml dürfte klar sein, dass die kurzfristigen Absichten angesichts des Verlaufs des Ukraine-Krieges derzeit nicht alle realistisch sind.

Der Gesamtplan ist jedoch nach Einschätzung westlicher Geheimdienste nicht obsolet. In dem Kreml-Papier wird etwa ein vereinfachtes Verfahren für die Ausstellung russischer Pässe für belarusische Staatsbürger vorgeschlagen. Eine Strategie, die auch anderenorts,

etwa im Osten der Ukraine oder in der von Georgien abtrünnigen Region Abchasien bereits umgesetzt wurde, um Moskaus Einfluss zu erweitern und die nationale Souveränität von Staaten zu unterminieren.



[04.08.2022](#)

[Lukaschenko in Belarus Voller Macht, aber abhängiger denn je](#)

- [Vor zwei Jahren ließ sich Lukaschenko nach einer Schein-Wahl in Belarus zum Sieger erklären. Heute sitzt er fest im Sattel.](#)

Russisches Militär in Belarus

Die Ausweitung russischer Militärpräsenz in Belarus wird laut dem Papier ebenfalls angestrebt. Vieles davon wurde im Zuge des Krieges gegen die Ukraine bereits realisiert. Machthaber Lukaschenko hatte bisher eine dauerhafte Präsenz russischer Truppen auf belarusischem Boden immer zu verhindern versucht. Seit Oktober 2022 aber halten sich in Belarus Tausende russische Soldaten auf, werden teilweise dort ausgebildet. Die Streitkräfte von Belarus und Russland üben eine gemeinsam koordinierte Kampfführung.

Auch wirtschaftlich wächst der Einfluss tatsächlich weiter. Zwar war Belarus schon immer auf Russland angewiesen. Nach Experteneinschätzungen könnten jedoch bald bis zu zwei Drittel belarusischer Exporte nach Russland gehen. Wegen der internationalen Isolation und der Sanktionen hat Belarus zudem viele Handelspartner verloren.

Besonders auffällig ist die Entwicklung im Bereich der Medien. Seit der russischen Invasion in die Ukraine am 24. Februar 2022 ist die belarusische Propaganda ganz auf Kurs mit der russischen. Staatliche Medien verbreiten Hass auf die Ukraine und befeuern das Bild vom "kriegstreiberischen Westen".

Auch kommt Lukaschenkos Kampf gegen die belarusische Sprache und Kultur den russischen Plänen zugute. Wer eine Stadtführung auf belarusisch abhält, riskiert schon jetzt mindestens eine Festnahme. Die belarusische Sprache verschwindet immer mehr aus dem Alltag. Das scheint ganz im Sinne des Kreml zu sein. Dieser strebt laut des internen Strategiepapiers bis 2030 an, dass die russische Sprache die belarusische aus dem Amtsgebrauch verdrängt haben soll.

Der belarusische Historiker Valery Karbalevich hält einen schnellen Zusammenschluss seines Landes mit Russland derzeit für eher unwahrscheinlich. "Ich glaube nicht, dass

Lukaschenko sich dafür entscheiden wird, trotz all seiner Abhängigkeit von Russland. Auch die belarusische Gesellschaft ist nicht bereit für die Vereinigung", so Karbalevich. "Alle Institutionen sind so konzipiert, dass sie wie die eines unabhängigen Staates funktionieren."

Tatsächlich dürfte auch der Machthaber in Minsk eher wenig Interesse daran haben, dass der Plan des Kreml vollständig umgesetzt wird. Vertrauen, so westliche Geheimdienstkreise, hätten beide Männer bis heute nicht zueinander. Im Gegenteil: Jeder warte, bis der andere stirbt.



3 Min

[Russlands Pläne: Wie sich der Kreml Belarus einverleiben will](#)

Andreas Braun, WDR, 21.2.2023 · 06:07 Uhr

https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/russland-belarus-kreml-papier-101.html?utm_source=pocket-newtab-global-de-DE

02) „Schwarze Glieder, wirbelnde Körper, rollende Augen“: Lukaschenko in Simbabwe mit Stammestanz-Orgie empfangen

31. 01. 2023



dav

Seite E 287 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

Da staunte der etwas hölzerne weißrussische Präsident Aliaksandr Lukaschenko am Montag in Simbabwe nicht schlecht: Wurde er doch mit großem schwarz-afrikanischen Pomp und orgiastischem Stammestanz begrüßt. Lukaschenko wurde vom simbabwischen Präsidenten Emmerson Mnangagwa und Hunderten Anhängern der lokalen Regierungspartei am „Harare International Airport“ der Hauptstadt, benannt nach dem ehemaligen Staatschef Robert Mugabe, mit großem Jubel und ausgelassenem Gesang in Empfang genommen.

Lukaschenko nahm das ganze Ur-Spektakel in einer sichtlich erkennbaren Mischung aus entzückender Verwunderung entgegen. Und mag sich vielleicht so ähnlich, wie damals der englische Schriftsteller Joseph Conrad, in seinem Roman „Herz der Finsternis“ gefühlt haben:

„Ein Gewimmel schwarzer Glieder, viele Hände, die klatschten, Füße, die stampften, wirbelnde Körper, rollende Augen... Hier aber sah man einem Ding ins Auge, das ungeheuerlich und frei war. ... Sie heulten und sprangen und drehten sich und schnitten furchtbare Gesichter; was einen aber peinigte, war der Gedanke an ihre Menschlichkeit, ... der Gedanke, dass man mit diesem wilden und verzweifelten Aufruhr entfernt verwandt war. Ich versuchte ... den schweren, stummen Zauber der Wildnis zu brechen, ... indem sie vergessene, rohe Triebe und die Erinnerung an die Befriedigung ungeheuerlicher Lüste in ihm erweckte.“ (Conrad: „Herz der Finsternis“)

Anton Gerashchenko

[@Gerashchenko_en](#)

Folgen

Lukashenko made a sudden visit to Zimbabwe. Searching for allies? What do you think?

<<https://twitter.com/i/status/1620080191967232001>>

Beide Führer, als Verbündete Russlands, gaben sich nach dieser intensiven Vorstellung wortkarg. Nur das simbabwische Außenministerium bemerkte: Dass der Besuch darauf abziele, die bereits starke politische, wirtschaftliche, bergbauliche, landwirtschaftliche und Katastrophenmanagement-Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern zu verbessern.

Weißrussland hatte bisher das südafrikanische Land (nach Mnangagwas Besuch in Minsk im Jahr 2019) mit landwirtschaftlichen Geräten im Wert von mehreren zehn Millionen Dollar in Form von Traktoren, Mähdreschern und Lastwagen versorgt.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Ukraine (Seiten E 288 – E 358)

03) US-Abrams-Panzer erst in knapp zwei Jahren in der Ukraine +UPDATE 25.02+ „FT“: Panzer werden für Ukraine eine Last statt Hilfe sein

25. 02. 2023



+++UPDATE 25.02+++

„FT“: Abrams-Panzer werden für Ukraine eine Last statt Hilfe sein

Die von den USA erst kürzlich versprochenen „M1 Abrams“-Panzer, würden wohl Kiews Kriegsanstrengungen eher belasten als verstärken – wie „[Financial Times](#)“ berichtete.

Überkomplizierte Logistik und Wartung

So verfügt der 70-Tonnen-Tank zwar über einen Gasturbinenmotor, der zwar mehr Beschleunigung als ein Dieselmotor ermöglicht, aber auch eine kompliziertere Wartung erfordert und viel mehr Kraftstoff verbraucht

„FT“ zitierte den ehemaligen Zugkommandanten der US-Armee, John Nagl: Wonach seine Soldaten während des Golfkriegs 1991 und der US-Invasion im Irak 2003 „viel Zeit damit verbracht“ hätten, „buchstäblich auf die Luftfilter zu hämmern“, inmitten „großer Bedenken“, dass der Motor des Panzers „Sand verschluckte und danach nicht mehr funktionierte“.

Zudem würde die Wartung der Abrams-Panzer „völlig andere Arten von Maschinen“ erfordern als andere westliche Panzer, die Kiew versprochen wurden, sowie Personal, das in Spezialausrüstung geschult sei. Weiters würde die Ausbildung der Panzerbesatzungen länger dauern.

Seite E 289 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

So würden die Tanks eine stetige Versorgung mit Ersatzteilen benötigen. Und noch etwas: Der „500-Gallonen-Tank wird täglich mit Kerosin aufgefüllt“, da die „Abrams“ nicht mit Diesel betrieben werden können, fügte Nagl hinzu.

ERST-Artikel vom 25.02.2023

Lieferung erst in knapp 2 Jahren

Bis zu zwei Jahre dürfte es wohl dauern, bis US-Panzer in der Ukraine ankommen. Obwohl die USA im Januar die Lieferung moderner „M1 Abrams-Panzer“ an die Ukraine bereits genehmigt haben.

Seitdem aber wurde das Datum, wann die Panzer eintreffen, immer weiter verschoben, heißt es in dem [CNN](#)-Artikel. Ende Januar ging man noch davon aus, die gepanzerten Fahrzeuge Ende 2023 oder Anfang 2024 zu liefern. Dann hieß es, dass sie selbst spätestens Anfang 2024 nicht eingesetzt werden könnten, und jetzt wurde der Termin noch weiter nach hinten verschoben.

Insgesamt dauert wohl etwa ein Jahr, bis die Fahrzeuge ausgeliefert sind, und es gibt nicht einmal konkrete Pläne für die ganze Aktion.

Laut Wormuth sei die Verzögerung aber auch in erster Linie auf mangelnde Bereitschaft vonseiten der USA zurückzuführen, aus Angst, die Russen könnten die in den Panzern enthaltene moderne Technik Ausrüstung in die Hände bekommen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Vor einem Jahr: Russischer Einmarsch in die Ukraine.

Von Miriam Miletic

Aktualisiert am 24.02.2023, 15:26



Seit dem Angriff Russlands widerfährt den Menschen in der Ukraine großes Leid. Nur manches macht ein wenig Hoffnung. Diese Orte und Ereignisse sind besonders in Erinnerung geblieben – stehen aber teils gleichermaßen für die Lage im ganzen Land. Es folg ein Überblick über die Ereignisse des letzten Jahres in 17 Bildern.

<https://web.de/magazine/politik/russland-krieg-ukraine/jahr-russischer-einmarsch-ukraine-37825968>

05) Bidens Kiew-Besuch: Fake-Inszenierung mit Luftabwehr-Sirenen

23. 02. 2023



Joe Bidens Besuch in Kiew am Montag war nicht nur eine schlecht inszenierte Show, sondern wurde auch in den USA durchaus kritisch gesehen: Einerseits wegen des sich auswachsenden Skandals um die geheimen Biden-Dokumente in seinem Privathaus. Dann wird auch Bidens Sohn Hunter der Korruption in der Ukraine verdächtigt. Sein Sohn wird in den USA zunehmend als Bidens dunkle Seite bezeichnet. Überdies ereignete sich vor knapp drei Wochen ein schwerer Chemieunfall, als im Bundesstaat Ohio ein Güterzug in Flammen aufging.

Damit aber noch nicht genug: Kolportiert wird nämlich, das Weiße Haus hätte Putin um eine Garantie gebettelt, Kiew während seiner Reise nicht anzugreifen.

Einer der grotesksten Momente des gesamten Besuchs war eine Fake-Inszenierung: Indem das Geräusch von Flugabwehrraketen in Kiew während Bidens Auftritt simuliert wurde. In Wirklichkeit hat es aber keinem Luftangriff zu dieser Zeit gegeben. Bezweckt wurden also Fake-Bilder: Biden als todesmutigen Helden darzustellen, während die Kiewer vor Angst in die Schutzräume flohen.

[11:07 vorm. · 20. Feb. 2023](#)

https://twitter.com/AZgeopolitics/status/1627610926877913089?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1627610926877913089%7Ctwgr%5E286918bd2d43a10904376c53817b5feb99f34505%7Ctwcon%5Es1_c10&ref_url=https%3A%2F%2Funser-mittleuropa.com%2Fbidens-kiew-besuch-fake-inszenierung-mit-luftabwehr-sirenen%2F

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) 33 Fragen und Antworten zum Krieg gegen die Ukraine

Isolde Ruhdorfer Reporterin

Krautreporter

<https://krautreporter.de/mitglied-werden>

Nachrichten, erklärt

21.02.2023



33 Fragen und Antworten zum Krieg gegen die Ukraine

Seit einem Jahr beantworte ich eure Fragen: Sind wir westlicher Propaganda ausgeliefert? Wie zerstört der Krieg die Umwelt? Gibt es noch eine diplomatische Lösung? Hier die wichtigsten Antworten.



21.02.2023

[Isolde Ruhdorfer](#) Reporterin

[Lesen](#) [Hören](#)

Seit Russland am 24. Februar 2022 die gesamte Ukraine angegriffen hat, schaut die ganze Welt auf diesen Krieg. In dieser ungewohnten Lage hattet ihr, die Krautreporter-Leser:innen, zahlreiche Fragen. Ich schreibe deshalb seit fast einem Jahr den Newsletter „Ukraine verstehen“. Darin nehme ich jede Woche auf, was euch gerade beschäftigt. Welchen Medien kann man trauen? Wird Deutschland zur Kriegspartei, wenn die Bundesregierung Waffen liefert? Wie kann der Krieg enden? Wird jemals alles wieder gut?

Lies den gesamten Zusammenhang

[Krieg in der Ukraine: Wie konnte das passieren?](#)

Viele eurer Fragen haben sich am aktuellen Geschehen orientiert; die Antworten haben ihre Gültigkeit verloren. Andere aber stellen sich so oder ähnlich auch noch nach einem Jahr im Krieg. Diese 33 Fragen und die dazugehörigen Antworten habe ich hier für euch gesammelt und aktualisiert. Das ist keine Chronik, sondern geballtes Wissen nach einem Jahr Krieg. Falls dir das gefällt: [Hier](#) kannst du meinen kostenlosen Newsletter abonnieren.

Berichterstattung: Welchen Medien kann man trauen?

Warum interessiert uns dieser Krieg so besonders? Warum thematisieren die Medien andere Kriege weniger stark, zum Beispiel die im Jemen oder in Syrien? (Mario, Mai 2022)

Eine Antwort auf diese Frage ist: Weil die Situation so klar ist und wir wissen, auf welcher Seite wir stehen wollen. Russland hat die Ukraine, einen souveränen Staat, angegriffen. Es gibt keine weiteren Kriegsparteien und die Ukraine verteidigt sich. Bei vielen anderen Kriegen ist das Geschehen unübersichtlich, und es gibt mehrere Kriegsparteien. In der Ukraine ist die Lage einfach zu verstehen und deshalb fällt es vielen leicht, sich mit den Ukrainer:innen zu solidarisieren.

Außerdem liegt der Großangriff vergleichsweise noch nicht so lange zurück. Viele Kriege ziehen sich über Jahre hin: In Syrien begann er 2011, also vor rund zwölf Jahren. Die öffentliche Aufmerksamkeit für bestimmte Ereignisse nimmt mit der Zeit ab. Das macht das Leid der Bevölkerung natürlich nicht weniger schrecklich, doch es ist normal, dass wir uns stärker für das interessieren, was noch nicht so lange zurückliegt.

Hinzu kommt die Nähe. Geographisch ist uns der Krieg in der Ukraine näher als etwa der Krieg in Syrien oder im Jemen. Und auch wenn die Nato keine Kriegspartei ist, so liefern dennoch Nato-Mitgliedstaaten Waffen an die Ukraine. Wir sind also stärker beteiligt als an anderen Kriegen. Dazu kommt, dass viele Deutsche Angst haben, dass sich der Krieg nach Westeuropa ausbreitet und fürchten, dass Russland Atomwaffen einsetzt. Das große Interesse am Krieg in der Ukraine hängt also mit der eigenen Angst und der eigenen Betroffenheit zusammen.

Durch das Internet können wir diesen Krieg so gut verfolgen wie keinen zuvor. Wie sich die Ukrainer fühlen, was sie sehen und hören, all das können wir über Instagram, Twitter und Tiktok beinahe zeitgleich mitverfolgen. Das holt uns den Krieg nach Deutschland ins eigene Wohnzimmer. Ein Teil der Erklärung ist aber auch unser eigener Rassismus. Die deutsche Mehrheitsgesellschaft hat mehr Mitgefühl für weiße, christlich-orthodoxe Ukrainer als für muslimische Jemeniter oder Syrer.

Ich weiß, dass nicht alle Informationen verifizierbar sind und beide Seiten Falschinformationen verbreiten können. Ich glaube zwar nicht, dass es eine allumfassende Wahrheit gibt, hätte aber gerne Hilfe bei der Einordnung. Wie kann man die Wichtigkeit der Medien in diesem Krieg bewerten? (Günter, Januar 2023)

Ich bin zwar ein Teil der Medien und muss das jetzt sagen, aber: Ich glaube wirklich, dass die meisten Medien aus demokratischen Ländern einen guten Job machen. Trotzdem gibt

es Grenzen der Berichterstattung. Und gerade in einem Krieg ist es schwer, bestimmte Informationen zu verifizieren.

1. Hab Geduld

Das Kriegsgeschehen kann sich schnell ändern, beispielsweise wenn es darum geht, ob eine bestimmte Stadt von Russland besetzt oder von der Ukraine zurückerobert wurde. Seriöse Medien kennzeichnen normalerweise, wenn eine Information noch nicht gesichert ist. Hier ist es sinnvoll, erst mal abzuwarten und sich ein paar Tage später noch einmal zu informieren: Meistens ist die Situation dann klarer und Reporter konnten sich vor Ort ein Bild machen.

2. Vertraue unabhängigen Quellen

Bestimmte Dinge verschweigen die Ukraine und Russland absichtlich oder stellen sie nicht ganz korrekt dar. Darunter gehört vor allem die Zahl der getöteten und verletzten Soldaten. Das hat strategische Gründe: Beide Länder wollen ihre wahren Verluste verschleiern und die Moral ihrer Truppen aufrechterhalten. Seriösen Medien ist das aber bewusst und sie würden diese Zahlen nicht einfach so übernehmen. Etwas vertrauenswürdiger sind hier die Zahlen von Außenministerien und Geheimdiensten aus anderen Ländern, etwa den USA oder Großbritannien. Die Vereinten Nationen veröffentlichen regelmäßig Schätzungen zur Zahl getöteter Zivilisten.

Mehr zum Thema

- [So durchschaust du die Propaganda von Putin und den Rechten](#)
- [Die NATO und Russland, verständlich erklärt](#)
- [Der Ukraine-Russland-Konflikt, verständlich erklärt](#)

Vertrauenswürdige Medien stützen sich nicht nur auf die offiziellen Aussagen der ukrainischen und russischen Regierung. Sie analysieren Videos, befragen Wissenschaftler, Zivilisten und humanitäre Organisationen oder haben selbst Reporter vor Ort. All das sind Hinweise, dass die Zeitung oder der Sender einen ordentlichen Job macht.

3. Schütze dich vor Propaganda

Es stimmt, dass sowohl Russland als auch die Ukraine Falschinformationen verbreiten können. Trotzdem finde ich hier eine Unterscheidung zwischen Russland und der Ukraine wichtig: Russland hat eine Propagandamaschine aufgebaut, die Andersdenkende verfolgt und unabhängige Berichterstattung in Russland unmöglich macht. Oppositionelle und unabhängige Journalisten sind im Gefängnis oder im Exil. Russische Staatsmedien sind also eine schlechte Quelle, dazu gehören auch die deutschsprachigen Ableger wie RT oder Sputnik.

In der Ukraine dagegen ist eine unabhängige Berichterstattung möglich. Beispielsweise haben Journalisten der Zeitungen [Dserkalo Tyschnja](#) und [Ukrajinskaja Prawda](#) einen Korruptionsskandal in der Regierung aufgedeckt – und Wolodymyr Selenskyj bedankte sich sogar dafür.

Das bedeutet natürlich nicht, dass deutsche Medien alles einfach übernehmen, was die ukrainische Regierung oder ukrainische Medien sagen. Ein Beispiel dafür ist der Raketeneinschlag in Polen im vergangenen November, bei dem zwei Menschen starben. Es handelte sich um eine ukrainische Flugabwehrrakete. Trotzdem sprach Selenskyj noch

tagelang von einer russischen Rakete, obwohl es dafür keine Beweise gab. Internationale Medien hingegen beriefen sich auf Expertenmeinungen, die die Flugbahn und die Bauart der Rakete berücksichtigten. Auch in solchen Fällen ist es sinnvoll, erst mal abzuwarten und sich zu überlegen, wie plausibel die Erklärungen von Experten und Medien sind.



Im Juni 2022 wurde Elena Holovkos Haus in der Ostukraine von russischen Raketen zerstört.- *picture alliance / ASSOCIATED PRESS | Bernat Armangue*

Wieso ist es so schwierig, verlässliche Informationen über den Krieg in der Ukraine zu erhalten? In den Nachrichten werden sehr oft die Worte „mutmaßlich“ oder „vermeintlich“ verwendet. (Alex, März 2022)

Nicht alle Medien haben Reporter direkt vor Ort. Auch ich schreibe diesen Newsletter von meiner Kölner Wohnung aus und nicht aus ukrainischem Kriegsgebiet. Wer über aktuelle Ereignisse berichten will, muss sich also auf Erzählungen von Augenzeugen, Fotos und Videos verlassen. Und ja, die können gefälscht sein oder etwas aus dem Zusammenhang reißen.

Beide Kriegsparteien haben ein Interesse daran, sich als möglichst erfolgreich darzustellen. Ihre Angaben sind also nicht immer vertrauenswürdig.

Dazu kommt: Die Lage kann sich minütlich ändern, aber eine Information zu verifizieren, kostet Zeit. Wenn beispielsweise eine Stadt angegriffen wird und es Tote und Verletzte gibt, entscheiden die meisten Medien, dass sie darüber trotzdem schnell berichten wollen – und schreiben dann ein „mutmaßlich“ dazu.

Wladimir Putin: Wer steht hinter ihm?

Ist es wirklich Putin als Person, der diesen Krieg führt? Oft lese ich: ‚Putins Krieg in der Ukraine‘. Überhöht ihn das nicht? Ist das russische System wirklich so, dass er das durchziehen kann, nur weil er will? (Larissa, März 2022)

Als mir diese Frage im März 2022 zum ersten Mal gestellt wurde, antwortete ich, dass einiges dafür spricht, dass Putin immer mehr Macht und Entscheidungsgewalt bei sich selbst bündelt. Schließlich haben Menschenrechtler, Politiker und Journalisten schon seit Jahren davon gesprochen, dass sich Russland zu einer Diktatur wandelt. Auch ich hatte darüber einen [Text](#) geschrieben.

Damals fand ich die Formulierung „Putins Krieg“ deshalb angebracht, weil sie betont hat, dass nicht alle Russen hinter diesem Krieg stehen. Einige haben sogar Verhaftungen, Haftstrafen und Gewalt riskiert, um dagegen zu protestieren.

Heute ist die Lage anders. Wir wissen, dass eine stillschweigende Mehrheit in Russland den Krieg zumindest akzeptiert. Viele sind der Propaganda auch ganz verfallen und unterstützen den Krieg aktiv. Deshalb verwende ich den Ausdruck „Putins Krieg“ nicht mehr. Dazu passt auch die Antwort auf die nächste Frage.

Wie stark steht die russische Bevölkerung noch hinter dem Krieg? (Rebecca, Januar 2023)

Grundsätzlich ist es schwierig, in autoritären Ländern herauszufinden, was die Menschen wirklich denken. Denn viele Menschen haben Angst, an Umfragen teilzunehmen. Oder sie geben nur solche Antworten, von denen sie denken, dass sie von ihnen erwartet werden. Trotzdem gibt es einigermaßen verlässliche Zahlen, die zumindest ein ungefähres Bild vermitteln, was Russen über den Krieg gegen die Ukraine denken. Als wichtigstes unabhängiges Umfrageinstitut in Russland gilt das Lewada-Zentrum.

Laut einer [Umfrage](#) des Lewada-Zentrums aus dem Dezember 2022 unterstützen 71 Prozent der Befragten die „Handlungen der russischen Streitkräfte in der Ukraine“. 48 Prozent sind der Meinung, dass weiter gekämpft werden sollte, 44 Prozent sprechen sich für Friedensverhandlungen aus.

Die Menschen in Russland wissen, dass die russische Armee einen brutalen Krieg gegen die Ukraine führt. Zwar leugnet Russland weiterhin Kriegsverbrechen, etwa in Butscha, und es ist offiziell immer noch verboten, das Wort „Krieg“ zu benutzen. Doch hat Wladimir Putin inzwischen selbst schon von einem „Krieg“ gesprochen und das staatliche Fernsehen zeigt, wie die russische Armee ukrainische Städte bombardiert. Dafür verantwortlich fühlt sich die Mehrheit der Russen aber nicht: 59 Prozent sind der Meinung, dass sie keine moralische Verantwortung für die Zerstörung und für den Tod von Zivilisten in der Ukraine tragen.

Lew Gudkow, Chef des Lewada-Zentrums, hat in einem Interview gesagt: „Die Russen haben kaum Mitgefühl mit den Ukrainern.“ Sie kritisierten zwar den Krieg, aber nicht wegen des Leids der Ukrainer, sondern weil die „Spezialoperation“ nicht nach russischem Plan verlaufe. Denn auch das ist längst kein Geheimnis mehr: Selbst in den Talkshows des russischen staatlichen Fernsehens werden die herben Niederlagen der russischen Armee diskutiert.

Warum hört man nichts von den Kirchen? Es ist bekannt, dass Putin Rückhalt in der russisch-orthodoxen Kirche hat, aber wie kann diese zusehen, wie er Krieg gegen die ebenfalls orthodoxe Ukraine führt? (Christian, März 2022)

Die Antwort darauf ist etwas komplizierter und hat nicht nur mit Glauben, sondern auch mit Macht zu tun. Von den orthodoxen Kirchen hört man durchaus etwas – beide ukrainischen orthodoxen Kirchen verurteilen den russischen Angriff. In Russland sieht es anders aus: Patriarch Kyrill ist das Oberhaupt der russisch-orthodoxen Kirche und [rechtfertigt](#) öffentlich die „Militäroperation“, wie er sie nennt.

In seiner Sonntagsrede am 6. März 2022 hat er einen Grund für den Angriff [genannt](#): „Schwulenparaden“. In den vergangenen Jahren hatte es in der Ukraine, wenn auch unter Einschränkungen, Gay-Pride-Paraden gegeben. In Russland ist das verboten.

Kyrill hat auch schon die Annexion der Krim befürwortet. Warum tut er das? Weil der Patriarch die Idee der „Russkij mir“, der „Russischen Welt“, unterstützt. Das ist ein Kulturkonzept, das eine ostslawische Identität und die gemeinsame Sprache Russisch betont. Für Kyrill gehört dazu auch die Vorstellung einer gemeinsamen orthodoxen Kirche.

Eine kleine Gruppe russisch-orthodoxer Kleriker hat sich allerdings auf die Seite ihrer ukrainischen Glaubensbrüder und -schwestern gestellt. In einem offenen Brief [riefen](#) die 286 Unterzeichner zu einem Waffenstillstand auf. Sie riskieren damit Repressalien und Verfolgung.

Wie und warum hat der syrische Diktator Baschar al-Assad seine Finger im Spiel? (Maïke, November 2022)

Wladimir Putin und Baschar al-Assad sind schon seit Jahren Verbündete. 2015 griff Russland in den Krieg in Syrien ein und stellte sich auf die Seite Assads. Putin half Assad damals, die Aufstände der Menschen in Syrien niederzuschlagen und dessen Position als Diktator zu sichern.

Russland nahm dabei keine Rücksicht auf die syrische Zivilbevölkerung. Im Gegenteil: Die russischen Streitkräfte bombardierten absichtlich zivile Ziele, wie Schulen und Krankenhäuser und versuchten, die Bevölkerung zu zermürben. Verantwortlich dafür war unter anderem Sergej Surowikin, der 2017 und 2019 die russischen Streitkräfte in Syrien befehligte. Er ist bekannt für seine Brutalität und seine Rücksichtslosigkeit. Er war einige Monate lang Oberbefehlshaber des Feldzuges in der Ukraine – offenbar führt Surowikin seine Strategie in der Ukraine fort. Syrien war so eine Art Übungsplatz für Russland: Die russische Armee konnte dort verschiedene Waffen testen und Soldaten konnten Kampferfahrung sammeln.

Das Ziel Putins war es damals vermutlich, seinen Einfluss in der Region zu sichern. Vor allem die Rolle Russlands gegenüber den USA sollte so gestärkt werden. Das ist auch gelungen: Heute hat Putin mit Assad einen wichtigen Verbündeten im Nahen Osten. Und auch im Krieg gegen die Ukraine hält Syrien zu Russland.

Beispielsweise erkannte Syrien die sogenannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk als unabhängige Staaten an, gemeinsam mit Russland und Nordkorea. Wenn man auf die Seite der syrischen staatlichen Nachrichtenagentur SANA schaut, findet man ungefilterte russische Propaganda, zum Beispiel ist dort von der „russischen Spezialoperation in der

Ukraine“ die Rede. Im März 2022 behauptete Russland, 16.000 Kämpfer aus dem Nahen Osten für den Krieg gegen die Ukraine mobilisiert zu haben. Ob diese Zahl stimmt, ist unklar. Klar ist aber: Syrien unter Assad steht fest an Russlands Seite.

Propaganda: Was kann man glauben?

Sind wir einer ‚westlichen Propaganda‘ ausgeliefert? (Birgit, Juni 2022)

Immer öfter lese oder höre ich Aussagen wie: „Auch die Ukraine betreibt Propaganda.“ „Die Wahrheit stirbt im Krieg zuerst.“ Oder: „Wir haben im Westen unsere eigene Propaganda.“ Ich finde diese Vergleiche gefährlich. Die russische Propaganda hat mit Journalismus in Deutschland und anderen demokratischen Staaten nichts zu tun.

Schauen wir uns zunächst an, was Propaganda eigentlich ist. Die Bundeszentrale für politische Bildung [schreibt](#): „Propaganda ist der Versuch der gezielten Beeinflussung des Denkens, Handelns und Fühlens von Menschen.“ Propaganda habe deshalb immer ein bestimmtes Interesse, zum Beispiel die Bevölkerung von einem Krieg zu überzeugen. Propaganda wird meist mit totalitären oder autoritären Staaten in Verbindung gebracht, in denen Medien zensiert und Andersdenkende verfolgt werden.

In Deutschland ist all das nicht der Fall. Ein Beispiel: Hier können auch sogenannte Querdenkerinnen und Impfgegner demonstrieren gehen. In Russland dagegen wurden allein in den ersten Wochen nach der Invasion Zehntausende verhaftet, die gegen den Krieg demonstriert haben. Es reicht aus, ein weißes Blatt Papier hochzuhalten, um von der Polizei abgeführt zu werden. Westliche Staaten wollen ihre Bevölkerung nicht davon überzeugen, dass der Krieg in der Ukraine sinnvoll ist. Im Gegenteil: Hier wünscht sich wohl jeder normale Mensch, dass der Krieg sofort zu Ende geht. Russland dagegen betont im staatlichen Fernsehen und auf staatlichen Nachrichtenseiten immer wieder, warum die „Spezialoperation“ in der Ukraine notwendig sei.

Russische Medien lügen. Sie behaupten zum Beispiel, dass die Ukraine Mariupol selbst zerstört habe, viele Deutsche nach Russland auswandern wollen und Polen die Ukraine annektieren will. Wer beispielsweise für RT arbeitet, ein russischer staatlicher Sender in der EU, muss bestimmte Formulierungen übernehmen oder Videoausschnitte gezielt manipulieren. Das beweisen Screenshots, E-Mails und Gespräche mit Mitarbeitenden. [Die Zeit](#) und [der Spiegel](#) haben das recherchiert.

Westliche Medien lügen nicht systematisch. Journalisten machen manchmal Fehler, ja. Aber sie behaupten keinen Unsinn, um die Bevölkerung zu manipulieren.

Die Ukraine ist auf Waffenlieferungen angewiesen. Deshalb hat sie natürlich Interesse an internationaler Aufmerksamkeit und Wohlwollen. Das bedeutet aber nicht, dass ukrainische Medien Propaganda betreiben, also absichtlich lügen und die Bevölkerung manipulieren wollen. Westliche Medien übernehmen auch nicht einfach so ukrainische Angaben. Wenn sie etwas nicht durch eine andere Quelle überprüfen können, kennzeichnen sie das entsprechend.

Das Gefühl, überhaupt nichts glauben zu können, ist ein Narrativ, das der Kreml gezielt verbreitet. Die Taktik nennt sich „Flooding the zone“ und funktioniert so: Man verbreitet so viel Desinformation, die sich noch dazu widerspricht, dass die Bevölkerung am Ende verwirrt ist und nicht mehr weiß, was sie glauben soll. Zurück bleibt nur das Gefühl, dass es

unmöglich ist, die Wahrheit zu erfahren. Wenn du diese Taktik besser verstehen willst und lernen möchtest, wie man sich dagegen wehren kann, [lies diesen Text](#) meines Kollegen Benjamin Hindrichs.

Wer also sagt, dass wir „westlicher Propaganda“ ausgeliefert sind, übernimmt dieses Narrativ, wenn auch unbewusst. Natürlich haben alle Länder verschiedene Perspektiven auf den Krieg, weil sie unterschiedlich davon betroffen sind. Aber unterschiedliche Sichtweisen zu haben, hat mit Propaganda nichts zu tun.



Die 50-jährige Tamara hat ihren einzigen Sohn, einen Soldaten, verloren. Er starb bei russischen Bombenangriffen.- *picture alliance / ASSOCIATED PRESS | Emilio Morenatti*

Ich frage mich, was es mit den ‚Nazis‘ in der ukrainischen Regierung auf sich hat. (Marc, März 2022)

Die russische Regierung versucht, ihren Angriff auf die Ukraine damit zu rechtfertigen, dass in der Ukraine Nazis die Macht übernommen hätten. Nazis sind in Russland ein uraltes Feindbild. Der Sieg über die Nazis im Zweiten Weltkrieg ist Teil einer nationalen Heldenerzählung. Die „Spezialoperation“ in der Ukraine solle dazu dienen, die Ukraine zu „entnazifizieren“.

Ich kann dir ganz klar sagen: Die Ukraine ist nicht in der Hand von Nazis. Zwar gibt es nationalistische Ukrainer, aber die rechtsradikalen Parteien „Swoboda“ und „Prawyj Sektor“ scheiterten bei den Parlamentswahlen 2019 an der Fünf-Prozent-Hürde. Und Präsident Selenskyj ist selbst Jude – drei Brüder seines Großvaters wurden im Holocaust ermordet.

Wie kann man die Menschen erreichen, die Putins Vorgehen befürworten? Wie kann man sie zum Nach- oder Umdenken anregen? (Alexander, Juni 2022)

Ähnliche Fragen stellen sich viele schon seit Beginn der Corona-Pandemie: Wie überzeugt man jemanden, der in einer Parallelwelt lebt? Meine Kollegin Theresa Bäuerlein hat [in diesem Text](#) darüber geschrieben, wie wir bessere Diskussionen führen können. Ihre Erkenntnis: Mit Argumenten, und mögen sie noch so gut sein, überzeugt man niemanden, der sich nicht überzeugen lassen will. Denn gegen Fakten sind Menschen resistent, wenn sie an eine bestimmte Sache glauben.

Ein Beispiel: Manche Menschen in Russland glauben ihren Angehörigen in der Ukraine nicht, dass Putin wirklich einen brutalen Angriffskrieg führt. Der Ukrainer Misha Katsurin hat so eine Erfahrung gemacht. Sein Vater lebt in Russland und glaubte ihm nicht, dass Russland die Ukraine bombardiert.

Katsurin gründete deshalb das Projekt [Papa, pover](#), was „Papa, glaube mir“, bedeutet. Auf der Internetseite stehen auf Russisch und Englisch die häufigsten Falschinformationen – zum Beispiel, dass die Ukraine von Nazis beherrscht ist – und wie man empathisch darauf antworten kann. Außerdem ist dort auch erklärt, was man nicht tun sollte: die gleichen Tatsachen wiederholen, wütend werden oder das Gespräch dramatisch beenden. Man müsse zuhören, steht dort, und die Gespräche immer wieder führen.

Auf der Webseite ist auch der Mitschnitt eines Telefonats, das Katsurin mit seinem Vater geführt hat. Darin erzählt Katsurin von seinen persönlichen Erlebnissen, von seiner Angst, von der Oma, die sich vor Bombardierungen verstecken muss, von traumatisierten Kindern, die er selbst kennt. Am Ende sagt der Vater: „Ich glaube dir, Misha. Ich mache mir große Sorgen.“ Misha Katsurins Vater hat zwar nicht alle seine Glaubenssätze in einem Gespräch über den Haufen geworfen, aber teilweise seinen Blick auf den russischen Angriff verändert.

Das macht Hoffnung. Aber es funktioniert leider nicht immer. Wenn einem die Gegenseite nicht zuhören will, bringt auch empathische Kommunikation nichts mehr. Solche Gespräche können Zeit und Kraft rauben. Überlege dir deshalb gut, ob du die Energie dafür hast oder ob du lieber noch einmal genau darüber nachdenken möchtest, was du sagen willst.

Welchen Einfluss hatten die USA auf den Euromaidan? (Herbert, November 2022)

Der Euromaidan war eine Protestbewegung in der Ukraine in den Jahren 2013 und 2014. Was sie bedeutet, habe ich [in diesem Newsletter](#) beschrieben. Die russische Propaganda bezeichnet den Euromaidan meist als Putsch und nennt in diesem Zusammenhang eine Summe von fünf Milliarden US-Dollar, mit der die USA den Euromaidan finanziert haben sollen. Das ist falsch. Es handelt sich dabei um Fake News, eine häufig verbreitete Falschinformation.

Die Behauptung bezieht sich auf eine Äußerung von Victoria Nuland, der damaligen amerikanischen Staatssekretärin für Außenpolitik. Sie sagte, dass die USA fünf Milliarden US-Dollar in die Ukraine investiert hätten – allerdings über einen Zeitraum von rund 20 Jahren und nicht erst 2013 und 2014, um den Euromaidan zu finanzieren. Das Geld floss in Projekte, welche die Demokratie in der Ukraine fördern sollten: Antikorruptionsgruppen, Wahlbeobachtung, Umweltprojekte. Natürlich versuchen die USA, Projekte zu unterstützen, die ihren eigenen Werten und Interessen folgen. Das bedeutet aber nicht, dass die USA mal eben mit ein paar Milliarden Euro Massenproteste auf dem Maidan organisiert haben. Die Ukrainer gingen damals von sich aus auf die Straße.

Sanktionen: Wie wirkt sich der Krieg auf die Menschen in Russland aus?

Was bedeuten die Sanktionen gegen Russland für jeden Einzelnen im täglichen Leben? Leider endet Solidarität meist, wenn es für einen ungemütlich wird. Ich fürchte, mit der Zeit wird es immer mehr „Putinverstehler“ geben und die Ukraine wird sich selbst überlassen. (Christian, September 2022)

Russlands Invasion in der Ukraine trifft uns alle in unserem Alltag. Die Preise steigen so rasant wie schon seit Jahrzehnten nicht mehr, die Inflationsrate in Deutschland knackt monatlich neue Rekorde. Die Neue Zürcher Zeitung zeigt mit [täglich aktualisierten Grafiken](#), wie sich der Krieg auf die Wirtschaft in Deutschland auswirkt: Diesel kostete im Januar letzten Jahres noch weniger als 1,60 Euro pro Liter, in den folgenden Monaten waren es zu Höchstzeiten durchschnittlich mehr als 2,20 Euro. Der Preis für Erdgas stieg um mehr als das Dreifache, auch Lebensmittel wurden teurer.

Darunter leiden viele Menschen, vor allem Senioren, Arbeitslose und Alleinerziehende, denn sie können sich von ihrem Geld immer weniger leisten. Meine Kollegin Rebecca Kelber hat vor einiger Zeit Experten gefragt, [wie lange das noch so weiter geht](#). Für alle, die jetzt sparen müssen, [hat sie hier Tipps gesammelt](#) – der Artikel ist ohne Bezahlschranke.

Trotzdem ist die Solidarität mit der Ukraine groß. Im [ZDF-Politbarometer](#) aus dem September 2022 waren 70 Prozent der Befragten dafür, dass die deutsche Regierung die Ukraine weiterhin unterstützt, auch wenn das für uns mit hohen Energiepreisen verbunden ist. 21 Prozent wollen die Ukraine nicht unterstützen, mit dem Ziel, die Energiepreise zu senken. Diese Zahlen sind seit Juli konstant. 40 Prozent fordern eine stärkere militärische Unterstützung für die Ukraine, 30 Prozent wollen das Engagement konstant halten und 24 Prozent wollen der Ukraine militärisch weniger helfen.

Ende Januar hat die Bundesregierung nun entschieden, der Ukraine Kampfpanzer zu liefern, die sogenannten Leopard-2-Panzer. Die [aktuelle Umfrage](#) des ZDF zeigt: Während 54 Prozent der Befragten das richtig finden, sind 38 Prozent dagegen. Auch die Ukraine weiß, dass ihr Überleben vom Wohlwollen und den Waffenlieferungen westlicher Staaten abhängt und hat deshalb großes Interesse daran, militärische Erfolge vorzuweisen. Die ukrainischen Erfolge an der Front sind auch ein Signal an den Westen.

Was passiert mit den eingefrorenen Vermögen und Immobilien im Ausland, die Russen gehören? (Isabel, März 2022)

In der Fachsprache nennt man das Einfrieren von Konten „umfangreiches Verfügungsverbot“.

Die deutsche Bundesbank definiert es als die „Verhinderung jeglicher Form der Bewegung, des Transfers, der Veränderung und der Verwendung von Geldern sowie des Zugangs zu ihnen.“ Wenn es um ein Bankkonto geht, liegt das Geld also wie Tiefkühlpizza erstmal auf unbestimmte Zeit herum.

Allerdings ist nicht geregelt, wie lange die Konten gesperrt werden können. Theoretisch kann man Konten „auftauen“, im Extremfall können die Betroffenen nie wieder auf ihr Vermögen zugreifen. Beispielsweise gibt es Sanktionen, die seit der Annexion der Krim 2014 in Kraft sind.

Atomwaffen: Wie wahrscheinlich ist ihr Einsatz?

Müssen wir Angst vor einem Atomkrieg haben? Sind wir in Deutschland in Gefahr? (Anja, Juli 2022)

Tatsächlich ist die Gefahr eines Atomkriegs so hoch wie seit dem Ende des Kalten Krieges nicht mehr. Davor warnt das Stockholmer Friedensforschungsinstitut Sipri in seinem aktuellen [Jahresbericht](#). Obwohl die Zahl der atomaren Sprengköpfe 2021 leicht zurückgegangen war, erwartet das Institut im kommenden Jahrzehnt einen Zuwachs an Atomwaffen auf der Welt. Putin droht dem Westen seit Monaten mit Atomraketen und im russischen staatlichen Fernsehen spekulieren die Moderatoren offen darüber, in wie vielen Sekunden man europäische Städte in Schutt und Asche legen könnte.

Doch das bedeutet nicht, dass nächste Woche die Welt untergeht. Russlands Strategiepapiere sehen den Einsatz von Atomwaffen nur dann vor, wenn die Existenz des Landes auf dem Spiel steht. Außerdem weiß Putin, dass der Einsatz von Atomwaffen einen Gegenschlag provozieren würde. Die Auswirkungen wären – auch für Russland – so gravierend, dass Putin sehr große Hemmungen haben dürfte, tatsächlich Atomwaffen einzusetzen.

Natürlich wirkt Putin in letzter Zeit nicht gerade friedliebend. Aber er weiß genau, was seine Drohungen auslösen: Er erpresst uns mit der Angst vor einem Atomkrieg. Diese Angst ist bis zu einem gewissen Grad berechtigt, aber sie ermöglicht Russland auch, einen Eroberungskrieg in unserer direkten Nachbarschaft zu führen. Die Atombombe ist in erster Linie eine politische Waffe und das weiß Putin ganz genau. Mehr Informationen findest du auch in unserem Zusammenhang [„Was du über Atomwaffen wissen musst“](#).

Friedensbewegung: Gibt es das in der Ukraine?

Gibt es in der Ukraine eine linke Friedensbewegung, die Krieg kategorisch ablehnt und lieber Russland Zugeständnisse machen würde? (Lou, November 2022)

Gegen Krieg, gegen Waffen, für Frieden: Das gehört zu den Kernthemen linker Bewegungen und Parteien. Doch seit Russland die Ukraine angegriffen hat, haben Linke in West- und Osteuropa nicht mehr viel gemeinsam.

Sevim Dagdelen, Sprecherin für Internationale Politik und Abrüstung der Linkspartei, [hält Waffenlieferungen](#) an die Ukraine für „brandgefährlich“. Sahra Wagenknecht, eine der bekanntesten aber auch umstrittensten Linkenpolitiker, sieht bei den USA eine [Mitschuld](#), dass der Krieg gegen die Ukraine immer weiter eskaliere. Und Noam Chomsky, US-amerikanischer Sprachwissenschaftler und einer der bekanntesten Linken weltweit, [sagte](#) in einem Interview, dass die Krim „vom Tisch“ sei und meinte damit, dass sie russisches Territorium sein solle.

All das sind Positionen, die Ukrainer, auch ukrainische Linke, heftig kritisieren. Doch der Zwiespalt geht noch tiefer. Zu einer linken Agenda gehört eigentlich, Imperialismus abzulehnen und die Mächtigen herauszufordern. Es hat deshalb Tradition, die Weltmacht USA zu kritisieren. Es war die Friedens- und Hippiebewegung, die in den 1960er Jahren gegen den Vietnamkrieg protestierte und es waren vor allem Linke, die den Krieg der USA gegen den Irak 2003 verurteilten. Und hier beginnt der Konflikt: Linke in Westeuropa und den USA konzentrieren sich auf amerikanischen Imperialismus und übersehen dabei den russischen Imperialismus, in Zuge dessen sich Russland die Ukraine unterwerfen will. Sie sehen die Nato-Osterweiterung als imperialistischen Vorstoß in Osteuropa und äußern Verständnis für Russland, das sich dadurch angeblich bedroht fühle. Die Ukrainer dagegen schweben täglich in Lebensgefahr – und zwar wegen des russischen Imperialismus.

Die „eine Linke“ gibt es natürlich nicht. Linke Positionen sind ein Spektrum. Doch einige Menschen in diesem Spektrum sympathisieren mit sozialistischen Ideen und idealisieren

Seite E 303 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

deshalb in Teilen die Sowjetunion. Und hier beginnt das nächste Problem: Viele Menschen aus Westeuropa setzen das heutige Russland mit der damaligen Sowjetunion gleich, obwohl ja auch Länder wie Aserbaidschan, Belarus und eben die Ukraine Teil der Sowjetunion waren. Doch aus diesem Irrtum heraus sympathisieren viele westliche Linke mit dem heutigen Russland, das sie als Nachfolger der UdSSR begreifen.

Das können Ukrainer – egal aus welchem politischen Lager – nicht verstehen. Denn sie verbinden mit der Sowjetunion Repressionen, wie etwa die Unterdrückung der ukrainischen Sprache, oder den Holodomor, eine Hungersnot, die Stalin absichtlich herbeiführte und bei der mindestens drei Millionen Ukrainer starben.

Dazu kommt, dass Russland über linke Parteien versucht hat, die ukrainische Politik zu beeinflussen. Im März hat der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj deshalb elf Parteien mit Verbindungen zu Russland für die Dauer des Krieges verboten. Dazu gehört zum Beispiel die „Sozialistische Partei der Ukraine“ oder die „Oppositionsplattform – für das Leben“. Der Chef der letzteren Partei ist Wiktor Medwedtschuk, ein Oligarch und persönlicher Freund von Wladimir Putin.

Gibt es nicht doch Linke in der Ukraine, die sich für ein Kriegsende ohne Waffen einsetzen? Ich habe zumindest keine gefunden. Im Gegenteil: Die ukrainische linke Organisation „Socialnyj Ruch“ [schreibt](#) in einem Blogbeitrag, dass Linke in anderen Ländern Waffenlieferungen an die Ukraine unterstützen sollten. Sie müssten erkennen, „dass eine Front gegen den Imperialismus ohne bewaffneten Widerstand unmöglich ist.“ Und sogar ukrainische Anarchisten, die eigentlich keine staatlichen Strukturen unterstützen, haben sich [zusammengeschlossen](#), um in der ukrainischen Armee zu kämpfen.

Wie geht es den Ukrainern?

Warum sind die Ukrainer so stark? (Frage eines unbekanntes KR-Mitglieds, Februar 2023)

Als Russland im Februar vergangenen Jahres die Ukraine angriff, überraschten die Ukrainer die ganze Welt. Nur wenige hatten damit gerechnet, dass sie sich so erbittert zur Wehr setzen, dass sich so viele zur Armee melden oder ehrenamtlich engagieren würden. Jewgen Golowacha, Direktor des Instituts für Soziologie der Nationalen Akademie der Wissenschaften in Kyjiw, sagte in einem Interview: „Der Krieg hat erreicht, was die Ukraine in 30 Jahren Unabhängigkeit nicht geschafft hat.“

Kurz gesagt sind das die Gründe: Die Ukrainer lernten durch den Krieg ihr Land wertschätzen. Außerdem wuchs ihr Vertrauen in den Staat, der nun dezentral verwaltet wird. Ich führe das nochmal für dich aus:

Es klingt absurd, aber laut einer [Umfrage](#) sind die Menschen in der Ukraine im Krieg mit ihren Lebensbedingungen zufriedener als vorher. Im November 2021 schätzten 53 Prozent der Befragten die Lebensbedingungen in der Ukraine als schlecht ein. Im Mai 2022, drei Monate nach dem russischen Angriff, fanden nur noch 28 Prozent die Lebensbedingungen schlecht. Umgekehrt stieg der Anteil derjenigen, die die Lebensbedingungen erträglich oder gut finden, von 38 auf 62 Prozent. Eigentlich ein Widerspruch, schließlich ist das Leben im Krieg kaum besser als davor. Der Soziologe Golowacha sagt, dass die Ukrainer erkannt hätten, was sie zu verlieren haben. „Der Krieg hat die Regionen in dem Glauben geeint, dass die Ukraine einmal besser leben wird.“

Außerdem habe sich die Einstellung zum eigenen Staat grundlegend geändert: „Die Ukrainer haben in allen Regionen an ihren Staat geglaubt, und deshalb sind sie so resistent gegen den Aggressor“, sagt Golowacha.

Wolodymyr Jermolenko, ukrainischer Philosoph und Schriftsteller, [sieht](#) die Gründe in der Geschichte der Ukraine. Die ukrainische politische Kultur beruhe auf der Vorstellung einer Republik, in welcher der Kontakt zu den Bürgern wichtig sei. Er nennt die Kosaken als Beispiel, die im 17. Jahrhundert einen ukrainischen Staat gründeten. Laut Jermolenko beruht die russische politische Kultur dagegen seit Jahrhunderten auf der Idee eines Imperiums, wo die Politik hierarchisch ist und alles nur aufgrund von Befehlen passiert.

Ein [Bericht der OECD](#) kommt zu einer ähnlichen Schlussfolgerung. Darin heißt es, dass der Beitrag von lokalen und regionalen Verwaltungen ein „Schlüsselfaktor“ für die gesellschaftliche Widerstandsfähigkeit ist. 2014 gab es in der Ukraine Reformen, um die Verwaltung zu dezentralisieren und lokalen Behörden mehr Macht zu geben. Dadurch konnten lokale Behörden besser und schneller Hilfe für die Menschen vor Ort organisieren. Sie sind zum Beispiel dafür zuständig, Sozialgelder auszuzahlen oder Binnenflüchtlinge zu registrieren. Laut dem Bericht hat das „die lokale Demokratie des Landes wiederbelebt.“

Warum sieht man hier so viele große, neue ukrainische Autos? Können nur die Reichen flüchten und die Armen bleiben in der Ukraine? (Bernd, Februar 2023)

Der russische Krieg betrifft die gesamte ukrainische Gesellschaft, egal ob arm oder reich. Deshalb fliehen auch Arme und Reiche. Trotzdem stimmt es, dass das Flüchten für Arme schwieriger ist. Wer genug Geld auf dem Konto hat, kann sich problemlos ein Zug- oder Busticket kaufen. Ein Ticket mit dem Flixbus von Kyjiw nach Berlin kostet gerade zwischen 77 und 100 Euro. Das Durchschnittsgehalt in der Ukraine lag im Januar 2022 bei etwa 370 Euro im Monat. Nicht alle können sich also so ein Ticket oder gar ein Auto leisten. Flüchten ohne Geld dauert länger und ist gefährlicher, denn wer arm ist, strandet möglicherweise an einem unsicheren Ort und kann sich kein sicheres Hotelzimmer leisten.

Das bedeutet aber nicht, dass in Deutschland nur steinreiche Ukrainer ankommen. Ich weiß zwar nicht, wie viele teure ukrainische Autos hier herumfahren, aber ich denke, dass sie einfach besonders stark auffallen. Die meisten Geflüchteten aus der Ukraine haben wahrscheinlich kein teures Auto, aber dieser Fakt bleibt unsichtbar. Schließlich siehst du ja nicht, wie viele Ukrainer kein teures Auto haben oder mit dem Bus gekommen sind.

Die „ukrainischen Luxusautos“ sind in den vergangenen Monaten zu einem richtigen Politikum geworden. Der Vorwurf ist, dass reiche Ukrainer nach Deutschland kommen und hier Sozialhilfe bekommen, obwohl sie sie gar nicht bräuchten.

Einen ähnlichen Vorwurf gab es schon 2015, als viele Flüchtende nach Deutschland kamen. Damals wunderten sich manche, ob Menschen mit teuren Smartphones wirklich hilfsbedürftig sind. Dabei ist es so, dass das Smartphone für viele Geflüchtete der wertvollste Besitz ist – nicht nur finanziell gesehen, sondern weil sie es brauchen, um mit ihrer Familie in Kontakt zu bleiben, die sie über Monate und Jahre nicht sehen.

Ähnlich ist es mit den Autos der Ukrainer. Viele, die mit dem Auto flüchten, lassen alles andere zurück. Ihr Haus ist möglicherweise zerstört und die Ersparnisse aufgebraucht. Das Auto ist zwar teuer, die ukrainischen Besitzer des Autos sind aber nicht unbedingt reich. Und selbst wenn sie wirklich reich sind: Geld schützt ja nicht vor Bomben. Wenn wohlhabende Ukrainer mit teuren Autos nach Deutschland kommen, sind sie trotzdem schutzbedürftig.

Waffenlieferungen – ja oder nein?

Ist man nicht automatisch Kriegspartei, wenn man Waffen liefert? (Wioletta, Mai 2022)

Die kurze Antwort lautet: Nein. Völkerrechtlich gesehen wird ein Land nicht zur Kriegspartei, wenn es Waffen liefert. Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) hat das in einem Interview mit der Zeitung Die Welt noch einmal bekräftigt. Er sagte auch, dass die Ukraine ein Recht auf Selbstverteidigung habe.

Dennoch gab es vor allem anfangs viel Kritik an dem Plan der Bundesregierung, Waffen an die Ukraine zu liefern. Ende April letzten Jahres hatten 28 Intellektuelle und Kulturschaffende einen [Offenen Brief](#) an Bundeskanzler Olaf Scholz geschrieben, in dem sie sich gegen Waffenlieferungen aussprechen. Die Unterzeichner, zu denen Alice Schwarzer, Dieter Nuhr und Juli Zeh gehören, befürchten einen Dritten Weltkrieg. Am 10. Februar veröffentlichten Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht erneut ein [„Manifest für den Frieden“](#), in dem sie Olaf Scholz aufrufen, auf Verhandlungen mit dem russischen Regime zu setzen und keine weiteren Waffen an die Ukraine zu liefern.

Die Bundesregierung hat bisher ausgeschlossen, dass sich Deutschland oder die Nato militärisch am Krieg in der Ukraine beteiligen. Die Nato ist auch gegen eine Flugverbotszone in der Ukraine, denn das würde im Extremfall bedeuten, dass Nato-Soldaten russische Flugzeuge abschießen müssten.

Das Problem ist, dass sich Russland nicht besonders für Völkerrecht interessiert und selbst entscheidet, wann es ein anderes Land als Kriegspartei sieht. Margarita Simonjan, Chefredakteurin des russischen Propagandasenders Russia Today, sagte in einer [russischen Talkshow](#), dass Russland nicht gegen die Ukraine kämpfe: „Wir kämpfen gegen die Nato.“

Deutschland hat mittlerweile viel mehr an die Ukraine geliefert, um sie zu unterstützen, und zwar nicht nur Leopard-2-Panzer, sondern unter anderem auch drei Brückenpanzer, 100.000 Handgranaten und 240.000 Mützen gegen die Kälte. Die ganze Liste kann man auf der [Seite der Bundesregierung](#) einsehen.

Trotzdem funktioniert die Abschreckung des Verteidigungsbündnisses: Russland hat noch keine Nato-Staaten angegriffen.



Das Opernhaus war ein Symbol für die lebendige Kultur in Odessa. Im März 2022 wurde Odessa zu einer Festung gegen die russischen Invasoren.- *picture alliance / ZUMAPRESS.com | Vincenzo Circosta*

Ist Deutschland „inoffiziell“ im Krieg? (Thomas, Dezember 2022)

Völkerrechtlich gesehen befindet sich Deutschland nicht im Krieg gegen Russland. Auch Waffenlieferungen machen Deutschland nicht zu einer Kriegspartei. Allerdings sprechen immer mehr Menschen von einem „Stellvertreterkrieg“ in der Ukraine. Beispielsweise der Politologe [Johannes Varwick](#), die Journalistin [Alice Schwarzer](#) oder die Linken-Politikerin [Sevim Dağdelen](#). Aber stimmt das auch?

Eine einheitliche Definition von Stellvertreterkrieg gibt es nicht. Grob gesagt bedeutet der Begriff, dass mächtige Staaten die Streitkräfte eines anderen Landes benutzen, um ihre eigenen Ziele auf dem Schlachtfeld eines anderen Landes durchzusetzen. Das kann zum Beispiel bedeuten, dass ein mächtiger Staat einen anderen Staat schwächen will, aber ohne eben selbst aktiv Krieg zu führen. Ein klassisches Beispiel ist der Vietnamkrieg: Die USA unterstützen Südvietnam, die Sowjetunion und China den Norden.

Ob man den russischen Krieg gegen die Ukraine als Stellvertreterkrieg bezeichnet, hängt davon ab, wie genau man Stellvertreterkrieg definiert. Zwar gibt es Politikwissenschaftler, die diesen Krieg so sehen, aber diese Einschätzung ist noch lange kein Konsens. Andere Politologen bewerten den Krieg gegen die Ukraine anders und [sehen ihn nicht](#) als Stellvertreterkrieg.

Wer recht hat, ist nicht so wichtig, denn die Diskussion um den Stellvertreterkrieg ist eine Scheindebatte. Eigentlich geht es um diese Frage: Wem geben wir die Schuld an diesem Krieg? Denn wer den Krieg als Stellvertreterkrieg bezeichnet, impliziert damit, dass die Nato oder die USA ihn provoziert hätten oder dafür verantwortlich seien, dass er immer

weitergeht. Obwohl klar sein sollte: Russland hat die Ukraine ohne Not angegriffen, die Ukraine verteidigt sich. Und Russland ist die Partei, die den Krieg immer weiter eskalieren lässt.

Hinter der Frage nach dem Stellvertreterkrieg steckt auch die Angst vor der Ausweitung des Krieges auf den Rest Europas. Wer von einem Stellvertreterkrieg spricht, fürchtet eigentlich, dass Russland sich von der Nato attackiert fühlen könnte. Zur Klarstellung: Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat schon im April [gesagt](#), dass die Nato in der Ukraine einen Stellvertreterkrieg in der Ukraine führe. Russische Staatsmedien wiederholen das seitdem regelmäßig.

Wie sehen Osteuropäer die Hilfeleistung aus Deutschland? (Günter, Februar 2023)

Viele Länder in Osteuropa haben gerade ein eher schlechtes Bild von Deutschland. Besonders das deutsche Verhältnis zu Polen ist angespannt. Die populistische PiS-Partei und die ihr nahestehenden Medien haben schon immer gerne über Deutschland geschimpft. Doch seit dem russischen Überfall auf die Ukraine [kritisieren](#) polnische Medien aus allen politischen Lagern Deutschland. Die Kritik ist, dass Deutschland die Ukraine zu wenig unterstütze und sich wirtschaftlich zu sehr an Russland gebunden habe. Mit Ausnahme von Ungarn stehen viele osteuropäische Länder Russland schon seit Jahren skeptisch gegenüber und kritisieren Deutschland für seine wirtschaftliche Abhängigkeit von russischem Gas und die zögerlichen Waffenlieferungen.

Eine [Umfrage](#) zeigt, dass Polen die deutsch-polnischen Beziehungen immer negativer einschätzen. Im Oktober 2021 bewerteten noch 15 Prozent der Befragten die deutsch-polnischen Beziehungen als schlecht, im September 2022 waren es schon mehr als doppelt so viele: 31 Prozent. Nur 13 Prozent bewerteten das Verhältnis als gut. Die Hälfte aller Befragten fand es weder gut noch schlecht.

Auch in den baltischen Staaten, also in Estland, Lettland und Litauen ist die Kritik an Deutschland groß. Immer wieder protestierten im vergangenen Jahr Balten vor den Gebäuden der deutschen Botschaft für strengere Sanktionen gegen Russland. Vor einigen Wochen forderten Demonstrierende vor der deutschen Botschaft in der litauischen Hauptstadt Vilnius, dass Deutschland Leopard-2-Panzer an die Ukraine liefern solle. Inzwischen hat Deutschland der Panzer-Lieferung zugestimmt.

In absoluten Zahlen hilft Deutschland der Ukraine übrigens ziemlich viel. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW Kiel) [dokumentiert](#) alle Regierungshilfen an die Ukraine. Deutschland steht mit Hilfen in Höhe von 5,5 Milliarden Euro an dritter Stelle. Davor kommen nur Großbritannien und die USA. Allerdings zögert Deutschland jedes Mal, wenn es darum geht, der Ukraine mehr und schwerere Waffen zu liefern. Und bei den Ländern in Osteuropa scheint nur dieses Zögern hängenzubleiben.

Die Zahlen des IfW Kiel zeigen noch etwas anderes: Gemessen am eigenen BIP gehören die baltischen Staaten und Polen zu den stärksten Unterstützern der Ukraine. An erster Stelle steht das kleine Estland, das die Ukraine mit Hilfeleistungen von 1,3 Prozent des BIPs unterstützte.

Die Europäische Union: Welche Rolle spielt das Bündnis?

Welche Vorteile und Verpflichtungen sind mit dem Status des EU-Beitrittskandidaten verbunden? Was spricht dagegen, der Ukraine diesen Status zu verleihen? Haben die bisherigen Mitglieder irgendwelche Nachteile dadurch? (Sabine, Juni 2022)

Seit dem 24. Juni 2022 ist die Ukraine ein EU-Beitrittskandidat. Das entschieden die Staats- und Regierungschefs aller Mitgliedstaaten im Europäischen Rat.

Jetzt stehen viele Jahre der Reformen und Verhandlungen an. Beitrittsländer müssen die sogenannten „Kopenhagener Kriterien“ erfüllen, zum Beispiel eine stabile Rechtsstaatlichkeit aufweisen oder eine funktionierende Marktwirtschaft. Für diesen Prozess ist nicht nur der Beitrittskandidat alleine verantwortlich: Auch die EU unterstützt das Land, hilft beispielsweise bei der Übernahme des EU-Rechts und schickt Geld. Von der Antragstellung bis zum tatsächlichen Beitritt vergehen durchschnittlich neun Jahre.

Manche Mitgliedsländer halten die Entscheidung zwar grundsätzlich für richtig, melden aber trotzdem Bedenken an. Portugal beispielsweise hält den Beitrittskandidatenstatus für die Ukraine für verfrüht und rein symbolisch. Auch Länder wie Griechenland oder Zypern sind skeptisch, weil sie befürchten, dass sie weniger Fördergelder bekommen, wenn noch weitere finanzarme Länder der EU beitreten.

Viele Skeptiker verweisen auch auf die Korruption in der Ukraine oder die fehlende Rechtsstaatlichkeit. Beispielsweise warnte die EU-Parlamentspräsidentin Katarina Barley vor überstürzten Beitritten. „Wer einmal in der EU ist, kann nicht ausgeschlossen werden“, sagte sie. Dass das problematisch sei, sehe man derzeit am Beispiel Ungarns.

Befürworter hingegen verweisen darauf, dass die Ukraine bereits große Fortschritte gemacht habe und ein Beitritt mehr sei als Symbolik. Gwendolyn Sasse, Direktorin des Zentrums für Osteuropa- und Internationale Studien, sagte in einem [Interview](#), dass die Ukraine damit eine echte Perspektive für die Zeit nach dem Krieg habe. „Mit dieser Perspektive verbindet sich ein großer Anreiz für Reformen und den Wiederaufbau nach diesem Krieg.“

Sollte die EU Russen aufnehmen, die vor der Mobilisierung flüchten, und ihnen Asyl gewähren? (Lisa, Oktober 2022)

Bevor ich diese Frage beantworten kann, stellt sich eine andere: Schaffen die Russen es überhaupt in die EU? Rund 700.000 Russen haben allein in dem ersten Monat seit dem 21. September, als die „Teilmobilmachung“ ausgerufen wurde, das Land verlassen. Das [berichtet](#) die russischsprachige Ausgabe des Wirtschaftsmagazins Forbes unter Berufung auf eine Quelle im Kreml. Wie viele davon aus touristischen Gründen ausgereist sind und wieder zurückkehren wollen, ist nicht bekannt. An den Grenzen zu Ländern wie Georgien und Kasachstan bildeten sich lange Staus.

Doch Deutschland erreichen die meisten Russen gar nicht. Flüge gibt es schon lange keine mehr und über den Landweg kommen sie nicht nach Deutschland, weil die EU-Nachbarländer von Russland – Finnland, Estland, Lettland, Litauen und Polen – die Einreise russischer Bürger stark eingeschränkt haben.

Die Antwort auf die Frage, ob die EU die flüchtenden Russen aufnehmen sollte, stellt sich trotzdem. Für den Fall, dass es Einzelne doch bis hierher schaffen. Und sie hat eine rechtliche und eine moralische Komponente. Rechtlich gesehen können Personen, die aus dem Militärdienst in Russland desertieren, in Deutschland als Flüchtlinge anerkannt werden.

Seite E 309 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

Das schreibt der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg [in einer Einschätzung](#). Auch wer noch nicht einberufen wurde, aber im wehrpflichtigen Alter ist, würde wahrscheinlich den Flüchtlingsstatus bekommen.

Dagegen spricht die moralische Komponente: Nicht alle Russen, die der Mobilisierung entkommen, sind auch gegen den Krieg. Möglicherweise unterstützen sie den Krieg gegen die Ukraine, möchten aber nicht selbst darin sterben. Manche befürchten, dass die fliehenden Männer ihr problematisches Gedankengut nicht an der Grenze ablegen: die Feindschaft gegen Ukrainer, die kolonialistischen Vorstellungen oder gar die heimliche Unterstützung Putins. Manche finden auch, dass die betroffenen Männer in Russland bleiben und dort gegen Putins Regime protestieren sollten.

Wenn wir die Frage moralisch beantworten, könnte das hier ein Kompromiss sein: Wir sollten niemandem pauschal unterstellen, Putin-Unterstützer zu sein und ihm deshalb verwehren, einen Asylantrag zu stellen. Einige, die Russland jetzt verlassen, hatten vielleicht vorher kein Geld oder wollten Angehörige nicht zurücklassen und nutzen jetzt die letzte Gelegenheit zu fliehen. Auf der anderen Seite sollten wir nicht erwarten, dass alle, die dann kommen, Russland und Putin so kritisch sehen wie wir.

Welches Interesse hat die westliche Welt am Sieg der Ukraine? Ist es nicht wieder dasselbe wie in der Zeit des Kalten Krieges? (Ute, Januar 2023)

Wenn Russland gewinnt und die Ukraine verliert, hätte das Auswirkungen auf die Sicherheit Europas und sogar der ganzen Welt. Die westlichen Länder haben deshalb großes Interesse daran, dass die Ukraine den Krieg gewinnt – trotzdem ist die Situation nicht unbedingt vergleichbar mit dem Kalten Krieg.

Wenn Russland mit seinem Angriffskrieg Erfolg hat, würde das Wladimir Putin (und anderen autokratischen Herrschern) signalisieren: Es ist möglich, ohne große Konsequenzen ein anderes Land zu überfallen, wenn man nur lange genug durchhält. Und die Erpressung mit Atomwaffen funktioniert. Das erhöht die Gefahr, dass Russland noch andere Länder angreift: Das kleine Land Moldau, das zwischen Rumänien und der Ukraine liegt, fühlt sich sowieso schon bedroht. Und die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen sowie Polen sind seit dem 24. Februar 2022 alarmiert. Wie die Menschen an den Grenzen mit der Bedrohung umgehen, hat meine Kollegin Esther Göbel vor Kurzem [die Bürgermeisterin einer estnischen Grenzstadt gefragt](#).

Auch außerhalb Europas hätte es Folgen, würde die Ukraine verlieren. Andere Atommächte würden sich ermutigt fühlen, Länder zu unterwerfen und kompromisslos ihre Interessen durchzusetzen – mit ihren Atomwaffen als Druckmittel. In den vergangenen Jahren haben Atomwaffen eher dazu gedient, ein Land zu schützen. Wenn Russlands Erpressung erfolgreich ist, könnte es dazu führen, dass das Risiko eines Atomkriegs weltweit steigt.

Der Kalte Krieg war ein jahrzehntelanger Konflikt zwischen den USA und der Sowjetunion und ihren jeweiligen Verbündeten. Es war ein Konflikt zwischen zwei gesellschaftlichen Ordnungen: Kapitalismus gegen Kommunismus, Demokratie gegen Diktatur. Das Ziel war, den jeweils anderen Block zu schwächen, wenn nicht sogar zu zerstören.

Heutzutage hat Europa kein Interesse mehr daran, Russland zu schwächen. Das würde die Sicherheitslage in Europa destabilisieren. Schon jetzt flammen Konflikte und Kriege in Osteuropa und Zentralasien auf, weil Russland als Schutzmacht nicht mehr so präsent ist.

Beispielsweise in Bergkarabach und an der Grenze zwischen Kirgisistan und Tadschikistan. Europa will also ein stabiles Russland – aber kann Russlands Verhalten, so wie es ist, nicht akzeptieren.

Die globalen Folgen des Krieges

Welche globalen Auswirkungen hat der Angriffskrieg? (Kim, Oktober 2022)

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat Folgen für Länder auf der ganzen Welt. Eine Folge ist, dass mehr Menschen hungern müssen. Nach Angaben der [Welthungerhilfe](#) erhöhte sich die Zahl der weltweit hungernden Menschen von 811 auf 828 Millionen. Das sind rund 17 Millionen Menschen mehr. Zum Vergleich: So viele Menschen wohnen in ganz Nordrhein-Westfalen. Dafür sind zwar auch der Klimawandel und die Corona-Pandemie verantwortlich. Doch der Krieg gegen die Ukraine hat die Lage massiv verschärft, denn die Ukraine, Russland und auch Belarus gehören zu den wichtigsten Exportländern von Getreide, Pflanzenöl und Dünger.

Die zweite Folge ist, dass bereits schwelende Konflikte nun eskalieren, vor allem im Einflussbereich Russlands. Beispielsweise kam es Mitte September letzten Jahres an der Grenze zwischen Kirgisistan und Tadschikistan zu Kämpfen. Der Konflikt ist zwar nicht neu, doch nun waren die Kämpfe intensiver als zuvor, rund 100 Menschen starben. Auch der Konflikt um die Region Bergkarabach flammte erneut auf, weil Russland als Schutzmacht und Vermittler nicht mehr so präsent ist. [Das nutzte Aserbaidschan](#), um Armenien anzugreifen, insgesamt starben mehr als 200 Menschen.

Der Angriffskrieg könnte auch den Konflikt zwischen China und Taiwan beeinflussen. Worum es bei diesem Konflikt genau geht, hat meine Kollegin Katharin Tai [in diesem Artikel erklärt](#). China betrachtet Taiwan als chinesisches Staatsgebiet, während Taiwan unabhängig sein will. China beobachtet deshalb genau, wie der Westen auf Russlands Krieg gegen die Ukraine reagiert. Denn China muss damit rechnen, dass der Westen mit den gleichen Sanktionen reagiert, wenn es versuchen sollte, [Taiwan militärisch zu unterwerfen](#).

Drittens ändert sich die [Energieweltkarte](#), es ändern sich also Abhängigkeiten und Machtstrukturen. Die EU-Staaten wollen und können infolge von [Handelsverboten](#) kein russisches Gas und Öl mehr kaufen, müssen diese Rohstoffe also von anderen Ländern beziehen. Beispielsweise will die EU deutlich mehr Gas aus Aserbaidschan kaufen. Gleichzeitig verkauft Russland mehr Rohstoffe wie Öl und Gas an China und Indien.

Viertens kann man insgesamt sagen, dass der Angriffskrieg die globale politische Ordnung verändert. Dabei geht es um Bündnisse und Machtkonflikte zwischen großen Staaten. Schweden und Finnland werden der Nato beitreten, Moldau und die Ukraine haben EU-Beitrittsgesuche unterschrieben. Russland ist zunehmend isoliert von der Weltgemeinschaft, sucht dafür aber verstärkt die Nähe zu afrikanischen Staaten wie etwa Eritrea oder Mali. Vor allem osteuropäische Staaten, wie etwa Polen und Moldau, solidarisieren sich mit der Ukraine. Und einige Länder, die früher Teil der Sowjetunion waren, gehen nun noch kritischer mit ihrem sowjetischen Erbe um und lehnen beispielsweise die russische Sprache stärker ab.

Welche Umweltschäden ergeben sich durch Kriegshandlungen? (Eckart, Oktober 2022)

Ein russischer T-72 Panzer benötigt 250 Liter Treibstoff pro 100 Kilometer auf befestigten Straßen. Im Gelände verbraucht er noch deutlich mehr. Doch das ist noch das kleinste

Seite E 311 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

Umweltproblem im Krieg. Die Umweltschäden, die ein Krieg hinterlässt, sind vielfältig und oft noch Jahrzehnte nach Kriegsende spürbar.

Wenn Tanklager und Fahrzeuge beschädigt werden, können Öl und Treibstoff austreten und das Grundwasser verschmutzen. Ein noch viel höheres Risiko besteht in diesem Krieg, wenn Russland Industriebetriebe angreift. Beispielsweise war über Monate das Stahlwerk in Mariupol unter Beschuss. Tausende Tonnen giftiger Schwefelwasserstofflösung hätten ins Meer gelangen können.

Dabei ist der Schutz der Umwelt, auch im Krieg, im Völkerrecht verankert. Kriegsformen, die „lang anhaltende oder schwere Auswirkungen“ auf die Umwelt haben, sind verboten. So ist es in einem Zusatzprotokoll der Genfer Konventionen und im Umweltkriegsübereinkommen festgelegt. Das haben Russland und die Ukraine [unterschrieben](#). Nach dem Krieg will die Ukraine Russland deshalb verklagen und Entschädigung für die Umweltschäden bekommen.

In der Ostukraine führt der Krieg seit 2014 zu [enormen Umweltproblemen](#). Der Donbas war früher ein mächtiger Industriestandort, bis heute befinden sich dort viele Minen. Seit Beginn des verdeckten Krieges im Donbas sind die Minen stillgelegt, trotzdem muss regelmäßig Wasser abgepumpt werden. 2016 hörten die von Russland installierten Separatisten auf, das Wasser abzupumpen, vermutlich, um Geld zu sparen. Das führte zur Überflutung der Minen, die dann das Wasser der gesamten Region mit Schwermetallen kontaminierten. Das hat Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung, aber auch auf die Landwirtschaft.

Lernen wegen des russischen Angriffskriegs weniger Menschen Russisch? Die Sprache wird ja oft mit dem Land gleichgesetzt. (Ulla, November 2022)

Es gibt zwar nicht überall exakte Zahlen, doch der Trend ist klar: Immer weniger Menschen wollen Russisch sprechen oder lernen. Exemplarisch habe ich mir die Entwicklung in drei Ländern angeschaut: Deutschland, Ukraine und Georgien.

In Deutschland lernen immer weniger Menschen Russisch, die Zahlen gingen aber schon lange vor Beginn des großen Angriffskrieges zurück. Im Schuljahr 2020/21 lernten 94.000 Schüler in Deutschland Russisch – ein Rückgang von 83 Prozent gegenüber 1992/93, wie [Zahlen](#) des Statistischen Bundesamtes zeigen. Russischlehrer [gehen](#) davon aus, dass die Zahlen wegen des Angriffskrieges noch weiter sinken werden.

In der Ukraine selbst sprechen einige Ukrainer im Alltag Russisch oder haben Russisch als Muttersprache. Oft kommt es auch vor, dass sie beide Sprachen, also Ukrainisch und Russisch, nutzen oder sie gar vermischen zu einem Sprachmix, der Surschyk genannt wird. Insgesamt gibt es aber einen Trend weg von der russischen Sprache. Im Jahr 2021 benannten in verschiedenen Umfragen zwischen zehn und 20 Prozent der Ukrainer Russisch als ihre Muttersprache. 20 Jahre vorher, im Jahr 2001, waren es noch 30 Prozent.

Seit dem 24. Februar entscheiden sich viele Ukrainer bewusst dazu, generell weniger Russisch zu nutzen: Musiker wechseln in ihren Liedern von Russisch zu Ukrainisch, Nutzer von sozialen Medien schreiben ihre Posts nur noch auf Ukrainisch und diejenigen, die vorher nicht so gut Ukrainisch konnten, bemühen sich jetzt, es zu lernen. Für manche ist es ein symbolischer Akt, für andere ist es inzwischen traumatisierend, mit der russischen Sprache in Kontakt zu kommen.

Ich habe mir die Zahlen auch für Georgien angeschaut, dessen Geschichte einige Gemeinsamkeiten mit der Ukraine hat. Und auch hier ist Russisch immer unbeliebter.

Georgien war Teil der Sowjetunion, weshalb die Menschen dort viele Jahre Russisch lernten und teilweise bis heute im Alltag nutzen. Doch seit sich Georgien 1991 für unabhängig erklärt hat, seit Russland 2008 in Georgien einmarschierte und der Konflikt um die abtrünnigen Republiken Abchasien und Südossetien schwelt, haben sich viele Georgier von Russland und der russischen Sprache abgewandt.

Dieser Trend hat sich seit dem 24. Februar 2022 verstärkt, denn die meisten Georgier sind sehr solidarisch mit der Ukraine. Das hat Konfliktpotential, denn viele Russen fliehen aus Angst vor Repressionen und der Mobilisierung ausgerechnet nach Georgien. In Restaurants in Georgien liegen häufig Zettel aus, die sich an Russen richten und sie auffordern, Englisch und nicht Russisch zu sprechen.

Dafür lernen nun aber deutlich mehr Menschen Ukrainisch – und zwar auf der ganzen Welt. Die Sprach-App Duolingo [verzeichnet](#) einen unglaublichen Anstieg an Nutzern, die Ukrainisch lernen. Ende März letzten Jahres lernten weltweit fast sechsmal mehr Menschen Ukrainisch über die App als vor dem 24. Februar 2022. In Polen sind es sogar rund 27-mal mehr.

Warum Krieg nicht verboten ist

Wie kann es „Regeln“ für Krieg geben? Warum wird Krieg nicht verboten? (Christine, Januar 2023)

Diese Frage wirkt nur auf den ersten Blick naiv. Auch ich habe sie mir schon oft gestellt. Regeln im Krieg, das ist, als ob es eine rechtmäßige Art und Weise gäbe, jemanden zu ermorden. Dabei ist die Tat an sich moralisch derart verwerflich, dass es absurd scheint, dafür auch noch Gesetze zu haben.

Angriffskriege sind grundsätzlich [völkerrechtswidrig](#), das ist im „allgemeinen Gewaltverbot“ der UN-Charta geregelt. In gewisser Weise ist Krieg also verboten. Deshalb wird der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine auch als „völkerrechtswidrig“ bezeichnet. Doch im Völkerrecht gibt es trotzdem ein „Recht zum Krieg“ (ius ad bellum) und ein „Recht im Krieg“ (ius in bello).

Denn es gibt Ausnahmen vom Gewaltverbot der UN-Charta. Eine davon tritt ein, wenn der Sicherheitsrat der UN einer militärischen Intervention zustimmt, wie etwa in Somalia oder in Afghanistan. Eine andere Ausnahme ist, wenn sich ein Land verteidigen muss. Aus Sicht des Völkerrechts durfte Russland die Ukraine also nicht angreifen, die Ukraine darf sich aber gegen Russland verteidigen.

Und dann gibt es noch das „Recht im Krieg“, das auch [humanitäres Völkerrecht](#) genannt wird. Es basiert auf der Vorstellung, dass Menschen einander seit jeher bekriegen, aber dass man die Brutalität des Krieges zumindest verringern kann. Deshalb stehen Zivilisten und Kriegsgefangene im humanitären Völkerrecht unter besonderem Schutz, denn sie können sich nicht zur Wehr setzen. Kranke und Verletzte haben ein Recht auf medizinische Versorgung.

Als Kriegsverbrechen bezeichnet man schwere Verbrechen gegen das humanitäre Völkerrecht, beispielsweise wenn eine Kriegspartei Zivilisten erschießt, Krankenhäuser bombardiert oder Kriegsgefangene foltert. Russland verstößt also auf verschiedenen Ebenen gegen das Völkerrecht: zum einen, weil es die Ukraine angegriffen hat und zum anderen, weil es unzählige Hinweise auf russische Kriegsverbrechen gibt.

Auch die Ukraine soll Kriegsverbrechen begangen haben: Vergangenen Sommer warf die Menschenrechtsorganisation Amnesty International der ukrainischen Armee vor, dass sie mit ihrer Kampfaktik [Zivilpersonen gefährde](#). Allerdings steckte Amnesty International für diesen Bericht viel Kritik ein, warum genau, hat die Süddeutsche Zeitung erklärt. Beispielsweise wollten viele Zivilisten in umkämpften Gebieten ihre Häuser nicht verlassen. Oder die ukrainische Armee verteidigte sich dort, wo die russische Armee angriffe: in Wohngebieten.

Einen Überblick über alle Kriegsverbrechen in der Ukraine findest du in diesem [Projekt](#) der Associated Press. Die Nachrichtenagentur hat bislang 623 Kriegsverbrechen in der Ukraine verifiziert – der Großteil davon auf russischer Seite.

Die Kampfhandlungen: Ist ein Ende in Sicht?

Ist es realistisch, dass die Ukraine Russland besiegen kann? (Hans-Martin, Juli 2022)

Militärische Vorhersagen abzugeben, ist extrem schwierig. Viele Experten lagen mit ihren Einschätzungen zum russischen Angriffskrieg bereits daneben. Und gerade diejenigen, die der Ukraine ein schnelles Ende prognostizierten, lagen falsch, wie wir heute, ein knappes Jahr nach Beginn des Angriffskrieges wissen.

Ob die Ukraine Russland militärisch besiegen kann, hängt davon ab, was man unter „Siegen“ versteht. Dazu habe ich schon einmal einen [Newsletter](#) geschrieben, in dem es darum ging, ob die Ukraine im Falle eines Teilsieges aufgeteilt werden könnte. Eine vollständige Rückeroberung aller von Russland besetzten Gebiete gilt derzeit jedenfalls als unrealistisch. Aber einige Militärexperten halten es für möglich, dass die Ukraine die russischen Truppen auf die Position vor dem 24. Februar 2022 zurückdrängen kann.

Wie gut sich die Ukraine verteidigen kann, hängt maßgeblich von den Waffen ab, die der Westen ihr liefert. Denn nicht nur die Ukraine hat mit Waffen- und Munitionsmangel zu kämpfen, sondern auch Russland. Im Juli 2022 wurde etwa berichtet, dass Russland nach Informationen des britischen Militärgeheimdienstes die modernen Bodenraketen ausgehen.

Würde es nicht vielen Menschen das Leben retten, wenn die Ukraine auf Gegenwehr verzichtete? (Renate, März 2022)

Ja, wenn die Ukrainer sofort alle Waffen niederlegen würden, wäre der Krieg zu Ende und das Blutvergießen vorerst gestoppt. Aber ich will dir mit einem Spruch antworten, den du vielleicht schon gehört hast: Wenn Russland aufgibt, gibt es keinen Krieg mehr. Wenn die Ukraine aufgibt, gibt es keine Ukraine mehr.

Ich finde, das bringt gut auf den Punkt, worum es den Ukrainern gerade geht. Um Menschenleben, ja. Aber auch um Unabhängigkeit und territoriale Selbstbestimmung.

Würde die Ukraine aufgeben, stünde dem ganzen Land eine unbestimmte Zukunft bevor. Denn was genau Russland danach vorhat, weiß niemand. Die Ukraine galt schon immer als etwas moderner und demokratischer als Russland. Würde sie sich ergeben, würde sie all ihre Werte aufs Spiel setzen. Außerdem wäre eine Besetzung des Landes durch Russland kompliziert, denn die Ukraine ist sehr groß und ein Großteil der Bevölkerung würde sich dagegen auflehnen.

Möglicherweise ist das aus einer deutschen Perspektive heraus schwerer zu beurteilen. Wir sehen das Leid der ukrainischen Bevölkerung, das jetzt gerade passiert. Aber wir sehen

Seite E 314 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

nicht, dass die Ukraine schon seit Jahren im Konflikt mit Russland steht, im Donbass herrschte sogar Krieg. „Jedes Mal, wenn ich den westlichen Medien ein Interview gebe, habe ich das Gefühl, dass sie wollen, dass wir aufgeben“, [schrieb](#) der ukrainische Diplomat Olexander Scherba.

So habe ich Renate die Frage im März 2022 beantwortet. Heute kommen noch weitere Gründe dazu. Die russischen Gräueltaten an Orten wie Butscha, Irpin oder Isjum zeigen, dass Ukrainer von Russland besetzten Gebieten nicht sicher sind. Im Gegenteil: Sie müssen Folter und Mord fürchten. Sich einfach zu ergeben, rettet den Ukrainern nicht unbedingt das Leben. Es kann sogar ihren Tod bedeuten.

Was würde passieren, wenn Putin nach den ukrainischen Rückeroberungen abgelöst oder gestürzt werden würde? (Marcus, September 2022)

Im September 2022 haben 18 lokale Abgeordnete aus Moskau und St. Petersburg Putin zum Rücktritt aufgefordert. Das bedeutet nicht, dass Putin bald gestürzt wird – ein Skandal war es trotzdem. Und es hat Hoffnung gemacht.

Die ukrainische Gegenoffensive hat damals nicht nur die Ukrainer hoffnungsvoll gestimmt, auch Putins Macht in Russland hat dadurch einen Riss bekommen. Das hatte verschiedene Gründe: Zum ersten Mal wirkte Putin nicht mehr unverwundbar. Selbst staatlich kontrollierte Medien gaben zu, dass die „Spezialoperation“ in der Ukraine nicht gut lief und ließen Menschen zu Wort kommen, die an der Sinnhaftigkeit des Krieges zweifelten.

Es ist möglich, dass selbst hochrangige und mächtige Unterstützer Putins Angst haben, den Krieg gegen die Ukraine zu verlieren. Sie konnten sich in den vergangenen Jahren ungehindert bereichern, aber die zunehmende Isolation Russlands und die westlichen Wirtschaftssanktionen könnten auch sie zum Zweifeln bringen. Doch wie groß diese Zweifel wirklich sind, darüber rätseln gerade viele.

Aber weiterhin ist unklar, wer auf Putin folgen könnte. Die meisten Oppositionspolitiker sind geflohen oder sitzen im Gefängnis. Realistische Nachfolger wären der Bürgermeister von Moskau, Sergej Sobjanin, oder Russlands Ministerpräsident Michail Mischustin. Doch vielleicht ist es gar nicht so wichtig, wer genau auf Putin folgt. Sondern dass die Person es schafft, das politische System Russlands zu reformieren. Ähnlich wie Michail Gorbatschow, der zwar die Sowjetunion erhalten wollte, aber gleichzeitig einer der wichtigsten Reformer des 20. Jahrhunderts war.

Kann es überhaupt eine diplomatische Lösung geben? (Frank, Mai 2022)

Laut einer [Forsa-Umfrage](#) aus dem letzten Juni glauben 70 Prozent der Deutschen, dass der Krieg nur durch diplomatische Lösungen und Verhandlungen beendet werden kann.

Im Dezember 2022 sprachen sich 55 Prozent in einer [YouGov-Umfrage](#) im Auftrag der Deutschen Presse-Agentur dafür aus, dass die Ukraine sofort mit Russland über eine Beendigung des Krieges verhandeln solle. Nur für 27 Prozent der Befragten ist noch nicht der richtige Zeitpunkt für Friedensgespräche erreicht.

Viele Osteuropa-Experten bezweifeln aber, dass Russland an ernsthaften Verhandlungen interessiert ist. Bei den Verhandlungen zwischen der ukrainischen und der russischen Delegation schickte Russland Personen, die im Kreml ohne Einfluss sind. Der Kreml schien

Seite E 315 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

die Verhandlungen also nicht ernst zu nehmen. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj hat Wladimir Putin deshalb mehrmals zu direkten Gesprächen aufgefordert. Putin ist darauf nicht eingegangen.

Außerdem hat sich in der Vergangenheit gezeigt, dass sich Russland nicht an Abmachungen hält. Das Budapester Memorandum ist ein Vertrag, den 1994 mehrere Staaten unterzeichnet hatten. Darin verzichtet die Ukraine auf Atomwaffen, im Gegenzug respektiert Russland die territoriale Integrität der Ukraine. Dieses Abkommen verletzte Russland 2014 mit der Annexion der Krim und natürlich jetzt, mit dem Angriffskrieg.

Ukrainer fürchten einen Frieden mit Russland, wenn dieser Frieden bedeutet, dass sie unter russischer Herrschaft leben müssen. Orte wie Butscha oder Irpin, in denen russische Soldaten ukrainische Zivilisten folterten und töteten, haben diese Angst bestärkt.

Welche Chance hat die Ukraine, die beiden „Volksrepubliken“ und die Krim wieder zu kontrollieren? Oder wird die Ukraine aufgeteilt? (Karin, Mai 2022)

Eine der grundsätzlichen Fragen ist, was die Kriegsziele der Ukraine sind. Anders gesagt: Was bedeutet „Gewinnen“ für die Ukraine? Soll die russische Armee dorthin zurückgedrängt werden, wo sie am Tag vor der Invasion stand? Sprich: in die östlichen Gebiete der Ukraine und auf die Krim. Oder könnte die Ukraine sogar die Krim zurückerobern und die Kontrolle über die sogenannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk zurückerlangen? Je länger der Krieg dauert, desto realistischer scheint es zu werden, dass die Ukraine das tatsächlich schaffen könnte.

Henry Kissinger, ehemaliger US-Außenminister und Friedensnobelpreisträger, sagte beim Wirtschaftsforum in Davos, dass die Ukraine Gebiete an Russland abgeben solle, um den Krieg zu stoppen. Der ukrainische Präsident Selenskyj lehnt das entschieden ab. Eine [Umfrage](#) vom Dezember 2022 zeigt, dass mehr als 85 Prozent der Ukrainer nicht bereit sind, Gebiete im Tausch für Frieden abzugeben. Den militärischen Ausgang des Krieges vorherzusagen, ist unmöglich. Tatsache ist aber, dass die Ukraine selbst derzeit nicht bereit ist, Gebiete abzugeben.

Welche Lösungen des Konfliktes oder Schritte für einen Frieden kann es tatsächlich geben? (Felix, Oktober 2022)

Der russische Krieg in der Ukraine könnte noch Monate oder sogar Jahre dauern. Trotzdem ist es sinnvoll, sich über mögliche Szenarien eines Kriegsendes Gedanken zu machen. Ganz simpel wäre natürlich eine militärische Lösung. Russland besiegt die Ukraine oder umgekehrt. Oder beide Seiten sind so erschöpft, dass sie nicht mehr weiterkämpfen wollen. Hier stellt sich aber auch die Frage, was genau ein militärischer Sieg für die Ukraine bedeutet. Wäre der Sieg schon errungen, wenn sie die russische Armee auf ihre Position von vor dem 24. Februar 2022 zurückdrängt? Oder gehört dazu auch die vollständige Rückeroberung der Krim und der sogenannten „Volksrepubliken“ im Donbass?

Die zweite Möglichkeit ist, dass die Ukraine aufgibt. Seit Monaten attackiert Russland die zivile Infrastruktur in der Ukraine und will vermutlich genau das erreichen: Abgeschnitten von Strom und Heizung soll die ukrainische Bevölkerung ihren Widerstandsgeist verlieren. Eine aktuelle [Umfrage](#) des Kyiv International Institute for Sociology zeigt aber einen anderen Trend. Demnach sind 86 Prozent der Befragten der Meinung, dass der bewaffnete Kampf fortgesetzt werden müsse, auch wenn der Beschuss anhalte. Zehn Prozent sind der Meinung, dass man verhandeln müsse, um den Beschuss so schnell wie möglich zu beenden, auch wenn dafür Zugeständnisse an Russland erforderlich seien.

Ein drittes Szenario für ein Ende des Krieges setzt auf Machtkämpfe in Moskau. Einzelne Verantwortliche üben immer wieder Kritik an Putin. Prominente Kritiker sind Ramsan Kadyrow, Machthaber der tschetschenischen Teilrepublik, und Jewgeni Prigoschin, Oligarch und Chef der Söldnertruppe Wagner. Es gibt auch Hinweise darauf, dass in Moskau Verschwörungen oder gar ein Putsch gegen Putin geplant werden. Mit diesen Informationen muss man allerdings sehr vorsichtig sein – was wirklich dran ist, wage ich nicht zu beurteilen.

Manche prognostizieren deshalb Machtkämpfe in Moskau, die schließlich dazu führen könnten, dass sich Russland aus der Ukraine zurückzieht. Der Historiker Timothy Snyder hat das in einem viel beachteten [Aufsatz](#) so zusammengefasst: „Der Krieg endet, wenn die ukrainischen militärischen Siege die russischen politischen Realitäten verändern.“ Dieser Prozess habe seiner Meinung nach bereits begonnen.

Die vierte Möglichkeit ist, dass die Ukraine und Russland miteinander verhandeln. Doch Russland wird erst an den Verhandlungstisch zurückkehren, wenn es keine Möglichkeit mehr sieht, den Krieg militärisch zu entscheiden. Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg sagte, je stärker die Ukraine auf dem Schlachtfeld sei, desto wahrscheinlicher sei eine politische Lösung, bei der die Ukraine als souveräne Nation überleben könne.

Mitarbeit: Lea Scholz, Redaktion: Lisa McMinn und Thembi Wolf, Schlussredaktion: Susan Mücke, Bildredaktion: Philipp Sipos, Audioversion: Iris Hochberger

https://krautreporter.de/4764-33-fragen-und-antworten-zum-krieg-gegen-die-ukraine?utm_campaign=pocket-visitor

07) "Starlink": Elon Musk schränkt Satellitennetzwerk in der Ukraine ein – was bedeutet das?

Eine Analyse von Marie Illner

<https://web.de/magazine/politik/russland-krieg-ukraine/starlink-elon-musk-schraenkt-satellitennetzwerk-ukraine-bedeutet-37825980>

Aktualisiert am 20.02.2023, 21:16 Uhr



Twitter-Chef Elon Musk hat der Ukraine verboten, seinen Satelliteninternetdienst "Starlink" für bestimmte militärische Zwecke zu verwenden. Warum?

© IMAGO/piemags

"Starlink": Elon Musk schränkt Satellitennetzwerk in der Ukraine ein – was bedeutet das?

Aktualisiert am 20.02.2023, 21:16 Uhr

- **Milliardär und Twitter-Chef Elon Musk untersagt der Ukraine, seinen Satelliteninternetdienst Starlink für bestimmte militärische Zwecke zu nutzen.**
- **Was das Aus für die Ukraine bedeutet und was Starlink so besonders macht, erklärt Experte Klaus Schilling.**

Eine Analyse
von [Marie Illner](#)

Dieser Text enthält eine Einordnung aktueller Ereignisse, in die neben Daten und Fakten auch die Einschätzungen von Marie Illner sowie ggf. von Expertinnen oder Experten einfließen. Informieren Sie sich über [die verschiedenen journalistischen Textarten](#).

Techmilliardär [Elon Musk](#) hat ein Machtwort gesprochen: [Vergangene Woche untersagte er der Ukraine die Nutzung des Satelliteninternetdienstes Starlink für militärische Zwecke.](#)

Damit kann das ukrainische Militär den Dienst des Unternehmens "SpaceX" nicht mehr länger nutzen, um besetzte Gebiete zurückzuerobern.

[Mehr News zum Krieg in der Ukraine](#)

Gwynne Shotwell, Präsidentin von "SpaceX", erklärte: "Wir wissen, dass das ukrainische Militär Starlink für die Kommunikation verwendet, und das ist in Ordnung". Es sei aber nie Absicht des Unternehmens gewesen, den Dienst für offensive Zwecke zu verwenden.

"Kommunikationsrückgrat der Ukraine"

Nach Angaben von Shotwell hatte das ukrainische Militär das Satellitennetzwerk beispielsweise dafür genutzt, unbemannte Drohnen zu steuern. Die Nutzungsweise sei nicht vereinbart gewesen, vielmehr solle der Vertrag humanitäre Zwecke sicherstellen. Dazu zählt zum Beispiel Breitbandinternet für Krankenhäuser, Banken oder Familien.

Die ukrainische Politikerin Inna Sowsun hatte gegenüber dem "RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND)" zugegeben: "Unsere Soldaten und Soldatinnen nutzen Starlink sehr intensiv." Es sei ein großer Vorteil, Zugang zum Internet zu haben, bei den Russen sei das nur selten der Fall. Man sei deshalb "dankbar für Elon Musks Hilfe".

Der selbst twitterte: "Starlink ist das Kommunikationsrückgrat der [Ukraine](#), insbesondere an der Front, wo fast alle anderen Internetverbindungen zerstört wurden. Aber wir werden keine Eskalation von Konflikten ermöglichen, die zum Dritten Weltkrieg führen könnten."

SpaceX im Konflikt

Die Debatte um Starlink kocht schon seit Längerem. Mykhailo Podolyak, Berater des ukrainischen Präsidenten, äußerte bereits in der Vergangenheit, dass "SpaceX" das Recht der Ukraine auf Selbstverteidigung nicht anerkenne. Das Unternehmen müsse sich entscheiden, ob es "auf der Seite des Rechts auf Freiheit" stehe oder "auf der Seite der Russischen Föderation und ihres 'Rechts' zu töten und Gebiete zu erobern".

Was bedeutet das Aus nun für die Ukraine? Klaus Schilling ist Experte für Satellitennetze und sagt: "Information ist im Alltag und auch im Krieg essenziell. In Konfliktfällen ist entscheidend, dass man Informationen sehr schnell verfügbar hat." Starlink habe in der Ukraine dazu einen großen Teil beigetragen.

"Zwar können Informationen auch über Glasfaserkabel und Funk ausgetauscht werden. Wo aber kein Mast aufgestellt ist oder zerstört wurde, ist man nicht erreichbar", erinnert er. Satelliten seien deshalb gut geeignet, Lücken zu schließen, sie deckten Gebiete sehr großflächig ab.



[Wirtschaft](#)

[Bericht: Welche Länder von den Russland-Sanktionen profitieren](#)

[vor 4 Tagen](#)

Größtes Netzwerk seiner Art

Starlink sei das größte Netzwerk seiner Art, mehr als 3.000 Satelliten würden dazuzählen, sagt Schilling. Die Satelliten des Unternehmens würden vergleichsweise niedrig fliegen und könnten Daten dadurch schneller austauschen. Schilling erläutert: "Wenn man einen geostationären Satellit in 36.000 Kilometer Höhe über dem Äquator platziert, dann steht er fest und dreht sich konstant mit der Erde mit. Die Distanzen von der Erdoberfläche zu den Starlink-Satelliten sind viel kürzer, sie befinden sich typischerweise in einer Höhe von etwa 550 Kilometern Höhe."

Dadurch habe man kürzere Warte- und Laufzeiten, der Sichtbereich sei aber kleiner als bei Satelliten, die höher positioniert sind. "Die Starlink-Satelliten bewegen sich mit etwa 28.000 Kilometer pro Stunde. Von der Bodenstation aus sieht man sie etwa zehn Minuten, dann muss man auf den Nachfolge-Satelliten umschalten, der die Übertragung fortsetzt", erläutert der Experte.

Geschwindigkeit des Informationsflusses ist entscheidend

Durch die jetzigen Einschränkungen sei die schnelle Reaktionsfähigkeit des ukrainischen Militärs betroffen. "Man kann zwar auch auf Bodennetze zurückgreifen, also Glasfaser- und Kupferleitungen oder Funknetze. Russland versucht aber, all das zu zerstören", sagt Schilling. Gerade Satellitenkommunikation hätte sich als relativ stabil und resistent erwiesen.

"Echtzeit-Fähigkeit ist in militärischen Konflikten wichtig, es kann ausschlaggebend sein, schneller als der Gegner Informationen zu nutzen. Aber durch Funksignale lassen sich auch die Sender lokalisieren", sagt Schilling weiter. Berichten zufolge nutzten ukrainische

Aufklärungsdrohnen das Satellitennetzwerk, um Positionsdaten der Gegner schnell an alle Raketenwerfer und Haubitzen der eigenen Artillerie weiterzugeben. Auf dieser Basis werden dann Raketen innerhalb von Minuten auf diese Ziele programmiert und abgeschossen.

Schätzungen mancher Experten zufolge ist die Effizienz der ukrainischen Infanterie allein durch die Fähigkeit zur Echtzeitkommunikation um etwa 300 Prozent gestiegen. Sie messen Starlink einen entscheidenden Anteil am Ablauf des Krieges bei.

Steuern von Drohnen eingeschränkt

Schilling sagt, dass das Unternehmen Starlink nun den militärischen Nutzen einschränken wolle. "Die Silicon-Valley-Unternehmen haben meist einen Anspruch auf Weltbesserung. Sie wollen zum Beispiel Internetzugang überall und zu jeder Zeit anbieten, aber gleichzeitig auch damit Geschäfte machen", so der Experte. So stellt man Kommunikation gegen Gebühren zur Verfügung, wolle aber gleichzeitig nicht als Kriegsunterstützer gelten.

Es würde sich aus Sicht des Unternehmens nun anbieten, vor allem das Steuern unbemannter Militärdrohnen einzuschränken. "Es ist erkennbar, wenn ein Signal nicht vom Boden kommt, sondern in einer größeren Höhe fliegt", erklärt Schilling. Die Positionsprofile der Drohnen ließen somit Rückschlüsse auf eine mögliche militärische Anwendung zu.

Elon Musk in der Kritik

Am Boden sei es deutlich schwieriger, den Hintergrund einer Anwendung zu unterscheiden. Militärische Kommunikation sieht ähnlich aus wie ein Telefonat. Andere als militärische Verwendungszwecke von Starlink sollen allerdings möglichst nicht betroffen werden, also etwa Kommunikation, Datenaustausch oder Livestreams.

Der Dienst hatte vielen Ukrainern und Ukrainerinnen nach Kriegsbeginn Zugang zum Internet ermöglicht. Musk steht nun auch in der Kritik, sich von russischen Politikern einschüchtern zu lassen.

Für Experte Schilling machen die Vorkommnisse deutlich, wie vernetzt die Welt ist. "In der Nacht vor dem Beginn des Ukraine-Kriegs wurden Satellitennetzwerke gehackt und unbrauchbar gemacht, die das ukrainische Militär intensiv genutzt hat. Auch Windräder in der Nordsee waren als Kollateralschaden betroffen. Deren Empfangsmodule mussten danach sogar physisch ausgetauscht werden", sagt er.

Über den Experten: Prof. em. Klaus Schilling ist Vorstand des Zentrums für Telematik in Würzburg. Er ist Mitglied der International Academy of Astronautics.

Interessiert Sie, wie unsere Redaktion arbeitet? [In unserer Rubrik "So arbeitet die Redaktion"](#) finden Sie unter anderem Informationen dazu, [wann und worüber](#) wir berichten, wie wir [mit Fehlern umgehen](#) und [woher unsere Inhalte kommen](#). Unsere Berichterstattung findet [in Übereinstimmung mit der Journalism Trust Initiative](#) statt.

08) US-Verteidigungsminister: „Rückeroberung der Krim wäre Putins Rote Linie“

16. 02. 2023



Laut US-Außenminister Anthony Blinken wäre ein ukrainischer Versuch, die Krim zurückzuerobern, für Wladimir Putin eine rote Linie, was wohl in der Folge zu einer heftigen russischen Reaktion führen könnte. Diese Meinung vertrat Blinken in einer Videokonferenz mit einer Expertengruppe am Mittwoch. Laut „[Politico](#)“ kam es zu diesem Kommentar nachdem jemand in dem privaten Gespräch gefragt hatte, ob die USA bereit wäre, der Ukraine zu helfen.

„Politico“ zufolge würden also die USA die Ukraine nicht mehr aktiv ermutigen, die Krim zurückzuerobern, sondern überlassen die Entscheidung Kiew allein – wie es diplomatisch heißt: Man lässt also Kiew im Regen stehen. Demnach konzentriert sich die Biden-Administration in erster Linie auf militärische Hilfe für die Ukraine dort, wo die aktiven Kämpfe stattfinden, also vor allem im Osten.

Auch Pentagon skeptisch

Diese Einschätzung spiegelt auch die Kommentare wider, die in den letzten Wochen von Pentagon-Beamten gemacht wurden: Sie sprachen von wütenden Kämpfen im Donbass und im Süden des Landes. Außerdem stellten sie die Fähigkeit der Ukraine in Frage, die Krim in naher Zukunft besetzen zu können.

Auch General Mark Milley, Vorsitzender der Joint Chiefs, ist diesbezüglich skeptisch:

„Dieses Jahr sehr wäre es sehr schwierig, die russischen Streitkräfte militärisch aus der russisch besetzten Ukraine zu vertreiben. Das bedeutet nicht, dass es nicht passieren kann. Das heißt nicht, dass es nicht passieren wird, aber es wäre sehr, sehr schwierig.“

Statt Rückeroberung: Isolierung der Krim

Deshalb glauben auch einige Experten nicht, dass die Ukraine versuchen wird, die Krim zurückzuerobern, sondern sie stattdessen isolieren will.

„Es gibt drei kritische Punkte: die Landbrücke nach Russland, die Brücke über die Straße von Kertsch und den Marinestützpunkt Sewastopol. Sie sollten alle drei ausschalten“

- sagte Kurt Volker, der ehemalige US-Sondergesandte für die Ukraine, der nicht an dem Anruf teilnahm.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) USA haben nicht genug ATACMS-Langstreckenraketen

16. 02. 2023



Lieferungen an Ukraine würden künftige Einsatzfähigkeit des US-Militärs beeinträchtigen.

In Forderungen erheben ist Wolodimir Selenski Weltmeister. Allerdings stößt der ukrainische Präsident immer wieder an seine Grenzen. Beispielsweise, weil die USA selbst nicht genug der gewünschten Waffen besitzen. Wie das für gewöhnlich gut informierte Magazin „Politico“ berichtet, hat die Biden-Regierung ihrem ukrainischen Gegenüber mitgeteilt, dass sie keine der gewünschten Langstreckenraketen vom Typ ATACMS liefern werden.

Diese Entscheidung hat zwei Gründen:

- Erstens fürchtet Washington, dass die Ukraine diese Langstreckenraketen, die eine Reichweite von 190 Kilometer haben, ins russische Kernland schießen könnte. Damit wäre für Moskau eine rote Linie überschritten und es droht eine gefährliche Eskalation des Konflikts.
- Der zweite Grund liegt darin, dass die USA schlichtweg nicht genug ATACMS-Raketen besitzen, um welche an Kiew abgeben zu können: „Die USA sind besorgt, dass sie nicht genug für sich selbst hätten. Bei jüngsten Treffen im Pentagon sagten US-Beamte den Vertretern Kiews, dass es keine taktischen Raketensysteme der Armee habe, so vier Personen mit Kenntnis der Gespräche. Die Verlegung von ATACMS auf das Schlachtfeld in Osteuropa würde Amerikas Vorräte schrumpfen lassen und die Bereitschaft des US-Militärs für einen zukünftigen Kampf beeinträchtigen, sagten die Leute“, schreibt „Politico“.

Der US-Rüstungskonzern Lockheed Martin hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten rund 4.000 ATACMS-Raketen in verschiedenen Konfigurationen hergestellt. Einige dieser Langstreckenraketen wurden an US-Verbündete verkauft, und rund 600 wurden von den US-Streitkräften während des Golfkriegs und des Irakkriegs abgefeuert.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf [ZURZEIT](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

10) Polnischer Präsident in Panik: „Russland gewinnt den Krieg, wenn Kiew nicht dringend Waffen bekommt“

12. 02. 2023



Dies sagte der polnische Präsident Andrzej Duda der französischen „[Le Figaro](#)“ am Freitag: *„Ja, sie können gewinnen, wenn die Ukraine nicht dringendst Hilfe bekommt. Denn die Kiewer Behörden hätten keine moderne militärische Infrastruktur, aber sie haben Männer.“*

Die Lage sei ernst:

„Wenn wir in den nächsten Wochen keine militärische Ausrüstung in die Ukraine schicken, kann Putin gewinnen. Und wir wissen dann nicht, wo er aufhören wird.“

Auch die „Financial Times“ erwähnte, dass den Ukrainern die Munition ausging. ([Mandiner](#))

Russische Außenamts-Sprecherin: „Waffenlieferungen verschlimmern alles nur“

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, warnte darauf daraufhin samstags auf Telegram, dass selbst wenn westliche Waffen hastig in die Ukraine geliefert würden, würde dies am Ausgang des Konflikts nichts ändern. Somit aber wäre Kiew und seine ausländischen Unterstützer zur Niederlage verurteilt, betonte sie und fügte hinzu: Waffenlieferungen würden nicht helfen würden, sondern die Dinge nur noch verschlimmern.

Sacharowas Ratschlag:

„Der einzige Ausweg für den Westen ist Reue dafür, was er angerichtet hat.“

„Wall Street Journal“: NATO hat langsam Zweifel

Schon Anfang dieser Woche berichtete das „[WSJ](#)“: Die NATO-Mitglieder, die im Januar noch versprochen hatten, Dutzende Panzer in die Ukraine zu schicken, hätten plötzlich Zweifel darüber, wie dieses Versprechen überhaupt einzuhalten wäre. Offenbar aus Mangel an genügend Panzern.

- Deutschland sagte 14 Leopard-2-Panzer für Ende März zu, sowie den Kauf von fast 190 ausgemusterten Leopard-1-Panzern, die überholt an die Front geschickt werden sollten.
- Polen, einer der größten EU-Unterstützer, versprach 14 Leopard-2 und 60 umgebaute T-72-Panzer noch aus der Sowjetzeit.
- Länder wie die Niederlande und Dänemark möchten nun aber plötzlich nichts mehr von einer Lieferung wissen.
- Finnland könnte nur wenige Panzer liefern, aber wahrscheinlich erst nach seinem NATO-Beitritt.

Westliche Länder haben bisher auch ausgeschlossen, F-16-Kampffjets zu liefern, was eine weitere Forderung des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj war.

„Fast keine Munition mehr.“

Erst am Donnerstag beschwerte sich Selenskyjs stellvertretender Bürochef Ihor Schowkwa bei „[Bloomberg](#)“: Die Kiewer Streitkräfte hätten wegen der hohen Intensität der Kämpfe im Donbass-Gebiet „fast keine Munition“ mehr.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

11) "Putins Truppen beißen sich die Zähne aus"

https://www.t-online.de/nachrichten/ukraine/id_100126792/ukraine-krieg-putins-truppen-beissen-sich-die-zaehne-aus-.html





Interview

Von [Patrick Diekmann](#)

Aktualisiert am 11.02.2023 - 11:40 Uhr Lesedauer: 8 Min.

Unsere Interview-Regel

Der Gesprächspartner muss auf jede unserer Fragen antworten. Anschließend bekommt er seine Antworten vorgelegt und kann sie autorisieren.

Die Hölle von Bachmut: Immer wieder schickte Russland neue Angriffswellen gegen die ostukrainische Stadt, immer wieder wurden sie zurückgeschlagen. (Quelle: STRINGER/Reuters)

Die russische Armee hat ihre Frühjahrsoffensive gestartet, die Lage für die Ukraine spitzt sich zu. Könnte Putins Krieg noch im Jahr 2023 enden?

Die westlichen Panzer kommen zu spät, um die nächste Offensive der russischen Armee in der [Ukraine](#) zurückschlagen. Kreml-Chef [Wladimir Putin](#) hat seine Kriegsziele auch im Jahr 2023 noch nicht aufgegeben und seine Truppen greifen an vielen Frontabschnitten im Osten des Landes an. Es tobt ein blutiger Abnutzungskrieg.

Der Militär- und Russland-Experte Gustav Gressel erklärt im Interview mit t-online, warum die ukrainischen Verteidiger die Gewinne aus ihrer erfolgreichen Gegenoffensive im Spätsommer 2022 nun wieder verlieren könnten – und was [China](#) damit zu tun hat.

t-online: Herr Gressel, die Ukraine befürchtet eine große russische Frühjahrsoffensive. Wie ist aktuell die Lage an der Front?

Gustav Gressel: Russlands Frühjahrsoffensive läuft bereits. Die russischen Angriffe nehmen seit einem Monat stetig zu. Die russische Armee rückt selbst in den Frontabschnitten vor, an denen die Ukrainer noch die Initiative hatten. Das klare Schwergewicht der russischen Angriffe ist der Donezker Oblast.

Welche Folgen haben die Angriffe konkret auf die Kriegslage im Osten der Ukraine?

Die Ukraine muss Bachmut wahrscheinlich bald aufgeben. Krasna Hora ist fast eingekesselt und auch aus der Stadt muss sich die ukrainische Armee wahrscheinlich bald zurückziehen. Aber eigentlich gibt es an sehr vielen Frontabschnitten massive Angriffe, die russische Armee testet, wo es Schwachstellen in der Verteidigung gibt.



Gustav Gressel ist als Senior Policy Fellow bei der politischen Denkfabrik European Council On Foreign Relations (ECFR) tätig. Er beschäftigt sich in seiner Forschung schwerpunktmäßig mit den militärischen Strukturen in Osteuropa und insbesondere mit den russischen Streitkräften.

Besonders Bachmut war über viele Monate ein Fleischwolf, in den beide Seiten immer weitere Kräfte geschickt und verloren haben. Ist der Verlust nun ein herber Rückschlag für die Ukraine?

Es ist natürlich ein demoralisierender Rückschlag für die ukrainische Armee, aber [Kiew](#) wird den Krieg nicht wegen Bachmut verlieren.

Seite E 185 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

Woher kommt plötzlich die Stärke der russischen Armee?

[Russland](#) greift nun mit immer mehr Kräften an, und das wird wahrscheinlich in den nächsten Monaten so weitergehen. Mittlerweile zeigt die Teilmobilisierung von Präsident Wladimir Putin Wirkung, und ich gehe davon aus, dass die Offensive im Spätf Frühling ihren Höhepunkt erreichen wird. Dann wird sie wieder abflauen. Doch es ist unklar, wie viel Gelände die russische Armee erobern kann.

Wird die Ukraine nun das Gelände wieder verlieren, das sie durch die erfolgreiche Gegenoffensive im Spätsommer 2022 befreit hat?

Das ist die Frage. Es kommt darauf an, wer die Verluste der Angriffe besser wegstecken kann – die russische oder die ukrainische Armee. Endgültig wird man das erst in den kommenden Wochen sagen können.

Was ist die Verteidigungsstrategie der Ukraine im Angesicht der aktuellen russischen Offensive?

Die ukrainische Armee versucht, so lange Territorium zu halten, solange es der russischen Armee große Verluste bringt. Dann ziehen sie sich auf die nächste Verteidigungslinie zurück und setzen den Kampf dort fort. Das ist ein verlustreicher Kampf, denn auch für Russland steht das Abnutzen ukrainischer Kräfte im Vordergrund, nicht der Gewinn von Gebiet.

Russlands Angriff auf die Ukraine

■ russische Truppen, teilweise Separatisten ■ von der Ukraine zurückerobert
★ Beschuss/Kämpfe



Quelle: dpa, ISW, OSM-Mitwirkende Stand 10.2.23

t-online.

Putins Krieg: Diese Gebiete im Südosten der Ukraine sind von Russland derzeit besetzt.

Seite E 185 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

Bislang tut sich Russland aber schwer, größere Städte einzunehmen.

Der Kampf im Ort ist für die Ukraine besser als für die Russen. Im offenen Feld hat die russische Armee mit ihren Schützen- und Kampfpanzern und ihrer Artillerie einen enormen Feuerkraftvorteil, aber in Städten können die Ukrainer den Gegner auf kurze Distanz in Infanteriekämpfe zwingen, wo sie qualitativ besser sind. Deswegen klammern sich die ukrainischen Verteidiger an Städte wie Bachmut, weil es in solchen Städten für sie das beste Abnutzungsverhältnis gibt. Bedeutet: am meisten russische Tote für am wenigsten ukrainische Tote.

Es ist erschreckend, dass ein Abnutzungskrieg oft nur eine Todesrechnung ist.

Richtig.

Versuchen die russischen Truppen noch immer, Häuserkämpfe zu vermeiden?

Die russische Armee versucht, Ortschaften nicht frontal einzunehmen, sondern das Gelände drumherum zu erobern, um die Ukrainer dann zum Rückzug zu zwingen. Deswegen hat die Ukraine aber einen Vorteil im Donezker Oblast, weil dieser als Schwerindustrieregion dicht besiedelt ist. Es gibt viele Ortschaften, die man sehr gut verteidigen kann. Deshalb beißen sich Putins Truppen die Zähne aus.

Die Ukraine zieht nun schon über 60-Jährige zum Kriegsdienst ein. Gehen den Verteidigern bald die Soldaten aus?

Nein. Die russischen Verluste sind gegenwärtig viel höher als die ukrainischen. Die Ukraine hat noch personelle Reserven, die Engpässe beim Material sind schwerwiegender.



Ein russischer Soldat in der Ukraine (Archivbild): Auch Russland muss in der Ukraine zahlreiche Verluste hinnehmen. (Quelle: Sergey Averin/imago images)

Sie haben dagegen die Masse der Soldaten angesprochen, die durch Putins Mobilisierung zur Verfügung steht. Aber ist es der russischen Armee auch gelungen, militärische Ausrüstung und schweres Gerät in die Ukraine nachzuführen?

Putins Armee hat große Verluste erlitten, aber Russland kann in Teilen schweres Gerät schneller nachproduzieren, als die Ukraine es vom Westen geliefert bekommt.

Zum Beispiel?

Kampf- und Schützenpanzer, Granatwerfer, Artilleriesysteme. Putin hat seine [Wirtschaft](#) auf Kriegsproduktion umgestellt, aber die russische Wirtschaft hatte auch schon vorher einen höheren Militarierungsgrad als die Ökonomien im Westen. Deshalb tut sich Russland bei der Nachproduktion etwas leichter.

Welche Folgen hat das für die Ukraine?

Vor allem hat die ukrainische Armee ein akutes Munitionsproblem. Da ist Russland zwar nicht in einer guten Position, aber zumindest in einer besseren. Putin hat enorm viele Probleme, aber die Munitions- und Ausrüstungslage ist nicht so schlimm wie die auf der ukrainischen Seite.

Das betrifft auch Panzer?

Seite E 330 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

Genau. Russland produziert etwa 200 bis 250 Kampfpanzer im Jahr, das sind etwa 17 im Monat. Das sind T-90M und hinzukommen Panzer älterer Modelle aus den Depots.

Russland hat dementsprechend einen größeren Nachschub an Panzern?

Wir rechnen damit, dass [Moskau](#) mehr als 20 Kampfpanzer im Monat an die Front bringen kann. Das gleicht aber nicht die Verluste aus, die Russland in der Ukraine erleidet. Deswegen wird die russische Armee immer schwächer. Die ukrainische Armee hat jedoch auch große Verluste und die Panzerlieferungen aus dem Westen gleichen die noch weniger aus. Das ist ein Vorteil für Putin und deswegen hält er unbeirrbar an seinen minimalistischen Kriegszielen fest.



Im Osten der Ukraine: Ein ukrainischer Soldat schießt mit einer Anti-Panzerwaffe.
(Quelle: STRINGER/Reuters)



Putin heckt etwas gegen uns aus



Selenskyj feuert hochrangigen Sicherheitsbeamten

Bereits im Sommer 2022 haben wir darüber gesprochen, dass die Ukraine einen großen Teil ihres schweren Geräts bereits verloren hat. Kommen die westlichen Kampfpanzer jetzt nicht zu spät?

Leider ist die Hürde im Westen, Panzer zu liefern, enorm spät gefallen. Für die Frühjahrsoffensive kommen die Panzer nicht rechtzeitig auf dem Gefechtsfeld an, aber mit dieser Offensive wird der Krieg nicht enden.

Das bedeutet?

Die Panzer werden rechtzeitig kommen, um die Ukraine dabei zu unterstützen, nicht zusammenzubrechen. Bis die Panzer da sind und sich die Munitionslage bessert – vor allem auch bei der Artilleriemunition – wird es schwierig für die ukrainische Armee. Das wird im Laufe des Jahres besser für die Ukraine, aber auch bei der Munitionsproduktion leider erst im Laufe des Jahres, weil bestimmte Schritte erst im Herbst letzten Jahres eingeleitet wurden.

Der Westen hat schon jetzt Probleme, die Anzahl von Panzern zu mobilisieren, die die Ukraine benötigt. Für das Szenario eines langen Abnutzungskrieges verheißt das nichts Gutes.

Langfristig denke ich, dass vom Leopard 2 A4 noch deutlich mehr Panzer geliefert werden können, aber viele von denen müssen erst neu aufbereitet werden, und das braucht Zeit. Durch die späte Entscheidung für die Panzerwende laufen wir da etwas der Lage hinterher. Ich hoffe, dass nun möglichst viele Staaten im westlichen Bündnis neue Panzer bestellen, um alte besser abgeben zu können. Dann können wir auch die Leopard-2-Produktion in [Deutschland](#) beschleunigen und das würde der Ukraine an der Panzerfront helfen.

Ist es denn glaubwürdig, wenn sich Deutschland nach so vielen Monaten des Zögerns nun an die Spitze einer Panzerallianz stellt?

Ja, ich denke schon. Boris Pistorius hat nun einen Panzergipfel in [Warschau](#) auf die Beine gestellt, um andere Staaten mitzunehmen. Er schlägt sich gut bisher. Für Deutschland steht einiges an Ruf auf dem Spiel.

Immerhin galt die [Bundesregierung](#) international lange als Bremser in der Panzer-Frage.

Bundeskanzler [Olaf Scholz](#) hat es komplett verschlafen, dass Putin zu diesem Zeitpunkt noch immer auf Maximalsieg spielen wird. Das hat die strategischen Kriegsziele des westlichen Bündnisses dahingehend geändert, dass man die Ukraine nicht nur irgendwie am Leben erhalten muss. Im Grunde sind nun eine russische Niederlage und das Überleben der Ukraine zwei identische Ziele. Und diese Ziele muss der Westen materiell unterfüttern.



Boris Pistorius: Der Verteidigungsminister hat sich über die Leopard-Panzer informiert, die in die Ukraine geliefert werden.- (Quelle: Kay Nietfeld/dpa)

Hat Scholz das verstanden?

Ich glaube, dass diese Erkenntnis im Ministerium von Außenministerin Annalena Baerbock schon lange eingeflossen ist. Auch in der [SPD](#) gibt es immer mehr Politiker, die das realisiert und verstanden haben. Pistorius ist einer von denen und deshalb wird die Diskussionsmechanik in die richtige Richtung gedreht, und dadurch verändert sich auch das Umfeld um den Kanzler.

Die Waffendebatte geht nun bei Kampfflugzeugen weiter. Ist die Lieferung von Jets an die Ukraine überhaupt sinnvoll?

Die ukrainische [Luftwaffe](#) fliegt momentan größtenteils Luft-Luft-Einsätze, um Drohnen oder Raketen abzufangen. Die Lieferung von Kampfflugzeugen ergibt schon Sinn, aber auf dem Gefechtsfeld wird es wenig verändern. Die Abgabe von F16-Kampfflugzeugen würde es einfacher für die Ukraine machen, westliche Munition zu schießen. Russland schert sich ohnehin nicht um diese rote Linie, deswegen kann der Westen auch liefern. Aber die Frage ist nicht so akut wie bei den Kampfpanzern – dort läuteten schon die Alarmglocken.

Hat sich auch Deutschland beim Thema Waffenlieferungen strategisch verkalkuliert?

Im Westen hat man sich darauf verlassen, dass die Sanktionen gegen Russland schnell greifen und die Russen aus der Kriegsanstrengung herauswerfen. Wenn man sich die Produktionszahlen der russischen Rüstungswirtschaft anschaut, ist das leider nicht der Fall. Wir haben zu sehr in dem Glauben gelebt, dass Putin aufgrund der wirtschaftlichen Probleme seinen Krieg nur ein Jahr würde führen können. Das war ein Trugschluss.



Wladimir Putin: Der Kremlchef will den kompletten Donbass einnehmen. (Quelle: Pavel Byrkin/imago images)

Trotzdem scheint der kollektive Westen im Vergleich mit Russland deutlich im Vorteil, oder?

Natürlich. Der Westen hat weit mehr wirtschaftliches Kapital, mehr Innovation und eine weit höhere Finanzkraft. Aber wir haben diese Finanzkraft kaum in den Dienst einer militärischen Leistung gestellt, die der Ukraine nun weiterhelfen könnte. Das ist momentan das Problem.

Wo bekommt Russland denn die Halbleiter für ihre Rüstungsproduktion her?

Die kommen größtenteils aus China.

Liefert [Peking](#) noch immer keine Waffen an Russland?

Ich glaube nicht. Die Sprengköpfe für Artilleriegranaten sollen eigentlich aus [Nordkorea](#) kommen. Aber es könnte sein, dass Container mit Material aus China über die nordkoreanische Grenze rollen und dass diese dort umlackiert werden. Peking fürchtet US-Sanktionen und ist deshalb vorsichtig. Auf der anderen Seite hat China kein Interesse, dass Putin krachend verliert, und greift hier schon stützend ein.

Wie kommen Sie darauf?

Es lässt sich deutlich auf dem Gefechtsfeld erkennen, dass der Verschleiß an modernen Waffensystemen und Raketen auch bei der russischen Armee sehr hoch ist. Deswegen kann man live dabei zuschauen, wie die Bestände weniger werden und sich die Angriffsintervalle erhöhen. Bei der Munition für Granatwerfer und Artillerie gab es seit Kriegsbeginn jedoch kaum einen Abfall bei der Feuerintensität. Da muss eine helfende Hand für Putin im Spiel sein.

Abschließend: Am 24. Februar tobt der Krieg seit einem Jahr. Wie geht es nun weiter?

Die Ukrainer haben aktuell eine Schwächephase. Aber ich habe die Hoffnung, dass sie es geländebedingt trotz des Geräte- und Munitionsmangels schaffen, die russische Armee kontrolliert abzunutzen. In diesem Jahr wird der Abnutzungskrieg nicht enden, aber wir werden ein Stück weiter in Richtung Vorentscheidung fahren.

- [Waffen für die Ukraine: Wann die ersten Panzer geliefert werden](#)
 - [Die Nacht im Überblick: Scholz zu Panzerlieferungen: "Das läuft"](#)
 - [Debatte um Waffenlieferungen: "Olaf, hör zu, uns fehlen Raketen"](#)
- [Anzeige Kombinieren, was zusammen gehört! Disney+, Netflix & mehr buchen](#)

Vielen Dank für das Gespräch, Herr Gressel.

Verwendete Quellen

- Gespräch mit Gustav Gres

12) Aus ukrainischen Regierungskreisen – Ukraine könnte wie „koreanische Halbinsel enden“

10. 02. 2023



Alexei Arestowitsch, Ex-Berater des ukrainischen Präsidentenbüros

Alexei Arestowitsch, Ex-Berater des ukrainischen Präsidentenbüros, übt sich wiederholt in kritischen Bemerkungen bezüglich des Vorgehens der Kiewer Behörden.

Die Ukraine werde ihre Territorien nicht zurückerobern können, ist seine jüngste Aussage dazu.

„Koreanische Halbinsel 2.0“

Ein Szenario wie das auf der koreanischen Halbinsel hält Arestowitsch für möglich.

Nach seinem Rücktritt bringt Alexei Arestowitsch, der ehemalige Berater des ukrainischen Präsidentenbüros, immer häufiger seinen Standpunkt bezüglich der militärischen Spezialoperation zum Ausdruck, der sich eklatant von der Haltung der Kiewer Behörden unterscheidet.

So etwa äußerte er am 6. Februar die Ansicht, dass die Ukraine nicht in der Lage sei, die russischen Truppen zu „vertreiben“, weshalb die westlichen Länder bereit sein könnten, das Konzept der „beiden Koreas“ in der Ukraine umzusetzen, so Arestowitsch.

Erwartungen zum „ukrainischen Kriegsausgang“ unrealistisch

Darüber hinaus werde der Krieg möglicherweise nicht so enden, wie es die ukrainische Gesellschaft erwarte. Am Ende könne es so sein, dass die Ukraine möglicherweise nicht alle Gebiete zurückerobere.

Die ukrainische Gesellschaft habe derzeit zu hohe Erwartungen an das Ende des Krieges, aber der Krieg könnte so enden, dass „wir alle schockiert sein werden“, sagte Arestowitsch.

Seiner Meinung nach brauche Kiew etwa 400.000 „perfekt ausgebildete Soldaten mit NATO-Waffen“. Das Land könne ein solches Kontingent jedoch nicht einmal im Laufe des Jahres zusammen bekommen. Außerdem stünden der Ukraine weder ausreichend Zeit noch Kapazitäten zur Verfügung, um diese Soldaten auszubilden. Zudem gebe es in der Ukraine für diesen Zweck nicht genügend Waffen.

Deshalb habe der Westen die Absicht, ein „Zwei-Koreas-Szenario“ umzusetzen. Die ukrainische Nachrichtenagentur [Politika Strany zitiert](#) Arestowitsch auf Telegram.

„Für einen Erfolg brauchen wir etwa 400.000 perfekt ausgebildeten Soldaten mit NATO-Waffen. Haben wir die? Nein. Werden wir sie in diesem Jahr haben? Das werden wir nicht. Und die Ausbildungskapazitäten reichen nicht aus.“

Hierbei sei jedoch das Unangenehmste, dass der Westen so denke und die Ukraine vom Westen komplett abhängig sei, erklärte Arestowitsch. Auf diese Weise plane der Westen, „ein Südkorea mit Garantien“ zu schaffen.

„Koreanisches Szenario“ illusorisch für Russland

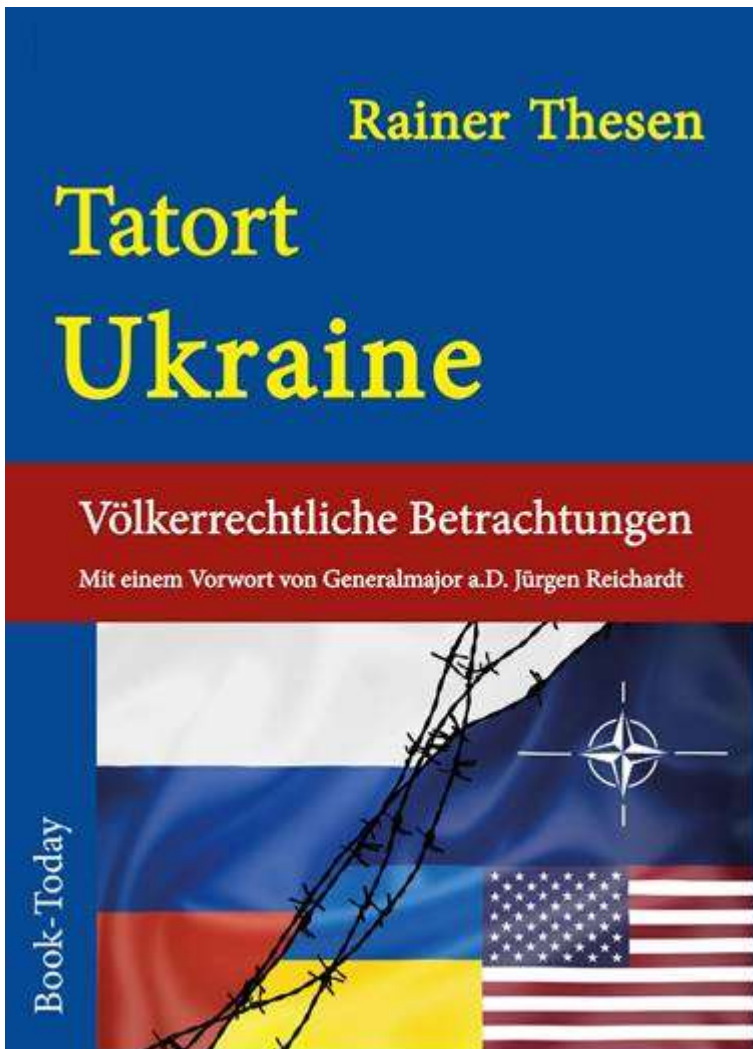
Dmitri Medwedew, stellvertretender Vorsitzender des russischen Sicherheitsrates und ehemaliger Präsident der Russischen Föderation, hat am 7. Februar, Arestowitschs [Behauptung kommentiert](#).

Er nannte die „Andeutung“ von einem „koreanischen Szenario“ in der Ukraine „reines Wunschdenken“ und hob dabei einen Hauptunterschied hervor. In Korea seien zwei unabhängige Länder geschaffen worden, der Donbass und andere Gebiete seien jedoch Russland beigetreten, „dem größten Staat mit voller Souveränität und den stärksten Waffen“.

Medwedew wies außerdem weiter darauf hin, dass in Kiew allmählich die Idee verbreitet werde, dass es keinen ukrainischen Sieg geben könne, was bedeute, schrieb Medwedew, dass der erste Schritt zur Anerkennung der Realitäten in der Welt gemacht worden sei.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

13) Tatort Ukraine: Moderner Krieg und Propaganda



Rainer Thesen

Tatort Ukraine

Völkerrechtliche Betrachtungen

212 Seiten, Hardcover mit zahlr. Dokumenten und Schlüsselreden, 2022 erschienen

Preis: 24,80 € (zzgl. Versandkosten)

Größe: 21 x 14,5 cm

ISBN 978-3-9819738-6-0

Book-Today

Suebenstr. 1, D 53175 Bonn

Netzseite: www.book-today.de

Kontakt: info@book-today.de

Tel.: +49 (0) 1577/1875207
(bevorzugt E-Mail!)

Von CR Gernot Facius

Was sich durch Putins „Spezialeinsatz“ in der Ukraine abspielt, kann niemand kalt lassen. Sudetendeutsche erst recht nicht, schließlich gehörte auch der galizische Teil des Landes bis 1918 zum Habsburgerreich. Das Buch „**Tatort Ukraine**“ aus der Feder des in Nürnberg lebenden Juristen **Rainer Thesen** (Jahrgang 1946), das den von Russland begonnenen Krieg aus **völkerrechtlicher Perspektive** analysiert, wird deshalb von ihnen besonders aufmerksam gelesen werden. Thesen befasst sich ausführlich mit dem von der UNO postulierten **Gewaltverbot**, dem **Selbstbestimmungsrecht** und den Verträgen, welche die **territoriale Integrität** Russlands und der Ukraine garantieren. Das Gewaltverbot sei eines der grundlegenden Prinzipien des Völkerrechts, es sei denn, es liege eine der Ausnahmen vor, etwa eine Intervention auf der Grundlage eines Sicherheitsratsbeschlusses, eine Selbstverteidigung oder die Ausübung des Beistandsrechts bei einem Angriff auf einen UN-Mitgliedsstaat. Das alles sei hier nicht der Fall. „**Deutschland**“, schreibt Thesen, „hat sich von Beginn an eindeutig als **Unterstützer der Ukraine** positioniert. Politisch ist das der Verankerung in den Bündnissen Nato und EU geschuldet.“ Er verbindet das allerdings mit der Frage, ob das von Rechts wegen so betrachtet werden muss. Genauer: Ob man nach Beendigung der Kampfhandlungen feststellen werde, dass Deutschland sich in jeder Hinsicht **richtig verhalten** habe. Rainer Thesen zitiert in diesem Zusammenhang die alte Schulweisheit: „Was auch immer du tust, tue es klug und bedenke das Ende.“ Der Autor beendet seinen Exkurs in das

Völkerrecht mit einem **Hinweis auf die Propaganda**, die in einem weitaus größeren Maße als früher das Kriegsgeschehen begleitet: „Die heutigen Möglichkeiten der Public Relations werden natürlich auf beiden Seiten weidlich genutzt. Das macht es gerade dem flüchtigen Fernsehzuschauer sehr schwer, Propaganda von Wahrheit zu unterscheiden. Insoweit geben sich die beiden Kriegsparteien ebenso wenig wie ihre internationalen Unterstützer etwas nach. Gerade der ukrainische Präsident, der nach seinem Jurastudium eine **steile Karriere im Showgeschäft** durchlaufen hat, zeigt mit seiner konsequenten Bildersprache, wie man es macht.“ Thesens Schlusssatz oder besser gesagt: Empfehlung sollte deshalb nicht ignoriert werden: dass man stets **großes Misstrauen in die Nachrichten** an den Tag legen sollte, „stets der Tatsache eingedenk, dass in einem modernen Krieg die Propaganda fast so wichtig ist wie die Panzer.“ **135 Seiten wichtiger Dokumente** und „**Schlüsselreden**“ ergänzen das vom Autor gezeichnete völkerrechtliche Lagebild.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 20, 2023

Wien, am 09. Februar 2023

14) Über die Grenzen des „Leopard-Einsatzes“ in Ukraine – Deutscher General packt aus

07. 02. 2023



Es sind beinahe erstaunlicher Weise vorwiegend Militärs, die sich gegen weitere Waffenlieferungen an die Ukraine aussprechen.

Einer aus dieser Riege ist der ehemalige deutsche Brigadegeneral Helmut Ganser. Das Risiko der Eskalation sei zu groß, das Ziel zudem unklar formuliert, führt er an. Diplomatie sein nun gefragt.

Diplomatie das Gebot der Stunde

Helmut Ganser ist Brigadegeneral a.D., er war darüber hinaus unter anderem stellvertretender Leiter der Stabsabteilung Militärpolitik im Verteidigungsministerium sowie Militärberater der deutschen ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel.

Er weiß also, wovon er spricht, wenn er über Waffen und ihren Einsatz im Feld redet, denn es war sein Beruf.

Seine Kompetenz unterscheidet ihn von vielen in den Medien und der Politik, die nach immer weiteren Waffenlieferungen rufen, sich aber über die Folgen offenbar nicht im Klaren sind. Das betrifft sowohl den Anspruch an die Ausbildung der Soldaten als auch die Folgen für den weiteren Verlauf des Ukraine-Konflikts.

Ganser entwarf in einem [Beitrag für das ipg-Journal](#) zwei Szenarien einer ukrainischen Offensive, unter Einbeziehung deutscher Leopard-Panzer.

Seite E 340 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

Die erste scheidet früh. Die ukrainischen Militärs beherrschen die komplexen Anforderungen, die das neue Gerät an sie stellt, nur mangelhaft. Die unzureichende Zusammenarbeit im Verbund eröffnet daher jedwede Möglichkeiten für einen Gegenangriff.

Aus diesem Grund kommt die Offensive in Gansers erstem Planspiel zum Erliegen, nachdem sie lediglich dreißig Kilometer in, von Russland beherrschtes Territorium, vorgedrungen ist. Die Verluste sind auf beiden Seiten erheblich. Bilder von zerschossenen Leopard-Panzern kursieren bereits jetzt in den sozialen Netzwerken.

Hohe Verluste und „mangelhafte Handhabung“

Aufgrund der hohen Verluste beginnt in der Ukraine eine Diskussion über den Sinn des Krieges. Immer mehr Bürger haben tote Familienmitglieder zu beklagen. Gleichzeitig ist die Verteidigungsfähigkeit der NATO-Länder selbst, durch die Unterstützung der Ukraine erheblich geschwächt. Russland hält nach der gescheiterten Offensive noch immer zehn bis zwölf Prozent der Landmasse auf dem Gebiet, das die Ukraine als ihr Hoheitsgebiet beansprucht. Die Offensive ist somit gescheitert.

In einem zweiten Szenario ging Ganser von einem erfolgreichen Vorstoß des ukrainischen Militärs aus. Es kann bis zum Asowschen Meer durchstoßen und steht schließlich gegenüber der Krim. Die Versorgung der Krim wird unterbrochen.

Russland antwortet darauf mit massiven Angriffen auf Kiew und macht ebenfalls deutlich, dass es diejenigen Länder, die der Ukraine Waffen geliefert haben, als Kriegsteilnehmer sieht. Der Krieg bedrohe Russland jetzt existenziell, merkt Ganser an. Damit wird nach russischer Militärdoktrin der Einsatz von Nuklearwaffen legitim.

Nukleare „Antwort Russlands“ an Waffen liefernde Staaten

Russland versetzt seine nuklearen Raketentruppen in Gefechtsbereitschaft und fordert die unmittelbare Aufhebung der Blockade der Krim. Sollte dies nicht geschehen, würden taktische Atomwaffen eingesetzt werden.

Zeitgleich startet China das bisher größte Manöver in der Straße von Taiwan. Die Welt steht am Abgrund. Die Offensive war erfolgreich, das Ergebnis ist jedoch alles andere als ein Gewünschtes.

In beiden Fällen ist der Einsatz der Leopard-2-Panzer nicht sinnvoll, im zweiten Szenario führt er gar in die Katastrophe. Ganser vergegenwärtigt, dass sich auch positivere Szenarien entwickeln lassen. Russland könnte etwa die Rückeroberung der Krim einfach hinnehmen, erklärte er. Aber die Gefahr, langsam in eine Katastrophe hineinzugleiten, wächst mit weiteren Waffenlieferungen und wird daher immer wahrscheinlicher.

Insbesondere mit dem zweiten Szenario stützt Ganser die Aussagen derjenigen, die auf die Eskalationsfähigkeit Russlands verweisen. Ein konventioneller Krieg kann gegen eine Atommacht nicht gewonnen werden, ist eine der, in diesem Zusammenhang angeführten Thesen. Ganser weist zudem auf die Unberechenbarkeit der Entwicklungen hin. Krieg entfalte eine eigene Dynamik, die nur schwer vorherzusehen sei, meint Ganser.

Den Befürwortern von immer weitergehenden Waffenlieferungen erteilt Ganser damit eine deutliche Absage. Das Risiko einer unkontrollierten Eskalation sei zu groß. Es bedarf einer konkreten Benennung der Ziele und der Überlegung, wie diese zu erreichen seien.

Mit großer Sicherheit führe der Weg also nicht übers Schlachtfeld, sondern eben an den Verhandlungstisch.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

15) Ukraine überzeugt: Massive russische Offensive in 10 Tagen

06. 02. 2023



Wie das ukrainische Portal 24tv.ua schreibt, würden die Russen derzeit eine komplette motorisierte Schützendivision in die Ukraine verlegen.

„Dieser Schritt markiert den Beginn einer neuen groß angelegten Offensive.“

- so Generalleutnant Igor Romanenko. Heftige Kämpfe wären bereits in mehrere Richtungen im Gange, wobei die Russen gleichzeitig ihre Reservisten an die Front schicken.

„Ausbluten lassen“

Gleichzeitig ist der ukrainische Cheffoffizier aber äußerst zuversichtlich: Die ukrainische Armee würde den russischen Feind zuerst in den Kämpfen „ausbluten“ lassen, um danach einen Gegenangriff starten.

Russische Großoffensive noch im Februar

Seit Wochen schon rechnet die ukrainische Führung für Februar mit einer groß angelegten Offensive. Damit würden die russischen Kräfte – laut Wolodymyr Selenskyj

versuchen – die ukrainische Verteidigung zu durchbrechen. Laut einem Militärberater gegenüber der [Financial Times](#), hätten die Ukrainer „sehr zuverlässige Informationen“ darüber, dass die russische Offensive innerhalb der nächsten 10 Tagen beginnen könnte.

Laut Andrij Tschernjak, Sprecher des ukrainischen Militärgeheimdienstes, plant Putin, bis März das gesamte Territorium von Donezk und Luhansk zu besetzen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

16) Krieg für Ukraine verloren? US-Friedensangebot an Russland für 20% Land?

Von unserem Ost-Europa-Korrespondenten Elmar Forster

04. 02. 2023



Von unserem Ost-Europa-Korrespondenten ELMAR FORSTER

Dies jedenfalls behauptete die renommierte [„Neue Zürcher Zeitung“ \(NZZ\)](#) am Donnerstag: Demnach soll Präsident Biden sowohl Russland als auch der Ukraine einen brisanten Friedensplan unterbreitet haben. Was dann auch nach Ablehnung durch beide Kriegsparteien auch die positive Entscheidung der USA zur Lieferung von Abrams-Panzern mitbeeinflusst haben soll.

Gab es ein brisantes Angebot?

Demnach habe Biden Mitte Januar seinen CIA-Chef William Burns damit beauftragt: Nämlich auszuloten, inwieweit Moskau und Kiew zu Friedensverhandlungen bereit wären. Die „NZZ“ beruft sich dabei auf Gespräche mit zwei ranghohen deutschen Außenpolitikern

Seite E 343 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

aus Regierung und Opposition. Demnach soll Biden dem russischen Präsidenten Putin ein Fünftel der Ukraine angeboten haben, um den Krieg zu beenden, was in etwa dem Donbas-Gebiet entspricht.

Auffallendes US-Dementi

Sowohl das Weiße Haus als auch der CIA dementierten umgehend: „[Newsweek](#)“ gegenüber bezeichnete ein CIA-Beamter die Behauptungen der „NZZ“, wonach Burns Mitte Januar eine geheime Reise nach Moskau unternommen habe, zwecks Unterbreitung eines Friedensvorschlages, als „völlig falsch“. Trotzdem deuten auch andere Quellen in diese Richtung: So berichtete etwa auch die „[Washington Post](#)“ von einer geheimen Reise Burns nach Kiew zu Präsident Selenskij.

Ablehnung durch Russland und Ukraine

Kiew habe den Vorschlag aber abgelehnt, „weil sie nicht bereit sind, ihr Territorium aufzuteilen“, während russische Beamte meinten, sie würden „den Krieg auf lange Sicht sowieso gewinnen“ – berichtete NZZ

Interessant aber auch: Sean Savett, der stellvertretende Sprecher des „Nationalen Sicherheitsrates des Weißen Hauses“, dementierte nicht ganz: „Newsweek“ gegenüber bezeichnete er den NZZ-Bericht als „nicht genau“.

Sind USA kriegsmüde?

Laut der „Newsweek“ hätten die deutschen Politiker behauptet: Biden wolle einen langwierigen Krieg in der Ukraine vermeiden. Erst nachdem sowohl die Ukraine als auch Russland den Vorschlag ablehnten, versprach die Biden-Regierung am 25. Januar, Kiew mit Abrams-Panzern zu versorgen – so die NZZ weiter. Was allerdings laut Experten Monate dauern würde.

Auf alle Fälle soll es innerhalb der US-Administration gravierende Meinungsunterschiede bezüglich des Krieges geben: Außenminister Antony Blinken und Verteidigungsminister Lloyd Austin möchten die Ukraine weiterhin militärisch unterstützen. Doch stünden Sicherheitsberater Jake Sullivan und CIA-Chef Burns dem gegenüber: Sie möchten demnach den Krieg schnelle beenden, um sich ganz auf die Auseinandersetzung mit China zu konzentrieren.

„Wenn du Frieden willst, rüste zum Krieg.“ (römisches Sprichwort)

Laut US-„[Bloomberg](#)“ verfolge nämlich Washington genau diese Doppelstrategie: Demnach nähme Biden „eine Verschärfung des Krieges auf sich, um Putin so schnell wie möglich an den Verhandlungstisch zu zwingen.“

Nach fast einem Krieg möchte nämlich nun auch Washingtons einen lang anhaltenden Stellungskrieg vermeiden. Deshalb müsse es aber Kiew weiterhin militärisch unterstützen. Wobei eine solche Strategie langfristig schwer umzusetzen sei.

Anscheinend habe auch Selenskij die Rückeroberung der Krim mittlerweile aufgegeben. Habe aber auch zugestimmt russische Ziele dort anzugreifen. Da die Krim für Putin von größter Bedeutung ist, solle dieser so zu Friedensverhandlungen bewegt werden.

Seite E 344 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

Laut [Guardian](#) habe Washington nämlich die Lieferung eines zwei Milliarden Dollar teuren Waffenpakets an die Ukraine angekündigt: Die neuen Raketen würden nämlich eine Verdoppelung der Reichweite von zuvor 70–80 km auf 150 km bedeuten. Damit aber könnte der gesamte Donbas und Teil der Krim erreicht werden.

Washington hatte demnach also nicht die Absicht, den Krieg zu verlängern. Und zwar aus einem guten Grund: Weil dann die Ukraine zu einer „verbrannten Erde“ wird, während die finanziellen Möglichkeiten des Westens schwindet und auch sein Waffenarsenal schwächer werden.

US-Des-Information als Druckmittel gegen die Ukraine?

Dieser Eindruck drängt sich jedenfalls auf.. Die USA könnten demnach sogar die Urheber des „Kommunikationslecks“ gewesen sein.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

17) Bundespräsident des neutralen Österreich Van der Bellen“ besucht“ Kiew

02. 02. 2023



W. Selenskij bei seinem Besuch in Wien

Der österreichische Bundespräsident Alexander Van der Bellen ist am 1. Februar nach Kiew gereist.

Auf der Tagesordnung steht ein Besuch von Hilfsprojekten mit österreichischer Beteiligung sowie selbstredend ein Treffen mit dem ukrainischen Präsidenten.

„Lassen Ukraine nicht im Stich“

Das österreichische Staatsoberhaupt Alexander Van der Bellen war am Morgen des 1. Februar, wie es sich für einen „Grün-Politiker“ geziemt, mit dem Zug in Kiew eingetroffen.

Seite E 345 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

Offiziell solle die Reise klar signalisieren, so erklärte Van der Bellen, „wir stehen an der Seite der Ukraine, wir lassen sie nicht im Stich.“ Der Widerstand sei aber nur so lange möglich, wie der Westen Hilfe leiste.

Da Österreich neutral sei und keine Waffen liefere, leiste es Hilfe auf humanitärem und medizinischem Gebiet. Unter den Mitreisenden sind freilich die „Grüne“ österreichische Umweltministerin Leonore Gewessler und Wirtschaftsminister Martin Kocher(ÖVP).

Für den Nachmittag ist ein Gespräch mit seinem ukrainischen Amtskollegen Wolodymyr Selenskij geplant. Wie der *Kurier* berichtet, soll das Treffen lediglich zehn Minuten dauern.

Offenbar kann der ukrainische Präsident für, nicht Waffen liefernde Staatsoberhäupter eben nicht mehr Zeit erübrigen.

Van der Bellen wurde Ende Januar zum zweiten Mal als Bundespräsident vereidigt. Er hatte sich bei der Präsidentschaftswahl im Oktober mit 56,7 Prozent der Stimmen durchgesetzt.

In einem, am 1. Februar auf Twitter veröffentlichten Video, erklärte er, „es ist ein bewusstes Zeichen der Solidarität und der Unterstützung für die Menschen in der Ukraine, dass diese Reise gleich zu Beginn meiner zweiten Amtszeit nach Kiew geht. Ich treffe dort Präsident Selenskij, und die österreichische Delegation reist auch mit konkreter Hilfe im Gepäck an. Etwa dringend benötigte Generatoren“.

Österreich sei militärisch neutral, aber „keineswegs neutral in unserer Haltung“, betonte Van der Bellen. Entgegen der Mehrheit der österreichischen Bevölkerung, die sich in einer Umfrage, zu 85 Prozent für die uneingeschränkte Aufrechterhaltung der Neutralität ausspricht. Ganz im Gegenteil und mit kaum nachvollziehbarer Ignoranz gegenüber der eigenen Bevölkerung.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

18) Nach lateinamerikanischen Staaten verweigert auch Griechenland Waffenlieferungen an Ukraine

01. 02. 2023



Vorbei mit lustig - Panzer für Ukraine nicht aber für Bundeswehr?

Die internationale „Kriegssolidarität“ mit der Ukraine und ihren immer unverschämter werdenden Forderungen nach schwerem Kriegsgerät dürfte eine rein westliche Angelegenheit bleiben. Denn bei seinem Bettelbesuch in Lateinamerika, holte sich Deutschlands Bundeskanzler Olaf Scholz eine Abfuhr nach der anderen, was Waffenlieferungen an die Ukraine betraf. Und auch Griechenland sagt nun Nein zu Panzerlieferungen und Co. Nachdem bereits ein Großteil der afrikanischen und asiatischen Staaten eine Einmischung in den Konflikt ablehnt, bleiben Europa und die USA mit ihrer Kriegshetze nun auf der Strecke.

Abfuhr für Scholz aus Lateinamerika

Bei seiner Ländertour durch Lateinamerika, offenbar in der Mission Waffen für die Ukraine zu erbetteln, holte sich Deutschlands Kanzler Scholz eine gesalzene Abfuhr. Der argentinische Präsident Alberto Fernandez hat bei einem Besuch des deutschen Kanzlers einer möglichen Waffenlieferung Argentiniens an die Ukraine eine Absage erteilt:

„Argentinien und Lateinamerika denken nicht daran, Waffen an die Ukraine oder irgendein anderes Land in einem Konflikt zu schicken.“

Und auch der sozialistische Neo-Präsident Brasiliens, Lula da Silva, [erteilte solchen Vorhaben eine deftige Absage](#). Bereits im Vorfeld des Besuchs von Scholz erteilte Brasilien

Seite E 347 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

dem deutschen Ersuchen nach dem Verkauf von Gepard-Munition eine Absage. Und da Silva kritisierte die Ukraine auch für ihr Verhalten in dem Konflikt:

„Ich denke zwar, dass Russland den klassischen Fehler begangen hat, in das Gebiet eines anderen Landes einzudringen, also hat Russland Unrecht. Aber ich denke immer noch: wenn einer nicht kämpft, kämpfen zwei nicht. Du musst Frieden auch wollen.“

Bereits im Mai 2022 betonte da Silva in Richtung dem ukrainischen Präsidenten Selenskyi: *„Dieser Typ ist für den Krieg genauso verantwortlich wie Putin.“*

Der brasilianische Präsident plädierte viel eher für eine Vermittlungsinitiative Brasiliens und Chinas.

Griechenland sendet keine Panzer

Griechenlands Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis [warf im Zuge des Ukraine-Konflikts](#) wiederum der Türkei vor, „untätig“ zu bleiben. Das Nachbarland müsse sich als NATO-Mitglied engagieren, da der Konflikt bald in sein zweites Jahr gehe.

Mitsotakis warf Ankara vor, keine Sanktionen gegen Moskau zu verhängen und sich zu weigern, den Beitritt Schwedens und Finnlands zum Militärbündnis zu ratifizieren.

„Die türkische Position innerhalb der NATO hat viele NATO-Mitglieder frustriert, und das hat nichts mit den Besonderheiten der griechisch-türkischen bilateralen Agenda zu tun. Das Land profitiert in hohem Maße von der Tatsache, dass es eine besondere wirtschaftliche Beziehung [zu Russland] hat. Wenn man einem Bündnis angehört, das auch ein Wertebündnis ist, kann man nicht untätig bleiben.“

Einer möglichen Panzerlieferung erteilte er allerdings eine Absage. Mitsotakis betonte, dass Griechenland dem deutschen Beispiel nicht folgen werde.

„Wir haben der Ukraine erhebliche militärische Unterstützung zukommen lassen, [wie] gepanzerte Mannschaftstransporter, aber wir werden keine Leopard-2-Panzer liefern, aus dem einfachen Grund, dass sie für unsere Verteidigungsposition absolut notwendig sind. Wir haben auch immer sehr deutlich gemacht, dass wir bereit sind, die Ukraine zu unterstützen, aber nicht auf Kosten unserer Verteidigungsfähigkeiten“.

Sein Dementi kommt, nachdem ukrainische Medien berichtet hatten, dass die Regierung Mitsotakis Leopard-2-Panzer in die Ukraine schicken wird.

Keine Kampfjets für Selenskyi?

Unklar ist auch, ob die weiteren Forderungen der Ukraine nach Kampfjets vom Westen erfüllt werden. Sowohl die USA, als auch Deutschland betonten zunächst, keine Jets an die Ukraine liefern zu wollen. Frankreich wollte dies wiederum nicht ausschließen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

19) „Faktenchecker“ leisten wieder ganze Arbeit: Asow-Soldaten tragen Nazi-Tattoos aus „ironischen Gründen“

29. 01. 2023



Waschechte Nazis mit SS-Wolfsangelsymbol als neue Liebkinder des Westens

Die Schweizer Faktenchecker von 20min.ch leisten in einem aktuellen Artikel ganze Arbeit. In diesem wird erklärt, dass das ukrainische Neonazi-Regiment Asow eigentlich harmlos sei und die nationalsozialistische Ästhetik nur eine „satirische Trotzreaktion“ auf Russlands Argument der „Entnazifizierung“ sei. Sogar ein Interview mit Illia Samoilenko (28), dem stellvertretenden Kommandant und „Botschafter“ des Asow-Regiments wurde geführt.

Asow-Sprecher nahm an Weltwirtschaftsforum teil

Samoilenko gilt in der Ukraine als Held, hat er doch im Kampf gegen die „russischen Besatzer“ bereits vor Jahren Auge und Hand verloren. 20min klärt uns auch auf, dass er als Sprecher und Botschafter des Asow-Regiments am diesjährigen Weltwirtschaftsforum von Klaus Schwab in Davos teilnehmen durfte. Und er darf folgend erklären, dass die Nazi-Glorifizierung der Soldaten reine russische Propaganda sei.

Asow „apolitisch und harmlos“

Samoilenko führt aus:

Asowsche Kernwerte sind Ruhm, Ehre und Wahrheit. Als Militäreinheit deckt sich unsere Position mit der ukrainischen Regierung beziehungsweise sind wir apolitisch, egal, welchen Bullshit Moskau erzählt.

Tattoos und Co. mit Hakenkreuzen, etc. seien lediglich eine „trotzige Antwort“ auf das russische Narrativ von der „nazifizierten Ukraine“. Jedenfalls habe man das Regiment von den wenigen „zweilichtigen Personen“ längst gesäubert.

Wenn Asow apolitisch ist, wieso tragen dann einige Asow-Kämpfer Tattoos von Swastikas und anderen Nazi-Symbolen?

Da schwingt viel ukrainische Selbstironie mit. Russland hat im Februar ja eine «De-Nazifizierungsoperation» gegen die Ukraine gestartet und nennt alle Ukrainer offen «Nazis». Die Tattoos sind eine trotzigte Antwort darauf. Eine Ideologie steckt nicht dahinter. Tatsächlich zeigt uns Russland doch jeden Tag, wer hier der Faschist ist.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

20) Marschiert Deutschland erneut gegen Russland?

29. 01. 2023



"The next European war will start in Ukraine." *Illustration im amerikanischen Magazin "Look" vom 14. März 1939*

Von REDAKTION | Vor etwa eineinhalb Jahren wurde an dieser Stelle ein Artikel „Wenn das Gedenken Pause macht“ [1] veröffentlicht in dem die Verwunderung zum Ausdruck gebracht

wurde, dass dem achtzigsten Jahrestag des deutschen Russlandfeldzuges nicht gedacht wurde, obwohl sonst jeder anderen Schandtats des Dritten Reiches ausgiebig gedacht wurde. Immerhin kamen damals mehr als 20 Millionen Sowjetbürger ums Leben. Beispielsweise war jetzt gerade am 27. Januar „Holocaustgedenktag“, der wieder in der westlichen Medienblase ausgiebig behandelt wurde.

Jetzt wurde klar, warum man dem achtzigsten Jahrestag des Russlandfeldzuges keine Bedeutung beimisst: Der nächste Russlandfeldzug unter deutscher Federführung war damals längst in Planung! Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock hat bereits vollmundig verkündet: „wir sind im Krieg mit Russland“.

Karl Marx sagte einmal, dass in der Geschichte alles zweimal passiert, einmal als Tragödie und das zweite Mal als Farce. Dieser neue „Russlandfeldzug“ Deutschlands ist eine Farce. Das offizielle Russland reagierte auch relativ gelassen darauf. Lediglich der Botschafter Deutschlands in Moskau wurde von der Sprecherin des Außenministers Marija Wladimirowna Sacharowa einberufen, um zu dieser neuerlichen hinausgeplapperten Dummheit Baerbocks Stellung zu nehmen.

Der Außenminister Lawrow fand es offenbar unter seine Würde sich mit einem derartigen Irrwitz zu befassen. Würde Russland die Äußerung Baerbocks wirklich ernst nehmen, würde es für Deutschland in einer Art und Weise krachen, wie es sich unsere Keyboard-Warrior, die, soweit die grüne Regierungsriege betroffen ist, allesamt Wehrdienstverweigerer sind, nicht vorstellen könnten.

PETR BYSTRON

[@PetrBystronAfD](#)

Folgen

Ausgerechnet im [#Europarat](#) zu erklären, [#Deutschland](#) befände sich im [#Krieg](#) mit [#Russland](#), ist ein diplomatischer Super-Gau. Daß es keine Folgen hat, ist alleine dem Umstand geschuldet, dass im Ausland [@ABaerbock](#) niemand ernst nimmt. Wir brauchen Diplomaten statt Kriegstreiber!



[3:42 nachm. · 27. Jan. 2023](#)

42.179

https://twitter.com/PetrBystronAfD/status/1618982837562245121?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1618982837562245121%7Ctwgr%5E5c579859b579d49ac95623d8fb37f0542a887a2e%7Ctwcon%5Es1_c10&ref_url=https%3A%2F%2Ffunser-mittleuropa.com%2Fmarschiert-deutschland-erneut-gegen-russland%2F

Insbesondere bedeutet ein Krieg Deutschlands gegen Russland eine Waffenstillstandsverletzung, die Russland völkerrechtlich jedes Recht gibt, militärisch speziell gegen Deutschland mit allem was so zur Verfügung steht, vorzugehen. Diese Möglichkeiten hat offenbar der völlig durchgeknallte deutsche Mainstream nicht am Schirm. Oder wissen diese ungebildeten Herrschaften gar nicht, dass 1945 mit Russland lediglich ein Waffenstillstand zustande kam? Einen Friedensvertrag gibt es bis heute nicht.

Konkret zu den Lieferungen von Leopard Panzern ist folgendes zu sagen:

Selbst wenn die Ukraine einige hundert Leoparden aus allen möglichen Beständen bekommt, so ist dieser Vorrat spätestens nach einem Monat aufgebraucht. Die Ukraine hat bislang tausende Panzer verloren (nach russischen Angaben über 6000) und wird auch diese Panzer schnell verlieren. Eine Wende im Kriegsgeschehen ist dadurch nicht zu erwarten. In einer Zeit, wo ein Panzer um Millionen Euro wehrlos gegenüber einer Kamikazedrohne, oder einer tragbaren Lenkwaffe um 20.000 Euro ist, hat der Panzer ausgedient. (siehe dazu stern.de: „Abschüsse und keine Durchbrüche – die Ukraine markiert das Ende des Kampfpanzers“ [2]) Bei dem ganzen Theater geht es also nur um Symbolik. Als nächstes soll die ukrainische Armee mit Kampffjets versorgt werden. Irgendwann kommen dann westliche Söldnertruppen hinzu, die pro forma „freiwillig“ agieren. Teilweise sind solche Söldner jetzt schon im Einsatz.

Für Putin sind die deutschen Panzerlieferungen propagandistisch ein gefundenes Fressen: Er kann jetzt argumentieren, dass es nun darum gehe die gleichen Aggressoren, die man vor achtzig Jahren vertrieben hat, nun wieder bekämpfen müsse. Für Russland ist dieser Krieg so quasi eine Neuauflage des „Vaterländischen Krieges“, ein heiliger Krieg!

Russland soll zerschlagen werden

Tatsächlich steht auch diesmal die Existenz Russlands auf dem Spiel: Das Ziel des Westens ist es, Russland zu zerschlagen. Dafür gibt es viele Beweise wie z.B. die Äußerungen vom US-Politikberater Zbigniew Brzezinski, der in seinem Buch „The Great Chessboard“ schrieb: Ohne die Ukraine ist Russland keine Großmacht mehr! Die USA arbeite deshalb seit Langem an der Herauslösung der Ukraine aus dem russischen Orbit. Wesentlich im Marginalisieren Russlands ist, dass Russland die Ukraine als Einflussosphäre verliert. Ein bedeutender Meilenstein dazu war der Maidan-Putsch: Victoria Nuland (Mrs. Fuck the EU) gab zu, dass Amerika den Regime-Change in der Ukraine mit fünf Milliarden Dollar subventioniert hatte.

In den Westlichen Medien wird immer wieder die Forderung erhoben, Russland zu dekolonialisieren, also zu zerstückeln. Die Einzelteile könnten dann leicht vom Westen unter Kontrolle gebracht werden. Dies wäre für den Westen ein entscheidender Schritt, um das „Herzland“ des Planeten nach Zbigniew Brzezinski zu beherrschen.

Was steckt hinter diesem Größenwahn des Westens?

Der kollektive Westen, also die USA und die EU lebt seit Langem vom Gelddrucken. Dies funktioniert natürlich nur solange, als Dollar und Euro als Weltwährungen anerkannt werden und so die Euro-Dollar-Geldschwemme durch den Welthandel aufgesogen wird. Die Bedeutung dieser Währungen in dieser Rolle ist jedoch im Schwinden begriffen. Insbesondere die BRICS-Staaten wickeln ihren Handel mehr und mehr in anderen Währungen ab. Sogar die Saudis verkaufen ihr Öl auch nicht mehr ausschließlich in Dollar. Der Petrodollar ist bald keine Stütze des westlichen Finanzsystems mehr.

Um den Handel in Rohstoffen auch in Zukunft in Euro oder Dollar durchzuführen, ist also die Kontrolle über die russischen Rohstoffe für den Westen überlebenswichtig. Anderenfalls wird das westliche Finanzsystem früher oder später kollabieren. Es ist also die Frage, wie weit der Westen zu gehen bereit ist um diese Kontrolle zu erzwingen?

Derzeit läuft der Krieg für die Ukraine nicht gut. Es ist so, dass die Ukraine bereits jetzt schwer angeschlagen ist. Soledar ist gefallen und der Fall Artjomowsk (Bachmut) steht kurz bevor. Diese Städte sind Teil eines schwer befestigten Festungsgürtels, der jetzt peu á peu zerfällt. Die russische Armee verschafft sich somit eine ausgezeichnete Ausgangsposition, um in einer Frühjahrsoffensive die ukrainische Front von Norden nach Süden und umgekehrt aufzurollen. Ein paar hundert Nato-Panzer können dieses Desaster nicht mehr aufhalten. Ebenso wenig können dies einige Nato-Kampffjets. Wenn alles so weiter geht wie in den letzten Wochen, ist die ukrainische Armee im Laufe des Jahres am Ende.

Wird sich der kollektive Westen mit der unvermeidlichen Niederlage der Ukraine abfinden, oder wird der Westen weiter eskalieren?

Konventioneller „Support“ kann die ukrainische Armee nicht retten, da die westlichen Produktionskapazitäten mit dem Verbrauch an Waffen und Munition nicht schritthalten können. Somit bliebe als ultimative Eskalationsstufe nur noch der Einsatz von Atomwaffen.

Wird der Westen auch diesen Rubikon überschreiten? Es ist leider zu befürchten, dass der Westen angesichts seines unvermeidlichen Untergangs, selbst davor nicht zurückschrecken könnte! Aus heutiger Sicht klingt das zwar recht unwahrscheinlich – ab hat nicht Baerbock ein derartiges Szenario bereits unvorsichtigerweise bereits anklingen lassen? Siehe dazu unseren Artikel v. 28.04.2022: „Unglaublich! Baerbock will Atomkrieg nicht ‚komplett ausschließen‘ und ‚Risiken deutlich machen“ [3].

[1] unser-mitteuropa.com/wenn-das-gedenken-pause-macht/

[2] www.stern.de/digital/technik/ukraine—der-krieg-in-der-ukraine-markiert-das-ende-des-kampfpanzers-31836054.html

[3] unser-mitteuropa.com/unglaublich-baerbock-will-atomkrieg-nicht-komplett-ausschliessen-und-risiken-deutlich-machen/?fbclid=IwAR2prDIK1z3T8fM2kYiID8fXHvxlBitigHeoIPE3QGm2CUwWvb8u_koauJo

21) Britischer Militärexperte: Sechs Schritte zum Atomkrieg

Eine Zusammenfassung von Elmar Forster

29. 01. 2023



Worst Case: Zusammenbruch der russischen Armee oder Meuterei

Der ehemalige britische Diplomat Tim Willasey-Wilsey und hochrangige Militärexperte beschreibt (in „[Daily Mail](#)“) eine Eskalationsspirale von sechs Schritten: Wie nämlich der Ukrainekrieg zu einem globalen Armageddon ausarten könnte.

Warnung Medwedews vor Atomschlag

Dabei bezieht sich der emeritierte Direktor des „Foreign and Commonwealth Office“ auf Aussagen des russischen Ex-Präsidenten Dmitri Medwedew, der vor einer Niederlage Russlands gewarnt hatte.

„Keiner der Unglücklichen kann sich die elementare Schlussfolgerung vorstellen. Dass, wenn eine Atommacht einen konventionellen Krieg verliert, sie einen Atomkrieg verursachen könnte. Keine Atommacht hat große Konflikte, von denen ihr Schicksal abhing, jemals verloren. Das sollte jedem klar sei.“ – so Medwedew auf „Telegram“.

Hier die möglichen Szenarien laut dem britischen Militärexperten:

Schritt 1: Russlands Streitkräfte kollabieren oder meutern

Dieser Massenzusammenbruch der russischen Streitkräfte würde ausgelöst durch überwältigenden Druck ukrainischer Truppen mit westlicher Militärhilfe oder durch eine Meuterei in Putins Militär selbst.

Seite E 354 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

So hätte etwa die plötzliche Evakuierung von Charkiw im Westen „alle Merkmale einer Flucht“ getragen, indem „die Truppen ihre Positionen in Eile verließen und Ausrüstung und persönliche Gegenstände zurückließen“.

Schritt 2: Vorstoß ukrainischer Truppen an den Rand des Donbas und der Krim



Um sich hier auf die Rückeroberung von, durch Russland gehaltenes, okkupiertes Territorium vorzubereiten – einschließlich der Krim, die Putin 2014 annektierte.

Moskau werde dann seine Drohungen zum Einsatz taktischer Atomwaffen gegen das ukrainische Militär verschärfen.

„Die Moskauer Regierung würde zweifellos ein Ultimatum stellen, dass die Ukraine nicht in Gebiete des Donbass unter russischer Kontrolle eindringen und vor allem, dass sie die Halbinsel Krim nicht betreten darf.“

- so der britische Militärexperte weiter.

Schritt 3: Macron und Scholz warnen Selenskyj

Sehr wahrscheinlich würden nun europäische Staats- und Regierungschefs Selenskyj zur Mäßigung auffordern: Nämlich keine von Russland okkupierten Gebiete zurückzuerobern, also die Halbinsel Krim sowie die Regionen Donezk und Luhansk im Donbass.

Großbritannien freilich könnte eine „robustere“ Haltung einnehmen und „Selenskyj ermutigen, den gesamten Donbass zurückzuerobern“, sich aber von der Krim fernzuhalten – es sei denn, die NATO würde darin von seinen G7-Verbündeten unterstützt. Auch US-Präsident Joe Biden würde grundsätzlich dazu tendieren, aber bei der Krimfrage vorsichtiger hantieren, im Bewusstsein dessen, dass die Krim der russische Stützpunkt der Schwarzmeerflotte ist – fügte Willasey-Wilsey hinzu.

Schritt 4: Selenskyj wartet 96 Stunden ab

Nach Willasey-Wilsey zufolge könnte Selenskyj seinen Truppen eine „enge Frist setzen“ vor einem Einmarsch in die besetzten russischen Gebiete setzen – nämlich maximal 72 oder 96 Stunden. Gleichzeitig aber wäre alles auch ein Versuch, den Kreml zu bluffen.

Schritt 5: Putin wird in Moskau gestürzt und durch FSB-Chef ersetzt

Dann würde wohl Putin durch Alexander Bortnikow (rechts neben Putin, s.u.), den Direktor des russischen FSB-Sicherheitsdienstes ersetzt werden – mit unabsehbaren Folgen eines Regierungschaus in Moskau.



„Moskau wäre nach der Meuterei und dem Verlust von so viel Territorium in Aufruhr.“

- so Willasey-Wilsey.

Nun könnte entweder Alexander Bortnikow, Chef des russischen FSB-Geheimdienstes, oder Nikolai Patruschew, ein EX-FSB-Chef, die Macht an sich reißen. – Und Willasey-Wilsey warnt den Westen vor Optimismus: Weil...

„es höchst wahrscheinlich ist, dass jeder neue Führer aus demselben Ex-KGB-Stall wie Putin genauso oder sogar noch falkenhafter wäre.“

Schritt 6: Game Over – Nuklear-Schlag

Unter dieser Dynamik: Meuterei im Militär, Putsch im Kreml und dem politischen Chaos im Herzen der politischen Führung Russlands, könnten wohl „schlechte oder sogar katastrophale Entscheidungen getroffen werden“.

Nämlich der Schritt auf den atomaren Weltuntergang zu. 77 Jahren nachdem die USA die japanischen Städte Nagasaki und Hiroshima ausgelöscht hatten.

Detonation über dem Schwarzen Meer oder Zentral-Ukraine

Denkbar wäre etwa die Detonation einer Atombombe über dem Schwarzen Meer oder über der Zentralukraine. Doch könnte die Eskalation auch auf weiter reichen:

„Ein neuer nationalistischer Führer in Moskau könnte argumentieren, dass die NATO-Länder den ukrainischen Erfolg ermöglicht haben und daher als Ziele betrachtet werden sollten“

- schloss Willasey-Wilsey.

Kontroverسيelle Diskussion

Bisher bewerten zwar die meisten westlichen Militärexpertern die Möglichkeit Russlands, Atomwaffen einzusetzen als „äußerst unwahrscheinlich“.

So der ehemalige Chef der Royal Navy, Lord West:

„Das ist Bluff und Getöse aus Moskau... Es ist Säbelrasseln, die Leute dazu zu bringen, inne zu halten und über Dinge nachzudenken. Niemand will ein Armageddon. Das wäre verdammt verrückt.“

Der ehemalige Oberst der britischen Armee, Philip Ingram, führte auch die enormen internationalen Konsequenzen gegen Russland auf – bis hin zur totalen Destabilisierung der Russischen Föderation selbst. Russland würde so zur „internationalen Parias werden. Und China, Indien und Pakistan vom Zaun kommen lassen.“

Der Militärexperte Robert Clark, Verteidigungsanalyst bei der Londoner Denkfabrik Civitas, warnte trotzdem vor Putins Entschlossenheit:

„Putin bleibt der wahrscheinlichste Akteur, der einen Atomschlag startet.“

Obwohl auch er selbst dieses Szenario für „höchst unwahrscheinlich“ hält. Denn selbst bei einem Regimewechsel in Moskau würde ein solcher „orchestriert, um einen Anschein von Stabilität zu gewährleisten.“

Der ehemalige britische Militärminister Mark Francois deutete auch noch eine andere Option an: Wonach nämlich der russische Ex-Präsident Medwedew „sich einfach in einen Friedensstifter verwandeln könnte“, sollte Putin seine Invasion verlieren.

„Nur ein Verrückter würde Atomwaffen einsetzen ... Dies ist eindeutig ein Versuch, die Verbündeten der Ukraine abzuschrecken.“

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

22) Alles nur Bluff? Zugesagte US-Abrams-Panzer für Ukraine können laut Gesetzen und Herstellern gar nicht geliefert werden

29. 01. 2023



Die großspurig angekündigten Panzer-Lieferungen diverser NATO-Staaten, wie Deutschland oder der USA, entpuppen sich bei genauerem Hinsehen als Bluff. Nicht nur sind die 14 angekündigten Leopard-Panzer Deutschlands vermutlich bald Kanonenfutter der russischen Armee, sondern auch die 31 versprochenen M1 Abrams Panzer der US-Streitkräfte dürften so bald nicht auf ukrainischem Boden fahren.

Pentagon-Sprecher bestätigt: USA haben keine 31 M1 Abrams-Panzer auf Lager

Trotz der Zusage von Präsident Biden, 31 Abrams M1-Panzer in die Ukraine zu schicken, könnte es Berichten zufolge Monate dauern, bis die Artillerie eintrifft. [Das berichtet aktuell Fox News.](#)

Pentagon-Sprecherin Sabrina Singh bestätigte, dass die USA nicht genügend M1 Abrams-Panzer in ihren Beständen haben, um sie derzeit in die Ukraine zu schicken.

„Wir haben diese Panzer einfach nicht im Übermaß in unseren US-Beständen, weshalb es Monate dauern wird, diese M1A2 Abrams in die Ukraine zu überführen.“

Wären die Panzer im Besitz des Pentagons, würde es weniger als eine Woche dauern, sie zu verpacken und zu verschicken. Im Rahmen der Ukraine Security Assistance Initiative (USAI) kann es jedoch Monate oder Jahre dauern, da die Regierung im Rahmen des Beschaffungswesens Auftragnehmer für den Bau der Waffen sucht und beauftragt.

Seite E 358 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

Biden gab die Genehmigung für die Waffen am Mittwoch bekannt, nur wenige Stunden nachdem der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholtz erklärt hatte, dass die Ukraine auch Leopard-2-Panzer aus Berlin erhalten würde, da Russland eine Großoffensive plant.

Verteidigungsminister Antony Blinkin, der sich dem Präsidenten anschloss, bezeichnete die Panzer als die „fähigsten Panzer der Welt“, die die Fähigkeiten der Ukraine auf dem Schlachtfeld verbessern werden.

„Hier geht es um Freiheit, Freiheit für die Ukraine, Freiheit überall“, sagte Biden.

Die Entscheidung, Panzer zu schicken, kam nach wochenlangen festgefahrenen und frustrierten Verhandlungen mit Deutschland, die hochrangige Verteidigungsbeamte als „Ergebnis guter diplomatischer Gespräche“ bezeichneten.

Anfang des Monats hatte Deutschland angedeutet, dass es der Entsendung von Panzern in die Ukraine nur zustimmen würde, wenn die USA dies ebenfalls täten, und dabei Bedenken wegen einer Eskalation des Krieges geäußert.

USA lieferten bereits tausende Militärgeräte

Die USA haben bereits Tausende von Kampffahrzeugen geliefert, darunter 1.700 Humvees, und haben Anfang dieses Monats zugesagt, weitere 500 gepanzerte Fahrzeuge verschiedener Typen zu schicken.

Die Abrams-Panzer werden im Rahmen der Sicherheitsunterstützungsinitiative für die Ukraine beschafft und stammen nicht direkt aus US-Lagerbeständen, dies wäre nämlich gesetzlich in den USA verboten.

Es bleibt unklar, wie lange es dauern wird, bis die Abrams-Panzer in der Ukraine einsatzbereit sind, und Verteidigungsbeamte sagten nicht, wo die Schulungen stattfinden werden, obwohl bestätigt wurde, dass die Schulungen außerhalb der Ukraine geplant sind.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

R u s s l a n d (Seiten E 359 - E 407)

23) Breaking News +++ Rede von Präsident Putin zur Lage der Nation

21. 02. 2023



„Ehre, Vertrauen & Anstand bedeuten dem Westen nichts!“

Der russische Präsident Wladimir Putin am 21.2.2023 in Moskau:

Guten Tag!

Verehrte Abgeordnete der Föderalen Versammlung – Senatoren, Abgeordnete des Staatsduma!

Verehrte Bürgerinnen und Bürger Russlands,

ich halte diese Ansprache des Präsidenten, wie wir alle wissen, in einer schwierigen Phase und die für unser Land einen Wendepunkt darstellt. Es ist eine Zeit radikaler, unumkehrbarer Veränderungen in der ganzen Welt, eine Zeit entscheidender historischer Ereignisse, welche die Zukunft unseres Landes und unseres Volkes prägen werden, eine Zeit, in der jeder von uns eine kolossale Verantwortung trägt.



Vor einem Jahr wurde beschlossen, eine *Sonder-Militäroperation* zu veranlassen, um die Menschen in unserem historischen Land zu schützen, die Sicherheit unseres Staates zu gewährleisten und die Bedrohung durch das neonazistische Regime zu beseitigen, das nach dem Putsch von 2014 in der Ukraine Fuß fassen konnte. Schritt für Schritt, sorgfältig und konsequent werden wir uns den vor uns liegenden Aufgaben stellen.

Seit 2014 hat die Bevölkerung des Donbass für das Recht gekämpft, in ihrem Land leben und ihre Muttersprache sprechen zu können. Man hat gekämpft und nie aufgegeben, trotz der Blockade, des ständigen Beschusses und unverhohlenen Hasses des Kiewer Regimes – im Glauben und in der Hoffnung, dass Russland ihnen zu Hilfe wird kommen.

Während dieser Zeit haben wir, wie Sie wissen, alles in unserer Macht Stehende getan, um dieses Problem friedlich zu lösen, und geduldig Verhandlungen für einen friedlichen Ausgang dieses verheerenden Konflikts geführt.

Aber hinter unserem Rücken wurde ein ganz anderes Szenario vorbereitet. Die Versprechungen der westlichen Machthaber, ihre Beteuerungen, dass sie einen Frieden im Donbass wollten, erwiesen sich, wie wir heute wissen, als Täuschung und grausame Lüge.

Seite E 361 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

Sie haben einfach nur auf Zeit gespielt, sich auf viele Kleinigkeiten eingelassen und ihre Augen vor politischen Morden verschlossen, sowie vor der Unterdrückung unerwünschter Personen durch das Kiewer Regime und vor der Einschüchterung von Gläubigen. Zugleich haben sie ukrainische Neonazis zu Terrorakten im Donbass angestiftet. Die Offiziere der nationalistischen Bataillone wurden in westlichen Akademien und Hochschulen ausgebildet, und es wurden Waffen geliefert.

Ich möchte betonen, dass Kiew bereits vor Beginn der militärischen Sonderoperation, mit dem Westen über die Lieferung von Luftabwehrsystemen, Kampfflugzeugen und anderem schweren Gerät verhandelte. Wir erinnern uns auch an die Bemühungen des Kiewer Regimes zum Erwerb von Atomwaffen, denn sie ließen sich öffentlich darüber aus.

Die USA und die NATO haben ihre Armeestützpunkte und geheimen Biolaboratorien zunehmend in die Nähe der Grenzen unseres Landes verlegt: Im Rahmen von Manövern beherrschten sie den Schauplatz künftiger Militäroperationen und bereiteten das Regime in Kiew bzw. der Ukraine, das sie versklavt hatten, auf einen großen Krieg vor.



Sie schwelgen in ihrer Perfidie – voll Stolz über politischen Bluff

Und heute geben sie es zu – sie geben es öffentlich, offen und schamlos zu: Es ist, als wären sie stolz und würden in ihrer Perfidie schwelgen, während sie die Minsker Vereinbarungen wie auch das Normandie-Format als diplomatische Show und Bluff ansahen. Es stellte sich heraus, dass sie die ganze Zeit, als der Donbass brannte und Blut vergossen wurde, als Russland aufrichtig – ich möchte das betonen – auf eine friedliche Lösung hinarbeitete, mit dem Leben der Menschen und ja – ähnlich gewissen Spielerkreisen – mit gezinkten Karten nur spielten.

Diese abscheuliche Methode der Täuschung wurde schon viele Male zuvor ausprobiert: Bei der Zerstörung Jugoslawiens, des Iraks, Libyens und Syriens haben sie sich ebenso schamlos und heuchlerisch verhalten. Sie werden sich niemals von dieser Schande reinwaschen können. Begriffe wie Ehre, Vertrauen und Anstand bedeuten nichts für sie.



Westliche Eliten sind zum Symbol der totalen Lüge verkommen

In den langen Jahrhunderten des Kolonialismus, des Diktats und der Hegemonie haben sie sich daran gewöhnt, sich alles erlauben und auf die ganze Welt hinunterblicken zu können. Es hat sich herausgestellt, dass sie die Menschen in ihren eigenen Ländern mit der gleichen Verachtung, ähnlich einem Gutsherrn, behandeln. Schließlich haben sie auch diese Personen zynisch getäuscht, ihnen Lügengeschichten von der Suche nach Frieden und der Einhaltung von Resolutionen des UN-Sicherheitsrats zum Donbass aufgetischt. In der Tat sind die westlichen Eliten zum Symbol der totalen, prinzipienlosen Lüge verkommen.

Wir verteidigen nachdrücklich unsere Interessen und unsere Überzeugung, dass es in der heutigen Welt keine Unterteilung in so genannte zivilisierte Länder und den Rest geben sollte und dass eine ehrliche Partnerschaft notwendig ist, die jeden Exzeptionalismus und vor allem einen aggressiven, ablehnt.

Wir waren offen und aufrichtig bereit für einem konstruktiven Dialog mit dem Westen: Wir sagten und beharrten darauf, dass sowohl Europa als auch die ganze Welt ein unteilbares und für alle Länder gleiches Sicherheitssystem benötigen. Jahrelang schlugen wir unseren Partnern vor, diese Idee gemeinsam zu diskutieren und auf eine Umsetzung hinzuarbeiten. Aber als Antwort erhielten wir entweder eine verschwommene oder heuchlerische Reaktion, sofern es Worte betraf. Aber es gab auch Taten: Die Ausdehnung der NATO bis an unsere Grenzen, die Errichtung neuer Raketenabwehrstellungen in Europa und Asien – man beschloss, sich unter einem „Schirm“ vor uns zu schützen – die Stationierung von Militärkontingenten, und zwar nicht nur an den Grenzen zu Russland.

Ich möchte betonen – das ist ja bekannt -, dass kein anderes Land so viele Militärstützpunkte im Ausland hat wie die Vereinigten Staaten. Es gibt – das möchte ich betonen – Hunderte von Stützpunkten auf der ganzen Welt; der Planet ist voll davon – ein Blick auf die Landkarte genügt, um dies zu erkennen.

Die ganze Welt war Zeuge, wie sie sich aus den grundlegenden Rüstungsabkommen, einschließlich des Vertrags über Mittel- und Kurzstreckenraketen, zurückgezogen haben, indem sie einseitig die grundlegenden Vereinbarungen zur Erhaltung des Weltfriedens aufgekündigt. Aus irgendeinem Grund haben sie es getan: Wie wir wissen, tun sie nichts ohne Grund!

Seite E 363 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

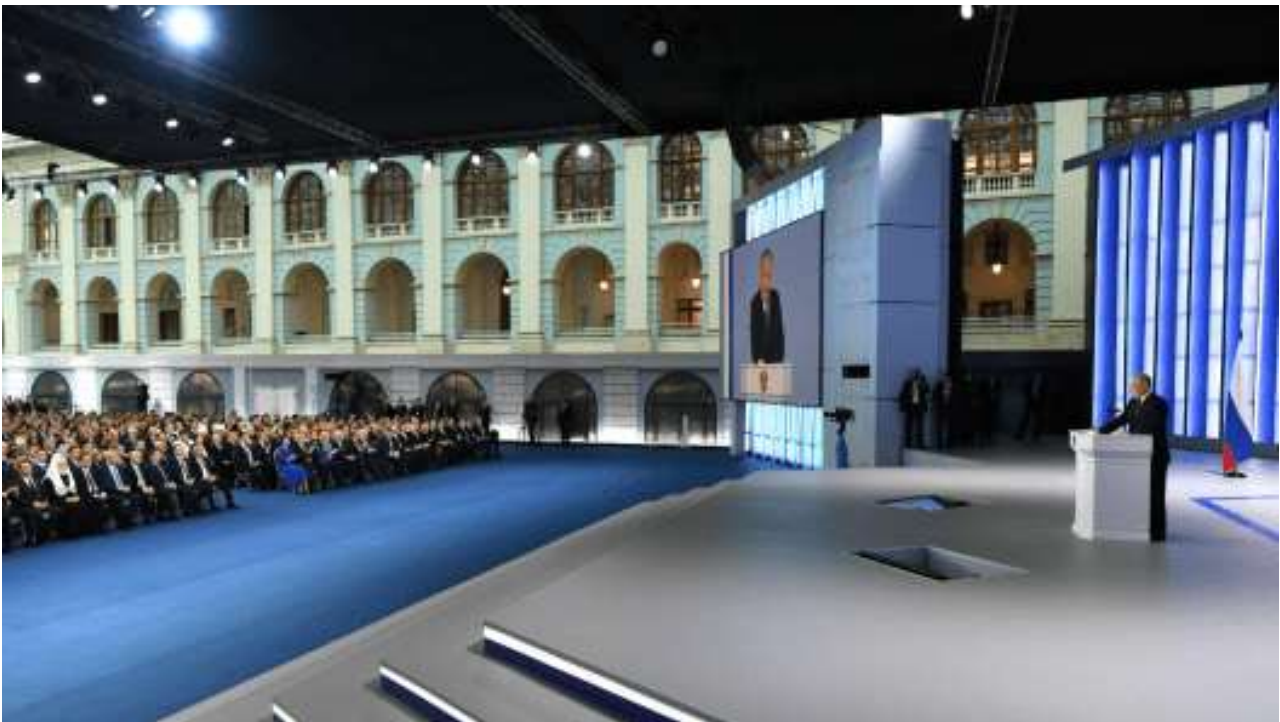
Im Dezember 2021 schließlich haben wir den USA und der NATO offiziell die Vertragsentwürfe für Vereinbarungen zu Sicherheitsgarantien vorgelegt. Im Grunde genommen wurden alle wichtigen und für uns grundlegenden Punkte abgelehnt. Danach wurde endgültig klar, dass der Startschuss für die Umsetzung der aggressiven Pläne gefallen war und dass sie davon nicht mehr ablassen würden.

Die Bedrohung wurde von Tag zu Tag größer. Nach den Informationen zu urteilen, die wir erhielten, bestand kein Zweifel daran, dass bis Februar 2022 alles für die Einleitung einer weiteren blutigen Strafaktion gegen den Donbass bereit stehen würde. Ich möchte daran erinnern, dass das Kiewer Regime bereits 2014 seine Artillerie, Panzer und Kampfflugzeuge in den Donbass schickte, um dort zu kämpfen.

Wir alle erinnern uns an die Bilder von den Luftangriffen auf Donezk. Auch andere Städte wurden von Luftangriffen heimgesucht. Im Jahr 2015 versuchten sie erneut einen Frontalangriff auf den Donbass, während sie gleichzeitig die Blockade aufrechterhielten und den Beschuss und den Terror gegen die Zivilbevölkerung fortsetzten. All dies, daran möchte ich Sie erinnern, stand im völligen Widerspruch zu den einschlägigen Dokumenten und Resolutionen des UN-Sicherheitsrats, aber alle taten so, als ob nichts wäre.

Ich möchte noch einmal betonen, dass sie es waren, die diesen Krieg begonnen haben, doch unsere Seite Gewalt anwendeten bzw. auch anwenden werden, um den Krieg nur zu beenden.

Diejenigen, die einen neuen Angriff auf Donezk in der Region Donbass und auf Lugansk planten, wussten, dass die Krim und Sewastopol das nächste Ziel sein würden. Das war auch uns klar. Noch heute wird in Kiew offen über solch weitreichende Pläne gesprochen. Sie haben sich selbst bloßgestellt, indem sie öffentlich gemacht haben, was wir bereits wussten.



Das Ziel des Westens heißt uneingeschränkte Macht

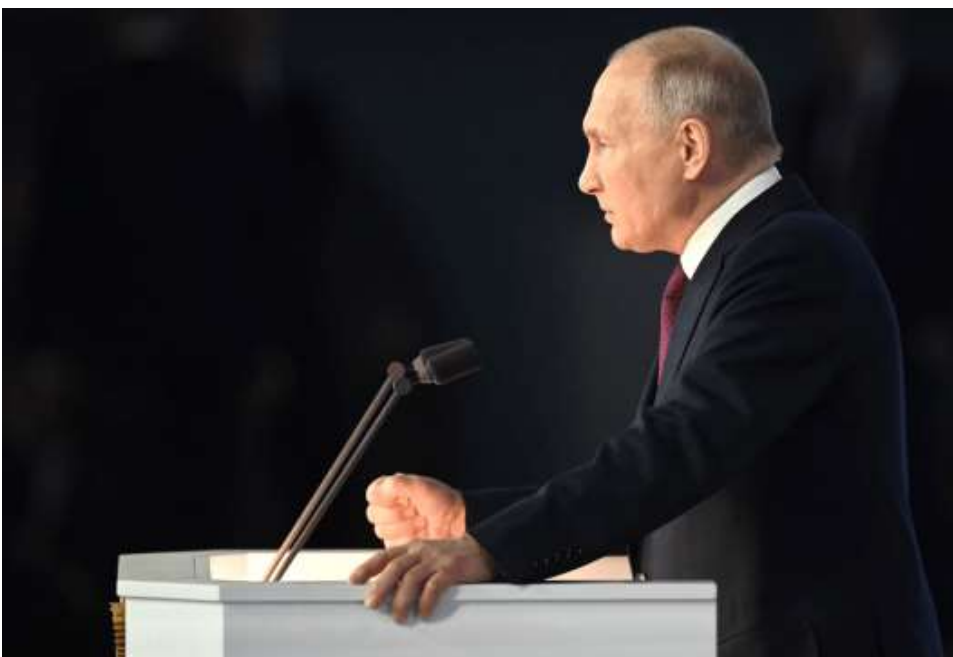
Wir verteidigen Menschenleben und unsere gemeinsame Heimat, doch das Ziel des Westens ist uneingeschränkte Macht. Er hat bereits über 150 Milliarden Dollar für die

Unterstützung und Bewaffnung des Kiewer Regimes ausgegeben. Zum Vergleich: Nach Angaben der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hatten die G7-Länder über die Jahre 2020–2021 rund 60 Milliarden Dollar für die ärmsten Länder der Welt vorgesehen. Ist das klar? Sie haben 150 Milliarden Dollar für Krieg ausgegeben, während sie den ärmsten Ländern 60 Milliarden Dollar zugestanden, obwohl sie die ganze Zeit vorgeben, sich dieser anzunehmen, während sie jedoch besagte Unterstützung vom Gehorsam der begünstigten Länder abhängig machen. Was soll all das Gerede von Armutsbekämpfung, nachhaltiger Entwicklung und Umweltschutz? Wo ist das alles geblieben? Ist das alles verschwunden? In der Zwischenzeit fließt mehr und mehr Geld in die Kriegsindustrie: Es werden keine Kosten und Mühen gescheut, um Unruhen und Putsche zu fördern, einmal mehr in anderen Ländern rund um die Welt.

Die jüngste Münchner Sicherheitskonferenz sorgte einen endlosen Strom von Anschuldigungen gegen Russland. Es entsteht der Eindruck, dies geschah, damit alle vergessen, was der sogenannte Westen in den letzten Jahrzehnten anrichtete: Er war es, der den Geist aus der Flasche ließ und ganze Regionen ins Chaos stürzte.

US-Experten geben selbst an – bitte beachte Sie, wir haben diese Statistiken nicht erfunden – dass die von den Vereinigten Staaten seit dem Jahr 2001 entfesselten Kriege fast 900.000 Todesopfer kosteten, und über 38 Millionen zu Flüchtlingen machten. Nun versuchen sie einfach, all dies einfach aus dem Gedächtnis der Menschheit zu tilgen und zugleich vorzutäuschen, dass es nie geschehen wäre. Doch niemand auf der Welt hat dies vergessen und niemand auf der Welt wird es vergessen.

Keiner von ihnen kümmert sich um die menschlichen Opfer und Tragödien, weil natürlich viele Billionen Dollar auf dem Spiel stehen mit der Möglichkeit, weiterhin alle auszurauben. Sie versuchen unter dem Deckmantel von Demokratie und Freiheit neoliberale, doch im Grunde totalitäre Werte, durchzusetzen, ganze Länder und Nationen zu brandmarken, ihre Führer öffentlich zu beleidigen, abweichende Meinungen in eigenen Ländern zu unterdrücken sowie durch Verwendung von Feindbildern von Korruptionsskandalen abzulenken. Wir können das alles im TV verfolgen: Die wachsenden wirtschaftlichen, sozialen und ethnischen Spannungen und Widersprüche in ihrem eigenen Land.



Der Westen ebnete in 1930er Jahren Nazis den Weg zur Macht

Ich möchte daran erinnern, dass der Westen in den 1930er Jahren den Nazis in Deutschland praktisch den Weg zur Macht bereitete. In unseren Zeiten haben sie nun begonnen, die Ukraine in ihr „*Anti-Russland*“ umzuwandeln.

Eigentlich ist dieses Projekt nicht neu. Geschichtskundige Menschen wissen, zumindest ansatzweise, dass dieses Projekt auf das 19. Jahrhundert zurückgeht: Die österreichisch-ungarische Monarchie, Polen und andere Länder konzipierten es mit dem einen Zweck, Russland diese historischen Gebiete, die heute Ukraine heißen, zu entreißen. Das war ihr Ziel. Das ist nichts Neues – alles wiederholt sich nur.

Der Westen hat die Umsetzung dieses Projekts durch die Unterstützung des Putsches von 2014 beschleunigt. Das war ein blutiger, staatsfeindlicher und verfassungswidriger Putsch. Sie taten so, als sei nichts geschehen und es getan werden musste. Sie haben sogar verlautet, wie viel Geld sie dafür aufgewandt hatten. Russophobie und ein äußerst aggressiver Nationalismus lieferten das ideologische Fundament.



Insignien von SS-Einheiten schmücken ukrainische Streitkräfte

Kürzlich wurde eine der Brigaden der ukrainischen Streitkräfte – ich schäme mich es zu sagen, wir schämen uns; nur sie nicht – nach einer Hitler-Division, die an der Deportation von Juden, Hinrichtungen von Kriegsgefangenen, Strafaktionen gegen Partisanen in Jugoslawien, Italien, der Tschechoslowakei und Griechenland beteiligt war, mit dem Namen „*Edelweiß*“, benannt. Die *Ukrainischen Streitkräfte* und die *Nationalgarde* tragen mit Vorliebe besonders Abzeichen, die zuvor von Soldaten der Divisionen der Wehrmacht, wie „*Das Reich*“, „*Totenkopf*“, „*Galizien*“ sowie anderen SS-Einheiten, die ebenfalls ihre Hände mit Blut befleckten, getragen hatten. Ukrainische gepanzerte Fahrzeuge zeigen die Insignien der Wehrmacht des nationalsozialistischen Deutschlands!

Die Neonazis machen keinen Hehl daraus, als wessen Erben sie sich betrachten! Erstaunlich ist, dass keiner der Machthaber im Westen dies aufzufallen scheint. Warum eigentlich? Weil es ihnen egal ist. Es ist ihnen egal, auf wen sie im Kampf gegen uns, gegen Russland, setzen. Die Hauptsache ist, diese gegen uns und gegen unser Land kämpfen zu

lassen, und dafür kann jeder benutzt werden. Und wir haben in der Tat sogar Terroristen und Neonazis in ihren Reihen ausgemacht. Sie würden jeden aufnehmen, solange diese ihrem Willen nachkommen und sich als Waffe gegen Russland eignen.

In der Tat ist das *Anti-Russland-Projekt* Teil einer revanchistischen Politik gegenüber unserem Land, die darauf abzielt, Brennpunkte von Instabilität und Konfliktherden an unseren Grenzen zu legen. Damals, in den 1930er Jahren, und heute ist der Plan derselbe, nämlich die Aggression nach Osten zu lenken, einen Krieg in Europa zu entfachen und Konkurrenten durch den Einsatz einer Stellvertretermacht ausschalten zu lassen.

Wir befinden uns nicht im Krieg mit den Menschen in der Ukraine. Das habe ich mehrfach deutlich gemacht. Die Menschen in der Ukraine sind zu Geiseln des Kiewer Regimes und seiner westlichen Handlanger geworden, die das Land politisch, militärisch und wirtschaftlich besetzt halten und seit Jahrzehnten die ukrainische Industrie zerstören, während sie die natürlichen Ressourcen des Landes ausplünderten. Dies führte zu sozialem Abstieg und einer unermesslichen Zunahme von Armut und Ungleichheit. Doch, unter solchen Umständen war es leicht, Ressourcen für militärische Operationen zu rekrutieren. Niemand dachte an die Menschen, die zum Abschlachten konditioniert und schließlich zu einem entbehrlichen Material reduziert wurden. Es ist traurig und furchtbar, dies sagen zu müssen, aber es ist eine Tatsache.



Das ukrainische Regime dient nur Interessen von Drittstaaten

Die Verantwortung für das Anheizen und die Eskalation des Ukraine-Konflikts sowie die schiere Anzahl der Opfer liegt allein bei den westlichen Eliten und natürlich beim heutigen Regime in Kiew, für welche das ukrainische Volk in Wirklichkeit nicht das eigene Volk ist. Das derzeitige ukrainische Regime dient nicht nationalen Interessen, sondern den Interessen von Drittstaaten.

Der Westen benutzt die Ukraine als Rammbock gegen Russland und als Testgelände. Ich werde nicht im Detail auf die Versuche des Westens eingehen, das Blatt der Feinseligkeiten

zu wenden, oder auf seine Pläne, die militärischen Lieferungen zu erhöhen, denn das ist allen bekannt. Es gibt jedoch einen Umstand, über den sich jeder im Klaren sein sollte: Je größer die Reichweite der westlichen Systeme ist, die an die Ukraine geliefert würden, desto weiter werden wir die Bedrohung von unseren Grenzen wegschieben müssen. Das ist offensichtlich.

Die westlichen Eliten machen keinen Hehl aus ihrem Ziel, das, ich zitiere, „*die strategische Niederlage Russlands*“ sei. Was bedeutet das für uns? Es bedeutet, dass sie planen, uns ein für alle Mal zu erledigen. Mit anderen Worten, sie planen, einen lokalen Konflikt in eine globale Konfrontation zu verwandeln. So verstehen wir das, und wir werden entsprechend reagieren, weil dies eine existenzielle Bedrohung für unser Land ist!

Aber auch sie wissen, dass es unmöglich ist, Russland auf dem Schlachtfeld zu besiegen, und führen einen immer aggressiveren Informationskrieg gegen uns, der sich vor allem auf die jüngere Generation richtet. Sie hören nicht auf zu lügen und historische Fakten zu verdrehen, während sie unsere Kultur, die russisch-orthodoxe Kirche und andere traditionelle religiöse Organisationen in unserem Land angreifen.



Zerstörung, Perversion und Pädophilie werden zur Norm erklärt

Sehen Sie sich an, was sie ihrem eigenen Volk antun. Zerstörung der Familie, der kulturellen und nationalen Identität, Perversion und Missbrauch von Kindern, einschließlich Pädophilie wurden zur Norm erklärt. Sie zwingen die Priester, gleichgeschlechtliche Ehen zu segnen. Sollen sie doch tun, was sie wollen. Dazu möchte ich Folgendes sagen: Erwachsene Menschen können tun, was sie wollen. Wir in Russland haben das immer so gesehen und werden das auch immer so sehen: Niemand wird sich in das Privatleben anderer Menschen einmischen, und wir werden das auch künftig nicht tun.

Aber ich möchte ihnen Folgendes sagen: Schauen Sie sich die Heilige Schrift und die wichtigsten Bücher der anderen Weltreligionen an. Sie sagen alles, auch dass die Familie die Vereinigung von Mann und Frau ist, aber diese heiligen Texte werden jetzt in Frage gestellt. Berichten zufolge plant die anglikanische Kirche, die Idee eines geschlechtsneutralen Gottes zu untersuchen. Was gibt es da noch zu sagen?

„Vater, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun!“

Millionen von Menschen im Westen erkennen, dass sie in eine geistige Katastrophe geführt werden. Offen gesagt, ihre Elite scheint verrückt geworden zu sein, und es sieht so aus, als gäbe es kein Heilmittel dafür. Aber wie ich schon sagte, das sind ihre Probleme, während wir unsere Kinder schützen müssen, was wir auch tun werden. Wir werden unsere Kinder vor Degradierung und Entartung schützen.

Natürlich wird der Westen versuchen, unsere Gesellschaft zu untergraben und zu spalten und auf *die fünften Kolonnen* [nationale Verräter] zu setzen, die im Laufe der Geschichte, und das möchte ich betonen, immer das gleiche Gift der Verachtung gegen ihr eigenes Vaterland anwandten, mit ihrem Wunsch, Geld zu verdienen, indem sie dieses Gift an jeden verkaufen, der bereit ist, dafür zu bezahlen. Das war schon immer so.

Diejenigen, die den Weg des offenen Verrats eingeschlagen haben und terroristische und andere Verbrechen gegen die Sicherheit unserer Gesellschaft und die territoriale Integrität des Landes begangen haben, werden nach dem Gesetz dafür zur Rechenschaft gezogen werden. Aber wir werden uns niemals so verhalten wie das Kiewer Regime und die westlichen Eliten, die Hexenjagden veranstalteten und veranstalten. Wir werden keine Rechnungen mit denen begleichen, die einen Schritt zur Seite gemacht und ihrem Heimatland den Rücken zugekehrt haben. Das sollen sie mit ihrem eigenen Gewissen vereinbaren – damit sollen sie leben – sie werden damit leben müssen. Die Hauptsache ist, dass unser Volk – die Bürger Russlands – ihnen eine moralische Bewertung zukommen lassen.

Ich bin stolz, und ich denke, wir alle sind stolz darauf, dass unser multiethnisches Volk, die absolute Mehrheit unserer Bürger, eine prinzipielle Haltung zu der militärischen Sonderoperation eingenommen hat. Sie verstehen die Grundidee dessen, was wir tun, und unterstützen unsere Maßnahmen zur Verteidigung des Donbass. Diese Unterstützung offenbart in erster Linie ihren wahren Patriotismus – ein Gefühl, das unserer Nation seit jeher innewohnt. Es ist überwältigend in seiner Würde und dem tiefen Verständnis aller – ich betone: Aller – für die untrennbare Verbindung zwischen dem eigenen Schicksal und dem Schicksal des Vaterlandes.

Liebe Freunde, ich möchte allen, dem ganzen russischen Volk für seinen Mut und seine Entschlossenheit, danken. Ich danke unseren Helden, den Soldaten und Offizieren des Heeres und der Marine, der russischen Garde, den Mitarbeitern der Geheimdienste und allen Behörden, den Kämpfern in den Korps von Donezk und Lugansk, den Freiwilligen und Patrioten, die jetzt in den Reihen der BARS-Kampftruppenreserve stehen oder kämpfen.

Ich möchte mich dafür entschuldigen, dass es mir nicht möglich sein wird, in meiner heutigen Rede alle zu erwähnen. Wissen Sie, als ich diese Rede verfasste, habe ich eine sehr lange Liste von heldenhaften Einheiten niedergeschrieben, sie dann aber aus meinem Text wieder entfernt, weil es, wie ich schon sagte, unmöglich ist, alle zu erwähnen, und ich befürchtete, jemanden zu beleidigen, den ich ausgelassen hätte.

Mein tief empfundener Dank gilt den Eltern, Ehefrauen und Familien unserer Verteidiger, den Ärzten und Sanitätern, den Kampfsanitätern und Krankenschwestern, die die Verwundeten retten; den Eisenbahnern und Lokführern, die die Front versorgen; den Bauarbeitern, die Festungsanlagen errichten und Wohnungen, Straßen und zivile Einrichtungen wiederherstellen; den Arbeitern und Ingenieuren der Rüstungsunternehmen, die jetzt fast rund um die Uhr in mehreren Schichten arbeiten; und den Landarbeitern, die zuverlässig die Ernährungssicherheit des Landes gewährleisten.

Ich danke den Lehrern, die sich aufrichtig um die jungen Generationen Russlands kümmern, insbesondere um diejenigen, die unter sehr schwierigen Bedingungen, fast an der Front, arbeiten; den Kulturschaffenden, die die Kampfzonen und Krankenhäuser besuchen, um die Soldaten und Offiziere zu unterstützen; den Freiwilligen, die an der Front und in der Zivilbevölkerung helfen; den Journalisten, vor allem den Kriegsberichterstatern, die ihr Leben riskieren, um der Welt die Wahrheit zu sagen; den Pfarrern der traditionellen Religionen Russlands und den Militärgeistlichen, die die Menschen mit ihren weisen Worten unterstützen und inspirieren; den Regierungsbeamten und Geschäftsleuten – all denen, die ihre berufliche, zivile und einfach menschliche Pflicht erfüllen.

Meine besonderen Worte gelten den Bewohnern der Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie der Regionen Saporischschja und Cherson. Sie, meine Freunde, haben bei den Referenden über Ihre Zukunft entschieden und trotz der Drohungen und der Gewalt der Neonazis inmitten der nahen Militäraktionen eine klare Entscheidung getroffen. Aber nichts war stärker als Euer Wille, zu Russland, zu Eurem Mutterland zu gehören!

(Beifall)

Ich möchte betonen, dass dies die Reaktion des Publikums gegenüber den Bewohnern der Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie der Regionen Saporischschja und Cherson ist. Noch einmal, unser tiefster Respekt für sie alle.

Wir haben bereits ein umfangreiches sozioökonomisches Wiederaufbau- und Entwicklungsprogramm für diese neuen Regionen innerhalb der Föderation eingeleitet und werden es weiter ausbauen. Dazu gehören die Wiederherstellung von Produktionsanlagen, Arbeitsplätzen und der Häfen am Asowschen Meer, das wieder zum Binnenmeer Russlands wurde, sowie der Bau neuer, moderner Straßen, wie wir es auf der Krim getan haben, die nun über einen zuverlässigen Landverkehrskorridor mit ganz Russland verfügt. All diese Pläne werden wir auf jeden Fall gemeinsam umsetzen.

Die russischen Regionen leisten derzeit direkte Hilfe für die Städte, Bezirke und Dörfer in den Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie in den Regionen Saporischschja und Cherson. Sie tun dies aufrichtig, wie echte Brüder und Schwestern. Wir sind wieder zusammen und das bedeutet, dass wir noch stärker geworden sind, und wir werden alles in unserer Macht Stehende tun, um den lang ersehnten Frieden in unser Land zurückzubringen und die Sicherheit unseres Volkes zu gewährleisten. Dafür kämpfen unsere Soldaten, unsere Helden, für ihre Vorfahren, für die Zukunft ihrer Kinder und Enkelkinder, für die Vereinigung unseres Volkes.

Freunde, ich möchte Sie bitten, unserer Kameraden zu gedenken, die bei den Angriffen von Neonazis und Plünderern ums Leben gekommen sind, die ihr Leben für Russland, für die Zivilbevölkerung, für ältere Menschen, Frauen und Kinder geopfert haben.



Eine Schweigeminute – Ich danke Ihnen!

Wir alle verstehen, und ich verstehe auch, wie unerträglich schwer es für ihre Frauen, Söhne und Töchter ist, für ihre Eltern, die diese würdigen Verteidiger des Vaterlandes großgezogen haben – wie die Mitglieder der Jungen Garde von Krasnodon, junge Männer und Frauen, die während des Großen Vaterländischen Krieges gegen den Nazismus und für den Donbass gekämpft haben. Jeder in Russland erinnert sich bis heute an ihren Mut, ihre Unverwundlichkeit, ihre enorme Geistesstärke und ihre Selbstaufopferung.

Es ist unsere Pflicht, die Familien, die ihre Angehörigen verloren haben, zu unterstützen und ihnen zu helfen, ihre Kinder aufzuziehen und ihnen eine Ausbildung und einen Arbeitsplatz zu geben. Die Familie eines jeden Teilnehmers an der militärischen Sonderaktion muss Priorität haben und mit Sorgfalt und Respekt behandelt werden. Auf ihre Bedürfnisse muss sofort und ohne bürokratische Verzögerungen reagiert werden.

Ich schlage vor, einen eigenen staatlichen Fonds einzurichten, um den Familien der gefallenen Kämpfer sowie den Veteranen der besonderen Militäroperation gezielte und individuelle Hilfe zukommen zu lassen. Diese Einrichtung wird die Aufgabe haben, die Bemühungen um soziale und medizinische Unterstützung und Beratung zu koordinieren und sich auch mit Fragen zu befassen, die mit der Einweisung in Kurorte und der Bereitstellung von Rehabilitationsdiensten zusammenhängen, während sie ihnen auch in den Bereichen Bildung, Sport, Beschäftigung und beim Erlernen eines neuen Berufs behilflich ist. Eine weitere wichtige Aufgabe dieses Fonds ist die Sicherstellung einer langfristigen häuslichen Pflege und hochtechnologischer Prothesen für diejenigen, die dies benötigen.

Ich fordere die Regierung auf, mit der Kommission für Sozialpolitik des Staatsrats und mit den Regionen zusammenzuarbeiten, um die organisatorischen Fragen so schnell wie möglich zu lösen.

Seite E 371 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

Der staatliche Fonds muss in seiner Arbeit transparent sein, die Hilfen straffen und als zentrale Anlaufstelle ohne bürokratische Hürden und administrative Hindernisse funktionieren. Ausnahmslos jede Familie und jeder Veteran wird einen persönlichen Sozialarbeiter, einen Koordinator, haben, der persönlich für sie da sein wird, um jedes Problem, das sich ihnen stellt, in Echtzeit zu lösen. Ich möchte betonen, dass der Fonds im Jahr 2023 in allen Regionen der Russischen Föderation seine Büros eröffnen muss.

Wir haben bereits Maßnahmen zur Unterstützung von Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges, von Kriegsveteranen sowie von Teilnehmern an lokalen Konflikten ergriffen. Ich bin davon überzeugt, dass der staatliche Fonds in Zukunft um diese wesentlichen Elemente erweitert werden wird. Wir müssen diese Möglichkeit prüfen, und ich fordere die Regierung auf, dies zu tun.

Machen Sie keinen Fehler: Die Tatsache, dass wir einen staatlichen Fonds einrichten, bedeutet nicht, dass andere Institutionen oder Beamte auf anderen Regierungsebenen von ihrer Verantwortung entbunden werden. Ich erwarte von allen föderalen Behörden, Regionen und Gemeinden, dass sie sich weiterhin auf die Veteranen, das Dienstpersonal und ihre Familien konzentrieren. In diesem Zusammenhang möchte ich den hochrangigen regionalen Beamten, Bürgermeistern und Gouverneuren danken, die sich routinemäßig mit den Menschen treffen, auch durch Besuche an der Kontaktlinie, und ihre Landsleute unterstützen.

Lassen Sie mich anmerken, dass die Angehörigen der Berufsarmee, die mobilisierten Wehrpflichtigen und die Freiwilligen heute alle an der Front mit den gleichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, auch was die Verpflegung, die Versorgung und die Ausrüstung, die Entlohnung und die Versicherungsleistungen für die Verwundeten sowie die medizinische Versorgung angeht. Es gibt jedoch Beschwerden, die bis in mein Büro und zu den Gouverneuren vordringen, wie sie mir mitgeteilt haben, sowie zur Militärstaatsanwaltschaft und zum Menschenrechtsbeauftragten, was zeigt, dass einige dieser Probleme noch nicht gelöst sind. Wir müssen jeder Beschwerde von Fall zu Fall auf den Grund gehen.

Und noch etwas: Jedem ist klar, dass der Dienst in der militärischen Sondereinsatzzone eine enorme physische und psychische Belastung darstellt, denn die Menschen setzen täglich ihr Leben und ihre Gesundheit aufs Spiel. Aus diesem Grund bin ich der Meinung, dass die mobilisierten Wehrpflichtigen sowie das gesamte Dienstpersonal und alle an der besonderen Militäroperation teilnehmenden Personen, einschließlich der Freiwilligen, alle sechs Monate einen Urlaub von mindestens 14 Tagen erhalten müssen, wobei die Zeit, die sie für die Anreise benötigen, nicht mitgerechnet wird. Auf diese Weise kann jeder Kämpfer seine Familie treffen und Zeit mit seinen Angehörigen und Lieben verbringen.

Ende von Teil I – wird fortgesetzt

Übersetzung aus dem Russischen – UNSER MITTELEUROPA

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

24) Tschetschenenchef Kadyrow spricht von Besetzung Ostdeutschlands

<https://web.de/magazine/politik/russland-krieg-ukraine/tschetschenenchef-kadyrow-spricht-besetzung-ostdeutschlands-37823230>

Aktualisiert am 15.02.2023, 14:01 Uhr



Ramsan Kadyrow, aufgenommen am 28. Dezember 2022.- © IMAGO/ITAR-TASS/ Sipa USA/IMAGO/TASS

Tschetschenenchef Kadyrow spricht von Besetzung Ostdeutschlands

- **Ramsan Kadyrow gilt als treuer Vasall des russischen Präsidenten Wladimir Putin.**
- **Nun hat der Machthaber von Tschetschenien Deutschland damit gedroht, ehemals von den Sowjets besetzte Gebiete erneut zu besetzen.**
- **Diese seien "unser Territorium", so Kadyrow in einem Interview.**

[Mehr News zum Krieg in der Ukraine](#)

Der tschetschenische Machthaber Ramsan Kadyrow hat angesichts westlicher Panzerlieferungen an die [Ukraine](#) mit einer Rückkehr russischer Besatzungstruppen auf deutsches Gebiet gedroht. Nach Ansicht Kadyrows war der Abzug der sowjetischen Truppen vom Gebiet der ehemaligen DDR in den 1990er-Jahren ein Fehler.

"Wir müssen zurückkehren, das ist unser Territorium", sagte Kadyrow mit Bezug auf die sowjetische Besatzungszeit in einem Interview im russischen Staatsfernsehen, das am Mittwoch noch auf der Webseite der Propagandasendung "60 Minuten" abgerufen werden konnte.

Kanzler Olaf Scholz müsse für seine Äußerungen zu Russland "auf die Schnauze" bekommen, sagte der Anführer der russischen Teilrepublik [Tschetschenien](#) im Nordkaukasus, der mit eigenen Truppen in der Ukraine aktiv ist.

Kadyrow gilt Putin als treu ergeben

Nach Ansicht Kadyrows war der Abzug der sowjetischen Truppen vom Gebiet der ehemaligen DDR in den 1990er-Jahren ein Fehler. Die Verantwortlichen wie der im vorigen Jahr gestorbene Ex-Präsident Michail Gorbatschow hätten als "Verräter" bestraft werden müssen, so der 46-Jährige. Von einer möglichen Konfrontation mit der Nato oder einem drohenden Atomkrieg zeigte er sich unbeeindruckt. Davor habe er keine Angst. "Wir werden gewinnen und sie vernichten", sagte er.

Kadyrow, der für seinen [brutalen Führungsstil im muslimisch geprägten Tschetschenien bekannt](#) ist, tat sich seit dem russischen Einmarsch in die Ukraine als einer der glühendsten Kriegsbefürworter hervor. Kadyrow gilt als Vertrauter des russischen Präsidenten [Wladimir Putin](#) und diesem gegenüber als äußerst loyal. Seine Brutalität und seine Treue zum russischen Präsidenten brachten ihm in der Vergangenheit den Spitznamen "Putins Bluthund" ein. (dpa/thp)

25) FOCUS: „Anti-Russland-Sanktionen sind gescheitert“

12. 02. 2023



Laut einer Analyse von Focus-Gastautor Gabor Steingart hätten westlichen Anti-Russland-Sanktionen die russische Wirtschaft weit weniger getroffen als erwartet. Auch laut „Internationalem Währungsfonds“ (IWF) wird Russland in absehbarer Zeit sogar schneller wachsen als Deutschland, schreibt [FOCUS](#).

„Unsichtbare Hand“ kommt Putin zu Hilfe

Steingart erwähnt eine Erkenntnis des englischen Ökonomen Adam Smith: Wonach die stärkste Kraft im Kapitalismus nicht den Absichten der Marktteilnehmer entspringt, sondern einer „unsichtbaren Hand“, nämlich der geheimnisvollen Begegnung von Angebot und Nachfrage.

Seite E 374 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

So fänden nun auch westliches Angebot und russische Nachfrage zueinander. In Russland wird weiter konsumiert, genauso wie umgekehrt russische Rohstoffe weiterhin in den Westen gelangen.

Steingart listet fünf für den Westen beunruhigenden Fakten auf, welche westliche Kriegsdurchhaltepropaganda verleugnet.

1.) Russische Finanzsystem ist intakt

Obwohl nämlich das russische Finanzsystem vom internationalen Zahlungssystem „SWIFT“ abgeschnitten wurde, schwächte sich trotzdem der Dollar gegenüber dem Rubel ab. Und die russische Währung notiert ca. 10 Prozent über dem Vorkriegsniveau.

Die russische Leistungsbilanz erwirtschaftete einen Exportüberschuss. Was aber nicht auf die USA zutrifft. Außerdem leidet der Westen zudem an hohen Energiepreisen aufgrund des selbstmörderischen Gas- und Öl-Boykotts.

2. Russische Wirtschaft auf Wachstumskurs

Zwar wären laut (IWF) sowohl die russische als auch die westliche Wirtschaft geschrumpft. Erstere sollte aber 2023 mit 0,3 Prozent wieder wachsen. 2024 soll das russische Wachstum das deutsche sogar deutlich übertreffen.

3. Chinesische Hersteller drängen in den russischen Markt

Zwar wären westliche Marken wie „Apple“ und „Samsung“ gleich zu Beginn des Krieges aus dem russischen Markt verschwunden, wären aber durch chinesische Hersteller (wie „Xiaomi“, „Realme“ und „Honor“) ersetzt worden. Nun holen vor allem die Türkei und China auch bei anderen Gütern wie Waschmaschinen oder Industrieprodukten auf: Die chinesischen Exporte nach Russland erreichten demzufolge im Dezember einen Rekordwert, welcher den starken Rückgang des Handels mit Europa ausgeglichen hat.

Außerdem sollen wohl auch bald „Apple“- und „Samsung“-Produkte über Alternativrouten wieder zurück nach Russland gelangen.

4. Europäische Unternehmen sind weiterhin in Russland aktiv

Eine Studie der „Universität St. Gallen“ kam zu dem Schluss: Dass neun Prozent der EU- und G7-Unternehmen ihre Tochtergesellschaften weiterhin in Russland betreiben. Auf Basis einer Analyse von 1.404 Unternehmen, mit vor dem Krieg insgesamt 2.405 Tochtergesellschaften in Russland, hätten nämlich nur 120 Unternehmen mindestens eine lokale Tochtergesellschaft abgeschrieben und verkauft. 20 Prozent dieser tätigen Unternehmen kommen aus Deutschland.

5. Russland exportiert weiterhin Öl und Gas

Laut einer „Bloomberg“-Untersuchung fließen täglich rund 2,5 Millionen Barrel Öl in die Türkei, nach China, Indien und in diverse afrikanische Staaten.

Und selbst Europa kann nicht völlig auf russisches Gas verzichten. So beziehen Frankreich, Belgien, die Niederlande und Spanien weiterhin russisches Flüssiggas. Welches durch Umwege nach Deutschland gelangt – wenn auch in reduziertem Umfang.

In Wirklichkeit also sollen die Sanktionen die Wähler beeindrucken, nicht Putin.

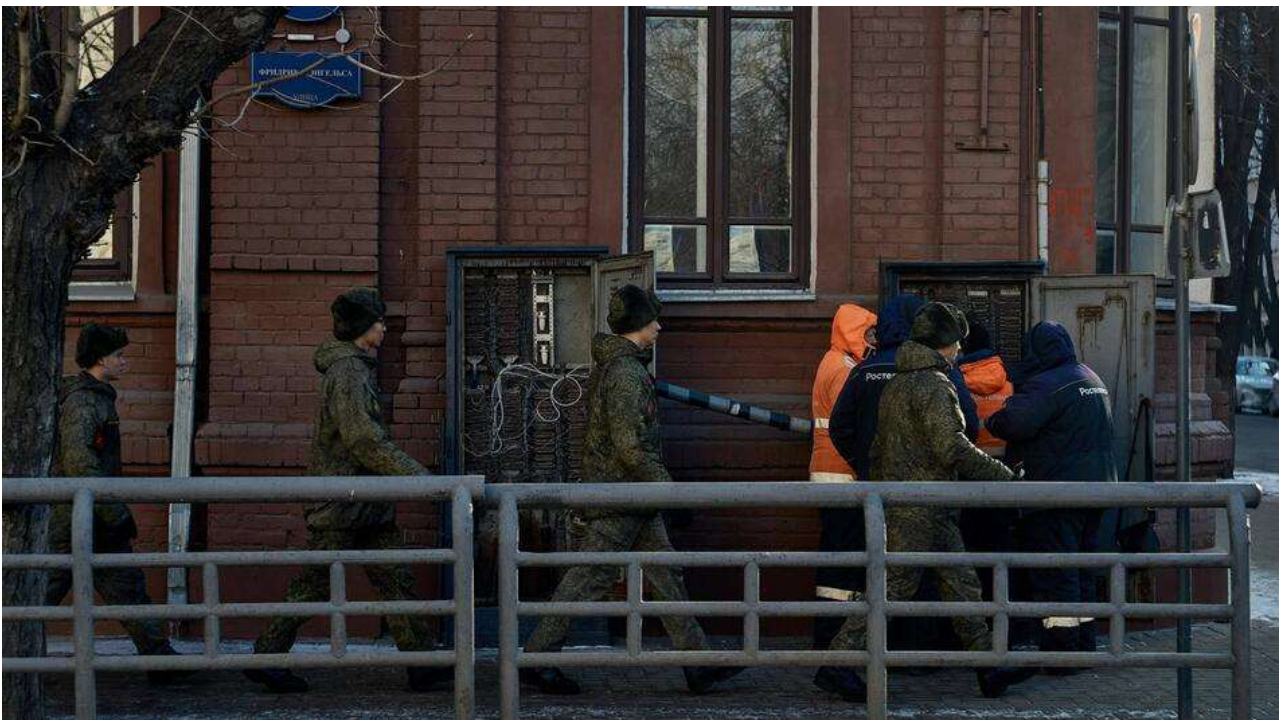
Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

26) Russische Propaganda-Videos, die mehr verraten als gewollt

Von [Frank Heindl](#)

Aktualisiert am 11.02.2023, 17:25 Uhr

<https://web.de/magazine/politik/russland-krieg-ukraine/russische-propaganda-videos-37801462>



Mit Kurzfilmen wird versucht, russische Männer für den Militärdienst zu gewinnen. Wer diese Videos produziert, steht nicht fest.- © IMAGO/Sipa USA/SOPA Images

- **Mit Kurzvideos werden russische Männer dazu aufgerufen, sich freiwillig zum Militärdienst zu melden.**
- **Wer sie herstellt und wer sie in Auftrag gibt, bleibt unklar.**
- **Doch die Filmchen verraten mehr, als die "Regisseure" sagen wollen.**

[Mehr News zum Krieg in der Ukraine](#)

Die billig produzierten Streifen als Filme zu bezeichnen, wäre übertrieben. Die Schauspieler sind schlecht, die Dialoge plump und unglaubwürdig. Der Schauplatz: enge Zimmer in russischen Wohnungen. Doch über das Ziel gibt es keine Zweifel: Es handelt sich um Appelle an russische Männer, sich freiwillig zum Militärdienst zu melden.



[Krieg in der Ukraine](#)

[Biden reist vor Jahrestag von Ukraine-Krieg nach Polen](#)

[vor 14 Stunden von Tabea Sedlak](#)

Auf hierzulande bekannten Plattformen wie [WhatsApp](#) oder [YouTube](#) sind diese Videos nicht zu finden. Die Russland-Expertin Sarah Pagung von der deutschen Körber-Stiftung vermutet, sie würden wohl über das russische Netzwerk "Odnoklassniki", den Facebook-Ersatz "VKontakte", aber auch über Kanäle wie Telegram in Umlauf gebracht.

Sie reißen sich ihrer Meinung nach ein in die Taktik von Desinformation, Verschleierung und offener Fälschung, wie sie auch im russischen Staatsfunk üblich sei – etwa in den Sendungen der Journalistin Margarita Simonowna Simonjan.

Als "befremdlich", und "unglaublich aggressiv" schildert Sarah Pagung die Propagandistin. Ähnlich bekannt ist der Moderator Wladimir Solowjow, dessen Sonntagabend-Talkshow seit [dem Überfall auf die Ukraine](#) als eine der wichtigsten russischen Propagandasendungen gilt.

Vier Themenbereiche listet die Wissenschaftlerin auf, die sich die [russische Propaganda](#) in Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg vornehme:

- [Russland](#) wird als von Feinden umgebene "belagerte Festung" dargestellt.
- Die Bevölkerung der [Ukraine](#) wird als "nazihörig" und faschistisch geschildert. In diesen beiden Fällen werden Parallelen zum "großen Vaterländischen Krieg" gegen Nazideutschland geschaffen.
- Die Welt wird in Freunde und Feinde aufgeteilt: Russlandfeindlich gesinnt sei nur der Westen, der globale Süden stehe auf der Seite Russlands.
- Der Westen sei ein verkommenes, überholtes, dekadentes System, das kurz vor dem Zusammenbruch stehe.

Stets geht es um Überhöhung Russlands und die Abwertung anderer Länder

"Durch all diese Narrative", so Pagung, "ziehen sich die Überhöhung der eigenen, russischen Position und die Abwertung von allem anderen".

Simonjan und Solowjow stehen mittlerweile auf westlichen Sanktionslisten. Für ihre Sendungen sind die "Rekrutierungsvideos" wohl zu einfach gestrickt. Eines der Videos zeigt ein russisches Mädchen, das sich bei einer Freundin beklagt, ihr Vater könne ihr nicht einmal ein neues Handy kaufen. Der belauscht das Gespräch und fasst den Entschluss, sich freiwillig zu melden. Ein schneller Schnitt, dann sieht man den Vater aus dem Krieg zurückkehren – mit einem neuen Handy für die Tochter, die ihm glücklich um den Hals fällt. Ein anderes Video zeigt junge Männer, die von ihrer Vergangenheit beim Militär schwärmen und sich zu Hause nutzlos fühlen. Sie beschließen gemeinsam, in der Ukraine zu kämpfen und kehren schnell als Kriegshelden zurück.



[Krieg in der Ukraine](#)

[Korruptionsskandale in der Ukraine: Spielen sie Russland in die Karten?](#)

[vor 2 Tagen von Marie Illner](#)

Filme dieser Art habe es in Russland auch schon zu früheren Zeiten gegeben, sagt die Russland-Expertin Mariëlle Wijermars von der Universität Helsinki – zum Beispiel als schnell produzierte Wahlaufrufe, allerdings in deutlich besserer Qualität als die nun hergestellten. Wer die Aufträge für solche Produktionen gebe und wer sie herstelle, sei damals so unbekannt gewesen wie heute und derzeit wegen des Kriegszustandes und der russischen Zensur nicht zu klären.

Wijermars kann nur Vermutungen anstellen: "Offensichtlich hat jemand gemeint, solche Videos seien notwendig und könnten nützlich sein", erklärt sie. Infrage kämen lokale Politiker, Militärs, die Regierung, Ministerien. Vorstellbar findet sie auch, dass zynische

Filmmacher einfach Geschäfte machen wollen. "Sie produzieren das, bieten es an – und wenn diese Qualität dem Abnehmer ausreicht, wenn es bezahlt wird, dann liefert man eben etwas ganz Primitives."

Die Videos zeigen auch ökonomische Probleme der Bevölkerung

Doch so verquer und billig produziert die Videos auch sein mögen, sie zeigten doch einen Teil der russischen Realitäten. Im Video mit der handylosen Tochter etwa sieht die Forscherin ein Beispiel für die Lebensverhältnisse von modernen Stadtbewohnern: "Sie haben gewisse Ansprüche, wollen zum Beispiel ein iPhone haben, aber sie können sich so etwas nicht mehr leisten." Auch wenn man beim Militär nicht reich werde, könne man dort doch immerhin Geld verdienen und habe die Hoffnung, nach der Rückkehr ökonomisch besser dazustehen.

Auch das zweite Video, in dem junge, offensichtlich arbeitslose Männer die Hauptrolle spielen, spiegelt ungewollt russische Realitäten: Die Akteure haben das Gefühl, dem "Vaterland" helfen zu müssen. Gleichzeitig fühlen sie sich nutzlos, haben keinen Job, trinken Alkohol, schwärmen vom Zusammenhalt beim Militär und sehen im freiwilligen Einrücken eine Lösung für ihre Probleme. "Arbeitslosigkeit, Alkoholismus, soziale Not" zeige das Video, sagt Wijermars. Nicht ausgesprochen werde, dass der Staat offensichtlich nicht helfen könne; stattdessen sollen umgekehrt die Menschen dem Staat helfen.

Lesen Sie auch: [Korruptionsskandale in der Ukraine: Was sie zum jetzigen Zeitpunkt bedeuten](#)

Nicht der Staat unterstützt die Bevölkerung, sondern die Bevölkerung den Staat



Krieg in der Ukraine

Milliarden für die Ukraine: So werden Waffenlieferungen finanziert

vor 3 Tagen von Clemens Sarholz

So wird auch klar, an wen sich diese Videos richten: An all jene, die sich ökonomisch und/oder gesellschaftlich ausgegrenzt fühlen, und das sind viele in Russland. Die Arbeitslosigkeit steigt, die Lebenshaltungskosten sind für große Bevölkerungsschichten immer öfter nur noch schwierig zu finanzieren.

Doch dass die zum freiwilligen Militärdienst aufrufenden Videos solche Missstände sogar hervorheben, dass sie auch auf Armut und soziale Missstände hinweisen, wird den Konsumenten oft nicht bewusst. Sie hoffen stattdessen, mithilfe eines Krieges, der nicht so genannt werden darf, ihre eigene Lage zu verbessern.

Man habe den Menschen so lange erzählt, der Westen wolle Russland zerstören, sagt Mariëlle Wijermars. Nun erscheine es ihnen "logisch", dass sie sich "verteidigen" müssten – und das, obwohl sie auf Kanälen wie Telegram durchaus auch schreckliche Bilder von der "Sonderoperation" in der Ukraine zu sehen bekämen.

<https://web.de/magazine/politik/russland-krieg-ukraine/waffen-ukraine-finanzierung-37795956>

Von

[Clemens Sarholz](#)

Aktualisiert am 08.02.2023, 20:24 Uhr

- **Seit dem russischen Einmarsch in die Ukraine unterstützt die Bundesregierung die Ukraine mit Waffen und Ausrüstung.**
- **In einer öffentlichen Liste lässt sich jede Lieferung der Bundesregierung in das Kriegsgebiet nachverfolgen, von 5.000 Helmen bis hin zu den 14 Panzerhaubitzen.**
- **Doch wie werden die Güter aus Deutschland eigentlich finanziert und muss die Ukraine dafür überhaupt aufkommen? Wir geben die Antworten.**

[Mehr News zum Krieg in der Ukraine](#)

Kürzlich wurde beschlossen, dass moderne Kampfpanzer des Typs Leopard-2 geliefert werden sollen und der ehemalige ukrainische Botschafter in [Deutschland](#) Andrij Melnyk fordert nun auch Kampfjets und Kriegsschiffe. Verteidigungsminister [Boris Pistorius](#) erklärte kürzlich, dass mit dem "Frühlingspaket", das Ausrüstung, Patriot-Systeme, Brückenlegepanzer und etwa Marder-Schützenpanzer beinhaltet, nochmal 1,1 Milliarden Euro zusätzlich aufgewendet worden sind. Damit habe die Bundesregierung bislang Hilfsleistungen von rund 3,3 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt.

Aber was bedeutet das genau? Wurden [Rüstungsgüter im Wert von 3,3 Milliarden Euro](#) an die [Ukraine](#) verkauft? Oder zahlt die [Bundesregierung](#) dafür und "schenkt" sie der Ukraine? Viele stellen sich derzeit die Frage, wie diese Lieferungen überhaupt finanziert werden.

Es gibt fünf verschiedene offizielle Wege, wie die Bundesregierung die Ukraine mit Waffen unterstützt.

1. Aus den Beständen der Bundeswehr

Wie im Fall der 5.000 Helme geschehen, können die Lieferungen aus den Beständen der [Bundeswehr](#) kommen. Das Verteidigungsministerium entscheidet, ob das Material abgegeben werden kann. Denn das Risiko bei dieser Form der Unterstützung ist, dass die Lieferungen ein Loch in die Bestände der Bundeswehr reißen. Das könnte die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands schwächen. Für Waffenlieferungen aus dem Bestand der Bundeswehr zahlt die Ukraine laut einem Sprecher der Bundesregierung kein Geld.



[Krieg in der Ukraine](#)

[Leopard-Lieferung in die Ukraine: Macht uns das zur Kriegspartei?
vor 7 Tagen von Marie Illner](#)

2. Bestellungen bei deutschen Rüstungsfirmen

Der Ukraine steht es frei, Waffen bei deutschen Rüstungsunternehmen zu bestellen und sie selber zu bezahlen. Diese Waffenexporte müssen allerdings vom Bundessicherheitsrat genehmigt werden, wie es im Fall von Rüstungsexporten üblich ist. Immer wieder gab es Berichte darüber, dass die Ukraine auch diesen Weg nutzt, um sich gegen die russische Übermacht zu wehren.

In der Gesamtschau fallen die Lieferungen bis jetzt allerdings nicht ins Gewicht. Die erste Lieferung über eine Bestellung von 100 Panzerhaubitzen 2000 im Gesamtwert von 1,7 Milliarden Euro soll erst im Jahr 2024 erfolgen.

3. Ausgleichslieferungen durch Ringtausch

[Beim Ringtausch überlässt ein Land der Ukraine militärisches Gerät und erhält dafür Ersatz von einem anderen Land.](#) Die überlassenen Waffen sind in der Regel einfacher sowjetischer Bauart, die sie ohne spezielle Ausbildung bedienen und sofort einsetzen können.

Slowenien beispielsweise lieferte der Ukraine sowjetische T-72-Panzer. Im Gegenzug lieferte Deutschland im vergangenen Dezember den ersten von 15 Leopard-2-Kampfpanzern. Diese stammen allerdings nicht aus den Beständen der Bundeswehr, sondern sollen direkt von der Rüstungsindustrie bereitgestellt werden.



[Krieg in der Ukraine](#)

[Die Kampfpanzer-Allianz für die Ukraine ist noch nicht komplett vor 6 Tagen](#)

4. Aus dem Topf der Ertüchtigungshilfe

Kiew kann beantragen, dass die Rüstungslieferungen aus dem Topf der sogenannten Ertüchtigungshilfe bezahlt werden. Diesen Topf gibt es bereits seit 2016; er ist dafür gedacht, Partnerländer in Krisenzeiten zu unterstützen. Zu Beginn vergangenen Jahres war vorgesehen, 225 Millionen Euro in die Ertüchtigungshilfe zu investieren.

Mit dem Krieg in der Ukraine entschied die Bundesregierung, das Budget um gut 1,7 Milliarden Euro auf 2 Milliarden Euro anzuheben. Das Gros der Mittel ist für die Ukraine. Im Jahr 2023 sollen es 2,2 Milliarden Euro sein.

Laut einem Sprecher der Bundesregierung wurden bisher keine Anträge auf Ertüchtigungshilfe abgelehnt. Aus dem Topf der Ertüchtigungshilfe werden auch die Kosten für Waffen bezahlt, die durch einen Ringtausch der Ukraine indirekt zugutekommen.

5. Aus dem EU-Topf der Europäischen Friedensfazilität

Alle EU-Staaten zahlen in den Topf der Europäischen Friedensfazilität ein. Er wurde im Jahr 2021 eingerichtet. Dieses Finanzierungsinstrument soll alle außenpolitischen Maßnahmen der EU mit militärischen und verteidigungspolitischen Bezügen im Rahmen der EU-Außen- und Sicherheitspolitik abdecken.

Seite E 382 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

Bereits im Februar 2022, nur wenige Tage nach Beginn des Krieges, stellte die EU der Ukraine 500 Millionen Euro zur Verfügung; bereits einen Monat später wurde das Budget für die Ukraine auf 1 Milliarde Euro aufgestockt. Mit diesem Geld können sich EU-Mitgliedsstaaten Geld erstatten lassen, wenn sie der Ukraine Waffen liefern.

Mit rund 713 Millionen Euro, die aus dem Topf der Ertüchtigungshilfe kommen, zahlt Deutschland am meisten Geld ein. Bis zum Jahr 2027 beträgt der Anteil laut einer Sprecherin der Bundesregierung etwa 845 Millionen Euro. Auch Deutschland kann sich Kosten erstatten lassen.

Fazit

Zum größten Teil finanziert die Bundesregierung die Waffenlieferungen an die Ukraine. Daher zahlt die Ukraine für die meisten deutschen Rüstungsgüter nichts.

Verwendete Quellen:

- Anfrage an die Bundesregierung
- bmv.g.de: "Die Allianz steht zusammen": Minister Pistorius empfängt NATO-Generalsekretär
- bundesregierung.de: Liste der militärischen Unterstützungsleistungen
- handelsblatt.com: 1,7 Milliarden Euro für Haubitzen und zehntausende Schuss: Die Ukraine kauft groß in Deutschland ein
- n-tv.de: Kiew soll selbst Waffen in Deutschland gekauft haben
- bmv.g.de: Ergänzungshaushalt 2022: Mehr Geld zur Ertüchtigung der Ukraine
- baks.bund.de: Das Kuratorium, der Bundessicherheitsrat
- consilium.europa.eu: Zeitleiste – Europäische Friedensfazilität
- n-tv.de: Deutschland startet Panzer-Ringtausch mit Slowenien
- zdf.de: Wer bezahlt deutsche Waffen für die Ukraine?

Interessiert Sie, wie unsere Redaktion arbeitet? [In unserer Rubrik "So arbeitet die Redaktion"](#) finden Sie unter anderem Informationen dazu, [wann und worüber](#) wir berichten, wie wir [mit Fehlern umgehen](#) und [woher unsere Inhalte kommen](#). Unsere Berichterstattung findet [in Übereinstimmung mit der Journalism Trust Initiative](#) statt.

[Kampfjets für die Ukraine? Polen will Entscheidung nächste Woche](#)

Aktualisiert am 06.02.2023, 08:21 Uhr

In der Debatte um Kampfjet-Lieferungen an die Ukraine hat Polens Botschafter Dariusz Pawlos eine Entscheidung auf der Münchner Sicherheitskonferenz gefordert.(Bild: picture alliance/Geisler-Fotopress/Kento Nara)

[Kampfjets für die Ukraine? Polen will Entscheidung nächste Woche](#)

Aktualisiert am 06.02.2023, 08:21 Uhr

In der Debatte um Kampfjet-Lieferungen an die Ukraine hat Polens Botschafter Dariusz Pawlos eine Entscheidung auf der Münchner Sicherheitskonferenz gefordert.(Bild: picture alliance/Geisler-Fotopress/Kento Nara)

<https://web.de/magazine/politik/russland-krieg-ukraine/waffen-ukraine-finanzierung-37795956>

Über die Expertinnen:

Dr. Sarah Pagung ist Programmleiterin im Berliner Forum Außenpolitik der Körber-Stiftung.

Dr. Mariëlle Wijermars arbeitet als Fellow am Helsinki Collegium for Advanced Studies der Universität Helsinki und forscht dort über russische Politik.

Interessiert Sie, wie unsere Redaktion arbeitet? [In unserer Rubrik "So arbeitet die Redaktion"](#) finden Sie unter anderem Informationen dazu, [wann und worüber](#) wir berichten, wie wir [mit Fehlern umgehen](#) und [woher unsere Inhalte kommen](#). Unsere Berichterstattung findet [in Übereinstimmung mit der Journalism Trust Initiative](#) statt.

<https://web.de/magazine/so-arbeitet-die-redaktion/>

27) Außenminister Sergej Lawrow im Interview mit Rossiya 24 und RIA Novosti

06. 02. 2023



Das Russische Außenministerium in Moskau.-

Quelle: *Frank Baulo, CC BY-SA 3.0, via Wikimedia Commons*



Außenminister Sergej Lawrow im großen Interview mit RIA Nowosti und Rossiya 24 in Moskau

Sergei Lawrow im großen Interview am 2.2.2023

Frage: Die erste Frage ist vielleicht nicht ganz fachlich, sondern eher menschlich, dennoch beunruhigt sie Millionen, wenn nicht Milliarden von Menschen. Wann wird diese ganze Sache beendet sein?

Sergej Lawrow: Ich kann nicht sagen, dass dies meine einzige Sorge ist. Ich denke, die Diplomaten und Militärs, die Männer, die jetzt die lebenswichtigen Aufgaben zur Sicherung unserer Unabhängigkeit und des Schutzes der Interessen unserer Kultur und der Menschen, die Teil der russischen Zivilisation bleiben wollen, verrichten, denken wahrscheinlich nicht darüber nach, wann es endet.

Sie werden vom Wunsch geleitet, ihre Arbeit sorgfältig und zügig voranzubringen und die Verluste zu minimieren. Umso mehr wir sie moralisch und politisch stützen und umso besser wir die Quintessenz der laufenden geopolitischen Spiele erklären, desto eher wird die Welt erkennen, dass es notwendig wäre, es zu beenden. Wir sehen nicht einmal Versuche, doch nur hartnäckige und beharrliche Politik des von der USA geführten Westens, den Krieg je zu beenden. Sie werden den Krieg so lange fortsetzen, bis sie zur Meinung gelangen, dass alle Bedrohungen für ihre Hegemonie beseitigt worden wären.

In der gegenwärtigen Phase handeln wir im Einklang mit den Worten unserer westlichen Kollegen, dass es einen Sieg auf dem Schlachtfeld geben müssen. Das sind ihre Worte. Sie verzichteten auf Gespräche und zwangen das Kiewer Regime, die Verhandlungen Ende März 2022 abzubrechen, als es noch möglich war, eine politische Lösung zu realisieren.

Kiew wurde nicht erlaubt, das zu tun. Seitdem hat niemand auch nur versucht, das Kiewer Regime von der Notwendigkeit zu Gesprächen zu überzeugen. Niemand widersprach, als Wladimir Zelenskyj Gespräche mit der Russischen Föderation per Exekutiv-Verfügung untersagte. Niemand hat ihm einen Dämpfer versetzt, als er wiederholt in „*Hochstimmung*“ erklärte, dass er nicht verstehe, wer in Russland Entscheidungen trafe und mit wem man reden müsste, falls sich die Frage stellte. Das ist direkt über Freud zu erklären: Er spürt seine Abhängigkeit und begreift, dass er manipuliert wird. Wir alle wollen, dass es ein Ende hat. Aber es ist nicht der Zeitfaktor, sondern der Substanz- und Qualitätsfaktor der Ergebnisse, die wir für unser Volk und diejenigen, die Teil der russischen Kultur bleiben wollen, erzielen werden. Doch die Kiewer Junta hat diesen Menschen mit Ermunterung aus dem Westen jahrelang alles Russische vorenthalten.

Zusätzlich zu den Gesetzen, die unter Petr Poroschenko und Wladimir Zelenskyj erlassen wurden, hat Kiew Folgendes getan: Russische Bildung und russische Medien – alles wurde geschlossen – bzw. ukrainische Medien in russischer Sprache verboten. Abgeordnete, die Initiative für eine Einigung mit Russland suchten, wurden verhaftet. Es wurden Beschlüsse gefasst, die es erlaubten, Verwaltungsstrafen gegen diejenigen zu verhängen, die im täglichen Leben – in Geschäften und Ambulanzen – nicht Ukrainisch gebrauchten. Kürzlich hat der *Kommissar zum Schutz der Staatssprache*, Taras Kremen, eine Initiative für das Verbot der persönlichen Kommunikation auf Russisch vorgelegt. Nehmen wir an, ein Ehepaar trinkt in der Küche Tee, und irgendein Spitzel – wie wir sie von früher her kennen – kann sie so einer Straftat bezichtigen: Die Oberschicht dieses Regimes verfolgt wahrlich „gute Absichten“.



Dmitri Kisseljow, Generaldirektor der Agentur Rossiya Segodnya stellte die Fragen

Frage: *Das alles klingt ziemlich heuchlerisch: Zum Beispiel hat die Kiew-Mohyla-Akademie die russische Sprache verboten. Das begann innerhalb der Mauern dieser geheiligten Bildungseinrichtung und hat sich weiterverbreitet. Das ist ihr Plan. Junge russischsprachige Männer werden buchstäblich von der Straße entführt und an die Front verfrachtet. Es ist für sie in Ordnung, diese für eine unabhängige Ukraine kämpfen zu lassen, ohne die ukrainische Sprache zu beherrschen, aber andere Dinge sind für sie verboten. Die Russischsprachigen sind berechtigt, Waffen zu tragen und ihr Mutterland zu verteidigen, was eine erhabene Pflicht darstellt. Das ist ein interessanter Ansatz.*

Aber hinter jedem internationalen Prozess steht eine gewisse Logik. Wir sprechen über ein Ende und versuchen es uns vorzustellen. Es ist jedoch nirgends auszumachen, zumal der Konflikt weiter eskaliert. Es ist schwer zu sagen, wie das aufhören soll ohne einen Ansatz zur Umkehr zu sehen. Es werden schwere Waffen eingesetzt. Es ist von Raketen die Rede. Worauf müssen wir uns gefasst machen?

Sergej Lawrow: Wir gehen von der Voraussetzung objektiver Realitäten aus, in erster Linie von den Realitäten, die in unserer Gesetzgebung, insbesondere in der Verfassung, verankert sind. Nach dem Ergebnis des Referendums sind vier neue Territorien – zwei Volksrepubliken und zwei Regionen – der Russischen Föderation beigetreten. Dies steht außer Zweifel. Der Westen kann sich damit nicht abfinden und gerät wie in einem Märchen mit traurigem Ausgang mit jedem Schritt tiefer in den Morast. Er hat jedoch einen erheblichen Einfluss auf die Operationen. Wir versuchen jetzt, die ukrainische Artillerie auf Distanz zu halten, sodass keine Bedrohung für unsere Gebiete entsteht, aber je mehr an Langstreckenwaffen sie nach Kiew entsenden, desto weiter entfernt müssten sie von den Gebieten, die unserem Land angehören, weggehalten werden.

Sie haben völlig Recht, die Eskalation begann mit der Lieferung von Helmen für das ukrainische Militär, gefolgt von der Lieferung von Kleinwaffen, und jetzt sprechen sie über die Lieferung von Kampfflugzeugen. Der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz schwört, dass das nie passieren würde, aber er ist bekannt dafür, seine Meinung schnell ändern zu können. Und er ist bei weitem nicht der Einzige, der das tut. Bundeskanzler Scholz sagte, NATO würde niemals Krieg gegen Russland führen, doch seine Außenministerin Annalena Baerbock erklärte, dass sie sich bereits im Krieg gegen Russland befänden. Die Pressesprecherin des Pentagon, Sabrina Singh, sagte, es wäre nichts daran falsch, falls Kiew gegebenenfalls die Krim bombardierte. Entweder versuchen sie, sich selbst Mut zu machen oder sie wissen einfach nicht, wovon sie sprechen.

Olaf Scholz sagte einmal, dass die derzeitige Krise mit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine begonnen hätte. Er hört dabei nicht einmal auf das, was seine Vorgängerin mitzuteilen hatte: Denn, die ehemalige deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte, dass niemand die Absicht gehabt hätte, die Minsker Vereinbarungen zu erfüllen, selbst nachdem sie 2015 unterzeichnet worden waren. Wer nicht anerkennt, dass die Saat der Krise schon damals gelegt wurde, muss ein Politiker sein, der sich der Wahrheit verschließt. Aber nicht erst seit 2015 ging es los. Erinnern wir uns an den Staatsstreich im Jahr 2014, der trotz der Garantien der Deutschen, Franzosen und Polen dank einem Dokument zur Beruhigung der Lage und zur Durchführung vorgezogener Wahlen, durchgeführt wurde. Am Morgen danach fand man besagte Garantien schon eingestampft und ein offen nazistisches Regime, einschließlich der Swoboda-Partei, (über einen Putsch nur) an der Macht. Es gab da diesen Oleh Tjahnybok, von dem man schon lange nichts mehr gehört hat, der damals in vielen europäischen Ländern als Neonazi galt. Es gab Slogans wie „*Tod den Russen, Judenmauschel und Polacken*“. Man setzte auf solche Leute und Neonazis aus den Asow-, Aidar- und anderen Bataillonen. Nun werden penibel solche Informationen weggeräumt, nachdem deutlich wurde, dass diese Gruppen im Westen als extremistisch und terroristisch angesehen werden. Vor nicht allzu langer Zeit haben die Japaner Entschuldigungen erlassen und die Asow von der Liste der extremistischen Organisationen streichen lassen.

Vielleicht sollten wir hier einem marxistischen Grundsatz folgen und nach den tieferen Ursachen forschen, welchen diese Entwicklungen voraus gingen. Ich würde empfehlen, zumindest bis zur Amtszeit von Präsident Obama zurückzugehen und nachzulesen – dies sollte kein Problem sein, zumal die Texte zu beschaffen sind – was der US-Präsident über den Exzeptionalismus der Vereinigten Staaten zu sagen hatte. Man konnte ähnliche Äußerungen auch vom ehemaligen Präsidenten Trump vernehmen, der sagte, dass Amerika eine außergewöhnliche Nation sei und es keine andere auf der Welt gäbe, was eine enorme Verpflichtung sei. Präsident Biden hat solche Gedanken an mehreren Gelegenheiten von sich gegeben, und sein Stab hat es formalisiert: So sagte beispielsweise US-Außenminister Antony Blinken, dass die USA ihre Führungsrolle und ihre außergewöhnliche Fähigkeiten einsetzen müssten, weil die Welt ansonsten im Chaos versinke. Ganz sicher keine unbescheidene Aussage!

Kaum hatte John Sullivan 2021 sein Amt als Nationaler Sicherheitsberater des Präsidenten der Vereinigten Staaten angetreten, schrieb er einen Artikel, in dem er den amerikanischen Exzeptionalismus thematisierte und erklärte – ich finde es schlimm so etwas auszusprechen -, dass dieser Exzeptionalismus es verlange, dass die Vereinigten Staaten es sich nicht leisten könnten, sich auf ihre ethnische oder historische Identität zu besinnen, sondern eine neue, freie Demokratie rund um die ganze Welt zu verbreiten hätten. Das bedeutet nur eines: Allen anderen wird das Recht verweigert, sich an ihrer Geschichte zu orientieren. Die Amerikaner – so wie sie jeden, der nach Amerika kam, durch den Schmelztiegel zogen -, wollen auch den Rest der Welt einschmelzen, damit alle tatsächlich nur zu Amerikanern werden.

Frage: *Haben sie auch die US-Eingeborenen eingeschmolzen?*

Sergej Lawrow: In der Tat, sie haben sie fast weggeschmolzen, so dass fast nichts mehr von ihnen übrigblieb. Schauen Sie sich an, was jetzt in den Vereinigten Staaten abgeht. Schauen Sie sich an, wie die Gesellschaft gespalten ist und wie die herrschenden Behörden jetzt versuchen, alles zu unterdrücken, indem sie, um ihre eigene Terminologie zu verwenden, ziemlich „*autoritäre Werkzeuge*“ nun anwenden.

Die Gründe dafür sind dort zu finden: Ich glaube, dass der US-Exzeptionalismus und die absolute Überzeugung von ihrer eigenen Unfehlbarkeit und Überlegenheit der Hauptgrund dafür ist, dass wir uns jetzt den Ländern entgegenstellen, die das Kiewer Regime dazu benutzen, um einen hybriden Krieg gegen uns zu führen, auch wenn es nicht exakt nur ein hybrider Krieg ist.

Vor kurzem gab es eine breite Debatte zu historischen Parallelen, die aus Äußerungen der ukrainischen Führung gezogen wurden. Ich habe auch darüber gesprochen, dass genau wie im Jahr 1812 und 1941 diejenigen, die die Welt unterjochen wollten, mit Europa anfangen, um einen großen Teil des Kontinents zusammenzufassen und einen Krieg gegen Russland zu beginnen. Ich sehe heute keine großen Unterschiede. So wurde während des Großen Vaterländischen Krieges, im Zweiten Weltkrieg, die Nazi-Ideologie gegen uns in Stellung gebracht. Warum weigern sich Menschen, die Nazi-Ideologie, welche dem Kiewer Regime heute zugrunde liegt, zu erkennen? Die Erklärungen, die von den Befürwortern und Puppenspielern des Regimes abgegeben werden, können nicht anders interpretiert werden als der Versuch, die russische Frage endgültig zu lösen. Russland soll eine strategische Niederlage bereitet werden. Damit es für lange Zeit nicht mehr zurückkommen könne. Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, sagte, der Krieg müsse mit einer russischen Niederlage enden, die es Russland über Jahrzehnte unmöglich machte, seine Wirtschaft wiederaufzubauen. Klingt das nicht nach Rassismus, Nazismus und dem Versuch, die *russische Frage* zu lösen? Nein, noch nicht in den Gaskammern. Es gibt noch viele anständige Menschen in Deutschland, die ein Wiederaufleben des Nazismus nicht zulassen wollen. Doch, einige hätten wohl nichts dagegen, wenn es dazu käme.

Wir befinden uns inmitten einer geopolitischen Schlacht. Darüber gibt es keinen Zweifel. All jene, die sich an der Front mit praktischen Fragen beschäftigen, erfüllen eine lebenswichtige Aufgabe und sind Helden. Die Heldentaten, die sie im Namen der Zukunft der Menschheit vollbringen, werden es ermöglichen Entwicklungen zu durchkreuzen, die zu einer vollständigen Hegemonie der Vereinigten Staaten gemäß ihrer Doktrin geführt hätten.

Frage: *Wie ich Ihren Ausführungen entnehme, besteht das Ziel darin, Russland eine strategische Niederlage zu bereiten. Das bedeutet, der Westen weist die Vorstellung, zurück, dass Russland überhaupt als Staat existieren dürfe. Russland muss entweder zerstückelt oder geteilt werden, jetzt gibt es sogar einen neuen Begriff „Re-Föderalisierung“ dafür. Die Polen reden wie üblich viel darüber. Was bleibt noch für Diplomatie unter solchen Umständen?*

Sergej Lawrow: Ich glaube nicht, dass wir arbeitslos werden. Wir arbeiten jetzt in mehreren Bereichen. Erstens arbeiten wir hart daran, unsere Politik, unsere Argumente und die Wahrheit auf der internationalen Bühne zu vertreten. Niemand im Westen, in Europa oder Amerika versucht ernsthaft zu erörtern, ob sie Fehler gemacht hätten. Nein – es scheint so, als hätte alles erst am 24. Februar 2022 begonnen. Genau wie nach ihren Augen alles mit dem, was sie es als „Annexion“ der Krim bezeichnen, im Jahr 2014 begonnen hätte – nicht mit dem Putsch im Februar.

Ich war bei den Gesprächen von Präsident Wladimir Putin mit der vormaligen deutschen Kanzlerin Angela Merkel, dem vormaligen französischen Präsidenten Francois Hollande und dem derzeitigen französischen Präsidenten Emmanuel Macron zugegen. Wladimir Putin fragte, warum sich die Dinge so entwickelt hätten, wie es geschah. Sie sagten, wenn es die „Annexion“ nicht gegeben hätte, wäre alles in Ordnung geblieben. Aber die „Annexion“ fand statt, weil die „Behörde“, die die Macht in der Ukraine an sich gerissen hatte, es für wichtig hielt – es war ihre erste Bauchreaktion -, den regionalen Status der russischen Sprache abzuschaffen. Damals wurde das nicht erreicht.

Aber das waren die Instinkte, die das Wesen dieser „Macht“ genau beschreiben. Zwei Tage später forderten sie Russland auf, die Krim zu verlassen, und schickten ihre Schläger dorthin. Die Krim reagierte nur darauf und auf nichts anderes. Aber die westlichen Politiker sagten immer wieder, dass ohne die „Annexion“, „alles in Ordnung“ geblieben wäre. „In Ordnung“ in welchem Sinn? Dass die Ukraine von Nazis regiert worden wäre, von Leuten, wie Tjahnybok oder Jazenjuk, die die Menschen, die sich weigerten, die Ergebnisse ihres Putsches zu akzeptieren, als „Untermenschen“ abqualifizierten. Wladimir Zelenskij entfernte sich nicht weit von ihnen, als er die Menschen, die eine Wiedervereinigung mit der Ukraine ohne Umsetzung der „Bedingungen & Konditionen“ der Minsker Vereinbarungen ablehnten, als „Individuen“ titulierte. Denjenigen, die in der Ukraine leben und sich als Teil der russischen Kultur, Tradition und Geschichte betrachten, riet er, sich ihren Kindern und Enkeln zuliebe, nach Russland abzusetzen. Hat jemand darauf reagiert? Hat jemand darin nicht nur die Keime, sondern die volle Blüte des Nazismus entdeckt? Niemand hat das. Unsere Diplomaten haben all diese inakzeptablen Handlungen und Erklärungen den zuständigen Gremien der UNO, der OSZE und dem berüchtigten Europarat zur Kenntnis gebracht. Nicht ein einziges Mal hat der Westen versucht, auch nur mit dem Finger seinem Mündel und Regime zu drohen. Es wurde ständig nur gedeckt, auch von der OSZE-Mission, die sich vor Ort für die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen einsetzte. Viele Mitarbeiter der Mission – die Fakten sind bekannt – halfen dem Kiewer Militär bei der Planung seiner Operationen und gewährten ihm Zugang zu den Daten der Drohnen, die ausschließlich für Zwecke der OSZE-Sonderbeobachtungsmission zu verwenden gewesen wären.

Wir müssen die Wahrheit bekannt machen und einen gnadenlosen Kampf gegen falsche Behauptungen führen. Wir haben auf unserer Website einen Bereich, der diesen Themen behandelt, eingerichtet. Darüber hinaus reagieren wir täglich live auf alle die neuen Tricks derjenigen, die versuchen, das wahre Bild zu verfälschen.

Auch die diplomatische Arbeit mit unseren Partnern in der ganzen Welt ist Teil unserer Bemühungen. Wir unterhalten Austausch mit Delegationen auf der Ebene von Ministern und stellvertretenden Ministern. Wir reisen in Länder, mit denen wir eine konstruktive Zusammenarbeit aufbauen wollen. Delegationen kommen zu uns. Diese Arbeit ist wichtig.

Die Vereinigten Staaten und alle anderen westlichen Länder, die von den Amerikanern gefügig gemacht wurden und der EU die letzten Reste ihrer Unabhängigkeit raubten, sind weithin als „große Demokratien“ bekannt. Sie verstehen Demokratie jedoch nur als ihr Recht, allen anderen ihr Verständnis der Dinge auszudrücken. Diskussionen über demokratische Ansätze in internationalen Fragen lassen sie ungerührt.

Frage: *Ist das totalitär?*

Sergej Lawrow: Ja – totalitär: In der UN-Charta wird „Demokratie“ nicht erwähnt, was vielleicht zum Besten ist. Es wird hingegen das Hauptprinzip erwähnt, das demokratischer ist als alles andere: Die UNO basiert auf der souveränen Gleichheit der Staaten. Falls jemand einen Beweis für die Achtung dieses Prinzips in den Handlungen unserer westlichen Kollegen fände, würde ich diese Person für den Friedensnobelpreis vorschlagen.

Falls es Demokraten wären, würde man Meinungen äußern lassen und dem Gegner seine Positionen darlegen lassen. Sie würden allen anderen zugestehen, sich wie erwachsene Menschen zu verhalten, um selbst entscheiden zu dürfen, wen man unterstützen und wessen Ansichten und Positionen man stärker zuneigen wollte.

So hätten sich alle auch in Bezug auf die Krise in der Ukraine verhalten sollen. Präsident Putin hat bis ins kleinste Detail die Ziele, die Ursachen und die Unvermeidbarkeit unserer

speziellen Militäroperation ausgeführt. Dies geschah nicht plötzlich, sondern nach acht Jahren oder vielleicht sogar früher, seit Putins Münchner Rede im Jahr 2007, in der er versucht hat, darzulegen, dass der Westen sich in die falsche Richtung bewege und alle Grundsätze untergrabe, zu deren Einhaltung man sich verpflichtet hatte: Wie unteilbare Sicherheit für Europa mit gleichen Sicherheitsinteressen; wie die Unzulässigkeit, dass ein Staat seine Sicherheit auf Kosten der Sicherheit anderer ausbaue, und was äußerst wichtig scheint, wie die Unzulässigkeit, dass eine Organisation in Europa, für sich eine militärisch-politische Vorherrschaft beansprucht. Die NATO hat das getan, was nicht hinnehmbar ist.

Diese Grundsätze wurden 1999 zu Papier gebracht und sind 2010 erneut bekräftigt worden. Doch alle unsere Versuche, den Westen zur Einhaltung der von unseren Präsidenten und Premierministern unterzeichneten Dokumente zu bewegen, sind gescheitert. Oder besser gesagt, sie erwiderten, dass es sich um politische Slogans handle, während nur die NATO rechtliche Sicherheitsgarantien liefern könne. Damit verletzen sie erneut jeden einzelnen Grundsatz.

Wir haben viele Jahre lang versucht, unseren Standpunkt zu erklären, und schließlich sagten wir uns, dass sie alles gehört hätten, was wir zu sagen hatten, sodass wir unsere Entscheidung trafen. Die westliche Reaktion war negativ und verurteilend. Doch, die Mehrheit aller Entwicklungsländer nahm eine neutrale Haltung ein. Nur, eine neutrale Haltung wäre zu respektieren. Aber der Westen sendet täglich – das ist keine Übertreibung – über seine Botschafter an alle Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas Aufforderungen aus, sich nicht mit russischen Delegationen zu treffen. Er fordert auf, [Russland] zu verurteilen und sich den westlichen Sanktionen anzuschließen. Die überwältigende Mehrheit der Staaten hat Selbstachtung. Daher sagen selbst kleine afrikanische Staaten mit 1,5 oder 2 Millionen Einwohnern, dass sie ihre eigenen Pläne für die Zusammenarbeit mit Russland verfolgen. Diese Länder akzeptieren unsere Besuche und besuchen unser Land, obwohl ihnen dafür Strafen angedroht werden.

Wofür sind die Amerikaner bekannt? Wenn sie ein Land auffordern das zu tun, was sie wünschen, bieten sie keine Gegenleistung. Stattdessen sagen sie, das Land habe es **zu** durchzuführen oder sie würden es bestrafen. Das ist die ultimative Form von Pragmatismus samt Zynismus. Unsere Diplomaten haben in dieser Hinsicht eine Menge zu tun. Wir bieten Erklärungen an, entlarven Lügen, insbesondere die jüngsten Lügen über unsere Weigerung, Verhandlungen zu führen und fördern jeden Tag neue Fakten ans Licht.

NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg hat gesagt, dass „*Waffen der Weg zum Frieden*“ wären, so dass die Ukraine auf dem Schlachtfeld gewinnen müsse. Wladimir Zelenskyj hat eine 10-Punkte-Friedensformel vorgelegt: Eine vielseitige Enchilada (mexikanisches Misch-Gericht) mit allem, was dazugehört, einschließlich Lebensmittelversorgung, Energie und biologische Sicherheit. Dazu fordert man den Rückzug Russlands hinter die Grenzen von 1991, ein Tribunal zur Bestrafung Russlands, die Zahlung von Reparationen und schließlich die Unterzeichnung eines Friedensabkommens. Das ist keine realistische Initiative. Ich glaube, dass Wladimir Zelenskyjs Fantasie manchmal überbordert. Und jetzt hat der Westen sein Elaborat auch noch zu studieren.

Unsere Diplomaten werden ihr Bestes tun, um dafür zu sorgen, dass die antirussischen Veranstaltungen, die der Westen und das Kiewer Regime in New York und auf anderen Plattformen zum ersten Jahrestag der besonderen Militäroperation abzuhalten gedenken, nicht die einzigen Schlagzeilen bleiben.

Wir bereiten eine Übersicht über die Ereignisse des letzten Jahres und Dinge, die wir aufgedeckt haben, vor. Es geht nicht nur um die biologischen Militärprogramme der USA,

über die sie, wie üblich nach Strich und Faden lügen und auch nicht um die direkte Beteiligung der USA an den Nord-Stream-Pipeline-Sprengungen. Die Unterstaatssekretärin für politische Angelegenheiten, Victoria Nuland („fuck the EU“, Anm. der Red.), hat sogar ein umfassendes Geständnis abgelegt. Es gibt viele Dinge, an die wir uns erinnern, und wir können aufzeigen, welche Methoden die Vereinigten Staaten anwenden, um ihre Hegemonie durchzusetzen. Nach den von mir genannten Aussagen, bereiteten die Amerikaner die Ukraine schon seit langem darauf vor und bildeten sie aus, um einen Krieg gegen Russland unter westlicher Lizenz loszutreten. Die Vereinigten Staaten konzentrieren sich jetzt darauf, die EU für diesen Krieg zu mobilisieren und wovon ich überzeugt bin, schon seit langem planen, indem sie die EU zwingen, alle ihre Waffen an die Ukraine abzugeben. Dieser Prozess steht nun kurz vor dem Abschluss.

Gleichzeitig erhöhen die Vereinigten Staaten die Produktion ihrer Waffen und zwingen Europa, diese zu kaufen. Die NATO-Länder sind verpflichtet, zwei Prozent ihres BIP für Waffen auszugeben. Und sie werden gezwungen, Produkte aus den USA zu kaufen. Es besteht kein Zweifel daran, dass diejenigen, die an den amerikanischen Exzeptionalismus glauben und der Meinung sind, dass die USA die Welt zu beherrschen hat, auch die Absicht verfolgen, Europa wirtschaftlich niederzuhalten.

Emmanuel Macron und Olaf Scholz beschwerten sich öffentlich über die US-Gesetze zur Bekämpfung der Inflation, die in Wirklichkeit darauf abzielen, [europäische] Produktionsstätten in die Vereinigten Staaten zu locken. Dieser Prozess ist im Gange. Die deutschen Hersteller verlagern dorthin, wo sie Vorteile erwarten. Doch, diese Vorteile sind eindeutig diskriminierend und zielen darauf ab, die europäische Industrie zu untergraben. Das ist Exzeptionalismus in Reinkultur. Vor zwei oder drei Wochen hat die EU eine Erklärung zur Zusammenarbeit mit NATO unterzeichnet, wonach die EU alles zu tun gedenke, was NATO brauche. Die Amerikaner arbeiten hartnäckig auf ihre Ziele hin.

Das muss so laut wie möglich ausgesprochen werden. Im Moment geschieht das in Europa. Aber sie schmieden auch schon Pläne für Asien. Jens Stoltenberg spricht darüber in der NATO. Auf dem Madrider Gipfel im Juni 2022 wurde angekündigt, dass sie globale Verantwortung übernehmen und Militärblöcke gegen China und Russland im asiatisch-pazifischen Raum (AUKUS) schaffen müssten. Sie haben eine Politik zur Aufnahme neuer Mitglieder beschlossen. Auch die großen Pazifikmächte wie Großbritannien und Frankreich sind dort aktiv und beteiligen sich an den eindeutig chinafeindlichen Übungen im Südchinesischen Meer.

Alle beobachten die Formen, die jener Exzeptionalismus nach sich zieht, wie den Wunsch, alle zu dominieren, um daraus einmal mehr einseitige wirtschaftliche Vorteile zu ziehen, die Wirtschaftskrise in den USA zu vermeiden und dazu andere Länder auszubeuten. Präsident Putin hat darauf hingewiesen, dass diese Entwicklungen im Sinne einer kolonialen Philosophie darauf abzielen, auf Kosten anderer zu leben.

Frage: *Die Ukraine in ein „Anti-Russland“ zu verwandeln, schien ein erfolgreiches Projekt in dem Sinn, dass diese Ziele aufgegangen sind. Welches andere Land im Schlepptau könnte diesen Weg ebenfalls beschreiten? Kirgisistan oder Kasachstan?*

Sergej Lawrow: Gegenwärtig wird die Republik Moldau für diese Rolle „abgecheckt“, vor allem weil es gelungen ist, an die Spitze dieses Landes – mit maßgeschneiderten Mitteln, die weit von freien und demokratischen Methoden entfernt bleiben – eine Präsidentin zu setzen, die darauf brennt, der NATO beizutreten. Eine rumänische Staatsbürgerin, Maia Sandu ist bereit, Rumänien beizutreten und scheint praktisch bereit alles mitzumachen. Es ist bezeichnend, dass der Westen und Kischinau [Hauptstadt Moldawiens] nicht nur pro-

NATO und pro-EU sind, sondern sich auch weigern, die 5+2-Gespräche wiederzubeleben, an denen Kischinau, Tiraspol [Hauptstadt Transnistriens], Russland, die Ukraine, die OSZE, die EU und die USA teilnehmen. Der Westen hält dieses Format nicht mehr für angemessen, denn es wurde gebraucht, als es den Behörden in Kischinau noch um die Wahrung der territorialen Integrität ihres Landes und um eine Einigung mit Transnistrien ging. Aber nach der Machtübernahme, die eine Regierung an die Macht gebracht hat, die bereit ist, das Transnistrien-Problem mit Gewalt zu lösen und auf den Abzug der russischen Friedenstruppen und des Kontingents zur Bewachung der Munitionsdepots in Kolbasna zu bestehen, sind keine Verhandlungsformate mehr nötig. In diesem Fall geht es nur darum, die Behörden zu unterstützen.

Ich will nicht ins Detail gehen, aber Georgien ist ein weiteres Land, das der Westen zu einem „Anti-Russland“ umwandeln will. Ich bin eng mit Präsidentin Salome Surabischwili bekannt. Sie war zwischen 2004 und 2005 Außenministerin [Georgiens]. Gemeinsam mit dem Militär haben wir Vereinbarungen über den Abzug der beiden verbleibenden russischen Militärstützpunkte ausgearbeitet. Hierzu gibt es einen interessanten Punkt. Die Abzugserklärung enthielt die Vereinbarung, dass Russland und Georgien in einem dieser ehemaligen Stützpunkte ein gemeinsames Antiterrorzentrum einrichten, um gemeinsam an der Beseitigung solcher Bedrohungen zu arbeiten. Es war vorgesehen, dass Georgien den größten Teil dieses Kontingents – etwa 700 Soldaten – zur Verfügung stellen sollte. Wir sollten ein viel kleineres mit etwa 100 Offizieren nur entsenden.

Das war Teil des Paketabkommens: Nachdem wir unsere Stützpunkte geräumt und unseren Teil des Abkommens erfüllt hatten, weigerte sich Micheil Saakaschwili rundheraus, besagtes Zentrum zu schaffen. Die Zeiten waren noch „*freundlich*“ und niemand ahnte, dass er Südossetien angreifen werde.

Doch der georgische Präsident täuschte uns selbst in einer *amikalen* Angelegenheit, die von dem Wunsch beseelt war, eine neue Art von Beziehungen aufzubauen. Zweifellos wurde ihm von seinen „*Kuratoren*“ eingeflüstert, dass es keine Notwendigkeit für gemeinsame Zentren mit Russland gäbe. Heute hat Georgien eine Regierung mit einem Präsidenten, der Gott sei Dank nicht den Entwicklungsweg des Landes bestimmt und hauptsächlich zeremonielle Aufgaben wahrnimmt. Niemand soll denken, dass ich [die georgische Regierung] mit Lob kompromittieren möchte. Ich werde den Premierminister und die Minister zitieren, die sagen, dass sie sich von ihren nationalen Interessen leiten ließen, um auf den beispiellosen Druck und die Forderungen zu reagieren, sich den Sanktionen anzuschließen und eine „*zweite Front*“ zu eröffnen (sie haben sogar diesen Begriff verwendet). Sie unterhalten Handels- und Tourismusbeziehungen mit Russland und beziehen von dort Energielieferungen. Dies entspricht den Interessen des georgischen Staates und Volkes. Aber ich habe keinen Zweifel daran, dass sie auch Georgien zu einem weiteren Zankapfel verwandeln und die Situation in aggressivere Zeiten, wie einst unter Saakaschwili, zurückführen wollen.

Damit sich in der Region ein konstruktiver Fokus mit „*Kreativität*“ durchsetzt, setzen wir uns für ein 3+3-Format für die drei südkaukasischen Länder Georgien, Armenien und Aserbaidschan mit den drei Nachbarländern – Russland, Türkei und Iran -, ein. Das erste vorläufige Treffen hat bereits stattgefunden. Wir werden dies fortsetzen.

Was die zentralasiatischen Staaten angeht, so haben das russische Außenministerium und die Sicherheitsdienste recht offene Gespräche mit allen geführt. Dies steht in direktem Zusammenhang mit ihrer Sicherheit. Unsere westlichen Kollegen haben jahrelang versucht, einige pro-amerikanische, pro-europäische und pro-NATO-NGOs dort zu etablieren. So gibt es beispielsweise Organisationen wie die Agentur für internationale Entwicklung des US-

Außenministeriums (USAID) und andere, die Ausübung „weicher Macht“ (*soft power*) verfolgen, die sich später regelmäßig in „harte Macht“ verwandelt. Ich denke, das lässt sich nicht leugnen. Der Westen will diese „Soft Power“-Instrumente einsetzen, um die weitere Entwicklung der freundschaftlichen und verbündeten Beziehungen zwischen Russland und seinen Nachbarn, einschließlich bestimmter zentralasiatischer Länder, zumindest in Frage zu stellen. Aber ich sehe hier keinen Anlass zu der Vermutung, dass diese „Bemühungen“ des Westens auf eine ernsthafte positive Resonanz stoßen werden.

Russlands Nachbarn, Verbündete und strategische Partner durchschauen diese „Spiele“. Gestern hatte ich ein Treffen mit Ausschussvorsitzenden, die die Parlamente der OVKS [*Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit* mit den Mitgliedsländern: Armenien, Weißrussland, Kasachstan, Kirgistan, Russland, Tadschikistan und dem Beobachter Serbien] vertreten. Sie nahmen an einer Veranstaltung in der Staatsduma der Bundesversammlung der Russischen Föderation in Moskau teil. Wir können feststellen, dass unsere Freunde ebenso wie die Staats- und Regierungschefs und Außenminister der OVKS verstehen, welche Ziele der Westen in unserem gemeinsamen Raum verfolgt. Sie wollen zusätzliche Mechanismen konstruieren und schaffen, um die Weiterentwicklung unserer Integrationspläne in Formen zu gewährleisten, die keinen westlichen Einflüssen ausgesetzt und vor illegaler Einflussnahme von außen geschützt sind. Der Westen arbeitet immer gegen Russland, wo immer er im postsowjetischen Raum präsent ist.

Frage: *Kiew bietet Minsk einen Nichtangriffspakt an. Betrifft dies auch uns im Rahmen des Unionsstaates? Was ist der Ansatz Russlands dazu?*

Sergej Lawrow: Der Unionsstaat ist hier nicht das wichtigste Argument. Russland und Weißrussland haben Verträge, einschließlich Sicherheitsabkommen, mit vielen anderen Ländern. Was Kiew getan hat, ist „lustig“ und zeigt die „Kreativität“ der Kiewer Regimeführer. Es scheinen in der Tat „begabte“ Leute...

Doch, es ist nicht einmal ein „Spiel mit zwei Zügen“. Wie der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko verlautete, wurde den Weißrussen ein Nichtangriffspakt angeboten, während ihre Opposition kultiviert, bewaffnet und ausgebildet wurde, um an der Front gegen die Russische Föderation zu kämpfen, insbesondere als Teil des berüchtigten „Kalinowski-Regiments“. Diese Einheit wird offen unterstützt, und es heißt, sie bereite sich darauf vor, ähnliche Missionen in Belarus selbst durchzuführen. Offensichtlich hat die ukrainische Seite ein ungewöhnliches Verständnis von Nicht-Aggression.

Ich habe dies bei einem Treffen mit Alexander Lukaschenko in Minsk erwähnt. Er sieht solche Initiativen eindeutig als das an, was sie sind – eklatante Provokationen und bestenfalls sinnlos.

Frage: *Artikel 5 des Washingtoner NATO-Vertrags besagt, dass ein Angriff auf ein NATO-Mitglied als ein Angriff auf alle angesehen würde. Artikel 4 der OVKS lautet ähnlich: „Im Falle einer Aggression – bewaffneter Angriff, der die Sicherheit, Stabilität, territoriale Unversehrtheit und Souveränität eines Mitglieds bedroht – gegen einen der Teilnehmerstaaten werden alle anderen Teilnehmerstaaten auf Ersuchen dieses Staates unverzüglich die erforderliche Hilfe, einschließlich militärischer Hilfe, leisten.“ Ist das nicht jetzt der Fall?*

Sergej Lawrow: Es heißt „auf Ersuchen dieses Staates“. Wir haben niemanden um Hilfe gebeten. Wir glauben, dass wir über alle Mittel verfügen, um die Ziele der militärischen Sonderoperation umzusetzen und den Krieg zu beenden, den der Westen mit Hilfe des ukrainischen Regimes nach dem Staatsstreich beginnen ließ.

Wir können sehen, dass es die NATO ist, die uns bekämpft. All diese Worte, dieses Mantra, die Ukraine „nur“ mit Waffen zu versorgen, sind nur lächerlich. Experten zufolge würden die Ukrainer selbst nach einer ein- bis zweimonatigen Schulung nicht in der Lage sein, die bereits teilweise gelieferten Waffen zu benutzen, geschweige denn die angekündigten. Es handelt sich um hochentwickelte Systeme, für deren Einsatz die Ukrainer in absehbarer Zeit nicht ausgebildet werden können. Wenn die NATO solche Systeme liefert, dann müssten diese Waffen höchstwahrscheinlich von Kampfmannschaften begleitet werden. Diese hätten sich von der Armee zu „verabschieden“ und würden dann als Söldner mit den entsprechenden Papieren ausgerüstet. Aber Russland wird alle Fragen selbst lösen. Wir haben nicht darum gebeten. Ich werde jetzt nicht die Gründe analysieren, warum wir es nicht getan haben. Wir brauchen keine Hilfe.

Die OVKS reagierte innerhalb von 24 Stunden auf das Ersuchen des kasachischen Präsidenten Kassym-Schomart Toqajew um Hilfe bei der Stabilisierung der Lage im Januar 2022, als es zu einem von außen angestifteten Gewaltausbruch und zu Versuchen kam, staatliche Gebäude zu besetzen.

Da Armenien und Aserbaidschan weiterhin nach Wegen zur Stabilisierung des Kaukasus suchen, war auch die OVKS bereit zu helfen: Nach dem Aufflammen von Gewalt im September 2022, bei dem auf beiden Seiten etwa 300 Menschen getötet wurden, erhielten wir ein Ersuchen aus Eriwan [Hauptstadt Armeniens]. Der Generalsekretär der OVKS und ein Expertenteam reisten an die Grenze und brachten einen Plan für die Entsendung einer OVKS-Mission in die an Aserbaidschan grenzende Region Armeniens mit. Dieser Plan wurde schon vor langer Zeit fertig gestellt, aber die armenische Seite hatte uns nie darum gebeten, die Dinge zu beschleunigen.

Der Text des entsprechenden Beschlusses wurde auf dem Gipfeltreffen in Eriwan fertiggestellt, aber unsere armenischen Kollegen sagten, sie würden ihn nur akzeptieren, wenn das Vorgehen Aserbaidschans kategorisch verurteilt würde. Nicht alle waren bereit dazu. Nicht nur, weil sie jemanden schützen oder Armenien nicht unterstützen wollen. Der Krieg in Karabach geht über Jahrzehnte zurück: Armenien hat sieben Bezirke Aserbaidschans über viele Jahre hinweg besetzt. Russland hat zahlreiche Optionen vorgeschlagen. Die frühere armenische Führung akzeptierte sie nicht und beanspruchte Gebiete, die sie nie zuvor beansprucht hatte. Aserbaidschan verzweifelte daran, die Probleme politisch zu lösen, und nahm Gebiete zurück, die ihm gehörten.

Nun haben Armenien, Aserbaidschan und die Europäische Union ein Dokument unterzeichnet, in dem sie sich bereit erklären, einen Friedensvertrag zu den in der Erklärung von Alma-Ata vom Dezember 1991 festgelegten Bedingungen zu unterzeichnen. In diesem Dokument heißt es: Die Grenzen zwischen den neuen unabhängigen Staaten werden entlang der Verwaltungsgrenzen der ehemaligen Republiken der Sowjetunion, einschließlich Armeniens und Aserbaidschans, zu denen auch das Autonome Gebiet Berg-Karabach gehört, festgelegt.

Diese Situation ist vielschichtig. Ich halte es für eine wichtige Errungenschaft, dass die OVKS einen Plan für die Entsendung einer friedenserhaltenden Mission in einer schwierigen Situation ausgearbeitet hat. Dieser Vorschlag liegt noch immer auf dem Tisch. Wenn unsere armenischen Verbündeten und Freunde noch daran interessiert sind, kann die Mission innerhalb von ein oder zwei Tagen entsandt werden.

Frage: *Behalten wir uns möglicherweise die Möglichkeit vor, die Verbündeten der OVKS um Hilfe zu bitten, falls die Aggression gegen Russland eskalieren würde?*

Sergej Lawrow: Es heißt, dass jede Partei dieses Recht hat. Ich habe bereits beantwortet, warum Russland dieses Recht nicht nutzt. Es sollte dies auch in Zukunft nicht tun müssen. Wir sehen keine Notwendigkeit, was die Ausrüstung unserer Streitkräfte und die Art und Weise, wie sie im Raum der speziellen militärischen Operation operiert, betrifft.

Die OVKS entwickelt derzeit auf Initiative Kasachstans friedenserhaltende Fähigkeiten. Einer der Untergeneralsekretäre ist auch für die Friedenssicherung zuständig, und es gibt ein Abkommen über friedenserhaltende Maßnahmen der OVKS (2007).

Wir unsererseits arbeiten an Ergänzungen zu diesem Abkommen, denn es besagt, dass die OVKS-Friedenstruppen nur im Einvernehmen und mit Zustimmung des UN-Sicherheitsrats eingesetzt werden dürfen. Wir halten diese Anforderung für übertrieben, denn ein Ersuchen einer rechtmäßigen Regierung reicht für die Entsendung von OVKS-Friedenstruppen völlig aus. So auch im Januar 2022, während der Unruhen in Kasachstan. Solche Klarstellungen des OVKS-Rechtsrahmens für die Friedenssicherung würden seine Wirksamkeit erhöhen.

Wir sehen die Notwendigkeit einer alliierten Unterstützung bei der außenpolitischen Koordinierung. Nicht immer und nicht über jede Frage stimmen alle OVKS-Mitgliedsländer gleich ab, wenn eine Frage auf die Tagesordnung gesetzt wird, die die grundlegenden Interessen des einen oder anderen Mitglieds berührt. Dies wurde auf dem Rat der Staatschefs und dem Rat der OVKS-Außenminister in Eriwan erörtert. Die außenpolitische Koordinierung nimmt an Bedeutung zu.

Frage: Neulich sprachen sich die beiden ehemaligen polnischen Außenminister Radoslaw Sikorski und Anna Fotyga für eine „Re-Föderalisierung“ Russlands aus. Der ehemalige polnische Präsident Lech Walesa sagte, es sei an der Zeit, mit Russland „endlich ins Reine zu kommen“. Was ist mit Polen los? Spielt es eine besondere Rolle wie am Vorabend des Zweiten Weltkriegs? Möchte unser böse Nachbar alle gegen uns aufbringen?



Karte des „Free Nation of Russia Forums“ mit Konferenzen in Polen und Tschechien. So bereitet der Westen Zerschlagung Russlands vor – Anmerkung der UM-Redaktion

Sergej Lawrow: In diesem Zusammenhang gibt es viele Dinge zu besprechen. Polen hat eine schwierige Geschichte mit viel Schmerz und nicht minder morbiden Ambitionen, die deutlich zeigen, dass ein gewisser Teil der Elite immer noch expansionistische Pläne hegt, wie die Drei-Meere-Initiative, Anspielungen auf die heutige Westukraine und Russophobie.

Radoslaw Sikorski hat eng mit uns zusammengearbeitet. Er gehört nicht zum Lager der Russland-Bewunderer, sondern ist ein pragmatischer und erfahrener Politiker. Er tut kaum etwas, was nicht kalkuliert ist. Jetzt, wo er Mitglied des Europäischen Parlaments ist, hat er mehr Spielraum. Nach der Explosion an der Nord-Stream-Pipeline twitterte er: „Danke, USA!“ Dieser Tweet wurde später entfernt, aber es gibt viele Beweise. Wir haben gut mit ihm zusammengearbeitet. Damals gab es eine von den Außenministern geleitete gemeinsame Kommission, der die stellvertretenden Minister der meisten anderen Behörden angehörten und die „Mini“-Konsultationen zwischen den Ländern durchführte. Es gab auch eine Kommission von Historikern. Man kann es heute kaum glauben, aber sie haben gemeinsam Lehrbücher geschrieben. Einige Kapitel wurden gemeinsam verfasst, und wo die Meinungen auseinandergingen, wurden zwei Versionen gedruckt. Es war ein Dialog, eine Plattform, auf der man sich ständig austauschte, und es entstand zwangsläufig ein zusätzliches Maß an Vertrauen. Jetzt ist das nicht mehr der Fall.

Es gibt einen Vorschlag von Anna Fotyga und eine Erklärung von Lech Walesa, dass Russland „*entkolonialisiert*“ werden muss – sie haben sogar diesen Begriff dafür geprägt. Es ist immer wieder die Rede von einigen unangenehmen und undurchsichtigen Vertretern der Nogai-Volksgruppen, die in der Region Astrachan einen unabhängigen Staat gründen wollen. Auch im Leningrader Gebiet gibt es jetzt einige „*einheimische*“ Bewohner. Auf diese Weise werden bestimmte kleine Völker ermuntert, indem man ihnen vorgaukelt, sie würden von Russland diskriminiert, obwohl es genau andersherum ist: Sie können ihre Sprachen sprechen und leben nicht in Reservaten wie in den Vereinigten Staaten oder Kanada, wo sie, wie sich herausstellte, brutal getötet wurden.

Gleichzeitig wird gesagt, dass wir einfach „zu groß“ wären. Sie zitierten Madeleine Albright, die sagte, dass „Russland groß ist“, aber dann nahmen sie es zurück: Sie mag das nicht gesagt haben, aber es ist eine Tatsache, dass es viele Menschen in den Vereinigten Staaten und Europa gibt, die so denken und diese Botschaft auf die eine oder andere Weise austreuen. Das ist eine Schande. Wir hatten einen umfassenden Mechanismus der Beziehungen zu Polen.

Es gibt noch eine weitere Sache, denn sie müssten sich zuletzt „*mit Russland auseinandersetzen*“. Was ist das anderes als ein Aufruf, die russische Frage endlich zu lösen? Ich habe vor kurzem die Vordenker aus Hitlerdeutschland zitiert, die sich um die endgültige Lösung der Judenfrage bemühten. Fast das gesamte von den USA geführte Europa hat sich gegen uns versammelt, und es werden verschiedene Slogans vorgebracht, der jetzigen Generation. Vielleicht nicht in Gaskammern, aber doch so, dass Russland aufhört, als Großmacht zu existieren, es in den Hintergrund rückt und seine Wirtschaft degradiert würde.

Korrupte Politiker begannen zu behaupten, dass meine Vergleiche die Opfer des Holocaust beleidigten. Das kann nur eines bedeuten: Sie befinden sich in der Defensive. Sie haben keine Argumente. Ich habe die Opfer des Holocaust nicht beleidigt. Wir ehren sie, halten Veranstaltungen ab und laden alle ein, die auf die eine oder andere Weise an den historischen Ereignissen beteiligt sind.

Anders als die Polen, die uns schon vor der militärischen Sonderaktion nicht eingeladen haben, auf einer Veranstaltung zur Befreiung von Auschwitz zu sprechen. Wir haben nur

gesagt, dass das Gedenken an die Opfer des Holocaust niemanden davon entbindet, heute Anstrengungen zu unternehmen, damit die Erinnerung das Aufkommen neuer Nazi-Bewegungen verhindere: Wir erleben dies in der Ukraine, in Estland und in Lettland, wo neonazistisches Gedankengut und neonazistische Praktiken wiederbelebt werden.



Gebiete der Nogaier in hellblau – Quelle: Wikipedia; I, Pmx, CC BY-SA 3.0 <creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/>;, via Wikimedia Commons

Frage: Die EU wird Anfang Februar einen Gipfel abhalten. Russland ist kein EU-Mitgliedstaat, aber wir sind Nachbarn auf dem Kontinent, und die Tagesordnung, die dort

besprochen wird, ist für uns nicht gleichgültig. Welche Tagesordnungspunkte würden Sie als guter Nachbar vorschlagen?

Sergej Lawrow: Ich verfolge die EU-Gipfel nicht mehr.

Guerre en Ukraine : Lech Walesa suggère de «ramener» la Russie à «moins de 50 millions d'habitants»

Par **Le Figaro**

Publié le 10/07/2022 à 08:51, mis à jour le 15/07/2022 à 15:30



Écouter cet article

00:00/02:40



L'ancien Président de Pologne de 1990 à 1995 et fondateur du mouvement Solidarnosc, lors d'une manifestation pro-Union européenne à Gdansk dans le nord de la Pologne le 10 octobre 2021. MATEUSZ SLODKOWSKI / AFP

Lech Walesa im Figaro 10/07/2022: Russland auf 50 Millionen zurückführen!
Quelle [Le Figaro](https://www.lefigaro.fr) |

[Anm. AWR: Verknüpfung „Écouter cet article“ auch im UM nicht zu aktivieren]

Frage: Sie werden zusammenkommen und sich wieder fragen: „Wer sind wir, was ist zu tun, und wohin gehen wir?“

Sergej Lawrow: Die Europäer kannibalisieren sich selbst. Es ist angekündigt worden, wer die Entscheidung treffen werde. Sie haben die *Gemeinsame Erklärung* über die Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO unterzeichnet, in der sie sich verpflichten, der NATO alles zu liefern, was sie will, einschließlich des Territoriums von Nicht-NATO-Ländern, falls sie Waffen jeglicher Art näher an die russischen Grenzen verlegen müssten. All dies ist schwarz auf weiß festgelegt.

Seite E 398 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

Olaf Scholz hat neulich zu Protokoll gegeben, dass die Sicherheit Europas allein von den Vereinigten Staaten abhängt. Es macht keinen Sinn, dass die EU Washington bittet, die europäische Wirtschaft und Industrie zu schonen oder bei den Subventionen für Unternehmen auf US-Territorium großzügig zu sein.

Wie der französische Wirtschaftsminister Bruno Le Maire vor einiger Zeit sagte, sind die Stromkosten für Unternehmen in Europa derzeit viermal so hoch wie in den Vereinigten Staaten. Präsident Emmanuel Macron erklärte, man werde Washington dazu drängen, Anpassungen vorzunehmen und Rabatte oder Ausnahmen zu gewähren. Ich denke, das werden sie versuchen.

Frage: *Er war bereits mit dem Hut in der Hand dort: Sie haben nichts getan!*

Sergej Lawrow: Deshalb interessiert es mich nicht besonders, was die EU bespricht. Ich habe gehört, dass sie Vladimir Zelenskyj einladen wollen. Ich weiß nicht, ob dies per Videokonferenz oder live geschehen wird. Sie werden es uns später mitteilen.

Sie haben die Entscheidung schon vor geraumer Zeit getroffen und sind nun dabei, Zelenskyj zu einem Symbol für den Kampf der Demokratie gegen die Autokratie zu machen. Das ist genau das gleiche Schwarz-Weiß-Bild einer Welt, wie es unter anderem von den Amerikanern propagiert wird.

Der zweite *Gipfel für Demokratie*, den sie für Ende März dieses Jahres einberufen, wird eine einfache Aufgabe formulieren: Alle Demokraten müssen gegen alle Autokraten kämpfen, wobei Russland, China, Iran, Nordkorea, Syrien und Venezuela als Autokraten gebrandmarkt werden sollen. Das sind alle Länder, die sich weigern, den Forderungen des Westens nachzukommen. Wenn Sie sich die Liste der Eingeladenen zum ersten Gipfel ansehen, ergibt sich ein recht interessantes Bild. Darauf stehen Länder – ich will niemandem zu nahe treten -, die die Amerikaner selbst noch nie als demokratisch eingestuft hatten.

Gegenwärtig versucht dieses „*revolutionäre*“ Team, das den Gipfel der „*Demokratien*“ einberuft, soweit wir wissen, einen Beschlussentwurf auszuarbeiten, in dem die Philosophie „*Demokratien gegen Autokratien*“ propagiert und in die Praxis umgesetzt werden soll. Die Idee ist, zumindest in diesem Stadium, soweit wir wissen, dass die Demokratien ihre Forderungen an die Autokratien inkl. eigene Rechte formulieren, um diese als Druckmittel zur Unterstützung über den Kopf der autokratischen Regierungen hinweg an die von diesen Regierungen vermeintlich „*unterdrückten*“ Nationen zu vermitteln.

Das hätte ich vor einem Jahr oder gar zwei Jahren nicht glauben können. Heute wird es ernsthaft diskutiert. Ihr Plan besteht im Wesentlichen darin, sich dieselben Rechte anzumaßen, die sie gerne hätten, indem sie auf Biegen und Brechen und unter Verstoß gegen die Geschäftsordnung die Idee durchsetzen, ein Tribunal gegen Russland zu errichten und von Russland Reparationen zu verlangen. All dies ist ein grober Verstoß gegen das Völkerrecht. Aber das ist ihnen ja nicht fremd. Sie haben mit einem Fingerschnippen alle ihre Prinzipien über Bord geworfen, Prinzipien wie die Unverletzlichkeit des Privateigentums, die Unschuldsvermutung, den Wettbewerb nach Treu und Glauben, die Marktmechanismen etc. – alles, was sie jahrzehntelang im Rahmen des Globalisierungspakets kultiviert und anderen aufgezwungen haben. All das wurde gestrichen, nachdem es notwendig schien, die Russische Föderation bestrafen zu wollen.

Dass dies nicht funktioniert hat, ist eine andere Sache. Allein die Tatsache, dass die Amerikaner zu diesen illegalen Methoden gegriffen haben, macht alle misstrauisch. Die

Seite E 399 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

derzeitige Diskussion über den Übergang zu nationalen Währungen kommt nicht von ungefähr. Wer weiß, auf welcher Seite des Bettes der US-Präsident morgen aufwachen wird oder wen er dann als „*unsympathisch*“ empfinden könnte.

Die Präsidenten von Brasilien und Argentinien haben bereits die Möglichkeit der Schaffung einer bilateralen Währung erörtert. Dann gingen sie noch weiter und schlugen vor, über eine Währung für alle lateinamerikanischen und karibischen Staaten nachzudenken. Luiz Inacio Lula da Silva schlug vor, dasselbe innerhalb der BRICS zu diskutieren. Dies ist bereits ein globaler und kein regionaler Ansatz für die Frage, was mit dem Währungssystem in einer Situation geschehen soll, in der die Amerikaner mit ihrem Dollar jede nur denkbare Ungerechtigkeit begehen.

Dieser Prozess ist bereits im Gange. Saudi-Arabien verkauft sein Öl in RMB an China. Russland ist dabei, den Anteil der nationalen Währungen im Handel mit seinen wichtigsten Partnern auf 50 Prozent zu erhöhen. Und der Prozess geht weiter und weiter.

Frage: *Eine Frage zu China. Die Beziehungen zu Peking machen rasche Fortschritte. Wir sind dabei, mit der VR China eine neue Weltordnung aufzubauen. Welche Berührungspunkte könnten wir haben? Oder gibt es vielleicht sogar einige Risiken? Es ist immer gefährlich, mit einem Riesen zu tanzen. Er könnte einem auf die Füße treten. Sind die Beziehungen zu China mit gewissen Risiken behaftet?*

Sergej Lawrow: „*Berührungspunkte*“ scheint eine sehr bescheidene Beschreibung unserer bilateralen Beziehungen. In unseren Erklärungen heißt es, dass wir zwar kein Militärbündnis gründen werden, dass diese Beziehungen aber über Militärbündnisse im klassischen Sinne dieses Wortes hinausgehen, weil es keine Einschränkungen, Grenzen oder Tabuthemen gibt. Besagte Beziehungen sind die besten in der gesamten Geschichte der UdSSR, der VR China und der Russischen Föderation.

Unser gemeinsames Interesse besteht in erster Linie darin, dass wir uns gemäß unseren nationalen Plänen entwickeln können, in Übereinstimmung mit den Normen des internationalen Handels (zum Teil gemäß WTO-Normen) und dem vom Westen geschaffenen System: den Bretton-Woods-Institutionen, dem IWF und der Weltbank. Als wir diesen Institutionen beitraten, gab es bestimmte Regeln, die wir akzeptierten. Es hat 17 Jahre gedauert, bis wir der WTO beigetreten sind. Wir akzeptierten die Regeln, die einen fairen Wettbewerb garantierten.

Jetzt ist auch dies alles zerstört. Die WTO hat die Arbeit des Streitbeilegungsgremiums (Dispute Settlement Body, DSB) blockiert, weil China Amerika auf seinem Gebiet und nach seinen Regeln „*ausgespielt hat*“. China hat jedes Recht, eine Entschädigung zu fordern, und das Streitbeilegungsgremium würde diesen Fall sicherlich zu Chinas Gunsten entscheiden, wenn die Vereinigten Staaten die Arbeit dieses Gremiums zuließen. Die Amerikaner blockieren lediglich die Ernennung neuer Mitglieder des Gremiums für die noch freien Stellen. Es gibt kein Quorum. Dies ist ein rein bürokratischer Ansatz, ein „*sowjetischer Parteiansatz*“ im schlimmsten Sinne. Das geht nun schon seit vielen Jahren so. Weil China alle Streitigkeiten mit den USA gewonnen hat, hat die USA die WTO-Reform ins Leben gerufen, nachdem sie öffentlich verkündet hatten, dass sie sich auf die Interessen der USA und der EU stützen sollte. Ganz einfach: Anderen wird ihr Platz zugewiesen und gesagt, wie sie sich zu verhalten hätten!

Seite E 400 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

Das Gleiche geschieht im Internationalen Währungsfonds. Wenn man die Kriterien anwendet, nach denen der IWF und die Weltbank gegründet wurden, könnten die BRICS-Länder heute eine größere Anzahl von Anteilen und Stimmen für sich beanspruchen, als in der derzeitigen Situation, in der die USA alle Entscheidungen im Alleingang blockieren und auf den Kopf stellen können – eine Situation, die sich eigentlich schon seit einigen Jahren abzeichnete.

Wenn alles gerecht wäre, würden wir den Leitern unseres Wirtschaftsblocks, die über die positiven Aspekte der Globalisierung sprechen, aufmerksamer zuhören. Diese Merkmale gibt es aber nicht mehr. Wir haben das früher erkannt, weil wir die ersten waren, die im Zusammenhang mit dem, was die USA über die Ukraine gegen uns geplant hatten, „*einen Schlag einstecken*“ mussten.

Außerdem sind wir nicht so stark in dieses System eingebunden wie China, was den Handel betrifft. China hat US-Wertpapiere im Wert von 1,5 Billionen Dollar gekauft. Die Tiefe der Verstrickung Chinas in das derzeitige System, kann nicht mit unserer Lage verglichen werden. China ist verpflichtet, Maßnahmen zu ergreifen, um diese Abhängigkeit zu verringern. Daran habe ich keine Zweifel. China hat bereits damit begonnen, diese Schritte einzuleiten. Dafür gibt es zahlreiche Anzeichen. Peking wird mehr Zeit brauchen, um parallele Instrumente und Mechanismen zu schaffen, mit denen es sich gegen die Willkür der USA als Hauptverwalter des weltweiten Währungs-, Finanz- und Handelssystems in dieser Phase zu schützen vermag. Diese Mechanismen und Instrumente sollten jedoch nicht über Nacht entstehen. Andernfalls könnten sie schwerwiegende wirtschaftliche Verwerfungen auslösen, wenn man bedenkt, wie sehr die Volkswirtschaften der USA und Chinas miteinander verflochten sind, wobei Billionen von Dollar auf dem Spiel stünden.

Dieses Thema wird nicht nur diskutiert: Es wird ständig nach Möglichkeiten gesucht, neue Mechanismen zu schaffen. Dieser Prozess führt zu einer Fragmentierung der globalen Mechanismen. Im Moment sind diese Mechanismen noch mit den USA und ihren Satelliten verbunden. Sie sind jedoch nicht mehr global und dienen nur einer Gruppe von Staaten.

Wenn die Länder Lateinamerikas und der Karibik aufgefordert werden, über ihre eigenen Finanzinstrumente nachzudenken, so ist dies eher eine „Regionalisierung“ der Globalisierung.

In unserer Region schlug Präsident Wladimir Putin vor, sich mit den Integrationsprozessen im größeren eurasischen Raum zu befassen. Dazu gehören die EAEU, die ASEAN mit ihren weitreichenden Plänen und die SCO, die neben ihrer Sicherheitsagenda auch gute Verkehrs-, Logistik- und Wirtschaftsaussichten versprechen. An dieser Stelle möchte ich Chinas Seidenstraßeninitiative und das Abkommen über Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Eurasischen Wirtschaftsunion und ihren Mitgliedsländern einerseits und der Volksrepublik China andererseits erwähnen.

Auf dem Russland-ASEAN-Gipfel in Sotschi 2015 schlug Wladimir Putin vor, die Pläne zu harmonisieren, anstatt die Positionen anderer Organisationen den Strukturen aufzuzwingen.

Frage: *Widersprechen sich diese Projekte nicht gegenseitig?*

Sergej Lawrow: Es gibt keine Widersprüche. Die Hauptsache ist, dass Doppelarbeit oder die Verschwendung von Ressourcen vermieden wird. Der Prozess ist bereits in Gang gekommen. Es gibt eine Vereinbarung über die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Eurasischen Wirtschaftskommission und dem Verband Südostasiatischer Nationen

sowie eine Vereinbarung zwischen der Eurasischen Wirtschaftskommission und dem Sekretariat der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit. Die SCO hat auch ein Memorandum mit ASEAN geschlossen.

Präsident Putin schlug vor, den Prozess der Harmonisierung der Integrationsbestrebungen als die Bildung der *Großen Eurasischen Partnerschaft (Greater Eurasian Partnership)* zu bezeichnen. Bereits 2015 gab es die objektive Forderung, nach einer Alternative zur Globalisierung zu suchen, die uns viele Jahre lang aufgezwungen worden war, aber immer noch als mehr oder weniger zufriedenstellendes Arrangement angesehen wird. Die Alternative dazu ist die *Große Eurasische Partnerschaft* als Ausdruck eines Trends zur Regionalisierung globaler Prozesse.

Frage: *Aber wie steht es um die Risiken? Es gibt die weit verbreitete Meinung, dass China so groß ist und wir so klein sind. Es könnte sich etwas ändern, und wir würden mit etwas Unüberwindbarem konfrontiert. Wie berechtigt sind solche Befürchtungen?*

Sergej Lawrow: Man wirft uns auch vor, dass wir groß wären und alle um uns herum beleidigten. Es wird behauptet, dass den ehemaligen Sowjetrepubliken nicht der ihnen gebührende Respekt entgegengebracht würde. Viele werden mit solchen Anschuldigungen kommen. Und es gibt auch viele, die uns mit China Angst einjagen wollen. Meiner Meinung nach handelt es sich dabei um ein Spiel, das darauf abzielt, uns daran zu hindern, zu kooperieren und unsere Positionen in der Wirtschaft oder in internationalen Angelegenheiten zu koordinieren. Es besteht kein Zweifel, dass die von Russland und der VR China unterzeichneten Pläne den Interessen sowohl Moskaus als auch Pekings entsprechen. Sie definieren die Rolle unseres Landes nicht als untergeordnet. Diese Pläne sind für beide Seiten von Vorteil. Sie beschränken sich keineswegs auf Energielieferungen an China. Sie erstrecken sich auch auf den Weltraum, die Kernenergietechnik und viele andere Hochtechnologiebereiche.

Ich möchte daran erinnern, dass der Westen Russland und China als Autarkien und Hauptbedrohung bezeichnet hat. Unser Land stellt eine unmittelbare Gefahr dar, die irgendwie sofort im Keim erstickt werden muss. Ihr Kampf gegen China wird mehr an Zeit verlangen.

Der Westen will, dass China an uns keine Militärhilfe leistet. Das ist ein routinemäßiger Vorwurf auch an die Demokratische Volksrepublik von Korea (DVRK), den Iran und andere Länder in der ganzen Welt. Unsere Verteidigungsindustrie funktioniert. Alles wird gut.

Wir mögen es nicht und halten es für inakzeptabel, wenn auf der internationalen Bühne schamlos Entscheidungen gefördert werden, die nur den USA und ihren Satelliten nützen. Wir werden uns gegen diese Praxis zur Wehr setzen.

Frage: *Hatten Sie Gelegenheit, russischen Whiskey im Rahmen der Importsubstitution zu probieren?*

Sergej Lawrow: Er wurde mir vorgestellt. Wenn ich richtig liege, heißt diese Whiskeymarke *Praskoveiskoye*. Aber ich denke, der Ehrenplatz gehört der Flasche mit der Aufschrift „*Kirgisischer Whiskey*“.

Frage: *Sind Sie für den Frieden?*

Sergej Lawrow: Ich bin für den Frieden ohne Wenn und Aber! Ich kann mich nicht erinnern, aber jemand aus der Antike hat einst gesagt: „*Wenn du Frieden willst, rüste zum Krieg.*“ [„Si

vis pacem para bellum“ – Marcus Tullius Cicero]. Ich teile diese Philosophie nicht. Doch, ich würde es so formulieren: „*Wenn du Frieden willst, sei immer bereit, dich zu verteidigen.*“

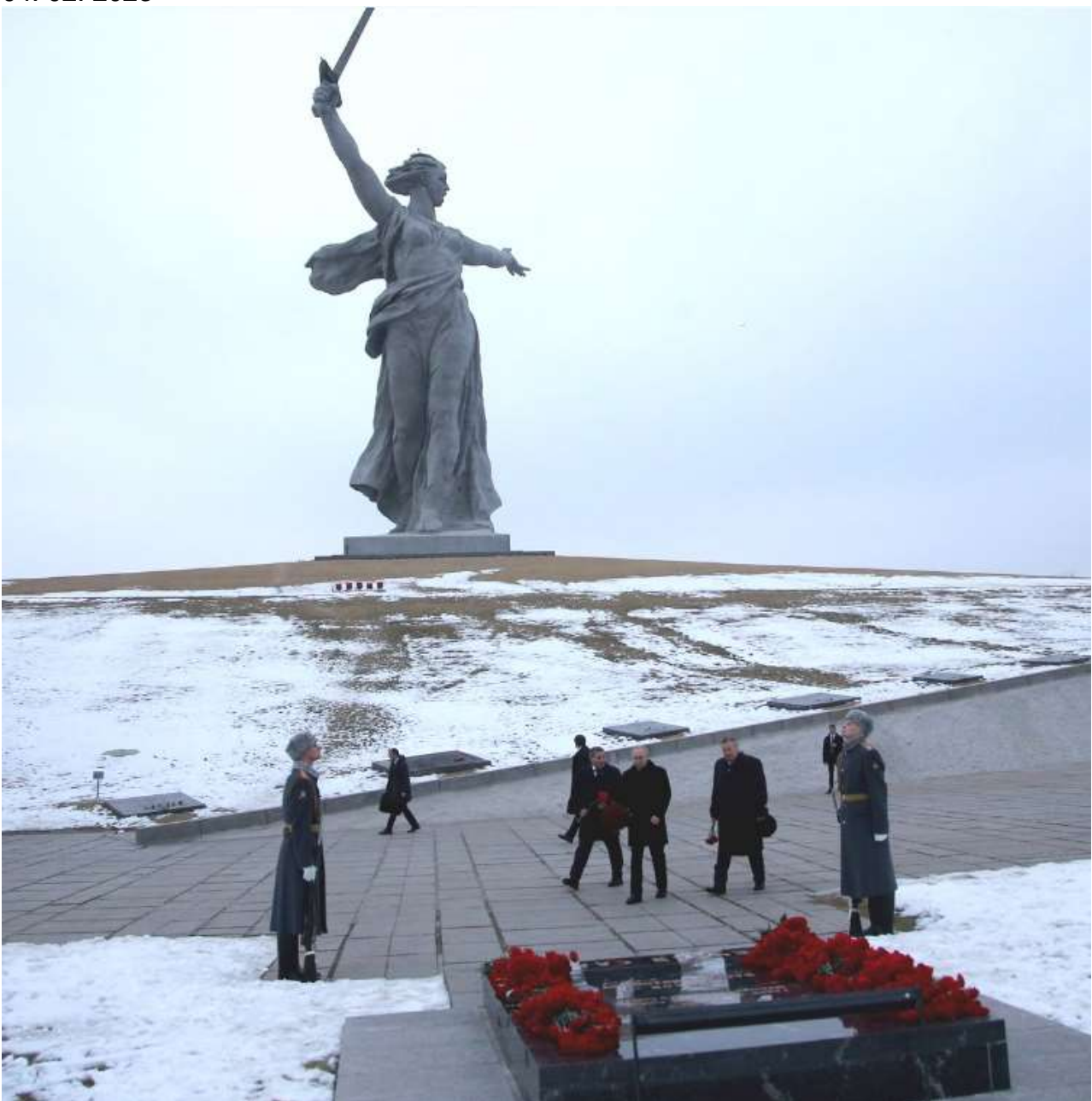
Ich denke, dass wir aus der gegenwärtigen geopolitischen Situation gestärkt hervorgehen werden und in der Lage sein werden, *uns in jeder Situation noch besser zu verteidigen!*

Übersetzung aus dem Russischen – Unser Mitteleuropa

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

28) Wladimir Putin zum 80. Jahrestag des russischen Sieges in Stalingrad

04. 02. 2023



2. Feb. 2023, Wolgograd: Der russische Präsident am Denkmal zur Schlacht um Stalingrad



Präsident Putin legt einen Kranz an der Ewigen Flamme in der Ruhmeshalle nieder und gedenkt mit einer Schweigeminute der gefallenen Soldaten von Stalingrad.

Präsident Wladimir Putin:

Liebe Veteranen und Freunde,

heute gedenken wir eines der wichtigsten und schicksalhaftesten Daten in der Geschichte unseres Landes und der Welt. Vor genau 80 Jahren wurde hier an den Ufern der großen russischen Wolga der verhasste, grausame Feind gestoppt und zum unumkehrbaren Rückzug gezwungen, nachdem die lange, harte und erbitterte Schlacht um Stalingrad (17. Juli 1942 – 2. Feb. 1943) geschlagen war.

Dabei ging es nicht nur um eine Stadt, sondern um die Existenz eines gepeinigten, aber unbesiegt gebliebenen Landes und um den Ausgang nicht nur des Großen Vaterländischen Krieges, sondern des gesamten Zweiten Weltkrieges. Jeder Mensch in den Schützengraben und an der Heimatfront spürte und verstand dies. Und so haben wir uns, wie sehr oft in unserer Geschichte, in der entscheidenden Schlacht vereint und den Sieg davongetragen.

Die Schlacht von Stalingrad ist zu Recht als Wendepunkt des Großen Vaterländischen Krieges in die Geschichte eingegangen. Neben der Niederlage der größten Armeegruppe der Wehrmacht und ihrer Satelliten, konnte auch der Wille der gesamten Hitler-Koalition gebrochen werden. Die europäischen Vasallen und Komplizen Nazideutschlands, von denen viele in Stalingrad kämpften und die praktisch alle Länder des unterworfenen Europas repräsentierten, suchten fieberhaft nach Möglichkeiten, zu fliehen, sich der Verantwortung

zu entziehen und die Schuld auf ihre vormaligen Herren abzuwälzen. Jeder erkannte, was das sowjetische Volk von Anfang an gewusst hatte, dass die Pläne der Nazis zur Zerstörung unseres Landes sowie die Nazi-Ideen zur Weltherrschaft zum Scheitern verurteilt waren.

Über 200 Tage kämpften in Stalingrad zwei Armeen bis zum Tode inmitten der Ruinen dieser legendären Stadt. Jene Armee, die den stärkeren Willen besaß, hatte sich durchgesetzt. Der erbitterte Widerstand unserer Soldaten und ihrer Befehlshaber, der das Menschenmögliche überstieg, lässt sich nur mit ihrer Loyalität gegenüber dem Vaterland im festen, absoluten Glauben, dass sich die Wahrheit auf unserer Seite befand, verstehen und nachvollziehen. Die Bereitschaft, für das Vaterland und die Wahrheit über sich hinauszuwachsen, das Unmögliche zu tun, war und wird immer im Blut und Charakter unseres Vielvölkerstaates zu finden sein. Das ist es, was den Nazismus besiegt hatte.



Auswahl von Standarten der an der Schlacht beteiligten Einheiten der Roten Armee

Stalingrad wurde für immer zum Symbol für die Unbesiegbarkeit unseres Volkes und für die besondere Kraft des Lebens. Diese Stadt, ihre Vororte und umliegenden Dörfer mussten von Grund auf neu aufgebaut werden, da im Februar 1943 kaum ein Baum oder Gebäude in der Stadt stehen geblieben war. Das außergewöhnliche Durchhaltevermögen und die Selbstaufopferung der Verteidiger und Bewohner von Stalingrad bewegen noch heute unser Innerstes und rufen in uns Gefühle tiefster Dankbarkeit und Ehrerbietung hervor. Es ist unsere moralische Pflicht – in erster Linie gegenüber den siegreichen Soldaten -, die Erinnerung an diesen Heldenmut in Ehren zu halten, ihn an die nächsten Generationen weiterzureichen, doch nicht zuzulassen, dass jemand die Rolle der Schlacht um Stalingrad mit den Sieg über den Nationalsozialismus und der Befreiung der ganzen Welt von diesem monströsen Übel entwertet oder verfälscht.

Leider müssen wir heute feststellen, dass die Ideologie des Nazismus – diesmal in einem modernen Gewand – einmal mehr zu einer direkten Bedrohung gegen unsere nationale Sicherheit wurde und wir immer wieder gezwungen werden, der Aggression des kollektiven Westens zu widerstehen.

So unglaublich es auch klingen mag, es ist eine Tatsache, dass wir von deutschen Leopard-Panzern mit Balken-Kreuzen einmal mehr bedroht werden. Es gibt wieder einen Plan, Russland auf ukrainischem Boden von Hitlers Nachfolgern, den „Banderisten“ (Hilfswilligen der Waffen-SS-Division „Galizien“ mit ihren Bataillonen „Nachtigall“ oder „Roland“, die für ihre Kriegsverbrechen berühmt waren – Anmerkung der Redaktion), zu bekämpfen.

Wir wissen, dass wir trotz der Bemühungen offizieller Stellen und einer pervertierten Propaganda uns feindlich gesinnter westlicher Eliten, viele Freunde in der ganzen Welt, einschließlich Süd-, Mittel- und Nordamerika und Europa, erhalten haben.

Doch diejenigen, welche europäische Länder, einschließlich Deutschland, in einen neuen Krieg gegen Russland hineinziehen, und vor allem diejenigen, die in unverantwortlicher Weise von vollendeten Tatsachen sprechen und hoffen, Russland auf dem Schlachtfeld

Seite E 405 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

besiegen zu können, verstehen offenbar nicht, dass ein moderner Krieg gegen Russland für sie ein völlig anderer Krieg sein wird: Wir schicken unsere Panzer nicht an ihre Grenzen, aber wir haben etwas, womit wir antworten können, und das beschränkt sich nicht auf den Einsatz von Panzern. Das muss jedem klar sein.

Offensichtlich verstehen diejenigen, die uns bedrohen, eine einfache Wahrheit nicht: Wir alle, unser ganzes Volk, sind am Schoß unserer Mütter aufgewachsen und haben die Traditionen unseres Volkes in uns aufgenommen und Generationen der Sieger, die unser Land mit harter Arbeit, Schweiß und Blut aufbauten, haben uns dies als Erbe weitergegeben.

Die Tapferkeit der Verteidiger von Stalingrad ist die wichtigste moralische und ethische Richtschnur für die russische Armee und für uns alle. Unsere Soldaten und Offiziere sind diesen Grundsätzen treu ergeben. Die Kontinuität der Generationen, Werte und Traditionen sind das, was Russland auszeichnet, was uns stark und selbstbewusst macht, was uns an unser Recht und an unseren Sieg glauben lässt.

Ich gratuliere allen hier Anwesenden, allen Verteidigern des Vaterlandes, allen Russen und Landsleuten im Ausland herzlich zum 80. Jahrestag des Sieges in der Schlacht um Stalingrad. Alles Gute zum Jahrestag.

Herzlichen Glückwunsch zum Triumph des Lebens und der Gerechtigkeit.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.



Übersetzung aus dem Russischen UNSER MITTELEUROPA

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

29) USA verlangt – Türkei muss „Russlandflüge“ verbieten

29. 01. 2023



Aus Europa hat man mittlerweile nur noch die Möglichkeit über Istanbul (oder Belgrad) nach Russland zu fliegen. Dies ist nun offenbar den USA ein Dorn im Auge.

So verlangt man nun von der Türkei eine Einstellung dieser Flugverbindungen.

Auch für Russland wichtige Transit-Destination

Seitdem der Luftraum vieler Länder für russische Airlines geschlossen wurde, ist die Türkei auch für viele Russen ein wichtiges Reise- und Transitziel.

Laut einem Bericht übt Washington nun Druck aus, damit russische Maschinen nicht auf türkischen Flughäfen landen dürfen.

Das *Wall Street Journal* berichtete am 26. Januar, unter Berufung auf US-Beamte, dass Washington Druck auf Ankara ausübe, damit russische Fluggesellschaften mit, in den USA hergestellten Flugzeugen, die Türkei nicht mehr anfliegen dürften.

Zudem sollten Flugzeuge russischer Airlines nicht mehr mit Ersatzteilen amerikanischer Herkunft versorgt werden können.

Haftstrafen für Betankung russischer Flugzeuge angedroht

Demnach sollen hochrangige US-Beamte den NATO-Partner Türkei im vergangenen Monat gewarnt haben, dass türkischen Bürgern unter anderem Geld- und Haftstrafen drohen, falls sie solche Maschinen, die von und nach Russland und Weißrussland fliegen, betanken.

Seite E 407 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

Die stellvertretende Handelsministerin Thea Rozman Kandler soll die Botschaft während ihres Türkei-Besuchs im Dezember übermittelt haben. Die Warnung ist offenbar ein weiterer Versuch der USA, den Sanktionsdruck auf Russland zu erhöhen und das Land langfristig zu isolieren. Bekannterweise ist den USA dabei ja jegliches Mittel recht.

Nach Angaben von Cirium, einem Unternehmen mit Spezialisierung auf Analysen für die Luftfahrtbranche, haben russische und weißrussische Fluggesellschaften, darunter die staatliche Aeroflot, seit Oktober 2022 mehr als 2.100 Flüge in die Türkei mit, in den USA gebauten Flugzeugen, darunter die Boeing 777, 757 und 737, durchgeführt.

Am 27. Januar berichtete die russische Agentur *RIA Nowosti* mit Verweis auf ihre Quellen, dass türkische Flughäfen und Fluggesellschaften noch nichts über ein derartiges Verbot wüssten.

„Es gab keine derartigen Anweisungen. Der Betrieb läuft wie gewohnt weiter“, sagte ein türkischer Gesprächspartner. Das türkische Ministerium für Verkehr und Infrastruktur erklärte seinerseits, die entsprechenden Informationen würden geprüft.

Nach Kriegsbeginn in der Ukraine verhängten die westlichen Länder harte Sanktionen gegen Moskau. Unter anderem wurde die zivile Luftfahrt in Mitleidenschaft gezogen. So stellten Airbus und Boeing ihre Lieferungen an russische Fluggesellschaften ein. Die EU, die USA, Kanada und eine Reihe weiterer Länder haben den Luftraum für russische Flugzeuge gesperrt, woraufhin Russland mit Spiegelmaßnahmen reagierte.

Die Türkei hingegen blieb bis dato offen für russische Touristen und betonte mehrmals, den Flugverkehr mit Russland nicht einstellen zu wollen. Damit wurde das Land zu einem wichtigen Reise- und Transitziel für viele russische Bürger.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Keine Berichte!

Türkei (Seiten E 409)

01) Nach ungarischem legt auch türkischer Außenminister gegen USA nach:
„Jeder Botschafter plante Umsturz im Land“

05. 02. 2023



Quelle: MTI

[Nach der herben Kritik des ungarischen Außenministers](#) Péter Szijjártó am ungarischen US-Botschafter, nachdem dieser sich in die inneren Angelegenheiten des Landes einmischte, legte nahezu zeitgleich auch der türkische Außenminister Mevlut Cavusoglu nach. Und auch dieser attackierte den US-Botschafter in seinem Land. Damit reagierte Cavusoglu auf die Tatsache, dass einige Länder, darunter die USA, in der Türkei ihre Konsulate aus „Sicherheitsgründen“ geschlossen haben.

Jeder US-Botschafter plante Umsturz in Türkei

[Minister Cavusoglu sagte](#): „Wenn sie zu diesen Methoden greifen, ohne konkrete Informationen und Dokumente weiterzugeben, werden wir weitere Schritte unternehmen. Diese Botschaft haben wir ihnen übermittelt“. Hintergrund ist, dass die USA keinerlei Begründung für die Sicherheitswarnungen bekannt gaben, jedoch einige andere Staaten mitzogen.

„Wenn es eine terroristische Bedrohung gibt, sollten sie uns dann nicht sagen, woher diese Bedrohung kommt?“, fragte der Chefdiplomat. Besonders Verbündete sollten untereinander auf Sicherheitsbedrohungen hinweisen, fügte er hinzu.

Innenminister Süleyman Soyly äußerte sich ebenfalls mit scharfen Worten zu diesem Thema. Amerika war sein Ziel. „Jeder amerikanische Botschafter, der in die Türkei kommt, hat es eilig: ‚Wie kann ich in der Türkei einen Putsch machen?‘“, sagte er.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Moldau (Seiten E 410 – E 412)

02) Russland warnt erneut vor Eskalation in Transnistrien – Moldau kontert

Aktualisiert am 25.02.2023, 08:53 Uhr



Ein Schild mit Hammer und Sichel steht in Tiraspol im Separatistengebiet Transnistrien.
© Hannah Wagner/dpa

Russland warnt erneut vor Eskalation in Transnistrien – Moldau kontert

Aktualisiert am 25.02.2023, 08:53 Uhr

- **Russland rechnet angeblich mit militärischen Provokationen vonseiten der Ukraine.**
- **Der Vorwurf: Das prorussische Gebiet Transnistrien in der Republik Moldau werde bedroht.**
- **Moldau weist die Behauptungen strikt zurück.**

[Mehr News zum Krieg in der Ukraine](#)

Russland hat seine Warnungen vor angeblichen militärischen Provokationen durch die [Ukraine](#) im abtrünnigen und prorussisch geführten Gebiet Transnistrien im Nachbarland Moldau bekräftigt. In einer Mitteilung vom Freitag warnte das russische Außenministerium auch die [USA](#) und andere Nato-Staaten vor "riskanten Schritten".

Zugleich drohte es: "Niemand sollte daran zweifeln, dass die Streitkräfte der Russischen Föderation angemessen auf die Provokation des Kiewer Regimes reagieren werden, falls es dennoch zu einer solchen kommt."

[Russland](#) garantiere die Verteidigung der russischen "Landsleute, des russischen Friedenskontingents und der Militäranlagen" in Transnistrien, erklärte das Außenministerium in [Moskau](#). Jegliches Vorgehen, das eine Bedrohung für sie sei, werde als Angriff auf Russland gewertet. Das Außenministerium wiederholte auch den russischen Vorwurf, die Ukraine würde "eine große Zahl" Soldaten und Waffen an der Grenze stationieren.

Russland warnt auch die USA und die Nato-Mitgliedsstaaten

"Wir warnen die USA, die Nato-Mitgliedsstaaten und ihre ukrainischen Schützlinge vor jeglichen abenteuerlichen Initiativen", teilte das russische Außenministerium in seiner an den Kalten Krieg erinnernden Erklärung weiter mit. Die Ukraine habe die Vorbereitungen für eine Invasion beschleunigt.

Schon am Donnerstag hatten [russische Militärs von einem möglichen Vorgehen der Ukraine](#) gegen das knapp eine halbe Million Einwohner zählende Transnistrien gesprochen, ohne dafür Belege vorzuweisen.

Moldau weist "direkte Bedrohung" Transnistriens durch die Ukraine zurück

Moldau wies die Vorwürfe zurück, dass die Ukraine eine Invasion in die von Russland unterstützte, abtrünnige Region Transnistrien vorbereite. Es gebe keinerlei "Bedrohungen für die militärische Sicherheit" Transnistriens, teilte das Verteidigungsministerium der in die [EU](#) strebenden Ex-Sowjetrepublik am Freitag mit.

"Das Verteidigungsministerium überwacht alle Ereignisse, Vorkommnisse und Veränderungen in der Region", teilte das moldauische Ministerium in Chisinau mit. "Aktuell gibt es keine direkte Bedrohung der militärischen Sicherheit" von Transnistrien.

Die politische Führung um die proeuropäische Präsidentin Maia Sandu hatte zuletzt vor [möglichen Umsturzversuchen in Moldau durch Russland](#) und vor Aktionen unter falscher Flagge gewarnt.

Moldau forderte die Bürger auf, "Ruhe zu bewahren und sich nur aus offiziellen Quellen zu informieren". Das Verteidigungsministerium fügte hinzu: "Die verbreiteten Falschinformationen haben das Ziel, Panik und Konfusion zu verbreiten."

Region Transnistrien ist seit 1990 von Moldau abtrünnig und wird von prorussischen Separatisten kontrolliert

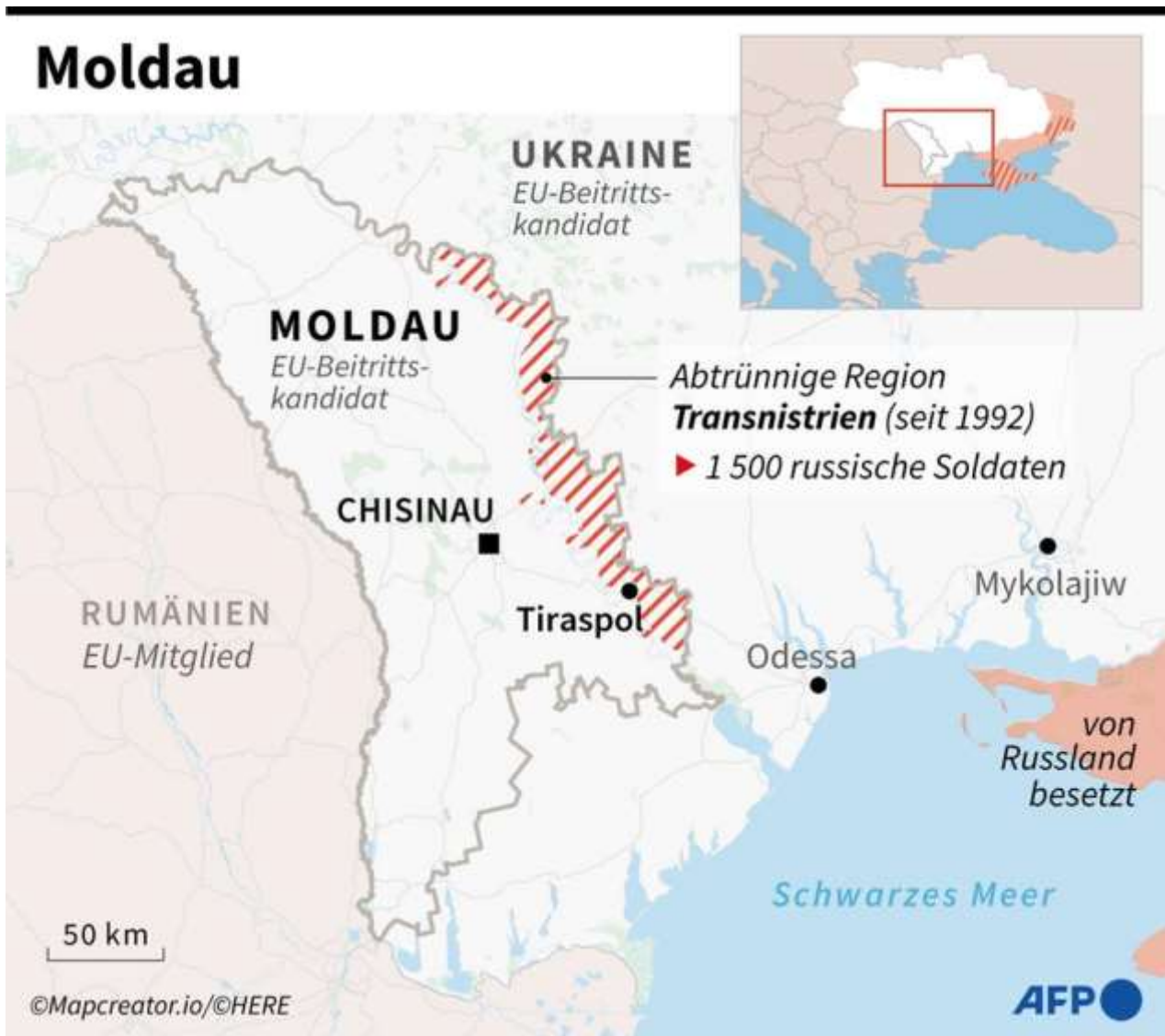
Die Republik Moldau hat 2,6 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner mit einer russischen Minderheit und liegt zwischen Rumänien und der Ukraine. Das Land, das bis 1991 Teil der Sowjetunion war, hat in den vergangenen Jahren eine pro-westliche Wende vollzogen und damit Moskau erzürnt. [2022 wurde Moldau der Status eines EU-Beitrittskandidaten zugesprochen](#).

Die selbsternannte Republik Transnistrien ist ein seit 1990 von Moldau abtrünniger schmaler Landstreifen an der Grenze zur Ukraine, der eine eigene Regierung und Verwaltung hat. In der völkerrechtlich weiter zu Moldau gehörenden, aber von prorussischen Separatisten kontrollierten Region sind rund 1.500 Soldaten der russischen Armee stationiert. Die Bevölkerung in Transnistrien ist teils ukrainisch, teils russisch und teils moldauisch.

Seit dem russischen Einmarsch in der Ukraine besteht in Chisinau und bei seinen westlichen Partnerstaaten die Sorge, dass Russland auch Moldau als nächstes Ziel angreifen könnte. Erst vor wenigen Tagen hatte die moldauische Präsidentin Maia Sandu Russland vorgeworfen, einen konkreten Umsturzplan voranzutreiben, mit dem ihre Regierung in Chisinau mithilfe von als Demonstranten getarnten Saboteuren gewaltsam gestürzt werden solle.

Sandu sagte, von diesem Plan habe sie durch den ukrainischen Geheimdienst erfahren. Moskau hatte den Vorwurf zurückgewiesen. (afp/dpa/ank)

<https://web.de/magazine/politik/russland-krieg-ukraine/russland-warnt-eskalation-transnistrien-moldau-kontert-37854316>



© AFP

Italien (Seiten E 413 - E 414)

01) Italien ist für Lieferung von Langstreckenraketen an Ukraine

23. 02. 2023



Wie die Zeitung *Corriere della Sera* berichtet, genehmigte Italien die Lieferung von Langstreckenraketen an die Ukraine.

Das italienische Verteidigungsministerium teilte dazu mit, dass die Waffenbestände zwar abnehmen, aber noch Spielraum besteht, um Kiews Ersuchen zu erfüllen.

Meloni als „Enttäuschung“ der europäischen Rechten?

Das siebte militärische Hilfspaket für die Ukraine, an dem die italienischen Behörden derzeit arbeiten, könnte Langstreckenraketen und Drohnen enthalten, wie eine italienische Regierungsquelle der Zeitung [Corriere della Sera erklärte](#).

Welche Art von Ausrüstung Rom nach Kiew liefern wird, werde „nach einer Verhandlungsrunde mit westlichen Partnern“ klar sein, so die Zeitung.

Bislang wurden von den NATO-Ländern bestimmte Waffentypen eben deshalb nicht geliefert, um eine Eskalation des Konflikts zu verhindern. Einer Quelle im parlamentarischen Sicherheitsausschuss Copasir zufolge ist diese Bedingung allerdings „nie ausdrücklich festgelegt worden“, würde jedoch bestehen.

Dem Gesprächspartner des italienischen Verteidigungsministeriums zufolge gibt es, obwohl die Bestände in den Arsenalen abnehmen und die Reserve für die Landesverteidigung nicht angetastet werden könne, „immer noch die Möglichkeit, die Anfragen der Ukraine nach Waffen zu erfüllen“.

Seite E 414 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

Mit einer scheinbar „aktiven Eskalationsunterstützung“ des Ukraine-Konfliktes dürfte sich Giorgia Meloni, ebenso wie mit ihrer „EU konformen“ Aussage, die Rede Putins an die Nation wäre „reine Propaganda“, unter den „europäischen Rechten“ wohl erneut keine Freunde gemacht haben.

Flugabwehr-Raketen „gemeinsam mit Frankreich“

Am 15. Februar hatte der italienische Außenminister Antonio Tajani mitgeteilt, dass die Behörden kein neues Hilfspaket für die Ukraine vorbereiten würden, sondern vielmehr mit Frankreich zusammenarbeiten würden, um das Flugabwehrraketensystem SAMP-T so schnell wie möglich nach Kiew zu bringen.

Er hatte auch betont, dass Rom Kiew im Konflikt mit Moskau voll und ganz unterstütze, was aber nicht bedeute, dass Italien Waffen für einen Angriff auf Russland schicken werde. Zwei Tage später bekräftigte der Minister, dass die Waffen, die nach Kiew geliefert werden, ausschließlich der Verteidigung dienen würden und Rom keine „militärischen Instrumente für Angriffe außerhalb des ukrainischen Territoriums“ schicken werde.

Die Frage die sich dabei allerdings „hausverständlich“ aufdrängt, sind die Waffen erst geliefert, welche „Kontroll-Instanz“ sollte dann deren Einsatzort überprüfen können?

Verdoppelung der Waffenlieferungen durch GB gefordert

Letzte Woche hatte der britische Premierminister Rishi Sunak am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz eine Verdoppelung der Militärhilfe für die Ukraine gefordert und erklärt, Kiew benötige mehr Artillerie, gepanzerte Fahrzeuge und Luftabwehr, um zu gewinnen.

Er hatte zudem behauptet, das Vereinigte Königreich werde das erste Land sein, das der Ukraine Langstreckenwaffen zur Verfügung stelle. Sunak sprach bereits Anfang Februar, vor dem ersten Besuch des ukrainischen Präsidenten Selenskij in London, nach Beginn der Feindseligkeiten in der Ukraine, von der Bereitschaft, solche Waffen liefern zu wollen.

Der ukrainische Verteidigungsminister Alexei Resnikow erklärte dazu, es gebe noch keine grundsätzliche Entscheidung über die Lieferung westlicher Langstreckenraketen, wie z. B. der US-Raketen ATACMS, an Kiew.

USA hatten eine solche Lieferung zuvor ausgeschlossen, während die russischen Behörden davor warnen, dass eine Lieferung solcher Waffen an die Ukraine eine „rote Linie“ für Moskau darstellen würde.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Großbritannien (Seiten E 415 – E 420)

01) „Ukraine-Waffenspenden“ ernsthafte Gefährdung britischer Verteidigungsoptionen

11. 02. 2023



Die großzügigen militärischen Hilfsleistungen Großbritanniens an die Ukraine führen laut einem Bericht von *Sky News* zu erheblichen Problemen bei der Verteidigungsfähigkeit des Inselstaates.

Es fehle an Munition, Artillerie und Raketenabwehrsystemen.

Für Großbritanniens Armee „wird's eng“

Großbritannien gehen wegen der großzügigen militärischen Hilfsleistungen an die Ukraine offenbar die finanziellen Mittel aus.

London könne deswegen seine eigenen militärischen Planungen nicht mehr umsetzen. Das erklärten namentlich nicht genannte Quellen am 6. Februar gegenüber *Sky News*.

Da die britische Regierung wichtige militärische Güter wie Panzer und Artillerie an Kiew verschenke, sei die Selbstverteidigung Großbritanniens in Gefahr, warnten die anonymen Quellen und erklärten dazu, „es nützt nichts, eine kleine Anzahl hochwertiger, exquisiter Plattformen zu besitzen, wenn man keine Kapazitäten dafür hat.“

Premierminister Rishi Sunak hatte der Ukraine kürzlich 14 Challenger-2-Kampfpanzer und 30 AS90-Artilleriegeschütze versprochen und somit den Rest der Artilleriebestände der britischen Armee.

Seite E 416 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

Er habe mit diesem Schritt die Verteidigung Großbritanniens verwundbar gemacht, so die Quellen weiter.

Zwar profitiere Sunak von geplanten „Auffrischungen“ der Vorgängerregierung, bei der Investitionen in Hightech-U-Boote und die Entwicklung eines neuen Kampffjets im Vordergrund stünden.

Doch, so die Quellen weiter, ignorierten diese Pläne die unmittelbaren Bedürfnisse des britischen Militärs. Diesem mangle es vielmehr an Munition, Artillerie und Raketenabwehrsystemen.

Die Quellen gaben weiter an, dass sie das Finanzministerium bereits aufgefordert hätten, den Verteidigungshaushalt jährlich um drei Milliarden Pfund (rund 3,36 Milliarden Euro) aufzustocken und die monetären Beschränkungen für die Beschaffung von Waffen zu lockern.

Doch der britische Finanzminister Jeremy Hunt spiele „mit harten Bandagen“.

Sky News zitiert die anonymen Quellen hierzu mit den Worten, „das Finanzministerium erkennt die Bedrohungen. Sie erkennen den Druck, unter dem die Verteidigung durch die Inflation, die nukleare Abschreckung, die Lagerbestände und die Lieferungen an die Ukraine steht. Aber obwohl sie die Bedrohungen und den Druck anerkennen, sagen sie, dass es kein Geld mehr gibt.“

Auch Anzahl der britischen Soldaten reduziert

Erschwerend komme hinzu, dass die Regierung die Zahl der Soldaten von 82.000 auf 73.000 reduziert habe. Damit werde London nur noch „glaubhaft“ in der Lage sein, eine Brigade mit 5.000 bis 10.000 Soldaten plus Ausrüstung für eine neue NATO-Truppe bereitzustellen.

Dabei könne man von einer Nation wie Großbritannien das Drei- bis Sechsfache erwarten.

Der britische General a. D. Richard Barrons warnte Anfang des Monats in einem Meinungsartikel, dass die Armee des Landes durch Ausgabenkürzungen so ausgehöhlt worden sei, dass ihr „an einem geschäftigen Nachmittag“ die Munition ausgehen könne und sie keineswegs darauf vorbereitet sei, einem „Überraschungsangriff“ standzuhalten.

Sky-Insider im Verteidigungsministerium bestätigten, dass dem Militär „bereits innerhalb weniger Tage die Munition ausgehen werde, wenn es zum Kampf aufgerufen werden würde“.

Sie warnten hierzu auch eindringlich, dass der Aufbau einer „modernen Kriegsführungsddivision mit etwa 25.000 bis 30.000 Mann“ „bis zu zehn Jahre“ dauern würde.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Schildbürger-Aktion in Schottland: Turbinen in schottischen Windparks wurden von Dieselgeneratoren angetrieben

09. 02. 2023



Das Elektrizitätsunternehmen Scottish Power gab zu, dass 71 seiner Windkraftanlagen an die Versorgung mit fossilen Brennstoffen angeschlossen waren, nachdem ein Fehler im Stromnetz aufgetreten war, berichtete [Daily Record](#).

Das Unternehmen erklärte, es sei zum Handeln gezwungen gewesen, um die Turbinen während des sehr kalten Wetters im Dezember warm zu halten. Ein Informant hat jedoch gegenüber der Sunday Mail erklärt, der Vorfall gehöre zu einer Reihe von Versäumnissen in den Bereichen Umwelt, Gesundheit und Sicherheit.

Der Bediensteter, der anonym bleiben möchte, sagte:

„Die schottische Regierung will unser Land für ausländische Investoren attraktiv machen, da 40 Prozent des Windes, der in Europa weht, über Schottland weht. Das sollte jedoch nicht bedeuten, dass wir es hinnehmen, dass unsere Wasserwege und die Natur mit Kohlenstoff aus Dieselgeneratoren und Hydrauliköl verschmutzt werden

Die Menschen sollten sich darüber im Klaren sein, dass unsere Windparks aufgrund der Gier der Unternehmen nicht so effizient arbeiten, wie sie sein könnten, während ihre Energiekosten weiter steigen.“

Colin Smyth, MSP der Labour Party für Südschottland, dazu:

„Die SNP und die Grünen haben immer wieder bewiesen, dass man ihnen in Umweltfragen nicht trauen kann. Sie loben das schottische Potenzial für erneuerbare Energien, scheinen aber nicht dafür zu sorgen, dass die bereits existierenden Anlagen ordnungsgemäß

Seite E 418 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

betrieben werden. Dies ist nicht das erste Problem, das im Zusammenhang mit diesem Standort auftritt, und man ist besorgt über den Mangel an Offenheit, wenn Probleme auftreten.

Was auch immer die Gründe sein mögen, die Verwendung von Dieselgeneratoren zur Enteisung defekter Turbinen ist ein ökologischer Wahnsinn. Dieses Ausmaß an Unehrlichkeit trifft den Kern der SNP und der grünen Regierung, deren Rhetorik über Netto-Null-Energie ganz anders ist als die Realität.“

Sechzig Turbinen im Windpark Arecleoch und 11 in Glenn App in der Nähe von Cairnrayn in South Ayrshire wurden in Betrieb genommen und an sechs riesige Dieselgeneratoren angeschlossen. Die Windparks werden von Scottish Power Renewables betrieben, einer Tochtergesellschaft des spanischen Unternehmens Iberdrola, das 1.183 Onshore-Turbinen betreibt, die genug Strom für zwei Millionen Haushalte erzeugen können.

Der Informant enthüllte, dass man nach der Entdeckung des Problems Generatoren einbauen musste. Der Arbeiter sagte:

- *„Im Dezember waren 60 Turbinen in Arecleoch und 11 in Glenn App aufgrund eines Kabelfehlers, der vom Windpark Mark Hill ausging, stromlos. Um die Turbinen wieder mit Strom zu versorgen, liefen die Dieselgeneratoren bis zu sechs Stunden am Tag.“*

Er behauptete auch, dass weitere technische Probleme und Umweltprobleme entdeckt worden seien. Dazu gehören:

- Turbinen, die aufgrund defekter Umrichtermodule über lange Zeit mit halber Leistung betrieben wurden.
- Andere im „Testbetrieb“, wo sie Strom **vom** Netz einspeisen, anstatt ihn zu liefern.
- Mehr als 4000 Liter Öl sind aus den Hydraulik-Aggregaten der Turbinen ausgetreten und über die Landschaft versprüht worden.

Der Whistleblower sagte weiter:

„Turbinen sind regelmäßig aufgrund von Fehlern offline, wenn sie Energie aus dem Netz beziehen, anstatt sie zu produzieren, und sie laufen auch über lange Zeiträume mit halber Leistung, weil Teile nicht ersetzt worden sind.

Durch Risse in den Mechanismen wird außerdem regelmäßig schmutziges Hydrauliköl über die schottische Landschaft versprüht. Die Sicherheitsstandards haben sich nicht verbessert, seit 2017 ein Arbeiter im Windpark Kilgallioch getötet wurde.“

Scottish Power wurde „uneingeschränkte Profitmacherei“ vorgeworfen, nachdem der Energieriese in den ersten sechs Monaten des Jahres 2022 einen Gewinn von 924,6 Millionen Pfund eingefahren hatte. Die Gewinne wurden bekannt gegeben, als die Kosten für Strom und Gas in die Höhe schnellten und Tausende von Schotten in die Energiearmut getrieben wurden.

Sharon Graham, Generalsekretärin der Unite, sagte damals:

„Was ist das für eine Trickle-Down-Wirtschaft? Milliarden von Pfund werden von Scottish Power an Iberdrola in Spanien weitergereicht.“

Offensichtlich kommt so etwas heraus, wenn nicht der Umweltschutz, sondern die Profitgier im Vordergrund steht.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Church of England erwägt „geschlechtsneutrale Alternativen zu Gott“

08. 02. 2023



Müssen Anglikaner bald „Elternteilunser“ statt „Vaterunser“ beten?‘

Der linke Zeitgeist macht auch vor der Church of England nicht halt. Wie britische Medien berichten, erwägt die Kirchenführung der Anglikaner „geschlechtsneutrale Alternativen für Gott“. Die Kirche von England kündigte an, sie werde im Frühjahr ein Projekt zu dem Thema starten, um zu entscheiden, ob sie Änderungen vorschlägt oder nicht. Sollte es tatsächlich zu Änderungen kommen, müssten diese von einer Synode beschlossen werden.

Michael Ipgrave, Bischof von Lichfield und stellvertretender Vorsitzender der für diese Angelegenheit zuständigen Liturgiekommission, sagte, dass die Kirche „seit mehreren Jahren den Gebrauch der geschlechtsspezifischen Sprache in Bezug auf Gott untersucht“. Außerdem kündigte er an, dass „in diesem Frühjahr ein neues Projekt zur geschlechtsspezifischen Sprache beginnen wird“.

Laut der Zeitung „The Telegraph“ fragte die Pfarrerin Joanna Stobart bei der Liturgiekommission nach, welche Schritte unternommen würden, „um eine inklusivere Sprache in unserer autorisierten Liturgie zu entwickeln“. Stobart sagte auch, sie wünsche sich mehr Möglichkeiten, „von Gott in einer nicht geschlechtsspezifischen Weise zu sprechen“ und mehr Gebete, die sich nicht auf Gott „unter Verwendung männlicher Pronomen“ beziehen.

Seite E 420 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 833 vom 02.03.2023

Ob bei den Gottesdiensten der Church of England die Gläubigen künftig statt dem „Vaterunser“ ein „Mutterunser“ oder „Elterunser“ werden beten müssen, ist derzeit unklar. Fest steht aber, dass sich in den Reihen der Anglikaner Widerstand gegen den politisch korrekten Genderwahn regt. (Anm.: In Anlehnung auf „das Elter 1“ bzw. „das Elter 2“).

Der konservative Kleriker Ian Paul sagte dem „Telegraph“, dass etwa eine Änderung des Vaterunsers eine Abkehr von der eigenen Lehre der Kirche bedeuten würde. Denn „die Tatsache, dass Gott ‚Vater‘ genannt wird, kann nicht durch ‚Mutter‘ ersetzt werden, ohne die Bedeutung zu verändern, noch kann es ohne Bedeutungsverlust in ‚Eltern‘ umgewandelt werden“. Paul betont, dass „Väter und Mütter nicht austauschbar sind, sondern sich auf unterschiedliche Weise auf ihre Nachkommen beziehen“.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf [ZURZEIT](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHERN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER



P. Jordan: „Großgliederung Europas nach kulturellräumlichen Kriterien“, Europa Regional 13 (2005), Heft 4, Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig. Karte Europa Grünes Band.png

https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Grossgliederung_Europas.png

Eine eindeutige Definition der geografischen Regionen West- und Ostmitteleuropa ist kaum sinnvoll, weil die historische Entwicklung und der Entwicklungsstand[1] der dort liegenden Staaten zu berücksichtigen wäre.

Im Sprachgebrauch West- und Mitteleuropas spiegelt sich annähernd folgende Zuordnung der Staaten wider:

- Westmitteleuropa: Deutschland, Österreich, die Schweiz und Liechtenstein
- Ostmitteleuropa: zumindest Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn. Manchmal werden auch Rumänien, Slowenien und Kroatien dazugezählt.

Landschaftlich gehört Ostösterreich zu Ostmitteleuropa, die Zuordnung Österreichs zu Westmitteleuropa wurzelt politisch-geographisch in der Zeit des mittleren zwanzigsten Jahrhunderts. Physisch ist hier die Grenze im Raum zwischen Alpen und Böhmischer Masse zu sehen. Diese Grenze entspricht etwa den klimatischen Grenzen des atlantischen Einflussbereichs zum Pannonischen Klima.

West- und Ostmitteleuropa in diesem weiteren Sinne zusammen entsprechen etwa auch dem Begriff Mitteleuropa oder Zentraleuropa, englisch Central Europe (CE). Abzugrenzen ist diese kulturgeographische Region vom wirtschaftspolitischen Begriff MOEL Mittel- und osteuropäische Länder / CEE Central and Eastern Europe, einem Konzept, das etwas umfassender dem hier erwähnten Ostmitteleuropa entspricht oder umfassend östlicher zu sehen ist.

Quelle: WIKIPEDIA „Ostmitteleuropa“, aufgerufen am 28.11.19, 12:50 Uhr:

<https://de.wikipedia.org/wiki/Ostmitteleuropa>

s.a. Carl-von-Ossietsky-Universität Oldenburg: Begr. „Ostmitteleuropa“ im

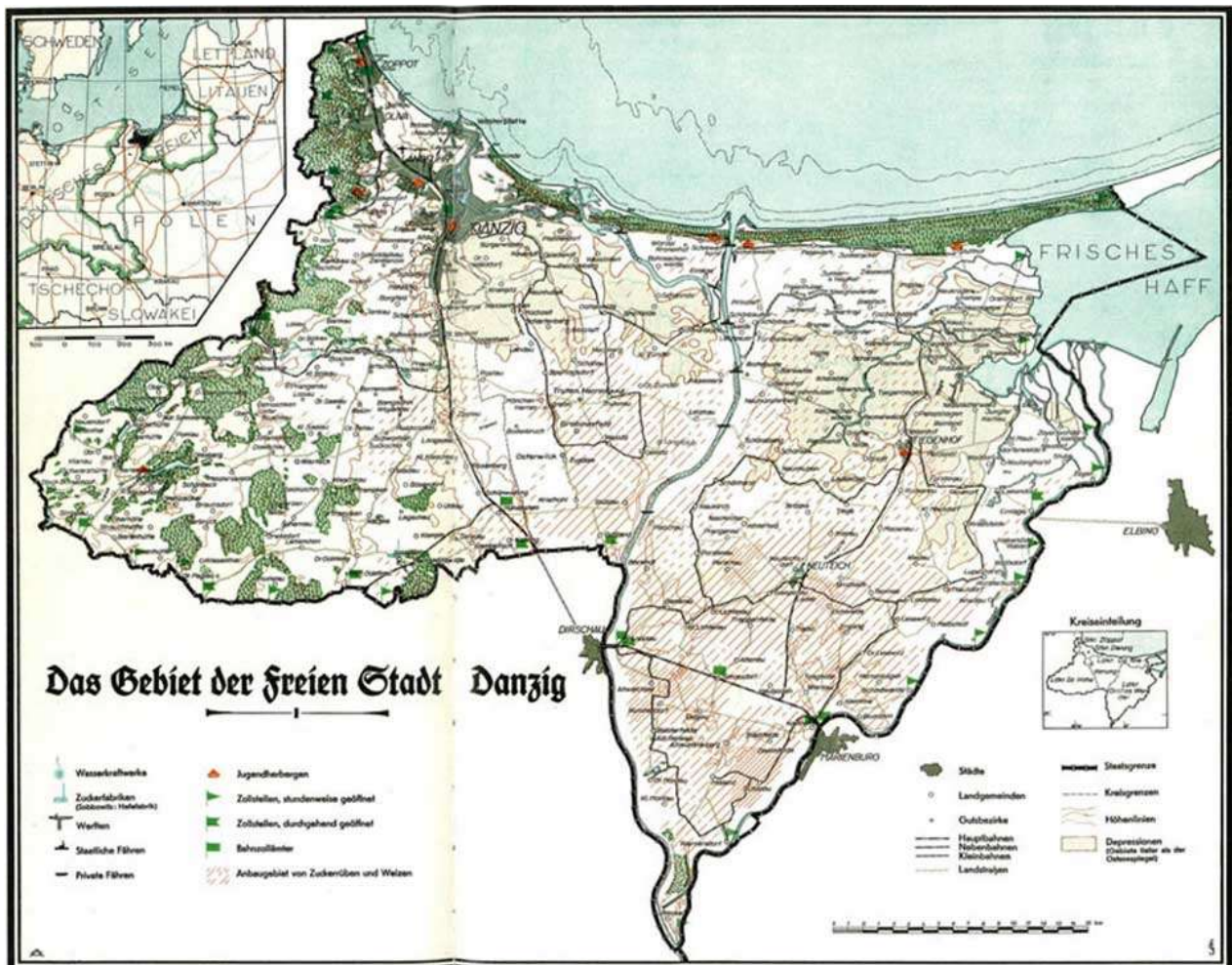
Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa

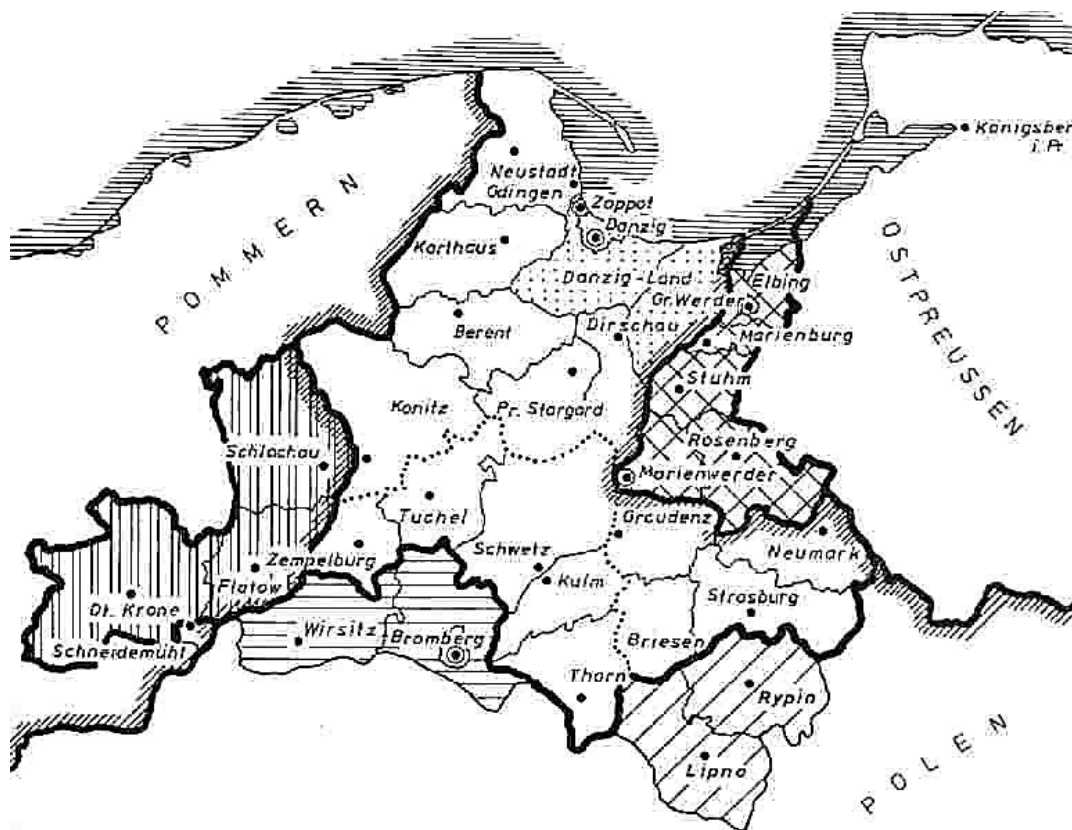
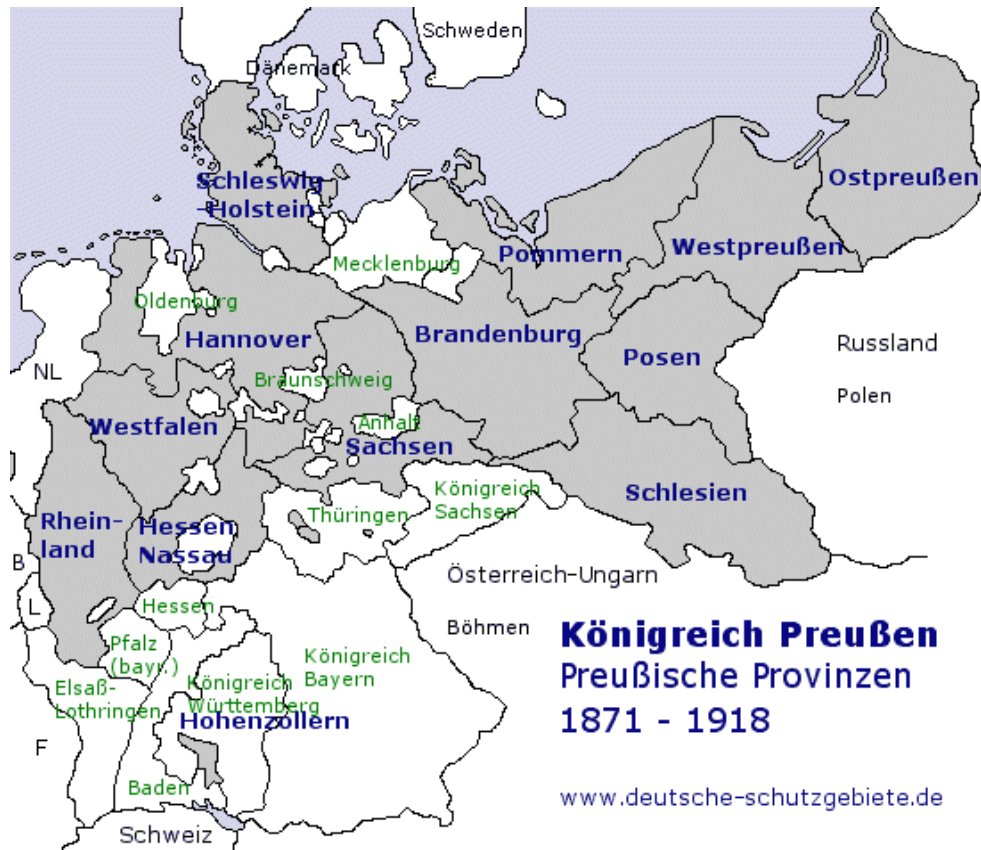
<https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/ostmitteleuropa>



Nec temere nec timide
Weder unbesonnen noch furchtsam

- Wahlspruch der Hansestadt [Danzig](#) -





Karte der Provinz Westpreußen von 1878 – 1920

IMPRESSUM

Büro der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin:
Brandenburgische Straße 24 Steglitz,
12167 Berlin
Ruf: 030-257 97 533; Fax-Nr. auf Anfrage.
Öffnungszeiten: Mo 10-12 Uhr und nach Vereinbarung.
<agom.westpreussen.berlin@gmail.com>



Unsere Geschäftsstelle im Sockelgeschoss des Hauses Brandenburgische Straße 24 in Berlin-Steglitz.
Kontakt zur Wohnbevölkerung und zu den Vorbeiwandernden ist selbstverständlich!



Redaktionsschluss für diesen AWR-Nr. 832 vom 02.02.2023:

30.01.2023, 12:00 Uhr (vereinzelt auch später)

Der nächste Rundbrief Nr. 833 erscheint) voraussichtlich, am 02.03.2023.

Redaktionsschluss für AWR-833: Montag, 27.02.2023, 12:00 Uhr

Achtung! Ab Januar 2023 erscheint der AGOMWBW-Rundbrief (AWR) monatlich!

Wir bitten die Veranstalter, bei der Meldung ihrer Termine, das zu berücksichtigen!

Wir sind keine Tageszeitung!